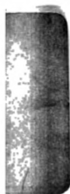
VON 1864 BIS 1880

Ferdinand Schmidt







Preußens Geschichte

in Wort und Bild.

VIII.

Reprint der Originalausgabe von 1880
nach dem Exemplar der
Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena





Kaiser Wilhelm.

Preußens Geschichte in Wort und Bild. VIII.

Illustrirte

Geschichte von Brandenburg und Preußen.

Preußen als Vormacht in Deutschland

Mit besonderer Rücksicht
auf die Entwicklung von Kultur, Sitte und Geistesleben
in Deutschland.

Von
Ferdinand Schmidt.



Leipzig.
Verlag und Druck von Otto Spamer.

Einen bessern Bund konnte der preußische Staat nicht schließen, als mit dem auf richtigem Wege sich fortentwickelnden Geiste der deutschen Nation.

Leopold von Ranke.

Inhaltsverzeichniß

der

Illustrirten Geschichte von Preußen.

Achter Band.

Von der Thronbesteigung König Wilhelms I. bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches [Zweiter Theil]

Neue Verwicklungen und Nachwehen des preußisch-österreichischen Waffenganges.

Der Krieg gegen Oesterreich und seine Verbündeten.

Minen und Gegenminen.

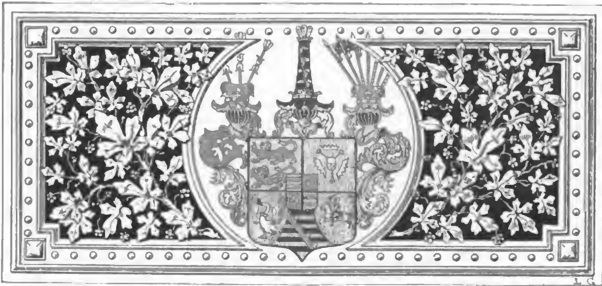
Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich.



Geschichte Preußens im XIX. Jahrhundert. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Fürst Bismarck.

Graf von Roon. Graf von Moltke.



Neue Verwicklungen und Nachwehen des preußisch-österreichischen Waffengangs.

Bis zur Konvention von Gastein.

Das Ziel war erreicht; der gemeinsame Wunsch aller patriotischen Deutschen, welcher seit Jahrzehnten mit im Vordergrunde der deutsch-nationalen Bestrebungen gestanden hatte, war verwirklicht; die feste und unauflösliche Vereinigung der schleswig-holsteinischen Herzogthümer mit dem deutschen Vaterlande war entschieden. Aber so gern und so freudig diese Thatsache an und für sich in ganz Deutschland anerkannt und begrüßt wurde, so wenig entsprach die Art und Weise, wie sie sich vollzogen und wie sie ihren vorläufigen Abschluß gefunden hatte, den Wünschen und Hoffnungen eines großen Theiles des deutschen Volkes. Die beiden Großmächte hatten bei ihrem Vorgehen in Schleswig-Holstein den Bundestag vollständig beiseite geschoben; die Exekutionstruppen des Bundes hatten unthätig in Holstein stehen bleiben müssen, während die Preußen und Oesterreicher Siege auf Siege erfochten; der Entscheidungskampf um Schleswig-Holstein, den namentlich die süddeutschen Bundesglieder als einen Nationalkrieg zu führen gedachten, hatte sich durch die Haltung Oesterreichs und Preußens anscheinend in einen Kabinetskrieg verwandelt. — Und der Art und Weise der Kriegführung schien auch der Friedensschluß zu entsprechen. Der König von Dänemark hatte, ohne daß dabei der Bund irgendwie in Frage gekommen war, die Elbherzogthümer an Oesterreich und Preußen mit gleichem Besitzrecht für beide abgetreten und sich im Voraus zur Anerkennung derjenigen Verfügungen verpflichtet, welche die Monarchen der beiden Großmächte über diese Länder treffen würden. Der Mehrheit des Bundesrathes und einem großen Theile gerade der liberalen Parteien des deutschen Volkes, die sich diesmal ausnahmsweise auf die Seite des Bundesraths stellten, erschien diese Form des Friedensvertrages durchaus ungerechtfertigt, ja selbst anstößig und bedenklich. Hatten Oesterreich und Preußen überhaupt ein Recht, sich eigenmächtige Verfügungen über die Herzogthümer, die doch unzweifelhaft deutsches Bundesland waren, vorzubehalten? Durften sie dem legitimen Thronerben des von der Fremdherrschaft befreiten Landes aus irgend welchen Gründen die Uebernahme der Regierung verwehren oder dieselbe an irgend welche beschränkenden Bedingungen knüpfen?

Abzug der Bundestruppen. So sprachen und urtheilten die Vertreter der deutschen Mittel- und Kleinstaaten am Bundestage, und so sprachen und urtheilten auch die zahlreichen

liberalen Vereine und Versammlungen, welche aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage überall in Deutschland zusammentraten und in Beschlüssen und lauten Kundgebungen für die Herzogthümer das Recht der freien Selbstbestimmung über ihre politische Stellung innerhalb des deutschen Gesammtvaterlandes in Anspruch nahmen. Aber dem gegenüber verharrte namentlich die preußische Regierung fest auf dem einmal eingenommenen Standpunkte, und alle ihre Maßnahmen und Verfügungen ließen ihren Entschluß erkennen, die mit preußischem Blute erworbenen Rechte auch für Preußen auszunutzen und nicht wieder, wie so oft, für die dargebrachten großen Opfer sich mit einer kärglichen Entschädigung oder gar mit Undank lohnen zu lassen. Um sein und Oesterreichs ausschließliches Recht auf die endgiltige Regelung der schleswig-holsteinischen Frage auch äußerlich zur Geltung zu bringen und die Mitwirkung des Bundes bei derselben völlig auszuschließen, ließ Preußen einen Theil seiner auf dem Rückmarsch befindlichen Truppen in Holstein stehen und forderte zugleich Sachsen und Hannover, deren Truppen als Bundesexekutions-Armee das Land noch besetzt hielten, zur Räumung desselben und zur Zurückziehung ihrer Truppen auf. Da Oesterreich hiergegen nichts einwandte, so hielt man es trotz der augenblicklichen heftigen Entrüstung weder in Dresden und Hannover noch in Frankfurt für gerathen, ernstlichen Widerstand zu versuchen. Die Bundesversammlung erklärte vielmehr, um einer scheinbaren Demüthigung zu entgehen, die Bundesexekution für beendigt, und nach Abzug der deutschen Bundestruppen besetzten Preußen und Oesterreicher die Herzogthümer, deren gemeinsame provisorische Verwaltung je einem Bevollmächtigten der beiden Staaten — von Zedlitz für Preußen und von Halbhuber für Oesterreich — übertragen wurde.

Damit war auch die letzte Verbindung aufgehoben, welche bisher zwischen der Bundesversammlung und den Herzogthümern bestanden hatte, und die Entscheidung über die Zukunft der letzteren einzig und allein in die Hände der beiden deutschen Großmächte gelegt. Aber obgleich dies als nothwendiges Ergebniß des Umstandes, daß Preußen und Oesterreich vor und während der Kriegführung sowie beim Friedensschlusse mehr als europäische, denn als deutsche Mächte gehandelt hatten, durchaus natürlich und folgerichtig war — der allgemeine Eindruck, den die Haltung der beiden Großmächte beim deutschen Volke hervorrief, war ungünstig und peinlich. Daß das für die Herzogthümer geforderte völlig freie Selbstbestimmungsrecht mit den wahren Interessen des deutschen Gesammtvaterlandes nicht vereinbar, und daß der Anspruch des Herzogs von Augustenburg auf die unbeschränkte Souveränetät in Schleswig-Holstein staatsrechtlich zum Mindesten nicht unanfechtbar war, das erkannte man nicht oder mochte es sich wenigstens nicht eingestehen. Das Rechtsbewußtsein und das nationale Gefühl eines großen, vielleicht des größten Theiles des deutschen Volkes stand in diesem Punkte im Gegensatze zu der preußisch-österreichischen Politik; und daß die preußische Regierung, die als freiheitsfeindlich und reaktionär angesehen, ohnehin fast den letzten Rest ihrer Popularität bei den nationalen Parteien eingebüßt hatte, darin energisch voranging und Oesterreich augenscheinlich nur halb widerstrebend nach sich zog, das machte jene Politik doppelt verdächtig.

Daß Oesterreich der preußischen Führung nur widerstrebend folgte und sich derselben allmählich wieder zu entziehen versuchte, dafür hatte es schon während des Krieges an Anzeichen nicht gefehlt. Jetzt, nach dem Abschluß des Friedens, begannen sich diese schnell zu mehren, und vollends ein am 27. Oktober 1864 vollzogener Wechsel im österreichischen Ministerium des Auswärtigen, welches an Rechberg's Stelle Graf Mensdorff-Pouilly übernahm, ließ deutlich die Absicht der österreichischen Regierung erkennen, die durch Rechberg's Nachgiebigkeit gegen Bismarck verloren gegangene Fühlung mit den deutschen Mittelstaaten und mit dem Bundesrath wieder herzustellen. Ja, der Krieg hatte Oesterreich und Preußen einander genähert, der Friede schied sie wieder. Sie hatten sich im Norden zur Durchführung eines Werkes verbunden, aber aus zum Theil völlig verschiedenen Beweggründen. Nachdem die preußische Regierung sich entschlossen hatte, den

Krieg, dessen Führung sie ohne Gefährdung ihrer eigensten Interessen den mittelstaatlichen Bundesgliedern nicht überlassen durfte, auf eigene Hand zu führen, hatte Oesterreich sich zur Theilnahme an demselben bereit erklärt, weil es in Voraussicht des sicheren Sieges der preußischen Waffen das Vorgehen Preußens überwachen und sich selbst das Recht wahren wollte, bei der endgiltigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ein Wort mitzusprechen und dabei auf die eine oder die andere Weise auch für sich einen angemessenen Vortheil nach Hause zu tragen. Der Argwohn gegen Preußen und die Abneigung, dem norddeutschen Rivalen einen Machtzuwachs ohne entsprechendes Aequivalent auch für Oesterreich zu gestatten, waren für letzteren Staat die bestimmenden Beweggründe für seine Mitwirkung bei der Befreiung Schleswig-Holsteins gewesen; wie aber die Zukunft dieses Landes sich gestalten und wie sein Verhältniß zum deutschen Gesammtvaterlande geregelt werden sollte, darüber schien die österreichische Staatskunst selbst nach dem Wiener Frieden noch keinen bestimmten Plan gefaßt, sondern Alles zukünftigen Fügungen anheimgestellt zu haben. Nur das Eine mochte in Wien von Anfang an festgestanden haben: die ausschließliche Herrschaft über die Herzogthümer dem preußischen Staate nicht, oder wenigstens nur gegen völlig gleichwerthige Entschädigungen, etwa in Schlesien, einzuräumen. Am nächsten lag es für Oesterreichs Interesse, nördlich von der Elbe einen neuen unabhängigen Mittelstaat entstehen zu lassen, der als solcher, wie alle Mittelstaaten, sich wahrscheinlich seinem politischen Systeme zugeneigt und seine Politik in der Bundesversammlung unterstützt hätte. Auch den Mittelstaaten selbst wäre diese Lösung, von der sie eine wesentliche Stärkung ihres Einflusses erwarten durften, weitaus als die wünschenswertheste erschienen, wie sie denn auch dieselbe von vornherein laut und dringend forderten, während Oesterreich, durch seine gemeinsame Aktion mit Preußen zu gewissen Rücksichten genöthigt, erst allmählich zu diesem Programm sich zu bekennen wagte. Preußen dagegen hatte sich von Anbeginn als Ziel gesteckt, sich nicht mit einem allgemeinen Einfluß auf den neuen Staat, falls derselbe wirklich ins Leben treten sollte, zu begnügen; mit Rücksicht auf seine geographische Lage war es entschlossen, denselben mit starken und unauflöslichen Banden an sich zu fesseln und deshalb seine militärischen und maritimen Kräfte und Hülfsmittel zu seinem Vortheil und zum Vortheil des Gesammtvaterlandes mit den eigenen zu verschmelzen.

Aussichten auf Errichtung eines neuen Staates unter dem Augustenburger. Die Absicht einer förmlichen Einverleibung der Elbherzogthümer in Preußen wurde von dem preußischen Kabinet Anfangs nicht gehegt. Man war der öffentlichen Meinung und dem tief eingewurzelten mittelstaatlichen Partikularismus gegenüber zu wesentlichen Zugeständnissen bereit und widerstrebte keineswegs grundsätzlich der Einsetzung einer nationalen schleswig-holsteinischen Dynastie, insofern dieselbe die Gewähr bieten konnte oder wollte, daß dadurch dem preußischen Staate und der preußischen Politik in Deutschland kein neuer Gegner erwuchs. Aber diese Gewähr verlangte die preußische Regierung mit aller Entschiedenheit, und frühzeitig schon regte sich im Hintergrunde der preußischen Politik der Gedanke, daß, falls etwa der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der einzige ernstlich in Frage kommende Kandidat für den neu aufzurichtenden Thron, nicht gewillt sein sollte, sich den ihm preußischerseits gestellten Bedingungen zu fügen, die Herzogthümer mit oder ohne Oesterreichs Zustimmung unter preußische Herrschaft zu bringen seien.

Daß sich große und ernste Schwierigkeiten dem entgegenstellen würden, darüber konnte man sich freilich nicht täuschen. Die österreichische Politik näherte sich wieder mehr und mehr dem nur zeitweilig verlassenen Bundesstandpunkt, und in den Herzogthümern selbst waren die Kundgebungen zu Gunsten eines engen Anschlusses an Preußen verschwindend gering gegen die allerdings mit allen erdenklichen Mitteln künstlich genährte Agitation für den schleswig-holsteinischen Sonderstaat und für die Augustenburgische Dynastie. Nur in Lauenburg, auf das Preußen alte und wohlbegründete Anrechte geltend machen konnte,

und wo es deshalb auch schon eine beträchtliche Zahl ergebener Anhänger zählte, war die Stimmung vorwiegend preußenfreundlich; in Schleswig und Holstein dagegen trat nur der Adel und die hohe Geistlichkeit für Preußen ein, während das Volk sich fast ausnahmslos auf die Seite des Erbprinzen von Augustenburg stellte und für diesen die volle und unbeschränkte Souveränetät, wie sie etwa der König von Sachsen oder der Großherzog von Hessen besaßen, in Anspruch nahm. Die preußische Regierung stand also mit ihrer Forderung des engen Anschlusses der Herzogthümer an Preußen fast ganz allein, und selbst bei dem eigenen Volke oder wenigstens bei den berufenen Vertretern desselben fand sie für diese Forderung keine oder doch nur sehr geringe Unterstützung. Die große Mehrheit des preußischen Volkes vermochte sich bei der Beurtheilung der auswärtigen Politik der Regierung von dem Eindruck des inneren Verfassungskonflikts und seiner den freien Blick und das freie Urtheil trübenden Wirkung nicht frei zu machen. Was die tapfere Armee gethan hatte, das ließ man gelten. Aber den mit verhältnißmäßig geringer Belastung des Volkes schnell und sicher und — wie der Minister des Innern, Graf Eulenburg, sich ausdrückte — mit einer bewunderungswürdigen „militärischen Eleganz“ errungenen Erfolg oder wenigstens einen Theil dieses Erfolges der mittlerweile durchgeführten Heeresreorganisation zugute zu halten und danach eine weniger feindliche Haltung zu derselben einzunehmen, dazu konnte man sich nicht entschließen. Der unselige Verfassungsstreit hatte eben bereits dahin geführt, daß ein großer Theil des preußischen Volkes an dem verhaßten Ministerium grundsätzlich nichts, gar nichts mehr gelten lassen wollte, daß es demselben seine Unterstützung und Zustimmung selbst da versagte, wo es das offenkundigste Interesse des Staates vertrat. Die Mehrheit der entschieden liberalen Parteien wünschte anfänglich durchaus nicht, daß aus den auf den Schlachtfeldern errungenen Erfolgen ein Machtzuwachs oder gar eine Gebietsvergrößerung für Preußen erwachse, ja man sträubte sich förmlich gegen Vortheile, welche man einem Manne wie Bismarck zu verdanken haben sollte, und man wollte sie deshalb, so unverkennbar sie waren, überhaupt nicht als Vortheile gelten lassen. Nur ganz vereinzelt ließen sich aus den Reihen der Opposition die Stimmen Derjenigen vernehmen, welche unbeirrt durch Parteirücksichten und, wie der wackere Twesten, selbst unbeirrt durch persönliche Kränkungen und Verfolgungen, ihre Ueberzeugung offen aussprachen und rückhaltlos für die von der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage befolgte Politik eintraten. Mit Recht wiesen diese, wie es auch seitens der Mehrzahl der Konservativen geschah, darauf hin, daß sich Preußen durch Hingabe des Blutes seiner Landeskinder für die Herzogthümer ein Anrecht auf eine enge Verbindung mit letzteren erworben habe; mit Recht hoben sie hervor, daß die Errichtung eines machtlosen und doch unabhängigen Kleinstaates in den Nordmarken eine ernste Schädigung der staatlichen und wirthschaftlichen Interessen Preußens in sich begreife. Selbst der Gedanke der möglichen Einverleibung der Herzogthümer war in diesen Kreisen bereits während des Krieges angeregt worden und hatte sogar in einer am 11. Mai 1864 dem Könige überreichten und mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Adresse Ausdruck gefunden. In warmen Worten empfahlen die Unterzeichner derselben die Herzogthümer dem starken Schutze Preußens als des mächtigsten deutschen Staates; wenn der wirksame Schutz, der allein den am meisten Betheiligten Frieden und Wohlbefinden verheiße, die Einverleibung des von der Fremdherrschaft befreiten deutschen Landes voraussetze, dann sei diese unter allen Umständen als die wünschenswertheste Lösung der schwebenden Frage zu betrachten. Der König beantwortete diese Adresse würdevoll und doch mit einiger Zurückhaltung, wie es die Lage gebot: man möge an der Gewißheit festhalten, daß er Preußens Ehre unter allen Verhältnissen wahren werde, und daß die Opfer, welche man der deutschen Sache gebracht, auch für die Interessen des engeren Vaterlandes sich fruchtbringend erweisen würden.

Um dieselbe Zeit, also ebenfalls noch inmitten der kriegerischen Vorgänge, war auch bereits der Erbprinz von Augustenburg mit der preußischen Regierung in Unterhandlung getreten.

In einer langen Unterredung am 1. Juni 1864 eröffnete ihm Bismarck, daß die preußische Regierung durchaus nicht abgeneigt sei, ihn als souveränen Herzog der vereinigten schleswig-holsteinischen Lande anzuerkennen, falls er sich bereit finden lasse, die von Preußen im berechtigten eigenen Interesse zu stellenden Bedingungen anzunehmen: es sei die unbeschränkte Verfügung über die Land- und Seemacht der Herzogthümer mittels einer Militärkonvention auf Preußen zu übertragen; außerdem fordere in Betreff der Marine-Etablissements die preußische Regierung die Anlage eines von Eckernförde nach Brunsbüttel laufenden Schiffahrtskanals mit zwei befestigten Punkten an beiden Meeren, deren Besetzung nebst dem dazu nöthigen Territorium ebenso wie das Aufsichtsrecht über diesen Kanal Preußen zu überlassen sei.

Die preußischen Forderungen hielten sich also damals noch innerhalb verhältnißmäßig bescheidener Grenzen, aber dennoch antwortete der Prinz ausweichend, suchte dieses und jenes Zugeständniß zu retten und brachte schließlich, als Bismarck jene Forderungen für unabänderlich erklärte, durch einen schweren Mißgriff die ganze Verhandlung zum Scheitern, indem er die Bemerkung fallen ließ, daß von ihm und den schleswig-holsteinischen Herzogthümern die Hülfe Preußens gegen die Dänen ja gar nicht verlangt worden sei, daß auch die einfache Bundesexekution ihm ohne solche Forderungen, wie sie jetzt Preußen erhebe, zu seinem Rechte verholfen haben würde, und daß er sich gegen die weitgehenden preußischen „Zumuthungen“ schlimmstenfalls auf den Schutz Oesterreichs und des Bundes glaube verlassen zu dürfen. Die Stellung des Prinzen der preußischen Regierung gegenüber war durch solche verfehlten Hinweise und Drohungen natürlich ungleich schwieriger geworden. Der leitende preußische Staatsmann mochte fernere Verhandlungen schon damals für aussichtslos halten, und der schleswig-holsteinische Thronprätendent rechtfertigte diese Annahme, indem er mit der Bewilligung der anfänglich von ihm verlangten verhältnißmäßig geringfügigen Zugeständnisse fortgesetzt zögerte und zögerte, bis endlich selbst sehr viel weiter gehende Zugeständnisse den Herzogshut, den er sich selbst verscherzt hatte, für ihn nicht mehr zu retten vermochten. — Hätte der Prinz bei jener ersten Unterredung angenommen, was ihm geboten ward, die schleswig-holsteinische Frage wäre damit so gut wie aus der Welt geschafft gewesen; zu spät erst sollte er die ganze Schwere des Fehlers erkennen, den er damit beging, daß er sich auf Oesterreich und auf die Diplomaten der Bundesversammlung verließ, vor deren Forum nun die Angelegenheit von Oesterreich gebracht wurde.

Das Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker. Die Rechte, welche Preußen vorweg auf das kleine, etwa 20 Quadratmeilen umfassende Herzogthum Lauenburg geltend machte, waren zu wohlbegründet, als daß Oesterreich ernstliche Einwendungen dagegen hätte erheben können. Anders lagen die Dinge in Bezug auf Schleswig und Holstein, denn hier ließ sich gegen die von Preußen erhobenen Ansprüche allerdings Manches ins Feld führen. Dem Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker, welches den vom Vater des Erbprinzen von Augustenburg geleisteten Verzicht für vollgiltig und demnach diesen selbst für unberechtigt zur Thronfolge in Schleswig-Holstein erklärte, standen so und so viele andere Rechtsgutachten gegenüber, welche genau das Gegentheil besagten, und die staatsrechtlichen Ansprüche, welche die preußische Regierung außer auf Lauenburg auch auf Theile von Schleswig und Holstein geltend machte, waren nicht mehr und nicht weniger gewichtig als etwa diejenigen, die Braunschweig und einige andere deutsche Kleinstaaten erheben konnten oder wirklich erhoben. In dieser Hinsicht konnten also Oesterreich und der Bundesrath die Berechtigung Preußens, sich an den Küsten der Nordmarken bleibend festzusetzen und gewisse Gebietstheile derselben sowie die Verfügung über ihre Land- und Seemacht zu beanspruchen, wohl bestreiten. Aber solche zweifelhafte staatsrechtliche Erörterungen und Erklärungen waren gegenüber den entscheidenden Gründen, mit welchen die preußische Regierung ihre Forderungen zu unterstützen in der Lage war, doch nur nebensächlicher Natur.

Was Preußen für sich und für sein Verlangen geltend machen konnte, das war vor Allem das Recht des Krieges, das Recht der Selbsterhaltung und mehr noch als dies das moralische Recht, welches seine Regierung aus dem Bewußtsein zog, mit ihrer Politik der Stärkung und der festen Einigung des deutschen Gesammtvaterlandes und damit den wahren Interessen desselben zu dienen. Darauf legte denn auch die preußische Regierung in ihren Verhandlungen mit Oesterreich das entscheidende Gewicht, während sie mit dem Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndiker und mit der Geltendmachung ihrer staatsrechtlichen Ansprüche vorwiegend nur der öffentlichen Meinung in Deutschland ein Gegengewicht zu bieten versuchte.

„Daß die Herzogthümer nicht im Stande sind", hieß es in einem an die österreichische Staatskanzlei erlassenen Schreiben Bismarck's, „dem ersten mit nachhaltiger Kraft geführten Stoße einer fremden Macht zu widerstehen, haben die Erfahrungen zu Anfang der Jahre 1848 und 1849 gezeigt. In ähnlicher Weise wird für Schleswig-Holstein, wenn es nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist, immer die Gefahr bestehen, daß das Herzogthum Schleswig im ersten Anlauf verloren geht. Die Folge davon würde sein, daß der Feind dort sofort eine feste und sehr gefährliche Operationsbasis gewönne, und daß Preußen genöthigt wäre, das Land mit großen Opfern wieder zu erobern, wie dies im Jahre 1848, namentlich aber im vorigen Jahre geschehen ist. Dieser Gefahr, der wir uns nicht aussetzen dürfen, kann nur vorgebeugt werden, wenn die in Schleswig vorhandenen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen in einem organischen Zusammenhange mit den preußischen sich befinden, wenn dieses Herzogthum in militärischer Hinsicht einen integrirenden Theil unseres eigenen Vertheidigungssystems bildet und wir daher in der Lage sind, einem ernsten Angriff schon dort zu widerstehen und ein Festsetzen des Feindes daselbst zu verhindern."

Oesterreichs Kompensationsverlangen. Daß übrigens auch die österreichische Regierung sich im Grunde mehr von praktischen als von staatsrechtlichen Erwägungen leiten ließ, das zeigten die Verhandlungen, die sie durch Vermittlung des österreichischen Botschafters in Berlin über einen möglichen Ausgleich mit Preußen anzuknüpfen versuchte. An die dauernde Ausübung des durch den Wiener Frieden ihm zugesprochenen Mitbesitzrechtes an den schleswig-holsteinischen Herzogthümern konnte Oesterreich schon wegen der geographischen Lage derselben nicht wohl denken; der österreichische Botschafter in Berlin machte also im Auftrage seiner Regierung die vorsichtige Eröffnung, daß Oesterreich unter Umständen nicht abgeneigt sein würde, Preußen in den Nordmarken völlig freie Hand zu lassen, wenn ihm dafür eine gleichwerthige, angemessene Gegengewähr, d. h. eine Entschädigung durch Abtretung preußischer Landesstrecken, etwa der Grafschaft Glatz oder eines andern für Oesterreich gleich günstig gelegenen Theiles von Schlesien, geboten würde. Dieses Anerbieten wurde jedoch in Berlin als durchaus unannehmbar zurückgewiesen, und da man es in Oesterreich ebenso entschieden ablehnte, sich mit einer preußischerseits gebotenen Geldentschädigung abfinden zu lassen, so mußten diese Verhandlungen, ehe sie noch recht in Gang gekommen waren, abgebrochen werden.

Die österreichische Regierung stellte sich nunmehr völlig auf den Standpunkt des Bundesrathes und verlangte zunächst die bedingungslose Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als souveränen Herzogs von Schleswig-Holstein, dem es dann hinterher unbenommen sei, nach eigenem Ermessen und nach den Beschlüssen der Landesvertretung mit Preußen in ein engeres oder weniger enges Vertragsverhältniß zu treten. Daß das Vertragsverhältniß in diesem Falle über sehr bescheidene Grenzen nicht hinausgehen würde, das glaubte man in Oesterreich mit Sicherheit voraussetzen zu dürfen.

Verschärfung der schleswig-holsteinischen Frage. Auf die Zustände in den Herzogthümern selbst konnte das Fortbestehen und die allmähliche Verschärfung der durch die schleswig-holsteinische Frage hervorgerufenen Gegensätze zwischen den beiden deutschen

Großmächten natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben. In bedenklicher Weise mehrten sich die Zwistigkeiten zwischen dem österreichischen Civilkommissar Freiherrn v. Halbhuber und dem preußischen Bevollmächtigten Herrn v. Zedlitz, welche als oberste Civilbehörde die gemeinsame Verwaltung der Herzogthümer leiteten. Der österreichische Vertreter hatte sich mit den eifrigsten Anhängern des Erbprinzen, von denen eine Art Nebenregierung in Kiel eingerichtet worden war, verbunden und unterstützte insgeheim die preußenfeindlichen Bestrebungen, die namentlich auch in der schleswig-holsteinischen Presse in der gehässigsten Form zu Tage traten. Als daraufhin der preußische Kommissar einige im Solde des Erbprinzen stehende Schriftsteller des Landes verwies, protestirte der österreichische Bevollmächtigte gegen diesen „in rechtlicher und gesetzlicher Beziehung ungiltigen Gewaltschritt" und nahm sich der Verfolgten nur um so auffallender an. Daß infolge dessen die Haltung des Herrn v. Zedlitz der augustenburgischen Partei und ihren Anhängern gegenüber nicht eben freundlicher wurde, war erklärlich, und die Aufregung im Lande steigerte sich allmählich in solchem Maße, daß der Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, welcher, wie wir sehen werden, im Sommer 1865 nahe bevorzustehen schien, in weiten Kreisen als die willkommenste Lösung begrüßt worden wäre.

Natürlich erwarteten und hofften dabei die augustenburgischen Parteien, daß, komme es zum Kriege, dieser zu Gunsten Oesterreichs und des Bundes entscheiden werde. Den augustenburgischen Parteien gehörte damals unstreitig der weit überwiegende Theil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung an, bei welcher die nicht nur von den aufrichtigen Anhängern des Erbprinzen, sondern namentlich auch von Seiten der großdeutschen Parteien eifrig betriebene Agitation auf fruchtbaren Boden gefallen war. Hier galt also der Erbprinz von Augustenburg als der unzweifelhaft rechtmäßige Fürst, dem nach dem Tode des Königs Friedrich VII. von Dänemark die Regierung der Herzogthümer zustehe; der zwischen Christian IX. von Dänemark und den beiden deutschen Großmächten abgeschlossene Wiener Vertrag könne, hieß es, daran nichts ändern, denn das Londoner Protokoll, auf welches der Nachfolger Friedrich's VII. in Dänemark seine Rechte auf Schleswig-Holstein begründe, habe wegen der fehlenden Anerkennung des Deutschen Bundes für das deutsche Bundesland keine Giltigkeit, und durch ihre Uebertragung auf die beiden deutschen Großmächte seien die unberechtigten Ansprüche Christian's IX. nicht zu berechtigten geworden. Aber nicht nur auf eine eigene nationale Dynastie, sondern auch auf ein völlig selbständiges staatliches Dasein glaubte die schleswig-holsteinische Bevölkerung nach ihrer Befreiung von der dänischen Fremdherrschaft Anspruch erheben zu dürfen, und sie hielt sich hierzu im Hinblick auf die geographische Lage des Landes wie durch Stammeseigenthümlichkeit für mindestens ebenso berechtigt, wie andere norddeutsche Kleinstaaten, etwa Mecklenburg und Oldenburg. Allerdings waren dessen ungeachtet wenigstens die besonnenen Elemente der Bevölkerung geneigt, das politische Uebergewicht Preußens und die thatsächliche Bedeutung, welche es sich neuerdings in Deutschland errungen, anzuerkennen und zu einem engeren Anschluß an diese Großmacht die Hand zu bieten. Aber ehe dies geschehe — und darin stimmte die allgemeine Ansicht der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit der des Bundesrathes und seiner großdeutschen Anhängerschaft überein — ehe dies geschehe, müsse eben der Erbprinz von Augustenburg als Herzog eingesetzt werden, worauf es dann seine und der gesetzlich einberufenen Ständeversammlung Sache sein werde, einen näheren Anschluß an Preußen zu suchen. — Dem preußischen Kabinet widerstrebte es dagegen, das zukünftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen von dem guten Willen des Erbprinzen von Augustenburg unter Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Stände abhängig zu machen. Man besorgte, und gewiß nicht mit Unrecht, der einmal anerkannte Herzog und die Stände des Landes würden den Einfluß Preußens auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken suchen und zu einem möglichst wenig entgegenkommenden Verhalten nicht nur von Oesterreich und den deutschen Mittelstaaten, sondern wol auch von England ermuthigt werden.

Deshalb bestand die preußische Regierung darauf, daß vorerst das zukünftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen im Sinne der preußischen Forderungen geregelt werden und der Abschluß eines festen und unauflöslichen Bündnisses erfolgen müsse, ehe die Zustimmung Preußens zur Errichtung eines schleswig-holsteinischen Staates unter der augustenburgischen Dynastie ertheilt werden könne. In einer Depesche, welche Bismarck am 22. Februar 1865 nach Wien richtete, sprach er dies unzweideutig aus, indem er wiederholt darauf hinwies, daß es Preußen sich selbst schuldig sei, dafür zu sorgen, daß ihm nicht an seiner Nordgrenze ein neuer Gegner erwachse. Die preußischen Forderungen waren jetzt Angesichts der Vorgänge in Schleswig-Holstein und der fortgesetzt ablehnenden Haltung des Erbprinzen bereits etwas höher gestellt. Jene Note Bismarck's verlangte, daß die gesammte schleswig-holsteinische Streitmacht Preußen zur Verfügung gestellt werde, wogegen dieses zur militärischen Beschützung des neuen Staates zu verpflichten sei. Dienstpflicht und Stärke des zu stellenden Kontingentes sollte nach den in Preußen giltigen Vorschriften geregelt, überhaupt die ganze preußische Kriegsverfassung auch für die Herzogthümer eingeführt werden. Auch in Bezug auf die Kriegsflotte und die der Küstenvertheidigung des Landes dienenden Einrichtungen wurde das Gleiche verlangt, und um letztere wirksamer als bisher zu gestalten, sollten insbesondere die Stadt Sonderburg am Alsensund und die Feste Friedrichsort sowie das zur Anlage von Befestigungen an den Endpunkten des projektirten Schiffahrtskanals nöthige Terrain als unbeschränkter Besitz Preußen zur Verfügung gestellt werden. — Daß Land- und Marinetruppen der Herzogthümer dem Könige von Preußen den Fahneneid schwören müßten, wurde, obwol es eigentlich selbstverständlich war, von Bismarck noch ausdrücklich hervorgehoben.

Im Wesentlichen stimmten die preußischen Forderungen mit denjenigen überein, welche Bismarck in der erwähnten Unterredung vom 1. Juni 1864 dem Erbprinzen persönlich vorgelegt hatte; auch die unauflösliche Vereinigung der Herzogthümer mit dem preußischen Zollgebiet war damals bereits in Aussicht genommen. Nun aber wurde auch die Verschmelzung des schleswig-holsteinischen Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen gefordert, da die preußische Regierung auf die unbeschränkte Verfügung über diese wichtigsten Verkehrsmittel im Interesse der einheitlichen Militär- und Zollverwaltung nicht verzichten könne. Daß die preußische Regierung an diesen Forderungen unter allen Umständen festzuhalten entschlossen sei, darüber ließ Bismarck die österreichischen Staatsmänner nicht in Zweifel; ehe dieselben nicht sämmtlich erfüllt seien, werde Preußen seine Truppen aus Schleswig-Holstein nicht zurückziehen, und aus einem etwaigen späteren Abweichen von jenen Bedingungen werde Preußen für sich die Berechtigung herleiten, die geschlossenen Verträge für erloschen zu erklären und seine im Wiener Frieden erworbenen Ansprüche in ihrem vollen Umfange von Neuem geltend zu machen.

Der Entschiedenheit des preußischen Forderns entsprach diesmal die Entschiedenheit der österreichischen Ablehnung. Die Sache des Bundes offen zu ihrer eigenen machend, trat die österreichische Regierung von den Sonderverhandlungen mit Preußen völlig zurück, beantwortete einen Bundesbeschluß zu Gunsten des Erbprinzen von Augustenburg mit einer zustimmenden Erklärung und veranlaßte dadurch den Letzteren, auch seinerseits die ihm noch einmal in einem amtlichen Schreiben von Bismarck vorgelegten preußischen Forderungen zu verwerfen. Auch mit ihm brach infolge dessen die preußische Regierung alle Unterhandlungen ab, und es befestigte sich in dem Leiter der preußischen Politik die Ueberzeugung, daß der eigentliche Schwerpunkt für die Entscheidung der großen Tagesfrage weniger in den Herzogthümern selbst, als vielmehr außerhalb derselben liege. Die Haltung der großen Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung konnte den preußischen Staatsmann in dieser Ueberzeugung nur bestärken.

Auf Grund längerer Berathungen mit dem sogenannten „Sechsunddreißiger-Ausschuß" des Frankfurter Abgeordnetentages und mit mehreren Mitgliedern des preußischen

Abgeordnetenhauses veröffentlichte nämlich um eben diese Zeit eine Anzahl von Vertrauensmännern der Herzogthümer eine Erklärung, in welcher sie zu den preußischen Forderungen Stellung nahmen. Ein guter Theil derselben: die Verfügung über die schleswig-holsteinischen Wehrkräfte, das auf die Sicherung der deutschen Grenzen Bezügliche, ferner der Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein, die Anlegung eines Nord-Ostseekanals und die Abtretung der dazu erforderlichen Rechte an Preußen, wurde von ihnen ohne große Bedenken als berechtigt anerkannt; dagegen lehnten sie die Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens sowie die Aushebung der Kriegsmannschaften durch andere als die eigenen Landesbehörden, vor Allem aber die geforderte Vereidigung der Truppen für den König von Preußen als ihren obersten Kriegsherrn als unverträglich mit der ihrem Lande zustehenden Selbständigkeit ab und stellten sich damit im Wesentlichen auf den Standpunkt des Erbprinzen. Hier war also auf einen Ausgleich oder auf eine auch nur vorläufige Verständigung nicht zu rechnen, und auch im übrigen Deutschland fand die preußische Regierung für ihre deutsch-nationale Politik in der schleswig-holsteinischen Frage nur sehr vereinzelte Anhänger; selbst der Nationalverein zeigte sich der Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, nicht völlig gewachsen, indem er unter dem Druck der öffentlichen Meinung der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage seine Unterstützung versagte und sich merklich dem großdeutschen Reformverein näherte.

Um so erfreulicher mußte für die preußische Regierung die Wahrnehmung sein, daß sich wenigstens im preußischen Volke bereits seit dem Ende des Jahres 1864 ein unverkennbarer Umschwung zu vollziehen begann. Wie gering auch immer die Zahl derjenigen liberalen Männer sein mochte, welche, wie Mommsen, Gneist, Twesten u. A., unbeirrt durch ihren Parteistandpunkt, offen als Fürsprecher und Vertheidiger dessen hervortraten, was die preußische Regierung in Schleswig-Holstein erstrebte, so mehrten sich doch mit jedem Tage die Anzeichen dafür, daß die Zahl Derjenigen in schnellem Wachsen begriffen war, welche sich wenigstens zu stiller, gleichsam verschämter Anerkennung der nationalen Politik Bismarck's gedrungen fühlten. Daß diese Anerkennung sich nicht offen hervorwagte und, wenn es doch einmal geschah, sich hinter allerlei Wenn und Aber versteckte, das war eine sehr begreifliche Folge des noch immer in unverminderter Schärfe fortbestehenden inneren Konfliktes. Die rücksichtslose Anwendung aller polizeilichen Machtmittel, die fortgesetzte Unterdrückung des freien Wortes in der Presse und die gehässigen persönlichen Kränkungen und Verfolgungen, denen einzelne hervorragende Vertreter des entschiedenen Liberalismus fortdauernd ausgesetzt waren, mußten es einem aufrichtig liberalen Manne in der That schwer machen, dieselbe Regierung, die er in ihrer inneren Politik meinte bekämpfen zu müssen, in ihrer auswärtigen Politik offen und freudig zu unterstützen. Der ursprüngliche Zusammenhang der freiheitsfeindlichen inneren Politik der Regierung mit der Haltung der Volksvertretung in der Frage der Heeresreorganisation hatte sich durch die scharfe Zuspitzung des Konflikts allmählich verwischt; die Regierung schien die reaktionäre Politik als Selbstzweck zu betreiben, und nur Wenige wagten noch zu hoffen, daß die Beseitigung jenes Streitpunktes die Regierung zum Einschlagen anderer Bahnen bewegen werde. Andernfalls wäre jetzt ein großer Theil der früheren Opposition gegen die Heeresreform gern bereit gewesen, derselben nachträglich zuzustimmen, denn die Ereignisse des Jahres 1864 hatten über ihren Werth und ihre Bedeutung doch Manchem die Augen geöffnet. Aber man glaubte, wie gesagt, für die Nachgiebigkeit in diesem Punkte von der im Amte befindlichen Regierung keine Zugeständnisse in inneren Fragen erwarten zu dürfen, und die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß deshalb, nach wie vor der Regierung grundsätzlich überall und also auch in ihrer auswärtigen Politik Widerstand zu leisten. Mit diesem grundsätzlichen Widerstande war nun freilich jener stetig wachsende Bruchtheil des preußischen Volkes, welcher sich halb widerstrebend zur Anerkennung der nationalen auswärtigen Politik der Regierung gedrungen fühlte, nicht einverstanden; aber

die straffe Parteidisziplin, welche die Leiter der Fortschrittspartei ausübten, ließ jene schwankenden Elemente noch nicht zur Geltung kommen. Da die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen voraussichtlich wiederum zu einer Niederlage der Regierung geführt haben würde, unterblieb sie, und die Regierung trat von Neuem dem oppositionellen Landtage gegenüber, sich damit tröstend, daß derselbe nicht mehr wie früher unbestritten die überwältigende Mehrheit des preußischen Volkes hinter sich habe, und hoffend, es werde die völlige Durchführung ihrer Politik einen offenen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeiführen.

Die Landtagssession von 1865. Daß der Landtag so absolut grundsätzlich, wie es wirklich geschah, jede Verständigung ablehnen werde, das schien die Regierung selbst nicht erwartet zu haben. Die Session des Jahres 1865, die erste nach dem Kriege, eröffnete der König am 15. Januar mit dem dringenden Wunsche, „daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen der Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet habe, nun seine Ausgleichung finden möchte." „Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit", hieß es in der Thronrede, „werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfniß der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreich geführten Kriege bewährt hat, aufzuklären. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt worden sind, bin ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein und kann das Einverständniß mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechthaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist mein ganzes Streben, mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziel vor Augen werden Sie, wie ich nicht zweifle, den Weg zur vollen Verständigung mit meiner Regierung zu finden wissen, und dann werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen."

Auch die Minister schlugen einen versöhnlichen Ton an und stellten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses alle möglichen Zugeständnisse in Aussicht, wenn sie sich nur zu entschließen vermöge, der Armeereform — dieser allerdings ohne Einschränkungen — ihre Zustimmung zu ertheilen.

Aber dies Alles blieb erfolglos, und da die konservative Minderheit durch ihre Anträge die liberale Mehrheit wie geflissentlich zum Widerstande herausforderte, beschloß das Abgeordnetenhaus sogar, sich der üblichen Adresse an den Monarchen als Antwort auf seine Thronrede zu enthalten. Nur in einem Punkte setzte sich wie seither die Volksvertretung über alle Parteirücksichten hinweg: die Verlängerung der Zollvereinsverträge, welche die süddeutschen Regierungen trotz ihres Widerstrebens gegen den Handelsvertrag mit Frankreich eine nach der andern nachgesucht hatten, wurde mit großer Majorität vom Abgeordnetenhause genehmigt und dadurch wenigstens auf dem wirthschaftlichen Gebiete der Thätigkeit der Regierung die verdiente Anerkennung gezollt. Alle anderen Vorlagen dagegen wurden mit ebenso großen Majoritäten verworfen.

Kein Kiel — kein Geld! Die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten, die Geldforderungen für die Begründung einer starken und mächtigen Flotte und auch die für die Befestigung des Kieler Hafens verlangten sechs Millionen wurden verweigert. Namentlich die Berathung über den letzteren Posten führte zu heftigen Angriffen der schleswig-holsteinischen Politik der Regierung. In kraftvollen Worten legte dagegen Bismarck den Standpunkt dar, auf welchem die Regierung den Herzogthümern und ihren zusammenzurufenden Ständen gegenüber stehe und zu beharren gedenke. „Kommen wir", sagte er am 1. Juni zu den Abgeordneten, „mit Oesterreich und mit Ihnen zu friedlicher Verständigung, so wird dies ein allerseits und auch für Preußen erwünschtes Ergebniß

sein; gelingt es nicht, so werden keine Beschlüsse, keine Proklamationen der Stände, kein einseitiges Vorgehen im Stande sein, Preußen aus den Herzogthümern herauszumaßregeln. Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsere Absichten zu verwirklichen, so habe ich schon in der Kommission ein Auskunftsmittel empfohlen; limitiren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: Kein Kiel, kein Geld!"

Daß der Besitz Kiels dem dringenden Interesse Preußens entsprach, das war freilich im Ernste nicht zu bestreiten, und auch in den Reihen der Liberalen fand deshalb der Regierungsantrag wie überhaupt die gesammte Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage einzelne Fürsprecher und Vertheidiger. Aber die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hielt fest an ihrem Grundsatz, das verhaßte Ministerium überall zu bekämpfen, selbst auf die Gefahr hin, sich dadurch in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung des preußischen Volkes zu setzen, die — eingestanden oder nicht eingestanden — der festen Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen zugeneigt war.

In der Schlußrede, mit welcher er am 17. Juni diese unter solchen Umständen wiederum völlig ergebnißlose Session des Landtages schloß, erklärte Bismarck, die Regierung werde, unbeirrt durch maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst zu vertreten wissen. Sie lebe der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher innegehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen, und daß der Tag nicht mehr fern sei, an welchem die Nation dies nicht nur erkennen, sondern durch den Mund ihrer berufenen Vertreter auch anerkennen werde.

Einrichtungen in Kiel. Ja, der preußische Staatsmann fühlte sich in der That stark in dem Bewußtsein, nur dasjenige zu erstreben, was er als das Recht und als die Pflicht Preußens bezeichnen durfte, und eben so wenig wie durch den unberechtigten, weil nicht mehr ganz aufrichtigen Widerspruch des preußischen Volkes und seiner Vertreter ließ er sich durch die feindselige Haltung der deutschen Mittelstaaten und namentlich Oesterreichs in der Verfolgung seines Zieles beirren. Der Ablehnung der im Februar gestellten preußischen Forderungen durch Oesterreich, durch den Bundesrath und durch den Erbprinzen selbst folgte seitens der preußischen Regierung eine Reihe von Maßnahmen, welche in Bezug auf ihre Entschlossenheit, ihre Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen, keinen Zweifel bestehen ließen. Namentlich wurden bereits im März Vorkehrungen getroffen, die preußische Flottenstation der Ostsee von Danzig nach Kiel zu verlegen, und umfangreiche Vermessungsarbeiten, welche an letzterem Orte durch preußische Offiziere und Ingenieure angestellt wurden, ließen darauf schließen, daß es preußischerseits auf eine dauernde Besetzung dieses trefflichen Hafens abgesehen sei. Unter Hinweis auf das Mitbesitzrecht Oesterreichs legte der österreichische Kommissar gegen solch eigenmächtiges Vorgehen Protest ein, aber derselbe blieb unbeachtet. Die Hafenarbeiten wurden nicht unterbrochen, vielmehr auch an anderen Orten Schleswigs ähnliche Arbeiten in Angriff genommen und seitens des preußischen Bevollmächtigten noch straffer als zuvor die Regierungsgewalt in den Herzogthümern gehandhabt. Auch legte der preußische Minister in seinen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen mehr und mehr die bisher noch bewahrte Zurückhaltung ab.

„Ich halte es für die Herzogthümer", erklärte Bismarck am 13. Juni, „bei weitem vortheilhafter, Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten. — —" Daß bei der hartnäckigen Weigerung, an Preußen billige und im Interesse des großen deutschen Vaterlandes sogar nothwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftauchen und in Bezug auf Verwirklichung an Aussicht gewinnen müsse, liege in der Natur der Dinge.

„Denn verweigert man uns“, fuhr Bismarck fort, „die billigen Bedingungen, die wir fordern, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Komplikationen eine solche Weigerung führen kann. Führt sie aber dazu, dann schnellt natürlich auch das Maß unserer Begehrlichkeit das Ziel sehr viel weiter hinauf, als es in diesem Augenblicke von unserer Bescheidenheit gestellt ist.“

Am Sitze des Bundesrathes wie in der Hofburg zu Wien war man entrüstet und bestürzt zugleich über das energische Vorgehen Preußens und über die verständliche Sprache seines Ministers. Oesterreich und seine Verbündeten hatten sich zu entschieden für die staatliche Selbständigkeit der Herzogthümer und für die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg erklärt, um jetzt ohne Weiteres zurückzuweichen und das Vorgehen Preußens unbeanstandet zu lassen; man mußte also wenigstens die Miene annehmen, als sei man zur energischen Wahrung des einmal eingenommenen Standpunktes entschlossen, und als werde man nöthigenfalls selbst vor einem Kriege mit Preußen nicht zurückschrecken. In Wahrheit aber fürchtete man den Krieg, und man hatte allen Grund ihn zu fürchten. Die Finanzen des Kaiserstaates befanden sich in einem geradezu kläglichen Zustande, die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn waren völlig gescheitert, und die nothwendig gewordene Aufhebung der erst wenige Jahre zuvor ins Leben getretenen österreichischen Gesammtstaatsverfassung drohte auch in die übrigen Kronländer Zwiespalt und Verwirrung zu tragen und die Aktionsfähigkeit des Staates nach außen zu lähmen. Auch einige der deutschen Bundesgenossen Oesterreichs, namentlich das im Kriegsfalle zunächst bedrohte Sachsen, sahen nur mit Bangen dem drohenden Ausbruche des Krieges entgegen und wünschten ihn wenn irgend möglich vermieden.

Unvermeidlichkeit des Krieges. Ganz anders lagen die Dinge in Preußen. Hier wünschte der leitende Minister den möglichst schnellen Ausbruch des Krieges. Daß derselbe auf die Dauer doch unvermeidlich sei, das stand für Bismarck völlig außer Zweifel; es lag also nach seiner Meinung im Interesse nicht nur Preußens, sondern ganz Deutschlands, die bedrängte Lage Oesterreichs und die militärische Unfertigkeit der deutschen Mittelstaaten zu benutzen, um — wie Bismarck sich in einer Unterredung mit dem bayerischen Minister von der Pfordten ausdrückte — den Krieg womöglich auf ein kurzes Duell zwischen Oesterreich und Preußen zu beschränken und durch dieses ohne viel Blutvergießen und mit zweifellos sicherem Ausgange für Preußen die schwebende Frage zum Austrag zu bringen. Das preußische Volk in seiner Mehrheit theilte freilich die kriegerische Stimmung des Ministeriums keineswegs, und das allgemeine Friedensverlangen fand eine mächtige Stütze in der persönlichen Friedensliebe des preußischen Monarchen. Gewiß war auch der König entschlossen, die Ehre und das Recht Preußens gegen jeden Angriff, von welcher Seite auch immer, zu schützen und zu wahren; aber dem drohenden Angriff zuvorzukommen und den Krieg zu beginnen, von dessen völliger Unvermeidlichkeit er sich noch nicht überzeugen mochte, das widerstrebte dem König. Ein gutes Theil der alten Anhänglichkeit des Hauses Hohenzollern an das Haus Habsburg war auch in ihm noch lebendig, und der Krieg, um den es sich hier handelte, mußte, wenn auch im eigensten Interesse des deutschen Vaterlandes, doch immerhin von Deutschen gegen Deutsche geführt werden. So lange noch eine Möglichkeit vorhanden schien, den Krieg ohne Gefährdung der Ehre und der Interessen Preußens zu vermeiden oder auch nur hinauszuschieben, bot deshalb König Wilhelm gern die Hand zu Vermittlungsversuchen, wie solche namentlich von Seiten der Königin-Wittwe von Preußen und von Seiten ihrer Schwester, der Mutter des Kaisers Franz Joseph, eifrig betrieben wurden. Durch den preußischen Gesandten in Wien von der Bereitwilligkeit der Regierung zu entgegenkommenden Schritten in Kenntniß gesetzt, begab sich der König von Karlsbad, wo er sich seit Ende Juni zum Kurgebrauch aufhielt, am 20. Juli nach Gastein, um auch dadurch seinerseits seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen im Interesse des Friedens zu bezeigen.

Ministerrath zu Regensburg. Friedensverhandlungen zu Gastein. Nichtsdestoweniger wurde freilich die österreichische Regierung nicht in Zweifel darüber gelassen, daß die von ihr gebotenen Zugeständnisse nicht genügten; ein außerordentlicher Ministerrath, welchen der König auf der Reise nach Gastein in Regensburg abhielt und an welchem außer sämmtlichen Ministern auch die preußischen Gesandten in Wien und Paris sowie der Generalstabschef von Moltke theilnahmen, sprach sich in diesem Sinne aus und konstatirte zugleich die hinlängliche Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres. Da durch Truppenverschiebungen an der Grenze und durch den Befehl, die schlesischen Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen, diese Erklärung den nöthigen Nachdruck erhielt, entschloß sich die österreichische Regierung, ihrem unabweisbaren Friedensbedürfniß einige größere Opfer zu bringen.



Zusammenkunft in Gastein.
Otto von Bismarck. Graf Mensdorff-Pouilly. König Wilhelm. Kaiser Franz Joseph.

Bald nach der Ankunft König Wilhelm's in Gastein traf der Gesandte Oesterreichs am bayerischen Hofe, Graf Blome, als österreichischer Unterhändler mit weitergehenden Vollmachten daselbst ein. Aber die Vereinigung der preußischen Forderungen mit den von Oesterreich gebotenen Zugeständnissen zeigte sich auch jetzt noch als unmöglich, und so blieb denn für die Erhaltung des Friedens nur der einzige Ausweg übrig, die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf unbestimmte Zeit zu vertagen und sich mit der Herstellung provisorischer Zustände in den Herzogthümern zu begnügen, „um dadurch", wie Bismarck sich ausdrückte, „die Risse wenigstens einigermaßen zu verkleben."

Die Gasteiner Konvention. Das Resultat der Berathungen, welches am 14. August 1865 als die „Gasteiner Konvention" festgestellt wurde, war unter solchen Umständen mehr mit einem Waffenstillstande als mit einem definitiven Frieden zu vergleichen. Die gemeinsame Verwaltung beider Herzogthümer, welche zu so vielen Unzuträglichkeiten geführt hatte, wurde aufgehoben, und die Verwaltung von Schleswig ging nunmehr an Preußen, die von Holstein an Oesterreich über. Das Anrecht auf beide Herzogthümer blieb ein gemeinsames. Preußen wurde das Recht zugestanden, sich im Hafen zu Kiel nach seinem

Ermessen einzurichten, bis dahin, wo wegen der Bundesflotte und der Erklärung Kiels als Bundeshafen entschieden sein werde. Es wurde Preußen bezüglich der Festung Rendsburg das Besatzungsrecht und der Mitgebrauch der Militär- und Poststraßen durch Holstein zugesprochen, ihm auch die Befugniß eingeräumt, einen Kanal von der Nord- und Ostsee durch Holstein anzulegen.

Besitzergreifung Lauenburgs durch Preußen. Bezüglich des Herzogthums Lauenburg, das mit den Herzogthümern Schleswig und Holstein nicht zusammenhing und dessen Bevölkerung den Anschluß an Preußen wünschte, ließ Oesterreich sich bereit finden, sein Mitanrecht Preußen für 2,500,000 dänische Thaler (5,725,000 Reichsmark) endgiltig abzutreten. Am 19. August wurden in Salzburg, wo der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich in Begleitung der beiderseitigen Minister des Auswärtigen zu einer persönlichen Unterredung zusammentrafen, diese Abmachungen von den beiden Monarchen bestätigt. Am 23. September 1865 fand die förmliche Besitzergreifung des kleinen lauenburgischen Ländchens durch Preußen statt, und bereits am 26. desselben Monats nahm der König die Erbhuldigung der Vertreter der Ritterschaft und Landschaft persönlich entgegen. Zum preußischen Statthalter von Schleswig wurde Generalleutnant v. Manteuffel, zum österreichischen Bevollmächtigten in Holstein Feldmarschalleutnant Baron v. Gablenz ernannt.

Die Konvention von Gastein war ihrer Natur nach nur ein Nothbehelf, hervorgegangen aus dem Friedenswunsche des Monarchen auf preußischer und aus dem Friedensbedürfniß auf österreichischer Seite. Das Ziel der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage war noch nicht erreicht, aber Preußen war durch jene Konvention, mit der es unzweifelhaft einen Sieg über Oesterreich errungen hatte, auf seiner in Bezug auf die Herzogthümer verfolgten Bahn wieder um ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Verlängerung der Zollvereinsverträge und Zutritt zu dem preußisch-französischen Handelsvertrage. Aber nicht allein in der schleswig-holsteinischen Frage, sondern auch auf wirthschaftlichem Gebiete konnte die preußische Regierung sich wesentlicher Erfolge rühmen. Wie hatten die deutschen Mittelstaaten sich gegen die Anerkennung des Handelsvertrages gesträubt, welchen Preußen im Jahre 1862 mit Frankreich geschlossen und dessen Anerkennung durch die Zollvereinsmitglieder es zur Vorbedingung für die Verlängerung der Zollvereinsverträge nach dem Ablauf der dritten Vertragsperiode (31. Dezember 1865) gemacht hatte! Was war nicht Alles in Hannover und in den süddeutschen Residenzen geschrieben und gesprochen worden, um darzuthun, daß dieser Handelsvertrag den Ruin der deutschen Industrie herbeiführen werde! Aber gerade das Gegentheil hatte stattgefunden, und ungeachtet aller Deklamationen in der Presse wie in öffentlichen Versammlungen sahen sich die Regierungen der Mittelstaaten von der Rücksicht auf ihre nächsten Interessen genöthigt, noch vor Schluß des Jahres 1864 dem preußisch-französischen Handelsvertrage beizutreten, um die Sprengung des Zollvereins, zu welcher die preußische Regierung im Weigerungsfalle allen Ernstes entschlossen war, zu verhüten. — Daß das preußische Abgeordnetenhaus sich in diesem einen Punkte über alle Parteirücksichten hinwegsetzte und der Thätigkeit der Regierung die verdiente Anerkennung zutheil werden ließ, indem es die Verlängerung der Zollvereinsverträge auf Grund der neuen Bestimmungen mit großer Mehrheit genehmigte, das haben wir an anderer Stelle bereits erwähnt. Im Mai 1865 erfolgte die Ratifizirung der Verträge.

Daß der Sieg Preußens in der Zollvereinsfrage in Oesterreich als eine Niederlage empfunden wurde, war begreiflich und zum Theil wenigstens berechtigt. Aber diese Niederlage wurde im weiteren Verlaufe der Dinge zum Segen für den Kaiserstaat. Die zeitweilige wirthschaftliche Trennung von Deutschland und die Nothwendigkeit, mit den bedeutsamen Fortschritten, welche hier auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs gemacht wurden, wenigstens einigermaßen Schritt zu halten, veranlaßten endlich die österreichische Regierung, mit ihrem gänzlich veralteten Zollsystem entschieden zu brechen und den bereits

angebahnten Uebergang zu freisinnigeren volkswirthschaftlichen Grundsätzen zu vollziehen. Der nachmalige außerordentliche Aufschwung der österreichischen Industrie schreibt sich aus der Zeit dieser wohlthätigen Wandlung her.

Handelsverträge mit Oesterreich, England und Italien. Anerkennung des Königreichs Italien. Nachdem der Zollverein neu gefestigt aus der letzten Krisis hervorgegangen war, stand der Erneuerung des Handelsvertrages zwischen dem preußisch-deutschen Zollgebiet und Oesterreich nichts mehr im Wege. Einige Wochen darauf kam denn auch mit England ein Handelsvertrag zu Stande, und noch vor Ablauf des Jahres 1865 gelangten auch die zu gleichem Zwecke mit Italien geführten Verhandlungen zum Abschlusse, was zugleich, trotz des heftigen Widerspruchs Oesterreichs, die Anerkennung des neuen Königreiches seitens sämmtlicher Zollvereinsstaaten zur natürlichen Bedingung hatte.

Erhebung Bismarck's in den Grafenstand. So waren binnen kurzer Zeit in der That bedeutende Erfolge erreicht worden. Allerdings blieben die inneren Verhältnisse, so weit sie sich auf die Verfassung bezogen, ungeordnet und gaben zu leidigen Streitigkeiten genugsam Anlaß. Allein die Machtstellung des Staates nach außen hatte doch der Regierung aus den Reihen der bisherigen parlamentarischen Gegner manchen tüchtigen Mann gewonnen, und die Hoffnung lag nahe, daß weiterhin zu erwartende Erfolge zur Versöhnung der zwischen den Vertretern zweier so wichtiger Faktoren des Staatslebens obwaltenden Gegensätze führen würden. Da diese günstige Wendung zumeist der unermüdlichen, aufopfernden Thätigkeit Bismarck's zu verdanken war, so erhob König Wilhelm seinen vertrauten Rathgeber am 15. September 1865 in den Grafenstand.

Von der Konvention zu Gastein bis zum Ausbruch des Krieges.

Wie nicht anders zu erwarten war, fand die Konvention von Gastein, durch welche die kaum vereinigten schleswig-holsteinischen Herzogthümer aufs Neue — wenn auch nur vorübergehend — in der willkürlichsten Weise getheilt wurden, sowol innerhalb als außerhalb Deutschlands die denkbar ungünstigste Beurtheilung. In Vereinen und Versammlungen, ja selbst in Eingaben an den Bundesrath protestirte die schleswig-holsteinische Bevölkerung gegen den „Gewaltschritt“ der beiden deutschen Großmächte; die öffentliche Meinung in den süd- und mitteldeutschen Staaten stellte sich dabei rückhaltslos auf ihre Seite, und selbst die auswärtigen Regierungen, namentlich die Frankreichs und Englands, hielten mit ihrer mißbilligenden Beurtheilung des Vertrages, der, wie man betonte, dem modernen Begriff des Völkerrechts widerstreite, nicht zurück. Alle diese Klagen waren natürlich in erster Linie gegen Preußen gerichtet, das man nicht ohne eine gewisse Berechtigung für das Zustandekommen jenes Vertrages verantwortlich machte. Allein man übersah dabei, daß die preußische Regierung selbst weit entfernt war, die Konvention von Gastein als die wünschenswertheste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage anzusehen oder auch nur an die Möglichkeit längerer Dauer des durch sie geschaffenen provisorischen Zustandes zu glauben. Nur die Friedensliebe des preußischen Monarchen war der Grund gewesen, daß der von Bismarck gewünschte Ausbruch des Krieges im Sommer des Jahres 1865 unterblieb, und daß dadurch die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu Gunsten einer vorläufigen Lösung hinausgeschoben wurde; diese letztere im Ernste zu vertheidigen oder gar als diplomatisches Meisterwerk zu verherrlichen, war in der That nicht wohl möglich und lag auch den preußischen Staatsmännern fern, die doch mit derselben unzweifelhaft einen Sieg über Oesterreich errungen hatten. Es bedurfte selbst für die Nächstbetheiligten nicht erst noch der Wahrnehmungen, welche man alsbald nach dem Abschluß der Gasteiner Konvention machte, um sie von der völligen Unhaltbarkeit der durch sie in den Herzogthümern geschaffenen Zustände zu überzeugen, und die Bevollmächtigten der beiden Großmächte in den Herzogthümern, von Manteuffel in Schleswig

und von Gablenz in Holstein, schienen von vornherein unter dem Eindruck dieser Ueberzeugung zu stehen und danach, Jeder auf seine Weise, die Verwaltung zu führen. General von Manteuffel trat der augustenburgischen Agitation in Schleswig mit Energie und selbst mit Härte entgegen und ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß er das Land als eine preußische Provinz betrachte, während General von Gablenz in Holstein die Demonstrationen zu Gunsten des Erbprinzen offen begünstigte und kein Hehl daraus machte, daß er diesen als den rechtmäßigen Herrn des Landes schätze.

Trotz der durchgeführten völligen Theilung der Verwaltung konnte man preußischerseits dieses Verhalten des österreichischen Bevollmächtigten in Holstein nicht gleichgiltig mit ansehen. So lange die augustenburgische Agitation in Holstein nicht nur nicht unterdrückt, sondern offen begünstigt wurde, war auch Schleswig trotz aller angewandten strengen Maßregeln dem Einflusse derselben nicht völlig zu entziehen, und wenn auch das Recht der völlig freien Verfügung, welches die preußische Regierung in Bezug auf Schleswig in Anspruch nahm, der österreichischen Regierung in Bezug auf Holstein füglich nicht bestritten werden konnte, so durfte doch billigerweise gefordert werden, daß die letztere mit der Ausübung jenes Rechtes dem offenkundigen Interesse der ersteren nicht entgegen arbeite. Das geschah aber durch die Begünstigung der augustenburgischen Agitation seitens des österreichischen Bevollmächtigten.

Nicht der gemeinsame Besitz, sondern nur die gemeinsame Verwaltung der Herzogthümer war durch die Gasteiner Konvention aufgehoben, und die preußische Regierung hatte auf keinen Punkt ihrer Forderungen bezüglich der endgiltigen Regelung der schleswig-holsteinischen Frage verzichtet. Bei und nach dem Abschluß der Konvention war von ihr wiederholt erklärt worden, daß sie jene Forderungen nach wie vor aufrecht halte, und eine von zahlreichen Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Ritterschaft unter Führung des Freiherrn von Scheel-Plessen überreichte Adresse, welche zu wirksamem Schutz der schleswig-holsteinischen Herzogthümern „den engsten Anschluß an eine der deutschen Großmächte, und zwar an den preußischen Staat als den nächstgelegenen" forderte, war sogar ausdrücklich dahin beantwortet worden, daß man maßgebenden Ortes in Preußen eine solche Lösung gleichfalls als die für beide Theile wünschenswertheste erachte. Wurde also durch die Haltung des österreichischen Bevollmächtigten in Holstein die spätere Durchführung des preußischen Planes in Bezug auf die Herzogthümer vereitelt oder auch nur erschwert, so mußte die preußische Regierung darin mit Recht eine absichtliche Gefährdung ihrer Interessen erblicken. Die seitens der preußischen Regierung nach Wien gerichteten Beschwerden hatten nun wenigstens die Folge gehabt, daß dem österreichischen Bevollmächtigten die offene Begünstigung der augustenburgischen Agitation untersagt worden war. Aber trotzdem glaubte General von Gablenz im Sinne seiner Regierung zu handeln, indem er es zuließ, daß trotz der offiziellen Verbote hier und da dem Erbprinzen von der Bevölkerung ein feierlicher Empfang bereitet oder große Versammlungen seiner Anhänger einberufen und zu preußenfeindlichen Kundgebungen benutzt wurden.

Der Notenwechsel. Diesem Doppelspiel gegenüber glaubte die preußische Regierung bald nach Beginn des Jahres 1866 endlich andere Saiten aufziehen zu müssen. Dem preußischen Statthalter in Schleswig ging die Weisung zu, den Erbprinzen von Augustenburg, der auf einer Reise Eckernförde, also schleswig'sches Gebiet, berührt und auch dort zu einer preußenfeindlichen Kundgebung Anlaß gegeben hatte, im Wiederholungsfalle mit Verhaftung zu bedrohen. Gleichzeitig richtete Bismarck am 26. Januar nach Wien eine energische Note, in der es hieß: im Auftrage seines Monarchen müsse er die kaiserliche Regierung wiederholt und dringend ersuchen, daß sie endlich aufhöre, in den Herzogthümern eine die preußischen Interessen aufs Aeußerste schädigende Gährung in den Gemüthern zu unterhalten, da ein Beharren auf dem bisher befolgten Wege nothwendig zum Bruch der kaum erst erneuerten Allianz führen müsse. Inzwischen schien jedoch auch die österreichische Regierung die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß ein Bruch unvermeidlich sei, und

daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit und zugleich die Frage wegen der Stellung Oesterreichs und Preußens in Deutschland nur durch die Waffen zum endgiltigen Austrag kommen könnten. Graf Mensdorff beantwortete die Note Bismarck's am 7. Februar mit einer ziemlich schroffen Erklärung, welche im Wesentlichen darauf hinauslief, daß Oesterreich entschlossen sei, bei seiner bisher befolgten Politik zu beharren, und während einer Unterredung, welche kurze Zeit darauf zwischen dem preußischen Minister und dem österreichischen Botschafter in Berlin', Graf Karolyi, stattfand, machte man sich beiderseits kein Hehl daraus, daß die anläßlich des Dänischen Krieges geschlossene und durch die Gasteiner Konvention erneuerte Bundesgenossenschaft zwischen Oesterreich und Preußen nunmehr völlig erloschen sei.

Haltung und Schluß des preußischen Landtags von 1866. So drängten die auswärtigen Angelegenheiten immer mehr zur Entscheidung, und um ihnen ungetheilt seine ganze Kraft und Thätigkeit zuwenden zu können, befürwortete Bismarck beim Könige den Schluß des preußischen Landtages, da ohnehin die Haltung desselben nach wie vor jede Verständigung und selbst jede Annäherung zwischen Regierung und Volksvertretung unmöglich mache. Am 15. Januar 1866 war derselbe von Bismarck durch Verlesung der königlichen Thronrede eröffnet worden. Dieselbe hatte mit Genugthuung die Erfolge der preußischen Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die erfolgreiche Wahrung der preußischen wie der deutschen Interessen hervorgehoben. Wenn trotzdem, hieß es weiter, der Landtag zur Anerkennnng dessen, was die Regierung geleistet, sich nicht zu entschließen vermöge, vielmehr bei seinem grundsätzlichen Widerspruche beharre, so müsse die Volksvertretung die Verantwortlichkeit dafür selbst übernehmen; die Regierung *wünsche* die Verständigung, sie ihrerseits zu *suchen* sei sie dem ihr gegnerischen Hause gegenüber nach so vielen vergeblichen Bemühungen nicht länger in der Lage. — Doch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses zeigte sich so unversöhnlich wie bisher. Allerdings hatten die preußischen Mitglieder des deutschen Abgeordnetentages, von dem die Konvention von Gastein zum Gegenstand gehässiger, vornehmlich gegen Preußen gerichteter Angriffe gemacht worden war, sich offen von demselben losgesagt, und ihrer einige erhoben auch im preußischen Landtage ihre Stimme zu Gunsten der geschlossenen Verträge, indeß blieben sie weit in der Minderheit; die herrschende Partei des entschiedenen Fortschritts unterzog nicht nur die Gasteiner Konvention, die als solche für den Fernerstehenden und Uneingeweihten allerdings anfechtbar war, der ungünstigsten Beurtheilung, sondern sie erklärte selbst die offenkundig und unbestreitbar einen Erfolg Preußens bedeutende Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit dem preußischen Staat für rechtsungiltig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung von der Regierung nachgesucht und von beiden Kammern gewährt sei. Die Entgegennahme dieses Beschlusses verweigerte Bismarck, indem er unter Anführung von zwei Stellen der Verfassungsurkunde bemerkte, daß er das Haus nicht für berechtigt halte, einen vom Könige geschlossenen Staatsvertrag, welcher dem Lande keine Lasten auferlege, zu verwerfen; denn in dem vorliegenden Falle sei die Abfindungssumme an Oesterreich aus dem Kronschatze, nicht aus dem Staatsschatze gezahlt worden, und sodann sei das kleine Herzogthum Lauenburg kein „fremdes Reich", in welchem der König verfassungsmäßig nur auf Grund eines Gesetzes die Regierung übernehmen dürfe. Zwei weitere Beschlüsse des Abgeordnetenhauses fanden seitens der Regierung die gleiche Behandlung. — Am 15. Mai 1865 war der Gedenktag der fünfzigjährigen Vereinigung der Rheinlande mit Preußen feierlich begangen worden, aber unter dem Eindruck des Verfassungskonflikts hatte die zumeist liberale Bevölkerung der großen rheinischen Städte begreiflicher, aber doch auch bedauerlicher Weise dem Feste keine recht freudige Theilnahme entgegengebracht, und es war deshalb von der Regierung die Abhaltung eines großen Festes zu Ehren der freisinnigen Abgeordneten, welches im Juli in Köln stattfinden sollte, als eine Art Gegendemonstration angesehen und gewaltsam verhindert worden.

Um dieselbe Zeit hatte die Regierung in einem Prozesse gegen einen der Führer der liberalen Partei, den Abgeordneten Twesten, auf einem Wege, dessen Gesetzmäßigkeit vielfach bestritten werden mußte, ein Urtheil des preußischen Obertribunals erwirkt, welches die den Abgeordneten verfassungsmäßig gewährleistete Redefreiheit völlig illusorisch zu machen drohte. Das Eine wie das Andere erklärte jetzt das Abgeordnetenhaus nach erregten, stürmischen Debatten für verfassungswidrig, ohne jedoch damit etwas Anderes zu erreichen, als daß die Regierung auch ihrerseits den bezüglichen Beschluß des Abgeordnetenhauses als im Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Befugnissen desselben stehend bezeichnete und seine Entgegennahme verweigerte. Das geschah am 18. Februar, und am 23. desselben Monats erfolgte auf die erwähnte Befürwortung Bismarck's der Schluß der Session, deren Fortdauer unter den obwaltenden Umständen für die Abgeordneten selbst kaum wünschenswerth sein konnte.

Berathung der Lage am 28. Februar im Ministerrath. Das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen war seit der Ueberreichung der erwähnten Note des Grafen Mensdorff vom 7. Februar fortgesetzt ein so gespanntes geblieben, daß der König die politische Lage am 28. Februar zum Gegenstand einer großen Berathung machte, zu welcher außer sämmtlichen Ministern auch der preußische Statthalter von Schleswig, Freiherr von Manteuffel, der Chef des Generalstabes, General von Moltke, und der preußische Gesandte am französischen Hofe zugezogen worden waren. Die wichtige Frage, welche diesem Ministerrathe zur Entscheidung vorlag, ob nämlich Preußen nach Lage der Dinge genöthigt sei, sich auf den Krieg vorzubereiten, wurde nach sorgfältiger Prüfung zwar verneint, zugleich aber einstimmig ausgesprochen, daß ein Zurückweichen Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage nicht ohne Verletzung der Gefühle des Volkes und nicht ohne Kränkung der Ehre des Landes möglich sei, und daß deshalb auf dem bisher verfolgten Wege, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, vorzuschreiten sei. Es ist wol anzunehmen, daß auf die Form dieser Entscheidung die bekannnten persönlichen Wünsche des Königs nicht ohne Einfluß geblieben waren. Der greise Monarch hatte den Glauben und die Hoffnung auf die Möglichkeit friedlichen Ausganges der Krisis noch immer nicht aufgegeben, und für Bismarck, der sich von der Unvermeidlichkeit und Nothwendigkeit des Krieges überzeugt hielt, bestand nicht der leichteste Theil seiner Aufgabe darin, den König allmählich für seine Ueberzeugung zu gewinnen.

Aber jene Entscheidung des Ministerrathes war auch an und für sich vollkommen berechtigt. Der Krieg stand unzweifelhaft bevor, aber Preußen hatte trotzdem keine Veranlassung, sich mit seinen Vorbereitungen für denselben zu beeilen. Dank der bereits durchgeführten Heeresreorganisation war die rechtzeitige Entfaltung der Waffenmacht in jedem Falle gesichert. Man konnte es deshalb ohne Gefahr Oesterreich überlassen, mit den Vorbereitungen zum Kriege den Anfang zu machen und dadurch Preußen in die Lage des Angegriffenen oder wenigstens des Bedrohten zu versetzen.

Bündniß mit Italien. Es war kaum zweifelhaft, daß Oesterreich in dem bevorstehenden Kampfe die deutschen Mittelstaaten auf seiner Seite haben werde, und da die zahlreiche Bevölkerung der außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs ohnehin die Aufstellung eines dem preußischen an Zahl weit überlegenen Heeres ermöglichte, so mußte man preußischerseits darauf bedacht sein, sich eines Bundesgenossen zu versichern.

Der natürliche Bundesgenosse Preußens im Kampfe gegen Oesterreich war offenbar das Königreich Italien, mit dessen diplomatischen Vertretern Graf Bismarck in Voraussicht der kommenden Dinge bereits zu Anfang des Jahres 1865 in vertrauliche Unterhandlungen über die Möglichkeit eines preußisch-italienischen Bündnißvertrages getreten war. Die italienische Regierung, an deren Spitze der General Graf Lamarmora stand, hatte sich zustimmend geäußert. Ein Bündniß mit Preußen, welches nach allgemeiner Ansicht damals unmittelbar vor dem Kriege mit Oesterreich stand, schien für die Verwirklichung des

ersten und letzten Zieles der italienischen Politik, den Erwerb Venetiens, die günstigsten Aussichten zu eröffnen. Der Abschluß der Konvention von Gastein, deren Tragweite man in Italien weit überschätzte, hatte freilich den Glauben der italienischen Staatsmänner an den Werth und an die Zuverlässigkeit der preußischen Bundesgenossenschaft stark erschüttert; da jedoch alle seitdem seitens der italienischen Regierung gemachten Versuche, mit Hülfe einer anderweitigen politischen Kombination in den Besitz Venetiens zu gelangen, sich als völlig aussichtslos erwiesen hatten, entsprach sie bereitwillig der Aufforderung, welche Bismarck Ende Februar 1866 nach Florenz richtete, einen Bevollmächtigten behufs Anknüpfung neuer Verhandlungen über ein Bündniß mit Preußen nach Berlin zu entsenden. In den ersten Tagen des März traf zu diesem Zwecke der General Govone daselbst ein. Aber die Verhandlungen zogen sich in die Länge, ja es gewann den Anschein, als würden sie sich völlig zerschlagen. Die dem Abschluß eines preußisch-italienischen Bündnisses ursprünglich von französischer Seite drohenden Schwierigkeiten waren zwar von Bismarck, der bereits gegen Ende des Jahres 1865 auf einer Zusammenkunft mit Kaiser Napoleon in Biarritz diesen Gegenstand zur Sprache gebracht hatte, mit großer diplomatischer Geschicklichkeit in der Hauptsache beseitigt worden; aber der italienische Abgesandte vermochte sich Angesichts der bekannten Friedensliebe des preußischen Monarchen von der festen Entschlossenheit der preußischen Regierung zum Kriege gegen Oesterreich zunächst nicht zu überzeugen. Erst nachdem Oesterreich selbst mit den offenen Vorbereitungen zum Kriege den Anfang gemacht und dadurch das wesentlichste Hinderniß für den baldigen Ausbruch desselben aus dem Wege geräumt hatte, kam am 27. März zwischen Govone und Bismarck ein vorläufiges Uebereinkommen zu Stande, welches am 8. April zum Abschluß eines förmlichen Bündnisses führte. Dasselbe, für die Dauer von drei Monaten — bis 8. Juli — geschlossen, verpflichtete während dieser Zeit beide Theile zu Schutz und Trutz und sicherte für den Fall des Sieges Italien den Erwerb Venetiens und Preußen eine angemessene Gebietserweiterung auf Kosten Oesterreichs zu.

Großer Kriegsrath in Wien am 10. März. In Oesterreich war also mit den offenen Vorbereitungen zum Kriege der Anfang gemacht worden. Ein großer Kriegsrath, welcher zu Wien am 10. März unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Zuziehung des Feldzeugmeisters Baron von Benedek sowie anderer hervorragender Generale abgehalten wurde, hatte zur Folge gehabt, daß am 15. März der Befehl ergangen war, Truppentheile aus Ungarn und anderen Kronländern in Böhmen zusammenzuziehen. Unbedeutende Unruhen, welche aus Anlaß von Judenverfolgungen daselbst ausgebrochen waren, mußten als Vorwand dafür dienen. Aber der wahre Zweck der österreichischen Rüstungen ergab sich mit zweifelloser Deutlichkeit aus einem am 16. März an mehrere deutsche Höfe gerichteten Rundschreiben, in welchem die österreichische Regierung ihren Entschluß kundthat, die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage zu überweisen. Daran war die Aufforderung geknüpft, durch diesen die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Bundescorps beschließen zu lassen und sich mit der Aufstellung derselben nöthigenfalls im Verbande mit der österreichischen Armee einverstanden zu erklären.

Nachdem diese Maßregeln, die natürlich nicht lange geheim bleiben konnten, den Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses und — am 28. März — auch die theilweise Mobilmachung des preußischen Heeres zur Folge gehabt hatten, lehnte zwar die österreichische Regierung in einer am 31. März nach Berlin gerichteten Note jedwede kriegerische Absichten gegen Preußen ab, aber der leitende preußische Staatsmann ließ sich durch solche Versicherungen, denen die Thatsachen widersprachen, nicht täuschen. Während er die österreichische Note mit vollem Rechte dahin beantwortete, daß Preußen einen Angriff gegen Oesterreich nicht im Schilde führe, wußte er gleichzeitig den Schachzug, welchen die österreichische Regierung mit ihrem Rundschreiben an die deutschen Höfe gethan hatte, durch einen geschickten Gegenzug zu pariren.

Preußens Erklärung vom 9. April. Kurz zuvor hatte er an die deutschen Bundesglieder die Anfrage gerichtet, inwieweit Preußen, falls es von Oesterreich angegriffen würde, auf ihren Beistand rechnen könne; nun ließ er am 9. April durch den preußischen Bundestagsgesandten von Savigny erklären, daß Preußen die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zwar nicht dem bestehenden Bunde zu überweisen gedenke, daß es aber bereit und entschlossen sei, mit der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage die endliche Lösung der Bundesreformfrage zu verbinden, und daß es zu diesem Zwecke zunächst die Berufung eines deutschen Parlaments, hervorgegangen aus allgemeinen Volkswahlen, beantrage.

Damit war das eigentliche Ziel der preußischen Politik vor dem deutschen Volke enthüllt; kam es jetzt zum Kriege zwischen Oesterreich und Preußen, so wußte man oder konnte man doch wissen, daß dieser Krieg wenigstens preußischerseits nicht um dynastischer Zwecke willen geführt wurde, sondern daß er zugleich ein Entscheidungskampf um die politische Zukunft Deutschlands war, die Preußen im Gegensatz zu Oesterreich und den mittelstaatlichen Regierungen und in richtiger Erkenntniß des Nothwendigen und allein Möglichen auf volksthümlicher, freisinniger Grundlage neu und in Achtung gebietender Weise zu gestalten beabsichtigte.

Aber konnte der preußische Antrag wirklich ernstlich gemeint sein? Konnte der Junker, der Reaktionär, der an der Spitze des preußischen Staates stand, sich so plötzlich zu den politischen Grundsätzen der liberalen, ja der liberalsten Parteien aufrichtig bekehrt haben? — So fragten sich die deutschen Regierungen, so fragte sich das deutsche Volk, und fast überall war die Antwort ein entschiedenes Nein!

Die deutschen Regierungen betrachteten den preußischen Antrag zumeist als einen diplomatischen Schachzug und glaubten, daß er nur dazu bestimmt sei, als solcher vorübergehend seine Wirkung zu thun, um hinterher im geeigneten Augenblick wieder zurückgenommen zu werden; der freisinnige Theil des deutschen Volkes aber, der doch dasselbe forderte und seit Jahren gefordert hatte, trat dem preußischen Antrage mit unverhohlenem Mißtrauen entgegen. Ein deutsches Parlament, ja; aber ein deutsches Parlament, dessen Berufung ein Reaktionär wie Bismarck beantragte, nimmermehr! — so ungefähr lautete die von den süddeutschen Radikalen ausgegebene Parole, und selbst die besonneneren Liberalen trugen nun Bedenken, sich blos auf jenen Antrag hin für Bismarck und für seine deutsche Politik zu erklären.

Verhältnißmäßig gering war die Zahl Derjenigen, welche das Richtige erkannten, welche einsahen, daß Bismarck Angesichts der Unmöglichkeit, den deutschen Einheitsgedanken ohne die Mitwirkung des freisinnigen Theiles des deutschen Volkes zu verwirklichen, sich zu dem Opfer seiner persönlichen politischen Ueberzeugung entschlossen habe, als welches der Antrag auf Berufung eines aus direkten allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlaments mit Recht erscheinen mußte. Und gerade darin, daß dem so war, daß Bismarck der deutschen Einheit zu Liebe seine persönliche politische Ueberzeugung zum Opfer brachte, gerade darin lag die beste Gewähr für den Ernst und die Aufrichtigkeit jenes Antrages und für die Entschlossenheit der preußischen Regierung, ihn nicht nur vorübergehend als Lock- und Kampfmittel, sondern wirklich als Grundlage bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zu benutzen.

Die deutschen Regierungen theilten, wie gesagt, diese Auffassung nicht; sie mußten jedoch zu dem preußischen Antrage Stellung nehmen, und wie die Dinge lagen, durften sie sich nicht grundsätzlich ablehnend gegen denselben verhalten. Da man indessen nicht wohl friedliche Berathungen über Bundesreformen pflegen konnte, während die beiden Hauptbetheiligten mit der Hand am Schwerte einander gegenüber standen, so machten die Mittelstaaten auf den Antrag Bayerns wenigstens den Versuch, die beiden Großmächte zu gleichzeitiger Abrüstung zu bestimmen.

Ministerrath zu Augsburg und Bamberg. Zu diesem Zwecke trafen die Minister von Bayern, Baden, Sachsen, Hessen und Württemberg (von der Pfordten, von Edelsheim, von Beust, von Dalwigk, von Varnbüler) am 22. April in Augsburg und am 14. Mai in Bamberg zur Abhaltung diplomatischer Konferenzen zusammen, wonach gegen Ende Mai von Bundeswegen an Oesterreich und Preußen die Aufforderung zur Abrüstung erging. Inzwischen waren aber diese Bemühungen so völlig aussichtslos geworden, daß die Mittelstaaten gleichzeitig selbst zu rüsten begannen.

Nachdem nämlich auf die mehrerwähnte österreichische Note vom 31. März Graf Bismarck die aufrichtige Antwort gegeben hatte, daß Preußen durchaus keinen Angriff auf Oesterreich beabsichtige, war von der österreichischen Regierung an die preußische das Ansinnen gerichtet worden, die bereits begonnene Mobilmachung wieder rückgängig zu machen. Am 15. April hatte sich Bismarck dazu bereit erklärt, aber mit dem Hinzufügen, daß, da man in Oesterreich zu rüsten angefangen habe, man auch dort mit der Abrüstung beginnen möge, worauf man in Preußen Schritt für Schritt nachfolgen werde.



Besprechung der Minister von Beust, von der Pfordten und von Dalwigk in den „drei Mohren" zu Augsburg.
Zeichnung von H. Lüders.

Der österreichische Minister Graf Mensdorff hatte darauf sofort zustimmend geantwortet, und in Böhmen wurde auch wirklich die Abrüstung angeordnet, gleichzeitig aber im Süden, in Venetien, eine starke Streitmacht zusammengezogen.

Allein der Zweck des fortgesetzten Doppelspiels lag doch gar zu deutlich am Tage. Ließ sich Preußen mit Rücksicht auf die Abrüstung in Böhmen verleiten, seine Rüstung vollständig abzulegen, so konnte im entscheidenden Augenblicke die in Italien angesammelte Armee in Sturmeseile auf der Eisenbahn nach Norden geführt und der Krieg alsbald begonnen werden. Oesterreich hatte dann dem ungerüsteten Preußen gegenüber einen bedeutenden Vorsprung, der leicht zu einem entscheidenden Schlage ausgenutzt werden konnte. Nicht nur wegen seines italienischen Bundesgenossen, dem es sich zu Schutz und Trutz verpflichtet hatte, sondern mehr noch um seiner selbst willen mußte deshalb Preußen die österreichische Zumuthung gebührend zurückweisen.

Und Bismarck zögerte damit nicht. „Oesterreichs Zusage, abzurüsten", erklärte er in einer Note vom 30. April, „bedeutet bei uns nicht, daß nur in Böhmen, Mähren und Oberschlesien, sondern daß im ganzen Reiche zur Abrüstung geschritten werde."

Rüstungen in Oesterreich, Italien und Deutschland. Das genügte, um die Lage zu klären. Oesterreich ging auf die Forderung Preußens nicht ein, es zeigte also, daß es den Krieg wollte, und nun erfolgte in Preußen in den Tagen vom 4.—12. Mai die Mobilmachung des gesammten stehenden Heeres, des größten Theiles der Landwehr und der Reserven. In Italien trat man gleichfalls in Waffen. Dem Beispiele Oesterreichs folgend, wo durch Kabinetsordre vom 6. Mai die gesammte Land- und Seemacht auf den Kriegsfuß gesetzt wurde, begannen jetzt auch die Mittelstaaten ernstlich zu rüsten, und auf einer Konferenz zu Würzburg (11. Mai) verständigten sich die Bevollmächtigten jener Staaten über ein gemeinsames militärisches Vorgehen. Daß sie trotzdem gegen Ende des Monats noch einen Vermittlungsversuch machten, wurde weiter oben bereits erwähnt. Natürlich glaubte Niemand daran, daß dieser Versuch zu einem Ziele führen werde. Ein ausschlaggebendes Gewicht vermochten die Mittelstaaten ohnehin nicht in die Wagschale zu werfen. So wenig ja die persönliche Tapferkeit des sächsischen, bayerischen und württembergischen Soldaten der des preußischen nachsteht, ebenso sehr fehlte den süddeutschen Kontingenten die sorgfältige Schulung, die einheitliche Führung und vor Allem die straffe Organisation des preußischen Heerwesens; die darauf beruhende große Ueberlegenheit des letzteren war für Einsichtige keinem Zweifel unterworfen, und die preußische Regierung hatte also ebenso wenig aus militärischen wie aus politischen Gründen Anlaß, sich durch die Haltung der Mittelstaaten ernstlich beeinflussen zu lassen.

Stellung zu Frankreich. Ungleich wichtiger für Preußen war die Erwägung, welche Stellung Frankreich im entscheidenden Augenblicke zu der großen Streitfrage einnehmen werde. Unerwartete, ja ernste Zwischenfälle schienen nicht ausgeschlossen. Louis Napoleon betrachtete die österreichisch-preußische Verwicklung vor Allem als eine günstige Gelegenheit, nicht nur die Macht und den Einfluß Frankreichs aufs Neue zu stärken, sondern für dasselbe auch einen materiellen Gewinn in Gestalt eines Gebietszuwachses am Rhein davonzutragen. Während der Zusammenkunft in Biarritz (Oktober 1865) scheint Bismarck das Wohlwollen des Kaisers für Preußen dadurch gewonnen zu haben, daß er ihm die Erfüllung seiner Wünsche in Bezug auf eine französische Gebietserweiterung am Rhein als Möglichkeit erscheinen ließ. Als nun aber Napoleon von Bismarck, der ihn mit vollendeter diplomatischer Gewandtheit hinzuhalten verstand, trotz wiederholten Drängens keine bestimmten, bindenden Zusagen zu erlangen vermochte, knüpfte er in den ersten Tagen des Mai 1866 auch mit Oesterreich Unterhandlungen an. Oesterreich kam ihm dabei bereitwillig entgegen. Die gleichzeitigen energischen Rüstungen Preußens und Italiens und die überraschende Präzision, mit welcher die Mobilmachung in Preußen von Statten ging, mochten die anfängliche Siegeszuversicht in Wien doch etwas erschüttert haben; denn der Vorschlag Napoleon's, Oesterreich möge Venetien durch seine, Napoleon's, Vermittlung an Italien abtreten und dadurch die Neutralität dieses Staates in dem bevorstehenden Kampfe erkaufen, wurde nicht ohne Weiteres abgelehnt. Die österreichische Regierung verlangte jedoch, daß in diesem Falle die Neutralität Italiens eine völlig bedingungslose sein müsse, und daß Oesterreich sich im Falle des Sieges durch preußisches Gebiet, etwa durch Schlesien, für die Abtretung Venetiens schadlos halten dürfe. Zu diesem Vorschlage war jedoch die Zustimmung Italiens, dem damit allerdings ein schmählicher Vertragsbruch zugemuthet wurde, nicht zu gewinnen.

Versuch Napoleon's, einen Kongreß zu Stande zu bringen. Indeß war man um ein Auskunftsmittel nicht verlegen, und eifrig nahm jetzt Napoleon den schon mehrfach angeregten Gedanken auf, einen Kongreß der europäischen Großmächte zur Lösung der schwebenden Fragen zu berufen. Gelang es diesem, den Streit um Schleswig-Holstein und um Venetien auf friedlichem Wege zu schlichten, so war dabei wol auch für Frankreich auf einen kleinen Gewinn zu rechnen; gelang es ihm, was freilich bei weitem wahrscheinlicher war, nicht, so glaubte Napoleon zwei gleich günstige Möglichkeiten vor sich zu sehen.

Einige Wochen vergingen über den Kongreßverhandlungen auf jeden Fall; der nur bis zum 8. Juli giltige preußisch-italienische Bündnißvertrag war dann abgelaufen oder seinem Ablauf nahe, Italien war an keine Verträge mehr gebunden, und Napoleon, der das junge Königreich mehr oder weniger in seiner Hand hatte, konnte — so meinte er wenigstens — diesen Umstand für seine Zwecke ausbeuten: entweder ließ sich Preußen, um nicht die Bundesgenossenschaft Italiens durch das Eingreifen Frankreichs zu verlieren, zu bindenden Zusagen in Betreff der verlangten Gebietsabtretungen am Rheine herbei, oder Napoleon machte durch den Ausgleich mit Oesterreich der preußisch-italienischen Bundesgenossenschaft wirklich ein Ende und ließ sich von Oesterreich, das dann gegen das allein stehende Preußen mit einiger Aussicht auf Erfolg den Kampf aufnehmen konnte, die gewünschte Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands garantiren.

Nun mochte freilich dieser wohl ausgesonnene Plan in manchen Punkten des thatsächlichen Hintergrundes entbehren, aber eine gewisse Berechtigung im Sinne Napoleon's hatte er immerhin, sobald nur die erste Grundbedingung, der Kongreß, überhaupt zu Stande kam. Dem standen aber doch sehr ernste Schwierigkeiten im Wege. Daß irgend eine der betheiligten Mächte blos auf den Kongreßvorschlag hin sich zur Abrüstung entschließen werde, das war nicht wohl anzunehmen, und ein Kongreß, dessen Verhandlungen durch plötzliches Losschlagen hüben und drüben jederzeit unterbrochen werden konnten, ein solcher Kongreß war von vornherein ein verfehltes Unternehmen. Indessen wurden trotzdem gegen Ende Mai die Einladungen zum Kongresse erlassen, und zwar nicht nur im Namen Frankreichs, sondern zugleich im Namen Englands und Rußlands, die in ihm ebenfalls das geeignetste Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens erblickten. Aber trotz oder vielleicht gerade wegen dieses gemeinsamen Vorgehens der drei Mächte war das Zustandekommen des Kongresses durchaus nicht wahrscheinlich, und gerade Bismarck, der an dem baldigen Ausbruch des Krieges das lebhafteste Interesse hatte, war in dieser Beziehung so völlig unbesorgt, daß er die Einladung zum Kongreß für Preußen bereitwillig annahm.

Bismarck hatte sich in seiner Voraussetzung nicht getäuscht. Oesterreich vermochte in der von den drei vermittelnden Mächten beliebten Form der Einladung zum Kongreß keine Gewähr dafür zu erblicken, daß es für den mit Sicherheit zu gewärtigenden Verlust Venetiens anderweitig werde schadlos gehalten werden; es machte deshalb den Kongreß unmöglich, indem es seine Theilnahme an demselben an die Bedingung knüpfte, daß keine der auf dem Kongreß vertretenen Mächte einen Gebietszuwachs erhalten solle. Für Preußen war dies die denkbar günstigste Lösung. Eine schnelle Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich war durch die ablehnende Haltung des letzteren Staates dem Kongreßvorschlage gegenüber unmöglich gemacht, und Bismarck konnte deshalb auch seinerseits die immerhin unbequeme Verbindung mit Napoleon lösen, indem er die am 20. Mai noch einmal in bestimmter Form gestellten Forderungen desselben — Abtretung der Rheingrenze von der Mosel rheinaufwärts — definitiv zurückwies. Er konnte dies um so mehr, da dem schnellen Ausbruch des Krieges nichts mehr im Wege stand, seitdem Oesterreich am 1. Juni durch einen Antrag am Bunde zu der längst vorhandenen Ursache auch den äußeren Anlaß zum Kriege geliefert hatte.

Wir kommen auf diesen Antrag und seine unmittelbaren Folgen alsbald zurück; zunächst wollen wir uns in Kürze die Stimmungen und Strömungen vergegenwärtigen, welche während der entscheidenden diplomatischen Aktion in Preußen vorherrschend waren.

Stimmungen und Strömungen. Das preußische Volk war dem Kriege entschieden abgeneigt, und namentlich in den westlichen Provinzen setzte man der zum Kriege drängenden Politik Bismarck's heftigen Widerstand entgegen. Freilich waren es außer dem natürlichen Friedensverlangen der gewerbtreibenden Bevölkerung zumeist Parteirücksichten, die den Ausschlag gaben, aber auch andere Gründe machten sich geltend. Die fortgesetzten eifrigen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin ließen es dem Uneingeweihten nicht unmöglich

erscheinen, daß eine Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich in Aussicht genommen sei, und selbst im günstigsten Falle, selbst wenn Preußen siegte, ohne dem begehrlichen Nachbar die verlangten Zugeständnisse gemacht zu haben, war da wirklich der nationale Erfolg des Sieges so völlig zweifellos? — Lag nicht vielmehr die Befürchtung nahe, daß nur die im unmittelbaren preußischen Machtbereich liegenden deutschen Staaten infolge des Sieges sich enger an Preußen anschließen, alle übrigen sich ihm noch mehr entfremden würden? So urtheilte die große Mehrzahl der Anhänger der liberalen Parteien, die noch immer hofften, daß sich der deutsche Einheitsgedanke durch seine eigene Kraft aus sich selbst heraus verwirklichen werde, ohne daß es dazu eines Krieges und gar eines Bruderkrieges bedürfe.

Aber nicht nur von dieser Seite wurde die deutsche Politik Bismarck's angefeindet; auch aus den Kreisen seiner bisherigen Anhänger wurde Widerspruch laut. Das Bündniß mit dem „revolutionären" Königreich Italien und der Antrag auf Berufung eines nach dem denkbar freisinnigsten Wahlmodus zu wählenden deutschen Parlaments hatte in streng konservativen und reaktionären Kreisen Befremden erregt; der absolutistisch angehauchte altpreußische Partikularismus, der in dem zahlreichen Kleinadel der östlichen Provinzen seine Hauptstütze hatte, lehnte sich dagegen auf, den streng monarchischen preußischen Staat in den Bereich einer so freisinnigen Verfassung ziehen zu lassen, wie sie Bismarck für das neu zu gründende Deutsche Reich in Aussicht genommen zu haben schien, und schnell mehrte sich in diesen Kreisen die Zahl Derjenigen, welche dem leitenden Minister auf dem von ihm eingeschlagenen Wege die Gefolgschaft aufkündigten und zu einer ultrakonservativen Oppositionspartei zusammentraten.

Wirkliche Unterstützung für seine deutsche Politik fand Bismarck, soweit die politischen Parteibildungen in Betracht kamen, nur von Seiten eines Theiles der Altliberalen und der gemäßigt konservativen Partei. Aber so unbequem der heftige und zum Theil erbitterte Widerstand von rechts und links dem leitenden Staatsmanne sein mochte, bedenklich oder gar gefährlich war er glücklicherweise nicht. Die Mehrheit des preußischen Volkes wünschte den Krieg nicht, aber war er einmal da, dann — dafür bürgte der Patriotismus und der treffliche militärische Geist des preußischen „Volkes in Waffen" — dann traten alle Parteirücksichten völlig in den Hintergrund, und mit einmüthiger Begeisterung zogen Ostpreußen und Schlesier, Westfalen und Rheinländer, Mann an Mann in den Kampf für König und Vaterland. Es hätte in dieser Beziehung keiner besondern Versicherung bedurft, aber für den König mochte es doch ein erhebendes Gefühl sein, als sich in einer von patriotischem Geiste durchwehten Adresse die freisinnige Bürgerschaft Breslaus, der Stadt, die doch beim Ausbruch des Krieges zunächst bedroht war, zu jedem Opfer an Gut und Blut bereit erklärte, falls von dem Könige und seinem ersten Rathgeber der Krieg wirklich für unvermeidlich gehalten werden sollte.

Haltung des Königs. Von der Unvermeidlichkeit des Krieges hatte sich inzwischen der König allerdings überzeugt; aber leicht war es ihm nicht geworden, den entscheidenden Entschluß, das Schwert zu ziehen, zu fassen und die Politik seines ersten Rathgebers mit all ihren möglichen Folgen zu seiner eigenen zu machen. Ganz natürlich. Er war den Siebzigen nahe und von dem Wunsche beseelt, in so hohem Alter sein Leben in Frieden zu beschließen; zudem war, was immer wieder hervorgehoben zu werden verdient, die altüberlieferte Loyalität und Anhänglichkeit des Hauses Hohenzollern an das Haus Habsburg auch in ihm noch lebendig geblieben. Dazu kam noch, daß eine einflußreiche Hofpartei, wie im Jahre zuvor, auch jetzt wieder eifrig und unablässig bestrebt war, den Frieden zwischen Preußen und Oesterreich aufrecht zu halten. Aber die Ereignisse und der Verlauf der diplomatischen Verhandlungen im April und in den ersten Tagen des Mai hatten den König endlich von der Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches, der ja auch sein eigener war, überzeugt, und der Umstand, daß eben damals Graf Bismarck auf fast wunderbare Weise

dem Mordversuch eines jugendlichen Fanatikers entging, war wohl geeignet, den für äußere Eindrücke so leicht empfänglichen Monarchen in dem Gedanken zu bestärken, daß sein erster Rathgeber in der That zur Durchführung der großen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, von der Vorsehung berufen sei.

Attentat auf Bismarck. Am 7. Mai feuerte nämlich Unter den Linden zu Berlin ein Studirender der landwirthschaftlichen Akademie zu Hohenheim in Württemberg, Julius Cohen, ein Stiefsohn des politischen Flüchtlings Karl Blind, aus unmittelbarer Nähe fünf Schüsse auf den Ministerpräsidenten ab, ohne ihn jedoch ernstlich zu verwunden; ja dieser, wiewol von zwei Kugeln gestreift, vermochte selbst noch den Attentäter festzunehmen und einer in der Nähe befindlichen Militärpatrouille zu überliefern.



Attentat des Julius Cohen auf Graf Bismarck.

Das Ereigniß machte, wie gesagt, einen tiefen Eindruck auf den König und befestigte in ihm das Vertrauen auf die glückliche Durchführung des beschlossenen großen Werkes. Aber noch immer verursachten vielerlei gegenwirkende Einflüsse gelegentliche Schwankungen in der Stimmung des Königs, gegen die es, nach Bismarck's eigenen Worten, fast stündlich anzukämpfen galt; und gewiß mit vollem Rechte durfte der große Staatsmann auf die Vorhaltungen eines politischen Gegners erwidern: „Wenn Sie wüßten, welche schweren Kämpfe es mich gekostet hat, Se. Majestät zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir schlagen müssen, dann würden Sie auch begreifen, daß ich nur dem eisernen Gesetz der Nothwendigkeit gehorche."

Erst mit dem bereits kurz angedeuteten Antrage, welchen Oesterreich am 1. Juni 1866 beim Bunde stellte, waren auch die letzten Schwankungen, die letzten Zweifel und Bedenken endgiltig beseitigt; Oesterreich forderte zum Kriege heraus, und als Fürst und als Feldherr zugleich nahm König Wilhelm die Herausforderung an.

Folgen der Ueberweisung der schleswig-holsteinischen Frage an den Bund durch Oesterreich. Am 1. Juni 1866 ließ nämlich Oesterreich dem Bundestage die Mittheilung zugehen, daß es die schleswig-holsteinische Frage nunmehr zur endgiltigen Lösung dem Bunde überweise, daß es für die Durchführung des Bundesbeschlusses mit seiner ganzen Macht eintreten werde, und daß es inzwischen die Einberufung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung angeordnet habe.

Nach dem Gasteiner Vertrage, der die endgiltige Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ausschließlich gemeinsam zu fassenden Beschlüssen der beiden Großmächte

vorbehielt, war Oesterreich weder zu dem Einen, noch zu dem Andern befugt; mit vollem Rechte konnte also die preußische Regierung in einer nach Wien gerichteten Note den Vertragsbruch konstatiren und erklären: „Der Gasteiner Vertrag ist somit aufgehoben, und wir sind in dem Falle, auf den Wiener Vertrag (vom 30. Oktober 1864) zurückzugehen, dem entsprechend wir nun verfahren werden."

Am 6. Juni kündigte der preußische Gouverneur von Schleswig, General v. Manteuffel, im Auftrage der Regierung dem österreichischen Statthalter von Holstein, Feldmarschallleutnant von Gablenz, an, daß er unverzüglich zur Mitbesetzung Holsteins schreiten werde, da gemäß den Bestimmungen des Wiener Vertrages die gemeinsame Verwaltung beider Herzogthümer nunmehr wieder in Kraft trete.

Vielfach erwartete man, daß Gablenz sich dem Einmarsche der Preußen widersetzen werde. Dieser jedoch, sei es, daß er sich zu einem so entschiedenen Vorgehen nicht stark genug fühlte, oder daß er es für zweckdienlich hielt, den Ueberfallenen zu spielen und Preußen als Friedensbrecher erscheinen zu lassen, räumte, gegen die Gewaltthätigkeit Preußens protestirend, eilig Kiel und zog seine Truppen um Altona zusammen, wohin der Erbprinz von Augustenburg alsbald ihm folgte. General von Manteuffel ging nun weiter vor. Er untersagte den holsteinischen Ständen, als Landesversammlung aufzutreten, ja er ließ kurz darauf den österreichischen Civilkommissar von Halbhuber, als dieser dennoch deren Zusammentritt betrieb, verhaften.

Manteuffel hatte übrigens nicht unterlassen, seinem Kollegen Gablenz kund zu thun, daß man selbstverständlich das für Oesterreich aus der neuen Lage sich ergebende Recht der Mitbesetzung Schleswigs vollständig anerkenne und seiner Ausübung entgegensehe. Da aber Oesterreich von seinem Mitbesetzungsrechte nicht Gebrauch machte, so nahm Preußen einstweilen die Verwaltung beider Herzogthümer in die Hand. Freiherr von Scheel-Plessen wurde zum Oberpräsidenten beider Herzogthümer eingesetzt und der Bevölkerung angekündigt, daß die Berufung einer Gesammtvertretung beider Herzogthümer in Aussicht genommen sei.

Dies begab sich am 10. Juni. Zwei Tage später räumte Gablenz mit seinen Truppen vollständig das Land und führte sie durch Hannover und Sachsen nach Oesterreich zurück. Der Erbprinz von Augustenburg folgte ihm.

Mobilmachung der Truppenkörper der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Was Preußen in Schleswig-Holstein that, war offenbar die natürliche Folge des vertragswidrigen Antrages, welchen Oesterreich am 1. Juni beim Bunde eingebracht hatte. Aber die österreichische Regierung bezeichnete das Vorgehen Preußens als einen Gewaltakt, als einen Bruch der Bundesverfassung, und beantragte am 11. Juni die Mobilmachung des gesammten Bundesheeres (selbstverständlich mit Ausnahme des preußischen Kontingents), um zur Wahrung der Bundesrechte mit Waffengewalt gegen Preußen einzuschreiten. Binnen längstens vierzehn Tagen sollte die Mobilmachung durchgeführt und die Truppen zum Ausmarsch bereit sein.

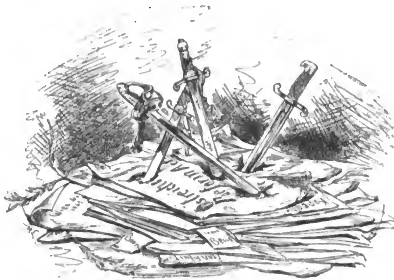
Gesetzlich war die Mobilmachung der Bundesarmee nur gegen einen äußeren Feind zulässig, und nur ein „Exekutionsverfahren" konnte in bestimmten Fällen gegen Bundesmitglieder beschlossen werden. Der preußische Gesandte von Savigny machte demgemäß die Bundesversammlung eindringlich darauf aufmerksam, daß Oesterreich gar nicht befugt sei, jenen Antrag zu stellen, und daß ihn die Bundesversammlung, da ihm die gesetzliche Grundlage fehle, überhaupt nicht in Berathung nehmen könne, ohne sich selbst des Bundesbruches schuldig zu machen.

Vergebens! Angesichts der entschlossenen Haltung Oesterreichs war auch den mittelstaatlichen Regierungen der Muth gewachsen; der Krieg gegen Preußen war eine beschlossene Sache und — populär! In ganz ungewöhnlicher Eile setzte der Bundestag bereits auf den 14. Juni die Berathung und Beschlußfassung über den österreichischen Antrag an.

Der entscheidende Tag kam. Gegen den österreichischen Antrag, also für Preußen, stimmten nur die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, die beiden Schwarzburg, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg, die drei freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen, endlich Luxemburg und Limburg; für Oesterreich erklärten sich Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau und — mit zweifelhafter Berechtigung — der Stimmführer der aus mehreren Kleinstaaten bestehenden 16. Kurie, innerhalb welcher Stimmengleichheit geherrscht hatte. Baden hatte sich der Abstimmung enthalten, auch Preußen selbst hatte natürlich nicht gestimmt, und so vermochte der Bundestagspräsident als Ergebniß zu verkünden, daß sich neun Stimmen für und sechs gegen den österreichischen Antrag erklärt hätten, daß also die Mobilmachung des Bundesheeres beschlossen sei.

Es war der letzte Beschluß, den der alte Bundestag gefaßt hatte, welcher zum Heile Deutschlands an diesem 14. Juni endlich und für immer zu Grabe ging. Unmittelbar nach dem Schluß der Abstimmung erklärte der preußische Bundestagsgesandte von Savigny im Auftrage seiner Regierung, daß Preußen nunmehr den Bundesbruch als vollzogen und damit die bisherige Bundesverfassung als aufgehoben betrachte; daß Preußen dagegen bereit sei, mit denjenigen deutschen Staaten, welche ihm die Hand dazu bieten würden, unverzüglich an die Errichtung eines neuen Bundes zu gehen, und zwar eines Bundes mit Ausschluß Oesterreichs und auf der Grundlage einer freisinnigen Verfassung.

Ablehnung der Neutralität der Nachbarstaaten Preußens. Zwischen Wien und Berlin war die Abberufung der beiderseitigen Gesandten bereits am 12. Juni erfolgt. Dagegen ließ Preußen bis zum letzten Augenblicke kein Mittel unversucht, um die ihm nicht gewogenen Nachbarstaaten, namentlich Sachsen und Hannover, in ihrem eigenen Interesse zur Neutralität zu bestimmen. Ausdrücklich ward ihnen auf Grund des preußischen Reformvorschlages ihre Souveränetät zugesichert. Aber der Feinde Preußens hatte sich plötzlich eine fast übermüthige Siegeszuversicht bemächtigt; die preußischen Vorschläge wurden mit Entschiedenheit abgelehnt. Nach dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni stellte trotzdem die preußische Regierung den Königen von Hannover und Sachsen sowie dem Kurfürsten von Hessen zur Neutralitätserklärung eine nochmalige kurze Frist. Erst als auch diese fruchtlos verronnen war, erfolgte sofort die Kriegserklärung, und mit dem am 16. Juni angeordneten Einmarsch der preußischen Truppen in die genannten drei Bundesländer begann das kurze Vorspiel des Krieges.





Kriegsrath in Gitschin. Zeichnung von H. Lüders.



Der Krieg gegen Oesterreich und seine Verbündeten.

Bis Königgrätz

Zum Zwecke des Einmarsches in Sachsen, Hannover und Hessen standen Preußen nur geringe Streitkräfte zur Verfügung; denn in richtiger Erkenntniß, daß die Entscheidung des Krieges lediglich von dem Ausgange des Kampfes mit Oesterreich abhänge, hatte man dem Hauptfeinde fast die gesammte Kriegsmacht entgegengeführt.

In Sachsen fanden die vorrückenden preußischen Heerestheile keinen Widerstand, und es wurde, unter möglichstem Beibehalt der zur Stelle gebliebenen sächsischen Behörden, preußischerseits die Verwaltung des Landes in die Hand genommen. König Johann hatte sich am 16. Juni mit seinen Truppen nach Böhmen gewendet, gleichzeitig aber beim Bundestage den Antrag auf schleunige Bundeshülfe gegen Preußen gestellt, zu deren Leistung sich Oesterreich und Bayern bereit erklärten.

Auch in Hessen kam es nicht zu Zusammenstößen; vor den anrückenden preußischen Truppen wichen die hessischen über den Main zurück. Der Kurfürst wurde am 23. Juni, da er auch jetzt ein Bündniß mit Preußen ablehnte, als Gefangener nach Stettin abgeführt.

Schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse Hannover gegenüber. Wie in Hessen befanden sich auch hier die Truppen nicht in Kriegsbereitschaft, und so gelang es dem aus den Elbherzogthümern mit zwölf Bataillonen, zwei Kavallerieregimentern und vier Batterien heranrückenden General von Manteuffel leicht, den nordöstlichen Theil des Landes mit den Ems- und Weserbefestigungen in seine Gewalt zu bringen. Auch die kleine, mit reichen Kriegsvorräthen versehene Elbfestung Stade wurde durch nächtlichen Ueberfall schnell wehrlos gemacht. Von Westen her war inzwischen der mit dem Oberbefehl über sämmtliche in Hannover einrückenden Truppen betraute, aus dem schleswig-holsteinischen Kriege wohlbekannte General Vogel von Falckenstein an der Spitze einer westfälischen Division

vorgegangen, hatte am 17. die Hauptstadt des Landes besetzt und dessen Verwaltung an preußische Beamte übertragen. Nun handelte es sich vor Allem um möglichst baldige Entwaffnung der hannoverschen Truppen, welche im südlichsten Theile des Landes, bei Göttingen, versammelt worden waren, um daselbst die kriegsmäßige Ausrüstung zu erhalten. Ihre Stärke betrug etwa 20,000 Mann mit 52 Geschützen. Der König Georg befand sich mit dem Kronprinzen mitten unter seinen Soldaten und beabsichtigte, behufs Vereinigung mit der bayerischen Armee, von Göttingen aus sich südwärts zu wenden. Aber preußischerseits beeilte man sich, dies zu vereiteln. Außer den bereits in das Land gerückten Abtheilungen traten den Hannoveranern sowol von Kassel her als auch aus Magdeburg und Gotha herangezogene Truppen entgegen. Schwankend in ihren Entschlüssen, bald zu Unterhandlungen geneigt, bald zum Kampfe bereit, ließ die hannoversche Heeresleitung die Zeit verstreichen und sich hiermit die Möglichkeit entgehen, mit ihren überlegenen Streitkräften die anfänglich nur schwachen Linien des Gegners zu durchbrechen. Immer stärker und fester zogen inzwischen die Preußen einen Eisenring um den Feind. Während dieser nun die Hoffnung auf eine Vereinigung mit den Bayern aufgab und sich nach Langensalza auf das linke Unstrutufer in eine feste Stellung zurückzog, ward preußischerseits angenommen, der Gegner beabsichtige in nördlicher Richtung zu entschlüpfen.

Kapitulation von Langensalza. Daher griff General von Flies am 27. Juni mit nur ungefähr 8000 Mann und 24 Geschützen den doppelt so starken Feind an. Anfangs errangen die preußischen Truppen, zum Theil aus Landwehr und Festungsbesatzungen bestehend, in dem sich entwickelnden heftigen Gefechte einige Vortheile, aber bald machte sich die Uebermacht der Hannoveraner geltend, und unter sehr schwierigen Verhältnissen und mit namhaften Verlusten mußte der Rückzug angetreten werden. Den hannoverschen Truppen sollte jedoch dieser Waffenerfolg keinen Nutzen bringen; denn von allen Seiten eilten preußische Truppen herbei, und schließlich sah sich König Georg, überall von Uebermacht bedrängt und umstellt, am 29. genöthigt, sich mit seiner gesammten Truppenmacht zu ergeben. König Wilhelm bewilligte in voller Würdigung des tapferen Verhaltens der wackeren Hannoveraner sehr ehrenvolle Kapitulationsbedingungen.

Der Böhmische Krieg. Zur selben Zeit, als sich im Eichsfelde das Schicksal Hannovers in der geschilderten Weise entschied, kam es auch in Böhmen zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Preußen und Oesterreichern. Auf Seite der Letzteren waren von den verfügbaren zehn Armeecorps drei unter dem Erzherzog Albrecht den Italienern entgegengestellt, die übrigen, mit Ausnahme des nach Böhmen entsendeten 1., in Mähren versammelt worden. Diese 240,000 Mann starke und mit etwa 800 Feldgeschützen ausgerüstete „Nordarmee“, in sieben Armeecorps und fünf Kavalleriedivisionen gegliedert, stand unter dem Befehle des Feldzeugmeisters von Benedek, der sich wiederholt in den letzten italienischen Kriegen als tapferer Kriegsmann sowie als gewandter und energischer Truppenführer hervorgethan hatte. Die Stimme der Armee und das Vertrauen seines Monarchen hatten den bescheidenen General an die Spitze des Heeres berufen; aber nur nach langem Sträuben und auf wiederholtes Ansuchen des Kaisers nahm er die verantwortungsvolle Stelle an, vermochte jedoch nicht, fremden Einflüssen bei Besetzung der wichtigsten Stellen seines Generalstabes vollständig die Spitze abzubrechen.

Die österreichische Regierung, die, wie erwähnt, schon seit geraumer Zeit sich auf den Krieg vorbereitet hatte, konnte, als dieser unvermeidlich geworden war, über ein vollzähliges und wohlausgerüstetes Heer verfügen. — Die Infanterie war noch mit einem Vorderladergewehr bewaffnet und vorzugsweise geschickt im Angriff durch kleinere Kolonnen; die Artillerie war durchweg mit vorzüglichen gezogenen Geschützen versehen, aber zum großen Theil in einzelne Batterien zersplittert oder als Reserve verwendet, der es im Bedarfsfalle schwer fallen mußte, rasch nach vorn zu gelangen. Die österreichische Kavallerie erfreute sich mit Recht eines ganz besonders guten Rufes. — Dem Offizierscorps und noch mehr

der Truppenmasse lag bei dem Völkergemisch des österreichischen Staates ein warmes Interesse für die Sache, um deretwillen das Schwert gezogen wurde, natürlich ganz fern, aber Pflichttreue und kriegerischer Geist ließen Jeden seine Schuldigkeit thun. Eine werthvolle Unterstützung erhielt die österreichische Nordarmee durch das, wie erwähnt, aus seiner Heimat abgezogene sächsische Armeecorps, etwa 25,000 Mann mit 58 Geschützen, eine in jeder Beziehung tüchtige Truppe.

Feldzeugmeister Benedek verfügte somit über ungefähr 270,000 Mann, die gegen Mitte Juni, mit Ausnahme des gemeinschaftlich mit den sächsischen Truppen nördlich von Prag aufgestellten 1. Armeecorps, in Mähren in Bereitschaft standen. Der österreichische Feldherr erachtete sich nicht für stark genug, dem preußischen Heere schnell und energisch auf den Leib zu gehen, vielmehr beschloß er die ersten Maßnahmen des Gegners abzuwarten, um ihm nach Befinden von Olmütz oder von Josephstadt aus mit vereinter Macht entgegenzutreten. Er setzte hierbei voraus, die Preußen würden ausschließlich aus Schlesien vorbrechen. Dem war aber nicht so.

Sobald an dem bevorstehenden Ausbruch des Krieges nicht mehr zu zweifeln war, hatte die preußische Heeresleitung die allmähliche Mobilmachung der Armee betrieben und dann nach und nach die Truppenmassen theils zu Fuß theils auf Eisenbahnen in das Aufmarschgebiet längs der sächsisch-österreichischen Grenze rücken lassen. In der Zeit vom 16. Mai bis zum 5. Juni, also in 21 Tagen, waren preußischerseits nicht weniger als 197,000 Mann, 55,000 Pferde und 5300 Fahrzeuge auf Entfernungen von 30—90 Meilen mit der Eisenbahn ohne jeglichen Unfall und ohne irgend welche Störung nach ihrem Bestimmungsorte geschafft worden. Zuerst galt es dabei, mit Rücksicht auf die politische und geographische Lage, die 60 Meilen lange Grenzstrecke von Naumburg bis Neiße zu besetzen; Stellung und Aufmarsch des Gegners bedingten alsdann die weiteren Maßregeln zur engeren Ansammlung. Demgemäß befanden sich um Mitte Juni von der 250,000 Mann starken, gegen Oesterreich ins Feld gerückten Heeresmacht auf dem rechten Flügel, bei Torgau, die Elbarmee, etwa 46,000 Mann stark, befehligt von dem als Eroberer Alsens rühmlichst bekannten Herwarth von Bittenfeld, an diese links sich anlehnend, in der Gegend von Görlitz, die von dem Prinzen Friedrich Karl geführte gegen 94,000 Mann starke I. Armee und, den äußersten linken Flügel bildend, die unter dem Befehl des Kronprinzen stehende ungefähr 115,000 Mann starke II. Armee bei Neiße. Da man zu dieser Zeit die Streitkräfte der Oesterreicher noch tief in Mähren wußte und es sich jetzt nicht mehr um den Grenzschutz, sondern um rasches Vorgehen in Feindesland handelte, so wurde die zum Schlagen erforderliche nähere Vereinigung der preußischen Armeen nach vorwärts verlegt. Von ihren Sammelpunkten aus nach Sachsen vorrückend, durchzogen die Elb- und die I. Armee schnell dieses Land und standen nach wenigen Tagen in enger Verbindung an der sächsisch-böhmischen Grenze, des Befehls zum Einrücken in österreichisches Gebiet gewärtig.

Aufruf des Königs. Ehe dieser gegeben wurde, erließ König Wilhelm am 18. Juni den „Aufruf an mein Volk", dessen auf die Nation mächtig wirkende Worte folgendermaßen lauteten:

„An mein Volk! In dem Augenblick, da Preußens Heer zu einem entscheidenden Kampfe auszieht, drängt es mich, zu meinem Volke, zu den Söhnen und Enkeln der tapferen Väter zu reden, zu denen vor einem halben Jahrhundert mein in Gott ruhender Vater unvergessene Worte sprach.

„Das Vaterland ist in Gefahr!

„Oesterreich und ein großer Theil Deutschlands steht gegen dasselbe in Waffen! Nur wenige Jahre sind es her, seit ich aus freiem Entschlusse und ohne früherer Unbill zu gedenken dem Kaiser von Oesterreich die Bundeshand reichte, als es galt, ein deutsches Land von fremder Herrschaft zu befreien. Aus dem gemeinschaftlich vergossenen Blute, hoffte ich, würde eine Waffenbrüderschaft erblühen, die zu fester, auf gegenseitiger Achtung

und Anerkennung beruhender Bundesgenossenschaft und mit ihr zu all dem gemeinsamen Wirken führen würde, aus welchem Deutschlands innere Wohlfahrt und äußere Bedeutung als Frucht hervorgehen sollte. Aber meine Hoffnung ist getäuscht worden. Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen.

„Preußen, so meint es, muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Oesterreich schade. Die alte unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert: Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden deutsche Bundesfürsten nicht blos aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: „Erniedrigung Preußens!"

„Aber in meinem Volke lebt der Geist von 1813! Wer wird uns einen Fuß breit preußischen Bodens rauben, wenn wir ernstlich entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Väter zu wahren, wenn König und Volk, durch die Gefahren des Vaterlandes fester als je vereint, an die Ehre desselben Gut und Blut zu setzen für ihre höchste und heiligste Aufgabe halten. In sorglicher Voraussicht dessen, was nun eingetreten ist, habe ich seit Jahren es für die erste Pflicht meines königlichen Amtes erkennen müssen, Preußens streitbares Volk für eine große Machtentwickelung vorzubereiten. Befriedigt und zuversichtlich wird mit mir jeder Preuße auf die Waffenmacht blicken, die unsere Grenzen deckt. Mit seinem König an der Spitze wird sich Preußens Volk ein wahres Volk in Waffen fühlen! Unsere Gegner täuschen sich, wenn sie wähnen, Preußen sei durch innere Streitigkeiten gelähmt. Dem Feinde gegenüber ist es einig und stark; dem Feinde gegenüber gleicht sich aus, was sich entgegenstand, um demnächst in Glück und Unglück vereint zu bleiben.

„Ich habe Alles gethan, um Preußen die Lasten und Opfer eines Krieges zu ersparen, das weiß mein Volk, das weiß Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblicke habe ich, in Gemeinschaft mit Frankreich, England und Rußland, die Wege für eine gütliche Ausgleichung gesucht und offen gehalten. Oesterreich hat nicht gewollt, und andre deutsche Staaten haben sich offen auf seine Seite gestellt. So sei es denn! Nicht mein ist die Schuld, wenn mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängniß wird erdulden müssen, aber es ist uns keine Wahl übrig geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des Großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. — Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten, an, daß er unsere Waffen segne!

„Verleihe uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern. Gott mit uns!

„Berlin, 18. Juni 1866. „Wilhelm."

Helmuth von Moltke. Der greise, fast siebenzigjährige Monarch hatte nach Zollernsitte den Oberbefehl über sämmtliche im Felde stehenden Truppen übernommen und zum Chef des Stabes Helmuth von Moltke bestimmt. Dieser, seit dem Jahre 1857 Chef des Generalstabes, hatte in früheren Jahren in der Türkei reiche Kriegserfahrungen gesammelt und als militärischer Begleiter des Kronprinzen vielfach Beweise hoher Einsicht und festen Verhaltens gegeben; im Jahre 1864 waren von ihm die Operationen für den Krieg gegen Dänemark entworfen und namentlich der Uebergang nach Fünen geplant worden, der freilich durch den

Gang der Ereignisse nicht zur Ausführung gekommen war. In dem bescheidenen, mit unerschütterlicher Ruhe überlegenden General, der den einmal gefaßten Entschluß mit unbeugsamer Konsequenz durchzuführen wußte, hatte der Monarch in den Staatsrathsitzungen, welche dem Ausbruch des Krieges vorausgegangen und in denen von sehr beachtenswerther Seite Aeußerungen wie „Bruderkrieg" laut geworden waren, eine feste, werthvolle Stütze gehabt. Vorläufig blieb General von Moltke mit dem König noch in Berlin; denn einestheils war der Blick des Feldherrn sowol nach Oesterreich wie nach Süddeutschland zu richten, anderntheils vermochte man von Berlin aus mittels des Telegraphen mit beiden Heeren am besten eine ungestörte Verbindung zu unterhalten. Auch handelte es sich für die an Oesterreichs Grenzen stehenden Truppen zunächst noch nicht um Herbeiführung entscheidender Schläge, sondern um Vorbereitung solcher durch thunlichst rasche Vereinigung der getrennten Heereskörper an geeigneten Punkten. Hierzu den einzelnen Armeen die zweckdienlichsten Weisungen mittels des Telegraphen zugehen zu lassen, war man von Berlin aus besser im Stande und weniger den Zwischenfällen und Störungen ausgesetzt, welche dicht hinter einer derselben oder überhaupt im Rücken der sich vorwärtsbewegenden Heeresmassen unvermeidlich sind.

Einmarsch in Böhmen. Am 21. Juni telegraphirte General von Moltke an die Hauptquartiere der I. und II. Armee: „Seine Majestät befehlen, daß beide Armeen in Böhmen einrücken und die Vereinigung in der Richtung auf Gitschin aufsuchen." Tags darauf setzte sich Prinz Friedrich Karl mit der I. und der ihm unterstellten Elbarmee sofort in Bewegung, um durch sein Vorgehen die Streitkräfte des Gegners von der II. Armee abzulenken, welcher die Aufgabe oblag, auf der Strecke zwischen Landeshut und Glatz durch die langen und engen Gebirgspässe in Böhmen einzudringen. Man mußte hierbei darauf gefaßt sein, auf nicht unbedeutende Streitkräfte der Oesterreicher zu stoßen. Denn Benedek hatte, sobald er erfahren, daß die Preußen sich längs der böhmischen Grenze sammelten, seine Armeecorps auf Josephstadt in Bewegung gesetzt, und während er zum Schutz dieser Bewegung das 1. Corps und die Sachsen in der Gegend von Münchengrätz stehen ließ, wurden hinter den an der Grenze beobachtenden Kavallerie-Abtheilungen je ein Corps auf Trautenau und Nachod vorgeschoben. Beide Orte lagen auf den Vormarschstraßen der II. Armee; hier mußte es also zum Kampfe kommen.

Kämpfe bei Nachod und Trautenau. In drei getrennten Kolonnen rückten die Truppen der letztgenannten Armee am 27. Juni über die Grenze; rechts das 1. Corps über Liebau auf Trautenau, links das 5. unter dem tapferen Steinmetz über Reinerz auf Nachod; zwischen beiden die Garde, bereit, nach Umständen rechts oder links einzugreifen.

Das 1. Corps überschreitet auf zwei gesonderten Straßen bei glühender Sonnenhitze das Gebirge und dringt mit seinen vorderen Kolonnen bis auf die Höhen jenseit Trautenau vor, ohne auf den Feind zu stoßen. Aber bald wird es lebendig dort hinten in den Bergen. Aus den Waldrändern treten weiße Punkte, weiter zurück steigen dichte Staubwolken in die Höhe. Feldmarschalleutnant Gablenz, der noch vor zwei Jahren an der Seite der Preußen für deutsches Recht gekämpft, führt sein Corps, das 10., heran. Schnell entspinnt sich ein heftiger Kampf, in den die aus den Gebirgsstraßen sich entwickelnden preußischen Abtheilungen, obgleich vom Marsche und der Hitze sehr erschöpft, mit Eifer eingreifen. Stundenlang wird dem Anprall der überlegenen österreichischen Streitkräfte Stand gehalten; aber als die Sonne sinkt, ist auch die Kraft der Preußen erschöpft. Sie müssen den gewonnenen Boden allmählich aufgeben und ziehen gebeugten Hauptes wieder dahin, woher sie gekommen. Doch auch die Oesterreicher waren durch den Kampf arg mitgenommen, so daß sie an eine Verfolgung nicht denken konnten. Mehr als 5000 Mann sind auf ihrer Seite todt und verwundet; das preußische Corps hat etwa 1300 Mann eingebüßt.

Nur ein kurzer Triumph war dem Sieger vergönnt! Am Mittag des 27. hatte das links von dem ersten vorrückende Gardecorps seine Hülfe angeboten; wie die Sachen zu

dieser Zeit standen, schien eine Unterstützung nicht erforderlich, und sie wurde daher abgelehnt. Als dann aber in der Nacht bei der Garde die Nachricht von dem Rückzuge des 1. Corps eintraf, beeilte sich Prinz August von Württemberg, mit seinen Truppen ungesäumt aufzubrechen und dem Feind in die rechte Flanke zu fallen. Auf demselben Boden, wo Friedrich der Große am 30. September 1745 bei Soor einen entscheidenden Sieg über denselben Gegner erfochten, zeigt sich die preußische Garde des Ruhmes der Vorfahren würdig und bringt dem Gegner eine so schwere Niederlage bei, daß dieser in vollständiger Auflösung die Flucht ergreift. Gegen 3000 Gefangene bleiben nebst 8 Geschützen und einer Fahne in den Händen des Siegers; fast 4000 Mann sind außerdem auf österreichischer Seite gefallen oder verwundet.

Nicht minder erfolgreich hat inzwischen auf dem linken Flügel der II. Armee das 5. Corps gekämpft. Als die Vortruppen desselben am Frühmorgen des 27. die Hochfläche westlich von Nachod erreicht haben, erblicken sie plötzlich die dichten Kolonnen des anrückenden österreichischen 4. Corps (General Ramming). Auf beiden Seiten sind die aufklärenden Abtheilungen bald zurückgeworfen, Artillerie und Infanterie führen ein lebhaftes Feuergefecht. An Zahl und Güte der Geschütze zeigt sich die österreichische Artillerie bedeutend überlegen, aber das Zündnadelgewehr und die vortreffliche Ausbildung des Gegners im zerstreuten Gefecht gleicht diesen Nachtheil aus. In den unerschüttert vorrückenden dichten Kolonnen der Oesterreicher halten die Zündnadelgewehre eine furchtbare Ernte; wie die Hagelkörner in ein Aehrenfeld, so schlagen die Geschosse der Preußen vernichtend in die österreichischen Reihen. Doch immer neue feindliche Abtheilungen treten in die Kampflinie, während die vorwärtseilenden preußischen Bataillone sich aus der engen Gebirgsstraße nur unter großem Zeitaufwand vereinzelt zu entwickeln im Stande sind. So ist schließlich die schwache preußische Avantgarde so erschöpft, daß ein kräftiger Vorstoß des Gegners sie leicht hätte erdrücken können. Unterdessen sind preußische Dragoner und Ulanen mit österreichischen Kürassieren handgemein geworden und haben sie geworfen, ohne daß dadurch der Kampf zu einer ausschlaggebenden Wendung gebracht worden wäre. Noch nicht ganz 6 Bataillone ringen bereits drei Stunden lang mit 21 österreichischen. Endlich treffen die ersten Unterstützungen der Preußen ein; Bataillon auf Bataillon wirft sich, gerade wie und wo es anlangt, in den Kampf. Alle beseelt der Wille zu siegen, und im heftigen, verlustreichen Ansturm wird der tapfere Gegner schließlich zurückgeworfen.

Todesmüde ruhen die Truppen auf dem eroberten blutgetränkten Boden. Manches tapfere Herz hat ausgeschlagen; mancher vor wenigen Stunden noch rüstige Streiter liegt mit zerschmetterten Gliedern am Boden. Ueberall sind Aerzte und Krankenträger zur schleunigen Hülfe bereit. Außer 283 Todten bedecken mehr als 800 verwundete Preußen das Schlachtfeld, während die Oesterreicher über 5000 Todte und Verwundete zählen. Letzteren, soweit sie sich auf der Wahlstatt befinden, ebenfalls Hülfe zu bringen, gilt dem Sieger als heilige Pflicht; der verwundete, kampfunfähige Gegner wird nicht mehr als Feind behandelt.

Freudiges Siegesgefühl belebt die lagernden preußischen Truppen; den Himmel zum Zelt, sinken sie, ermüdet von schwerer und blutiger Tagesarbeit, in wohlthuenden Schlaf. Doch mit dem ersten Morgengrauen des 28. wird es wieder lebendig; heute geht es weiter vorwärts, der Elbe zu. Um 7 Uhr rückt die Spitze des 1. Corps, dem eine Brigade des 6. zur Unterstützung zugetheilt ist, um 8 Uhr die Hauptmacht vor. Bald stößt man auf den Feind, der bei Skalitz in sehr vortheilhafter Stellung die Preußen erwartet.

Kämpfe bei Skalitz. Da General Ramming gemeldet, daß seine Truppen durch den Kampf widerstandsunfähig geworden, so hatte man sein Corps in die zweite Linie genommen, dagegen Erzherzog Leopold mit dem seinigen, dem 8., gemeinschaftlich mit dem gleichfalls herangerückten 4. in die vordere Linie gezogen. Mit Einschluß von Ramming's Truppen stehen gegen 70,000 Mann mit 200 Geschützen den 29 Bataillonen, 13 Schwadronen und 101 Geschützen des Generals Steinmetz gegenüber.

Aber dieser zaudert keinen Augenblick, den ungleichen Kampf aufzunehmen; die Tapferkeit seiner Truppen muß den Nachtheil der Minderzahl ausgleichen. Und in der That kämpfen seine Krieger wie am gestrigen Tage mit einer Ausdauer und Hingebung, die alten, kampfgewohnten Streitern zur Ehre gereicht haben würde. Die tüchtige österreichische Artillerie reißt große Lücken in die Reihen der Kämpfenden, doch die Linie wankt nicht und erwartet ruhig den Befehl zum Losstürmen. Dann geht es mit Hurrahruf unaufhaltsam vorwärts auf den Feind, der einem solchen Ansturm nicht zu widerstehen vermag und in regelloser Flucht das Weite sucht. Fünf Stunden dauert dieser erbitterte Kampf, bis die Preußen auf allen Punkten des Schlachtfeldes Sieger sind! Der Kampf hat ihnen etwa 1000 Mann gekostet, der Gegner aber außer 17 Geschützen gegen 6000 Mann verloren, unter ihnen 2500 als Gefangene.



Preußische Heerführer im Deutschen Kriege.
Prinz August von Württemberg. von Bastrow. von Fransecky. von Voigts-Rhetz.
von Blumenthal. von Kirchbach. von Steinmetz.

So war durch den Doppelsieg vom 28. Juni die preußische II. Armee glücklich aus den Gebirgsstraßen heraus bis dicht an die Elbe vorgedrungen, welche Angesichts des mit sechs Armeecorps an derselben stehenden Gegners in der Richtung auf das Vereinigungsziel Gitschin zu überschreiten äußerst gefahrdrohend erschien. König Wilhelm erließ daher am 29. auf telegraphischem Wege an die I. Armee den Befehl, durch beschleunigtes Vorrücken der II. Armee eine günstigere Lage zu bereiten.

Von Hühnerwasser und Podol bis Gitschin. Erstere war, wie erwähnt, am 23., auf dem rechten Flügel durch die auf Gabel in Marsch gesetzte Elbarmee begleitet, über Reichenberg in Böhmen eingerückt, die aufklärenden feindlichen Husaren vor sich hertreibend. In den beiden nächsten Tagen kam es beim weiteren Vorrücken der beiden Armeen nur zu unbedeutenden Reitergefechten; erst am 26. stieß man auf stärkere Infanterie-Abtheilungen. Diese gehörten zum österreichischen 1. Corps, das mit den Sachsen durch Aufstellung an der Iser die Ansammlung der österreichischen Hauptstreitkräfte bei Josephsstadt zu sichern hatte.

An gedachtem Tage bemächtigte sich die Avantgarde der Elbarmee nach kurzem Gefecht der Stellung bei Hühnerwasser und wußte auch am Abend den Vorstoß eines österreichischen Jägerbataillons mit großem Verlust für dieses abzuweisen. Von der I. Armee drang am selben Tage die 7. Division unter General von Fransecky bis Turnau vor und setzte sich in den Besitz des dortigen wichtigen Iserüberganges, während Abtheilungen der 8. Division sich in einem sehr heftigen Nachtgefecht zu Herren des Passes von Podol machten. Den folgenden Tag benutzten die beiden Armeen, um die weiter zurückstehenden Corps an die am 26. eingenommenen Stellungen heranzuziehen, durch welche die Sachsen und das österreichische 1. Corps in der Front, ernstlicher noch in der rechten Flanke bedroht waren. Als die preußischen Truppen Tags darauf in brennender Sonnenhitze gegen Münchengrätz vorrückten, fanden sie Anfangs lebhaften Widerstand; namentlich verlieh der mit Artillerie wohlbesetzte Muskyberg der Stellung des Feindes eine besondere Stärke. Da es jedoch zwei Bataillonen der Division Fransecky gelang, in engen Felsschluchten und durch dichtes Gestrüpp emporkletternd, den Gipfel jenes Berges unbemerkt vom Feinde zu erreichen und die dort aufgestellte Infanterie und Artillerie zum Weichen zu bringen, sah sich der kommandirende General Clam-Gallas veranlaßt, den Rückzug anzuordnen. Der Kampf hatte ihm einen Verlust von etwa 2000 Mann zugefügt; preußischerseits waren kaum 300 Mann außer Gefecht gesetzt. Schulter an Schulter standen nun die I. und die Elbarmee wenige Meilen von Gitschin entfernt, gegen welchen Ort noch am Abend des 28. eine starke Abtheilung bis in die Gegend von Podkost vorgeschoben wurde.

Das wichtige Gitschin, über welches die Verbindung der an der Iser stehenden österreichischen Streitkräfte mit der an der unteren Elbe sich sammelnden Hauptarmee führte, wäre am 27. und 28. von den Preußen leicht zu nehmen gewesen; am 29. aber wurde es von den Oesterreichern und Sachsen stark besetzt, da der General Clam-Gallas vom österreichischen Oberkommando die Mittheilung erhalten hatte, daß noch am selben Tage ein Corps zu seiner Unterstützung bei Gitschin eintreffen werde. Tags darauf sollte dann fast die gesammte Streitmacht der österreichischen Nordarmee zur Stelle sein und zum Angriff auf die preußische I. Armee zu dem Zweck geschritten werden, sie wieder über die Grenze zurückzuwerfen. — Der österreichische Oberbefehlshaber hatte, sobald ihm sichere Kenntniß von dem getrennten Vorrücken der I. und II. Armee geworden war, den kühnen Plan gefaßt, sich zwischen beide Armeen zu schieben und von der sogenannten „inneren Operationslinie“ aus mit vereinter Kraft auf die eine der beiden Armeen zu werfen, ehe es der anderen möglich werde, Hülfe zu leisten, gegen die dann der zweite Schlag geführt werden sollte — ein Manöver, das von Napoleon I. im Jahre 1814 so meisterhaft ausgeführt worden war. Soll ein solches Unternehmen gelingen, so müssen die Armeen, zwischen welchen man auf der inneren Linie vorgeht, so weit von einander entfernt sein, daß sie sich gegenseitig nicht unterstützen können, wenn eine derselben mit augenblicklichem Erfolg angegriffen wird. Hätte Benedek nur einen Funken von dem Feldherrngenie Napoleon's gehabt, er hätte am 28., als das Vordringen der Preußen, auf der einen Seite über Skalitz und Trautenau, auf der andern über Münchengrätz hinaus, unzweifelhafte Thatsache war, einsehen müssen, daß es nicht mehr möglich sei, aus seiner Stellung bei Josephstadt sich gegen eine der beiden preußischen Armeen zu wenden, ohne Gefahr zu laufen, sofort von der andern in Rücken und Flanke gefaßt zu werden. — Zu dieser Erkenntniß war Benedek jedoch nicht gelangt, und den Befehlen gemäß mußte Clam-Gallas Alles daran setzen, sich bei Gitschin zu behaupten, während es im preußischen Plane lag, dem Gegner gerade hier scharf auf den Leib zu rücken, damit er sich nicht etwa mit aller Wucht auf die II. Armee werfe. So kam es denn in den Waldschluchten nördlich von Gitschin am 29., nachdem die preußischen Kolonnen gegen Mittag den Vormarsch angetreten hatten, zu heftigem Kampf. Die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs konnte hier nicht völlig zur Geltung gelangen; wol aber fanden die österreichischen Jäger hier das rechte Feld, und mancher brave Preuße fiel ihren sicheren Schüssen zum Opfer.



Säubern der Waldschluchten um Gitschin. Nach A. Beck.

Auf der Straße von Turnau ging General von **Tümpling** mit der 5., auf der weiter westlich gelegenen General **von Werder** mit der 3. Division vor; aber zwischen beiden Kolonnen lag ein felsiges Waldgebirge, welches jede Verbindung der Vorrückenden ausschloß. Nachmittags gegen 4 Uhr begann das Gefecht auf der Turnauer Straße, wo das mit österreichischen Batterien gekrönte Prywicingebirge den Angriff in der Front sehr erschwerte. Der preußische Führer entschloß sich daher zur Umfassung des feindlichen rechten Flügels. Doch auch hier fanden die Preußen heftigen Widerstand, der durch das Eingreifen der aus der Reserve herangezogenen sächsischen Truppen noch an Nachhaltigkeit gewann. Schritt für Schritt mußten die Schützen, von Felsblock zu Felsblock vorspringend, vorwärts zu kommen suchen. Schließlich machte sich allerdings die immer weiter ausgreifende Umfassung der Preußen fühlbar. Außerdem traf aber ein Befehl Benedek's ein, sich in ein Gefecht mit überlegenen Kräften nicht einzulassen, sondern vor Allem den Rückzug auf Miletin zu sichern, da die Sachlage ein Vorgehen mit der Hauptarmee auf Gitschin verbiete. Nicht ohne große Schwierigkeiten vermochten die Oesterreicher und Sachsen das heftige Gefecht abzubrechen, und sie erwehrten sich dabei so tapfer der nachdrängenden Preußen, daß deren rechte Kolonne erst gegen 11 Uhr Abends vor dem Westeingang von Gitschin erschien. Dieselbe hatte in heftigem Gefechte mit dem österreichischen linken Flügel bis 8 Uhr Abends nicht erheblich Terrain gewonnen, als der Befehl des Generals Clam-Gallas zum Abbrechen des Kampfes auch hier eintraf, infolge dessen den abziehenden Oesterreichern die Truppen des Generals von Werder auf Gitschin folgen konnten. Die Mitternacht verstrich, ehe die nach und nach von allen Seiten anrückenden preußischen Abtheilungen vollständig Herren der Stadt waren, aus welcher der Gegner sich in wirren Massen zurückgezogen hatte. Gegen 1500 Mann waren auf Seite der Preußen gefallen oder verwundet, unter Letzteren auch General **von Tümpling**; mehrere Offiziere und viele Mannschaften waren bei den ungeheuren Anstrengungen des Tages vor Erschöpfung in Reih und Glied todt niedergesunken. Den Oesterreichern und Sachsen hatte der Kampf an Todten und Verwundeten etwa eben so viel wie den Preußen gekostet, aber sie hatten außerdem 3000 Mann als Gefangene in den Händen des Siegers gelassen.

Das Ergebniß dieses Sieges war, daß nunmehr die I. und II. Armee zum gemeinschaftlichen Weiterhandeln wenige Stunden von einander entfernt standen, ohne feindliche Streitkräfte zwischen sich zu haben.

Im Laufe des 29. hatten inzwischen das vorrückende 5. Corps bei **Schweinschädel**, die Garde bei **Königinhof** die letzten österreichischen Abtheilungen auf das rechte Elbufer zurückgeworfen, wo nun Benedek seine ganze Armee versammelt hatte. — Somit drängte auf beiden Seiten die Lage zur Hauptentscheidung.

Abreise des Königs Wilhelm zur Armee. Sobald der König die Meldungen vom Vorschreiten der drei Armeen erhalten und erfahren hatte, daß sie durch glückliche Kämpfe aus den Gebirgspässen heraus und über die Iser bis zur Elbe vorgedrungen seien, beschloß er, in Voraussicht des nahe bevorstehenden Entscheidungskampfes, sich sofort mit seinem Stabe zum Heere nach Böhmen zu begeben. Vom jauchzenden Zuruf des Volkes begleitet, verließ er am 30. Juni Morgens Berlin. Während seiner ganzen Reise begrüßte gleicher Jubel der Bevölkerung den Monarchen, welchem unterwegs noch der Bericht über den glänzenden Ausgang des Kampfes bei Gitschin zuging. Der I. Armee wurde daher ungesäumt der Befehl zugesendet, in der Richtung auf Königgrätz weiter vorzurücken, durch welche Bewegung die österreichische Armee sich veranlaßt sehen mußte, ihre Stellung auf dem rechten Elbufer nordwärts von Josephstadt aufzugeben und damit die Uebergänge über den Fluß der II. Armee zu überlassen. Als dann der König am 2. Juli in Gitschin eintraf und hier die näheren Angaben über die augenblickliche Lage erhielt, sah man sich vor die Wahl gestellt, den Feind, von dem man annehmen mußte, daß er bereits auf das linke Elbufer zurückgegangen sei und zwischen Josephstadt und Königgrätz, Front gegen

Westen, Stellung genommen habe, entweder in dieser starken Linie mit der I. Armee in der Front, mit der II. in der rechten Flanke anzugreifen, oder aber mit dem gesammten Heere im Rechtsabmarsch bei Pardubitz die Elbe zu überschreiten und so den Feind zum weiteren Rückzuge zu zwingen. Bevor man sich jedoch zu einer dieser Maßregeln entschloß, sollten zunächst die augenblicklichen Stellungen des Feindes genau ermittelt werden und zu diesem Zwecke größere Auskundschaftungen stattfinden. Durch Generalstabsoffiziere und Vorpostenabtheilungen der I. Armee war inzwischen bereits festgestellt worden, daß der Feind, entgegen den Annahmen der obersten Heeresleitung, noch auf dem rechten Elbufer stand.



Kronprinz Albert von Sachsen bei Gitschin. Zeichnung von A. Beck.

Feldzeugmeister Benedek konnte am 30. die Gesammtlage seines Heeres leicht überblicken und vor allen Dingen an dem Vordringen der I. Armee über Gitschin hinaus nicht mehr zweifeln. Er erkannte sofort, daß er in seiner Stellung zwischen Josephstadt und Miletin, mit der Front gegen die II. Armee, von der I. bald in Rücken und Flanke gefaßt sein werde, und ordnete daher für die Nacht zum 1. Juli den Rückzug der gesammten Nordarmee in der Richtung auf Königgrätz an. Derselbe wurde mit all den Schwierigkeiten, welche bei unvorbereiteten Bewegungen eng zusammengedrängter Heeresmassen unvermeidlich sind, bis tief in den 1. Juli hinein bewerkstelligt. Der österreichische Oberbefehlshaber schob die Hauptschuld an der augenblicklich so ungünstigen Situation ungerechtfertigter Weise dem General Clam-Gallas zu, obgleich dieser nur höherem Befehle folgend nach heftigen Kämpfen gegen die I. und Elbarmee die beiden ihm zugetheilten Corps über Gitschin zurückgeführt hatte. In seiner niedergedrückten Stimmung telegraphirte Benedek gegen Mittag des 1. Juli an Kaiser Franz Joseph: „Bitte Ew. Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen. Katastrophe für die Armee unvermeidlich!“ Der Kaiser antwortete, daß dies unmöglich sei, und suchte den gesunkenen Muth seines Feldherrn zu heben. Dieser gewann denn auch allmählich wieder Fassung. Am 2. ließ er seine Truppen in den Tags zuvor eingenommenen Stellungen ruhen und ausreichend verpflegen. Als er dann am Nachmittag von sämmtlichen um ihn versammelten Führern der einzelnen Armeecorps übereinstimmende Meldung erhielt, die Truppen, vom besten Geiste beseelt, erwarteten sehnlichst den Kampf, machte er den bereits gefaßten Gedanken zur That.

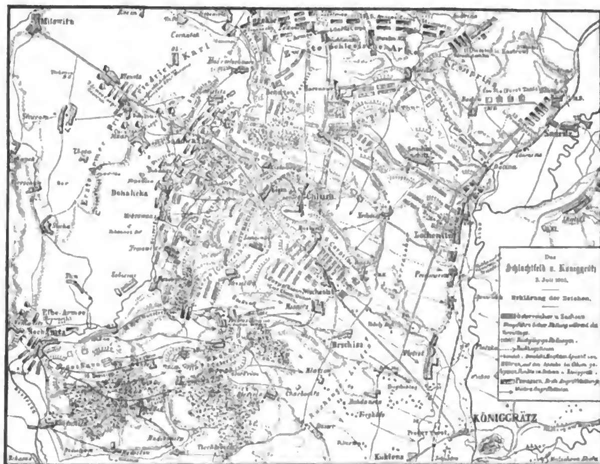
Er ging nicht weiter zurück, sondern, entschlossen die Schlacht anzunehmen, ließ er noch am Spätabend die erforderlichen Befehle ergehen.

Die ausgewählte Stellung der Oesterreicher nordwestlich von Königgrätz, zu beiden Seiten der von dort nach Horsitz führenden großen Straße, mit der Bistritz vor der Front und mit dem rechten Flügel an die Elbe gelehnt, besaß dadurch einen großen Vorzug, daß sie das Anmarschgelände des Angreifers von beherrschenden Höhen aus weithin unter Feuer zu nehmen gestattete; größere Waldstücke und die Ränder mehrerer Ortschaften boten der Infanterie geeignete Vertheidigungspunkte, auch gestattete die hügelige Landschaft eine verdeckte Aufstellung der Reserven, während zahlreich vorhandene Wege die Verbindung der einzelnen Abtheilungen unter einander erleichterten. Dagegen blieb eine große Gefahr bestehen: die Elbe im Rücken, die nur auf Brücken sich überschreiten ließ! Die Zahl der wenigen vorhandenen Brücken wurde zwar durch einige neugefertigten erhöht, doch damit war das Bedenkliche dieses Uebelstandes keineswegs vollständig beseitigt. Zur Besetzung der ausgewählten Stellung standen Benedek 210,000 Mann mit 770 Geschützen zur Verfügung, und obgleich von den acht ihm unterstellten Corps bereits sechs in nachtheilige Gefechte verwickelt gewesen waren und im Ganzen eine Einbuße von mehr als 30,000 Mann erlitten hatten, war die Stimmung der Truppen doch eine gehobene. Ungünstigen Einfluß auf die Heeresführung mußte aber der eben eintreffende Befehl des Kaisers ausüben, demzufolge am Abend vor der Entscheidungsschlacht die beiden ersten Rathgeber des Feldzeugmeisters Benedek, der Chef des Generalstabes, Feldmarschall-Leutnant Henikstein, und der Chef der Operationskanzlei des Hauptquartiers, Generalmajor Krismanic, ihrer wichtigen Stellungen enthoben wurden; auch Graf Clam-Gallas wurde seines Kommandos entsetzt und nach Wien zur Verantwortung berufen. Es sei schließlich auch noch hervorgehoben, daß die durch die Bodengestaltung bedingte Aufstellung der Oesterreicher in einem konvexen Bogen — vorgeschobene Mitte mit zurückgebogenen Flügeln — eine konzentrisch wirkende Vertheidigung ausschloß, daß die Umgehung eines der beiden Flügel den Angreifer in bedenkliche Nähe der Rückzugsstraße bringen mußte, und endlich, daß ein Gesammtvorbrechen aus der eingenommenen Stellung kaum zu ermöglichen gewesen wäre — ein Umstand, der aber wol kaum in den Betrachtungskreis der österreichischen Heerführung gezogen worden war.

Der Entschluß zur Schlacht. Beim Oberkommando der preußischen Armee hatte man, wie erwähnt, am 2. Juli, als man die Anordnungen für den 3. erließ, keine Ahnung von der Absicht des Gegners, auf dem rechten Elbufer und den Fluß im Rücken den Kampf anzunehmen. Und selbst als von Seiten der I. Armee die Anwesenheit bedeutender feindlicher Streitkräfte diesseit der Elbe festgestellt war, ward von Seiten der Oberleitung angenommen, der Gegner sei entweder im Abziehen begriffen oder er schicke sich an, zum Angriff vorzugehen. Solchen Absichten sofort zuvorzukommen, ordnete Prinz Friedrich Karl unverzüglich für den 3. Juli das Vorgehen der I. Armee gegen die Front, der Elbarmee gegen die linke Flanke der Oesterreicher an. Der Kronprinz wurde aufgefordert, auf dem linken Flügel der I. Armee mit einem oder mehreren Corps einzugreifen. Nachdem diese Anordnungen getroffen, begab sich der Generalstabschef der I. Armee, General von Voigts-Rhetz, in das große Hauptquartier des Königs, um über die ergriffenen Maßregeln Bericht zu erstatten. Er war 11 Uhr Nachts; der greise Monarch, von den Anstrengungen der letzten Tage ermüdet, wollte sich eben zur Ruhe begeben. Doch war hiervon nun keine Rede mehr; kaum hatte er Kenntniß von der Sachlage, so wurde General von Moltke zu ihm beschieden, und in kaum einer Stunde war der Befehl fertig, der den gemeinschaftlichen Angriff der drei preußischen Armeen für den 3. Juli festsetzte. Für die I. und die Elbarmee war das Erforderliche bereits veranlaßt; es galt also nur noch die weit zurückstehende II. Armee mit Weisung zu versehen, was ohne Verzug geschah. So durfte man im großen Hauptquartier darauf rechnen, zur Schlacht über 220,000 Mann mit 792 Geschützen

vereinigen zu können, von denen die Truppen des Kronprinzen allerdings am Vormittage kaum zur Stelle zu sein vermochten. Es war hiermit eine Schlacht eingeleitet, wie sie seit den Tagen von Leipzig nicht wieder geschlagen war, und die an Bedeutung und Wirkung jene noch bei weitem übertreffen sollte! Nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen war wol auch das für die nächsten Tage angekündigte Eintreffen des französischen Botschafters Graf Benedetti gewesen. Napoleon, der bei seinen Zukunftsplänen nur ein Interesse daran haben konnte, daß sich die deutschen Großmächte im gewaltigen Ringen einander möglichst schwächten, und der gewiß mit innerem Behagen dem entbrannten Streite zuschaute, glaubte also die Zeit jetzt gekommen, seine unthätige Zuschauerrolle mit der eines nach Vortheil spähenden Vermittlers zu vertauschen. Dem gegenüber mußten vollzogene Thatsachen in die Wagschale geworfen werden können.

Im alten Wallensteinschen Schlosse zu Gitschin ruhte Preußens König die wenigen bis zum Anbruch des Entscheidungstages noch übrigen Stunden.



Plan des Schlachtfeldes von Königgrätz.

Schlacht bei Königgrätz. Noch ehe die Nacht dem Tage wich, begann es am 3. Juli in den Lagern der I. und der Elbarmee lebendig zu werden; rasselnde Trommeln und schmetternde Trompeten schreckten bald nach Mitternacht die kaum eingeschlafenen Krieger vom feuchten Strohlager auf. Es dauerte nicht lange, so waren die Kolonnen marschbereit, und lautlos wälzten sich schwarze Massen in dem Dunkel der Nacht auf den Straßen hin. Auch Nacht und Tag lagen heute in langem Kampfe; dichte Nebelmassen wehrten dem Sonnenlicht. Sie ballten sich mehr und mehr zu schweren Wolken zusammen, die in zunehmend starkem Regen zur Erde niederfielen. Der sanggewohnte und sonst so heitere Sohn des Rheinlandes zog heute schweigsam seine Straße, unter den vom Regen noch erschwerten Tornister die Arme als Tragestützen schiebend und die bereits stark mitgenommenen Stiefeln mit Mühe aus dem zähen Koth der aufgeweichten Straße ziehend. Hier und da nur ertönte vereinzelt und halblaut die Weise „Morgenroth, Morgenroth!“ aus dem Munde eines freiwillig zu den

Fahnen geeilten, sentimental gestimmten Musensohnes. Der „Verbündete von der Katzbach“ vermochte aber heute nicht auch die Gewehre stumm zu machen; sie blieben diesmal trotz des Regens schußtüchtig. Wie bei Belle-Alliance hieß es „Vorwärts Kinder! Wir müssen heute noch heran an den Feind!“ — Und sie kamen an den Feind, die braven Söhne des magdeburgischen Landes, die Pommern, Rheinländer und Westfalen!

Vier Divisionen der I. Armee entwickelte Prinz Friedrich Karl gegen die Bistritzlinie, zwei (die 3. und 4.) rechts, zwei (7. und 8.) links und auf der großen Straße von Horsitz nach Königgrätz; als Reserve folgte außer der Kavallerie das 3. Armeecorps. Die auf der großen Straße vorgehende 8. Division gelangte bis dicht an die Bistritz bei Sadowa, als ihr zehn Minuten nach 7 Uhr von feindlicher Seite die erste Kanonenkugel entgegengesendet wurde. Dichter Morgennebel verhinderte jede Fernsicht, und vergeblich lugten Prinz Friedrich Karl und sein Stab von der Höhe bei Dub nach den Stellungen des Feindes aus.

Es entwickelte sich nun zwischen der auf den Höhen jenseit der Bistritz in vorbereiteten Stellungen trefflich untergebrachten zahlreichen österreichischen Artillerie und den Batterien der genannten Division ein anhaltender heftiger Geschützkampf, in welchem die letzteren einen schweren Stand hatten.

Ungefähr eine Stunde mochte dieser Kampf bereits gedauert haben, da erscholl auf preußischer Seite zwischen dem Kanonendonner näher und näher der Gefechtslinie jubelndes Hurrahrufen. An den Truppenkolonnen vorbei eilte der König nach vorn, um die Leitung der Schlacht zu übernehmen. Da man über die Absichten des Gegners vollständig im Unklaren geblieben und in Zweifel war, ob derselbe hinter der schützenden Artillerie seinen Rückzug bewerkstellige oder seine Truppen zum Angriff sammle, gab der König nunmehr den Befehl zum Vorgehen über die Bistritz. In zähem, verlustreichem Gefecht setzte sich die 8. Division an der großen Straße und nördlich derselben allmählich in den Besitz der Thalniederung, während weiter rechts die beiden Divisionen des 2. Corps auf das linke Bistritzufer gelangten. Vergeblich waren aber an all diesen Punkten die Versuche, den Feind aus seiner hochgelegenen Hauptstellung zu verdrängen; das 10. und 2. österreichische Armeecorps leisteten hier zähen Widerstand.

Sobald der Kanonendonner bei Sadowa begonnen hatte, war auf dem äußersten linken Flügel der I. Armee General von Fransecky mit der 7. Division von Cerekwitz auf Benatek vorgedrungen; hierauf ließ er, um die Kräfte des Gegners von den rechts von ihm in der Front fechtenden Truppen abzulenken, seine Bataillone gegen den vom Feinde stark besetzten Swiepwald vorstürmen. Sie dringen glücklich in denselben ein; aber aus dem 2000 Schritt breiten und etwa 1000 Schritt tiefen, von Schluchten durchzogenen, theils mit Hochwald, theils mit Unterholz bestandenen Waldgelände ist der Gegner nicht ganz zu verdrängen. Jede einheitliche Leitung des Kampfes ist unmöglich; vereinzelt kämpfen überall einzelne Trupps, von Offizieren oder älteren Leuten geführt. Ein Gedanke beseelt jedoch Alle, vom höchsten Offizier bis hinab zum jüngsten Tambour: „Bis in den Tod den eroberten Boden festhalten!“

Allmählich hat General von Fransecky, der im Walde mitten unter seinen Truppen, sie aufmunternd, weilt, die letzten Bataillone eingesetzt; die Verluste mehren sich in erschreckender Weise. Von den Höhen herab sendet die österreichische Artillerie ihre Geschosse mit fast nie fehlender Sicherheit. Zwei österreichische Corps, das 4. und 2., denen die Sicherung der rechten Flanke mit Anlehnung an die Elbe, Front nach Norden, gegen die etwa anrückende Armee des Kronprinzen übertragen war, hat dieser Hexenkessel, der Swiepwald, derartig angezogen, daß sie, uneingedenk ihrer ursprünglichen Aufgabe, die vorgeschriebene Stellung verlassen und sich gegen die Division Fransecky, also entschieden nach Westen zu, wenden. Mit wuchtigen Stößen dringen die Oesterreicher, ganze Brigaden auf einmal, in den Wald. Hier werfen sie die Preußen zurück, dort müssen sie weichen! Aber sie lassen nicht nach; immer neue Kräfte werden aufgeboten.



König Wilhelm bei Königgrätz. Zeichnung von H. Lüders.

Benedek, der gegen 9 Uhr auf der Höhe bei Chlum eingetroffen ist, sieht das wüthende Ringen seiner beiden Corps, die ihre Stellung verlassen haben. Er schickt den Befehl, sofort den vorgeschriebenen Platz einzunehmen. Aber die Kämpfenden können nicht ablassen — weiter tobt der Kampf! „Ein Schlachten ist's, nicht eine Schlacht zu nennen." Bajonnet und Kolben sind in voller Thätigkeit! „Haltet aus!" heißt es überall in den Reihen der braven preußischen Regimenter; „haltet aus! Der Kronprinz muß bald kommen!"

Besorgten Blicks richtet König Wilhelm vom Roskosberge bei Sadowa oftmals sein Fernrohr auf den hin- und herwogenden Kampf im Swiepwalde; Adjutanten sprengen wiederholt hin, um den Stand des Gefechts zu erfahren! „Wir halten bis zum letzten Mann aus", lautet stets Fransecky's feste Antwort. Erwartungsvoll läßt der Monarch seine Blicke nach Norden schweifen. Doch nirgends zeigt sich eine Spur vom Herannahen der II. Armee! Nur Einer bleibt ruhig in diesen bangen Stunden. Gelassen überblickt Moltke das Schlachtfeld. Er reitet bald da, bald dort hin und überzeugt sich vom Stand der Dinge. Hinten im Süden, nach Nechanitz zu, sieht er die Rauchwolken der Geschütze näher und näher rücken; der Kanonendonner dringt immer vernehmlicher von dort herüber.

General Herwarth hat am Morgen mit seiner Avantgarde Nechanitz genommen und dann seine drei Divisionen gegen die Stellung der Sachsen bei Nieder-Prim geführt. Tapfer vertheidigen diese den Boden, und auch hier fließt Blut in Menge im führerlosen Waldgefechte oder im hartnäckigen Streite um die Ortschaften. Vorwärts jedoch dringen die Rheinländer und Westfalen von Abschnitt zu Abschnitt. Kühne Vorstöße der Sachsen, unterstützt vom österreichischen 8. Corps, machen wol die Reihen der Preußen für Augenblicke schwanken, aber Zündnadelgewehr und Kompagnie-Kolonnentaktik siegen schließlich auch hier, und der Kronprinz von Sachsen sieht sich auf die Höhen bei Problus zurückgedrängt; gehen diese verloren, so stehen die Preußen dicht an der Rückzugsstraße nach Königgrätz!

Um diese Zeit, in den ersten Nachmittagsstunden, ist die Wage auch auf dem linken Flügel der Preußen bereits zu deren Gunsten gesunken! Noch bevor das heut umwölkte Tagesgestirn die Mittagshöhe erreicht hat, sieht man vom Roskosberg aus die österreichischen Batterien bei Horenowes ihr Feuer nicht mehr auf Fransecky's Bataillone, sondern nach Norden richten! Das kann nur der Armee des Kronprinzen gelten!

Und richtig! Bald zeigen sich auch dunkle, vorwärtsschreitende Linien! Auch drüben steigen hierauf Rauchwolken empor! „Majestät, jetzt ist die Schlacht gewonnen!" wendet sich Moltke mit bewegter Stimme an seinen Kriegsherrn. Nicht vergeblich hatte man auf das Eintreffen des Kronprinzen gerechnet! Wenn auch der Führer des I. Corps den früh erhaltenen Befehl zum Vormarsch nicht richtig aufgefaßt und mit dem Aufbruche gezögert hatte, so weiß doch der Kronprinz seine Anordnungen so schnell und treffend abzugeben, daß die Garde und das VI. Corps bald auf den nächsten Wegen zum Umfassen des feindlichen rechten Flügels vorschreiten. Während das letztgenannte Corps sich links bis zur Elbe ausdehnt, sucht die Garde die Anlehnung an die I. Armee; ihr wird die Lindenhöhe bei Horenowes als nächstes Ziel angewiesen. Zwar vergehen noch Stunden, ehe die Garden wirksam eingreifen können, aber schon der der Anmarsch derselben verschafft der im ungleichen Kampf fast erdrückten Division Fransecky Erleichterung.

Sobald Feldzeugmeister Benedek die Näherung der II. Armee erfährt, befiehlt er, das 4. und 2. Corps in die ursprünglich ihnen zugewiesene Stellung zurückzuführen. Auch jetzt bedarf es einer Wiederholung des Befehls, ehe er ausgeführt wird. Mittlerweile waren jedoch des Kronprinzen Scharen bereits so nahe herangerückt, daß die befohlene Flanken- oder Rückwärtsbewegung nicht mehr ohne Störung durch den Feind ausgeführt werden konnte. Nach leichtem Widerstande nahm die erste Gardedivision die Höhe von Horenowes und drang dann sofort auf Maslowed vor, das der Feind bald aufgab. In ihrem Siegeslauf ließ sich die brave Truppe durch nichts aufhalten; gegen die mit Artillerie dicht besetzte Höhe von Chlum stürmen todesmuthig verwegene Schützenschwärme, gedeckt durch hohes Korn, vor.

Ein herrlicher Siegespreis wird ihnen zutheil; eine große Zahl von Kanonen fällt in ihre Hände, der übrige Theil der Artillerie muß eiligst den Rückzug antreten.

Chlum selbst, der wichtige Mittelpunkt der österreichischen Stellung, wird von der Garde behauptet; sie dringt sogar in Rosberitz (ein Dorf an der Straße nach Königgrätz) ein. Benedek, welcher Meldung von diesen rasch erkämpften entscheidenden Erfolgen der feindlichen Elitetruppen erhält, zweifelt an der Richtigkeit der Angaben; er sprengt nun selbst vor, sieht sich aber von den preußischen Geschossen gar bald über den Sachverhalt belehrt. Die nächste zur Hand befindliche Brigade wird zur Zurückeroberung von Chlum aufgeboten, aber wiederholt blutig abgewiesen. Lipa, der linke Stützpunkt der österreichischen Mitte, ist unterdessen an die zweite Gardedivision verloren gegangen. Das 3. und 10. österreichische Armeecorps, hierdurch im Rücken bedroht, räumen nun ihre kraftvoll vertheidigten Stellungen der Bistritz gegenüber; ihnen nach drängen alsbald die Truppen des Prinzen Friedrich Karl.



Die drei Linden bei Königgrätz. Zeichnung von H. Lüders.

Doch Benedek hat noch zwei vollständige, bisher nicht am Kampfe betheiligt gewesene Armeecorps zur Verfügung. Sie sollen jetzt die wichtigen Punkte Rosberitz und Chlum wieder nehmen. Die Brigaden des 6. Corps gehen entschlossen vor. Trotz des heftigen Dreindonnerns der preußischen Garde-Artillerie gelingt es ihnen, die durch den anhaltenden Kampf in ihren Truppenverbänden sehr gelockerten Gardebataillone aus Rosberitz zu verdrängen und auch in Chlum allmählich Fortschritte zu machen. Da — im Augenblicke höchster Gefahr, wo Alles auf dem Punkte steht, wieder verloren zu gehen — naht Hülfe.

Das preußische I. Armeecorps langt endlich mit seinen vordersten Kolonnen auf dem Schlachtfelde an, und mit frischem Muth geht es nun auf den in Chlum eingedrungenen Feind los. General von Hiller, der tapfere Führer der 1. Gardedivision, begrüßt freudig die heiß ersehnte Hülfe — dann sinkt er lautlos nieder, vom Geschosse des Feindes zum Tode getroffen; auf seinen erstarrten Zügen blieb die empfundene Siegesfreude ausgedrückt. Auch bei Rosberitz kam Hülfe. Das preußische VI. Corps, seit Mittag in stetigem Vordringen gegen die äußersten Abtheilungen des österreichischen rechten, bis an die Elbe ausgedehnten Flügels, hat denselben umfaßt und zurückgedrängt. Seine Artillerie überschüttet nun von der Höhe bei Sweti das von den Oesterreichern wieder eroberte Rosberitz mit

Granaten; die Infanterie der 11. Division stürmt dann gegen den Ort vor. Diesem Anprall vermögen die Oesterreicher nicht Stand zu halten. Sie weichen zurück. Doch ihr 1. Corps schreitet angriffsweise vor und erringt auch anfänglich einige Vortheile, bricht aber schließlich unter der mörderischen Wirkung des Zündnadelgewehrs zusammen. Mit einem Verlust von mehr als 10,000 Mann flutet eine wirre Masse haltlos zurück.

Damit ist der Kampf entschieden. Eine einzige noch nicht verwendete Brigade benutzt Benedek, um den Rückzug seines Heeres zu decken; doch die von allen Seiten zusammengedrängten Scharen wälzen sich als eine unleitbare Masse in wilder Flucht den Elbübergängen bei Königgrätz zu. Nur die Sachsen, welche ihr Kronprinz, sobald er den Rückzug der österreichischen Mitte wahrgenommen, nach tapferer Vertheidigung von Problus zurückgeführt, bewahren inmitten des Schreckens der wildesten Auflösung ihre militärische Haltung. Und wie, treu bis in den Tod, die österreichischen Artilleristen bei ihren unrettbar verlorenen Geschützen in dem heißen Kampfe sich todtschlagen ließen, so setzte sich jetzt auch die noch unerschütterte österreichische Reiterei rücksichtslos für die dahinfliehenden Kampfesbrüder ein. Ihre stolzen Geschwader durchbrausen bei Langenhof, Stresetitz und Problus das Blachfeld und werfen sich todesmuthig den preußischen Kavallerieregimentern entgegen. Ein neues wildes, blutiges Gemetzel mit Klinge, Lanze und Pistole! „Wo unsere Fahnen vorwärts weh'n, da weh' auch die Standart' hinein, da siege Roß und Mann!" Nachdem die österreichische Kavallerie die zur Verfolgung der Fliehenden nachdringende preußische Reiterei so lange aufgehalten, bis sich westlich von Königgrätz eine neue schützende Artilleriestellung gebildet hat, blasen ihre Trompeten zum Rückzug, den nur die preußische Artillerie mit ihren Geschossen begleitet. Erst gegen acht Uhr Abends verhallt allmählich der Kanonendonner. Die herniedersinkende Nacht lagert sich über das mit vielen Tausend Leichen tapferer Krieger bedeckte Schlachtfeld; sie umhüllt auf der einen Seite den Jammer und das unbeschreibliche Elend eines fliehenden Heeres, auf der andern Seite giebt sie den erschöpft auf dem feuchten Boden niedersinkenden Siegern Ruhe und Frieden.

König Wilhelm bei Königgrätz. Ruhe und Frieden brachte sie endlich auch dem königlichen Greise, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend alle Anstrengungen und Gefahren seiner tapferen Krieger getheilt hatte. König Wilhelm hatte seit achtundvierzig Stunden kaum zwei Stunden geruht. Nach diesem kurzen Schlummer hatte er einen mehrere Meilen langen Weg zu Wagen zurückgelegt, und nun saß der angehende Siebziger seit vierzehn Stunden im Sattel. Seit dem frühen Morgen hatte er nichts genossen, und ein Stück trockenes Brot, das ein einfacher Soldat mit seinem Könige theilte, war seine erste Speise nach dem Mühen und Anstrengungen des Tages.

Außer den Generalen von Moltke und von Roon gehörte auch Graf Bismarck zur nächsten Umgebung des Königs. Zu wiederholten Malen war dieser während des Fortganges der Schlacht dem Granatfeuer der österreichischen Batterien ausgesetzt gewesen, und am Nachmittage, als eben die Entscheidung gefallen war, gerieth der König, wie wir aus einem Briefe Bismarck's wissen, sogar in Gefahr, von den fliehenden Oesterreichern mit fortgerissen zu werden, indem sich ein Knäuel von zehn Kürassieren und fünfzehn Pferden in der Nähe des Königs blutend überwälzte. Aber gehoben durch das tapfere Verhalten seines Heeres mißachtete der Monarch jede Gefahr. „Und so geriethen wir wirklich wieder ins Feuer hinein", erzählt Bismarck, der sich in der unmittelbaren Nähe des Königs befand, „und ich konnte nicht umhin, meinen königlichen Herrn von Neuem auf die dringende Gefahr aufmerksam zu machen. Lächelnd erwiederte König Wilhelm: „Wo soll ich denn aber als Kriegsherr hinreiten, während meine Armee im Feuer steht?" — Bismarck schwieg. Als aber bald darauf wieder mehrere Granaten in der Nähe des Königs einschlugen, näherte sich ihm Bismarck noch einmal und sprach mit bewegter Stimme: „Als Major habe ich Ew. Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rath zu ertheilen; als Ministerpräsident, von welchem das preußische Volk seinen König fordern wird, bin ich

aber verpflichtet, Ew. Majestät zu bitten, Sich nicht auf diese Weise ernster Gefahr auszusetzen." Der König nickte freundlich und setzte sein Pferd in langsamen Trab, um nach einem andern Punkte zu reiten. Dieses Tempo erschien jedoch Bismarck, welcher etwa eine Pferdelänge hinter dem Könige ritt, nicht schnell genug, und um den geliebten Landesherrn endlich aus dem Bereiche der feindlichen Geschütze zu bringen, faßte der Minister einen Entschluß, wie ihn nur die Gefahr des Augenblicks und auch diese nur einem Bismarck eingeben konnte. Indem er plötzlich den Fuß aus dem Steigbügel hob, gab er mit dem Absatz seines schweren Reiterstiefels dem Pferde des Königs einen empfindlichen Stoß auf die Kruppe. Das Pferd machte einen Satz und schlug ein lebhafteres Tempo an. Der König stutzte, mochte aber die wohlmeinende Absicht errathen und ritt nun in schnellerem Trabe nach einem andern Punkte, um seine anrückenden Truppen zu begrüßen.



Dekorirung des Kronprinzen von Preußen auf dem Schlachtfelde von Königgrätz.
Zeichnung von H. Lüders.

Bei seinem Umritt stieß der König auch auf die auf dem linken Flügel vordringenden Garden, und er schildert selbst diesen Augenblick in seinem Brief an die Königin: „Hier traf ich zuerst auf die tambour battant in vollem Avanciren begriffene zweite Gardedivision und das Gardefüselierregiment inmitten eben genommener zwölf Kanonen. Der Jubel, welcher ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur andern — überall das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen!"

Ein ganz besonders erhebender Moment war noch am späten Abend des Schlachttages das Zusammentreffen des Königs und des Kronprinzen, die sich seit dem Aufbruch

zum Heere hier zum ersten Male wiedersahen. Der König selbst schreibt darüber an seine Gemahlin: „In welcher Aufregung ich war, kannst Du Dir denken, und zwar der gemischtesten Art, Freude und Wehmuth! Endlich begegnete ich noch spät um acht Uhr unserm Fritz mit seinem Stabe. Welch ein Moment nach all dem Erlebten und am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite: ihm stürzten die Thränen herab, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten — also völlige Ueberraschung! — — — Einstens Alles mündlich. Erst um 11 Uhr war ich in Horzitz ohne Alles, so daß ich auf einem Sopha kampirte."

Die energische Verfolgung der fliehenden Oesterreicher noch am Abend des Schlachttages und in der folgenden Nacht aufzunehmen, schien den preußischen Heerführern in Anbetracht des erschöpften Zustandes der Truppen, die in den letzten drei Tagen fast Uebermenschliches geleistet hatten, nicht gerathen. Die ganze Größe und Bedeutung des errungenen Sieges ließ sich ohnehin um diese Zeit noch nicht übersehen. Erst der nächste Morgen verbreitete darüber eine fast überraschende Klarheit, indem er zeigte, daß der Rückzug der Oesterreicher in wilde Verwirrung ausgeartet war, daß die geschlagene Nordarmee, wenn auch nicht völlig vernichtet, so doch auf längere Zeit zur Fortführung des Kampfes und zu fernerem Widerstande unfähig war.

Der Größe des Sieges entsprachen freilich die Opfer, mit welchen er preußischerseits erkauft worden war. 100 Offiziere und 1835 Mann hatten ihr Leben für König und Vaterland hingegeben, 260 Offiziere 6699 Mann hatten ehrenvolle Wunden davongetragen. Unter den Schwerverwundeten befand sich auch ein Angehöriger des königlichen Hauses, der junge Prinz Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. Als Leutnant in den Reihen des ersten Garderegiments mitkämpfend, war er von vier Kugeln getroffen worden; nach mehrwöchentlichen schweren Leiden starb er den Heldentod. — Noch ungleich schrecklicher hatten jedoch die preußischen Waffen auf Seiten der Gegner gewirkt. Bei einem Gesammtverlust von mehr als 40,000 Mann waren über 6000 gefallen, über 7000 vermißt und fast 20,000 zu Gefangenen gemacht; 187 österreichische und ein sächsisches Geschütz sowie 11 österreichische Fahnen waren die Trophäen des Siegers.

In dem Augenblick, da man die ganze Größe und Bedeutung dieses Sieges erkannte, stand auch auf preußischer Seite der Entschluß fest, ihn so schnell und energisch als irgend möglich auszunutzen. Das Waffenstillstandsgesuch, mit welchem der österreichische Feldmarschallleutnant Baron von Gablenz am Morgen des 4. Juli im preußischen Hauptquartier eintraf, wurde kurzer Hand abgewiesen, umsomehr, da der Unterhändler weder eine militärische noch eine diplomatische Vollmacht aufzuweisen vermochte, und während der Kronprinz mit der II. Armee den in der Richtung auf Olmütz fliehenden Feind verfolgte, setzte sich die preußische Hauptmacht unmittelbar gegen die Hauptstadt Oesterreichs in Bewegung.

Wir verlassen damit auf kurze Zeit den böhmischen Kriegsschauplatz, wo mit der Schlacht von Königgrätz zugleich die Entscheidung des Krieges gefallen war, indem wenige Tage nachher die Diplomatie, dank dem festen Verhalten Bismarck's, eine erfolgreiche Thätigkeit entwickeln konnte. Doch haben wir uns nun dem zweiten, kleineren Theile des preußischen Heeres, welchem nach der Schlacht bei Langensalza die Fortführung des Kampfes auf dem westlichen und südwestlichen Kriegsschauplatz zufiel, und den dort vollbrachten ruhmreichen Kriegsthaten zuzuwenden.





Einrücken der ersten preußischen Truppen in Frankfurt a. M.

Der Feldzug der Mainarmee.

Dem verhängnißvollen Bundesbeschlusse vom 14. Juni gemäß hätten vier deutsche Armeecorps, das VII.—X., gegen Preußen aufgestellt werden müssen. Da jedoch die Kurhessen und die zum X. Bundescorps gehörenden Truppen zur Besetzung der Bundesfestungen verwendet wurden, so traten thatsächlich nach Entwaffnung der Hannoveraner nur das VII. und VIII. Corps ins Feld. Von diesen war das VII. Corps aus den vier Divisionen der bayerischen Armee gebildet, welche im Ganzen etwa 40,000 Mann mit 134 Geschützen zählten und unter den Befehl des Prinzen Karl von Bayern gestellt waren. Dieser Prinz, obwol schon über 70 Jahre alt, besaß noch große geistige Regsamkeit und schien durch seine Geburt, Kriegserfahrung und militärische Vergangenheit besonders geeignet, die schwierige Aufgabe — Einigung so vieler verschiedener Elemente — zu lösen. Ihm war nämlich zugleich der Oberbefehl über das VIII. Bundesarmeecorps mit übertragen. Dieses setzte sich aus Württembergern, Badensern, Hessen und Nassauern zusammen, zu denen noch eine bisher als Besatzung der Bundesfestungen verwendete österreichische Brigade trat, und umfaßte in seinen vier Divisionen etwa 46,000 Mann mit 134 Geschützen. An der Spitze dieses Corps stand der Prinz Alexander von Hessen, der sich als österreichischer Feldmarschall-Leutnant im Feldzuge von 1859 den Ruf eines guten Heerführers erworben hatte.

Die Truppen dieser beiden Armeecorps waren fast durchweg von sehr guter Beschaffenheit, auch tüchtig ausgebildet und, abgesehen von den Vorderladern der Infanterie,

wohl ausgerüstet. Aber Manches trat hemmend dazwischen und bewirkte, daß die Truppen das nicht leisten konnten, was von ihrer Ausbildung und Tapferkeit sich hätte erwarten lassen. In Bayern befand sich ein anderes Schießgewehr, ein anderes Geschütz, ein anderer Schießbedarf im Gebrauch als beim VIII. Armeecorps, und die Nassauer und Oesterreicher hatten wieder ihre besonderen Einrichtungen. Störend war dabei schon das verschiedene Exerzitium der Soldaten und damit zusammenhängend das verschiedenartige Kommando — abgesehen von der widerwilligen Unterordnung der Befehlshaber — während bei den Preußen ein einheitliches Kommando, eine einheitliche Führung, eine bei weitem strengere Zucht herrschte und an Widerwilligkeit nicht zu denken war.

Nahm schon die wenig oder gar nicht vorbereitete Mobilmachung der einzelnen Heeresabtheilungen geraume Zeit in Anspruch, so mußte außerdem die Tüchtigkeit der Führer und Truppen auf das Nachtheiligste von den Sonderinteressen, die jeder der einzelnen deutschen Staaten mit gewisser Berechtigung durch seine Streitmacht vertreten wissen wollte, beeinflußt werden, zumal da es nicht gelungen war, mit Oesterreich einen gemeinschaftlichen Operationsplan zu vereinbaren. Generalleutnant von der Tann, aus den achtundvierziger Jahren als unternehmender Freicorpsführer im Kriege Schleswig-Holsteins gegen Dänemark dem deutschen Volke vortheilhaft bekannt, war als Generalstabschef des Prinzen Karl von Bayern am 10. Juni über Wien nach Olmütz in das Hauptquartier der österreichischen Nordarmee geeilt. Doch hatte man dort nur in allgemeinen Zügen das Zusammenwirken des VII. und VIII. Bundescorps festgesetzt; beide Corps sollten durch Vordringen in nordwestlicher Richtung die Rheinprovinz von den übrigen preußischen Landen trennen und eine bedeutende feindliche Streitmacht von den in Böhmen auftretenden Heeresmassen abziehen.

Zum Schutze des noch in Frankfurt weilenden Bundestages und aufgefordert von demselben, war das VII. Corps, je nachdem die einzelnen Staaten ihre Truppen kriegsbereit gemacht hatten, allmählich in der Zeit vom 17.—25. Juni bei genannter Stadt versammelt worden, wo sich der kommandirende General, sobald die ersten Besorgnisse über ein Vordringen der Preußen von Wetzlar her verscheucht waren, mit Besichtigungen und Veröffentlichen schwungvoller Proklamationen beschäftigte. Die Bayern waren bis zum 21. bei Bamberg versammelt worden, und da man dort erfuhr, daß die hannoverschen Truppen von Göttingen aus durch einen Marsch nach Süden sich mit ihnen zu vereinigen beabsichtigten, so wurde beschlossen, jenen Truppen entgegen zu rücken. Die mangelhaften oder eher falschen Nachrichten, die man in den nächsten Tagen über die Bewegungen und das Verhalten der Hannoveraner erhielt, hatten zur Folge, daß die bayerischen Truppen in den verschiedensten Richtungen hin und her zogen und schließlich nicht ohne gleichzeitiges Verschulden der schwankenden hannoverschen Heeresleitung die beabsichtigte Vereinigung durch die bereits erwähnte Waffenstreckung bei Langensalza vereitelt wurde.

Inzwischen hatte Prinz Karl am 26. mit dem Prinzen Alexander von Hessen eine Vereinigung der beiden Corps bei Hersfeld behufs gemeinschaftlichen weiteren Vorrückens vereinbart. Die Absicht, den Hannoveranern zur Hülfe zu eilen, hatte ihn jedoch ganz aus der geplanten Marschrichtung gedrängt, und als am 30. die Uebergabe der hannoverschen Armee als unzweifelhafte Thatsache feststand, befanden sich die Bayern in der Gegend von Meiningen. Prinz Alexander wurde nunmehr aufgefordert, sich durch Rechtsabmarsch näher an die Bayern heranzuziehen, die ihm dann von links her über Geisa und Hilders die Hand reichen wollten. Bereitwillig ging der Führer des VIII. Corps auf diese Vorschläge ein, obgleich sie den Interessen der durch seine Truppen vertretenen Staaten nicht so recht entsprachen. Man hatte hierbei aber nicht die Maßregeln der Preußen ins Auge gefaßt.

General Vogel von Falckenstein hatte seinen Truppen nach Waffenstreckung der Hannoveraner einen Tag lang in den augenblicklich eingenommenen Quartieren Ruhe gegönnt,

dann aber sofort die Operationen gegen die süddeutschen Truppen begonnen. In Betreff seines Weiterhandelns hatte sich General von Moltke dahin ausgesprochen, daß, wie für den ganzen Krieg der Schwerpunkt des Widerstandes in der österreichischen Armee liege, so die Bayern den Kern der süddeutschen Gegnerschaft bildeten. Es sei daher rathsam, den Weg über Fulda nach Schweinfurt einzuschlagen; man verhindere hierdurch die Vereinigung der beiden feindlichen Corps und werde sicher die bayerische Armee treffen, wenn man sie im eigenen Lande aufsuche.

Am 1. Juli trat nun General von Falckenstein den Vormarsch in der bezeichneten Richtung an. Seine Streitmacht bestand aus den drei Divisionen Beyer, Goeben und Manteuffel. Sie bezifferte sich im Ganzen auf etwa 45,000 Mann mit 97 Geschützen und erhielt nunmehr im Hinblick auf das Operationsziel den Namen „Mainarmee“.



Truppen des ehemaligen VIII. Bundes-Armeecorps. Zeichnung von A. Beck.

Schon am 2. Juli stieß man auf bayerische Vortruppen, welche den Quermarsch des VII. Corps durch das Rhöngebirge auf Fulda zu in der Gegend von Wasungen deckten. Tags darauf wiederholten sich diese Berührungen, und der preußische Oberbefehlshaber suchte deshalb sein nächstes Ziel, Fulda, möglichst schnell zu erreichen, was auch am 6. gelang, ehe noch die Vereinigung der beiden deutschen Bundescorps vollzogen war. Zur Seitendeckung dieses Marsches hatte sich General von Goeben am 4. in der Gegend von Dermbach den anrückenden bayerischen Truppen entgegengeworfen, dann aber, der erhaltenen Instruktion gemäß, selbigen Tages den Weitermarsch auf Fulda angetreten.

Der Zusammenstoß bei Hünfeld. Die Spitze der Division Beyer stieß an diesem Tage nördlich von Hünfeld auf die Avantgarde der ohne Verbindung mit den anderen Truppen vorgerückten bayerischen Reservekavallerie. Nach einigen Kartätschschüssen von beiden Seiten jagten die bayerischen Reiter zurück, und das ganze Kavallerie-Reservecorps machte infolge dessen Kehrt, indem es sich in den Wäldern und Thälern des Rhöngebirges ohne den Schutz genügender Infanterie trotz der begleitenden 12 Geschütze ernstlich bedroht fühlte. Der Rückzug ging am Abend in der Richtung auf Bischofsheim durch einen großen

Wald. Unvorsichtiger Weise wurden einige Karabiner abgeschossen. Auf einmal wirres Geschrei: „Die Preußen sind da!“ — und in wilder Flucht sprengt Alles, so schnell die Pferde laufen können, durch das Dunkel der Nacht dahin. Die meilenweit aus einander gerathenen Mannschaften konnten erst nach mehreren Tagen bei Brückenau wieder gesammelt werden!

Prinz Karl von Bayern, als er die Nähe der preußischen Truppen erfuhr und den wichtigen Straßenpunkt bei Dermbach durch diese besetzt fand, gab sofort jeden Gedanken an einen weiteren Vormarsch auf und beschloß, rückwärts bei Neustadt an der fränkischen Saale seine Kräfte zu sammeln; Prinz Alexander, aufgefordert, seine Corps gleichfalls dorthin zu führen, zog es jedoch vor, dem nicht Folge zu geben. Die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz war an ihn gelangt; er durfte sich sagen, daß unter solchen Umständen die Operationen in Süddeutschland von ganz untergeordneter Bedeutung sein mußten und nicht im Stande seien, das Kriegsglück der Oesterreicher wieder herzustellen. So schien es ihm denn auch zwecklos, die Sonderinteressen der in seinem Corps vertretenen Staaten beiseite zu lassen und sich an die Bayern heranzuziehen. Er ordnete vielmehr den Rückzug seiner Truppen hinter den Main in der Richtung auf Frankfurt an, wohin ihn auch der dort immer noch weilende Bundestag entboten hatte.

Bei Hammelburg und Kissingen. In kleinen Märschen zogen die bayerischen Truppen der fränkischen Saale zu; das schlechte Wetter, dem eine große Hitze vorhergegangen war, und wiederholtes Bivuakiren ohne Stroh hatte nachtheilig auf ihren Zustand eingewirkt. Kaum hatten sie ihr Marschziel erreicht, so erschienen am 10. Juli auch schon die preußischen Truppen, die nach heftigem Kampfe, namentlich bei Hammelburg (Division Beyer) und Kissingen (Division Goeben), über die Saale vordrangen und den Prinzen Karl nöthigten, sich nun bis hinter den Main auf Schweinfurt zurückzuziehen. General von Falckenstein folgte dem Feind in dieser Richtung, als ihn am 11. eine Depesche des Generals von Moltke davon unterrichtete, daß es bei den in naher Aussicht stehenden Verhandlungen von Wichtigkeit sei, die Länder nördlich des Mains thatsächlich besetzt zu haben. Daher ließ noch an demselben Tage der preußische Heerführer von den Bayern ab und schlug über Gemünden die Richtung auf Frankfurt ein.

Die Nachricht von dem Vordringen der Preußen über die fränkische Saale hatte das VIII. Corps in seiner Stellung bei Frankfurt zittern gemacht; man fühlte sich mit einem Male zu den Bayern so stark hingezogen, daß sofort die vordersten Truppen über Aschaffenburg hinaus auf Würzburg, den nunmehr zu erstrebenden Vereinigungspunkt, vorgeschoben wurden und dadurch die Marschlinie der von Gemünden her auf Aschaffenburg vordringenden Preußen kreuzten.

Gefechte bei Laufach und Aschaffenburg. Die weit vorgeschobene Division Goeben stieß am 13. Nachmittags auf die bis Laufach gelangte hessische Division und warf dieselbe nach mehrstündigem heftigem Gefecht nach Aschaffenburg zurück. Andern Tages rückt General Goeben entschlossen gegen diesen Ort vor, wo er die württembergische Division nebst der österreichischen Brigade in Stellung findet. Seine braven Westfalen, trefflich unterstützt von der Artillerie, gewinnen mit außerordentlich geringen Opfern den Besitz des wichtigen Punktes und machen mehr als 1700 Mann des Gegners zu Gefangenen. In sieben Tagen hatte die Division Goeben 20 Meilen ohne Ruhetag zurückgelegt, das Rhön- und Spessartgebirge überschritten und drei siegreiche Gefechte geliefert. Tollkühnheit wäre es gewesen, vereinzelt über den Main hinaus gegen das vermuthlich nun versammelte VIII. Bundescorps vorzudringen; es mußte zunächst das Heranrücken der noch sieben Meilen weiter zurück stehenden beiden anderen Divisionen abgewartet werden. Verwirrung und Rathlosigkeit herrschten im Lager des Gegners; die letzten Vertreter des Deutschen Bundestages kehrten nun endlich Frankfurt den Rücken und suchten dessen trauriges Dasein in Augsburg weiter zu fristen; der Prinz von Hessen aber führte am 16. sein Corps durch den Odenwald auf Uffenheim zu, um sich verabredetermaßen dort mit den Bayern zu vereinen.



Angriff bayerischer Kürassiere auf preußische Infanterie. Nach O. Fikentscher.

An demselben Tage zog bereits General Vogel von Falckenstein in die alte freie Reichsstadt Frankfurt ein, die auf ihre Selbstherrlichkeit nun verzichten mußte und ihre feindselige Gesinnung mit einer starken Kontribution zu büßen hatte. Die nächsten Tage benutzte der preußische Heerführer, um die Verwaltung der neu besetzten Gebiete zu regeln und aus der Rheinprovinz sowol wie aus Hannover und Hessen dort entbehrlich gewordene Besatzungstruppen heranzuziehen; auch traf die oldenburgisch-hanseatische Brigade zu dieser Zeit bei der Mainarmee ein. An Stelle des inzwischen mit der provisorischen Verwaltung von Böhmen betrauten Generals Vogel von Falckenstein trat General von Manteuffel an die Spitze der Mainarmee, während für ihn General von Flies das Kommando der Division übernahm. Nachdem etwa 10,000 Mann zur Besetzung von Nassau, Hessen und Frankfurt bestimmt worden waren, begann General von Manteuffel schon am 21. mit etwa 50,000 Mann und 121 Geschützen den Vormarsch gegen den Feind, der ihm infolge der eingetroffenen Nachschübe immerhin noch mehr als 80,000 Mann mit 286 Geschützen entgegenstellen konnte.

Kämpfe an der Tauber. Ungestört hatte inzwischen das VIII. Bundescorps den Odenwald durchschritten und am 20. die Tauber erreicht, wo dann auch die Verbindung mit den von Würzburg her westwärts sich ausdehnenden Bayern hergestellt wurde. Man fühlte sich in dieser Vereinigung so kräftig und stark, daß man wähnte, der preußische Oberbefehlshaber werde einen Angriff nun nicht mehr wagen, sich vielmehr mit dem Besitze des unteren Mains begnügen. Dort wollte man ihn aufsuchen. Nach langem Hin- und Herplanen wurde man am 21. darüber einig, auf dem rechten Mainufer gegen Aschaffenburg vorzurücken, und begann auch die Vorbereitungen dazu recht gründlich zu betreiben.

Ehe man jedoch damit zu Stande gekommen, sah man sich durch die preußischen Truppen bereits überflügelt. Diese hatten nicht wie das VIII. Corps sechs, sondern nur drei Tage zum Durchschreiten des Odenwaldes gebraucht und stießen am 23. mit ihrer Spitze auf die über die Tauber nach Hundheim vorgeschobene badische Division. Während fünf Tagen fanden nunmehr zum Theil recht verlustreiche Gefechte statt; deutsches Blut, von Deutschen vergossen, röthete den deutschen Boden. Auf der einen Seite kämpfte man ohne Aussicht auf ein höheres Ziel nur noch um die Waffenehre, auf der andern galt es mit Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Unterhandlungen das Gebiet des Feindes in möglichst ausgedehntem Umfang zu besetzen, um hierdurch den Gegner um so willfähriger zu machen, auf die gestellten Friedensbedingungen einzugehen.

Bei Hundheim gelang es den Badensern, ihre Stellungen zu behaupten; sie gingen jedoch in der Nacht über die Tauber zurück. General von Manteuffel, in der Annahme, den Feind am 24. noch diesseit der Tauber versammelt zu finden, zog seine Truppen zunächst enger zusammen; doch als man nirgends auf Widerstand stieß, bemächtigte sich ein Theil der Division Goeben noch am Nachmittage des Tauberüberganges bei Bischofsheim und wußte ihn gegen die heftigen Angriffe der tapfer vorgehenden württembergischen Division festzuhalten, während ein anderer Theil der Division, die oldenburg-hanseatische Brigade, unterstützt von der Avantgarde der Division Beyer, die Badenser bei Werbach über die Tauber zurückdrängte.

Roßbrunn, Gerchsheim und Helmstadt. Die Bayern hatten inzwischen am 23. den Marsch in nördlicher Richtung in der Absicht angetreten, um, wie vereinbart, angriffsweise vorzugehen, sich hierdurch aber wieder vom VIII. Corps getrennt. Als Prinz Karl dann am 24. das Erscheinen der Preußen an der Tauber erfuhr und einsah, daß die eben begonnene Offensive durch den Spessart zum Luftstoß ward, beschloß er, sofort in der Gegend von Roßbrunn sein Corps zu sammeln. Am Morgen des 25. erhielten die Division Stephan sowie die des Prinzen Luitpold Befehl, sich in südlicher Richtung zur Unterstützung des auf der Straße von Bischofsheim nach Würzburg zurückgehenden VIII. Corps vorzubewegen. Letzterem folgte an diesem Tage General von Goeben und

verdrängte es durch wohlgeleiteten Angriff aus seiner Stellung bei Gerchsheim. Der Rückzug des Feindes ging bald in wilde Flucht über; doch wurden die Flüchtigen zu ihrem Glück durch einen großen vorliegenden Wald dem Auge und der Verfolgung des Siegers entzogen. Die Absicht der preußischen Heeresleitung, durch die Division Beyer den rechten Flügel des VIII. Corps zu umfassen und ihm hierdurch den Weg nach Würzburg zu verlegen, ließ sich nicht erreichen, da die nach Neubrunn in Marsch gesetzten Truppen auf die erwähnten bayerischen Divisionen stießen. Vereinzelt wurden diese mit den Preußen handgemein und mußten sich trotz tapferer Gegenwehr in verschiedenen Richtungen zurückziehen.



Die Marienburg bei Würzburg.

Während des Gefechtes hatte die schon früher auf dem äußersten linken Flügel der Preußen bei Wertheim über die Tauber vorgegangene Division Flies Befehl erhalten, sich rechts an die Truppen des Generals von Beyer heranzuziehen, infolge dessen die Hauptkräfte jener Division am Abend bei Uettingen eingetroffen waren. Sie befanden sich am andern Morgen den beiden Tags zuvor nicht am Kampfe betheiligt gewesenen bayerischen Divisionen gegenüber, mit denen sie bei Roßbrunn in ein sehr heftiges und verlustreiches Gefecht verwickelt wurden. Dasselbe entschied sich erst zu Gunsten der Preußen, nachdem das Regiment Nr. 36 im Bajonnetangriff und unter Trommelschlag, wenn auch mit erheblichen Opfern, sich in den Besitz des steilen, waldbedeckten Leiteberges gesetzt hatte. Dem weiteren Vorrücken der Truppen schlossen sich von rechts her mittlerweile eingetroffene Abtheilungen der Division Beyer an; doch setzte die zahlreiche bei Hettstadt aufgefahrene bayerische Artillerie der Verfolgung bald ein Ziel. Wie am verlustreichen Tage von Roßbrunn die bayerischen Jäger, so hatten bei den Hettstädter Höfen auch die bayerischen Kürassiere und Chevauxlegers, nach „Vergeltung für Hünfeld“ dürstend, die Gelegenheit wahrgenommen, dem Feinde zu zeigen, daß er es mit einem ihm an Tapferkeit ebenbürtigen Gegner zu thun habe. Zwei Schwadronen preußischer Husaren und Dragoner sahen sich urplötzlich von einer übermächtigen hinter einer Erdwelle hervorbrechenden Reiterschar überrascht, angegriffen und zur Flucht genöthigt. Doch blieb dieser Zwischenfall ohne weitere Folgen, denn die Bayern setzten ihren Rückzug weiter fort, und Prinz Karl führte sein versammeltes Corps am Nachmittage auf das rechte Mainufer hinüber, wo

inzwischen auch das wegen Mangel an Munition von der Division Goeben nicht verfolgte VIII. Corps eingetroffen war.

Vor Würzburg. Am 27. früh rückte General von Manteuffel mit seiner gesammten Armee gegen Würzburg vor und überzeugte sich durch einen lebhaften Geschützkampf von der Stärke der gegnerischen Stellung, die namentlich in der hochgelegenen Citadelle von Würzburg, der wohlbefestigten und mit zahlreichem Geschütz ausgerüsteten Marienburg, einen vortrefflichen Stützpunkt besaß. Beide Heere standen nun in fast unangreifbarer Position einander gegenüber; die Stellung des Generals von Manteuffel schnitt aber den Truppen des VIII. Corps die Verbindung mit der Heimat ab, während sie die der Bayern ernstlich gefährdete. Im Rücken der Letzteren nahete außerdem der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher mittlerweile aus anhaltischen, mecklenburgischen, braunschweigischen und oldenburgischen Truppen, verstärkt durch dreizehn preußische Bataillone, ein zwei Divisionen starkes Reservecorps bei Leipzig gebildet hatte und, über Hof vorrückend, schon am 27. Juli Kulmbach erreichte. Doch ein ernster Zusammenstoß lag überhaupt nicht mehr im Plane der preußischen Heerführer, welche, den Weisungen aus dem königlichen Hauptquartier folgend, hauptsächlich darauf ihr Augenmerk richteten, durch geschicktes Manövriren, wenn möglich ohne großes Blutvergießen, den Gegner immer weiter zurückzudrängen und ein möglichst ausgedehntes Gebiet des feindlichen Landes militärisch zu besetzen.

Die Ereignisse auf dem böhmischen Kriegsschauplatz hatten nämlich, wie hier kurz bemerkt sei, bereits am 21. Juli zum Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und Preußen geführt, welchem am 26. desselben Monats der Abschluß des Präliminarfriedens zu Nikolsburg gefolgt war. Da Oesterreich hierbei, allerdings nothgedrungen, seine süddeutschen Verbündeten völlig im Stiche ließ, mußte diesen Letzteren die Einstellung der Feindseligkeiten auch ihrerseits dringend wünschenswerth erscheinen. Bevollmächtigte der süddeutschen Staaten hatten sich deshalb in das königliche Hauptquartier nach Nikolsburg begeben und dort nach kurzen Verhandlungen auch für Süddeutschland einen Waffenstillstand erwirkt, der jedoch erst am 2. August in Kraft treten sollte — eine Verzögerung, deren Zweck die Durchführung der mehrfach angedeuteten Absicht der preußischen Heeresleitung war, vor Eintritt der Waffenruhe größere Gebietstheile der süddeutschen Gegner besetzt zu haben, um dadurch sich in Stand gesetzt zu sehen, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen einen starken Druck auf die betreffenden Regierungen auszuüben.

Wir können diese Friedensverhandlungen, ihre Vorbereitung und ihre Ergebnisse jedoch nur im Zusammenhange mit den gleichzeitigen Vorgängen auf dem böhmischen Kriegsschauplatze verfolgen und müssen deshalb auf diesen, den wir unmittelbar nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verließen, nunmehr zurückkehren.





Schloß Nikolsburg in Mähren.

Minen und Gegenminen.

Der Friedensschluß und die Ergebnisse des Krieges.

Die kurze Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli — nur sieben Tage — war genügend gewesen, um die auf dem nördlichen Kriegsschauplatze versammelte Streitmacht Oesterreichs völlig über den Haufen zu werfen. Der unglückliche Ausgang der ersten Kämpfe hatte die feste Siegeszuversicht, welche von Regierung und Volk anfänglich gehegt worden war, doch wol etwas erschüttert; man hatte eingesehen, daß man auch mit Niederlagen rechnen müsse, wo man nur auf glänzende Siege gehofft hatte; aber auf einen so schnellen, so entscheidenden und vernichtenden Schlag wie der, welcher die österreichische Nordarmee bei Königgrätz betroffen hatte, war man nirgends gefaßt gewesen, am allerwenigsten in der Hauptstadt des Landes, in Wien. Wie ein Donnerschlag wirkte hier, wo man noch kurz zuvor ein Straßenschauspiel mittels einer angeblich eroberten Kanone ausgeführt hatte, die in der Frühe des 4. Juli bekannt werdende Nachricht von der verhängnißvollen Katastrophe. Daß alsbald eine völlige Aenderung des Kriegsplanes eintreten müsse, wenn man den Krieg gegen Preußen überhaupt noch fortführen wollte, das war eine Thatsache, der sich im österreichischen Lager nach dem Eintreffen der Unglücksbotschaft von Königgrätz Niemand verschloß. Die geschlagene Nordarmee vermochte allein den Vormarsch der Preußen auf Wien nicht zu hindern; auf wirksame Unterstützung durch die süddeutschen Bundesgenossen, die in erster Linie auf die militärische Deckung ihrer eigenen Lande Bedacht nahmen, war nicht zu rechnen, und nur ein Ausweg schien deshalb übrig zu bleiben: man mußte die auf dem südlichen Kriegsschauplatz, in Italien, errungenen Erfolge preisgeben; man mußte sich des einen Gegners zu entledigen suchen, um sich mit vereinten Kräften gegen den andern wenden zu können. Gewiß konnte der Verzicht auf

Venetien, die erste Grundbedingung für das Gelingen dieses Planes, dem Hause Habsburg nur sehr schwer fallen, doppelt schwer nach dem rühmlichen, wenn auch nicht entscheidenden Siege, welchen am 24. Juni das österreichische Heer unter Erzherzog Albrecht über die Italiener unter dem General Alfonso Lamarmora bei Custozza davongetragen hatte. Aber wenn es Preußen gelang, durch einen zweiten entscheidenden Waffenerfolg Oesterreich zum Frieden zu zwingen, dann mußte dieses ohnehin sicher sein, Venetien zu verlieren; die freiwillige Abtretung schien also offenbar vorzuziehen, zumal sich hoffen ließ, daß sie einen Umschwung der Lage zu Gunsten Oesterreichs im Gefolge haben werde.

Wien und Paris. Napoleon hatte zwar die österreichische Ablehnung seines Kongreß-Vorschlages vom 28. Mai übel vermerkt und sich daraufhin eine Zeit lang weiterer Annäherungsversuche an Oesterreich enthalten. In letzter Stunde jedoch, unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, waren von ihm neue Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung angeknüpft worden, und er hatte sich bereit erklärt, im Falle einer Niederlage der kaiserlichen Armeen gegen Überlassung Venetiens an Italien für die Erhaltung des Besitzstandes der österreichischen Monarchie und ihrer maßgebenden Stellung in Deutschland energisch einzutreten. Auf diese Zusage Napoleon's gestützt, faßte man in der Hofburg zu Wien seinen Entschluß. Ein Telegramm, welches Kaiser Franz Joseph am 5. Juli an Napoleon richtete, zeigte diesem an, daß Oesterreich Venetien bedingungslos an Frankreich abtrete, und daß es behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Italien die französische Vermittelung erwarte. Mit kluger Berechnung hatte die österreichische Regierung für den Verzicht auf Venetien gerade diese Form gewählt. Die Räumung Italiens war unvermeidlich, da man der dort stehenden Truppen zur Fortführung des Krieges gegen Preußen, ja bereits unmittelbar zum Schutze der bedrohten Hauptstadt dringend bedurfte. Wäre nun diese Räumung ohne Weiteres erfolgt, so hätten die Italiener darin natürlich das Signal zu schleunigem Nachdringen und zu energischer Fortführung des Krieges erblickt, um der augenblicklichen Schwäche Oesterreichs auch Welschtirol, Trient und Triest, das weitere Ziel des nationalen Ehrgeizes Italiens, abzuringen. Dem glaubte nun die österreichische Regierung vorzubeugen, indem sie mit der Räumung Venetiens zugleich die förmliche Abtretung des Landes an Frankreich verband. Venetien wurde dadurch — für den Augenblick wenigstens — französisches Gebiet, und Napoleon — so rechnete man wenigstens in Wien — war dadurch in eine seinem Ehrgeize schmeichelnde Lage gebracht, in der er unter Umständen mit einem gewissen Schein des Rechts gegen eine gewaltsame Besetzung des Landes durch italienische Truppen Einspruch zu erheben vermochte. Er konnte ferner für das besiegte, wenn auch nicht entscheidend besiegte Italien die Uebergabe Venetiens an die Bedingung knüpfen, aus dem Waffenbündniß mit Preußen zurückzutreten, ja, er vermochte es, durch eine kriegerische Demonstration diesen Rücktritt nöthigenfalls zu erzwingen. Oesterreich hatte dann Preußen gegenüber freie Hand. Die bisher siegreiche Südarmee, deren Führer, Erzherzog Albrecht, gleich nach dem Tage von Königgrätz zum Oberbefehlshaber der gesammten österreichischen Streitkräfte ernannt und dem nun auch die Nordarmee unterstellt worden war, ließ sich bis auf den letzten Mann den Preußen entgegenstellen, und mit einiger Aussicht auf Erfolg konnte man den Kampf an der Donau dann wol noch einmal aufnehmen.

Abtretung von Venetien an Napoleon III. Aber alle diese Hoffnungen der österreichischen Staatsmänner sollten sich als trügerisch erweisen. In Paris war zwar die kriegslustige Bevölkerung und im ersten Augenblicke auch die Regierung geneigt, die Anrufung der französischen Vermittelung durch Oesterreich, zumal in Verbindung mit der Abtretung Venetiens, als einen glänzenden Sieg der französischen Staatskunst anzusehen und dem entsprechend zu feiern. In den Straßen der Weltstadt flatterten lustig die Tricoloren, und am Abend waren die Straßen illuminirt; der „Moniteur", das kaiserliche Amtsblatt, verkündete triumphirend das große Ereigniß, und die Kriegspartei innerhalb der

Regierung, an ihrer Spitze der Minister des Aeußern, Drouin de l'Huys, suchte mit Ungestüm den Kaiser zur energischsten Ausnutzung des „Sieges" im französischen Interesse zu drängen. Aber im Lichte ruhiger Ueberlegung schmolz der angebliche Sieg bald in ein Nichts zusammen, ja er stellte sich im Grunde als eine Niederlage der französischen Politik heraus. Die Mehrheit innerhalb der französischen Regierung und nicht zum wenigsten der Kaiser selbst hatten die Bedeutung und den Einfluß des französischen Namens ungebührlich überschätzt; sie hatten sich in der Annahme gefallen, daß ein Wort Frankreichs jederzeit genügen werde, den großen Entscheidungskampf im Herzen Europa's in Bezug auf seine Ergebnisse innerhalb bestimmt vorzuschreibender Grenzen zu erhalten, und sie waren ferner der Meinung gewesen, daß Frankreich auch ohne jedwede Vorbereitungen in jedem Augenblicke im Stande sei, zwischen die streitenden Parteien zu treten und ihnen den Frieden zu diktiren. Aber mit rauher Gewalt hatten die großartige Machtentfaltung des preußischen Staates und die schnellen und glänzenden Erfolge seiner Waffen diese selbstgefälligen Illusionen zerstört. Jetzt, da die Entscheidung des französischen Kaisers von dem einen Theile angerufen wurde, und zwar unter Umständen, welche seinem Ehrgeize in der That schmeicheln konnten, jetzt durfte er kein entscheidendes Wort zu sprechen wagen, da er sich außer Stande sah, seinem Willen in allen Fällen und ohne ernstliche Gefährdung der eigenen Interessen auch dem andern Theile gegenüber Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Er hatte gewähnt, den Schiedsrichter spielen zu können; jetzt mußte er sich mit der undankbaren Rolle des bescheidenen Vermittlers begnügen.

Für das italienische Volk hatte es wenig Verlockendes, Venetien, das es trotz erlittener Niederlagen noch immer sich zu erkämpfen hoffen durfte, als Gnadengeschenk aus der Hand Napoleon's anzunehmen; daß Italien aber daraufhin geneigt sein würde, sich eines schmählichen Vertragsbruches gegen seinen preußischen Bundesgenossen schuldig zu machen und einseitig einen Frieden oder auch nur einen Waffenstillstand mit Oesterreich zu schließen, das war bei dem lebhaften nationalen Ehrgefühl des italienischen Volkes kaum anzunehmen. Auch Napoleon konnte sich darüber nicht täuschen, und da er es aus den oben angedeuteten Gründen auf eine Drohung zunächst nicht ankommen lassen mochte, so knüpfte er an sein am 5. Juli an den König von Italien gerichtetes Vermittelungsanerbieten zugleich die Mittheilung, daß er gleichzeitig auch dem König von Preußen behufs Abschluß eines Waffenstillstandes mit Oesterreich seine Vermittelung angetragen habe. In der That erklärte sich auch Viktor Emanuel nur unter dieser Voraussetzung zur Annahme der französischen Vermittelung bereit, und die energische Wiederaufnahme der Kriegsoperationen, die Besetzung Venetiens durch italienische Truppen und die Verfolgung der abziehenden Oesterreicher ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Italien entschlossen sei, fest und unerschütterlich auf dem Boden des mit Preußen geschlossenen Vertrages zu verharren und nur nach erfolgter Zustimmung Preußens die Waffen niederzulegen.

Die österreichische Regierung nahm übrigens keinen Anstoß daran, daß Napoleon über ihr unmittelbares Verlangen hinaus auch auf Preußen seine Vermittelung ausdehnte. Man hoffte in Wien, daß der französische Kaiser Willens sei, seine Forderungen zu Gunsten Oesterreichs mit allem Nachdruck geltend zu machen. Ließ sich Preußen durch Napoleon's Haltung einschüchtern, nun gut, dann schloß Oesterreich mit ihm einen glimpflichen Frieden; setzte dagegen Preußen den Forderungen Napoleon's entschlossenen Widerstand entgegen, dann, so hofften die österreichischen Staatsmänner, dann trat Frankreich an Oesterreichs Seite in den Krieg ein, dessen Ausgang in diesem Falle den österreichischen Politikern, die ebenfalls die augenblickliche Macht Frankreichs weit überschätzten, nicht zweifelhaft erschien.

Ganz anders dachte man darüber auf preußischer Seite. Der König und seine militärischen und politischen Rathgeber durften sich mit Recht davon überzeugt halten, daß Preußen zur Noth auch gegen Frankreich und Oesterreich zugleich den Kampf aufzunehmen vermöge. Die mangelhafte Schlagfertigkeit des französischen Heeres war in den

maßgebenden preußischen Kreisen gar wohl bekannt; auf die Zuverlässigkeit Italiens glaubte Bismarck fest rechnen zu dürfen; die Widerstandskraft der schlecht geführten Streitmacht der Südstaaten war nach dem übereinstimmenden Urtheil der preußischen Heerführer nicht allzu hoch anzuschlagen, und die Leistungsfähigkeit des reorganisirten preußischen Heeres — die glänzenden Waffenthaten der letzten Tage zeugten dafür — war über jeden Zweifel erhaben. Bei energischer Kriegführung vermochte Italien beinahe allein das durch die gefahrdrohende Unzufriedenheit der Ungarn ohnehin gelähmte Oesterreich in Schach zu halten, und ohne die in Böhmen errungenen Erfolge preiszugeben, konnte Preußen im Nothfalle wol an 400,000 Mann gegen Frankreich ins Feld stellen.

Preußen konnte also mit Aussicht auf Erfolg den Krieg zugleich nach beiden Seiten hin führen. Ernste Erwägungen führten jedoch den König und seinen ersten Rathgeber zu dem Entschlusse, dieses Aeußerste, wenn irgend möglich, zu vermeiden. Der Sieg Preußens im Kampfe gegen das verbündete Oesterreich und Frankreich mochte möglich, ja wahrscheinlich sein, aber völlig zweifellos war er doch nicht; und selbst wenn er es gewesen wäre, welche Opfer an Menschenleben, an Gut und Blut hätte er von dem preußischen Volke gefordert! Im Bewußtsein seiner Kraft durfte Preußen jedem Versuche, ihm die Früchte des errungenen Sieges zu schmälern, muthig Trotz bieten, ohne deshalb durch schroffe Zurückweisung jedes Vermittelungsvorschlages einen neuen und schwereren Krieg heraufzubeschwören.

Die militärischen Maßnahmen des preußischen Hauptquartiers wie das Verhalten der preußischen Diplomatie während der dem Siege von Königgrätz folgenden Tage fanden hierin — in dem vollen Kraftbewußtsein einerseits und in dem Wunsche nach friedlicher Verständigung andererseits — ihre Erklärung und zugleich ihre Berechtigung.

Napoleon als Vermittler zwischen den Kriegführenden. Am 5. Juli traf der telegraphische Vermittelungsvorschlag Napoleon's bei dem Könige ein. Napoleon verlangte zunächst nur behufs Anknüpfung von Friedensverhandlungen den Abschluß eines längeren Waffenstillstandes, und der König erklärte sich zu einem solchen bereit, sobald er sich des Einverständnisses Italiens und der Zustimmung Oesterreichs zu den Grundbedingungen des Friedens, deren erste das Ausscheiden der österreichischen Monarchie aus dem Verbande der deutschen Staaten sei, versichert haben werde. Die französische Vermittelung wurde auf diese Weise in der Form angenommen, thatsächlich aber beinahe gegenstandslos gemacht. Der König wahrte sich das Recht des Siegers, dem Besiegten nach eigenem Ermessen seine Bedingungen vorzuschreiben, und zugleich war die nöthige Zeit gewonnen, um durch weiteste Ausnutzung des bei Königgrätz errungenen Sieges einen kräftigen Druck auf Oesterreich auszuüben. Während zwischen dem preußischen und dem österreichischen Hauptquartier wie zwischen Wien und Paris anfänglich die telegraphischen Depeschen und später die bevollmächtigten Unterhändler hin und her gingen, und während zugleich die preußische Mainarmee in ununterbrochener Folge ihre Siege im Westen erfocht, verfolgt die böhmische Armee im Osten, die Festungen Königsgrätz, Josephstadt und Theresienstadt hinter sich lassend, in Eilmärschen ihren Siegeszug, dessen Ziel die Kaiserstadt an der Donau war.

Benedek's Armee befand sich im Zustande der Auflösung. Die flüchtigen Reste derselben hatten bei Königgrätz und Pardubitz die Elbe überschritten und dabei weitere schwere Einbußen erlitten. Während der Oberbefehlshaber mit den noch zusammenhaltenden Theilen seiner Hauptstreitmacht unter den Kanonen von Olmütz Sicherheit suchte und innerhalb des verschanzten Lagers dieser Festung seinen Scharen wieder einigermaßen Halt und Zusammenhang zu verleihen sich bemühte, war das Corps von Gablenz und der größte Theil der kaiserlichen Reiterei gegen Süden aufgebrochen, um in beschleunigtem Marsche die Hauptstadt der Monarchie zu erreichen. Dahin hatten sich nun auch die noch streitbaren übrigen Theile der Nordarmee auf Anordnung des neuen kaiserlichen Generalissimus, Erzherzog Albrecht, in Bewegung gesetzt.

Aber dies ließ sich nur theilweise noch auf dem kürzesten Wege bewerkstelligen.

Marsch auf Wien. Die I. Armee der Preußen unter dem Könige und Prinz Friedrich Karl war inzwischen auf Brünn losmarschirt. Bei ihr befand sich der königliche Oberbefehlshaber. Am 6. Juli war das königliche Hauptquartier in Pardubitz angelangt, und am 13. fand der Einzug des Monarchen in die mährische Hauptstadt statt. — Die II. Armee unter dem Kronprinzen bewegte sich gleichzeitig weiter in der Richtung auf Olmütz, die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld rückte über Znaim auf dem gradesten Wege gegen Wien vor, während die unterdessen herangekommene Gardelandwehr am 8. Juli Prag besetzte und die schwarz-weiße Fahne auf dem Hradschin aufpflanzte.



Sturm des 5. Kürassierregiments auf die österreichischen Batterien bei Tobitschau.

Die I. Armee fand bei Saar und bei Tischnowitz am 10. und 11. Juli nur geringen Widerstand und rückte bis drei Meilen von Wien vor; die II. Armee schlug am 15. Juni den Feind bei Tobitschau und nahm ihm nach blutigem Ringen 18 Kanonen ab; hierdurch waren die wichtigen Linien der Wien-Olmützer Eisenbahn der Benutzung der Nordarmee entzogen, denn auch der Knotenpunkt jener Eisenbahnstrecke, Lundenburg, ward am 16. Juli vom Prinzen Friedrich Karl besetzt und von demselben alsbald der Marchfluß überschritten.

Die Armee des Kronprinzen besetzte am 17. Prerau; andere preußische Truppentheile gingen über die March bei Holitz (Ungarn). Das Hauptquartier des Königs ward am 18. nach Nikolsburg, zwölf Meilen von Wien, verlegt.

Nicht volle vier Wochen hatten genügt, in das Herz Oesterreichs einzudringen. Vom Stephansthurme konnte man am Tage die Bajonnete der Preußen blitzen, zur Nachtzeit ihre Lagerfeuer leuchten sehen. Schrecken und Verwirrung herrschten in der Kaiserstadt, die sich am 19. Juli von 240,000 Preußen in weitem Umfange bedroht sah. Die Bank flüchtete ihre Kassen nach der ungarischen Festung Komorn; in den Ministerien wurden die Akten zusammengepackt, um sie nach Pest zu retten. Von der geschlagenen Nordarmee war trotz des Wechsels im Oberbefehl eine Wandlung zum Bessern nun nicht mehr zu erwarten; die Regimenter aus Italien waren noch immer nicht in genügender Zahl zur Stelle; der Einzug der Preußen in Wien war voraussichtlich kaum noch zu verhindern.

Die Diplomatie hatte inzwischen in geschäftiger Weise die äußerste Thätigkeit entwickelt. In den Tuilerien hatte man es wol empfunden, daß die Annahme der französischen Vermittelung durch Preußen in der gewählten Form einer Ablehnung fast gleichkam. Mit Ungestüm forderte der Minister des Aeußeren, Drouin de l'Huys, die Aufstellung eines hinlänglich starken französischen Heeres am Rhein und die Besetzung Venetiens durch französische Truppen. Frankreich müsse Preußen und Italien den Frieden diktiren, es müsse für die Gebietserweiterungen, welche beiden Mächten allenfalls zu gestatten seien, einen mindestens gleichwerthigen Gebietszuwachs auch für sich davontragen und diesem seinen Anspruch nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand Geltung verschaffen. Oesterreich, welches den Kaiser Napoleon zum Kriege gegen Preußen zu drängen wünschte, unterstützte natürlich aufs Eifrigste die Bestrebungen der französischen Kriegspartei. Nun wäre bei einiger Aussicht auf Erfolg Napoleon gewiß der Letzte gewesen, der sich solchen Maßnahmen widersetzt hätte; geschah letzteres dennoch, so mußten die gewichtigsten Gründe ihn dazu bestimmen. Wir kennen diese Gründe und wissen, wie gewichtig sie in der That waren. Die französischen Heere, nach welchen die Kriegspartei rief, waren nicht vorhanden; kaum über mehr als 50,000 Mann schlagfertiger Truppen vermochte der Kriegsminister zu verfügen. Napoleon mochte zugeben, daß er über die Bedeutung des französischen Einflusses sich getäuscht habe, daß er besser gethan, dem Rathe seines Ministers des Aeußern zu folgen und bereits beim Beginn des preußisch-österreichischen Krieges auch in Frankreich zu rüsten. Jedoch jetzt, da Preußen und Italien überall in siegreichem Vordringen begriffen waren, da Preußen in jedem Augenblicke Hunderttausende von sieggewohnten Kriegern an die französische Grenze werfen konnte, jetzt noch das Versäumte nachzuholen, dazu war es augenscheinlich zu spät. Gerade die ergebensten Anhänger des Kaisers, unter ihnen Rouher, der Genosse seines Ehrgeizes, wagten sich und ihrem Gebieter die Gefahren eines preußisch-französischen Krieges nicht zu verhehlen. Sie riethen zur Mäßigung; Frankreich dürfe seine augenblickliche Schwäche nicht verrathen; man möge sich davor hüten, Forderungen zu erheben, welche man nicht im Nothfalle mit Waffengewalt durchzusetzen entschlossen und fähig sei. Ein glimpflicher Friede für Oesterreich und eine kleine Entschädigung für Frankreich, mehr sei für den Augenblick von dem Sieger nicht zu verlangen und damit werde auch der Ehre Frankreichs genügt; die Geltendmachung weitergehender Ansprüche — denn nur die Noth machte diese Männer bescheiden — sei besser für günstigere Zeiten vorzubehalten. Napoleon verschloß sich diesen Erwägungen nicht; er folgte dem Rathe der Friedenspartei, die schließlich im Ministerium die Oberhand gewann, und entsagte dem Gedanken an bewaffnete Einmischung.

Benedetti im Hauptquartier. Ueber den Begriff der Mäßigung gingen freilich die Ansichten in Paris und im preußischen Hauptquartier zunächst noch weit aus einander; indessen glaubte die preußische Regierung in dem Augenblicke, da sie die Früchte langjähriger Aussaat einzuernten im Begriffe stand, es mit Napoleon nicht gänzlich verderben zu dürfen. Die Forderungen des Kaisers in Bezug auf französische Gebietserweiterungen am Rhein wurden deshalb von Bismarck ausweichend behandelt und ihre Erledigung auf spätere Zeit verschoben. Für Preußen bedeutete dies soviel wie definitive Abweisung. Bezüglich des Friedensschlusses mit Oesterreich zeigte sich die preußische Regierung zu wesentlichen Zugeständnissen bereit. Jedoch wurden die ersten am 13. Juli nach dem königlichen Hauptquartier zu Brünn durch den französischen Bevollmächtigten Graf Benedetti überbrachten Vorschläge Napoleon's als zu weit gehend bezeichnet und daher als unannehmbar zurückgewiesen.

Auch über einen zweiten Vorschlag Napoleon's — vom 16. Juli — war ein Einverständniß noch nicht zu erzielen; Napoleon wollte die preußischen Gebietserweiterungen auf Schleswig-Holstein beschränkt wissen, während König Wilhelm mit aller Entschiedenheit darauf bestand, wenigstens nördlich vom Main nach freiem Ermessen diejenigen Gebietsveränderungen vorzunehmen, welche im militärischen und politischen Interesse Preußens

geboten seien. Da Graf Benedetti nicht umhin konnte, seinem kaiserlichen Gebieter zu melden, daß der Entschluß des Königs von Preußen in diesem Punkte unerschütterlich und unwiderruflich sei, so fügte sich Napoleon in das Unvermeidliche.

Die letzten kriegerischen Vorgänge. Unterdessen hatte Benedek sich genöthigt gesehen, nachdem er vor den Preußen auf das linke Marchufer ausgewichen war, durch die kleinen Karpathen seinen Rückzug fortzusetzen, um über Preßburg nach Wien zu gelangen. Prinz Friedrich Karl dagegen hatte am 21. die jenseit der March operirenden Truppen, welche Benedek's Streitmacht von Wien abschneiden sollten, verstärkt, und so kam es bei Blumenau in der Nähe von Preßburg am 22. Juli nochmals zu einem heftigen Zusammenstoß.

Im entscheidenden Augenblicke ward jedoch das bis zur letzten Sekunde von General Fransecky an der Spitze seiner Thüringer mit Ungestüm und Erfolg weitergeführte Gefecht durch Verkündigung der inzwischen abgeschlossenen Waffenruhe unterbrochen, nachdem schon die Brigade Bose behufs Umgehung des Feindes über schwer zu überschreitende Uebergänge der Karpathen in den Rücken des Gegners abgeschickt worden war.

Es war in der That höchste Zeit gewesen, das Ende des Krieges herbeizuführen. Die preußischen Heere standen in weitem Umkreise vor Wien; wollte Napoleon Oesterreich die letzte Demüthigung, den Einzug des Feindes in die Hauptstadt, ersparen, so durfte er sich den berechtigten Forderungen Preußens nicht widersetzen.

Waffenstillstand von Nikolsburg. Am 19. Juli ließ Napoleon im königlichen Hauptquartier zu Nikolsburg erklären, daß er Preußen völlig freie Verfügung über Norddeutschland zugestehe. Das letzte Hinderniß, welches dem Abschluß eines Waffenstillstandes im Wege gestanden hatte, war damit beseitigt; bereits am 20. und 21. fanden zwischen den österreichischen und preußischen Bevollmächtigten unter Zuziehung des italienischen Gesandten Graf Barral die bezüglichen Verhandlungen statt, und am 22. Juli Mittags um 12 Uhr legten Oesterreicher und Preußen auf dem böhmischen Kriegsschauplatz die Waffen nieder.

Auf Süddeutschland und auf Italien erstreckte sich der Waffenstillstand nicht; derselbe, zunächst nur auf fünf Tage giltig, war nur zu dem Zwecke geschlossen worden, um zwischen Oesterreich und Preußen die Friedenspräliminarien zu vereinbaren.

Die zwischen dem preußischen Hauptquartier und den österreichischen Bevollmächtigten Graf Karolyi und General von Degenfeld alsbald angeknüpften Unterhandlungen führten schnell zu einem befriedigenden Ergebniß. Am 26. Juli wurde, im Wesentlichen auf Grund der letzten französischen Vermittlungsvorschläge, zu Nikolsburg der Präliminarfriede zwischen Oesterreich und Preußen unterzeichnet.

Friede. Hiernach sollte Oesterreich aus dem Verbande der deutschen Staaten ausscheiden, zu Gunsten Italiens auf Venetien und zu Gunsten Preußens auf sein Mitbesitzrecht in Schleswig-Holstein verzichten; es gestand ferner Preußen das Recht der völlig freien Verfügung über Norddeutschland zu; doch blieb der Besitzstand Sachsens und die Unabhängigkeit der deutschen Staaten südlich vom Main gewährleistet. Der Friede zwischen Preußen und den Bundesgenossen Oesterreichs sollte ohne die Mitwirkung des letzteren durch besondere Verhandlungen mit den Betheiligten zu Stande gebracht werden.

Wie der Waffenstillstand, so war auch der Präliminarfriede zwischen Oesterreich und Preußen unter der vertragsmäßigen Zustimmung Italiens geschlossen worden, ohne zugleich auch für den letzteren Staat verbindlich zu sein. Noch am 20. Juli hatte die italienische Flotte unter Persano gegen die österreichische unter Tegethoff bei Lissa in einem allerdings rühmlichen Kampfe eine schwere Niederlage erlitten. Aus naheliegenden Gründen wünschten jedoch die Italiener die Früchte des Krieges, deren sie ohnedies sicher waren, auch selbst durch einen Sieg zu verdienen, und suchten deshalb den Abschluß des Waffenstillstandes zu verzögern. Aber es kam zu keinem entscheidenden Kampfe mehr,

vielmehr ruhten vom 9. August ab auch in Italien die Waffen, worauf General Menabrea zur Theilnahme an den bereits begonnenen Unterhandlungen über den definitiven Frieden sich nach Prag begab.

Die süddeutschen Staaten, von Oesterreich völlig im Stich gelassen, konnten natürlich nicht daran denken, den Kampf auf eigene Hand fortzusetzen. Da sie indessen ohne eine anerkannte gemeinsame Vertretung dem Sieger gegenüberstanden, also einzeln durch ihre Bevollmächtigten mit dem preußischen Hauptquartier verhandeln mußten, und da Preußen außerdem durch Besetzung möglichst ausgedehnter Gebietstheile jedes einzelnen Staates sich eine sichere Grundlage für den späteren Frieden zu verschaffen wünschte, so trat, wie bemerkt, der Waffenstillstand für Süddeutschland erst am 2. August in Kraft. Die Friedensverträge, gleichfalls für jeden Staat einzeln, kamen bald darauf in schneller Folge zum Abschluß, und zwar am 13. August mit Württemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Bayern; nur mit dem Großherzogthum Hessen und dem Königreich Sachsen zogen sich die Verhandlungen längere Zeit hin — mit ersterem bis zum 3. September, mit letzterem gar bis zum 23. Oktober — weil hier, wie wir alsbald sehen werden, besonders schwierige Fragen zu erledigen waren.

Mit dem König von Hannover, dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau, deren Länder zur Einverleibung in Preußen bestimmt waren, wurden eigentliche Friedensverhandlungen überhaupt nicht geführt; auch mit der freien Stadt Frankfurt a. M. bedurfte es solcher nicht, da die Einverleibung derselben in Preußen gleichfalls beschlossen war.

Friedensschlüsse zu Prag und Wien. Zwischen Oesterreich und Preußen erfolgte am 23. August der Abschluß des definitiven Friedens zu Prag, durch welchen die früheren Abmachungen in der Hauptsache bestätigt und zugleich die noch unerledigten Nebenfragen, die Kriegsentschädigung u. a. m., geregelt wurden. Der definitive Friedensschluß zwischen Oesterreich und Italien fand am 6. Oktober in Wien statt: die Abtretung Venetiens und die Anerkennung des Königreichs Italien durch Oesterreich waren die Bedingungen desselben.

Beim Beginn der Friedensunterhandlungen mit Preußen hatten Sachsen und sämmtliche süddeutschen Staaten außer Baden, dem Beispiele Oesterreichs folgend, die Vermittelung Napoleon's in Anspruch genommen. Napoleon hatte sich sofort bereit erklärt, aber indem er in Berlin seine Vermittelung anbot, kam er zugleich auf seine eigenen Vergrößerungspläne zurück und ließ, am 6. August, in Anbetracht der für Preußen in Aussicht stehenden ausgedehnten Gebietserwerbungen durch Graf Benedetti eine „Grenzberichtigung“, d. h. die Abtretung der Bayerischen Rheinpfalz und des linksrheinischen Theils des Großherzogthums Hessen, einschließlich Mainz, an Frankreich fordern. Das gleiche Verlangen hatte Napoleon, wie wir wissen, bereits in den ersten Tagen des Juli gestellt; aber die Gründe, welche damals Bismarck bestimmt hatten, jene Forderung nicht grundsätzlich zurückzuweisen, diese Gründe fielen jetzt größtentheils fort. Bismarck erklärte dem französischen Botschafter unumwunden, daß von der Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich ganz und gar nicht die Rede sein könne, und als Benedetti darauf von seiner Ermächtigung Gebrauch machte und mit Krieg drohte, erwiderte ihm der preußische Minister gelassen: „Nun gut, dann ist Krieg.“ Ohne Zweifel rechnete Bismarck darauf, daß Napoleon Angesichts der augenscheinlichen militärischen Unfertigkeit Frankreichs auch jetzt vor dem Aeußersten zurückschrecken werde. Und diese Erwartung erwies sich als zutreffend. Napoleon lenkte schleunigst ein; er mißbilligte die drohende Erklärung seines Botschafters, schob alle Schuld auf seinen Minister des Aeußern, Drouin de l'Huys, und ertheilte diesem, um der preußischen Regierung volle Genugthuung zu geben, alsbald seine Entlassung.

Napoleonische Grenzberichtigungen. Unter solchen Umständen hatte Bismarck keinen Grund, dem friedlichen Einvernehmen, welches — der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — Napoleon zwischen Frankreich und Preußen aufrecht zu erhalten suchte,

seinerseits erschwerende Hindernisse in den Weg zu legen. Napoleon's Annexionsgelüste waren nicht nur in seinem und seiner Anhänger persönlichem Ehrgeiz begründet, sondern wurzelten zum großen Theil in dem Wunsche, die nach dem unglücklichen Ausgange des abenteuerlichen Zuges nach Mexiko täglich erstarkende antibonapartistische Opposition durch glänzende Erfolge auf dem Gebiete der europäischen Politik zu beschwichtigen und niederzuhalten. Er ließ nunmehr statt der französischen Gebietserweiterung auf Kosten Süd- und Westdeutschlands eine solche auf Kosten Belgiens in Vorschlag bringen, und Bismarck zeigte sich wenigstens zu Verhandlungen über diesen Gegenstand bereit. Natürlich dachte er dabei nicht entfernt daran, daß Preußen zur völligen oder theilweisen Einverleibung Belgiens in Frankreich jemals behülflich sein oder dieselbe auch nur gestatten könne. Indem er die bezüglichen Verhandlungen aufnahm und durch allerlei ausweichende Erklärungen absichtlich in die Länge zog, befolgte Bismarck wiederum nur jene Politik klugen Hinhaltens, welche ihm der Begehrlichkeit Napoleon's gegenüber bereits so treffliche Dienste geleistet hatte und in dem vorliegenden Falle noch trefflichere Dienste leisten sollte.

Vorerst machte sich Bismarck die Blöße, welche sich Napoleon durch das Verlangen der Abtretung Rheinbayerns und Rheinhessens an Frankreich gegeben hatte, bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten auf das Ausgiebigste zu Nutze. Indem er die Regierungen derselben einen Einblick thun ließ in das Doppelspiel des Vermittlers, bewog er sie, zugleich mit den Friedensverträgen gegen Frankreich gerichtete Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen abzuschließen.

Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten. Diese Schutz- und Trutzbündnisse wurden vorläufig geheim gehalten, ja Napoleon selbst blieb in der Meinung, durch seine Vermittelung den süddeutschen Staaten nicht nur die Erhaltung ihrer „internationalen unabhängigen Existenz“, sondern auch die anderweitigen günstigen Friedensbedingungen erwirkt zu haben, welche die preußische Regierung nach eigenem freien Ermessen *ihren neuen Bundesgenossen* aufzuerlegen für gut befunden hatte.

Günstig waren diese Bedingungen in der That. Baden und Württemberg hatten nur eine Kriegsentschädigung von sechs resp. acht Millionen Gulden zu zahlen. Bayern zahlte 30 Millionen und verlor einen ganz unbedeutenden, die Aemter Gersfeld, Orb und Kaulsdorf umfassenden Landstrich (etwa 10 Quadratmeilen mit ca. 30,000 Einwohnern). Das Großherzogthum Hessen, welches allein unter den süddeutschen Staaten von dem Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen ausgeschlossen blieb, kam weniger günstig davon: es verlor die Landgrafschaft Hessen-Homburg — etwa 20 Quadratmeilen mit ca. 75,000 Einwohnern — mußte drei Millionen Gulden Kriegsentschädigung zahlen, die dauernde Besetzung der früheren Bundesfestung Mainz durch preußische Truppen gestatten und sich verpflichten, mit seinen nördlich vom Main gelegenen Gebietstheilen in den neu zu begründenden Norddeutschen Bund einzutreten, dessen Zoll- und Verkehrseinrichtungen außerdem auf das ganze Großherzogthum Anwendung finden sollten.

Dem Königreich Sachsen war sein Besitzstand bereits durch den preußisch-österreichischen Präliminarfrieden garantirt; es wurde ihm also nur die Zahlung von 10 Millionen Thalern Kriegsentschädigung und die Verpflichtung zum Eintritt in den Norddeutschen Bund — unter Verzicht auf eigene diplomatische Vertretung im Auslande — auferlegt. Auch das Herzogthum Meiningen und das Fürstenthum Reuß, die allein unter den thüringischen Staaten zu Oesterreich gehalten hatten, schlossen unter der einzigen Bedingung ihres Eintritts in den Norddeutschen Bund ihren Frieden mit Preußen.

Dagegen verharrte die preußische Regierung den Norddeutschen Bundesgenossen Oesterreichs gegenüber mit Festigkeit auf dem einmal gefaßten Entschluß. Wollte Preußen für die Zukunft sich vor einer gleich schwierigen und gefahrvollen Lage bewahren, wie die gewesen war, in der es sich zu Anfang des Krieges befunden hatte, so war es unumgänglich nothwendig, diesen Staaten gegenüber von dem Eroberungsrechte Gebrauch zu machen und

sie Preußen einzuverleiben. Nur dadurch allein ließ sich das früher geübte Unrecht wieder gut machen und Preußens Grenzen eine günstigere Gestalt geben.

Freilich war nicht zu verkennen, daß aus praktischen Gründen die Einverleibung einer weiteren Zahl von deutschen Kleinstaaten, namentlich der thüringischen Ländchen, Braunschweigs und Oldenburgs, im Interesse Preußens und des Norddeutschen Bundes, ja vielleicht im Interesse der betheiligten Staaten selbst, ebenso wünschenswerth gewesen wäre; aber die Mehrzahl dieser Staaten hatten während des Krieges treu zu Preußen gestanden, und der König glaubte ihnen deshalb nicht den Verzicht auf ihre eigenen Dynastien zumuthen zu dürfen, der — gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht — doch immerhin als ein Opfer empfunden worden wäre.

Die preußischen Erwerbungen. Es kamen also an Preußen nur das Königreich Hannover, die schleswig-holsteinischen Herzogthümer, das Kurfürstenthum Hessen, die Landgrafschaft Hessen-Homburg nebst dem Bezirk von Meisenheim, ferner das Herzogthum Nassau, das Gebiet der freien Stadt Frankfurt a. M. und vom Königreich Bayern die Aemter Gersdorf, Kaulsdorf und Orb — Alles in Allem ein Gebiet von 1308 Quadratmeilen mit ca. $4\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, so daß der Umfang des preußischen Staates von 5086 Quadratmeilen mit $19\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, welche er vor dem Kriege umfaßt hatte, auf 6394 Quadratmeilen mit nahezu 24 Millionen Einwohnern stieg.

Es sei noch erwähnt, daß Preußen mit dem alleinigen Besitz der schleswig-holsteinischen Herzogthümer auch den auf Oesterreich entfallenden Antheil ihrer Kriegsschuld vom Jahre 1864 mit übernommen hatte. Bei der Auszahlung der auf 40 Millionen Gulden festgesetzten österreichischen Kriegsentschädigung kam dieser Antheil einschließlich der Kosten für die Verpflegung der bis zum endgiltigen Friedensschluß noch in Oesterreich verbleibenden preußischen Truppen mit 20 Millionen Gulden in Abzug, so daß Oesterreich nur eine baare Kriegsentschädigung von 20 Millionen Gulden zu entrichten hatte.

Die Heerschau auf dem Marchfelde statt des Einzugs in Wien. Die höchste äußere Genugthuung des siegreichen Soldaten, der Einzug in die Hauptstadt des Besiegten, war dem preußischen Heere vorenthalten worden. Nicht nur dem französischen Vermittler zu Liebe, sondern mehr noch aus eigenem freien Entschlusse hatte König Wilhelm darauf verzichtet, dem besiegten Gegner eine Demüthigung zu bereiten, die schwer vergessen worden wäre und die natürliche Verbindung der beiden mitteleuropäischen Staaten und ihrer zum Theil wenigstens stammverwandten Bevölkerungen zu gegenseitigem Schutz und Trutz nach Osten wie nach Westen hin auf lange Zeit unmöglich gemacht hätte. Eine glänzende Heerschau, welche am 30. Juli auf dem althistorischen Boden des Marchfeldes vom König Wilhelm abgehalten wurde, trat an die Stelle des Einzugs in Wien. In warm empfundenen Worten sprach der Monarch bei dieser Gelegenheit den braven Truppen, die sich glanzvoll bewährt und die höchste Tüchtigkeit bewiesen hatten, seine volle und ganze Anerkennung aus: nur der unvergleichlichen Tapferkeit des Heeres und dessen ausgezeichneter Führung habe das Vaterland alle die glänzenden Erfolge des letzten Krieges zu verdanken.

In der That, die militärische Ueberlegenheit des preußischen Heeres und seiner Führer hatte sich im hellsten Lichte gezeigt. Nicht eine Fahne, nicht eine Kanone war auf preußischer Seite im Kampfe verloren gegangen, während die Oesterreicher 486 Kanonen nebst 31 Fahnen und Standarten eingebüßt hatten. Gegenüber dem preußischen Gesammtverlust von 280 Offizieren 5400 Mann an Todten und 560 Offizieren 14,600 Mann an Verwundeten betrug der österreichische Gesammtverlust reichlich das Vierfache, und an Gefangenen hatten die Oesterreicher gar 51,000 Mann verloren, während nur 400 Preußen in österreichische Kriegsgefangenschaft gerathen waren. Aber auch in moralischer Hinsicht, in Bezug auf Haltung und Mannszucht, hatte sich der preußische Soldat dem österreichischen weit überlegen gezeigt. Selbst als nach den ersten Siegen als unheimlicher Gast die Cholera, zahlreiche Opfer fordernd, im Feldlager sich eingestellt hatte, war der

Geist der preußischen Truppen nach wie vor ein vortrefflicher geblieben, und im vollsten Maße hatten sie sich das ehrende Lob verdient, das ihnen Bismarck in einem aus dem Feldlager in die Heimat gerichteten Briefe zutheil werden ließ. „Unsere Leute sind zum Küssen“, schrieb der preußische Minister, „jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen Alle, bezahlen was sie können und essen verschimmeltes Brot; es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das Alles nicht sein.“

Und denselben trefflichen Geist, welcher das preußische Heer beseelte, hatte auch die daheim gebliebene Bevölkerung in reichem Maße bewährt. „Zahlreiche Vereine, unter dem Schutz der Königin gebildet, hatten in opferbereiter Wohlthätigkeit für die im Felde stehenden Brüder gesorgt. Die große Zeit hatte den inneren Zwiespalt ausgeglichen, die politischen Parteien einander genähert und Alle in Dankbarkeit gegen die Armee geeinigt... Evangelische wie katholische Schwestern pflegten die Verwundeten ohne Unterschied der Konfession, gleichviel ob sie Freund oder Feind gewesen waren. Der Johanniterorden setzte seine umfassende Thätigkeit auf dem Schlachtfelde in den Lazarethen fort. Gaben der Liebe strömten von allen Seiten hinzu, nicht nur aus Preußen, sondern aus ganz Norddeutschland, aus Bremen in solcher Fülle, daß der Transport nicht immer zu bewältigen war. Noch nie ist neben der Fürsorge der Regierung aus dem Volke selbst Aehnliches für das Heer geleistet worden, wie in diesem Feldzuge ....“ — Kann man schönere Dankesworte spenden als diese in der amtlichen Darstellung des Generalstabs niedergelegten?!

Umschwung in Preußen. Aber welche Genugthuung auch die errungenen Siege und die begleitenden Umstände nach so vielen bitteren Jahren der Zwietracht dem königlichen Feldherrn gewähren mußten, den herrlichsten Sieg errang doch der jetzt erst voll gewürdigte Monarch im eigenen Lande. Ein völliger Umschwung der Stimmung war eingetreten. Der Erfolg hatte gezeigt, daß der Weg, auf welchem die Regierung im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung die Verwirklichung des gemeinsamen nationalen Zieles erstrebt hatte, der richtige gewesen war, und die große Mehrheit des preußischen Volkes war deshalb gern und freudig bereit, der nationalen Politik des Königs und seiner Rathgeber die so lange versagte Anerkennung zu zollen. Allerdings waren die Mittel und Maßregeln der Regierung im Kampfe gegen die widerstrebende öffentliche Meinung vielfach schroff und gewaltsam gewesen; aber Angesichts der errungenen Erfolge und Angesichts der entgegenkommenden Haltung der Regierung, die selbst den ersten Schritt zur Versöhnung that, wurden jetzt auch jene Schroffheiten und Uebergriffe gern entschuldigt oder vergessen.

Nur ein Bruchtheil der fortschrittlichen Opposition setzte mit doktrinärer Beharrlichkeit den Widerstand gegen die Regierung fort und suchte an ihrem schlechterdings unbestreitbaren Erfolge zu mäkeln: dieser Erfolg sei nur ein halber; die feste Vereinigung der norddeutschen Staaten verliere an Werth, da sie um den Preis der völligen Trennung von den süddeutschen Staaten erkauft sei; nur nach dem fortschrittlichen Programm sei die *wirkliche und völlige* Einigung Deutschlands zu erreichen gewesen. — Es ist kaum nöthig, zu erwähnen, wie sehr die vom Parteigeist beherrschten Männer, die jenes Programm aufstellten, sich täuschten. Die Verwirklichung desjenigen, was in Bezug auf die vollständige Einigung Deutschlands noch zu wünschen übrig blieb, konnte man nach dem Friedensschluß von Prag getrost der Zukunft und Demjenigen überlassen, der nun wirklich das geworden war, was er vorher verkündet hatte — der volksthümlichste Mann in ganz Deutschland — dem Grafen Bismarck.

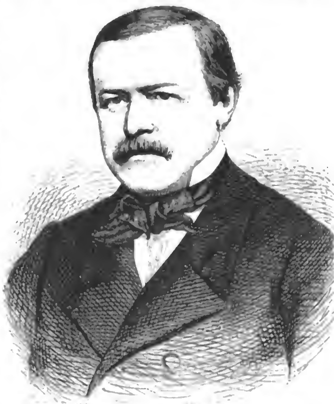
Die Rückkehr des aus dem siegreichen Feldzuge heimkehrenden Königs, welcher mit seinem Gefolge am 4. August in dem festlich geschmückten Berlin eintraf, gestaltete sich unter solchen Umständen zu einem Freudenfest für die ganze Nation. Der glänzende Empfang, die enthusiastische Begrüßung, die ungezählten Adressen und Glückwünsche waren für den Monarchen ein wohlthuendes äußeres Zeichen der Wandlung, welche in der

Stimmung der großen Mehrheit des preußischen Volkes vor sich gegangen war. In der Freude über das Errungene fühlte sich dieses wieder völlig eins mit seinem Herrscher, und auch die wiederholte Erklärung des Königs, daß nur die zwingende Macht der Umstände ihm das Schwert in die Hand gedrückt habe, und daß er in den Besiegten, namentlich in den besiegten süddeutschen Staaten, nicht die Feinde, sondern die zukünftigen Freunde und Bundesgenossen Preußens erblicke — auch diese Erklärung fand lauten und freudigen Wiederhall im preußischen Volke.

Der Landtag von 1866. Der veränderten Stimmung des Volkes entsprach natürlich auch die Haltung der Mehrheit seiner berufenen Vertreter. Das Abgeordnetenhaus war, wie wir wissen, nach einer völlig unfruchtbaren Session am 23. Februar geschlossen worden. Nachdem dann die entscheidende Wendung in der Politik der preußischen Regierung eingetreten, nachdem der Krieg gegen Oesterreich völlig unvermeidlich geworden war, hatte der König nachträglich — am 9. Mai — die Auflösung des Abgeordnetenhauses verfügt und Neuwahlen ausschreiben lassen, um die Stellung des Volkes zu dem nunmehr offen zu Tage liegenden nationalen Programm der Regierung zu erkunden. Unter dem Eindruck der Erklärung, mit welcher die Regierung in den entscheidenden Junitagen zu Frankfurt die Errichtung eines neuen Deutschen Bundes auf freisinniger nationaler Grundlage gefordert hatte, und zugleich unter dem Eindruck der Kunde von den ersten Siegen auf dem Kriegsschauplatz in Böhmen waren am 3. Juli, dem Tage der Entscheidungsschlacht von Königgrätz, die Neuwahlen vollzogen worden, und die Regierung errang wie dort so hier einen großen und glänzenden Sieg: außer einer beträchtlichen Anzahl unbedingter Regierungsanhänger wählte das Volk zu seiner Vertretung vorwiegend solche Männer, welche zwar an allen wesentlichen Forderungen des Liberalismus festzuhalten, zugleich aber auch die nationale auswärtige Politik der Regierung thatkräftig zu unterstützen bereit und entschlossen waren. Zum guten Theil hatten diese Männer bisher in der Opposition gestanden. Die überzeugende Gewalt der Thatsachen hatte sie indessen endlich bekehrt, und sie bekannten sich jetzt offen zu dem nationalen Programm der Regierung, dem Mancher eine stille, gleichsam verschämte Anerkennung schon längst nicht mehr hatte versagen können. Freilich wurden sie deshalb von denjenigen ihrer früheren Parteigenossen, welche nach wie vor in der grundsätzlichen Opposition verharrten, als Abtrünnige und gesinnungsuntüchtige „Erfolganbeter" auf das Heftigste angefeindet, aber in dem Bewußtsein, aus reiner patriotischer Ueberzeugung zu handeln, durften sie sich über diese Anfeindungen mit Ruhe hinwegsetzen. Schon die nächsten Jahre sollten ihnen glänzende Genugthuung bieten.

Das Ansuchen um Indemnität. Die Regierung ihrerseits zeigte, daß sie die veränderte Sachlage richtig zu würdigen verstand. Die durch den Ausfall der Wahlen und durch den dabei errungenen Zuwachs ermuthigte streng konservative und reaktionäre Partei wünschte zwar die Fortsetzung des politischen Kampfes bis zur völligen Niederlage des Liberalismus, und auch einige Mitglieder des Ministeriums — von Mühler, von Selchow, von Itzenplitz — standen dabei auf ihrer Seite. Aber der Einfluß Bismarck's, dem sich auch Graf Eulenburg, von Roon und der seit Juni 1866 an Bodelschwingh's Stelle als Finanzminister wieder eingetretene von der Heydt anschlossen, erwies sich als überwiegend. Im Einverständniß mit dem Ministerium beschloß der König, dem Abgeordnetenhause die Hand zur Versöhnung zu bieten und unter Anerkennung der formellen Verfassungswidrigkeit der budgetlosen Verwaltung der letzten Jahre das Abgeordnetenhaus um die nachträgliche Bewilligung der verausgabten Staatsgelder zu ersuchen. Nach den glänzenden Erfolgen, welche die Regierung im Widerstreit mit der Volksvertretung errungen hatte, war dies ein für die gedeihliche Weiterentwicklung des preußischen Verfassungslebens hoch bedeutsamer Schritt, und seine mittelbare und unmittelbare Wirkung hat nicht zum Wenigsten dazu beigetragen, den nationalen Aufschwung der nächsten Jahre zu fördern und zur schnellen und vollständigen Erreichung seines Zieles zu führen.

In der Thronrede, mit welcher König Wilhelm in Person den am 5. August zusammentretenden Landtag eröffnete, erfolgte die Ankündigung des königlichen Entschlusses. „Ueber die Feststellung des Staatshaushalts-Etats", sagte der König, „hat in den letzten Jahren eine Vereinbarung mit der Landesvertretung nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das in Gemäßheit der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwol den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist das nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Nothwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig ertheilt und damit der bisherige Konflikt um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten gleichmäßig von allen Genossen des Bundes werden getragen werden."



Max von Forckenbeck, Präsident des Abgeordnetenhauses.

Wie hätte Angesichts des im Felde und in der Politik Geleisteten das würdevolle und versöhnliche Auftreten des Königs des entsprechenden Eindrucks im Abgeordnetenhause wie im ganzen Lande entbehren sollen! „Die Hand wird uns zur Versöhnung geboten", sagte Twesten, einer der eifrigsten Vorkämpfer für Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Freiheiten, „es wird uns der Boden der Verfassung gewährt. Wir können den Frieden schließen, darum müssen wir ihn schließen. Wollte das Haus den Versuch machen, von dem äußersten Recht, das ihm die Verfassung gewährt, Gebrauch zu machen, dann würde dieses Recht zusammenbrechen. Die öffentliche Meinung unseres Landes hat sich kundgegeben durch die Stimmung des Heeres, durch die Wahlen, durch das gehobene Gefühl, welches unser Volk erfüllt. Die Hunderttausende unserer Krieger, welche an den heimatlichen Herd zurückkehren, die werden nicht von dem Budgetstreit sprechen, sondern von den Schlachten, die sie gewonnen, und von den Erfolgen, die sie errungen. Auf diese Stimmung und auf diese öffentliche Meinung haben wir Rücksicht zu nehmen."

Wie nicht anders zu erwarten, nahm eine große Majorität — 230 gegen 75 Stimmen — am 3. September das von der Regierung vorgelegte Indemnitätsgesetz an; nur die eben in der Bildung begriffene ultramontane Partei und ihr Anhang einerseits und die extremen

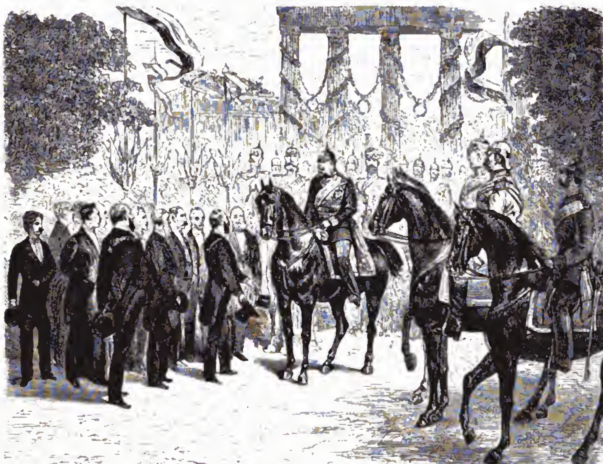
Fortschrittsmänner andererseits versagten ihm die Zustimmung, welche ihm übrigens auch die Anhänger der Reaktion nur widerstrebend ertheilten.

Der Verfassungskonflikt war damit endgiltig beseitigt, beseitigt in einer Form, welche auch für die ferneren Arbeiten und Abstimmungen des Landtages ein erfreuliches Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung vorhersehen ließ. Die bisher gewahrte Einigkeit der liberalen Partei mußte darüber allerdings in die Brüche gehen, denn nach der Abstimmung vom 3. September konnte von einem in allen Hauptfragen gemeinsamen Programm nicht mehr die Rede sein. Am 24. Oktober wurde die unvermeidliche Spaltung denn auch äußerlich vollzogen, indem nahezu die Hälfte der liberalen Abgeordneten unter Führung von Lasker und Twesten zu einer besondern Parteibildung schritt. Die neue Genossenschaft, welche, an allen Hauptforderungen des Liberalismus grundsätzlich festhaltend, das nationale Programm der Regierung zu ihrem eigenen machte, nahm die Bezeichnung „nationalliberale Partei“ an, und ihr schnelles Wachsthum lieferte den deutlichen Beweis, daß ihre Bildung einem von der großen Mehrheit des Volkes gefühlten Bedürfniß entsprach. Daß die Mehrzahl der Anhänger der Fortschrittspartei nicht nur aus Oppositionseifer, sondern aus politischer Ueberzeugungstreue in der Opposition gegen die Regierung verharrte, das bedarf kaum einer Erwähnung; die Hauptvertreter der Parteien hatten sich von vornherein der Erkenntniß nicht verschlossen, daß zum wenigsten für die nächste Zeit einer liberalen Mittelpartei die Führung zufallen müsse, und bereits bei der Präsidentenwahl war deshalb der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, zu Gunsten eines Anhängers der nationalliberalen Richtung, Max von Forckenbeck, freiwillig zurückgetreten.

Die nationalliberale Partei erblickte naturgemäß ihre Aufgabe darin, sich mit allen Denen, welche das nationale Programm der Regierung zu unterstützen und bei der völligen Durchführung desselben mitzuwirken bereit waren, zu einer festen Regierungsmehrheit zu verbinden. Der angestrebte Zweck wurde in dieser ersten Session des neuen Abgeordnetenhauses zwar noch nicht völlig erreicht, aber eine wohlthätige Wandlung, die sich auch in der konservativen Partei durch Ausscheidung der zur Opposition übertretenden reaktionären Elemente allmählich vollzog, ließ die Verwirklichung desselben als bevorstehend erscheinen. Daß in allen entscheidenden Fragen die Regierung auch jetzt bereits eine, wenn auch bisweilen knappe Mehrheit erlangte, dafür sorgte das unabweisbare Bedürfniß einer Verständigung und der Eifer, mit welchem sich einzelne verdienstvolle Mitglieder des Abgeordnetenhauses in schwierigen Fällen für das Zustandekommen des in Angriff genommenen Werkes bemühten. — So wurde — im Wesentlichen nach den Vorlagen der Regierung — das verfassungsmäßige Staatshaushaltsgesetz für das Jahr 1867 rechtzeitig fertig gestellt; nur bei der Berathung des Justizetats, welcher den liberalen Abgeordneten zu erneuten heftigen Angriffen gegen den besonders unbeliebten Justizminister Graf zur Lippe Anlaß gab, traten ernste Schwierigkeiten zu Tage, und auch der Etat der Heeresverwaltung wurde nicht ganz ohne störende Zwischenfälle erledigt. Im Uebrigen ward die Umgestaltung des Heerwesens, welche sich so glänzend bewährt hatte, durch Bewilligung der erforderlichen Kosten als fortlaufende Ausgabe von den Abgeordneten jetzt thatsächlich gut geheißen, eine Anleihe von 60 Millionen Thalern zur Deckung der Kriegskosten und zur Füllung des geleerten Staatsschatzes wurde genehmigt, und durch Bewilligung einer zu angemessenen Dotationen für den Grafen Bismarck und die verdienten Heerführer bestimmten Summe von einer halben Million Thalern dem Könige seitens des Abgeordnetenhauses ein besonderes Zeichen der Dankbarkeit und des Vertrauens gegeben. Die Abgeordneten fügten ihrerseits den Wunsch hinzu, es möchten in erster Linie Graf Bismarck und die Generale von Roon und Moltke, dann Vogel von Falckenstein, Steinmetz und Herwarth von Bittenfeld berücksichtigt werden; der Erstgenannte, weil seine Politik grundbestimmend für die neue, Segen für das engere und weitere Vaterland verheißende Lage gewirkt, der Kriegsminister,

weil er durch sein organisatorisches Talent und seine unermüdliche Thätigkeit die herrlichen Siege vorbereitet, Moltke, weil er dieselben mit herbeigeführt habe.

Auf keinerlei Schwierigkeiten stießen selbstverständlich die Anträge der Regierung, in welchen diese das Abgeordnetenhaus um seine Zustimmung zur Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Kurhessen und Frankfurt am Main in den preußischen Staat anging. Schon in seiner Thronrede hatte König Wilhelm angekündigt, daß man der Neugestaltung Deutschlands auf einer breiteren und festeren Grundlage und damit zugleich der Einverleibung der eroberten, die preußische Monarchie besser zusammenfassenden und abrundenden Nachbargebiete entgegenzusehen habe, „da die genannten Länder, falls man ihre Selbständigkeit bewahren wolle, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierung der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten könnten, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgingen."



Empfang des Königs durch die städtischen Behörden nach dem Böhmischen Feldzuge. Nach H. Lüders.

Die bezüglichen Anträge wurden jetzt vorgelegt, und am 21. September wurde die Einverleibung der genannten Gebiete in den preußischen Staat vom Abgeordnetenhause nahezu einstimmig gutgeheißen. In welchen Formen dieselbe erfolgte, wie dabei die persönlichen Verhältnisse der depossedirten Fürsten geregelt wurden, und welche Unzuträglichkeiten bei dieser Regelung zu Tage traten, das werden wir im nächsten Abschnitte im Zusammenhange mit der Begründung und Befestigung des Norddeutschen Bundes zu betrachten haben. Hier sei nur noch kurz erwähnt, daß am 20. September, dem Tage der Rückkehr der siegreichen Truppen nach Berlin, die Stiftung des Erinnerungskreuzes an den glücklich beendeten Feldzug erfolgte, und daß „als ein Denkmal des Dankes für Sieg und Frieden" die Errichtung eines der größten protestantischen Haupt- und Residenzstadt würdigen Domes in Aussicht genommen wurde. Leider haben mancherlei Hindernisse sich der Ausführung dieses letzteren Planes bis jetzt entgegengestellt.

Einzug der Truppen. Das war ein schöner Tag, der 20. September, an welchem, eingeholt vom Könige, die Truppen durch das Brandenburger Thor in die Stadt eingezogen. Dem König zur Seite ritten die beiden prinzlichen Oberfeldherren, der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, und in seiner unmittelbaren Umgebung befanden sich Graf Bismarck, der Kriegsminister von Roon und der Chef des Generalstabes von Moltke, der Denker und Lenker der Schlachten. Oberbürgermeister Seydel begrüßte Namens der Stadt die heimkehrenden Sieger. „Die Thaten, welche geschehen sind", lauteten die Schlußworte seiner Ansprache, „diese Thaten, werth der alten Tage, werth des Ruhmes unserer Väter, verzeichnet die Geschichte auf ehernen Tafeln zum Gedächtniß für alle Zeiten!"

Und in seiner schlichten Weise antwortete darauf der greise Heldenkönig: „Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Ansprache; was ich gethan, ist wenig gegen das, was die gethan, die mir folgen: das sind die Vollbringer der Thaten, ihnen gebührt der Dank."

Tags zuvor hatte der Monarch in einer Proklamation auf die zahlreichen an ihn gelangten Adressen und Glückwünsche Folgendes erwiedert: „Aus Anlaß des soeben beendeten siegreichen Krieges sind mir von allen Seiten und aus allen Theilen des Landes so zahlreiche und wohlthuende Kundgebungen der Treue, Hingebung und Opferwilligkeit für König und Vaterland zugegangen, daß es meinem Herzen Bedürfniß ist, meinen königlichen Dank öffentlich auszusprechen. Die unzerstörbare Einheit von Fürst und Volk, deren hervorragende Bethätigung den jetzigen wie alle großen Momente unserer ruhmreichen Geschichte kennzeichnet, wird auch in der neuen Epoche, welche mit dem Friedensschlusse eröffnet ist, alle Unterschiede und Gegensätze in der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande und in der Bethätigung des historischen Berufes Preußens in Deutschland versöhnen und nutzbar machen. Und wie ich beim Beginn des Krieges mich mit meinem Volke vor Gott gebeugt, so will ich auch in Verbindung mit ihm den Dank öffentlich bekennen, daß Gott so Großes an uns gethan und unser Thun so sichtbar gesegnet. Gott allein die Ehre!"

Mit einer Angesichts der vorangegangenen großen Ereignisse doppelt erhebenden Erinnerungsfeier schloß das alte und begann das neue Jahr. Am 1. Januar 1867 konnte König Wilhelm den Tag feiern, an welchem er vor sechzig Jahren in das Heer eingetreten war. Bei dem Feste, das aus diesem Anlaß stattfand, brachte der König einen Trinkspruch auf „Volk und Heer" aus. „Mit Ihnen Allen", sprach er zu den versammelten Gästen, „begrüße ich den neuen Zeitabschnitt, der uns von einem Jahr trennt, das in Preußens Geschichte hinfort einen denkwürdigen Platz einnimmt. Das neue Jahr und die ihm folgenden müssen die Früchte der blutigen Saat bringen, die ausgestreut wurde. Alle Kräfte im Vaterlande müssen dazu angespannt werden; dann wird der Segen von Oben nicht fehlen, der uns so über alles Erwarten im abgelaufenen Jahre sichtlich zu Theil ward." — Ja, Großes war in dem kurzen, bewunderungswürdig durchgeführten Kampfe errungen: von jetzt ab war für Deutschland die Freiheit eigenartiger Entwicklung gesichert. Mit der Geschichte des Norddeutschen Bundes beginnt die Geschichte des aus jahrhundertelanger Ohnmacht zu neuer Macht und Herrlichkeit sich emporschwingenden Deutschen Reiches.





Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Zeichnung von H. Lüders.

Der Norddeutsche Bund.

Kaum hatten auf dem Kriegsschauplatze die Waffen zu Gunsten Preußens entschieden, als die Regierung mit Ernst und Eifer die Verwirklichung dessen in die Hand nahm, was sie in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands als ihre Absicht angekündigt hatte. Bereits am 4. August 1866 ging denjenigen norddeutschen Staaten, welche während des Krieges auf Seiten Preußens gestanden hatten, von der preußischen Regierung die Aufforderung zu, sich zum Eintritt in den auf Grund des preußischen Vorschlages vom 14. Juni zu bildenden „Norddeutschen Bund“ bereit zu erklären und bis zur endgiltigen Regelung der verfassungsmäßigen Grundlagen desselben einen vorläufig auf ein Jahr giltigen Bündnißvertrag mit Preußen zu schließen.

Der Vertrag vom 18. August 1866. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, welche erst am 21. August beitraten, hatten die betreffenden Staaten — Weimar, Oldenburg, Anhalt, Braunschweig, Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Lippe-Detmold, Waldeck, Reuß (jüngere Linie), Hamburg, Bremen und Lübeck — bis zum 18. August sämmtlich ihre Zustimmung zu der preußischen Aufforderung erklärt, so daß dieser 18. August 1866 als der Gründungstag des Norddeutschen Bundes gelten kann. Die mit Oesterreich verbündeten norddeutschen Staaten, soweit deren Selbständigkeit erhalten blieb, also Reuß (ältere Linie), Meiningen, Großherzogthum Hessen und Königreich Sachsen, wurden, wie erwähnt, beim Friedensschlusse mit Preußen zum Eintritt in den Norddeutschen Bund verpflichtet, und schon am 15. Dezember konnten die Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten in Berlin zusammentreten, um unter dem Vorsitz des preußischen Ministers über die verfassungsmäßigen Grundlagen des Bundes und zugleich über die Stellung und Befugnisse der einzelnen Glieder innerhalb desselben zu berathen. Ohne wesentliche Beschränkungen kleinstaatlicher Souveränetät war der in der Hauptsache bereits unabänderlich

feststehende preußische Plan selbstverständlich nicht durchzuführen; aber unter dem Eindruck der vorangegangenen großen Ereignisse schienen sich die meisten der betheiligten Regierungen bereitwilliger, als man es nach ihrer bisher beobachteten Haltung hätte erwarten dürfen, in das Unvermeidliche zu finden. Die Ueberzeugung mochte vorherrschend sein, daß die Kleinstaaten und selbst die Mittelstaaten mit dem Verzicht auf freie Verfügung über ihre Heer, auf eigene diplomatische Vertretung im Auslande u. a. m. nichts opferten, was ihnen nicht durch die nationalen und wirthschaftlichen Vortheile der engen Zugehörigkeit mit einem starken und mächtigen Staatswesen mehr als ausreichend ersetzt worden wäre. Die preußische Regierung ließ es sich zudem angelegen sein, das monarchische Selbstbewußtsein der einzelnen Fürsten nach Möglichkeit zu schonen, und die Art und Weise, wie nach dem preußischen Vorschlage in der obersten Bundesbehörde, dem Bundesrath, die Souveränetät der Bundesfürsten als einer Gesammtheit zum Ausdruck gebracht wurde, ging nach der Ansicht der liberalen und nationalen Parteien, und zwar nicht nur derer des preußischen Volkes, viel zu weit. Ein Besuch, welchen der König von Sachsen, der doch anfänglich am schwersten die nothwendige Beschränkung seiner Souveränetätsrechte empfunden hatte, bereits im Dezember 1866 dem preußischen Königshofe abstattete, konnte als ein äußeres Zeichen dafür gelten, daß die Verhandlungen allseitig in der entgegenkommendsten Weise und im versöhnlichsten Geiste geführt wurden. Trotz mancherlei Meinungsverschiedenheiten, welche bei zum Theil so schwierigen und verwickelten Fragen begreiflich und natürlich waren, hatten denn auch die Bevollmächtigten bereits am 7. Februar 1867 den Verfassungsentwurf fertig gestellt; am 9. wurde derselbe von den betheiligten Fürsten einstimmig gutgeheißen, und am 12. wurden unter lebhaftester Theilnahme der Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet die Wahlen zum ersten (konstituirenden) Reichstag des Norddeutschen Bundes vollzogen. Da die Landtage der Einzelstaaten fortan einen wesentlichen Theil ihrer Befugnisse und Rechte an den Reichstag abzutreten hatten, war ihnen die Wahlordnung, nach welcher dieser gewählt werden sollte, natürlich zur verfassungsmäßigen Bestätigung vorgelegt worden. Unter lebhaften patriotischen Kundgebungen zu Gunsten des Einigungswerkes war diese Bestätigung zumeist mit großen Majoritäten, vielfach sogar einstimmig, erfolgt; nur in Bezug auf zwei Punkte, in dem einen mit, in dem andern ohne Erfolg, hatten die liberalen Parteien Einspruch erhoben.

Das Wahlsystem, über welches sich nach dem preußischen Vorschlage die Bundesregierungen geeinigt hatten, war, wie wir wissen, das denkbar freisinnigste, indem es jedem unbescholtenen Bürger, welcher das 25. Lebensjahr überschritten hatte, ohne Unterschied des Ranges und Standes gleiches, direktes Wahlrecht unter geheimer Abstimmung verlieh; die Bundesregierungen und vor Allem Bismarck selbst hatten es deshalb für nöthig erachtet, in die Wahlordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß den Reichstagsabgeordneten keine Diäten oder Tagegelder zu zahlen seien, um dadurch wenigstens die Wählbarkeit auf die wohlhabenderen Klassen zu beschränken. Ferner sollte nach dem Regierungsvorschlage der erste Reichstag nicht nur ein berathender, sondern zugleich ein beschließender sein; die von ihm angenommene und von den Regierungen bestätigte Bundesverfassung sollte also der nachträglichen Genehmigung durch die Landtage der Einzelstaaten nicht mehr bedürfen. Gegen diese beiden Punkte legten die liberalen Parteien der Einzellandtage ihren Widerspruch ein: jene indirekte Beschränkung der Wählbarkeit sei zu verwerfen, weil sie zahlreiche Mitglieder gerade der gebildeten Stände in der freien und vollständigen Ausübung ihrer politischen Rechte beeinträchtige, und andererseits könnten auch die bestehenden Einzellandtage so wesentliche Theile ihrer Rechte und Befugnisse nicht ohne weiteres aufgeben; erst wenn dieselben unverkürzt und in bindender Form dem gemeinsamen Reichstage übertragen seien, dürften die Einzellandtage im Interesse der Gesammtheit darauf verzichten — mit anderen Worten: der erste Reichstag dürfe nur ein berathender sein, und die aus seinen Berathungen hervorgegangene Bundesverfassung

müsse den Landtagen der Einzelstaaten zur Genehmigung und Annahme vorgelegt werden. In dem letzteren Punkte gaben die Bundesregierungen dem Andringen der liberalen Landtagsmajoritäten nach, und indem diese ihrerseits in der Frage der Diätengewährung dem entschiedenen Verlangen der Bundesregierungen sich fügten, kam ein allseitig erwünschtes Einvernehmen zu Stande. Die Reichstags-Wahlordnung wurde, wie erwähnt, meist mit großen Majoritäten und vielfach einstimmig genehmigt, und auf Grund derselben wurden am 12. Februar die Wahlen vollzogen.

Der konstituirende Reichstag des Norddeutschen Bundes. Daß es ein Ereigniß von hoher geschichtlicher Bedeutung war, als am 24. Februar 1867 der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes zu seiner ersten Sitzung in der Bundeshauptstadt zusammentrat, das wurde von allen Vaterlandsfreunden mit freudiger Genugthuung empfunden. Großes war erreicht, Größeres schien der Verwirklichung nahe, und in zündenden Worten brachte die Thronrede, mit welcher König Wilhelm als Bundespräsident den Reichstag eröffnete, das allgemein Empfundene zum Ausdruck.

„Es ist ein erhebender Augenblick“, sagte der König, „in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Walstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. — Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes und unserer Landsleute im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird auch den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend die Hand dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung so weit vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen werden angestrebt werden.

„Zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu zerfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rath der Völker seinen friedlichen Beruf zu erfüllen hat. Ich hege das Vertrauen

zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden!" —



Führer der Freikonservativen und Liberalen.

Herzog W. von Ratibor. Herzog von Ujest.
Graf von Bethusy-Huc. Freiherr Schenck von Stauffenberg (nationalliberal).
Freiherr von Hoverbeck. (Fortschrittspartei.)
Graf Otto von Stolberg-Wernigerode. Fürst Heinrich von Pleß.

Wie hätte diese Ansprache des Königs ihre Wirkung verfehlen, wie hätte sie in den Herzen aller patriotisch und national gesinnten Deutschen diesseit und jenseit des Mains nicht lauten Wiederhall finden sollen! „Niemals", rief einer der Führer der süddeutschen nationalen Partei, „niemals, so weit die deutsche Geschichte reicht, wurden von königlichem Munde solche Worte gesprochen, Worte, welche neben dem Siegesbewußtsein und der Zuversicht des Gelingens ernste Mahnungen und mildes Entgegenkommen verrathen. Es waren die rechten Saiten angeschlagen, um die Freunde zu fesseln, die Spröden zu gewinnen, den Feinden zu imponiren. Gesprochen war das Zauberwort, durch welches die schlummernden Kräfte der Nation geweckt, der vielhundertjährige Bann gelöst und der Tummelplatz unedler Leidenschaften in eine Arena umgewandelt wurde, in welcher nur derjenige Stamm, nur derjenige Held den Siegespreis erringt, welcher dem großen Ganzen sein Sonderinteresse zum Opfer gebracht, in ernster Arbeit dem Kampfe für deutsche Größe und Einheit zum Triumphe verholfen hat. „Im Namen Deutschlands", sprach König Wilhelm und vergaß damit und wollte die Anderen damit vergessen machen, daß der Name „Preußen" hier vorwiege. So ruhmvoll dieser auch ist, so ist er doch, wie der der Anderen, dem Namen „Deutschlands" unterzuordnen. Kein berühmterer, kein klangvollerer, keiner, der eine größere Zukunft für sich hätte!" —

Die Zusammensetzung des Reichstages bürgte dafür, daß die Worte des Königs nicht vergeblich gesprochen waren, daß die gemeinsamen nationalen Interessen nicht durch Parteirücksichten in den Hintergrund gedrängt wurden.

Die Parteien. Die extremen Parteien, d. h. die Altkonservativen einerseits und der entschiedene Fortschritt andererseits, waren nur mit kleinen Minoritäten im Reichstage vertreten.



Führer der Nationalliberalen.

W. Wehrenpfennig. Eduard Lasker. Heinrich von Treitschke. Johannes Miquel.
Franz von Roggenbach (deutsche Reichsp.) Dr. Karl Braun. Dr. Rudolf Gneist. Ludwig Bamberger.

Weit mehr fiel als Opposition die sogenannte „bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung“ ins Gewicht, zu welcher sich die Konservativen oder vielmehr die Partikularisten Sachsens und der anderen Bundesländer mit den preußenfeindlichen Elementen der im Jahre 1866 annektirten preußischen Provinzen zusammenenthaten; nur die schleswig-holsteinischen Anhänger der augustenburgischen Dynastie gingen zumeist in das Lager der Fortschrittspartei über. Da die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung zunächst auch die in der Bildung begriffene klerikale (ultramontane) Partei unter ihren Führern Windthorst und von Mallinkrodt in sich aufnahm, so vermochte sie bei entscheidenden Abstimmungen über eine immerhin nicht unbeträchtliche Anzahl von Stimmen zu verfügen. Aber die gesammte aus den Altkonservativen, den Fortschrittlern und den Mitgliedern der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung zusammengesetzte Opposition, zu der als ganz unversöhnliche Elemente noch eine Anzahl Polen, zwei Dänen aus Nordschleswig und endlich die mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts zum ersten Male zu parlamentarischer Vertretung gelangten Sozialdemokraten gehörten, blieb doch der von den Nationalliberalen und den Freikonservativen gebildeten Regierungspartei gegenüber in allen entscheidenden Fragen in der Minderheit. Die Ziele, welche die verschiedenen Oppositionsparteien

verfolgten, waren eben allzu verschieden, als daß ein gemeinsames, geschlossenes Vorgehen Aller möglich gewesen wäre.

Während die Polen, die Dänen und die Sozialdemokraten fast zu allen Vorlagen der Regierung sich grundsätzlich verneinend verhielten, waren die Bestrebungen der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung hauptsächlich darauf gerichtet, das natürliche Uebergewicht Preußens innerhalb des Norddeutschen Bundes nach Möglichkeit zu beschränken, den Einfluß der kleinen Bundesstaaten zu stärken und deshalb dem Bundesrath, in welchem dieser Einfluß am stärksten zur Geltung kam, möglichst ausgedehnte Befugnisse zu erhalten. Gerade das Gegentheil suchten, freilich in ganz verschiedener Richtung, die preußischen Altkonservativen einerseits und die Fortschrittspartei andererseits zu erreichen. Die Befugnisse des Bundesraths wollten beide beschränkt wissen, aber die preußischen Altkonservativen wollten es zu Gunsten der preußischen Krone, die Fortschrittspartei dagegen zu Gunsten der parlamentarischen Institutionen des Bundes. Die Ersteren legten das Hauptgewicht auf die Erhaltung des absolut maßgebenden Einflusses der preußischen Präsidialmacht, die Letzteren verlangten für den auf festester nationaler Grundlage zu errichtenden Bund vor Allem eine möglichst freisinnige Verfassung mit ausgedehnten Rechten und Befugnissen für die Volksvertretung und eine im Wesentlichen parlamentarische Regierung nach belgischem oder englischem Zuschnitt.

Solche trennende Gegensätze, wie sie zwischen den einzelnen Parteibestandtheilen der Opposition obwalteten, waren zwischen den beiden Gruppen der Regierungspartei, den Freikonservativen und den Nationalliberalen, nicht vorhanden. Mochten auch über das wünschenswerthe Maß der dem Volke und seiner Vertretung zu gewährenden Rechte und Freiheiten die Ansichten beider beträchtlich auseinander gehen, so waren sie doch einig in der Ueberzeugung, daß es die nächste und dringendste Aufgabe des Reichstages sei, das bisher Erreichte zu sichern, das Band der nationalen Einheit so fest als irgend möglich zu schlingen, auf die schnelle und vollständige Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens energisch und zielbewußt hinzuarbeiten und zu diesem Zwecke das Regierungsprogramm, das doch auf dasselbe hinausging, thatkräftig und nöthigenfalls mit Hintansetzung selbst wesentlicher Partei-Interessen zu unterstützen.

Die nationalliberale Partei hatte sich, wie wir wissen, im Oktober 1866 unter Führung von Twesten, Forckenbeck, Lasker u. A. aus früheren Mitgliedern der Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses gebildet. Die Zahl ihrer Anhänger war seitdem mit außerordentlicher Schnelligkeit gewachsen, und da nicht nur in den altpreußischen Landestheilen, sondern auch in den annektirten Provinzen und in den nicht-preußischen Bundesländern die große Mehrheit der liberalen Bevölkerung und hervorragende Politiker wie Bennigsen, Miquel, Oetker, Karl Braun u. A. sich ihr anschlossen, so erlangte die Partei in dem ersten Norddeutschen Reichstage ein Uebergewicht, das durch zeitweiliges Zusammengehen mit den Freikonservativen zu einem völlig entscheidenden wurde.

Die Hauptvertreter der freikonservativen Partei, zu welcher sich im Gegensatz zu dem meist feudal gesinnten Kleinadel hauptsächlich die Mitglieder der preußischen Aristokratie, die Herzöge von Ratibor und von Ujest, Fürst Pleß, Graf Bethusy-Huc, Graf von Stolberg-Wernigerode, der Hannoveraner Graf Münster u. A. zusammenthaten, hatten sich bereits im Jahre 1865 geeinigt; doch hatten erst die Ereignisse von 1866 zur Trennung von der preußisch-partikularistischen altkonservativen Partei geführt.

E. Simson, erster Präsident. Dem Stärkeverhältniß der Parteien entsprechend wurde ein bewährter Vorkämpfer des gemäßigten Liberalismus und der deutschen Einheitsidee, Ed. Simson, als Präsident, der freikonservative Herzog von Ujest als erster und der nationalliberale Rud. v. Bennigsen als zweiter Vizepräsident des Reichstages gewählt. Ihrer trefflichen Leitung und ihrem wohlthätigen Einfluß auf die beiden maßgebenden Parteien war es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß der konstituirende Reichstag so

rasch und ohne wesentliche Störungen seine Aufgabe löste und das Werk der Verfassung für den Norddeutschen Bund zu Stande brachte. Die Berathung des von Bismarck am 4. März dem Reichstage vorgelegten Verfassungsentwurfes war mit der Schlußabstimmung vom 15. April beendet, und bereits am 17. April wurde die aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangene Verfassung von den Bundesregierungen bestätigt.

Die Abweichungen dieser Verfassung von dem ursprünglichen Entwurfe waren zwar ziemlich zahlreich, aber sie betrafen zumeist nur nebensächliche Punkte; in allen Hauptfragen trug die Festigkeit, mit welcher Bismarck Namens der Regierungen für die ursprünglichen Bestimmungen eintrat, den Sieg davon über die abweichenden Wünsche und Bestrebungen der verschiedenen Parteien.



Graf von Bismarck im konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes (4. März 1867).
Zeichnung von H. Lüders.

Meist wurde dabei der Minister von den Nationalliberalen bereitwillig unterstützt. Der Antrag der Fortschrittspartei auf Feststellung einer Reihe von Grundrechten durch die Verfassung und der Antrag der Konservativen auf Errichtung eines zwischen Bundesregierung und Reichstag stehenden Oberhauses wurde mit ihrer Hülfe verworfen. Dagegen glaubte in einigen wichtigen Fragen auch die nationalliberale Partei wenigstens den Versuch machen zu müssen, eine Aenderung des ursprünglichen Verfassungsentwurfs in ihrem Sinne durchzusetzen. So unterstützte sie die von der Fortschrittspartei erhobene Forderung der Diätengewährung an die Reichstagsabgeordneten, so forderte sie ein dem Reichstage verantwortliches Bundesministerium oder eine dem gleichen Zweck entsprechende anderweitige Einrichtung, und so suchte sie endlich auch in Bezug auf das Bundesheerwesen, die Festsetzung der jeweiligen Heeresstärke ꝛc. dem Reichstage ein verfassungsmäßiges Mitbestimmungsrecht zu sichern. In Bezug auf das Heerwesen enthielt nämlich der ursprüngliche

Verfassungsentwurf eine Bestimmung, nach welcher die Friedensstärke des Bundesheeres ein für allemale auf ein Prozent der Bevölkerungszahl und die dafür aufzubringenden Kosten auf 225 Thaler für den Mann festgesetzt werden sollten. Dagegen wollten die liberalen Parteien, um nicht dem Reichstag in dieser wichtigen Frage für alle Zeit die Hände zu binden, die geforderte Heeresstärke und den Etat derselben nur für einige Jahre — bis 1871 — fest bewilligen, und sie bestanden so entschieden auf ihrem Verlangen, daß Bismarck schließlich nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt wenigstens die Nationalliberalen zu einem Kompromiß zu bewegen vermochte, durch welchen sachlich die Regierungsforderungen vollständig aufrecht erhalten und eigentlich nur in der Form den Wünschen der Liberalen einige Zugeständnisse gemacht wurden. Auch in den beiden anderen Punkten fügte sich schließlich die nationalliberale Partei dem Verlangen der verbündeten Regierungen, in deren Namen Graf Bismarck die Errichtung eines dem Reichstage verantwortlichen Bundesministeriums und die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten als völlig unannehmbare Forderungen bezeichnete.

Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes. So ließ die Verfassung, wie sie aus den Berathungen des konstituirenden Reichstages hervorging und am 17. April von den Bundesregierungen genehmigt wurde, allerdings manchen Wunsch selbst des gemäßigtsten Liberalismus unerfüllt. Aber die Verhandlungen des Reichstages hatten andererseits gezeigt, daß die gemeinsame Bundesregierung bei der Befestigung und dem weiteren Ausbau der Bundesinstitutionen sich, vorerst wenigstens, vorwiegend auf die liberalen Parteien stützen mußte; denn nur diese und die ihnen nahe stehende freikonservative Partei konnten als die eigentlichen Träger des nationalen Gedankens gelten und erstrebten aufrichtig die volle und ganze Verwirklichung desselben, während die preußischen Altkonservativen und die bundesstaatlich-konstitutionelle Partei die vollzogene Einigung als solche zwar anerkannten, aber innerhalb derselben dem einzelstaatlichen Partikularismus einen möglichst weiten Spielraum zu erhalten bemüht waren.

Nun gab freilich Graf Bismarck diesen partikularistischen Bestrebungen anfänglich sehr viel weiter nach, als es namentlich den Nationalliberalen wünschenswerth und angemessen erschien; aber der Minister handelte dabei eben als praktischer Politiker, ohne sich im Voraus nach irgend einer Seite hin an ein festes Programm zu binden. In dem Streben nach dem Wünschenswerthen hielt er die Grenzen des augenblicklich Erreichbaren sorgfältig inne. Die Nothwendigkeit, gewisse Souveränetätsrechte an die gemeinsame Bundesregierung abzutreten, war zwar von den einzelstaatlichen Regierungen zumeist rückhaltlos anerkannt worden, aber diese Abtretungen wurden doch immerhin als ein im Interesse des großen Ganzen darzubringendes Opfer empfunden, und Graf Bismarck als Vertreter der Vormacht des neuen Bundes ließ es sich deshalb angelegen sein, das Maß und den Umfang dieser Abtretungen auf das unbedingt Nothwendige zu beschränken. Die Einzelregierungen sollten womöglich zu keinerlei Zugeständnissen genöthigt werden, die sie nicht schließlich selbst als unumgänglich anerkennen mußten; die preußische Regierung wünschte selbst den Schein eines den kleineren norddeutschen Staaten angethanen Zwanges zu vermeiden, um den süddeutschen Staaten, deren Eintritt in den Nordbund ja doch nur noch eine Frage der Zeit sein konnte, den entscheidenden Schritt nach Möglichkeit zu erleichtern. „Die Süddeutschen scheuen sich vor dem Anschluß an den Norden“, sagte Bismarck später einmal im Norddeutschen Reichstage, „weil wir Norddeutsche ihnen zu liberal und zu national, mit einem Worte zu nationalliberal sind.“

In diesem Ausspruch des Ministers war auch zugleich der zweite Grund enthalten, welcher ihn dazu bestimmte, sich nicht ausschließlich auf die nationalliberale Partei zu stützen, sondern stets auch mit den Konservativen noch einigermaßen Fühlung zu behalten. Einen jähen Bruch mit derjenigen Partei herbeizuführen, welcher er selbst so lange angehört hatte und seiner innern Ueberzeugung nach zu einem guten Theile auch jetzt noch angehörte, das mußte ihm ohnehin einigermaßen widerstreben, und manche Anzeichen sprachen

dafür, daß auch der König das konservative Ministerium, das ihm in der schweren Zeit des Konflikts zur Seite gestanden, nur ungern hätte fallen lassen. Außerdem lag, um im Sinne der Regierung zu sprechen, die Befürchtung nahe, daß die nationalliberale Partei ihre uneingeschränkte Unterstützung der nationalen Politik Bismarck's schließlich an die Bedingung weitgehender liberaler Zugeständnisse knüpfen könnte, die Bismarck selbst und die Regierung, welcher er vorstand, für das Wohl und Gedeihen des preußischen Staates und des Norddeutschen Bundes nicht für förderlich hielt. In dieser Beziehung bildete der wenn auch gelockerte, so doch immerhin noch fortbestehende Zusammenhang zwischen der Regierung und den konservativen Parteien gewissermaßen ein Gegengewicht, das im geeigneten Augenblicke mit in die Wagschale fallen konnte. Da indessen die nationalliberale Partei unter dem vermittelnden Einfluß ihrer Führer sich vorerst bereit zeigte, ihr liberales Programm hinter dem nationalen zurücktreten zu lassen, so war damit der Vorbedingung für ein Zusammenwirken dieser Partei mit der Regierung resp. dem leitenden Minister, genügt; beide Theile durften trotz mancher unerfüllt gebliebenen Wünsche mit der ersten Frucht ihres Zusammenwirkens, der Verfassung für den Norddeutschen Bund, wol zufrieden sein.

Diese Bundesverfassung, welche eine überwältigende Mehrheit des konstituirenden Reichstages am 16. April zur Annahme erhob, stellte sich gewissermaßen als ein Kompromiß, aber als ein gesunder und lebenskräftiger Kompromiß dar, indem sie trotz des Uebergewichtes, welches der preußischen Vormacht naturgemäß eingeräumt worden war, den Bundesstandpunkt doch voll zur Geltung brachte und insofern sowol dem monarchischen Bewußtsein der einzelnen Bundesfürsten als auch den unstreitig berechtigten Wünschen und Forderungen ihrer vorwiegend liberalen Staatsangehörigen Rechnung trug.

Die Bundesverfassung und der in 14 Hauptabschnitte und 71 Artikel geordnete Inhalt derselben läßt sich in Folgendem kurz zusammenfassen: Die zu dem früheren Deutschen Bunde gehörigen Staaten, mit Ausschluß von Oesterreich, Luxemburg und Limburg und mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen schließen einen neuen, unauflöslichen, völkerrechtlichen Bund, an dessen Spitze als erblicher Präsident der König von Preußen tritt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden sowie der unbeschränkte Oberbefehl über die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht auszuhebende und nach preußischem Muster einheitlich zu organisirende Kriegsmacht wie über die Kriegsflotte des Bundes wird dem Bundespräsidenten übertragen, der auch die diplomatischen Vertreter des Bundes im Auslande allein zu ernennen hat; eine besondere diplomatische Vertretung der Einzelstaaten ist ausgeschlossen. In Gesetzgebung und Verwaltung steht dem Bundespräsidenten die ausübende Gewalt zu; ein Bundeskanzler — als welcher von vornherein Graf Bismarck in Aussicht genommen war — steht ihm als Rathgeber und als einziger allerdings auch nur moralisch verantwortlicher Vertreter seiner Regierungshandlungen zur Seite. Die Gesetzgebung selbst wird vom Bundesrathe und vom Reichstage ausgeübt. Im Bundesrath verfügt Preußen über 17, Sachsen über 4, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig über je 2 und die übrigen 18 Staaten und freien Städte des Bundes über je 1 Stimme. Die Beschlüsse des Bundesrathes werden mit einfacher Majorität seiner 43 Stimmen gefaßt; die Möglichkeit, daß Preußen überstimmt wird, ist also nur in Verfassungsfragen ausgeschlossen, bei welchen Zweidrittelmehrheit entscheidet. Die laufenden Geschäfte nimmt der Bundesrath durch fünf resp. sieben ständige Ausschüsse wahr, welche gewissermaßen — jedoch ohne jegliche Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber — die Stelle eines Bundesministeriums vertreten. Die Mitglieder der Ausschüsse für Kriegswesen und Flotte ernennt der Bundespräsident selbst, die Mitglieder der übrigen Ausschüsse — für Zoll- und Steuerwesen, Justiz, Handel, Verkehrs- und Rechnungswesen — werden vom Bundesrath gewählt, doch muß in jedem Ausschuß mindestens ein Vertreter der Präsidialmacht sitzen. Jeder Bundesregierung steht das Recht der Initiative in der Gesetzgebung zu, ihre Vertreter im Bundesrath haben dem Reichstage gegenüber die Befugnisse von Ministern.

Der Reichstag geht aus allgemeinen direkten Volkswahlen unter geheimer Abstimmung hervor. Er entscheidet in öffentlicher Sitzung mit einfacher Stimmenmehrheit über die Vorlagen des Bundesrathes und über die von den Abgeordneten selbst zu stellenden Anträge; seine Mitglieder, je eins auf durchschnittlich 70,000 Seelen der Bevölkerung, genießen die üblichen Vorrechte und Privilegien. Seine Legislaturperioden sind dreijährig, seine Sitzungen jährlich; seine Einberufung, Eröffnung und Vertagung verfügt der Bundespräsident, zu seiner Auflösung ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich. Petitionen aus dem Volke anzunehmen und zu berathen ist der Reichstag wie der Bundesrath befugt. Die Einnahmen des Bundes bestehen in den Einkünften aus den von Bundeswegen zu erhebenden Zöllen und (indirekten) Steuern und aus den Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung; wo diese nicht ausreichen, werden sie durch Matrikularbeiträge ergänzt, welche die einzelnen Bundesstaaten nach Verhältniß der Kopfzahl ihre Bevölkerung zu leisten haben. Die gemeinsame Bundesgesetzgebung erstreckt sich im Wesentlichen nur auf die bereits oben genannten Gebiete, für welche je ein ständiger Bundesrathsausschuß eingesetzt wird: Heer und Flotte, Justiz, Handel, Zoll und Steuer, Verkehrseinrichtungen und Rechnungswesen; alles Uebrige bleibt den Regierungen und Landtagen der Einzelstaaten vorbehalten. Endlich (§ 71): Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung durch besondere dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt.

Dies die Grundzüge der Verfassung, deren wesentliche Bestimmungen, wie hier vorweg bemerkt werden möge, auch in die Verfassung des neuen Deutschen Reiches übergegangen sind. Nachdem dieselbe am 17. Februar von den verbündeten Regierungen endgiltig angenommen war, wurde noch am selben Tage der konstituirende Reichstag mit einer Thronrede geschlossen, in welcher König Wilhelm als Oberhaupt des Bundes mit freudiger Genugthuung bestätigte, daß die Versammlung mit patriotischem Geiste die Größe ihrer Aufgabe erfaßt habe. „Darum ist es uns gelungen", sagte der König, „auf sicherem Grunde ein Verfassungswerk aufzurichten, dessen weitere Entwicklung wir mit Zuversicht der Zukunft überlassen können. — Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist. Das nationale Selbstbewußtsein, welches im Reichstage zu erhebendem Ausdruck gelangt ist, hat in allen Gauen des deutschen Vaterlandes kräftigen Wiederhall gefunden. Nicht minder aber ist ganz Deutschland in seinen Regierungen und in seinem Volke darüber einig, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor Allem in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens ihre Bedeutung zu bewähren hat."

Die Anerkennung des fertigen Verfassungswerkes durch die Landtage der Einzelstaaten stieß, wie zu erwarten, nirgends auf ernstliche Schwierigkeiten. Dem Beispiele der sächsischen Kammern folgend, die bereits am 3. und 4. Mai die Bundesverfassung fast einstimmig genehmigten, beeilten sich auch die übrigen Volksvertretungen ein Gleiches zu thun, und überall wurde mit überwältigender Majorität oder gar mit Einstimmigkeit die Genehmigung ertheilt. Nur im Fürstenthum Waldeck lehnte der Landtag die Bundesverfassung ab, weil die mit Steuern schwer überbürdete Bevölkerung die Uebertragung der gesammten Verwaltung des kleinen Ländchens an Preußen wünschte, und durch einen Vertrag, welchen der Fürst von Waldeck mit der preußischen Regierung schloß, wurde diesem Verlangen gewillfahrt. Sonst wurde ernstlicherer Widerspruch gegen die Bundesverfassung nur in der Volksvertretung eines Staates laut, und zwar gerade des leitenden, nämlich Preußens. Hier hielt die Fortschrittspartei an ihren bekannten Forderungen — verantwortliches Bundesministerium, anderweitige Regelung des Heerwesens, Diäten für die Reichstagsabgeordneten und Aehnliches mehr — mit Hartnäckigkeit fest, und da aus anderen Gründen auch die Mitglieder anderer Parteien sich der Opposition anschlossen, so stimmte bei der entscheidenden Abstimmung am 31. Mai eine Minderheit von 91 Abgeordneten

gegen die Anerkennung der Bundesverfassung, die indessen gleichwol von einer Mehrheit von 226 im Abgeordnetenhause und vom Herrenhause Tags darauf sogar einstimmig zur Annahme erhoben wurde. Damit waren alle Vorbedingungen für die gesetzliche Giltigkeit der Bundesverfassung erfüllt. Am 1. Juli 1867 trat dieselbe in Kraft, und nachdem bereits am 15. August der Bundesrath zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war, wurden am 31. August die Wahlen zum ersten ordentlichen Norddeutschen Reichstage vollzogen und derselbe auf den 10. September nach der Bundeshauptstadt berufen.

Verwaltung des Heerwesens sowie der Post- und Verkehrseinrichtungen durch Preußen. Die Bundesverfassung hatte inzwischen durch besondere Verträge, welche die meisten kleinstaatlichen Regierungen mit Preußen geschlossen, noch gewissermaßen eine Erweiterung erfahren. Nur Sachsen hatte sich die Vereinigung seiner Truppen zu einem besondern sächsischen Armeecorps vorbehalten; die meisten übrigen Bundesstaaten übertrugen außer dem verfassungsmäßigen Oberbefehl über ihre Truppen auch die gesammte innere Verwaltung ihres Heerwesens dem preußischen Staate, und auch in Bezug auf die innere Verwaltung der Verkehrseinrichtungen, Post und Telegraphie, that die Mehrzahl der Bundesstaaten zum eigenen und zu des großen Ganzen Vortheil das Gleiche.

Ehe wir nun die fernere Entwicklung des Norddeutschen Bundes im Einzelnen weiter verfolgen, müssen wir einen Augenblick, besonders mit Rücksicht auf die nach dem Kriege mit Preußen vereinigten Landestheile, der inneren Geschichte Preußens unsere Aufmerksamkeit zuwenden. — Daß gleichzeitig mit der Einverleibung einer Anzahl norddeutscher Territorien in Preußen die Begründung des Norddeutschen Bundes erfolgte, das war für die Stellung dieser Landestheile innerhalb des preußischen Staates von hoher Bedeutung und übte auf die schnellere Versöhnung der anfänglich meist recht schroffen Gegensätze einen wohlthätigen Einfluß aus.

Die annektirten Länder. Ungleich leichter und schneller gewöhnten sich die Bewohner der annektirten Provinzen in die fremden Verhältnisse hinein, weil sie als Glieder des preußischen Staates zugleich Glieder des Norddeutschen Bundes wurden, weil sie ihre Vertreter nicht nur als Preußen in den preußischen Landtag, sondern auch als Norddeutsche in den norddeutschen Reichstag entsenden konnten. Zudem ließ König Wilhelm kaum eine Gelegenheit vorübergehen, den Bevölkerungen der neuen Provinzen sein persönliches Wohlwollen zu bezeigen. Der Stadt Frankfurt, deren Bewohner sich anfänglich gar nicht in ihre neue Lage finden wollten, wurde die Zahlung der ihr auferlegten Kriegskontribution vollständig erlassen, ja der König fügte den zwei Millionen, welche die Regierung als Entschädigung für die abzutretenden öffentlichen Gebäude und dergl. bewilligte, aus eigenen Mitteln noch eine dritte hinzu. Den Deputationen, welche aus Kurhessen, aus Nassau, aus Hannover in Berlin eintrafen, um die Zurückführung der abgesetzten Dynastien zu erbitten, trat der König in freundlichster Weise entgegen. Was unter dem Gebot einer ihm selbst schmerzlichen Nothwendigkeit geschehen sei, erklärte er den Abgesandten, das sei allerdings unabänderlich; aber er würde seine neuen Unterthanen weniger achten, wenn sie nicht diesen Versuch zur Erhaltung ihrer angestammten Herrscherhäuser bei ihm gemacht hätten.

Auch die preußische Regierung, die bei der festen Einfügung der neuen Landestheile in den preußischen Staatsorganismus mit Takt und staatsmännischer Klugheit zu Werke ging, ließ es sich angelegen sein, die vorhandene Mißstimmung nicht gewaltsam zu unterdrücken, sondern durch möglichstes Entgegenkommen allmählich zu beschwichtigen und durch geeignete Mittel die bestehende Abneigung gegen Preußen allmählich in Vertrauen zu verwandeln. Indem sie sich dabei vorwiegend oder fast ausschließlich auf die liberalen und deutsch-nationalen Parteien stützte, vermochte sie wenigstens in Kurhessen und Nassau, wo diese Parteien zahlreiche Anhänger zählten und wo die Mißwirthschaft der letzten Regenten die Anhänglichkeit der Bevölkerung an die heimischen Dynastien ohnehin stark erschüttert hatte, diesen Umwandlungsprozeß in verhältnißmäßig kurzer Zeit nahezu vollständig durchzuführen.

Etwas schwieriger stellte sich die Sache in Frankfurt, wo ein starr in sich abgeschlossenes geldstolzes Patriziat und eine großdeutsch-demokratische Volkspartei das deutsch-nationale Bewußtsein nur schwer und langsam aufkommen ließen; auch in Hannover, wo der welfisch gesinnte Adel und Beamtenstand im Bunde mit der orthodoxen Geistlichkeit mit allen Mitteln der Agitation das Volk in seiner Abneigung gegen Preußen festzuhalten suchte, wurde dem zum Landesdirektor ernannten Führer der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen, das Werk der Versöhnung vielfach erschwert. Indessen machte dasselbe auch hier in wenigen Jahren immerhin recht erfreuliche Fortschritte, und als gute Preußen und Deutsche haben, wie wir sehen werden, auch Hannoveraner und Frankfurter bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches in den Jahren 1870 und 1871 wacker mitgewirkt.

Nach kurzem Schwanken hatte Graf Bismarck seinen ursprünglichen Plan aufgegeben, eine vollständig neue Provinzialeintheilung der westlichen Hälfte der Monarchie und zugleich die Schaffung einer Provinz Niedersachsen, Rheinfranken, Thüringen u. s. w. beim König zu beantragen. Die annektirten Landestheile wurden als besondere Provinzen in ihrer alten Zusammengehörigkeit belassen und außerdem durch Gewährung eines ausgedehnten Maßes von Selbstverwaltung ihren „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ Rechnung getragen.


Rudolf von Bennigsen.

Einführung der preußischen Verfassung in den neuen Landestheilen. Die Provinzialfonds. Für das erste Jahr hatte die preußische Regierung in Bezug auf die neuen Provinzen aus naheliegenden Gründen das Recht der unbeschränkten Diktatur gefordert und vom Landtage bewilligt erhalten, und bei der Ausübung dieser Diktatur waren mancherlei Härten und Unzuträglichkeiten selbst beim besten Willen der betheiligten Behörden nicht zu vermeiden gewesen. Am 1. Oktober 1867 wurde aber die preußische Verfassung auch auf die neuen Landestheile ausgedehnt und bald darauf die provinziale Selbstverwaltung daselbst eingeführt. Um diese Selbstverwaltung auch in finanzieller Hinsicht auf eine sichere Grundlage zu stellen, wurden den neuen Provinzen aus staatlichen Mitteln bedeutende Fonds zu freier Verfügung überwiesen. Die Bewilligung dieser Summen, welche Bismarck beim Landtage beantragte, stieß allerdings auf heftigen Widerspruch von Seiten der altpreußischen Konservativen, welche darin eine ungerechtfertigte Bevorzugung der neuen Provinzen vor den alten erblickten; da Bismarck jedoch die Gewährung gleicher Fonds auch für die alten Provinzen und damit, sehr zum Verdruß der feudalkonservativen Partei, die Einführung einer zeitgemäßen Selbstverwaltung auch in diesen in Aussicht stellte, so wurde sein Antrag von den Nationalliberalen bereitwillig unterstützt und von einer allerdings nur kleinen Majorität zur Annahme erhoben. Die Hoffnungen, welche die Regierung und die Mehrheit des Landtages an die Durchführung dieser letzteren Maßregeln knüpften, gingen denn auch zum allergrößten Theil in Erfüllung.

Die Souveräne der annektirten Provinzen. Schwieriger als die Bevölkerungen der annektirten Landestheile mit der neuen Lage der Dinge auszusöhnen, war es, die früheren Souveräne derselben zum Verzicht auf ihre Thronrechte zu bringen. Hauptsächlich auf den Wunsch König Wilhelm's wurden denselben für den geforderten förmlichen Verzicht außerordentlich günstige Bedingungen gestellt. Der Vertrag, welchen auf Grund dieser Bedingungen der Kurfürst von Hessen schon am 17. September 1866 mit der preußischen Regierung geschlossen, sicherte demselben den vollen Betrag seiner bisherigen Einkünfte; Herzog Adolf von Nassau, welcher am 22. September 1867 Verzicht leistete, blieb im Besitze eines Theiles seiner Schlösser und wurde mit einer Summe von fünfzehn Millionen Gulden entschädigt, und König Georg V. von Hannover erlangte durch Vertrag vom 29. September 1867, sogar ohne förmlichen Verzicht auf die Krone ausgesprochen zu haben, die Zusicherung, daß ihm die Zinsen eines Kapitals von 16 Millionen Thalern gezahlt werden sollten. Der preußische Landtag, der diese Verträge zu genehmigen hatte, fand denn auch die gewährten Entschädigungen viel zu hoch, und es bedurfte wiederum einer Rücktrittsdrohung Bismarck's, um eine Majorität für die Bewilligung derselben zu Stande zu bringen. Aber trotzdem trat von den drei Verträgen nur der mit dem Herzog Adolf von Nassau geschlossene wirklich in Kraft.


Otto Camphausen.

Haltung des Königs Georg von Hannover und des Kurfürsten von Hessen. Entgegen den übernommenen Verpflichtungen unterstützte nämlich der König von Hannover offen und ungescheut diejenigen Bestrebungen und Agitationen seiner Anhänger, welche darauf gerichtet waren, im geeigneten Augenblicke gewaltsam und selbst mit französischer Hülfe den Welfenthron wieder aufzurichten. Mit den Geldmitteln, welche ihm in reichlichem Maße zu Gebote standen, wurde nicht nur in Hannover selbst die preußenfeindliche Agitation geschürt, sondern sogar auf französischem Boden, in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze, eine „Welfenlegion“ unterhalten, um bei dem nächsten Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, dessen Ausbruch der König durch die Aufreizungen einer bezahlten französischen Presse zu beschleunigen suchte, an der Seite des Erbfeindes gegen die deutschen Stammesbrüder zu kämpfen. Da gütliche Vorstellungen von Seiten des Königs Wilhelm und Vermittelungsversuche befreundeter Höfe keinen Erfolg hatten, mußte es doch schließlich recht bedenklich erscheinen, dem König Georg preußischerseits große Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die offenkundig zum Nachtheil Preußens ihre Verwendung fanden. Den äußeren Anlaß zu dem auf diese Weise längst vorbereiteten vollständigen Bruch gab eine preußenfeindliche Demonstration, zu welcher Georg V. persönlich sich hinreißen ließ. Zur Feier seiner silbernen Hochzeit hatte sich im Februar 1868 auf Schloß Hietzing bei Wien, wohin der König sich zurückgezogen hatte, in ostentativer Weise ein zahlreicher Kreis seiner Anhänger versammelt, und beim Festmahl brachte Georg V. einen Trinkspruch aus auf die Wiederherstellung des Welfenthrones. Wenige Wochen später wurde auf den

Antrag Bismarck's die Einstellung der Zinsenzahlung an den König und die vorläufige Beschlagnahme seines Vermögens verfügt, und gegen den Kurfürsten von Hessen, der dem Beispiel Georg's V. gefolgt war und mit Verletzung des geschlossenen Vertrages auf Wiederherstellung seiner Herrschaft hingearbeitet hatte, in gleicher Weise verfahren.

Der Reptilienfonds. Die Aufhebung der verhängten Sperre wurde überdies an die Zustimmung des preußischen Landtages gebunden und die zurückbehaltenen Zinsen wurden als geheimer Fonds der Regierung zu freier Verfügung gestellt, um mit Hülfe desselben eine wirksame Gegenagitation zu betreiben, und, wie Bismarck sich ausdrückte, „die bösartigen Reptilien, welche die Sicherheit des preußischen Staates zu gefährden suchten, bis in ihre Höhlen zu verfolgen". Der noch heute für jene Dispositionssumme gebräuchliche Name „Reptilienfonds" geht auf diesen Ausspruch Bismarck's zurück. Der ursprüngliche Sinn dieser Bezeichnung hat sich freilich im Laufe der Zeit verändert; der die Erfordernisse seines eigentlichen Zweckes weit übersteigende Geheimfonds wurde vielfach zur Unterhaltung einer bezahlten Regierungspresse verwendet, und der Name „Reptilienfonds" kam auf diese Weise zu jener andern Bedeutung, welche heut vielfach damit verbunden wird. Die Benutzung des bezeichneten Fonds in dem angedeuteten Sinne ist inzwischen seit dem Jahre 1875 durch anderweitige Regelung wesentlich eingeschränkt worden.

Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg. Die endgiltige Einverleibung von Schleswig-Holstein in den preußischen Staat ging im Wesentlichen ohne derartige Störungen und Zwischenfälle von statten. Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein und seine Anhänger fügten sich schnell in das Unvermeidliche. Die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Landesbevölkerung grollte zwar noch eine Zeit lang und schloß sich, durch die bestehenden Parteiverhältnisse ohnedies darauf hingewiesen, vorwiegend der oppositionellen altpreußischen Fortschrittspartei an; da indessen in Schleswig-Holstein keine grundsätzliche Abneigung gegen Preußen, sondern eigentlich nur die Folgen einer künstlich ins Leben gerufenen Agitation zu überwinden waren, so vollzog sich hier — die nordschleswigschen Distrikte ausgenommen — am raschesten und gründlichsten die Umbildung des Landes zu einer gut preußischen Provinz.

Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg, welche Preußen während des Streites um die schleswig-holsteinische Thronfolge mehrfach als berechtigt anerkannt hatte, wurden durch Abtretung des Amtes Ahrensboeck und Zahlung von einer Million Thalern befriedigt; der Artikel V des Prager Friedens, welcher Preußen zur Zurückgabe der nordschleswigschen Distrikte an Dänemark verpflichtete, falls eine Volksabstimmung sich dafür entscheide, wurde, wie hier vorgreifend erwähnt werden möge, durch freiwilliges Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen im Jahre 1878 außer Kraft gesetzt.

Es mochte als eine günstige Vorbedeutung erscheinen, daß ein Zufall es fügte, daß König Wilhelm die Adresse des am 10. September 1867 in Berlin zusammengetretenen ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes im fernen Süden des deutschen Vaterlandes, auf der kurz zuvor in einer der ursprünglichen ähnlichen Gestalt wiederhergestellten Stammburg der Hohenzollern, entgegennahm. Mit freudiger Genugthuung sprach der König es aus, daß die Saat des vorigen Jahres segenverkündend aufgegangen sei, und in bewegten Worten knüpfte er daran den Ausdruck der frohen Erwartung, daß die Vorsehung mit dem Geschlecht, das hier entsprossen, auch ferner sein, und daß sie Preußens und Deutschlands Geschicke auch ferner zum Guten lenken werde. Und in der That haben schon die nächsten Jahre diese Hoffnungen und Erwartungen im vollsten Maße erfüllt.

Der erste ordentliche Reichstag. Wie im konstituirenden Reichstag für das Zustandekommen der Verfassung, so war auch im ersten ordentlichen Reichstage für die innere Weiterentwicklung des Bundes die nationalliberale Partei von ausschlaggebender Bedeutung. Der mäßigende und zusammenhaltende Einfluß, welchen die meist aus den neuen preußischen Provinzen und aus den Kleinstaaten des Bundes in den Reichstag entsendeten Führer

der Partei auf die Hauptmasse derselben ausübten, erleichterte es Bismarck, sich vorwiegend auf sie zu stützen. In manchen Punkten suchte zwar Bismarck seine alte Verbindung mit der streng konservativen Partei so lange als möglich aufrecht zu erhalten, und an die Nachgiebigkeit der Nationalliberalen wurden in dieser Hinsicht oft starke Anforderungen gestellt; aber da diese den Minister, dem seine Unentbehrlichkeit und seine beispiellose Popularität eine außerordentlich feste Stellung verliehen, fast niemals im Stiche ließen, und da andererseits die altkonservative Partei, ohne mit den Verhältnissen zu rechnen, allen halbwegs liberalen Maßnahmen der Regierung eine erbitterte Opposition entgegensetzte, so knüpfte sich zum Vortheil einer stetigen Weiterentwicklung der Bundesinstitutionen in liberalem Sinne das Band zwischen dem leitenden Minister und der nationalliberalen Partei immer fester, während gleichzeitig der Bruch zwischen ihm und Denen, welche ihn früher zu den Ihrigen gerechnet hatten, sich mehr und mehr erweiterte. Da den Parteiverhältnissen des Reichstages diejenigen des preußischen Abgeordnetenhauses im Wesentlichen entsprachen, so konnte die Rückwirkung derselben auf die Verhältnisse im preußischen Ministerium füglich nicht ausbleiben. — Während der Kriegsminister von Roon, der Minister des Innern Graf Eulenburg und auch der Finanzminister von der Heydt der liberaleren Richtung des Ministerpräsidenten Graf Bismarck in der Hauptsache sich angeschlossen, suchten sich die übrigen Mitglieder des Ministeriums — von Selchow, von Mühler, Graf Itzenplitz, Graf zur Lippe, die nach wie vor zu der äußersten Rechten hielten, derselben nach Möglichkeit zu widersetzen. Wenn sich nun auch von den zwei Strömungen, welche im Ministerium herrschten, die liberalere in der Regel als die stärkere erwies, so kam es doch mehrfach zu Reibungen, welche Bismarck selbst unangenehm empfand, und welche auch auf die Stetigkeit der fortschreitenden politischen Entwicklung in Preußen wie im Norddeutschen Bunde unvortheilhaft einwirkten. Die liberalen Parteien arbeiteten deshalb, so viel an ihnen lag, unablässig auf die Beseitigung der mißliebigen Minister hin. Im Dezember 1867 reichte denn auch zuerst der Justizminister Graf zur Lippe seine Entlassung ein und übernahm, nachdem diese bewilligt, im Herrenhause die Führung der reaktionären Opposition gegen die Politik seiner bisherigen Kollegen.



Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

Die neuen Minister Leonhardt, Camphausen, Delbrück. Graf zur Lippe wurde durch den Hannoveraner Gerh. Ad. Wilhelm Leonhardt ersetzt, der zwar ausdrücklich gegen die liberalen Neigungen, welche man ihm anfänglich zuschrieb, Verwahrung einlegte, andererseits aber auch von allen reaktionären Bestrebungen sich fern hielt und als außerordentlich tüchtiger und geschäftskundiger Fachminister die nothwendige Reorganisation des Justizwesens in Preußen mit Energie in Angriff nahm und auch die von den Nationalliberalen angestrebte Einführung einer möglichst einheitlichen Rechtsprechung für den Norddeutschen Bund eifrig förderte. Noch mehr wurde die liberale Strömung in den preußischen Regierungskreisen

dadurch gestärkt, daß im November 1869 der bisherige anerkannt freisinnige Präsident der Seehandlung, Otto Camphausen (ein Bruder Ludolf Camphausen's, des Ministers vom Jahre 1848), an von der Heydt's Stelle das Finanzministerium übernahm, und daß am 2. Dezember desselben Jahres der ebenso freisinnige Rudolf Delbrück, seit 1868 Vorsteher des Kanzleramtes des Norddeutschen Bundes, als Minister ohne Portefeuille in das preußische Ministerium eintrat. Dagegen wurde der zu Anfang des Jahres 1870 anscheinend bevorstehende Rücktritt des reaktionären Kultusministers von Mühler gerade durch die Heftigkeit, mit welcher die liberalen Parteien seine Entlassung forderten, vereitelt, und auch von Selchow und Graf Itzenplitz blieben vorläufig noch im Amte.

Daß die politische Entwicklung in Preußen und im Norddeutschen Bunde im Großen und Ganzen mehr und mehr einen liberalen Charakter annahm, vermochten jedoch diese wenigen Anhänger der Reaktion nicht zu verhindern. Ebenso in der inneren wie in der äußeren Politik des Bundes trat dies in erfreulicher Weise hervor. Die Haltung des Bundesrathes ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der Bundesregierungen auf die Absichten und Pläne des Bundeskanzlers volles Vertrauen setzte. Den leitenden Minister kräftig unterstützend, wo dieser die Forderungen des beständig vorwärts drängenden Liberalismus als zu weit gehend bekämpfte, gab der Bundesrath andererseits diesen Forderungen in allen den Punkten bereitwillig nach, wo dies im Interesse der nationalen Weiterentwicklung des Bundes förderlich und geboten erschien.

Zeitgemäße Reformen. Das Oberhandelsgericht in Leipzig. So kam es, daß die Zusagen und Verheißungen, welche die Bundesverfassung in Bezug auf die allmähliche Weiterbildung der Bundesinstitutionen enthielt, nicht nur vollständig erfüllt, sondern daß in mancher Hinsicht die Grenzen derselben überschritten wurden. Die Einführung einheitlicher Münzen, Maße und Gewichte, die Herstellung eines allgemein giltigen Handelsgesetzbuches, die im Interesse des Verkehrs dringend gebotene vollständige Centralisation des Post- und Telegraphenwesens, die Beseitigung der unter der Herrschaft der Kleinstaaten arg emporgewucherten Mißstände im Eisenbahnwesen — alles das wurde mit Nachdruck gefördert, und schon in den ersten beiden Jahren des Bestehens des Norddeutschen Bundes waren die segensreichen Folgen der Fortschritte und Verbesserungen auf den genannten Gebieten gleichsam mit Händen zu greifen. Solche glücklichen Erfolge spornten zu weiterem Aufschwunge an. Während die mit der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund betrauten Juristen mit unermüdlichem Eifer ihrer Aufgabe oblagen, nahmen die liberalen Parteien des Reichstages, die gegebenen Grenzen der Bundesverfassung überschreitend, den von den Abgeordneten Miquel und Lasker angeregten Plan auf, die Bundeskompetenz auf das ganze bürgerliche Recht auszudehnen, und die sächsische Regierung kam diesen Bestrebungen damit entgegen, daß sie für die Einsetzung eines allen Bundesstaaten gemeinsamen Oberhandelsgerichtes als höchsten die einheitliche Rechtsprechung wahrenden Gerichtshofes eintrat. Bereits am 5. August 1869 begann in Leipzig, wo es seinen Sitz erhielt, dieses gemeinsame Oberhandelsgericht des Bundes seine Wirksamkeit.

So war denn der Norddeutsche Bund in seinem Innern in sichtlichem Aufblühen und Gedeihen begriffen; die Hoffnungen und Erwartungen, welche das patriotische Deutschland an seine Begründung geknüpft hatte, waren glänzend in Erfüllung gegangen. Was aber dem großen Werke vollends den Stempel des Gelingens aufdrückte, das war der Umstand, daß die eine und einzige Befürchtung, welche beim Beginn desselben von vielen Seiten gehegt worden war, sich als grundlos erwies — die Befürchtung nämlich, daß die Errichtung des Norddeutschen Bundes den Norden und den Süden des deutschen Vaterlandes einander noch mehr als früher entfremden und die vollständige Einigung Deutschlands unmöglich machen werde.



Staatsrath Karl Mathy. Minister von Friesen. Minister Dr Jolly
Minister von Lutz. Minister von Varnbüler. Staatsrath von Freydorff.

Verhältniß des Norddeutschen Bundes zu Süddeutschland, der Luxemburger Streit und das Zollparlament.

Die Schutz- und Trutzbündnisse, welche seit August 1866 die süddeutschen Staaten mit der Vormacht des Norddeutschen Bundes, mit Preußen, verbanden, waren anfänglich noch geheim gehalten worden, aber bereits im März 1867 fand sich ein geeigneter Anlaß dazu, das Bestehen derselben in amtlicher Form bekannt zu geben. Die Zustände in Frankreich, dessen Gebieter durch die politischen Verhältnisse des Kaiserreiches und besonders durch eine stark chauvinistische Partei zu einer gegen Deutschland gerichteten Angriffspolitik gedrängt wurde, wirkten darauf hin, daß jene Veröffentlichung bei den süddeutschen Bevölkerungen im Allgemeinen jetzt einer beifälligen Aufnahme begegnete. So stark und zahlreich auch die Gegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen, zwischen Partikularisten und Deutschnationalen noch sein mochten: in einem Punkte, in der Abwehr der auf deutsches Gebiet gerichteten französischen Aneignungsgelüste, waren alle wackeren Deutschen nördlich und südlich vom Main zu einmüthigem Zusammenstehen entschlossen, und nur vereinzelte vaterlandsvergessene Gesellen wagten für ein gegen Preußen gerichtetes Bündniß zwischen den süddeutschen Staaten und Frankreich einzutreten.

Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse. Die Mittheilungen über die preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse, welche — natürlich mit ausdrücklicher Genehmigung Bismarck's — zuerst im bayerischen Landtage und bald darauf auch in den Regierungsorganen der übrigen süddeutschen Staaten veröffentlicht wurden, waren nicht nur für die Bevölkerungen dieser Staaten bestimmt, sondern sie waren zugleich als eine ernste Warnung an die Adresse des unruhigen französischen Nachbarvolkes gerichtet.

Napoleon konnte sich nicht verhehlen, daß er mit seiner Vermittelungspolitik während des preußisch-österreichischen Krieges eine schlecht verhüllte Niederlage erlitten hatte. Aber so empfindlich diese Niederlage für seinen persönlichen Ehrgeiz sein mochte — die Bedeutung, die sie in dieser Hinsicht hatte, wurde durch ihre dem Napoleonismus außerordentlich ungünstige Rückwirkung auf die politischen Zustände in Frankreich noch weit übertroffen. Das zweite Kaiserreich hatte die großen Hoffnungen und Erwartungen, welche es anfänglich rege gemacht und mit deren Verwirklichung es im Krimkriege anscheinend begonnen, nicht entfernt zu erfüllen vermocht. Die Politik Napoleon's in Italien hatte ungeachtet einiger glänzenden Siege der französischen Waffen schließlich doch nur halbe Erfolge errungen, weil der Kaiser im entscheidenden Augenblicke durch die militärische Machtentfaltung Preußens zu dem vorzeitigen Frieden von Villafranca genöthigt worden war; die von Napoleon in einer unglücklichen Stunde geplante französische Expedition nach Mexiko ging eben jetzt mit schnellen Schritten ihrem tragischen und für den Urheber im höchsten Grade unrühmlichen Ende entgegen, und der letzte Mißerfolg der kaiserlichen Politik im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg war also ganz dazu angethan, das enttäuschte und in seiner nationalen Eitelkeit gekränkte Franzosenvolk vollends in das Lager der unzufriedenen antibonapartistischen Opposition zu treiben.

Die Expedition nach Mexiko (1861—1867). Bei der eben erwähnten mexikanischen Expedition hatte Napoleon nur den großen Gedanken seines kaiserlichen Oheims von Neuem aufgenommen, den romanischen Völkern oder Staaten durch möglichst feste Zusammenfassung ihrer verschiedenen Glieder das Jahrhunderte hindurch behauptete unbestrittene Uebergewicht wieder zu verschaffen. Das war für ihn der eigentliche Beweggrund zur Theilnahme an der ursprünglich von Frankreich, England und Spanien gemeinsam unternommenen Expedition. Die letztgenannten Staaten hatten hierbei nur die Geltendmachung ihrer Ansprüche gegenüber der eigenmächtigen, die Interessen ihrer europäischen Gläubiger schwer schädigenden Finanzwirthschaft der republikanischen Regierung Mexiko's im Auge. Als aber Napoleon mit Hintansetzung des ursprünglichen Zweckes der Expedition seine eigentliche Absicht mehr und mehr in den Vordergrund treten ließ, zogen sich England und Spanien von dem Unternehmen zurück, und Napoleon sah sich, als er dennoch auf Verwirklichung seiner weit ausschauenden Pläne beharrte, auf sich allein angewiesen. Doch der schon in den zwanziger Jahren von einem der früheren Präsidenten der großen transatlantischen Republik in Nordamerika (Monroe) ausgesprochene Grundsatz: „Amerika für die Amerikaner“, widersprach in solchem Grade den geheimen Absichten Napoleon's, daß dieser gewiß sein durfte, auf dem Wege zur Verwirklichung derselben auf den entschiedensten Widerspruch seitens der Regierung des mächtigen germanischen Staatenbundes zu stoßen, der sich mit Riesenschritten weiter von Meer zu Meer hin ausdehnte. Ließ sich glauben, daß die Union jetzt, nach Niederwerfung des Aufstandes der Südstaaten, dem Aufkommen eines mächtigen romanischen Kaiserreichs und dadurch der Begründung eines maßgebenden Einflusses der romanischen Rasse auf die politische Gestaltung der nördlichen Hälfte des neuen Welttheils ruhig zusehen werde?

Der österreichische Erzherzog Maximilian, den Napoleon für die zu lösende Aufgabe zu begeistern gewußt, hatte sich (1864) unter dem Schutze der französischen Waffen als Kaiser von Mexiko ausrufen lassen und war mit dem besten Willen und den edelsten Absichten an die Wiederaufrichtung der Ordnung in dem von Parteiungen völlig zerklüfteten Lande gegangen. Aber die Mexikaner hatten keinen Sinn für die Erhebung der romanischen oder lateinischen Völker, und der Widerstand der Landesbewohner gegen die ihnen willkürlich aufgedrungene Herrschaft zeigte sich stärker, als Napoleon vorausgesetzt hatte. Die großen Opfer an Geld und Menschenleben, welche der andauernde Kampf gegen die aufständische Bevölkerung erforderte, begannen schließlich die Wehrkraft Frankreichs daheim empfindlich zu schädigen, während gleichzeitig bei dem berechtigten Argwohn Englands und vor Allem der

Vereinigten Staaten ernste Verwicklungen mit diesen in jedem Augenblicke eintreten konnten. — Unter diesen Umständen gewann es Napoleon über sich, den seinem Schutze vertrauenden und auf seinen Schutz ausschließlich angewiesenen Kaiser Maximilian schmählich im Stiche zu lassen. Die französischen Truppen wurden allmählich zurückgezogen, die republikanische Bewegung errang Erfolge auf Erfolge, wenige Wochen nach dem Tage, an welchem das letzte französische Schiff vom mexikanischen Gestade abgestoßen war, bemächtigte sich das Heer der Aufständischen mit stürmender Hand der kaiserlichen Hauptstadt, und am 19. Juni 1867 wurde, wie hier vorgreifend erwähnt sei, der unglückliche Habsburger Maximilian standrechtlich erschossen.

Aber schon lange bevor das Unternehmen auf diese Weise seinen tragischen Abschluß gefunden hatte, ließ sich an dem völligen Scheitern der von Napoleon mit so großen Hoffnungen ins Werk gesetzten Expedition nicht mehr zweifeln. Nun hatte zwar das französische Volk, der nutzlosen Opfer müde, schließlich selbst auf die Zurückziehung der französischen Truppen gedrungen, aber der Schatten, den der unglückliche Ausgang des Unternehmens warf, fiel doch vor Allem auf den Urheber zurück. Allerdings hatte die erbitterte antibonapartistische Opposition in Frankreich um ihrer besonderen Interessen willen diesen übeln Verlauf des Unternehmens eigentlich herbeigewünscht; nun er aber zur Thatsache geworden war, sprach sie mit Entrüstung von der Preisgebung der Ehre Frankreichs, deren offenbare Gefährdung auch von den Männern der gemäßigten sogenannten dynastischen Opposition schwer empfunden wurde.

Nur glänzende Erfolge auf dem Gebiete der europäischen Politik hätten unter diesen Umständen den verblaßten Schimmer des zweiten Kaiserreichs wieder aufzufrischen und Napoleon's Machtstellung neu zu befestigen vermocht. An Bemühungen, sich den preußisch-österreichischen Konflikt in dieser Hinsicht zu Nutze zu machen und auf wohlfeile Art eine Gebietserweiterung für Frankreich zu erlangen, hatte es Napoleon nicht fehlen lassen. Aber die Festigkeit und das diplomatische Geschick des leitenden preußischen Ministers und im letzten Augenblicke die Schlag auf Schlag erfolgenden Siege der preußischen Waffen hatten alle seine Bemühungen vereitelt; die Anrufung der französischen Vermittelung durch Oesterreich, die formelle Anerkennung derselben von Seiten Preußens, die nach den preußischen Siegen ohnehin gesicherte Abtretung Venetiens an Italien — Alles das waren doch nur Scheinerfolge gewesen, hinter denen sich eine empfindliche Niederlage nur schlecht verbarg. Das französische Volk hatte dafür ein richtiges Gefühl, indem es die Niederlage Oesterreichs für eine Niederlage Frankreichs, die Vergrößerung Preußens sowie die Errichtung des Norddeutschen Bundes als eine Schädigung der — allerdings unberechtigten — französischen Interessen erklärte und deshalb stürmisch nach einer schnellen und glänzenden „Revanche für Sadowa" verlangte. Auch Napoleon verhehlte sich die Niederlage seiner Politik nicht. Aber da er einestheils sich zu einer gewaltsam zu nehmenden Revanche vorerst nicht stark genug fühlte und andererseits noch immer an der Möglichkeit einer anderweitigen Entschädigung Frankreichs, etwa in Belgien, festhielt, so gab er sich alle Mühe, den Unmuth der in ihrer nationalen Eitelkeit gekränkten Franzosen zunächst dadurch zu beschwichtigen, daß er von seinen ergebenen Anhängern den Ausgang des preußisch-österreichischen Krieges und die Bestimmungen des Prager Friedens als für Frankreich überaus vortheilhafte und rühmliche Ergebnisse seiner kaiserlichen Vermittelung verherrlichen ließ. Die Minister des Kaisers, vor Allem der ihm blind ergebene „Vizekaiser" Eugène Rouher, unterzogen sich dieser Aufgabe mit großem Aufwande von Beredsamkeit, und Napoleon eröffnete die erste Sitzung der französischen Kammern nach den Ereignissen des Jahres 1866 mit einer Thronrede, welche von beruhigenden Versicherungen überfloß und der vollen Zufriedenheit des Kaisers mit den Resultaten seiner Vermittelung Ausdruck verlieh. Das hinderte indessen nicht, daß nach einer alsbald vorgenommenen Veränderung im französischen Kriegsministerium, an dessen Spitze der General Adolphe Niel trat, die

Reorganisation der französischen Armee, ihre Verstärkung und Neuausrüstung auf das Eifrigste betrieben und unverkennbar die Möglichkeit eines nahe bevorstehenden Krieges ins Auge gefaßt wurde.

Freiherr von Beust in Wien. Auf den Rath Napoleon's hatte Kaiser Franz Joseph unmittelbar nach dem Kriege den früheren sächsischen Minister Freiherrn von Beust, also einen entschiedenen Preußenfeind, in das österreichische Ministerium des Auswärtigen berufen, das unter seiner Leitung fortgesetzt die intimsten Beziehungen zum französischen Hofe unterhielt. (Zum Grafen und Reichskanzler ward Beust erst 1868 erhoben.)

Ein gemeinsamer Rachekrieg gegen Preußen und den Norddeutschen Bund wurde offenbar vorbereitet, und wenn beide Theile sich zunächst trotzdem in Betheuerungen ihrer Friedfertigkeit erschöpften, so hatte das nur darin seinen Grund, daß beide Zeit zu gewinnen trachteten, an die Mängel und Schäden ihres Heerwesens die bessernde Hand zu legen und ihre Rüstungen zu vervollständigen, um mit Aussicht auf Erfolg den Kampf mit dem gemeinsamen Gegner aufnehmen zu können. Aber während Beust den Krieg gegen Preußen unter allen Umständen wollte, sah Napoleon in ihm nur das letzte Mittel zur Erreichung des Endzieles seiner Politik: Vergrößerung Frankreichs, Befriedigung der nationalen Eitelkeit der Franzosen und dadurch Befestigung seiner mehr und mehr gefährdeten Herrschaft. Ließ sich dieses Ziel auf andere Weise erreichen, so sah Napoleon den Krieg gegen Preußen ebenso gern oder vielleicht noch lieber vermieden.

Die Verhandlungen mit Bismarck als dem Leiter der auswärtigen Politik Preußens wurden deshalb in keinem Augenblick vollständig abgebrochen, da Napoleon noch immer hoffte, es werde möglich sein, mit Zustimmung Preußens, das er in diesem Falle in seiner deutschen Politik zu unterstützen sich erbot, eine größere Gebietserweiterung Frankreichs auf Kosten Belgiens zu erlangen. Bismarck hielt es für gerathen, den französischen Kaiser vorerst noch in dem Glauben an diese Möglichkeit zu belassen; denn eine schroffe Abweisung seiner Anträge hätte diesen, selbst gegen seinen Willen, alsbald zum Kriege gedrängt, und Bismarck erachtete es für nothwendig, der inneren Entwicklung Deutschlands auf seiner neuen Grundlage zunächst einige Jahre der Ruhe zu gönnen, selbst auf die Gefahr hin, daß Deutschland den unvermeidlichen Kampf dann mit einem besser gerüsteten Gegner aufzunehmen haben werde.

Napoleonische Reformen. Die Opposition in Frankreich war unzweifelhaft im Wachsen begriffen, aber sie war im Grunde weniger gegen das kaiserliche Regiment als solches, als vielmehr gegen das kaiserliche Willkürregiment gerichtet; ein zeitgemäßer Wechsel in der Regierungsform und die Herstellung wirklich verfassungsmäßiger Zustände hätte die Napoleonische Dynastie vielleicht fester als je zuvor begründet. Napoleon selbst schien von dieser Ansicht auszugehen, als er im Januar 1867 eine Reihe von liberalen Zugeständnissen ankündigte und dadurch Männer wie Rouher und Genossen, die nur in der Aufrechterhaltung der absoluten Regierungsgewalt des Kaisers das Heil Frankreichs und der Napoleonischen Dynastie erblickten, zum zeitweiligen Rücktritt aus dem französischen Ministerium veranlaßte. Aber die pomphaft angekündigten Reformen blieben doch allzuweit selbst hinter den mäßigsten Erwartungen zurück, um irgend eine der oppositionellen Parteien zufrieden zu stellen. Sie verfehlten deshalb nicht nur völlig ihren Zweck, sondern sie bewirkten vielfach gerade das Gegentheil von dem, was sie hatten bewirken sollen. Die Ankündigung der liberalen Reformen wurde als ein Eingeständniß der Schwäche der kaiserlichen Regierung, die Geringfügigkeit derselben als ein Zeichen ihres inneren Widerstrebens gegen dieselben gedeutet, und mit verstärkter Kraft begannen sich überall die Gegner zu rühren. Natürlich wurde dabei wieder die Ruhm- und Ergebnißlosigkeit der auswärtigen Politik Frankreichs als wirksames Agitationsmittel in den Vordergrund gestellt und Napoleon dadurch aufs Neue gedrängt, nach irgend einem Mittel zur wirksamen Beschwichtigung der mächtig aufgeregten Leidenschaften zu suchen.

Der Luxemburger Handel. Endlich glaubte der Kaiser das Rechte gefunden zu haben. Seine Blicke richteten sich auf das kleine Großherzogthum Luxemburg, welches, durch Personalunion mit dem Königreich der Niederlande verbunden, aber staatsrechtlich bis 1866 zum Deutschen Bunde gehörig, infolge der Auflösung desselben völlig unabhängig geworden war, ohne doch nach Lage und Größe — 47 Quadratmeilen mit ca. 200,000 Einwohnern — zum unabhängigen Staate recht geeignet zu sein. Die Vereinigung desselben mit dem Norddeutschen Bunde war wegen der offenkundig undeutschen Gesinnung seiner Bevölkerung unterblieben, dagegen gehörte das Ländchen nach wie vor zum preußisch-deutschen Zollverein, und, was das Wichtigste war, in seiner Hauptstadt, einer starken Grenzfestung, befand sich auf Grund eines alten völkerrechtlichen Vertrages vom Jahre 1815 eine preußische Besatzung. Dieser letztere Umstand mußte nun als Vorwand dienen, um plötzlich eine „Luxemburgische Frage" anzuregen. Der König von Holland, der unter dem Einflusse seiner Gemahlin, einer württembergischen Königstochter, eine entschieden preußenfeindliche Politik verfolgte, richtete im Februar 1867 an den französischen Kaiser eine (anscheinend bestellte) Beschwerdenote, in welcher er sich darüber beklagte, daß trotz der Auflösung des Deutschen Bundes die Besetzung Luxemburgs durch preußische Truppen fortdauere, woraus hervorzugehen scheine, daß die preußische Regierung mit der Absicht umgehe, die staatliche Selbständigkeit der Niederlande zu beschränken. Napoleon versprach, wegen dieser Beschwerde bei der preußischen Regierung vorstellig zu werden, und ertheilte zugleich dem König von Holland den Rath, den unbequemen Besitz — das Großherzogthum Luxemburg ist durch seine geographische Lage von dem Königreich der Niederlande völlig getrennt — an Frankreich zu verkaufen. Der König erklärte sich dazu bereit, und am 22. März wurde die Abtretungsurkunde entworfen. Da durch den erwähnten Vertrag vom Jahre 1815 das freie Verfügungsrecht des Königs von Holland über das Großherzogthum Luxemburg zu Gunsten Deutschlands und Preußens beschränkt worden war, so durfte die Abtretung des Landes nicht ohne preußische Zustimmung erfolgen. Aber indem Napoleon sich zunächst darüber hinwegsetzte, wollte er mit einer vollendeten Thatsache vor die preußische Regierung treten; der Erwerb Luxemburgs für Frankreich sollte den Franzosen nicht blos als ein einfaches Kauf- oder Tauschgeschäft, sondern zugleich als ein großer diplomatischer Erfolg der kaiserlichen Regierung und gewissermaßen als eine Niederlage Preußens erscheinen. Wurde Preußen vor die Wahl gestellt, entweder das Geschehene anzuerkennen oder den Krieg mit Frankreich aufzunehmen, und entschloß es sich dann um des Friedens willen zu ersterem, so hätte Napoleon in der That, wenigstens seinen Franzosen gegenüber, von einem Siege über Preußen sprechen können. Mochte das Interesse, welches Deutschland und Preußen an der Behauptung ihrer alten Rechte auf Luxemburg hatten, kaum stark genug sein, um die Verletzung dieser Rechte zum Anlaß eines großen Krieges zu machen, so war die Einverleibung des kleinen Landes in Frankreich für Deutschland und Preußen doch zweifellos ein Verlust, groß genug, um der Schadenfreude der Franzosen Genüge zu thun und ihrer nationalen Eitelkeit zu schmeicheln. Aber ehe noch die Sache soweit gediehen war, erhielt die preußische Regierung durch ihren Gesandten im Haag eine Mittheilung von den geheimen Abmachungen zwischen Napoleon und dem Könige von Holland, und da gleichzeitig auch die Kunde von diesen Abmachungen in die Oeffentlichkeit gedrungen war, so konnten Regierung und Volk zu der Streitfrage rechtzeitig Stellung nehmen, und der Plan Napoleon's, der Deutschland und Preußen hatte überraschen wollen, war schon dadurch im Wesentlichen vereitelt.

Im Reichstage des Norddeutschen Bundes war man geneigt, die Sache von der ernstesten Seite aufzufassen; am 1. April richtete Rudolf von Bennigsen im Namen der nationalliberalen Partei die Anfrage an die Regierung, was sie nun jenem gefährlichen Plane gegenüber zu thun gedenke, und verhieß ihr in feuriger Rede und unter lauter Beistimmung des Hauses einmüthigen Beistand aller Parteien zu energischem Widerstande.

Die Antwort Bismarck's war vorsichtig und friedlich, doch konnte man daraus entnehmen, daß der König und seine Minister die Einverleibung Luxemburgs in Frankreich in keinem Falle zugeben würden. Auch Süddeutschland bethätigte bei dieser Gelegenheit in recht erfreulicher Weise seine nationale Gesinnung. Nachdem aus Anlaß der feindseligen Stimmung in Frankreich und der beständigen Hetzereien der französischen Presse gegen Preußen und den Norddeutschen Bund bereits im März die erwähnte Veröffentlichung der preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse erfolgt und von der großen Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung mit beifälliger Zustimmung aufgenommen worden war, vereinigten sich jetzt, nach dem Bekanntwerden des französischen Annexionsplanes, überall die Kammern und freie Volksversammlungen zu der Erklärung, daß Frankreich bei jedem Angriff auf deutsches Gebiet, bei jeder Verletzung deutschen Rechtes den Norden und Süden Deutschlands zu gemeinsamer Abwehr fest verbunden finden werde. Die Hoffnung des französischen Volkes und seines Kaisers, daß bei einem Ausbruche von Feindseligkeiten zwischen Frankreich und dem von Preußen geführten Norddeutschen Bunde die süddeutschen Staaten auf Frankreichs Seite stehen würden, erwies sich somit jetzt schon als völlig hinfällig. Aber selbst in Oesterreich zeigten sich Volk und Regierung doch wenig geneigt, Frankreich in der Luxemburger Frage thatkräftig zu unterstützen. Herr von Beust hatte allerdings seine Revanchepläne gegen Preußen noch nicht aufgegeben, aber einmal fand er die Trauben noch viel zu sauer, d. h. er hielt Oesterreich noch nicht für hinlänglich gerüstet, um, selbst an Frankreichs Seite, von Neuem einen Krieg gegen Preußen zu wagen, und sodann wünschte er mit Rücksicht auf die allmählich wieder erwachenden deutschen Sympathien der Deutsch-Oesterreicher Oesterreich überhaupt nicht an einem Kriege theilnehmen zu lassen, der um einer deutschen Frage willen gegen Preußen geführt würde.

Alles das kam Napoleon natürlich sehr ungelegen. Völlig zurückweichen konnte er jetzt, nachdem die Sache soweit gediehen und die Leidenschaft des französischen Volkes in so hohem Grade erregt war, unter keinen Umständen mehr, und wenn Preußen seinen Anträgen, die er jetzt durch den Grafen Benedetti nach Berlin überbringen ließ, eine entschiedene Ablehnung entgegensetzte, so mußte er wohl oder übel in den Krieg eintreten, selbst auf die Gefahr hin, ihn ohne jeden Bundesgenossen führen zu müssen. Ueber die Aussichten, welche sich für Frankreich, das die zeitgemäße Umgestaltung und Neuausrüstung seines Heeres eben erst begonnen hatte, in solchem Kriege eröffneten, und über sein eigenes Schicksal im Fall einer Niederlage mochte sich der Kaiser kaum einer Täuschung hingeben.

In der That war in den maßgebenden militärischen Kreisen Preußens die Ansicht vorherrschend, daß man die Gelegenheit benutzen solle, um den ohnehin unvermeidlichen Krieg mit Frankreich unter den denkbar günstigsten Umständen zu führen. Aber trotz ihres vollen Vertrauens auf die Leistungsfähigkeit des preußisch-norddeutschen Heeres und auf die Zuverlässigkeit der süddeutschen Verbündeten glaubten doch König Wilhelm und sein erster Rathgeber Graf Bismarck aus den mehrfach erwähnten Gründen zur Erhaltung des Friedens die Hand bieten zu sollen, und die augenscheinliche Bedrängniß Napoleon's, die ebenso augenscheinliche militärische Ueberlegenheit Preußens und endlich das allgemeine Friedensbedürfniß Europa's gestatteten ihnen, dies zu thun, ohne der Machtstellung und der Ehre Preußens auch nur das Geringste zu vergeben. Von der friedlichen Stimmung der preußischen Regierung unterrichtet, übernahm Herr von Beust die Rolle des Vermittlers. Von der geplanten Einverleibung Luxemburgs in Frankreich konnte unter den obwaltenden Verhältnissen natürlich nicht mehr die Rede sein, und im Einverständniß mit Napoleon machte Beust den Vorschlag, daß Holland gegen eine angemessene, von Frankreich zu zahlende Geldentschädigung das Großherzogthum Luxemburg an Belgien abtreten und daß Frankreich dafür anderweitig durch belgisches Gebiet entschädigt werden sollte. Dieser Vorschlag, welchem auch Preußen wol kaum seine Zustimmung ertheilt hätte, scheiterte jedoch von vornherein an der Weigerung der belgischen Regierung, sich auf ein solches Tauschgeschäft einzulassen.

Napoleon stimmte nun seine Forderungen noch etwas weiter herunter und erklärte sich mit einem zweiten Vorschlage Beust's einverstanden, nach welchem Frankreich seinen Ankaufsplan, Preußen dagegen sein Besatzungsrecht aufgeben und das Großherzogthum Luxemburg ähnlich wie Belgien neutralisirt werden sollte. Dieser Vorschlag erschien der preußischen Regierung annehmbar, und sie stellte nur die weitere Bedingung, daß die europäischen Großmächte eine Gesammtgarantie für die Neutralität des Großherzogthums übernehmen müßten, und daß die Hauptstadt Luxemburg überhaupt aufhöre, als Festung zu existiren. Preußen brachte damit immerhin noch ein erhebliches Opfer, denn es übte auf Grund eines unanfechtbaren völkerrechtlichen Vertrages sein Besatzungsrecht aus; aber nicht die Kriegsrüstungen Frankreichs und das Säbelgerassel der französischen Presse hatten den König und seinen ersten Rathgeber zu dieser Nachgiebigkeit bewogen, sondern außer den erwähnten Gründen der inneren Politik auch der allgemeine Wunsch Europa's, daß wegen einer verhältnißmäßig so geringfügigen Ursache der europäische Friede nicht gestört werden möge.



Niederlegung der Festungswerke von Luxemburg.

Londoner Konferenz. Beschluß vom 11. Mai. Auf Anregung Rußlands wurde beschlossen, einer Konferenz der europäischen Großmächte die endgiltige Regelung der Luxemburger Streitfrage auf Grund des Beust'schen Vorschlages und der von Preußen dazu gestellten Bedingungen zu übertragen. Auf Einladung des Königs von Holland entsandten die Großmächte, denen — als sechste — jetzt auch Italien zuzählte, außerdem Belgien, Holland und Luxemburg ihre Bevollmächtigten nach London. Am 7. Mai 1867 traten dort die Gesandten zusammen, und schon am 11. erfolgte die Einigung über einen Vertrag, welcher jene Vorschläge und Bedingungen lediglich bestätigte. Das Großherzogthum Luxemburg blieb in Personalunion mit Holland als selbständiger Staat bestehen, der König von Holland verpflichtete sich, die Festungswerke der Hauptstadt Luxemburg schleifen und nie wieder herstellen zu lassen, und die sechs Großmächte übernahmen eine Gesammtgarantie für die Neutralität des kleinen Staates. Die Räumung Luxemburgs von den preußischen Truppen erfolgte im September 1867, und bald darauf begann die Niederlegung der

Festungswerke. Die Zugehörigkeit Luxemburgs zum preußisch-deutschen Zollverein blieb indessen noch ferner bestehen, dagegen wurde das Herzogthum Limburg, welches bis zum Jahre 1866 gleichfalls in — allerdings nur sehr lockeren — Beziehungen zum Deutschen Bunde gestanden hatte, von jeder Zusammengehörigkeit mit Deutschland gelöst und völlig mit dem Königreiche der Niederlande vereinigt.

So war eine Streitfrage aus der Welt geschafft, die von Napoleon zur Befriedigung der Annexionsgelüste des französischen Volkes angeregt worden war und bei der es einzig und allein in der Hand der preußischen Regierung gelegen hatte, sie zum Anlaß eines von Preußen unter günstigen Umständen mit fast sicherer Aussicht auf Erfolg zu führenden Krieges zu machen. Die Möglichkeit, die Ausführung des französischen Planes auch ohne einen solchen Krieg zu vereiteln, hatte die preußische Regierung bewogen, zur Erhaltung des Friedens auch ihrerseits ein Opfer zu bringen. Aber dieses Opfer wurde überreichlich aufgewogen durch den großen moralischen Erfolg, welcher darin lag, daß die von Preußen ausgegangene Neueinigung Deutschlands zu Schutz und Trutz ihre erste Probe bestanden, und zwar glänzend bestanden hatte. Nicht nur hatte sich die Bevölkerung des Norddeutschen Bundes mit einmüthiger Begeisterung gegen die französische Anmaßung erhoben und zur Zurückweisung derselben zu jedem Opfer an Gut und Blut bereit erklärt, sondern auch die in der vollen nationalen Einigung noch nicht mit eingeschlossenen süddeutschen Staaten hatten jede Gemeinschaft mit dem Erbfeinde der deutschen Nation abgelehnt und ihren Entschluß kundgegeben, in treuer Waffengemeinschaft mit den norddeutschen Brüdern jedem Angriff auf deutsches Gebiet zu wehren, jedem Eingriffe in deutsches Recht entgegenzutreten.

„Zu Schutz und Trutz" war also das ganze Deutschland vom Rhein bis zur Weichsel, von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee schon jetzt geeinigt, und mit freudiger Genugthuung mußte dieses Bewußtsein alle deutschen Patrioten, mit Achtung vor dem deutschen Namen, der Jahrhunderte lang ein Gegenstand nicht ganz unverdienten Spottes gewesen war, mußte es die mißgünstigen Nachbarn erfüllen.

Verlängerung der Zollvereins-Verträge. Auch im Handel und Wandel war ja durch die alsbald nach dem Kriege von 1866 erfolgte Verlängerung der Zollvereinsverträge die Einheit Deutschlands bereits zur Thatsache geworden! Die vollständige Durchführung des begonnenen Werkes konnte also nur noch eine Frage der Zeit sein, und getrost und zuversichtlich durfte man sie der Zukunft und den wackeren Baumeistern überlassen, welche den Grund zu dem stolzen Neubau des Deutschen Reiches so fest und sicher gelegt hatten.

Immerhin waren freilich bis dahin, bis es gelang, das Band der völligen nationalen Einigung auch um die süddeutschen Staaten zu schlingen, noch mancherlei Gegensätze auszugleichen, mancherlei Schwierigkeiten und Abneigungen zu überwinden. Nicht alle Süddeutschen mochten sich schon jetzt überzeugen, daß das Band der nationalen Einigung ganz Deutschlands nothwendiger Weise ein ebenso festes sein müsse wie dasjenige, welches bereits den Norddeutschen Bund umschloß; mancherlei festgewurzelte Anschauungen und mancherlei Stammeseigenthümlichkeiten erschienen ihnen zu berechtigt, um sie ohne zwingenden Grund der völligen Einheit Deutschlands zu opfern. Die Nothwendigkeit und die Unauflöslichkeit der mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, sowie das Fortbestehen des Zollvereins wurden freilich allgemein bereitwillig und aufrichtig anerkannt. Ob aber diese Schutz- und Trutzbündnisse und die bestehenden Zollverträge als die äußersten Grenzen der Annäherung Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund oder nur als der Anfang eines zu erstrebenden innigeren Anschlusses an denselben gelten sollten — diese Frage wurde von den Regierungen der einzelnen süddeutschen Staaten und andrerseits von der Mehrheit ihrer Bevölkerungen in ganz verschiedenem Sinne beantwortet.

Im Großherzogthum Hessen, das bereits mit einem Theile seines Gebietes dem Norddeutschen Bunde angehörte und dessen völliger Eintritt in denselben am nächsten zu liegen schien, war die liberale Mehrheit der Bevölkerung dem engen Anschluß an den

Norden wol geneigt; aber der Großherzog selbst und seine unter dem Einfluß des preußenfeindlichen Ministers von Dalwigk stehende Regierung widersetzten sich sehr entschieden dem in den hessischen Kammern mehrfach zum Ausdruck gekommenen Verlangen, durch Verhandlungen mit Preußen den beschleunigten Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund zu betreiben. An Mitteln, seinerseits einen entsprechenden Druck auf die hessische Regierung auszuüben, hätte es Preußen nicht gefehlt. Aber Bismarck, der sich der völligen Erreichung seines Zieles ohnehin sicher fühlen mochte, schien den Anschluß nur eines einzelnen süddeutschen Staates an den Norddeutschen Bund gar nicht für so wünschenswerth zu halten, um denselben trotz des Widerstrebens der großherzoglichen Regierung seinerseits zu betreiben und dadurch den ohnehin mächtigen Gegenwirkungen im übrigen Süddeutschland neue Nahrung zu geben.

Badische Annäherungsversuche. Daß Bismarck von dieser Auffassung sich leiten ließ, dafür sprachen nicht nur seine gelegentlichen Aeußerungen im Reichstage, dafür zeugte auch sein thatsächliches Verhalten dem Großherzogthum Baden gegenüber. In vollem Einverständniß mit der öffentlichen Meinung des Landes sprach sich hier die Mehrheit beider Kammern für den möglichst schnellen Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund aus, und der Großherzog selbst und seine von bewährten Altliberalen — Jolly, Freydorff, Mathy — geleitete Regierung gaben den nationalen Wünschen der Volksvertretung durchaus sympathischen Nachdruck. Mit rühmlicher Offenheit erkannte die badische Regierung an, daß nicht Preußen Süddeutschland, sondern vielmehr Süddeutschland Preußen bedürfe, und daß es im eigenen Interesse der süddeutschen Staaten liege, ihren Anschluß an den Norddeutschen Bund zu bewirken. Wenn sodann hinzugefügt wurde, daß unter den obwaltenden Umständen ein einzelner Staat nicht ohne Rücksicht auf die anderen mit aller Entschiedenheit vorgehen könne, und daß zuvor eine Vereinbarung zwischen sämmtlichen süddeutschen Regierungen anzustreben sei, so schien das völlig aus dem Sinne Bismarck's gesprochen. Denn als im norddeutschen Reichstage die nationalliberale Partei den Versuch machte, die Regierung im Interesse der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu entgegenkommenden Schritten zu drängen, wies der Bundeskanzler dieses Verlangen ausdrücklich zurück; der bezeichnende Vergleich, dessen er sich dabei bediente — „man dürfe die Milch nicht sauer werden lassen, indem man den Rahm abschöpfe" — ließ über die Gründe, welche ihn zu seiner ablehnenden Haltung bestimmten, kaum einen Zweifel bestehen.

In der richtigen Erkenntniß, daß die mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse den süddeutschen Staaten nicht nur Ansprüche, sondern auch Verpflichtungen auferlegten, hatte die badische und — wie gleich an dieser Stelle erwähnt werden mag — auch die württembergische und bayerische Regierung alsbald die theilweise Umgestaltung des Heerwesens nach preußischem Muster in Angriff genommen. Natürlich war aber diese Umgestaltung nicht, ohne größere materielle und persönliche Opfer als bisher von der Bevölkerung zu fordern, durchzuführen.

Doch wurde im Großherzogthum Baden, wo man die Verhältnisse eben am unbefangensten betrachtete, die schwerere Belastung ziemlich willig getragen und nur als ein weiterer Grund dafür ins Feld geführt, daß der Eintritt des Landes in den Norddeutschen Bund möglichst zu beschleunigen sei; denn wenn die Bevölkerung die Lasten desselben trage, so habe sie auch begründeten Anspruch darauf, an den Rechten und Vortheilen Theil zu nehmen, welche derselbe seinen Mitgliedern gewähre.

In Württemberg dagegen wurde gerade die größere Militärlast von den Preußenfeinden, die noch in diesem Lande entschieden in der Mehrheit waren, als wirksamstes Agitationsmittel benutzt. Die kleine konservativ-partikularistische Partei, als deren Hauptvertreter der Minister Freiherr von Varnbüler gelten konnte, und die sehr zahlreiche großdeutsch-demokratische Volkspartei stimmten bei aller Verschiedenheit des Parteistandpunktes in ihrer schroffen Abneigung gegen Preußen und den Norddeutschen Bund überein.

Die Ultramontanen, die auch im Großherzogthum Baden in allerdings vergeblichem Ankämpfen gegen die deutschnationalen Bestrebungen sich unrühmlich hervorthaten, ließen den genannten beiden Parteien bei ihren preußenfeindlichen Agitationen ihre thatkräftige Unterstützung zutheil werden, und die württembergischen Deutschnationalen, von allen Seiten verfolgt, geschmäht und verleumdet, hatten deshalb einen schweren Stand, um so mehr, da auch der König von Württemberg mit seinen Sympathien entschieden auf Seiten ihrer Gegner stand. Aber wenn auch der König im Grunde nichts weniger als preußenfreundlich war, so hielt er sich doch andererseits an die Verträge, welche er mit Preußen geschlossen hatte, und an das Schutz- und Trutzbündniß, welches ihn mit der norddeutschen Großmacht verband, fest und unwiderruflich gebunden, und seinem Wunsche gemäß wurde die nothwendige Umgestaltung des württembergischen Heerwesens nach preußischem Vorbilde durch den Kriegsminister Wagner mit Eifer und Nachdruck betrieben. Gegen diesen Letzteren richtete sich deshalb in erster Linie der Haß der demokratischen Volkspartei, die es in der zweiten Kammer der Volksvertretung schließlich durchzusetzen wußte, daß ihm die zur Durchführung der begonnenen Heeresreorganisation erforderlichen Geldmittel verweigert wurden. Der Kriegsminister reichte darauf seine Entlassung ein, und da ihm dieselbe ertheilt wurde, glaubte die demokratische Partei nun gewonnenes Spiel zu haben. Aber es harrte ihrer eine schwere Enttäuschung. Durch die rücksichtslose Offenheit, mit welcher die Volkspartei in der württembergischen Kammer ihren republikanischen Standpunkt vertrat und mehr oder minder deutlich die Errichtung einer südwestdeutschen Republik als das endliche Ziel ihrer Bestrebungen hinstellte, hatte sie sich den berechtigten Unwillen des Königs zugezogen, und da dieser, wie bemerkt, an den mit Preußen geschlossenen Verträgen ohnehin festzuhalten entschlossen war, so erhielt der zurückgetretene Kriegsminister in dem Oberst von Suckow einen noch entschiedeneren Nachfolger. Gleichzeitige weitere Aenderungen im württembergischen Ministerium gaben innerhalb desselben der deutschnationalen oder wenigstens der gemäßigt partikularistischen Richtung eine kräftige Vertretung und ließen eine erfreuliche Annäherung der württembergischen Regierung an Preußen und den Norddeutschen Bund zweifellos erscheinen. Die demokratische Partei, welche durch ihr republikanisches Treiben zu dieser erfreulichen Wandlung wider Willen am meisten beigetragen hatte, machte zwar ihrem Unmuth darüber in der lärmendsten Weise Luft, aber eine wenn auch nur allmähliche günstige Rückwirkung des Geschehenen auf die Parteiverhältnisse im württembergischen Lande ließ sich gleichwol mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten.

Bayerische Zukunftspläne. Aehnlich wie in Württemberg lagen die Verhältnisse in Bayern, nur daß hier die von Völk, Brater, Barth u. A. geführte deutschnationale Partei von vornherein über einen weit größeren Anhängerkreis gebot, und daß hier auch nicht eine großdeutsch-demokratische, sondern die katholisch-ultramontane Partei die Führung der partikularistischen Opposition übernahm. Dagegen war der junge König Ludwig II. (seit 1864), zum Theil im Gegensatz zu den Prinzen des Königshauses, von zweifellos nationaler Gesinnung, die dadurch nicht beeinträchtigt wurde, daß er im Einverständniß mit den Räthen seiner Krone für den dereinstigen Anschluß Bayerns als des zweitgrößten deutschen Staates an den Norddeutschen Bund einige besondere Zugeständnisse und Vorrechte in Anspruch nahm. An Stelle des Ministers von der Pfordten, der wegen seiner politischen Vergangenheit der preußischen Regierung nicht sehr genehm sein konnte, berief König Ludwig bereits im Dezember 1866 den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst — jetzt Botschafter des Deutschen Reiches in Paris — in das bayerische Ministerium des Auswärtigen und ließ auch die beschleunigte Umbildung des bayerischen Heerwesens nach preußischem Muster ins Werk setzen. Allerdings schwebte dem Fürsten von Hohenlohe das Ziel der fortschreitenden Einigung Deutschlands in anderer Gestalt vor als dem leitenden preußischen Minister; dem Norddeutschen Bunde unter preußischer dachte er einen Süddeutschen unter bayerischer Führung zur Seite zu stellen und dann

die Vereinigung beider zu einem größeren Ganzen zu erstreben, in welchem als drittes Glied womöglich auch Oesterreich wieder Platz finden sollte. Die Selbständigkeit der Südstaaten sollte dabei möglichst gewahrt, die gemeinsamen Angelegenheiten aber auf das unumgänglich Nothwendige beschränkt, und selbst die Berathung und Beschlußfassung über diese letzteren sollten nicht einem gemeinsamen Parlament, sondern den Ständekammern der einzelnen süddeutschen Staaten überwiesen werden. Aber der bayerische Minister selbst betrachtete diesen Plan nicht als einen solchen, an dem unabänderlich und unter allen Umständen festzuhalten sei. Den Gedanken, daß Bayern sich jemals im Gegensatz zu Preußen an Oesterreich oder gar an Frankreich anschließen könne, wies er mit aller Entschiedenheit zurück; nach seiner Meinung mußte Bayern in irgend einer Form den Anschluß an Preußen suchen, zugleich aber für sich und für die übrigen süddeutschen Staaten möglichst viele Sonderrechte zu erhalten streben. Im bayerischen Abgeordnetenhause fand Fürst Hohenlohe für sein Programm nun ausreichende Unterstützung; denn wenn auch viele Deutschnationale einen rückhaltloseren Eintritt Bayerns in die deutsche Einheitsbewegung gewünscht hätten, so gingen sie doch, um zunächst das Erreichbare zu sichern, Hand in Hand mit den eigentlichen Anhängern der Regierung, die dadurch den unversöhnlichen Ultramontanen gegenüber eine entscheidende Mehrheit erlangte. In der ersten Kammer, dem Reichsrathe, wo neben der hohen Geistlichkeit auch die konservativ-partikularistische Partei stark vertreten war, war das Stimmenverhältniß zwar ein weniger günstiges, aber der starke Rückhalt, welchen Fürst Hohenlohe an dem ihm gleichgesinnten Könige hatte, glich hier die geringere Zahl seiner Anhänger vollständig aus.



Chlodwig Karl Viktor, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Allein die Aussichten für die vollständige Verwirklichung des bayerischen Planes waren doch von vornherein sehr gering. Daß Preußen die Wiederaufnahme Oesterreichs in einen engeren oder weiteren Deutschen Bund in irgend einer Form jemals zugeben werde, mußte als ausgeschlossen gelten; vor der Hand schien nicht einmal eine wirkliche freundschaftliche Annäherung möglich, so lange Herr von Beust an der Spitze des österreichischen Ministeriums des Auswärtigen stand. Der Eifer, mit welchem dieser in der Luxemburger Frage für die Erhaltung des Friedens eingetreten war, konnte die preußische Regierung über seine wahre Gesinnung nicht täuschen, und die intimen Beziehungen, welche das österreichische Ministerium des Aeußeren nach wie vor zum französischen Hofe unterhielt, ließen nicht daran zweifeln, daß dasselbe auch jetzt noch gegen Preußen und den Norddeutschen Bund intriguirte. Aber nicht einmal unter den süddeutschen Staaten war ein Einvernehmen über die bayerischen Vorschläge zu erzielen. Nur die württembergische Regierung hätte sich allenfalls zur unveränderten Annahme derselben bereit finden lassen, während im Großherzogthum Hessen die Volksvertretung und im Großherzogthum Baden

Regierung und Volksvertretung zusammen sehr ernste Bedenken dagegen erhoben. Daß der Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde die Bildung eines engeren Süddeutschen Bundes vorangehe, dagegen hatte die badische Regierung an sich nichts einzuwenden, wie ja auch das Recht, einen solchen Bund zu schließen, den süddeutschen Staaten im Prager Frieden ausdrücklich gewährleistet worden war. Aber mit der von Bayern geforderten Beschränkung der gemeinsamen Angelegenheiten auf das Allernothwendigste und vor Allem mit dem Verzicht auf eine gemeinsame parlamentarische Vertretung konnte sich die badische Regierung nicht befreunden. Die von bayerischer Seite behufs Abschluß eines „Verfassungsbündnisses der süddeutschen Staaten" eingeleiteten Verhandlungen verliefen infolge dessen ergebnißlos, da Bayern mit gutem Grunde die völlige Isolirung scheute, welcher es sich offenbar ausgesetzt hätte, wenn es mit Württemberg allein einen Sonderbund auf Grund seiner Vorschläge eingegangen wäre.

In Preußen konnte man, da man hier auf Baden und Hessen in jedem Falle rechnen durfte, der Entwicklung der Dinge in Süddeutschland mit Ruhe entgegensehen. Ein süddeutscher Sonderbund mit eigener, nur für die Südstaaten gemeinsamer parlamentarischer Vertretung hätte für Preußen durchaus nichts Bedenkliches gehabt, da dann, wie Bismarck einmal im norddeutschen Reichstage erklärte, die beiden Parlamente nördlich oder südlich vom Main über kurz oder lang in einander geflossen wären „wie die Wasser des Rothen Meeres nach dem Durchzuge der Kinder Israel". Ohne eine gemeinsame parlamentarische Vertretung konnte aber ein süddeutscher Sonderbund wegen der Weigerung Badens und Hessens nicht zu Stande kommen, und die volle Erreichung des Zieles, wie es Bismarck vorschwebte, konnte schon wenige Monate nach dem Kriege als völlig gesichert gelten, wenn sich auch über den Zeitpunkt der einstigen Verwirklichung vorerst kein ganz bestimmtes Urtheil bilden ließ. Gleichwol hielt es Bismarck für angezeigt, weiteren vergeblichen Bemühungen des bayerischen Ministers rechtzeitig zuvorzukommen. Den süddeutschen Staaten bei ihrem Anschluß an den Norddeutschen Bund einige wesentliche Zugeständnisse zu machen, schien ihm keineswegs sehr bedenklich; aber eine gemeinsame parlamentarische Vertretung, die er als die kräftigste Stütze des nationalen Gedankens erkannt hatte, galt ihm als die Grundbedingung der fortschreitenden Einigung Deutschlands. Die süddeutschen Gegner einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung durch Gegengründe von der Unhaltbarkeit ihrer Ansicht überzeugen und allmählich belehren zu wollen, wäre ein langsamer und mühevoller Weg gewesen; viel mehr empfahl es sich, durch geeignete Mittel die Widerstrebenden praktisch in das neue Verhältniß hinüberzuleiten, und die zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten bestehenden Zollvereinsverträge boten zu diesem Zwecke eine vortreffliche Handhabe.

Die letzte Zollvereinskonferenz. Das Fortbestehen der Zollvereinsverträge hatte sich im Laufe der Jahre sozusagen als eine Existenzbedingung für die süddeutschen Staaten herausgestellt, und sie waren deshalb auch alsbald nach dem Kriege aufs Neue verlängert worden, aber nur auf unbestimmte Zeit und mit dem Vorbehalt einer halbjährlichen Kündigungsfrist. Diesen letzteren Vorbehalt hatte natürlich Preußen gemacht, und es läßt sich annehmen, daß Bismarck von vornherein solche Möglichkeiten im Auge hatte, wie diejenige, welche jetzt eingetreten war. In der halbjährlichen Kündigungsfrist der Zollvereinsverträge besaß die preußische Regierung ein wirksames Mittel, um jederzeit einen starken und doch nicht gerade gehässigen Druck auf die süddeutschen Staaten auszuüben, und Angesichts des Widerstrebens, welches namentlich in Bayern gegen eine gemeinsame deutsche Volksvertretung zu Tage trat, glaubte Bismarck den Augenblick gekommen, da von diesem Mittel im wohlverstandenen Interesse des gesammten deutschen Vaterlandes Gebrauch zu machen sei. Im Mai 1867 ging den süddeutschen Regierungen die Mittheilung des Bundeskanzlers zu, daß mit Zustimmung des Bundesrathes am 1. Juli die Kündigung der Zollvereinsverträge für den 1. Januar 1868 erfolgen werde, da es die

Absicht der Bundesregierung sei, den Zollverein auf anderen, gesicherteren Grundlagen neu zu organisiren; einer auf den 3. Juni anberaumten Zollkonferenz sollten die neuen Verträge zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Nachdem die Minister der vier süddeutschen Staaten — Hohenlohe, Varnbüler, Dalwigk und Freydorff — am genannten Tage zur Zollkonferenz in Berlin eingetroffen waren, legte ihnen Bismarck seinen Vertragsentwurf vor, welcher, allerdings mit einigen Abänderungen und Erweiterungen, im Wesentlichen die von liberaler und nationaler Seite bereits seit Jahren geforderten Bestimmungen enthielt. Die bisher bestandene Zollkonferenz mit je einem gleichberechtigten Vertreter der einzelnen Staaten und das absolute Veto dieser letzteren sollte aufgehoben und die Zollgesetzgebung fortan einem Zollbundesrathe und einem Zollparlamente übertragen werden. Um als Zollbundesrath in Thätigkeit zu treten, sollte der bestehende Bundesrath des Norddeutschen Bundes durch eine angemessene Zahl von süddeutschen „Regierungsbevollmächtigten für Zoll- und Handelsangelegenheiten" verstärkt werden und in dieser Zusammensetzung mit einfacher Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen. In ähnlicher Weise sollte auch das Zollparlament aus dem Norddeutschen Reichstage hervorgehen; wie für diesen sollte auch in Süddeutschland auf je 70,000 Seelen ein Vertreter auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung gewählt werden, und die Gewählten sollten mit den Reichstagsabgeordneten in besonderen Sitzungen als Zollparlament zusammentreten. Rechte und Befugnisse des Zollparlaments dem Zollbundesrathe gegenüber und umgekehrt sollten sich nach den für den Bundesrath und den Reichstag des Norddeutschen Bundes giltigen Bestimmungen richten.

Wie nicht anders zu erwarten war, erklärte sich Baden mit dem preußischen Vorschlage, der neben seiner hohen praktischen Bedeutung für die segensreiche Fortentwicklung des Zollvereins unverkennbar auch einen nationalen Hintergrund hatte, sofort einverstanden; auch die württembergische Regierung setzte sich diesmal mit schnellem Entschluß über alle partikularistischen Bedenken hinweg. Nach einigem Zögern gab dann auch Hessen eine zustimmende Erklärung, und nur der Vertreter der bayerischen Regierung erhob eine Reihe von Einwendungen gegen die vorgeschlagene Form der Verträge. Bismarck ließ sich zu einigem Entgegenkommen gern bereit finden. Es wurden Bayern im Zollbundesrath statt der ursprünglich in Aussicht genommenen vier Stimmen deren sechs zuerkannt und die Zusicherung ertheilt, daß die gemeinsamen Vertretungskörper sich ausschließlich mit Zoll- und Handelsangelegenheiten zu befassen haben sollten; gewissermaßen als ein greifbares äußeres Zeichen dieser Beschränkung wurde eben auf den Vorschlag Bayerns für jene Vertretungskörper die Bezeichnung Zollbundesrath und Zollparlament gewählt. Nachdem dann der bayerische Minister noch durchgesetzt hatte, daß das Zollparlament durchaus unabhängig vom Norddeutschen Reichstage auch seine Geschäftsordnung und Disziplin selbständig zu regeln und auszuüben habe, wurde die letzte Zollkonferenz geschlossen und am 8. Juli 1867 von den Vertretern aller vier süddeutschen Staaten, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landtage, die neuen Verträge unterzeichnet. Dieselben sollten am 1. Januar 1868 in Kraft treten und auf acht Jahre, also bis zum 31. Dezember 1876, Giltigkeit haben.

Die Landtage von Baden und Hessen ertheilten natürlich ohne jedes Zögern und mit großen Mehrheiten die geforderte Zustimmung, und auch im bayerischen Abgeordnetenhause fand sich dafür eine entschiedene Mehrheit. Dagegen machte in der ersten bayerischen Kammer eine Mehrheit der Reichsräthe Miene, den Vertrag zu verwerfen, wenn nicht Bayern zum mindesten das absolute Veto, welches es in Zollvereinssachen bisher gehabt hatte, auch fernerhin zugestanden würde. An ein solches Zugeständniß, welches gerade die Grundlage der beabsichtigten neuen Organisation des Zollvereins erschüttert hätte, war natürlich nicht im Entferntesten zu denken. Eine offene, rundweg ablehnende Erklärung Bismarck's ließ darüber keinen Zweifel bestehen, und der Reichsrath mußte sich endlich wohl oder übel zur Anerkennung des Vertrages bequemen, die von der öffentlichen Meinung

des Landes stürmisch gefordert und auch von dem deutschgesinnten König Ludwig selbst mit Aufbietung seines ganzen persönlichen Einflusses unterstützt wurde.

Auch in Württemberg, wo namentlich die großdeutsch-demokratische Partei den neuen Zollvereinsvertrag mit wahrer Erbitterung bekämpfte, überzeugte man sich jetzt, daß ferneres Sträuben völlig vergeblich sei. Die württembergischen Kammern ertheilten ihre verfassungsmäßige Zustimmung, und am 6. November 1867 wurden die neuen Verträge von allen Betheiligten endgiltig vollzogen. Daß dabei gleichzeitig die bestehenden Schutz- und Trutzbündnisse aufs Neue bekräftigt und befestigt wurden, verlieh dem wichtigen Akte noch eine ganz besondere nationale Bedeutung.

Die Wahlen zum Zollparlament. Die Opposition hatte das Zustandekommen der neuen Zollvereinsverträge nicht zu verhindern vermocht; dafür setzte sie jetzt bei den zu Anfang des Jahres 1868 stattfindenden Wahlen zum ersten deutschen Zollparlament alle Hebel in Bewegung, um wenigstens eine möglichst große Zahl von Vertretern ihrer Richtung in dasselbe zu entsenden, und in dieser Beziehung hatten bedauerlicher Weise ihre Bemühungen einen fast überraschenden Erfolg. Nur im Großherzogthum Hessen fielen die Wahlen einigermaßen zu Gunsten der deutsch-nationalen Partei aus, die vier ihrer Anhänger durchbrachte und nur zwei Sitze an die preußenfeindliche Richtung verlor. Dagegen hatte in Baden, wo man am ersten ein günstiges Ergebniß hätte erwarten dürfen, die ultramontane Partei eine vorübergehende Entzweiung zwischen der Regierung und ihren Anhängern und andere zufällige Umstände so nachdrücklich zu erfolgreicher Agitation auszunützen verstanden, daß hier neben acht Deutschnationalen nicht weniger als sechs erklärte Preußenfeinde gewählt wurden. Noch viel ungünstiger war der Ausfall der Wahl im Königreich Württemberg. Hier, wo die Ultramontanen und die Führer der Demokratie mit ihren gehässigen Schlagworten die Massen beherrschten, wurde diesmal nicht ein einziger Deutschnationaler, sondern neben 11 entschiedenen Preußenfeinden nur 6 Anhänger der vermittelnden Regierungspartei gewählt. Auch in Bayern, wo allerdings nicht die Demokraten, aber umsomehr die Ultramontanen ins Gewicht fielen, erlitt die deutschnationale Partei eine empfindliche Niederlage: 26 entschiedenen Gegnern und 9 Anhängern der gemäßigten Regierungspartei hatte sie nur 12 Vertreter ihrer eigenen Richtung gegenüber zu stellen. Das Gesammtergebniß der süddeutschen Wahlen — 46 Anhänger der entschiedenen Opposition, 24 Deutschnationale und 15 Anhänger der vermittelnden Richtungen — war also nichts weniger als erfreulich. Aber die geschlossene, national gesinnte Majorität, welche aus dem Norddeutschen Reichstag in das Zollparlament übertrat, war glücklicherweise stark genug, um allen Versuchen, die gedeihliche Fortentwicklung des neuen deutschen Zollvereins zu verhindern, wirksam entgegenzutreten.

Zusammentritt des ersten Zollparlaments. Die erste Session des deutschen Zollparlaments wurde am 27. April 1868 von König Wilhelm in Person mit einer warm empfundenen, hoffnungsfreudigen Ansprache eröffnet. Zu ihrem ersten Vorsitzenden wählte die Versammlung den Präsidenten des Norddeutschen Reichstages, Eduard Simson, dem der bayerische Minister Fürst Hohenlohe und der freikonservative Herzog von Ujest als Vizepräsidenten zur Seite traten. Unter ihrer Leitung begannen alsbald die Berathungen über das neue Zollvereinsgesetz, das nach mancherlei Zwischenfällen in der zweiten Session des Parlaments (1. Juli 1869) zu Stande gebracht wurde und am 1. Januar 1870 in Wirksamkeit trat. Diese Berathungen wurden durch die oppositionelle süddeutsche Fraktion, der sich zum Theil auch die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung des Norddeutschen Reichstages anschloß, allerdings vielfach erschwert, und mehr als einmal platzten in erregten Debatten die Gegensätze auf einander, ohne daß jedoch diese heftige Opposition den schließlichen Erfolg der Verhandlungen des Zollparlaments wesentlich zu beeinträchtigen vermochte. Nur in einer Hinsicht blieben die Erwartungen, welche das patriotische Deutschland an das Zollparlamten geknüpft hatte, unerfüllt.

Die nationale Partei hatte gehofft, daß die Verhandlungen des Zollparlaments die ihnen gezogenen engen Grenzen bald überschreiten, daß sie unwillkürlich und unwiderstehlich auf das Gebiet der allgemeinen deutschen Politik hinüberdrängen und daß sich so auf durchaus naturgemäßem Wege aus dem Zollbund allmählich ein Vollbund, aus dem Zollparlament ein Vollparlament entwickeln werde. Aber diese Hoffnung wurde durch die Haltung der süddeutsch-partikularistischen Mitglieder des Zollparlaments vereitelt. Mit kleinlicher Eifersucht wachten diese darüber, daß die Verhandlungen des Zollparlaments sich durchaus auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik beschränkten, daß dieselben möglichst trocken und geschäftsmäßig geführt und daß womöglich jede nationale Anspielung aus den Debatten fern gehalten wurde. Mit heftigem Widerspruch, welcher sich sogar bis zur Austrittsdrohung verstieg, wußten sie es durchzusetzen, daß eine von den Nationalliberalen vorgeschlagene Adresse an König Wilhelm als Erwiederung auf seine Eröffnungsansprache abgelehnt wurde, und auch sonst nahmen die extremen süddeutschen Demokraten und Ultramontanen jede Gelegenheit wahr, jede andere Gemeinsamkeit als die der wirthschaftlichen Interessen zwischen dem Norddeutschen Bunde und Süddeutschland ausdrücklich abzulehnen. Ja, ein Württemberger wagte sogar, die nationalen Kundgebungen der norddeutschen Mitglieder des Zollparlaments als unerlaubte Uebergriffe zu bezeichnen und dabei in verständlicher Anspielung auf Frankreich als auf diejenige Macht hinzuweisen, die gegen solche Uebergriffe unter Umständen Einspruch erheben könnte. Aber diesem Redner ließ Bismarck selbst die gebührende Abfertigung zutheil werden. „Ich gebe dem Herrn zu bedenken“, sagte er, „daß der Appell an die Furcht im deutschen Herzen niemals ein Echo findet“ — und der stürmische Beifall, den seine Worte auch bei der großen Mehrzahl der süddeutschen Abgeordneten hervorriefen, war ein vollgiltiges Zeugniß dafür, daß der nationale Gedanke auch im Süden des deutschen Vaterlandes eine feste Stätte gefunden hatte.



Martin Eduard Simson, Präsident des Zollparlaments.

Auch der nationalliberale süddeutsche Abgeordnete Dr. Völk erntete lauten Beifall, als er eine bei einem ähnlichen Anlaß gehaltene Rede mit den erhebenden Worten schloß: „Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation, und zwar in allen ihren Bestandtheilen, eine so entwicklungsfähige, so edle, so zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe unzweifelhaft entgegengeht. Es hat mich daher das Wort eines Mitgliedes dieses Hauses außerordentlich gefreut. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch noch Einzelne sich mit Schneebällen werfen, wird das nicht lange mehr dauern, und der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneeballen bald das Material ausgeht!“ — Auch ich will, meine Herren, mit den Worten schließen: Es ist Frühling geworden in Deutschland!“

Bei dem glänzenden Gastmahle, welches anläßlich des Tagens des ersten deutschen Zollparlaments die Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft in der neuen Börse veranstaltet hatten, richtete Graf Bismarck an die Süddeutschen die Worte: „Mögen Sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause

nehmen, daß Sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens; möge jedes erneuerte Zusammensein dieses Bewußtsein stärken!" Fürst Hohenlohe brachte auf die Vereinigung aller deutschen Stämme einen Trinkspruch aus, und Völk erwiederte auf die Rede Bismarck's: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke diesen Mann in dem Grafen Bismarck!"

Eine allgemeine Festfahrt der Mitglieder des Bundesraths und des Zollparlaments nach Kiel, wo sie die Flaggen der jungen norddeutschen Kriegsflotte lustig flattern sahen, und nach Hamburg, dem norddeutschen Handelsemporium, gab den süddeutschen Abgeordneten die besten Eindrücke und angenehme Erinnerungen in die Heimat mit.



Die Mitglieder des Zollparlaments in Kiel. Zeichnung von H. Lüders.

Der deutsche Einheitsgedanke war trotz aller widerstrebenden Elemente durch diese erste Session des Zollparlaments mächtig gefördert worden; es hatte sich in ganz unverkennbarer Weise gezeigt, daß das deutsche Volk im Süden wie im Norden noch lebhafter nach dem gemeinsamen Ziele der deutschen Macht und Einheit verlangte als nach der bloßen Gemeinsamkeit der materiellen Interessen, und Manche, die während der Hinfahrt nach Berlin nur von Baumwolle, Tabak u. s. w. geträumt hatten, konnten, nach des Ministers von Varnbüler Geständniß, sich jetzt doch nicht mehr der Ueberzeugung verschließen, daß die Worte Völk's kein leerer Schall waren, sondern daß man in Wahrheit sagen konnte: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!"

Die praktischen Ergebnisse der ersten Session des Zollvereins wurden, wie schon bemerkt, durch die gelegentlichen Zwischenfälle, zu welchen die widerstrebende Haltung eines Theils der süddeutschen Abgeordneten Anlaß gab, nicht wesentlich beeinträchtigt. Außer dem

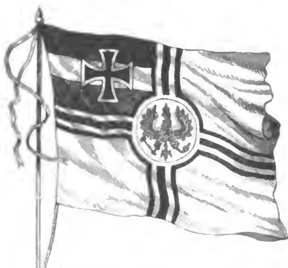
neuen Zollvereinsgesetz wurden zahlreiche wichtige Vorlagen des Zollbundesraths über Erhöhung und Erniedrigung bereits bestehender, über Abschaffung alter oder Einführung neuer Steuern zumeist zu allseitiger Zufriedenheit erledigt. Auch die Sessionen der Jahre 1869 und 1870 führten in dieser Beziehung zu erfreulichen Ergebnissen. Die günstige Einwirkung der neuen Organisation des Zollvereins und seiner in der Hauptsache gemäßigt freihändlerischen Zollpolitik machte sich bald überall fühlbar, und dem Präsidenten des Bundeskanzleramts, Rudolf Delbrück, der in allen Zoll- und Handelsangelegenheiten so zu sagen die rechte Hand Bismarck's war, wurde für seine umsichtige, alle Schwierigkeiten vorsichtig aus dem Wege räumende Leitung dieses Ressorts allgemeine Anerkennung zutheil. — Doch auch der Frühling hat seine Stürme und Regenschauer. Bereits in demjenigen Abschnitt der zweiten Session des Reichstags (seit 23. März), welcher dem Zollparlament vorausging, hatten sich leichte Wölkchen gezeigt. Die Schulden, welche der junge Norddeutsche Bund gemacht, gaben die Veranlassung dazu. Bereitwillig hatte der Reichstag in seiner ersten Session die Zehnmillionen-Anleihe zur Ausbildung der norddeutschen Marine bewilligt. Als nunmehr der Bundeskanzler dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Bundesschuldenverwaltung vorlegte, da verlangte dieser — gemäß einem Antrage des Abgeordneten Miquel und Genossen — eine Ergänzung des Entwurfes durch die Bestimmung, daß sowol der Bundesrath als der Reichstag berechtigt sein sollten, die Beamten der Bundesschuldenverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Der Bundeskanzler sah in diesem Antrag Miquel's einen Ausdruck des Mißtrauens und ein Streben nach Machterweiterung seitens des Reichstages und erklärte, im Fall der Annahme desselben den ganzen Gesetzentwurf zurückziehen zu müssen. Das Erwartete geschah: der Antrag wurde angenommen (mit 131 gegen 114 Stimmen) und der Gesetzentwurf zurückgezogen; zugleich wurde Befehl gegeben, die auf Grund jener Anleihe begonnenen Arbeiten für die Marine einzustellen. Doch machte der Sieg auf die Dauer auch die Sieger nicht froh. Mancher leise Vorwurf, den sie bei der Festfahrt der Zollparlamentsmitglieder darüber hören mußten, daß das so stolz begonnene Werk durch ihre Mitschuld ins Stocken gekommen war, weckte auch bei ihnen den lebhaften Wunsch nach einem Ausgleich. Gern betraten sie daher den Boden des Kompromisses, welchen die Regierung ihnen bei der Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen nach dem Schlusse des Zollparlaments vorschlug, indem sie in einer neuen Gesetzvorlage (10. Juni) die Uebertragung der Oberaufsicht über das Bundesschuldenwesen an die bewährte Hauptverwaltung der preußischen Staatsschulden beantragte, welch letztere zu diesem Zwecke durch einige Mitglieder des Bundesraths und des Reichstages verstärkt werden sollte. Das Gesetz wurde (mit 151 gegen 42 Stimmen) angenommen, und die Entwicklung der jungen Marine nahm wieder ihren ungehemmten Fortgang. — Eine gewisse nationale Annäherung der Mehrheit der süddeutschen Mitglieder des Zollparlaments an



Martin Friedrich Rudolf Delbrück.

ihre norddeutschen Kollegen hatte während der Session des Jahres 1868 unzweifelhaft stattgefunden; aber immerhin waren die widerstrebenden oder ganz unversöhnlichen Elemente noch zahlreich genug, und auch die zweite und dritte Session des Zollparlaments (1869 und 1870) brachte darin noch keine durchgreifende Aenderung zu Wege. Die Zustände in Deutschland boten in dieser Beziehung in den genannten beiden Jahren ein eigenthümliches Bild. Während auf der einen Seite die nationale Begeisterung sich stärker und stärker regte und ungestüm auf die Erreichung des vorschwebenden Zieles hindrängte, während patriotische Kundgebungen, wie die, zu welchen im Jahre 1867 eine Reise König Wilhelm's durch Süddeutschland, 1868 die feierliche Enthüllung des prächtigen Lutherdenkmals in Worms und späterhin 1869 auch die Einweihung des Kriegshafens zu Wilhelmshaven Anlaß gaben, in ganz Deutschland lauten Wiederhall fanden und ähnliche sich allerorten wiederholten, nahmen die Gegner der nationalen Einigung Deutschlands zum letzten Ansturm gegen Das, was sich unabänderlich und unwiderruflich erfüllen mußte, noch einmal alle ihre Kräfte zusammen. Und in der That errangen sie diesmal in Bayern, in Württemberg und selbst in Baden einen kurzen Erfolg.

In Baden freilich schlossen sich die Regierung und die deutschnationale Partei bald wieder eng an einander an und stellten dadurch das alte erfreuliche Verhältniß wieder her. In Württemberg, wo die demokratisch-ultramontane Mehrheit der zweiten Kammer im Jahre 1869 die Entlassung eines national gesinnten Mitgliedes des Ministeriums durchsetzte, brachte sich die siegreiche Partei durch eigene Schuld um die Früchte ihres Erfolges, und die Sache nahm dort, wie an anderer Stelle bereits kurz erwähnt, die überraschende Wendung, daß der König die nationale Partei in seinem Ministerium noch mehr verstärkte. Etwas nachhaltiger war der Sieg, welchen die vorwiegend aus Ultramontanen bestehende Gegenpartei unter ihrem Führer Jörg in Bayern errang. Die im Jahre 1869 stattfindenden zweimaligen Neuwahlen zur zweiten bayerischen Kammer gaben innerhalb derselben der ultramontanen Partei, die sich hier als die der „Patrioten" gerirte, eine entschiedene Majorität. Da auch die Mehrheit des Reichsraths partikularistisch gesinnt war, so mußte der national gesinnte bisherige Ministerpräsident Fürst Hohenlohe wohl oder übel um seine Entlassung ersuchen, und der König, der übrigens seine persönliche Unzufriedenheit mit dieser Wendung der Dinge nicht verhehlte, konnte nicht umhin, ihm dieselbe zu gewähren. Der den Anschauungen der Kammermehrheit näher stehende Graf Bray-Steinburg trat im März 1870 an die Spitze eines neuen Ministeriums, und die ultramontane Mehrheit der Volksvertretung machte sich eben daran, ihre zerstörende Thätigkeit zu beginnen, als der unerwartet schnelle Gang der Ereignisse im Westen den kurzen Sieg der unpatriotischen „Patrioten" auch hier wieder in eine Niederlage verwandelte.



Die Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes.



Auf der Weltausstellung zu Paris (Juni 1867). Zeichnung von H. Lüders.

Deutschland und Frankreich bis zum Ausbruch des Krieges.

Daß mit der friedlichen Beilegung der Luxemburger Streitfrage der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht eigentlich vermieden, sondern nur auf unbestimmte, vielleicht nur kurze Zeit hinausgeschoben war, das stand nicht nur für die Diplomaten vom Fach, sondern auch für die Mehrheit der beiderseitigen Bevölkerungen außer Frage. Für den Augenblick konnte freilich der Friede gesicherter als je zuvor erscheinen. Denn als ein Friedenswerk im eigentlichen Sinne des Wortes wurde im April 1867 die zweite große Weltausstellung in Paris eröffnet, und während die Franzosen über dem glänzenden Gelingen des Unternehmens fast die Niederlage vergaßen, welche die auswärtige Politik Frankreichs wieder einmal erlitten hatte, traf auch eine Zahl der Fürsten Europa's in der französischen Hauptstadt ein, um sich an dem glanzvollen Schauspiel des friedlichen Wettstreites der Nationen zu erfreuen und zugleich mit dem Kaiser Versicherungen friedlicher Gesinnung auszutauschen. Auch König Wilhelm begab sich, vom Kronprinzen und von Bismarck und Moltke begleitet, in den ersten Tagen des Juni nach Paris, und der glänzende Empfang, welchen ihm Napoleon bereitete, konnte fast vergessen machen, daß die beiden mächtigen Fürsten nahe daran gewesen waren, sich als Feinde mit den Waffen in der Hand gegenüber zu treten. Doch spann Napoleon auch in diesen Tagen seine politischen Intriguen weiter; namentlich ließ er es sich im Geheimen angelegen sein, den gleichzeitig mit König Wilhelm in Paris anwesenden Zaren Alexander II. von Rußland für sich und seine Pläne einzunehmen und dadurch womöglich das zwischen Preußen und Rußland bestehende innige Einvernehmen zu erschüttern. Allein dieses Einvernehmen beruhte nicht nur auf einer gewissen Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen und auf der

Dankbarkeit, zu welcher sich die russische Regierung der preußischen für ihre Haltung in den Jahren 1854 und 1855, und mehr noch im Jahre 1863 verpflichtet fühlte, sondern vor Allem auch auf der persönlichen Zuneigung und Freundschaft, welche Alexander II. stets mit König Wilhelm verbunden hatte. An dieser scheiterten denn auch alle Bemühungen Napoleon's, und der üble Eindruck eines Attentats, welches auf den Kaiser von Rußland während seines Aufenthalts in Paris von einem polnischen Flüchtling ausgeführt wurde, konnte auf seine Stimmung gegen Frankreich nur ungünstig einwirken. Hatten doch gerade die Franzosen sich von jeher als die berufenen Freunde und Beschützer des polnischen Volkes gerirt, ja Napoleon selbst hatte noch im Jahre 1863 nicht übel Lust gezeigt, die Sache Polens zu seiner eigenen zu machen und der russischen Regierung in der polnischen Frage ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Da nun die Möglichkeit, Rußland in die Interessen Frankreichs hineinzuziehen oder auch nur das freundschaftliche Verhältniß zwischen diesem Staate und Preußen zu lockern, vorerst ausgeschlossen schien, zeigte sich Napoleon um so eifriger bemüht, die durch die Berufung Beust's in das österreichische Ministerium eingeleitete Verbindung mit Oesterreich möglichst zu befestigen und sich die österreichische Bundesgenossenschaft für den Fall eines Krieges mit Preußen zu sichern.

Die Salzburger Zusammenkunft. Von Seiten Oesterreichs kam man ihm dabei auf mehr als halbem Wege entgegen. Die beabsichtigte Reise des Kaisers Franz Joseph nach Paris war infolge des Eintreffens der Nachricht von dem unglücklichen Schicksal des Kaisers Maximilian von Mexiko natürlich unterblieben, da ja Napoleon in erster Reihe das traurige Ende des jungen Habsburgers verschuldet hatte. Aber der Wunsch, dereinst an der Seite eines mächtigen Bundesgenossen den Revanchekrieg gegen Preußen zu führen, dieses zu demüthigen und Oesterreich womöglich seine dominirende Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen — dieser Wunsch erwies sich in den österreichischen Regierungskreisen doch stärker als alle anderen Rücksichten, und als Napoleon im August 1867 dem Kaiser Franz Joseph eine Zusammenkunft in Salzburg vorschlug, kam diese ohne Schwierigkeiten zu Stande. Daß dieselbe offiziell als eine „Kondolenzvisite“ bezeichnet wurde, vermochte über ihre Bedeutung und ihren wirklichen Zweck nicht zu täuschen; man war in Deutschland nicht zweifelhaft darüber, was die beiden Monarchen mit einander besprachen und was bei den wiederholten langen Unterredungen Napoleon's mit dem Freiherrn von Beust geplant wurde. Indessen führten die Verhandlungen und Besprechungen doch nicht zu einem für beide Theile völlig befriedigenden Ergebniß. Die entschieden preußenfreundliche Haltung Rußlands mußte namentlich für Oesterreich eine dringende Mahnung zur Vorsicht sein, zumal ein großer Theil der eigenen Bevölkerung des Kaiserstaates sich ohnehin dem Gedanken eines österreichisch-französischen Bündnisses durchaus nicht gewogen zeigte. Bei den Deutsch-Oesterreichern, so schwer diese auch als gute Patrioten die Niederlage der österreichischen Waffen empfanden, hatte sich bald nach dem Kriege die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die schmerzhafte Operation der Trennung Oesterreichs von Deutschland nothwendig und im Grunde für beide Theile heilsam gewesen sei; nur wiederstrebend würden sie, zumal an der Seite des Erbfeindes der deutschen Nation, gegen die deutschen Stammesbrüder noch einmal ins Feld gezogen sein. Herr von Beust sah sich Napoleon gegenüber deshalb wieder zu dem Vorbehalt genöthigt, daß ein Krieg Frankreichs und Oesterreichs gegen Preußen jedenfalls nicht um einer *deutschen* Frage willen zum Ausbruche gebracht werden dürfe. Noch entschiedener fast als bei einem großen Theil der Deutsch-Oesterreicher trat in Ungarn, das allerdings recht eigentlich dem für Oesterreich unglücklichen Ausgange des Krieges von 1866 die endliche Erfüllung seiner nationalen Wünsche und damit ein hohes Maß staatlicher Selbständigkeit zu verdanken hatte, die Abneigung gegen ein österreichisch-französisches Bündniß zu Tage. Der leitende ungarische Staatsmann Graf *Andrassy*, der als Vertreter Ungarns bei der Salzburger Zusammenkunft zugegen war, sprach es Napoleon gegenüber unumwunden aus, daß dem ungarischen Volke der Plan

eines auf die Wiederherstellung der Machtstellung Oesterreichs in Deutschland gerichteten Revanchekrieges gegen Preußen im höchsten Grade unsympathisch sei und deshalb auch vom ungarischen Parlament bekämpft werden würde.

So standen also einem entschiedenen gemeinsamen Vorgehen der beiden preußenfeindlichen Mächte doch mancherlei Schwierigkeiten im Wege. Am unangenehmsten wurde dies in Oesterreich empfunden, wo die leitenden Regierungskreise und die immerhin starke Kriegspartei entschlossen waren, den Krieg gegen Preußen gleich zu beginnen, sobald nach der Vollendung der österreichischen Rüstungen eine günstige Gelegenheit dazu sich bieten würde. Napoleon war schon mit dem halben Ergebniß der Salzburger Zusammenkunft zufrieden: die Thatsache, daß die Zusammenkunft stattgefunden, erschien ihm dazu angethan, für seine politischen Zwecke Vortheil zu erzielen. Mit dem Kaiser Franz Joseph war er versöhnt, und da er auf den österreichischen Minister Freiherrn von Beust in jedem Fall rechnen konnte, so waren hinreichend zuverlässige Anknüpfungspunkte für später zu fassende Pläne gewonnen. Napoleon sah eben in der Salzburger Zusammenkunft und in der durch sie bewirkten offenen Anbahnung eines österreichisch-französischen Bündnisses zunächst nur ein Mittel zur Erreichung seines Hauptzweckes, von dem er freilich weder den Kaiser Franz Joseph noch den Minister desselben, Freiherrn von Beust, etwas merken ließ: durch die Zusammenkunft sollte die preußische Regierung in Unruhe versetzt und geneigt gemacht werden, auf Napoleon's „Kompensationspläne" einzugehen, d. h. einer beträchtlichen Gebietserweiterung Frankreichs auf Kosten Deutschlands oder Belgiens gutwillig ihre Zustimmung zu ertheilen. Napoleon kannte seine Franzosen. Gelang es ihm, auf welche Weise auch immer, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik einen glänzenden äußeren Erfolg zu erringen und Frankreich ein Stück deutschen oder belgischen Gebietes einzuverleiben, so war auch ohne einen Krieg die nationale Eitelkeit des französischen Volkes befriedigt, der täglich wachsenden Opposition der Boden unter den Füßen entzogen, und manche seiner Widersacher, die ihm bisher das Leben sauer und das Regieren schwer gemacht, fielen dann vor ihm nieder.

Die Franzosen faßten in der That die Salzburger Zusammenkunft von einer dem Kaiser Napoleon äußerst günstigen Seite auf. In der instinktiven Ueberzeugung, daß Preußen die Einverleibung eines deutschen Gebietsstreifens in Frankreich niemals gutwillig gestatten werde, sah das französische Volk in der offenen Annäherung Napoleon's an den Kaiser von Oesterreich den ersten Schritt zu einer entschiedenen kriegerischen Politik gegen Preußen, wie sie von der öffentlichen Meinung Frankreichs stürmisch verlangt wurde. Mit unverhohlener Freude sprach die französische Presse von dem österreichisch-französischen Bündniß, das doch noch gar nicht bestand, und mit unerhörter Heftigkeit wurde in allen möglichen Tonarten und unter allen möglichen Vorwänden aufs Neue zum Kriege gegen Preußen geschürt. Napoleon glaubte seinem Zwecke zu dienen, indem er die Presse bei diesem Hetzen eher bestärken als beschränken ließ; das Säbelgerassel in den Zeitungen sollte seine Einschüchterungspolitik unterstützen, von welcher er sich, in verhängnißvollem Irrthum befangen, der preußischen Regierung gegenüber noch immer Erfolg versprach. Gar bald jedoch sollte er eines Besseren belehrt werden.

So unangenehm diese Enttäuschung für Napoleon sein mochte, noch ungleich peinlicher war sie für den österreichischen Minister von Beust. Zu seinem Verdruß plauderten es die Zeitungen aus, daß er ein französisch-österreichisch-italienisches Bündniß zu Stande zu bringen versucht habe, dessen Preis für Frankreich das linke Rheinufer habe sein sollen, während Italien Südtirol und Oesterreich die Oberherrschaft über das südliche Deutschland zugedacht gewesen sei. Aber nur vereinzelt wagten sich die Organe der österreichischen Kriegspartei zu Vertheidigern eines solchen Planes aufzuwerfen und in den Kriegslärm einzustimmen, welcher vom linken Rheinufer herüberschallte; dagegen wurden von einem großen Theil der deutsch-österreichischen Presse und von sämmtlichen maßgebenden Zeitungen Süddeutschlands, das die Feinde Preußens so gern als ihren Bundesgenossen betrachtet

hätten, die Beust'schen Entwürfe zu Korrekturen der Landkarte Mitteleuropa's theils mit Hohn überschüttet, theils mit Entrüstung zurückgewiesen. Aber nicht nur in der Presse, sondern auch aus den leitenden Kreisen wurden ernste Mahnrufe laut, die ebensowohl an Oesterreichs wie an Frankreichs Adresse gerichtet waren. In einem alsbald bekannt gewordenen Briefe des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen an eine hervorragende Persönlichkeit Süddeutschlands hieß es: „Die preußische Regierung halte einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen für ein großes Unglück und werde bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen, um ihn zu vermeiden. Zeige es sich jedoch, daß die Franzosen den Krieg mit Deutschland wollen und suchen, und sei die deutsche Ehre gefährdet, so werde man eine Energie entfalten, von der man sich in außermilitärischen Kreisen keinen Begriff mache." — In Frankreich fand dieses Schreiben dieselbe Aufnahme wie andere gleichzeitige Warnungen: es blieb wirkungslos. Das Volk gefiel sich in dem Glauben, daß der Brief hinter großen Worten nur Besorgniß und Schwäche berge, und auch Napoleon ließ sich dadurch die Hoffnung auf den Erfolg seiner Politik noch nicht vollständig rauben. Beust aber nahm ihn ernster, zumal die Auslassungen der öffentlichen Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kamen, sich seiner Sache fortgesetzt ungünstig erwiesen. Er erließ ein Rundschreiben, in welchem er Verwahrung dagegen einlegte, daß die österreichische Regierung sich wieder in die deutschen Angelegenheiten zu mischen beabsichtige. Das gleiche Spiel sollte sich während der nächstfolgenden Jahre noch mehrmals wiederholen: die Feinde Preußens schürten zum Kriege, um dann, wenn die Kriegsgefahr ernster herantrat, wieder abzuwiegeln. Daß der dadurch erzeugte Zustand der Unsicherheit auf das gesammte Erwerbs- und Verkehrsleben Deutschlands hemmend und lähmend einwirkte, war nicht zu verkennen; aber die preußische Regierung hielt nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß der inneren politischen Entwicklung Deutschlands ein paar Jahre der Ruhe nur förderlich sein könnten; auch sie wirkte deshalb durch ihre Politik darauf hin, den Ausbruch des Krieges so lange als möglich zu verhindern, und vier Jahre des Friedens, aber auch der beständigen Kriegsgefahr, waren die Frucht des Hetzens auf der einen und der vorsichtigen Zurückhaltung auf der andern Seite.

Allein es war doch eine verhängnißvolle Selbsttäuschung der Gegner Preußens, namentlich der Franzosen, wenn sie in der vorsichtigen Zurückhaltung der preußischen Regierung eine Schwäche derselben erblicken zu dürfen glaubten. Von Schwäche konnte hier ganz und gar nicht die Rede sein. In der denkbar gemäßigtsten Form, aber doch mit unzweideutiger Entschiedenheit erklärte Bismarck in einem Rundschreiben, daß Preußen es sich allerdings zur Aufgabe gemacht habe, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands zu leiten, aber so zu leiten, daß derselbe nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke, und dies werde sich am sichersten erreichen lassen, wenn man es auswärts vermeide, dem deutschen Nationalstolz zu nahe zu treten. — Daß auch in Süddeutschland das nationale Bewußtsein sich kräftig regte, daß man sich dort vor einer „Vergewaltigung" der süddeutschen Staaten durch Preußen viel weniger fürchtete, als es in österreichischen und französischen Zeitungen dargestellt wurde, das zeigte sich so recht deutlich, als König Wilhelm im Herbst 1867 die an anderer Stelle bereits erwähnte Reise durch Süddeutschland nach der Stammburg der Hohenzollern ausführte und unterwegs überall, in Württemberg wie in Bayern, von den Fürsten feierlich begrüßt, von der Bevölkerung mit lautem Jubel empfangen wurde. Und diese Kundgebungen nationaler Gesinnung in Süddeutschland waren doppelt erfreulich, weil sie trotz der von der ultramontanen Geistlichkeit mit Aufgebot aller Mittel betriebenen preußenfeindlichen Agitation zu Tage getreten waren, weil sie aufs Neue zeigten, daß sich im entscheidenden Augenblick, allen feindlichen Gegenwirkungen zum Trotz, die nationale Begeisterung doch siegreich Bahn brechen werde.

Papst Pius IX. und die Unfehlbarkeit des Kirchenoberhauptes. Der Ultramontanismus, neben dem französischen Volke und der österreichischen Regierung der Dritte

im Bunde der erbitterten Preußenfeinde, gab vorerst freilich seine Sache noch nicht verloren. Von seinen eigentlichen Leitern, den Jesuiten, die auch den alternden Papst Pius IX. zum blinden Werkzeug ihrer Bestrebungen zu machen verstanden hatten, wurde der im Jahre 1864 mit der Veröffentlichung der Encyklika und des Syllabus eröffnete Kampf um die unumschränkte geistliche Herrschaft des Papstthums zu einem Kampfe gegen den Protestantismus überhaupt und gegen das werdende protestantische Kaiserthum der Hohenzollern insbesondere erweitert. Der eine Zweck mußte zugleich dem andern dienen. In Frankreich, wo der Ultramontanismus an der von ihm völlig beherrschten bigotten Kaiserin Eugenie eine starke Stütze hatte, wirkte die katholische Geistlichkeit auf Weisung von Rom aus mit Eifer im Sinne der Kriegspartei, und auch Napoleon selbst, der zur Befestigung seiner Dynastie die Unterstützung der die Massen beherrschenden Geistlichkeit nicht glaubte entbehren zu können, wollte anfänglich und konnte später ihrem Einflusse sich nicht entziehen. Auch in Oesterreich ließ man sich die ultramontane Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen Preußen gern gefallen. Der gut katholische Kaiser Franz Joseph war ja von jeher bestrebt gewesen, zwischen dem päpstlichen Stuhle und seiner Regierung ein möglichst inniges Einvernehmen zu erhalten, und sein Minister von Beust, obgleich Protestant, war ein zu ausgesprochener Preußenfeind, um die Unterstützung des geistlichen Bundesgenossen zurückzuweisen, wenn auch die Bestrebungen desselben im Grunde nicht gegen Preußen als Vormacht Deutschlands, sondern doch mehr gegen Preußen als die Vormacht des Protestantismus gerichtet waren.



Papst Pius IX.

In welcher Weise und mit welchem Erfolge die Ultramontanen am Kampfe gegen Preußen und gegen die werdende deutsche Einheit sich betheiligten, ist an anderer Stelle bereits genügend dargelegt worden. Aber was in dieser Hinsicht durch Intriguen an den Höfen und durch Bearbeitung der Volksmassen geschah, das war nur das Vorspiel. Den entscheidenden durchschlagenden Erfolg erhofften die Jesuiten von der Verwirklichung eines Planes, der, längst im Stillen gereift, nunmehr zur Ausführung gebracht werden sollte. Ein allgemeines Konzil aller katholischen Bischöfe der Welt sollte die Unfehlbarkeit das Papstes zum Dogma der katholischen Kirche erheben! Mit einer gewaltigen Aufregung des bigotten Landvolks in allen katholischen Landen gedachte man den Feinden Preußens zu Hülfe zu kommen und womöglich den Kompromiß zu erneuern, welchen vor dreihundert Jahren Oesterreich und Frankreich mit Rom unter Vermittelung der Gesellschaft Jesu zur Niederkämpfung des Protestantismus eingegangen waren! Das Konzil, mit welchem wir uns weiter unten eingehender zu beschäftigen haben werden, kam wirklich zu Stande, und die Unfehlbarkeit des Papstes wurde wirklich als bindender Glaubenssatz der katholischen Kirche verkündet. Aber der von dieser Seite erhoffte Erfolg blieb glücklicherweise aus, denn der schnelle und unerwartete Gang der politischen

Ereignisse warf gerade im rechten Augenblick alle hinterlistigen Pläne und Berechnungen des Ultramontanismus und seiner unzähligen Werkzeuge über den Haufen. —

Es war selbstverständlich, daß der Besuch Napoleon's durch den Kaiser Franz Joseph erwiedert wurde und daß Graf Beust seinen kaiserlichen Herrn nach Paris begleitete. Die französischen Blätter nahmen diese wiederholte Zusammenkunft zum Anlaß, um aufs Neue mit verdoppelter Heftigkeit den Krieg gegen Preußen zu predigen. Noch immer hatte Napoleon gehofft, daß Angesichts der demonstrativen Annäherung Oesterreichs und Frankreichs und nach den Kundgebungen kriegslustiger Stimmung des französischen Volkes in Preußen sich der Gedanke Bahn brechen werde, die eigene Sicherheit erfordere es, zu Frankreich in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten und ihm als Opfergabe Gebietstheile am Rhein zu überlassen. Aber auch jetzt erfüllte sich diese Hoffnung nicht; die preußische Regierung nahm eine zwar nicht herausfordernde, aber durchaus entschiedene und entschlossene Haltung an; sie erklärte, daß sie den Krieg nicht wolle, daß sie dagegen einen ihr aufgedrungenen Krieg mit aller Energie und mit überlegenen Mitteln zu führen im Stande und entschlossen sei. Die Unruhestifter an der Seine wie an der Donau hielten es also für gerathen, die Dinge zunächst ihren Lauf gehen zu lassen und zu warten, bis die weithin ausgestreute Saat die erhofften Früchte trage. Im Geheimen setzte freilich der österreichische Reichskanzler Graf Beust — in Anerkennung seiner Verdienste wurde er im Jahre 1868 in den Grafenstand erhoben — rastlos seine preußenfeindliche Thätigkeit fort; überall ließ sich sein Bemühen erkennen, politische Zustände zu schaffen, welche Preußen den europäischen Kabinetten gegenüber in eine schwierige Lage zu bringen ihm als geeignet erschienen. Wiederholt wurde von ihm der — freilich jedesmal erfolglose — Versuch gemacht, die ungarischen Staatsmänner für seine preußenfeindliche Politik zu gewinnen, und unablässig verfolgte er in Gemeinschaft mit Gesinnungsgenossen den Plan, die sich vorbereitende vollständige Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde zu hintertreiben. Die radikalsten Blätter wurden von ihm und von den römischen Ultramontanen beeinflußt oder mit Geld unterstützt, um Preußen und insbesondere die Politik Bismarck's zu bekämpfen, außerdem wurden aber auch die preußenfeindlichen Wühlereien des entthronten Welfenfürsten nach Kräften unterstützt und gefördert.

Die preußische Regierung hatte natürlich auf Alles dies ein wachsames Auge, und Graf Bismarck unterließ es nicht, von Zeit zu Zeit seine warnende Stimme zu erheben. Fast wie eine Drohung klang es, als er erklärte, „daß er den Deutschen ebenso wenig von Wien wie von Paris aus das Recht, sich die Hand zu reichen, werde verkümmern lassen.“ Die allmählich energischer werdende Sprache der preußischen Regierungsorgane verfehlte denn auch in Oesterreich sowol wie in Frankreich nicht ihren Eindruck; hier wie dort glaubte man den rechten Augenblick zum Kriege noch nicht gekommen, und hier wie dort ließ es sich deshalb die Regierung angelegen sein, nicht nur selbst eine wenigsten äußerlich friedfertige Haltung zu beobachten, sondern auch auf die kriegerische Stimmung in der Bevölkerung beschwichtigend einzuwirken. In Oesterreich hatte das keine Schwierigkeiten, da hier ein großer Theil der Bevölkerung ohnehin friedlich gesinnt war und die Kriegspartei der von der Regierung ausgehenden Weisung zur Zurückhaltung willig Folge leistete. Anders aber lagen die Dinge in Frankreich. Hier verlangten so ziemlich alle Parteien mit gleicher Heftigkeit nach dem Kriege, und wenn Napoleon — aus welchen Gründen auch immer — es rathsam fand, vor der Hand eine wenigstens scheinbar friedliche Haltung zu zeigen, so mußte er die unruhige Opposition wohl oder übel durch andere Zugeständnisse zu beschwichtigen suchen. Der natürliche und nächstliegende Weg zur Erreichung dieses Zieles war die ernstliche Wiederaufnahme der liberalen Reformen, mit welchen der Kaiser zu Anfang des Jahres 1867 einen schwachen Anfang gemacht hatte.

Die neue Aera unter Ollivier in Paris. Unter dem Einfluß Rouher's war damals die kaiserliche Regierung bald wieder zu ihrem alten System der unbeschränkten

persönlichen Regierungsgewalt des Kaisers zurückgekehrt; jetzt entschloß sich Napoleon, mit diesem System wenigstens scheinbar zu brechen und das Verhältniß zwischen Regierung und Volksvertretung nach konstitutionellen Grundsätzen zu regeln. Im Dezember 1869 erhielt das Ministerium Rouher, welches sich bei den in demselben Jahre vollzogenen Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper keine zuverlässige Mehrheit zu sichern vermocht hatte, seine Entlassung, und ein aus der konstitutionell gesinnten Mittelpartei entnommenes Ministerium unter dem Vorsitz Ollivier's trat an seine Stelle. Aber die großen Hoffnungen, welche an dieses neue Ministerium geknüpft wurden, erfüllten sich freilich nur zum kleinsten Theil. Die radikale Opposition, deren Bestrebungen mehr und mehr einen revolutionären Charakter annahmen, trat dem neuen Ministerium noch unversöhnlicher als früher dem Ministerium Rouher entgegen, weil sie von demselben eine Befestigung der napoleonischen Dynastie fürchtete, deren Sturz ihr bereits offen ausgesprochenes Ziel war. Und in der That hätte Napoleon gerade mit Hülfe der Mittelpartei seine Herrschaft vielleicht fester als je zuvor begründen können, wenn er sich nur zum völlig aufrichtigen und rückhaltlosen Eintritt in die konstitutionelle Bewegung zu entschließen vermocht hätte. Was ihn daran hinderte, waren gleichermaßen seine festgewurzelten persönlichen Anschauungen und der noch immer übermächtige Einfluß Rouher's, der alsbald nach seinem Rücktritt aus dem Ministerium zum Vorsitzenden des Senats ernannt worden war. Der Kaiser genehmigte also die vom Ministerium Ollivier verlangten wichtigen Ergänzungen und Erweiterungen des vom Senat bereits im September 1869 berathenen Verfassungsentwurfs, aber er hielt sich zugleich die Möglichkeit offen, im geeigneten Augenblick zu dem alten System der unbeschränkten Regierungsgewalt zurückzukehren, indem er sich das Recht wahrte, jeder Zeit durch ein Plebiscit direkt an das Volk zu appelliren und dieses um seine Meinung zu befragen. Der Werth der Verfassung wurde durch diesen Vorbehalt völlig in Frage gestellt, und die energischeren Mitglieder des neuen Ministeriums nahmen deshalb nach einer Amtsführung von wenigen Monaten ihren Abschied. Dagegen ließ sich Ollivier durch seinen Ehrgeiz zum Bleiben verleiten, und in schwächlicher Unselbständigkeit wurde er, der als liberaler Minister einer neuen Aera des Kaiserreichs hatte den Namen geben wollen, allmählich zum willenlosen Höfling und zum ausübenden Werkzeug einer Politik, die, seinem ursprünglichen Programm schnurstracks zuwiderlaufend, ohne sein Zuthun und zum Theil sogar hinter seinem Rücken gemacht wurde.

Das neue Plebiscit vom 8. Mai 1870. Um auch dem neuen Verfassungswerke gegenüber seine persönliche Autorität voll und ganz geltend zu machen, bestand Napoleon darauf, alsbald durch ein neues Plebiscit die Stimmung des Volkes zu erkunden und dieses zu befragen, ob er, der Kaiser persönlich, nach wie vor der Mann seines Vertrauens sei. Das Ergebniß dieser Abstimmung, für welche der 8. Mai 1870 festgesetzt wurde, konnte nicht zweifelhaft sein: eine gewaltige Majorität des französischen Volkes — $7\frac{1}{2}$ Millionen gegen kaum $1\frac{1}{2}$ Millionen — erklärte sich zu Gunsten der kaiserlichen Regierung. Aber nur nach dem Zahlenverhältniß war dieses Ergebniß so außerordentlich günstig; in Wirklichkeit fielen die anderthalb Millionen Nein für den Kaiser doppelt und dreifach ins Gewicht. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Pariser Bevölkerung hatte mit Nein gestimmt, ebenso waren in fast sämmtlichen größeren Städten die Nein in der Mehrzahl gewesen, und selbst ein großer Theil des Heeres hatte durch ein Nein seine Unzufriedenheit mit der vom Kaiser befolgten Politik zu erkennen gegeben. Das waren für Napoleon bedeutsame Zeichen.

Die Geschichte Frankreichs hatte stets gezeigt, daß bei revolutionären Erhebungen und Umwälzungen immer nur die Bevölkerungen der großen Städte, namentlich der Hauptstadt Paris, den Ausschlag gaben; waren diese auch durch liberale Reformen in der inneren Politik durchaus nicht zu gewinnen, war selbst ein Theil des Heeres vom Mißvergnügen so stark ergriffen, daß es seiner Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Politik der kaiserlichen

Regierung ungescheut Ausdruck gab, dann war es für diese letztere in der That höchste Zeit, von dem letzten Mittel zur Abwendung der ihr drohenden Gefahren und Verlegenheiten Gebrauch zu machen. Und dieses letzte Mittel war ein Krieg, der Krieg gegen Preußen!

Schon seit dem Beginn des Jahres 1870 hatten sich auch anderweitige Einwirkungen zu Gunsten einer kriegerischen Politik von Neuem mit verstärkter Kraft geltend gemacht. Die Kaiserin Eugenie drängte dazu mit Aufbietung ihres ganzen, stetig steigenden Einflusses, die Hetzartikel in der Presse, die sich in letzter Zeit einiger Zurückhaltung befleißigt hatte, wurden wieder heftiger, und auch im gesetzgebenden Körper regten sich die kriegerischen Leidenschaften aufs Neue und machten sich in heftigen Brandreden gegen Preußen und Norddeutschland Luft. Im Gegensatz zum Ministerium Ollivier, in dessen Regierungsprogamm die Erhaltung des Friedens die erste Stelle einnahm, stand also Napoleon schon damals dem Kriegsgedanken gewiß nicht sehr fern; aber zu dem entscheidenden Entschlusse, sich der Kriegspartei rückhaltslos in die Arme zu werfen und den beschleunigten Ausbruch des Krieges gegen Preußen nunmehr vorzubereiten, zu diesem Entschlusse scheint Napoleon doch erst durch das günstige Ergebniß des erwähnten Plebiscits vom 8. Mai bestimmt worden zu sein. Acht Tage darauf, am 15. Mai, wurde der notorisch der Kriegspartei angehörende französische Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, in das französische Ministerium berufen, um alsbald im vollsten Einverständniß mit dem Kaiser und über die Köpfe seiner noch immer fort in Friedensversicherungen sich erschöpfenden Kollegen hinweg die Intriguen zu beginnen, welche genau zwei Monate später den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Preußen zur Folge haben sollten.


Emile Ollivier.

Der Krieg gegen Preußen war also jedenfalls seit dem 15. Mai eine beschlossene Sache. Daß eine wirkliche Ursache zu diesem Kriege nicht vorlag, daß er, da Frankreich durch Preußen in keiner Weise bedroht oder in seinen Interessen beeinträchtigt war, völlig willkürlich vom Zaun gebrochen werden mußte, das machte dem Kaiser und seinen Rathgebern keine Sorge. Das französische Volk wollte den Krieg, dem Kaiser erschien er als das geeignetste Mittel zur Befestigung seiner Herrschaft und zur Wiederherstellung seines gesunkenen Prestige, und der Erfolg? — „Ich bin Franzose, folglich glaubte ich an die Unüberwindlichkeit unserer Heere wie an die Wahrheit meiner heiligen Religion", hat später ein französischer Staatsmann offen ausgesprochen, und diese Ueberzeugung hatte im Grunde damals jeder Franzose. Die neue Organisation und Ausrüstung, welche der Kriegsminister Marschall Niel dem französischen Heere gegeben hatte, galt als ganz unübertrefflich, obgleich der Nachfolger des tüchtigen Marschalls Niel, der unfähige Leboeuf, das begonnene Werk wieder arg vernachlässigt hatte. Die neu eingeführte Waffe, das Chassepotgewehr, sollte bei Gelegenheit eines übrigens recht unbedeutenden Kampfes der französischen Besatzung Roms mit undisziplinirten italienischen Freischaren unter Garibaldi (1868) geradezu Wunder gewirkt haben — kurz, die „grande nation" hielt einen Krieg gegen Preußen für die leichteste Sache von der Welt und den Gedanken, daß Frankreich dabei eine Niederlage oder gar eine entscheidende Niederlage erleiden könne, hätten die meisten Franzosen einfach lächerlich gefunden.


Herzog von Gramont.

Die Stoffel'schen Abmahnungen. Der Kaiser selbst und die besonneneren Elemente seiner Umgebung hielten sich freilich von der Unüberwindlichkeit der französischen Waffen durch die preußischen nicht so völlig überzeugt; waren doch die ausführlichen und sachkundigen Berichte des französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Baron Stoffel, über die vorzügliche Organisation des preußischen Heeres und seiner obersten Leitung, des großen Generalstabes, insbesondere auf Napoleon nicht eindruckslos geblieben. Aber die genugsam bekannte kriegerische Stimmung der österreichischen Regierung und die leichtfertigen Berichte französischer Agenten über die Bereitwilligkeit der süddeutschen Staaten, sich im gegebenen Augenblick mit Frankreich und Oesterreich gegen Preußen zu verbinden — alles dies ließ ernstliche Bedenken wegen des schließlichen Ausgangs des Krieges auch am kaiserlichen Hofe nicht aufkommen. Die emsige Geschäftigkeit, mit welcher die französische Regierung, so weit sie in die Kriegspläne des Kaisers eingeweiht war, nach einer Streitfrage suchte, aus der sich allenfalls ein Vorwand zum Kriege herleiten ließ, und die Eile, mit welcher diese Streitfrage, nachdem sie gefunden, bis zur Kriegserklärung zugespitzt wurde, läßt darauf schließen, daß auch hier völlige Besorgnißlosigkeit und unbedingte Siegeszuversicht herrschte, daß auch hier eine Niederlage Frankreichs als unmöglich galt.



Leopold, Prinz von Hohenzollern.

In Preußen und im übrigen Deutschland war die neue Wendung der Dinge in Frankreich natürlich nicht unbemerkt geblieben, aber eine wirklich glaubhafte Ursache zum Kriege oder vollends einen unmittelbaren Anlaß zu demselben vermochte man hier so wenig zu entdecken, daß die Möglichkeit seines schon nahe bevorstehenden Ausbruches kaum irgendwo ernstlich in Berechnung gezogen wurde. Daher wirkte überraschend wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel die in den ersten Tagen des Juli eintreffende Nachricht, daß ein für das übrige Europa völlig gleichgiltiges Ereigniß im fernen Spanien zu bedrohlichen, sehr preußenfeindlichen Kundgebungen in den französischen Kammern geführt habe und sogar von der französischen Regierung bereits als Streitfrage zwischen Frankreich und Preußen aufgeworfen sei.

Die spanische Thronkandidatur. In Spanien war 1868 eine Revolution ausgebrochen, welche alsbald zur Absetzung und Vertreibung der wegen ihres sittenlosen Lebenswandels und ihrer die Interessen des Landes aufs Tiefste schädigenden Regierung allgemein verhaßten Königin Isabella geführt hatte. Aber die zunächst eingesetzte provisorische Regierung unter Serrano und die Mehrheit der spanischen Volksvertretung wünschte die Beibehaltung der monarchischen Staatsform. Die anfänglich geplante Vereinigung der spanischen und portugiesischen Lande unter dem Scepter des Königs von Portugal scheiterte indessen an der Weigerung dieses Letzteren, und da Napoleon aus dynastischen Gründen gegen die Wahl des Herzogs von Montpensier — aus der französischen Königsfamilie der Orleans — zum König von Spanien Einspruch erhob, so richteten sich die Blicke des spanischen Volkes auf den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, den jüngeren Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, den seine vollständige Unabhängigkeit, seine persönlichen Vorzüge, sein katholisches Glaubensbekenntniß und seine Verwandtschaft mit den regierenden Häusern von Portugal, Belgien, Frankreich und Preußen als Kandidaten für den erledigten spanischen Thron wohl geeignet erscheinen ließen. Da die Möglichkeit der Thronkanditatur des Prinzen von Hohenzollern schon im Sommer des Jahres 1869 der französischen Regierung bekannt geworden war, hätte diese vollauf Zeit gehabt, im rechten Augenblick Einspruch dagegen zu erheben. Wenn die Interessen Frankreichs durch die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien in der That bedroht wurden, so hätte es — wie bei der beabsichtigten Wahl des Herzogs von Montpensier —

nur eines Wortes Napoleon's bedurft, um die noch in keiner Weise engagirte spanische Regierung zum Aufgeben jenes Planes zu bewegen. Aber eine wirkliche Bedrohung der französischen Interessen vermochte die Regierung Frankreichs darin so wenig zu erkennen, daß sie noch im Dezember 1869, als die Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern bereits näher in Betracht gekommen war, die Angelegenheit als eine völlig gleichgiltige behandelte. Allein jetzt, da der Krieg gegen Preußen beschlossen war und um jeden Preis ein Vorwand für denselben gefunden werden mußte, jetzt wurde die Sache plötzlich anders. Jetzt galt es, die Wahl des Erbprinzen von Hohenzollern als einen von Preußen ausgehenden Akt der Feindseligkeit gegen Frankreich darzustellen. Der Umstand, daß eben damals — Ende Juni 1870 — der Prinz von Hohenzollern sich zur Annahme der ihm dargebotenen Krone endgiltig entschloß, und daß daraufhin der spanische Ministerrath am 3. Juli den Beschluß faßte, ihm die Krone förmlich anzutragen, dieser Umstand erleichterte den plötzlichen Umschwung in der Haltung der französischen Regierung. Es bedurfte nur eines Winkes, um die Regierungsblätter zu veranlassen, sich der Angelegenheit zu bemächtigen, und kaum war auf diese Weise das Signal gegeben, so stimmte auch die gesammte Pariser Presse mit ein: jetzt zeige sich, was man schon längst vermuthet habe; kein Anderer als Bismarck habe die spanische Revolution angezettelt, um Frankreich Verlegenheiten zu bereiten und am Ende gar einen hohenzollernschen Prinzen auf den spanischen Thron zu setzen. Das hieß Oel in das Feuer der preußenfeindlichen Leidenschaften gießen; mit jedem Tage, mit jeder Stunde wuchs die Erregung und steigerte sich bald bis zu einem Sturme, der es der französischen Regierung leicht machte, anscheinend unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu handeln, während doch Niemand anders als die Regierung selbst mit zielbewußter Absichtlichkeit diese öffentliche Meinung gemacht hatte.

Beginn des schnöden Spieles in Ems. In Preußen hatte zwar die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich seit Jahren im Hintergrunde aller politischen Berechnungen gestanden, aber eine so plötzliche Wendung der Dinge hatte doch, wie gesagt, kaum irgend Jemand erwartet. Und nicht nur in Preußen überraschte es, daß die französische Regierung die spanische Frage benutzte, um sich als an der Ehre gekränkt, ja als bedroht zu geberden — in fast ganz Europa erregte ein solches Gebahren Staunen. König Wilhelm befand sich im Bade Ems, Bismarck pflegte der Ruhe auf seinem Landsitz Varzin. Hatte doch noch am 30. Juni der französische Ministerpräsident im gesetzgebenden Körper eine von Friedensversicherungen überfließende Rede gehalten: wohin man auch blicke, nirgends könne man eine Frage entdecken, die Gefahr in sich berge; überall hätten die Kabinette begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich Jedermann aufdränge. Wahrscheinlich hatte auch Ollivier diese Worte aus aufrichtiger Ueberzeugung gesprochen, denn die Kriegspolitik des Kaisers und seiner Rathgeber wurde, wie gesagt, hinter seinem Rücken gemacht. Aber diese drängte jetzt mit stürmischer Eile zur Entscheidung. Bereits am 4. Juli brachte der französische Geschäftsträger nach dem auswärtigen Amt zu Berlin die Erklärung, daß die Annahme der Thronkandidatur seitens des Prinzen von Hohenzollern in Paris peinlichen Eindruck gemacht habe. Ihm wurde amtlich erwiedert, daß die preußische Regierung dieser Angelegenheit durchaus fern stehe, und daß deshalb das auswärtige Amt irgend welche Auskunft über die Verhandlungen nicht zu geben vermöge.

Inzwischen waren in Paris von Denjenigen, die das Spiel in Händen hatten, die Rollen vertheilt worden. Auf eine bestellte Interpellation in der Kammer antwortete der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden darf." — — „Es sei zu hoffen", fuhr er aufgeregten Tones fort, „daß die Betheiligten von ihrem Plan zurücktreten würden", und er schloß mit der

drohenden Aeußerung: „Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.“ Rauschender Beifall folgte diesen Worten.

Preußen ward bedroht, das gefiel. Nur wenige Friedlichgesinnte wagten warnend auf die Folgen hinzuweisen, welche eine so herausfordernde Sprache nach sich ziehen könne.

Aber gerade um solche Folgen war es der Kriegspartei zu thun. Preußen sollte zunächst gereizt und dadurch zu drohenden Gegenäußerungen veranlaßt werden, um ihm dann die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zuzuschieben. Unterdessen hatte die spanische Regierung aus eigenem Antriebe die Erklärung abgegeben, daß die preußische Regierung an der Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien völlig unbetheiligt sei. Trotzdem setzten die Redner der Kriegspartei in der Kammer ebenso wie die Zeitungen ihre Angriffe gegen Preußen mit steigender Heftigkeit fort, und bereits am 8. Juli trat das kaiserliche Amtsblatt, der Moniteur, mit der Bemerkung hervor, daß es sich nicht blos um die augenblickliche Thronkandidatur handle, sondern daß die Frage in Betreff der Beziehungen Preußens und Frankreichs erweitert werden müsse. Wie das zu verstehen sei, ward durch den Nachsatz erläutert: „Das Wenigste, was Frankreich von Preußen zu verlangen hat, ist die formelle Bekräftigung und absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaut und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, das Aufgeben jedes militärischen Einflusses südlich vom Main und die Regulirung des Artikels V mit Dänemark“ (vergl. S. 514). Das war ein Zuruf an die Feinde Preußens außerhalb und innerhalb Deutschlands, sich „fertig“ zu machen.

Noch jetzt war Ollivier für den Frieden. Er fühlte sich berufen, den Eindruck der Gramont'schen Erklärungen in etwas zu mildern, und äußerte im gesetzgebenden Körper: die Regierung wolle den Frieden, aber mit Ehren. Sie sei überzeugt, daß die Erklärung des Ministers des Auswärtigen eine friedliche Lösung herbeiführen werde, denn allemal, wenn Europa die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Frankreich zur Erfüllung seiner legitimen Pflichten fest entschlossen sei, widersetze es sich nicht den Wünschen Frankreichs. Ollivier nahm also ohne Weiteres an, daß Preußen auch in dieser so völlig willkürlich aufgeworfenen Streitfrage den Willen Frankreichs achten werde. Indessen schienen es die dem Hofe ergebenen Zeitungen förmlich darauf anzulegen, eine friedliche Lösung der Streitfrage unmöglich zu machen, indem sie sich in beleidigenden Ausfällen gegen Preußen überboten. Der als bonapartistischer Raufbold berüchtigte Granier de Cassagnac schrieb im Pays: „Das caudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf anzunehmen. Unser Feldgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben, die Echos vom Rhein sind noch stumm. Hätte Preußen gegen uns die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon längst unterwegs.“ Kein Zweifel: der Krieg sollte Preußen geradezu aufgenöthigt werden.

Indessen die Haltung der preußischen Regierung blieb ernst und fest. Ein Rundschreiben Bismarck's bestätigte die Erklärung der spanischen Regierung, daß Preußen bei der Wahl des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in keiner Weise betheiligt sei; man habe dies auch dem französischen Gouvernement bekannt gegeben, doch seien eingehendere und vertraulichere Erörterungen mit diesem durch den Ton verhindert worden, in welchem französische Minister im gesetzgebenden Körper die Angelegenheit behandelt hätten. — Auch die preußische Presse bewahrte noch immer eine ruhige und gemessene Haltung.

Rücktritt des Prinzen Leopold. In Paris ging man nun einen Schritt weiter. In amtlichen Schriftstücken und in der Presse wurde gesagt, die Behauptung, Preußen stehe der hohenzollern'schen Kandidatur fern, genüge nicht; es sei nothwendig, daß Preußen dem Prinzen von Hohenzollern es förmlich untersage, die spanische Krone anzunehmen. In dem gleichen Sinne wurde vom Herzog von Gramont der französische Botschafter Graf Benedetti instruirt, der sich inzwischen von Wildbad, wo er die Kur gebrauchte, nach

Ems begeben hatte, um dort die ihm zugedachte wenig rühmliche Rolle zu spielen. — Da wurde am 12. Juli die Nachricht bekannt, der Erbprinz Leopold habe der spanischen Thronkandidatur entsagt, „den Gefühlen folgend, welche es ihm als preußischem und deutschem Offizier unmöglich machten, um seiner Person willen Deutschland in einen Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen.“ Das war gehandelt, wie es einem Prinzen aus dem Hause Hohenzollern geziemte; der einzige Vorwand zum Kriege war damit hinfällig geworden, und überall, in Deutschland wie im Auslande, wurde bei dem Eintreffen jener Nachricht die Ueberzeugung laut, daß nunmehr für die nächste Zeit wenigstens die Kriegsgefahr völlig beseitigt sei. Selbst Graf Bismarck, der inzwischen von Varzin nach Berlin gekommen war, um sich von dort aus zum Könige zu begeben, hielt jetzt die beabsichtigte Reise nicht für so dringend, obgleich er die allgemeine Ueberzeugung von der völligen Beseitigung der Kriegsgefahr nicht so ganz zu theilen vermochte. Indessen sprach es selbst der von Ollivier beeinflußte „Constitutionel“ geradezu aus, daß der Friede nunmehr gesichert sei: „Dem gerechten Verlangen Frankreichs, daß kein Hohenzoller in Spanien regiere, ist Genüge geleistet. Wir verlangen nicht mehr und nehmen mit Stolz die friedliche Sühne an. Darin liegt ein großer Sieg, der uns keinen Tropfen Blut gekostet hat.“

Benedetti in Ems. Auch diesmal mochte wol die Friedensverkündigung des französischen Ministerpräsidenten der aufrichtigen Ueberzeugung desselben entsprechen; er kannte eben weder die Instruktion, die Graf Benedetti durch Gramont empfangen hatte, noch auch die neuesten aus dem Kabinet des Kaisers nach Ems ergangenen Weisungen, die darauf hinausliefen, den König Wilhelm in der Sache weiterhin zu bedrängen, ja ihn beim Fehlschlagen der bezeichneten Mittel selbst zu reizen!

Die Friedensfreunde in Deutschland sahen sich daher sehr enttäuscht, als am Abend des 13. Juli folgendes Telegramm bekannt wurde: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der französischen Regierung auch von der spanischen Regierung amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter an Se. Majestät in Ems noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät sich für alle Zeit verpflichte, niemals seine Zustimmung zu geben, wenn man je von hohenzollernscher Seite auf die spanische Thronkandidatur zurückkommen sollte. Se. Majestät hat darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.“ Nun lag klar zu Tage, wohin französischerseits gesteuert wurde. Niemand konnte die Absicht der französischen Regierung verkennen, in der Person des Königs nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland vor Frankreich zu demüthigen; in gewaltiger, leidenschaftlicher Erregung brach plötzlich beim preußischen wie beim gesammten deutschen Volke der lange verhaltene Unwille über die französische Anmaßung hervor, und mit Stolz und freudiger Begeisterung vernahm es die patriotische Bevölkerung im Norden wie im Süden des deutschen Vaterlandes, in wie würdevoller Form durch König Wilhelm dem unverschämten Ansinnen, das man an ihn zu richten gewagt hatte, die gebührende Abweisung zutheil geworden war.

Was nun folgte, verstand sich für jeden, der die Stimmungen und Verhältnisse in Frankreich kannte, ganz von selbst. Nachdem am 14. Juli die Abberufung des preußischen Botschafters Baron von Werther aus Paris erfolgt war, trat der König am Morgen des 15. seine Rückreise nach Berlin an, und gegen Abend desselben Tages, noch vor der Ankunft des Königs, ward in Berlin folgendes Telegramm veröffentlicht:

„Paris, 15. Juli, Nachmittags 12 Uhr 30 Minuten. Heute Nachmittag wird gleichzeitig eine Mittheilung der Regierung an den Senat und den gesetzgebenden Körper erfolgen, welche eine Auseinandersetzung der Lage enthält. Die Vorlage schließt mit der Mittheilung, daß Frankreich den Krieg an Preußen erklärt hat. — Aus Paris, Nachmittags zwei Uhr zwei Minuten, folgt die Bestätigung, daß der Krieg erklärt ist.“

Die Kriegspartei in Paris hatte, wie nicht anders zu erwarten, den Sieg davongetragen, und Ollivier, der den Frieden in seinem Preßorgan schon hatte feiern lassen und von dem leuchtenden Auges befreundeten Deputirten verkündet worden war, daß der Friede absolut gesichert sei, er selbst war zur Kriegspartei übergegangen. Die Verleumdungen und Verdächtigungen, denen er sich wegen seines Eintretens für den Frieden ausgesetzt sah, die unzweifelhafte Gewißheit, daß der Kaiser zum Kriege fest entschlossen war, und endlich sein persönlicher Ehrgeiz, der ihn an seinem Ministerposten um jeden Preis festhalten ließ, drängten ihn zu dem Opfer seiner besseren Ueberzeugung, und es kennzeichnet seine Charakterschwäche, daß er nun mit verdoppelter Heftigkeit in den Kriegslärm einstimmte, um seine Friedensbemühungen vergessen zu machen. Um eine Entschuldigung für seinen plötzlichen Gesinnungswechsel war er natürlich nicht verlegen.



Verabschiedung des französischen Gesandten. Zeichnung von H. Lüders.

„Ich bin", erklärte er einem Gesinnungsgenossen gegenüber, „die Bürgschaft für den neuen Pakt, welcher das Kaiserreich — durch Einführung der konstitutionellen Regierungsform — mit Frankreich verbindet. Ziehe ich mich zurück, so wird man die Einsetzung eines Ministeriums Rouher als eine Art Staatsstreich gegen die parlamentarischen Reformen betrachten; es stände zu befürchten, daß die schon schwierige Lage durch innere Schwierigkeiten noch verwickelter würde. Der Krieg ist unvermeidlich, keine menschliche Macht vermag ihn jetzt noch zu beschwören. Da wir ihn also nicht mehr verhindern können, ist es unsere Pflicht, ihn populär zu machen. Wenn wir uns zurückziehen, würden wir das Land entmuthigen, daß Heer demoralisiren, das Recht Frankreichs und die Gerechtigkeit seiner Sache bestreiten." Aber diese Entschuldigung fiel in sich selbst zusammen; es bedurfte längst keiner künstlichen Mittel mehr, um den Krieg gegen Preußen in Frankreich populär zu machen. Selbst die republikanische Opposition, die doch als Folge eines siegreichen Krieges die Befestigung des Kaiserthums,

auf dessen Sturz sie hinarbeitete, mit Sicherheit vorhersehen konnte — selbst diese republikanische Opposition war von leidenschaftlichem Kriegseifer erfüllt. Als am 13. Juli der „Constitutionel" den freiwilligen Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern auf die spanische Thronkandidatur meldete und daran den Ausdruck seiner Befriedigung knüpfte, daß der Krieg glücklich vermieden sei, machte Leon Gambetta, der sich damals bereits zu einem der Wortführer der republikanischen Partei aufgeschwungen hatte, dem Redakteur jenes Blattes deshalb heftige Vorwürfe. „Sie sind zufriedengestellt!" rief er erregt, „das ist ein verbrecherischer Ausdruck! Wer sich dem Kriege widersetzt, der versündigt sich gegen das Vaterland."

Oesterreichs Haltung. Da trotz der für Napoleon und wol auch für den Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, kaum zweifelhaften militärischen Ueberlegenheit Preußens der Krieg gegen dieses so zuversichtlich ins Werk gesetzt wurde, so mußte die französische Regierung wol gegründete Aussicht auf die thatkräftige Bundesgenossenschaft anderer preußenfeindlicher Staaten, vor Allem natürlich Oesterreichs, haben oder zu haben glauben. Dem österreichischen Reichskanzler Graf Beust, so sehr er für den Krieg gestimmt war, ging zwar im entscheidenden Augenblick der Muth aus, und er hatte deshalb seinem Gesinnungsgenossen Gramont empfohlen, aus der spanischen Thronkandidatur keine Kriegsfrage zu machen, sondern den Krieg zu vertagen. Aber Gramont hielt dafür, die Abmahnung Beust's nicht zu beachten. Er meinte, daß es seinem Kollegen in Wien eben nur darum zu thun gewesen sei, ein Friedenswort gesprochen zu haben, um dasselbe späterhin gelegentlich zu verwerthen, daß er aber, sobald man mit der Sache erst Ernst mache, sich auch als der alte, zum Vorgehen entschlossene Gegner Preußens erweisen werde.

Gramont hatte richtig gerechnet. Sowie einmal der Krieg erklärt und damit für den österreichischen Reichskanzler neue Hoffnung aufgekeimt war, daß seine heißesten Wünsche doch noch Gestalt gewinnen könnten, da wichen seine Bedenken, und seine Einwirkung war stark genug, das österreichische Gesammt-Ministerium zu dem Entschlusse zu treiben, sofort Rüstungen anzuordnen, deren Ausführung jedoch möglichst geräuschlos erfolgen sollte. Ein Vertrauter ging nach Florenz und von da nach Paris mit einem Traktatentwurf. Es kam auch zu einer vorläufigen Verständigung, der zufolge Oesterreich und Italien ihre Rüstungen derartig zu beschleunigen versprachen, daß es ihnen möglich sei, etwa Anfang September in den Krieg mit einzutreten. Als Einleitung dazu sollte an Preußen von beiden Staaten ein Ultimatum gerichtet werden, dahin lautend, daß Preußen nicht über den Main gehen dürfe. Dieser Plan ward indessen wie Staub vom Sturme hinweggefegt, wie überhaupt alles während der Verhandlungen als Forderung Aufgestellte von den Ereignissen überholt worden ist.

Als König Wilhelm am Abend des 15. Juli in Berlin eintraf, fand er die Stadt in außerordentlicher Bewegung. Nirgends Zeichen von Furcht und Bangen. Die Straßen, durch welche er seinen Weg nach dem Palais nahm, waren so dicht mit ihm zujubelnden Massen besetzt, daß der Wagen mehrmals anhalten mußte. Noch in der Nacht hielt der Monarch einen Kriegsrath ab, an welchem der Kronprinz, die Minister Graf Bismarck und von Roon und der Generalstabschef von Moltke Theil nahmen. Beschlossen wurde, die Mobilmachung des Heeres zu beschleunigen und den Reichstag auf den 19. Juli einzuberufen.

In Paris war an demselben Tage nach einer stürmischen Berathung im gesetzgebenden Körper, bei welcher Thiers vergeblich alle seine Kraft aufgeboten hatte, noch in der letzten Stunde den Frieden zu erhalten, ein Kredit von 500 Millionen Francs für die Landmacht und von 16 Millionen für die Seemacht fast einstimmig bewilligt worden.

Einberufung des Norddeutschen Reichstags. Der nach Berlin berufene Reichstag hielt in der Zeit vom 19. bis 21. Juli sechs Sitzungen. In der Thronrede wies der König in Bezug auf die Haltung Frankreichs gegen Deutschland auf frühere Vorgänge hin. Dann hieß es: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es

in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuerter französischer Gewaltthat."

Es diente in hohem Maße dazu, die Stimmung zu heben, daß auf Grund der Schutz- und Trutzbündnisse schon am 16. und 17. Juli in Bayern, Württemberg und Baden die Befehle zur Mobilmachung des Heeres erlassen worden waren.



Verlesung der französischen Kriegserklärung im Reichstag des Norddeutschen Bundes.
Zeichnung von H. Lüders.

Der Reichstag bewilligte 120 Millionen für den Krieg und 30 Millionen für Darlehnszwecke zur Unterstützung des Gewerbefleißes. Erst am 19. Juli wurde die Kriegserklärung Frankreichs in Berlin überreicht. Als Graf Bismarck dem Reichstage davon Mittheilung machte, erschütterte ein Sturm das Haus, und in den dröhnenden Zuruf der Abgeordneten stimmten auch die Tribünen ein.

Wie mußte solche Zuversicht die von allen Seiten zu den Fahnen eilenden deutschen Krieger begeistern und zu dem bevorstehenden schweren Kampfe stärken! Noch vor dem Auszuge vernahmen sie, wie die deutschen Fürsten durch Telegramme sich begrüßten.

Die Zeitungen brachten täglich Zurufe aus Nord und Süd, nicht nur aus den zum heutigen Deutschland gehörigen Ländern, sondern auch aus Deutsch-Oesterreich. „Die akademische Jugend ganz Oesterreichs", so lautete ein Zuruf aus Wien, „stimmt begeistert ein in die heldenmüthige Erregung, die ganz Deutschland durchbraust; nur ein Schmerz erfüllt ihre Seele: der Schmerz, daß sie nicht kämpfen und siegen kann mit euch!" Selbst aus weitester Ferne drangen die patriotischen Kundgebungen der im Auslande weilenden Landsleute zu den Ohren der zum Kampfe ausziehenden deutschen Krieger; Telegramme trug das Kabel über den Ozean, und wo überhaupt Deutsche lebten, da waren sie sich sofort klar, daß diesmal ein Jeder dem Vaterlande seine Dienste weihen müsse, wenn nicht mit dem Schwerte in der Hand, so doch durch theilweise Uebernahme der Sorgen für die Opfer des unvermeidlich gewordenen Krieges.

Aus allen Gesellschaftskreisen traten edelgesinnte Männer, Frauen und Jungfrauen zusammen, um mit vereinten Kräften den im Feindeslande erkrankten und verwundeten Kriegern hülfreich zur Seite zu sein und die Opfer der Schlachten zu verpflegen, sowie den im Felde stehenden Streitern darzuthun, daß die Heimgebliebenen ihrer liebevoll gedächten. Für barmherzige Samariter und die Johanniter eröffnete sich nunmehr ein weites Feld menschenfreundlichen Wirkens; bald gab es für sie alle Hände voll zu thun.

Gehobenen Herzens vernahm der König, wie Alles, was er von Ems bis Berlin erlebt, gesprochen, gefühlt und gesorgt, bei Millionen mächtigen Wiederhall gefunden. Kein Zweifel konnte mehr aufkommen, daß König Wilhelm dazu berufen sei, an der Spitze der ganzen deutschen Nation den Entscheidungskampf gegen den Erbfeind der deutschen Nation zu siegreichem Ende zu führen, und daß der Sieg dem deutschen Vaterlande auch die volle und ganze Einigung bringen werde. Von dieser Ueberzeugung erfüllt, zog das „Volk in Waffen" allerorten begeistert von dannen. Einem Süddeutschen, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß die Zuzüge der Truppen vom Norden her scheinbar endlos sich immer wieder erneuerten, daß sie „gar nicht alle würden", rief ein schlagfertiger Berliner Reservemann die Worte zu: „Wir Preußen werden niemals alle!" — Aber nicht die Süddeutschen allein, selbst wir Norddeutsche staunten über die Ordnung, in welcher die unaufhörlich sich folgenden Transporte geschahen. „Das Alles", schrieb man einem Wiener Blatte, „geht mit einer imposanten Ruhe vor sich, mit der sicheren Ordnung eines erprobten und von kundiger Hand geleiteten Mechanismus. Von den Fenstern winken und nicken die Frauen, Freudenthränen im Auge, den Scheidenden ihre Grüße hernieder."

Dieses unvergeßliche Schauspiel wiederholte sich in den Hauptstädten und allen bedeutenderen Orten Deutschlands. Gleichlautende Nachrichten aus Nord und Süd erhöhten die patriotische Glut; die Aussicht, am Rhein in geschlossener Macht dem alten Feinde entgegenzutreten, bewirkte es, daß die Kämpfer aus dem Jahre 1866 den Hader und Zwist vergangener Tage vergaßen, daß mit einem Male zwischen ihnen die Schranke des Mains gefallen war, daß sie sich danach sehnten, die alte Blutsfreundschaft aufzufrischen und im edelsten Wettkampfe einen neuen Altar der Einigkeit aufzurichten.

Am 19. Juli waren sechzig Jahre seit dem Heimgange der hochgesinnten Königin Luise verflossen. Wie schon oft, so vereinigte dieser ernste Tag die Mitglieder der königlichen Familie in Charlottenburg. Gesenkten Hauptes stand der greise Monarch vor den Marmordenkmälern seiner Eltern, sinnend, in sich gekehrt. Im Begriffe einer großen Mission zu folgen, zu deren Gelingen er mehr noch als zu jeder vorhergegangenen des Segens der Abgeschiedenen zu bedürfen meinte, gedachte er lebhaft der Mahnung, welche einst die edle Mutter an ihre Söhne gerichtet hatte. Sie bezeichnete damals es als eine Ehrenpflicht für die Söhne, den von Frankreich verdunkelten Ruhm der Vorfahren zurückzugewinnen. Jetzt trat an ihn, den längst Siebzigjährigen, die Forderung, jenes Wort zu lösen. Und er löste es.



Des Königs Abreise zum Heere. Zeichnung von H. Lüders.

Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich.

Bis zur Katastrophe von Sedan

Die deutsche Heerfahrt begann. Die Helden der Vergangenheit waren in der Erinnerung auferstanden; ihnen folgte das wehrhafte lebende Geschlecht, als es frohgemuth zu den Waffen griff. Sieben Jahre früher hatte das deutsche Volk die Ehrentage von Leipzig gefeiert; wer konnte damals ahnen, daß sobald eine gleiche, Alles überwältigende Erhebung mit eigenen Augen geschaut werden sollte? Die weihevolle Erinnerung an die Großthaten der Väter und die noch unvergessene Feier der durch unerhörte Opfer und Anstrengungen errungenen Siege erwies sich jetzt als zündende Macht. „Als wir die Urnen der heimgegangenen Helden neu bekränzten, da freilich mochten nur Wenige in prophetischem Vorgefühle es schauen, daß das junge Geschlecht die Weihe empfing zur Durchführung eines ähnlichen Befreiungskampfes. Es ist eine Erscheinung, die Anderen märchenhaft vorkommen muß und die uns selbst, die wir von Kindheit an mit der Wehrverfassung des Vaterlandes bekannt sind, ein Gemisch von Staunen, freudigem Schrecken und Stolz abnöthigt. Ein Befehl des Kriegsherrn, und in wenigen Tagen stehen gewaltige Heeresmassen zu seinen Diensten bereit; der Bauer stellt seinen Pflug bei Seite, der Kaufmann schließt seinen Laden, der Beamte verwahrt Bücher und Handschriften

hinter sicherem Verschluß. Wenige Tage später, und der Bauer, der Kaufmann, der Handwerker, der Beamte, der Lehrer sind Soldaten mit Leib und Seele; jeder fühlt sich als Glied jener gewaltigen Heeresmaschinerie, die ihre Bewegungen nach der Weisung eines einzelnen Menschen vollzieht und regelt. Es muß eine hohe sittliche Macht in einer Einrichtung liegen, welche in solcher Weise wirkt, die Massen bändigt, mit einem Geiste erfüllt, in diesem Aufgebot, dem Alle ohne Murren, Widerstand und Trauer folgen, das sie mit Hurrah und Gesang das Los der Schlachten hinnehmen läßt.

Zum ersten Male entfaltete sich die preußisch-norddeutsche Armee-Organisation in ihrer ganzen Furchtbarkeit. Jedem, der diesen Organismus unseres Heerwesens in Thätigkeit sah, die höchste Bewunderung vor solcher bis ins Kleinste vorher berechneten Umwandlung eines Volkes in ein Kriegsheer abnöthigend ...."

Die Scene des Ausmarsches der Berliner Garnison war ergreifend. Die Füsiliere des zweiten Garderegiments marschirten mit voller Musik in heißer Mittagssonne die Friedrichstraße herauf nach den Linden; alle Fenster standen offen, an den Straßenseiten bildeten Tausende von Zuschauern Spaliere. Als die neunte Compagnie am königlichen Palais die Fahne in Empfang nahm, trat der König heraus, von lautem Hurrah begrüßt. Er schritt die präsentirende Linie entlang und sprach dann von der Rampe herab, indem er sich noch einmal zu den Soldaten wandte und sie ermahnte, des Ruhmes ihrer Väter eingedenk zu bleiben. Begeisterter Jubel war die Antwort; der König reicht dem Hauptmann die Hand über das Geländer herab, dieser schwingt sich beglückt empor, um sie zu küssen. — Hinter dem Könige stand der Kriegsminister; der eben herzutretende General Moltke ward vom zuversichtlichen Zuruf der Menge freudig begrüßt. Die Compagnie zog ab, andere schlossen sich ihr an; zu beiden Seiten des langen Zuges schritten Angehörige der Offiziere und Mannschaften, um Worte der Zuversicht mit ihnen zu wechseln und zum Abschied die letzten kleinen Aufträge und Wünsche zu vernehmen.

Feurige Dampfrosse führten die Tausende dem Westen zu, Lieder erschollen aus den Waggons, überall auf den Stationen wurden die Krieger mit siegesgewissem Jauchzen empfangen, Männer und Frauen eilten an die Wagen, Erfrischungen darbietend. Während der Fahrt wurden die Meinungen ausgetauscht, und da es unter den Kriegern der Kundigen viele gab, die auf Grund ernster Studien tiefere Blicke in die Geschichte gethan, die den ursächlichen Zusammenhang der gegenwärtigen Bewegung mit den geschichtlichen Vorgängen früherer Zeiten erkannten, und da ferner die Geister erregt waren, die Einen, heller als sonst schauend, aufgelegt zur Mittheilung, die Anderen von Begier erfüllt, Belehrung entgegenzunehmen, so dienten diese Tage der Fahrt nicht wenig dazu, in den Scheidenden ein klares Bild von dem großen Ernst und der Bedeutung der gegenwärtigen Lage zu erzeugen. Hatte doch — dank der deutschen Volksschule! — selbst der Hirtensohn aus dem geringsten Dorfe so viel aus der vaterländischen Geschichte vernommen, daß er das Wesentliche, um das es sich bei dem Kriegszuge handelte, verstand, zumal wenn er durch Mittheilungen gebildeterer Kameraden weitere Belehrung empfing, die unter solchen Umständen eindringlicher wirkte, als die in der Schule vernommenen Worte.

Die Brandenburger, die Pommern, die Männer aus Posen und Preußen sahen auf ihrer Fahrt gen Westen die Landschaften wie die Bilder eines Panoramas an sich vorüberziehen. Und wie auch das schnaubende Dampfroß in Sturmeseile dahinjagte, es vergingen Tage, bis der vaterländische Boden durchmessen war. Da gewannen Viele zum ersten Male eine Anschauung von der Größe des Vaterlandes, und wenn sie dann daran erinnert wurden, daß Deutschland im Laufe der Zeit rechts und links beraubt worden, daß es vordem noch um vieles umfangreicher gewesen, daß Frankreich seit Jahrhunderten am meisten zur Schädigung des theuren Vaterlandes beigetragen, um der Gewalt und List hinterher noch den Hohn und den Spott gegen die Väter hinzuzufügen: dann loderte der Zornmuth gegen die Frevler um so heller auf, und die kampfbereiten Männer verstanden die Ausbrüche

des Ingrimms eines Stein, eines Blücher, eines E. M. Arndt, eines Schenkendorf. Hätte Vater Arndt, der seinem Volke zurief: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!“ — hätte dieser freie und fromme Mann, dieser getreue Eckart der Deutschen, im Jahre 1870 die Söhne und Enkel der Männer seiner Zeit gesehen und ihre Reden und ihre Kriegsgesänge vernommen, er würde freudenvoll erkannt haben, daß derselbe Zornesmuth gegen die fränkische Raubgenossenschaft, den er allen seinen deutschen Brüdern gewünscht, eben diese Söhne und Enkel, die zur Zeit den streitbaren Kern des Volkes bildeten, durchglühte, und wie der heilige Wille Alle belebte, zu vollenden, was die Väter in heldenmüthigem Ringen einst begonnen.



Heerführer im Deutsch-französischen Kriege.

von Alvensleben II. — von Göben. — von Bose. — von der Tann.
Kronprinz von Sachsen. — Großherzog von Mecklenburg. — von Werder. — von Manteuffel.

Der weihevolle Augenblick war nahe, in welchem die Brüder aus Nord und Süd, die, verfeindet und getrennt, so oft zum Vortheil fremder Mächte gegen einander in Fehde gelegen hatten, auf dem Schlachtfelde sich vereinigen sollten, um gemeinsam gegen den Erbfeind Deutschlands zu kämpfen, der, nach neuem Raube lüstern, den Krieg erklärt hatte! Die deutsche Kraft in der umfassendsten Bedeutung des Wortes war es, die dem bedrohten Strome zuzog, nicht die Kraft des Armes und die der Waffen allein, sondern auch die Kraft des Geistes und des Herzens, ohne die wahrhaft Großes weder im Frieden noch im Kriege zu erringen ist.

Fortgang der Mobilmachung. Das „toujours en vedette“ Friedrich's des Großen war König Wilhelm's stete Sorge. So hatte weise Voraussicht den preußischen Generalstab seit mehreren Jahren auch den Kriegsfall mit Frankreich ins Auge fassen und alle Maßregeln hierfür derartig vorbereiten lassen, daß es jetzt nur eines Wortes des Königs

bedurfte, durch den elektrischen Draht mit Gedankenschnelle in alle Theile des Reichs getragen, das gesammte Heer in kürzester Zeit zum Kampfe versammelt und des Winkes zum Losschlagen gewärtig zu sehen. Wie dies Wort „mobil" in der Nacht zum 16. Juli die Runde machte, wie die süddeutschen Regierungen in treuer Erfüllung ihrer Bundespflichten sich gleichfalls beeilten, ihre Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen, ist bereits berichtet. Eile schien diesmal aber auch besonders geboten, Gefahr im Verzuge zu sein! Man wußte preußischerseits sehr gut, daß in Frankreich seit langem die gespannteste Thätigkeit in militärischer Beziehung herrschte und umfassende Vorbereitungen für den Krieg getroffen wurden. Die schroffe Weise, in welcher dann die Veranlassung zum Kriege plötzlich vom Zaune gebrochen worden war, und die Eile, mit welcher die herbeigeführte Verwicklung bis zur Kriegserklärung geschürzt wurde, ließen vermuthen, daß die französische Armee schlagfertig und in der Lage sei, baldigst die Grenze zu überschreiten.

Die Vorbereitungen zum Kriege auf französischer Seite. Marschall Leboeuf, der französische Kriegsminister, hatte voll Dünkel und Selbstgefälligkeit seinem Kaiser erklärt, die Armee sei bis auf den letzten Hosenknopf mit Allem versehen, sei „archiprêt". Frankreichs Gebieter war darüber nicht im Zweifel, daß der angefeindete Nachbar im Osten ein gewaltiger und wohl gewaffneter Recke sei. Diplomatische Künste und heimliche Verlockungen sollten daher die süddeutschen Staaten von Preußen fort und auf seine Seite ziehen, wie dies einst unter seinem großen Vorgänger so trefflich gelungen war. Aber die Künste des Neffen versagten; es herrschte ein anderer Geist bei Fürst und Volk, als zur unseligen Zeit des seligen Rheinbundes. Die numerische Ueberlegenheit des Gegners konnte man aber vielleicht noch durch schleuniges Einrücken in Süddeutschland und Unterwerfung der dortigen Staaten ausgleichen?! Bereits am 14. Juli wurde der Befehl zur Einberufung der Reserven erlassen; noch ehe dieselben bei ihren Regimentern eintrafen, wurden die einzelnen Corps ohne Kriegsausrüstung schleunigst mittels der Eisenbahn an die Grenze geschickt. — Seit dem Jahre 1866 hatte man in Frankreich, beunruhigt durch die preußischen Waffenerfolge, unter der Leitung des einsichtsvollen Marschalls Niel viel gethan, um die Kriegstüchtigkeit der Armee zu heben, und dabei im Allgemeinen sich die preußischen Einrichtungen zum Muster genommen. Die Infanterie erhielt in dem Chassepotgewehr eine vorzügliche Waffe, bedeutend überlegen dem preußischen Zündnadelgewehr, die Artillerie hingegen konnte sich mit ihrem Geschütz nicht ebenbürtig an die Seite der der Deutschen stellen; doch glaubte man in den Mitrailleusen, jenen Kugelspritzen, die geflissentlich mit einem geheimnißvollen Dunkel umgeben wurden, eine furchtbare Kriegswaffe zu besitzen. In Bezug auf Ausbildung der Truppe hatte man sich der deutschen Armee ebenfalls zu nähern gesucht; aber die gleichen Bestimmungen fanden nicht den gleichen Boden, und so blieb das französische Heer in vieler Beziehung weit hinter dem den obersten Leitern vorschwebenden Ziele zurück. Zudem war Marschall Niel vor Vollendung seines Werkes gestorben, und seine Nachfolger hatten weder das Verständniß noch die Thatkraft, die Umgestaltung der Armee in der begonnenen Weise fortzuführen. Mehr und mehr gewann ein roher, übermüthiger Soldatenton die Oberhand; die leicht errungenen Erfolge in der Krim, in Italien, Algier, China und Mexiko verführten zu einer die anderen Stände oft verletzenden Ueberhebung, so daß sich die besseren Elemente des Volkes vom Waffendienst nach Möglichkeit fern hielten. Schon diese Verhältnisse zwangen dazu, den größten Theil der niederen Offiziere aus dem Unteroffizierstande zu nehmen. Diese kannten kein weiteres Ziel, als die Kapitänsepauletten, um durch sie eine ausreichende Pension zu erdienen. Höhere Bildung und ein edles Vorwärtsstreben besaßen verhältnißmäßig nur wenige Offiziere. Warnende Stimmen einsichtsvoller Offiziere, wie des Generals Ducrot, vornehmlich aber des in Berlin der Botschaft zugetheilten Oberstleutnants Stoffel, verhallten wirkungslos.

So darf es denn kein Wunder nehmen, daß im Juli 1870 gleich beim Beginn der Kriegsvorbereitungen die Probe auf das Exempel nicht stimmte. Als die Truppen eiligst

an die Grenze geworfen und dort kriegsmäßig ausgerüstet werden sollten, herrschte bei fast allen Behörden und nach allen Richtungen hin grenzenlose Verwirrung und Rathlosigkeit. Nur mit der äußersten Mühe gelang es, die einzelnen Corps, ohne daß sie ihre Kriegsausrüstung und volle Stärke erhalten hatten, bei Straßburg und Metz in der geplanten Weise zu versammeln.



Prinz Friedrich Karl. Nach Wilh. Camphausen.

Es kostete viele neue, kaum zu bewältigende Anstrengungen, die Reserven von den verschiedensten Richtungen her ihren Regimentern zuzuführen und die allernothwendigsten Ausrüstungs- und Verpflegungsgegenstände zur Stelle zu schaffen. Am 29. Juli waren endlich 210,130 Mann mit Ach und Krach auf die Beine gebracht, von denen auf dem linken Flügel, zwischen Metz und Saarbrücken, etwa 128,730 Mann, auf dem rechten Flügel, längs der langen Linie von Bitsch bis Belfort zersplittert, etwa 46,900 Mann standen, während weiter rückwärts sich im Lager von Chalons noch 34,500 Mann befanden. Kaiser Napoleon, nicht im Stande Scepter und Schwert zugleich zu führen, hatte

vor der Abreise zur Armee in Paris eine Regentschaft unter dem Vorsitz der Kaiserin eingesetzt; am 28. Juli war er hierauf mit seinem Generalstabschef, dem bereits erwähnten Marschall Leboeuf, in Metz eingetroffen. Dort mußte er sich gar bald überzeugen, daß die von ihm beabsichtigte Vorwärtsbewegung nach Süddeutschland hinein bei dem höchst unfertigen Zustande der Truppen fürs erste noch nicht ausführbar sei. Er begnügte sich daher vor der Hand damit, nach vielen Berathungen und vielem unnützen Hin- und Hermarschiren der Truppen, am 2. August das bei Forbach stehende 2. Corps unter Führung des Generals Frossard zu einer gewaltsamen Aufklärung auf Saarbrücken zu in Marsch zu setzen. Unweit der Grenze stießen die Franzosen mit den schwachen Vorpostenabtheilungen der zum Grenzschutz bestimmten preußischen Truppen zusammen. Ein Bataillon, drei Schwadronen und zwei Geschütze leisten den andringenden Massen zwei Stunden lang tapfer Widerstand. Dann zieht sich die kleine Heldenschar auf Befehl zurück, ohne daß der Feind über das rechte Flußufer hinaus folgt. Der Kaiser und sein Sohn wohnten dem militärischen Schauspiel bei. „Lulu's kaltblütige Ruhe im Gefecht wurde bewundert", und durch pomphafte Berichte der Welt dieser große Sieg verkündet! Endloser Jubel darüber in Paris! Bis in die Nacht hinein wälzt sich die jauchzende Menge über die Boulevards; aus den Kaffeehäusern ertönt Alfred de Musset's freches Rheinlied. Ueberall erschallt der Ruf: „A Berlin, à Berlin!" Ehe jedoch die französische Heeresleitung mit sich darüber einig war, welcher Weg nach dorthin eingeschlagen werden solle, machten König Wilhelm und seine militärischen Rathgeber weitere Entschließungen hierüber überflüssig.

Die Vorbereitungen beim deutschen Heere. Wie die einzelnen Theile einer großen Maschine, so hatten beim deutschen Heere seit dem 16. Juli Truppen und Behörden mit unausgesetzter Thätigkeit, dabei aber ruhig und geräuschlos an der Mobilmachung des Heeres gearbeitet. Das klippte und klappte Alles, als wenn es gar nicht anders sein könne. Die Meister in Berlin hielten in sicherer Hand die Fäden, und wenn zufällig irgendwo eine Reibung zu stark war, wurde sofort Abhülfe geschaffen. Sobald die Truppen alsdann vollständig kriegsgemäß ausgerüstet waren, begann vom 23. Juli ab die Beförderung der einzelnen Corps an die Sammelorte unsern des vor dem Feinde zu schützenden Rheinstromes. Es war die große Heerfahrt, wie sie im Eingange dieses Abschnittes geschildert, voll der ergreifendsten Auftritte, reich an Beweisen der Liebe und Hingebung. Galt es doch, den Braven, die für des Vaterlandes Ehre streiten sollten, noch einmal Lebewohl zu sagen, für viele das letzte in diesem Leben! Welche Abschiedsscenen: hier die weinende Mutter, dort die jammernde Braut oder der segnende Vater! „Zieh' aus als tüchtiger Streiter, Gott half uns und hilft uns auch weiter!" — Bei Denen drinnen im Eisenbahnwagen ist bald der Schmerz der Trennung vergessen; glückliche, leichtlebige Naturen erheitern die anderen. Sang und Jubel ertönt überall. Alte längst im Volke lebende Soldatenlieder wechseln mit den neu entstandenen, unter denen selbstverständlich die herrliche Weise der „Wacht am Rhein" den ersten Platz einnimmt. Auf Flügeln des Gesanges und des Dampfes wird schnell das Ziel erreicht.

Dank den vortrefflichen Vorbereitungen vollzog sich Alles mit der größten Ordnung; in 11 Tagen dampften allein auf den sechs norddeutschen Linien in 677 Zügen (64,301 Achsen) 10,708 Offiziere und Beamte, 345,312 Mann, 87,214 Pferde und 8446 Geschütze und Fahrzeuge dem Grenzlande zu. Da man unter den geschilderten Verhältnissen annehmen mußte, daß der Gegner baldigst über die Grenze vordringen und die bis dorthin führenden Eisenbahnen zerstören oder die einzeln ankommenden Truppenabtheilungen mit Uebermacht angreifen könne, so waren die Endpunkte der Eisenbahnbeförderung nicht bis an die Grenze, sondern unweit des Rheins gelegt worden, von wo dann die gesammelten Corps in einem durchaus schlagfertigen Zustande allmählich weiter vorrücken sollten. Im Uebrigen ließ sich die Heeresleitung aber von der Möglichkeit, daß die Franzosen noch vor Vollendung der Truppenversammlung in Süddeutschland vordringen könnten, weiter

nicht beeinflussen, sondern führte mit aller Ruhe den bereits früher ausgearbeiteten Plan aus. Die Grenze von Trier herunter bis Lörrach wurde zunächst nur von einigen schwachen Truppenabtheilungen der nächsten Garnisonen beobachtet. Hinter diesem Schirme sammelte sich die erste Armee unter General von Steinmetz, dem greisen Helden von Nachod und Skalitz, bei Trier; sie bestand aus dem VII. und dem VIII. Armeecorps, Westfalen und Rheinländern, zu denen später auch noch das I. Corps, die Ostpreußen, trat.



Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen. Nach Wilh. Camphausen.

In dem Gelände zwischen Kaiserslautern und Kreuznach und rückwärts bis zum Rheine ausgedehnt vereinigte der schneidige Prinz Friedrich Karl die zweite Armee, welche aus dem III., IV., X. und Gardecorps gebildet war. Hannöversche Jungen sollten hier beweisen, daß sie ebenso wie die Söhne der Mark und des Magdeburger Landes vor Begierde brannten, das Preußenbanner siegreich in die Reihen des Erbfeindes zu tragen. Ihnen gesellten sich bald darauf Brüder oben aus

Schleswig-Holstein zu, das IX., und die braven Sachsen, das XII. Corps; später noch das II., die stämmigen Pommern. Diese beiden Armeen hatten die Front nach Osten; die auf dem äußersten linken Flügel befindliche dritte Armee stand dagegen mit ihren Hauptkräften bei Germersheim und Landau nach Süden gewendet. Die Truppen Süddeutschlands waren hier mit den Hessen und Schlesiern unter König Wilhelm's Heldensohn vereinigt, dem ritterlichen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der mit dem Schwerte Schlachten, mit dem Herzen Menschen im Sturme zu gewinnen wußte. Wahrlich das theuerste Kleinod, das Preußens König seinen treuen Verbündeten jenseit des Mains darbieten konnte! —

„Schwaben und Preußen Hand in Hand;
Der Nord, der Süd ein Heer!
Was ist des Deutschen Vaterland —
Wir fragen's heut nicht mehr!"

Erneuerung des Ordens des Eisernen Kreuzes. Angesichts der ernsten Lage des Vaterlandes und in dankbarer Erinnerung an die Heldenthaten unserer Vorfahren in den Befreiungskriegen erneuerte der König am 19. Juli, dem Todestage seiner erlauchten Mutter, der unvergeßlichen Königin Luise, das einst an deren Geburtstage, am 10. März, im Jahre 1813 gestiftete Ordenszeichen des eisernen Kreuzes. Ohne Unterschied des Standes sollte es wie in jener schweren Zeit die Brust jedes Tapferen, ob General, ob Grenadier, schmücken.

Die Abreise des Königs zum Heere. Als die drei Armeen am 31. Juli die ihnen zugewiesenen Sammelorte erreicht hatten, eilte König Wilhelm mit dem großen Hauptquartier in ihre Mitte. Bei ihm blieb außerdem der erste Rath der Krone, der eiserne Kanzler, Graf Bismarck; denn in der Hand des Herrschers sollte das Scepter neben dem Schwerte bleiben. So ist es Zollernsitte! Die Reise des Königs glich einem Triumphzuge; unbeschreiblicher Jubel der von Fern und Nah zu den Eisenbahnstationen eilenden Bevölkerung begleitete den Weg des Monarchen. In der alten Bischofsstadt Köln erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt. Drei Viertelstunden weilte der König dort am Bahnhofe, und nicht eine Minute lang schwiegen der brausende Sang patriotischer Lieder und das in die Lüfte erschallende Hurrah einer nach Tausenden zählenden Menge. Als der Zug sich wieder in Bewegung setzen wollte, wich die bis an den Königswagen nachstürmende Volksmasse nicht, und es bedurfte erst der Bitten des Königs, um Platz zu schaffen. Ob solcher Zeichen der Anhänglichkeit und Liebe flog ein dankbares Lächeln über die ernsten Züge des greisen Helden, und er fuhr mit der sicheren und erhebenden Ueberzeugung an den weinumlaubten Ufern des Rheinstroms hinauf, daß das deutsche Volk aus ganzem Herzen seinen schicksalsschweren Entschließungen voll zustimme, und daß die ganze Kraft des Vaterlandes zum Opfer gebracht sein müßte, sollten je des Feindes Rosse aus den Fluten des deutschen Stromes trinken. An demselben Tage, an welchem sein gekrönter Gegner den bereits erwähnten theatralischen Putsch bei Saarbrücken in Scene setzte, übernahm König Wilhelm mit einem einfachen kernigen Erlaß von Mainz aus den Oberbefehl über das deutsche Heer.

Unerwarteter Weise hatten die Franzosen bisher noch nicht die geringsten Anstalten getroffen, den Krieg auf deutsches Gebiet zu übertragen. Nun sollte ihnen „das Gesetz des Handelns" von der deutschen Heeresleitung vorgeschrieben werden.

Weißenburg und Wörth. Nahe der französischen Grenze und, wie man wußte, den nur geringen, zersplittert aufgestellten Streitkräften des französischen rechten Flügels gegenüber sammelte sich die dritte Armee. Während die beiden anderen Armeen zunächst in sich aufgeschlossen gegen die Saar vorrückten, erhielt die erstgenannte Anfangs August den Auftrag, sofort die Grenze zu überschreiten, um den Gegner anzugreifen, wo sie ihn finde. Der Würfel falle! Unweit Weißenburg stießen die infolge dessen am 4. August auf feindlichem Gebiet vorrückenden Bayern zuerst auf den Feind, der das kleine freund-

liche, hügelumkränzte Städtchen nur schwach, dahingegen den südlich gelegenen Geißberg stark besetzt und sich dort verschanzt hatte. Es war die Division Douay, welche Marschall Mac Mahon von seinem bei Wörth versammelten 1. Corps hierher vorgeschoben hatte, und welche nun ohne Zögern den ungleichen Kampf aufnahm. Ohne Unterstützung mußte sie sich der Angriffe von fast drei deutschen Corps erwehren, da den Bayern noch das V. und XI. Corps zu Hülfe geeilt war. Das blutige Gefecht drehte sich namentlich um den tapfer und hartnäckig vertheidigten Geißberg und das dort befindliche Schloß. Erst das Auftreten der überlegenen preußischen Artillerie konnte hier die Entscheidung zu Gunsten der Deutschen wenden. Vergeblich waren die tapferen Königsgrenadiere wiederholt den Berg hinangestürmt; aus gedeckten Stellungen hatte der Feind mit seinen weittragenden Chassepotgewehren ganze Reihen der todesmuthigen Streiter niedergeschmettert, bevor sie zum Schuß gekommen waren.

Plan der Umgegend von Wörth.

Afrikanische Truppen, Zuaven, Turkos, Zephirs, zuchtlosen barbarischen Völkerstämmen entsprossen, stürzten sich mit wildem Schlachtgeheul in den Kampf und wütheten mit Dolch und Messer unter den Verwundeten. Das war ein anderes Kämpfen als vor vier Jahren den Oesterreichern gegenüber. Hier galt es den höchsten Mannesmuth gegenüber allen Schrecknissen eines wüthenden Kampfes einsetzen. Vertrauen auf die Führer und die herrliche Disziplin des deutschen Heeres bestanden glänzend eine neue schwere Feuerprobe. Dank diesen Eigenschaften und durch große Uebermacht war der Sieg errungen; General Douay, der tapfere Vertheidiger, war als Held gefallen.

Vorwärts! Vorwärts! lautete die Parole der dritten Armee am Morgen nach dem Kampfe; denn es galt, die Hauptmacht des Feindes zu schlagen. Man suchte dieselbe Anfangs in der Richtung auf Straßburg; aber bald ergab sich, daß sie bei Wörth in vortrefflicher Stellung stand. Marschall Mac Mahon hatte hier außer zahlreicher Kavallerie sein ganzes 1. Armeecorps und einen Teil des 7. vereinigt; seine an das bei Bitsch stehende 5. Corps gerichtete Aufforderung zum schleunigen Heranrücken war zu unbestimmt und zu spät erfolgt. Er wollte, wie er sich ausdrückte, den Preußen nun die Wege weisen.

Auf Seite der Letzteren sollte sich ursprünglich erst am 6. August die dritte Armee zum Angriff versammeln; als sich aber aus einem Aufklärungsgefecht der Vortruppen des

V. Corps ein heftiger Kampf entwickelte, an dem auch das II. bayerische Corps Theil nahm, gab der Kronprinz Friedrich Wilhelm in schneller Erkenntniß der Lage die Befehle zum weiteren Durchführen des Kampfes und zum Eingreifen des andern Corps. Den in starker Stellung befindlichen Feind bei Wörth in der Front angreifend, hatte das V. Corps einen ungemein schweren Stand und setzte vergeblich alle seine Kräfte daran, den Gegner von den Höhen jenseit des Sauerbachs zu verdrängen. Doch zur rechten Zeit griffen von links her das XI., von rechts das I. bayerische Corps in den heißen Kampf ein. Der Feind, nun von beiden Seiten umfaßt, muß die tapfer vertheidigten Höhen aufgeben. Seine Schützenschwärme eilen zurück; zu ihrem Schutze werfen sich französische Kürassiere mit heldenmüthiger Todesverachtung den Bataillonen des XI. Corps entgegen. In wenig Augenblicken sind die prächtigen Reihen der Eisenreiter niedergeschmettert, Roß und Reiter wälzen sich im Blute, ein wirrer Knäuel; versprengte Reiter jagen wehrlos den preußischen Truppen zu. Doch weiter geht die Verfolgung, die bald in wildeste Flucht ausartet. Eine schließlich noch herangekommene Division des französischen 5. Corps deckt wenigstens einigermaßen die Fliehenden, welche durch die Nacht und die Vogesenschluchten den gefürchteten Lanzen der Ulanen entgehen.

Ein glänzender, schwerwiegender Sieg war erkämpft; fast 10,000 Mann des Gegners waren zu Gefangenen gemacht, 28 Geschütze, 5 Mitrailleusen erobert und unzählige Fahrzeuge, Waffen u. dgl. in die Hände des Siegers gefallen, der den Erfolg allerdings sehr theuer, mit einem Verluste von 489 Offizieren und 10,153 Mann an Todten und Verwundeten erkauft hatte.

Erstürmung der Spicherer Höhen. Aber nicht genug mit diesem einen Siege am 6. August! Wie einst der große Napoleon am verhängnißvollen 14. Oktober 1806 ein Jena und Auerstädt auf seine Fahnen schrieb, so sollte auch der 6. August eine zweite Ruhmesthat in der für unser Vaterland so glänzenden Geschichte des Deutsch-französischen Kriegs verzeichnen. — Die Vortruppen der ersten Armee waren im allmählichen Vorrückenam 6. August bis Saarbrücken gelangt und trafen dort auf den jenseitigen Höhen der Saar die Kavallerie der zweiten Armee, welche den Feind dicht vor sich hatte. Dieser schien unter Benutzung der Eisenbahn abziehen zu wollen, wurde nun aber vom General von Kameke festgehalten, der sich mit seiner Division bald dem ganzen französischen 2. Corps gegenüber sah. Dasselbe hatte die Spicherer Höhen und namentlich den Rothen Berg sowie die angrenzenden Waldstücke stark besetzt. Geschützt durch steile, nicht für zugänglich gehaltene Hänge, wähnten sich die Franzosen in Sicherheit. Da kommen die Preußen nicht herauf! Und wenn sie es versuchen sollten, wehe ihnen! — Aber sie kamen doch, die wackeren Hannoveraner und Westfalen. Mit den Vierundsiebzigern und den niederrheinischen Füsilieren stürmt General von François unter Schmettern der Signalhörner und Rasseln der Trommeln die uneinnehmbar scheinenden Höhen kühn hinan. Von Stufe zu Stufe gelangen die begeisterten Truppen vorwärts! — Da stürzt der tapfere General von mehreren Geschossen getroffen und zum Tode verwundet nieder! „Wie schön ist's, auf dem Schlachtfeld sterben!" wendet er sich an seinen Adjutanten und haucht seine Seele aus! Weiter vorwärts stürmen die Füsiliere. Neue, dicht besetzte Schützengräben starren ihnen entgegen, und in Massen schlägt das todbringende Blei zwischen ihnen ein. Es geht nicht mehr weiter. Die Kräfte versagen. Von rechts und links stößt der übermächtige Feind vor und verdrängt einzelne Abtheilungen. Aber von allen Seiten treffen nun auch auf preußischer Seite frische Bataillone ein. So weit der Kanonendonner vernehmbar, war sofort Alles dem Kampfplatz zugeeilt. Die höheren Führer senden Befehle an die erreichbaren Truppen, in größter Eile heranzurücken. Im beschleunigten Marsche langten Theile des VIII. und III. Armeecorps auf dem Schlachtfelde an. Das Gleichgewicht der Kräfte wird dadurch einigermaßen hergestellt, und mit sicherem Blick setzen die Befehlshaber die ankommenden Truppen auf dem rechten Flügel ein, wo nun schließlich der Gegner am Abend zusammengedrückt und zum Weichen genöthigt wird.



Heldentod des Generals von François. Zeichnung von H. Lüders.

Das Erscheinen der preußischen 13. Division fast im Rücken der Franzosen zwingt dieselben bald darauf zum Rückzuge in einer alle Ordnung lösenden Eile. Auch hier ist dank der glänzenden Haltung der preußischen Truppen, allerdings unter einem Verluste von beinahe 5000 Mann ein erfolgreicher Sieg erkämpft!

Welcher Jubel in der Heimat, als die Siegesnachrichten dort ankommen! Wie manches bange Herz athmete leicht auf, das bis jetzt noch immer befürchtet hatte, den Gegner vor seiner Thür zu sehen. So groß wie hier die freudige Erregung, so stark griff dagegen die Niedergeschlagenheit im Lager Napoleon's um sich. Mac Mahon's Truppen wurden auf Chalons zurückgeführt, wo eine neue Reserve-Armee gebildet werden sollte, während die drei vor Metz aufgestellten Armeecorps den schützenden Kanonen dieser großen Festung zueilten. Anfangs hatte sich der Kaiser Napoleon III. mit dem Gedanken getragen, verstärkt durch die bei Metz verbliebene Garde und das von Chalons mittlerweile herangezogene 6. Corps, diesseit der Mosel noch einmal eine Schlacht anzunehmen. Aber von Tag zu Tag schwand seine Zuversicht mehr; tief gebeugt legte er am 12. den Oberbefehl nieder und übergab das Kommando über die Rheinarmee dem Marschall Bazaine mit der Verpflichtung, seine Truppen unverzüglich über Verdun nach Chalons zu führen.

Schlacht bei Colombey-Nouilly. Marschall Bazaine, ein tapferer Haudegen, hatte sich in den früheren Kriegen das Vertrauen des Heeres erworben und namentlich einige Jahre zuvor in dem mexikanischen Kriege eine militärisch hervorragende, aber nach der moralischen Seite hin eben nicht beneidenswerthe Rolle gespielt. Er traf sofort Anordnungen, den Rückzug über die Mosel und Metz nach Verdun anzutreten. Auf die abziehenden Truppen wirft sich jedoch am 14. Nachmittags General von der Goltz mit seiner westfälischen Brigade und, hierdurch veranlaßt, auch General von Manteuffel, der bekannte Führer der Mainarmee im Jahre 1866, jetzt Befehlshaber des I. Armeecorps. Bazaine läßt sich verleiten, den Kampf anzunehmen, zu dem er einen großen Theil der bereits im Abmarsch über die Mosel befindlichen Truppen heranzieht. In dem heißen hin- und herwogenden blutigen Ringen bei Colombey-Nouilly folgen schließlich die preußischen Truppen dem Gegner bis in den Schußbereich der französischen Forts. Höchst befriedigt theilt der französische Marschall dem Kaiser den Verlauf des Kampfes mit, der ihm glückwünschend erwiedert: „Sie haben den Zauber gebrochen, der unsere Waffen bisher gebannt hatte!“ Der in neuer Selbsttäuschung befangene Kaiser ahnte nicht, daß bereits ein Zauberkreis sich um Bazaine's Armee zu schließen begann!

Vormarsch an die Mosel. Nach dem Siege bei Wörth war die dritte Armee hinter den geschlagenen Truppen Mac Mahon's her, welche sich durch Benutzung der Eisenbahnen der Berührung mit den Deutschen glücklich entzogen hatten, nicht ohne Schwierigkeiten und Aufenthalt durch die Vogesenpässe weiter marschirt und im Vorbeigehen in den Besitz der kleinen Festen Lichtenberg und Lützelstein gelangt. Pfalzburg und Bitsch hatten indeß einem Handstreich die Stirn geboten; gegen das politisch wichtige Straßburg war die badische Division entsendet worden. In westlicher Richtung weiter rückend, setzen sich die Truppen des Kronprinzen allmählich in gleiche Höhe mit der ersten und zweiten Armee und dringen in Verbindung mit ihnen bis zur Mosel vor, die sie bei Nancy und Bayon am 14. und 15. August erreichen, bereit, nach rechts hin einzugreifen, falls die Noth es gebieten würde.

Die erste und zweite Armee befanden sich nämlich dort der Hauptmacht des Feindes gegenüber, indem sie nach dem Schlachttage von Spicheren den weichenden Franzosen langsam und stetig gefolgt waren, rechts die erste Armee in der Richtung auf Metz, links die zweite mit Pont à Mousson als Zielpunkt. Der letzteren schloß sich König Wilhelm mit dem großen Hauptquartier an. Da es schien, als wolle der Feind sich diesseit der Mosel nicht mehr stellen, beeilte sich die deutsche oberste Heeresleitung, in den Besitz der Moselübergänge oberhalb Metz zu gelangen. Demgemäß erhielt die zweite Armee den Befehl, den Fluß zunächst mit dem linken Flügelcorps zu überschreiten, während der rechte Flügel derselben und die erste Armee diese Bewegung gegen feindliche Unternehmungen von Metz aus zu decken hatten.



Vertreibung der Franzosen aus den Schützengräben bei Colombey. Zeichnung von H. Lüders.

Da ergab sich am 14. aus der Schlacht bei Colombey-Nouilly, daß der Feind eben erst bei Metz die Mosel überschreite. Tags darauf prüft General von Moltke die Lage an Ort und Stelle und weist nach dem jenseitigen Moselufer: „Dort liegen die Erfolge der gestrigen Schlacht! Wir müssen den Feind, bevor er die Maas überschritten, zu erreichen suchen!" — Und ungesäumt werden die Anordnungen in diesem Sinne getroffen!

Mars la Tour. Im Begriffe von den Schluchten des Mance-Thales aus bei Mars la Tour die hochgelegene, von Metz nach Verdun führende Straße zu gewinnen, treffen die Vortruppen des III. Corps am 16. unvermuthet auf den Feind, den kurz vorher die preußische Kavallerie in seinem Lager aufgeschreckt und mit Geschützfeuer begrüßt hatte. Heftig fassen die brandenburgischen Regimenter, tüchtig unterstützt von der Artillerie, den Gegner an, dessen Hauptmacht sie bereits weit ab wähnen. Aber Bazaine steht mit seinen fünf Armeecorps noch auf den vorliegenden Höhen und wirft sich mit Wucht auf das preußische III. Corps, das in dem ungleichen Kampfe gegen eine mehr als dreifache Uebermacht mit einer Ausdauer, Hingebung und Todesverachtung kämpft, die sich den ruhmreichsten Thaten aller Zeiten an die Seite stellen dürfen. Furchtbar ist die Wirkung des Chassepotgewehres unter den immer dünner werdenden Reihen der Preußen, während der Gegner ganze Armeecorps zur Unterstützung heranführt. Doch die braven Brandenburger halten aus, wo sie sich festgesetzt haben; das letzte Bataillon nimmt schon am ungleichen Kampfe Theil. Mit sorgendem Blicke schauen die Führer nach Hülfe aus; aber sie sehen in der Ferne nur neue Massen der Franzosen anrücken, um den linken deutschen Flügel zu umfassen. Da wirft General von Alvensleben, der Führer des III. Corps, die einzige Truppe, über die er noch zu verfügen hat — das Kürassier-Regiment Nr. 7 und das Ulanenregiment Nr. 16 — dem Feinde entgegen. Todesmuthig sprengen die braven Mannen in den Feind, überreiten dessen Schützenlinie und deren Unterstützungstruppe, dringen in die Batterien ein, wo sie die Bedienungsmannschaften niederhauen. Und weiter geht's unverzagt bis in die dichten hinteren Reihen der Franzosen hinein. Nichts hält die tollkühnen Reiter auf; sie haben bereits 3000 Schritt in gestrecktem Laufe zurückgelegt. Plötzlich fallen dichte Massen französischer Kavallerie in die linke Flanke der im Losstürmen aus einander gerathenen Kürassiere — sie vermögen sich nicht wieder zusammenzuschließen, und an Widerstand ist ebenso wenig zu denken. Vereinzelt jagen die preußischen Reiter zur Sammelstätte.

„Aber nicht Alle kehren zurück;
Mancher liegt da mit gebrochenem Blick.
Ledige Rosse, den Sattel leer,
Irren verwaist auf der Walstatt umher.
Ueber dreihundert hat man gezählt
Rosse, zu denen der Reitersmann fehlt."

Das große Opfer ist nicht umsonst gebracht. Der Feind, stutzig gemacht, hat sein Vorgehen eingestellt, die eigene Infanterie hingegen Zeit gefunden, ihre Verbände einigermaßen wieder herzustellen und die eroberten Abschnitte regelrecht zu besetzen. Hülfe naht. Das X. Corps, welches links vom III. gegen die Verduner Straße vorgeschickt war, hat durch den Kanonendonner gerufen, die ursprüngliche Marschrichtung aufgegeben und sich dem Kampfplatz zugewendet. Die einzelnen Abtheilungen desselben sind bald dem mächtigen Feinde gegenüber eingesetzt. Als die letzte Brigade eben anrückt, zeigen sich drüben mehrere französische Divisionen, im Begriff, über den preußischen linken Flügel herzufallen. In dieser Noth geht die 38. Infanteriebrigade, in eine Linie auseinandergezogen, nördlich von Mars la Tour vor. Die beiden Regimenter derselben — Nr. 16 und 57 — ihr Name wird allezeit in der preußischen Kriegsgeschichte ehrenvoll genannt werden — gewinnen den Höhenrücken und schreiten unaufhaltsam trotz des heftigsten Feuers weiter vor. Unvermuthet stoßen sie auf eine Schlucht: — hinunter, hinauf! Aber wie die Ersten oben anlangen, erblicken sie unabsehbare Massen des Feindes vor sich — und ein Kugelregen schmettert Alles nieder.

„Nah' umarmen die Heere sich;
Fertig! heult's von P'lton zu P'lton;
Auf die Kniee geworfen
Feuern die Vordern, viele stehen nicht mehr auf!
Lücken reißt die springende Granate,
Auf Vormanns Rumpf springt der Hintermann,
Verwüstung rechts und links und um und um;
Bataillone niederwälzt der Tod."

Die Schützenschwärme strömen rückwärts, doch nur ein kleiner Theil gelangt über die Schlucht zurück, der Gegner hinter ihnen her. Er wird bald Alles vernichtet haben!

Dies sehen und sich rücksichtslos auf den nachdringenden Feind werfen, ist bei den Tapfern des 1. Garde-Dragoner-Regiments das Werk eines Augenblicks.

„Auf! In den Flammendampf hinein!
Wir lächelten dem Tode zu,
Und lächeln Feind' euch zu!"

Die Franzosen eilen schleunigst in dichte Knäuel zusammen und senden ihre Verderben bringenden Geschosse unter die entschlossenen Reiter, die nach furchtbaren Verlusten vom Kampfe ablassen müssen.

Der Zweck ist erreicht — die westfälischen Brüder sind gerettet. Ein neuer Angriff der Franzosen droht jetzt auf der äußersten Linken der Deutschen. Gewaltige Reiterscharen tauchen in der Ferne auf. Unterdessen haben sich aber auch sechs preußische Kavallerieregimenter gesammelt, die ohne Säumen dem Feind zu Leibe gehen. Ein wilder Kampf zwischen etwa 5000 Reitern entspinnt sich; Lanze, Säbel und Revolver sind in voller Arbeit, ein wirres Durcheinander! „Hierher, dorthin schwankt die Schlacht! Horch, was stampft im Galopp vorbei! Dragoner rasseln in den Feind!" Endlich treten die Franzosen den Rückzug an. Der Tag neigt sich zu Ende, und die heraneilende französische Reservekavallerie wird nicht mehr ins Gefecht gebracht.

Prinz Friedrich Karl hatte in seinem Quartiere zu Pont à Mousson Nachmittags gegen zwei Uhr von dem Ernste der Lage Kunde erhalten; sofort schwingt er sich in den Sattel, und die drei Meilen zum Schlachtfeld werden in einem Jagen zurückgelegt. Um vier Uhr trifft der Prinz bei seinen Brandenburgern ein, die er in früheren Feldzügen wiederholt zum Siege geführt und die ihn jetzt mit weithin schallendem Hurrah begrüßen. Fest und entschlossen leitet er den Fortgang des Kampfes. Sein Gegner auf der andern Seite ist Marschall Bazaine, der schon längst den Marsch nach Verdun aufgegeben hat, und den nur die eine Sorge beschleicht, er könne von Metz abgeschnitten werden, das er doch verlassen sollte. Daher bereiten ihm die Angriffe gegen seinen linken Flügel bei Rezonville ganz besondere Unruhe, und er verwendet einen großen Theil seiner Kräfte nach dieser Richtung. Als dann am Abend noch Regimenter des preußischen VIII. und IX. Corps vom rechten Moselufer her auf diesem Theile des Schlachtfeldes anlangen und durch die Waldschluchten zum Angriff schreiten, wirft ihnen der französische Oberbefehlshaber überlegene Massen seiner Garde entgegen, die den deutschen Truppen große Verluste zufügen; aber eine mächtige Geschützlinie — das feste Gerippe im wogenden Kampfe — donnert jedem versuchten Vorstoße der Franzosen ein gebieterisches Halt zu. Gleichzeitig mit diesem neu entbrannten Ringen auf dem rechten Flügel läßt Prinz Friedrich Karl auf dem linken, oben an der Metz-Verduner Straße, alle zur Hand befindlichen Truppen nochmals vorrücken. Die Batterien eilen zum Angriff vor, finden aber bald unüberwindlichen Widerstand; nicht besser geht es der Infanterie. Mehrere Kavallerieregimenter traben an und gelangen im Abenddunkel bis dicht an die Infanterievierecke, deren Feuer sie zur Umkehr zwingt. Volle Finsterniß ist inzwischen eingetreten; der Schlachtenlärm verstummt. Todmüde sinken die Krieger nach fast zwölfstündigem heißen Kämpfen an der Stelle nieder, an der sie eben stehen; an ihrer Seite schlafen friedlich neben einander den ewigen

Schlaf Tausende, die sich kurz zuvor noch bekämpft. Tausende von Verwundeten stöhnen rings umher und erwarten sehnsüchtig menschliche Hülfe. Wo auf jeder Seite 16,000 Todte und Verwundete das Blachfeld bedecken, kann sie leider nur einem kleinen Theile der letzteren noch rechtzeitig gebracht werden.

Kein erhebendes, dem Allmächtigen Dank spendendes Siegesgefühl auf Seite der Deutschen! Man hat dem Gegner die südliche Straße zwar verlegt, aber wird er nicht bei anbrechendem Morgen mit erneuter Kraft anstürmen? Und wird dann die ermattete Truppe im Stande sein, Widerstand zu leisten? — Doch die hell im Osten aufgehende Morgensonne verscheucht bald auch diese Sorge. Mit Staunen sehen die deutschen Vorposten den Gegner im Abzuge begriffen. Um die Munition und Verpflegungsvorräthe zu ergänzen, führt Marschall Bazaine seine Truppen näher an Metz heran und bezieht am 17. zwischen Gravelotte und St. Privat eine feste Stellung, an der, wie er hofft, sich die Deutschen die Hörner einrennen werden.

Gravelotte. Inzwischen versammelte König Wilhelm, der sich am 17. bereits um sechs Uhr Morgens auf dem Kampfplatze des gestrigen Tages eingefunden hatte, sieben Armeecorps sowie drei Kavalleriedivisionen der ersten und zweiten Armee, mit denen er am folgenden Morgen den Feind angreifen will. Als am 18. dann die vereinigte deutsche Heeresmasse unter Leitung des königlichen Oberfeldherrn in nördlicher Richtung vorgeht, stellt sich allmählich heraus, daß der Gegner nicht im Abmarsch auf Verdun, sondern noch bei Metz in Stellung ist. Nach Osten herumschwenkend, greifen die einzelnen deutschen Armeecorps den Feind kräftigst an, und es entwickelt sich wieder ein blutiges Ringen bis in das nächtliche Dunkel hinein. Bei Gravelotte, auf dem rechten Flügel der Deutschen, und links davon bei Amanvillers versuchen das VIII. und IX. Corps, den wohl verschanzten Gegner von den Anhöhen zu vertreiben. Unter dem furchtbaren Feuer, welches in die anstürmenden Schützenmassen mit entsetzlicher Wirkung einschlägt, können hier nur langsam geringe Vortheile errungen werden. Das VII. Corps sowie das am Spätabend angelangte II. Corps greifen noch ein, vermögen aber auch nicht den Feind aus seiner Hauptstellung zu verdrängen, aus der er wiederholt mit wildem Geschrei vorstürmt.

Auf einer Anhöhe unweit Rezonville beobachtet König Wilhelm den Gang der Schlacht, und wie sie vorwärts geht, sprengt auch er weiter vor und nimmt seinen Standpunkt in der Nähe von Gravelotte.

Der äußerste rechte Flügel der Franzosen ist inzwischen mit Erfolg vom preußischen Gardecorps angegriffen worden. Siegreich dringt dasselbe mit flatternden Fahnen in St. Marie aux Chênes ein.

St. Privat. In der Ferne ragt der weiße Kirchthurm von St. Privat über die Höhe hinweg; dort hält Marschall Canrobert das 6. Corps zum Widerstande bereit. Ein flacher, unbedeckter Hang trennt die Garden vom Feinde. Sie stürmen ihn hinan. Aber wie wenn alle Höllengeister auf ein Zauberwort losgelassen wären, so wüthet mit einem Male unter den dichten Massen das heftigste Feuer der Franzosen. Zerschmettert liegen ganze Bataillone in wenig Augenblicken. Vorwärts geht es nicht mehr! Die Führer bedecken fast alle todt oder verwundet den Boden! Zurück geht die Garde nicht, darf sie nicht! Da bleibt nichts übrig, als auszuharren, wenige hundert Schritte von der furchtbaren Stellung, hinter Kartoffelsträuchen oder Erdschollen hier und da ein wenig dem Auge des Gegners entzogen. Die Minuten werden in solch verzweiflungsvoller Lage zu Stunden, und manch flehender Blick wird zum Himmel empor gesendet. Endlich, endlich kommt Hülfe! Kronprinz Albert führt seine Sachsen schleunigst heran. Sie hatten einen weiten Weg zu machen, um den Franzosen in die rechte Flanke zu fallen. Aber kaum erscheinen sie, da wirft sich auch die Garde wieder kühn auf den Feind, der nun, von zwei Seiten heftig angefaßt, schnell das Weite sucht. Hierdurch wird auch die bisher von den Franzosen glücklich vertheidigte Stellung bei Amanvillers unhaltbar; nur Gravelotte gegenüber bleiben sie noch

bis zum nächsten Morgen, ziehen dann aber auch von hier ab, unter den Mauern von Metz Schutz vor dem Sieger suchend, der am 18. über 20,000 Mann verlor, während auf Seite der hinter Deckung fechtenden Franzosen nur ein Verlust von etwa 12,000 Mann eingetreten war; 200,000 Deutsche hatten gegen ungefähr 154,000 Franzosen gekämpft. Mit dieser Riesenschlacht endete das fünftägige blutige Ringen zwischen Frankreichs und Deutschlands Hauptstreitkräften, ein schwerer, verlustreicher Kampf, unwillkürlich die Zeiten der Leipziger Schlacht ins Gedächtniß zurückrufend! Wie diese, so sind auch die Tage von Metz ein wichtiger Scheidepunkt in der Geschichte der beiden großen, ihre Kraft an einander messenden Mächte.



Uebersichtskarte der Umgebung von Metz.

Die eigentliche Widerstandskraft des bewaffneten Frankreichs ist mit diesem Siege gebrochen, die Uebermacht der Deutschen unzweifelhaft festgestellt. Tausende und aber Tausende haben ihr junges Leben in diesem Kampfe hingeben müssen! „Saat von Gott gesäet, zum Tage der Garben zu reifen!“ Und fürwahr, herrlich ist die Saat aufgegangen, nicht nur zur Ehre des deutschen Heeres, sondern zum Ruhme und Heile des gesammten Vaterlandes! —

Bildung der Maas-Armee. Doch noch durfte das Schwert nicht in die Scheide gesteckt werden. Nur vor Paris konnte Deutschland den Frieden schließen, der ihm Ruhe vor den Bedrohungen und Bedrückungen des bösen Nachbars gewährleistete. Marschall Bazaine wird vom Prinzen Friedrich Karl fest in Metz eingeschlossen, so daß er an der weiteren Vertheidigung Frankreichs nicht mehr unmittelbar Theil nehmen kann. Was zu diesem Zwecke von den Truppen der ersten und zweiten Armee nicht unbedingt erforderlich ist, erhält die Bestimmung, unverzüglich in Verbindung mit der dritten Armee auf Paris vorzurücken. Aus der Garde, dem IV. und XII. Armeecorps nebst zwei Kavalleriedivisionen

wird die Maas-Armee gebildet, und mit dem Oberbefehl zeichnet König Wilhelm den in Schlachten erprobten Kronprinz **Albert von Sachsen** aus.

Vormarsch auf Chalons. Zur Rechten der inzwischen bis an den Ornain gelangten dritten Armee und gemeinschaftlich mit dieser rücken die Streitkräfte des sächsischen Kronprinzen vom 23. August ab in westlicher Richtung vor. Der Weg zur französischen Hauptstadt führt über Chalons. Dort hatte Marschall Mac Mahon mittlerweile aus vier Armeecorps und zwei Kavalleriedivisionen eine neue, etwa 150,000 Mann starke Armee gebildet. Er sollte mit derselben Paris decken, zugleich aber auch der Armee des Marschalls Bazaine, welche man auf dem Marsche von Metz nach Montmedy vermuthete, Hülfe bringen. In Zweifel, wie er am besten dem doppelten Zwecke dienen könne, war Mac Mahon am 21. August aus dem Lager von Chalons aufgebrochen und nach Rheims marschirt. Seine Armee begleitete, ein Schattenbild einstiger Größe, der Kaiser Napoleon. Glücklich war er bei Metz noch eben den deutschen Reitern entkommen; aber Schwert und Scepter hatte er in andere Hände gelegt! — Schon war von Mac Mahon in Rheims am 22. der weitere Rückzug auf Paris angeordnet worden, als ihm eine Mittheilung des Marschalls Bazaine zuging, nach welcher dieser sich thunlichst bald von Metz über Montmedy auf Chalons wenden wollte; er forderte Mac Mahon zur Unterstützung dieses Planes auf. Auch die Menge in Paris, durch falsche amtliche Mittheilungen im Unklaren über die Sachlage gehalten, verlangte mit wüstem Straßengetobe Hülfe und Unterstützung der tapferen Truppen bei Metz. Die Minister stellten dafür sprechende Gründe an die Spitze ihrer Erwägungen. Für die wirkliche Kriegslage hatten sie kein Verständniß; sie glaubten den Regungen des Pariser Volksgeistes Folge leisten zu müssen. Mac Mahon, bei Magenta einst von dem tappenden Glücke mit unverdientem Feldherrnruhm und dem Herzogstitel beschenkt, war nicht der Mann, sein Schwert, einem Brennus gleich, in die Wagschale zu werfen. Nicht wie Ulrich von Hutten nimmt er mit einem „Ich wag's" das für richtig Erkannte auf seine Schulter; den auf ihn einstürmenden Einflüssen nachgebend, beschließt er gegen die eigene bessere Ueberzeugung, seine Armee nach Stenay an der Maas in Marsch zu setzen. An der Front der anrückenden Deutschen will er vorbei marschiren, dann deren rechte Flanke umgehen und sich so mit Bazaine vereinen. Ein Aufgabe würdig des großen, oft tollkühnen Soldatenkaisers Napoleon! Sie verlangte thatkräftige Durchführung, außerordentliche Schnelligkeit und strengstes Geheimhalten den Deutschen gegenüber, deren Gegenmaßregeln sonst den künstlichen Plan leicht zertrümmern konnten.

Rechtsabmarsch der dritten und Maas-Armee durch die Argonnen. Am 23. August, als die Franzosen den Marsch nach der Maas beginnen, erreichten das Hauptquartier König Wilhelm's bereits Gerüchte, daß der Gegner das Lager von Chalons verlassen habe; am 24. stellten die weit vor der Front der dritten Armee streifenden Kavallerie-Abtheilungen — das Auge und Ohr des Feldherrn — die Thatsache fest. Am 25. legten eingegangene Nachrichten die Vermuthung des Marsches der Armee von Chalons zur Vereinigung mit den Truppen Bazaine's so nahe, daß der schweigsame Denker Moltke noch Abends spät in Bar le duc vom Whisttisch aufsteht und den König aufsucht, um ihm zu melden, der Vormarsch nach Paris könne nicht fortgesetzt werden, da Marschall Mac Mahon die Vereinigung mit der Bazaine'schen Armee anstrebe, was ohne Säumen vereitelt werden müsse. Der König gab sofort seine Einwilligung zu der Ausführung des Moltke'schen Planes. Vor Allem mußten dem Gegner schleunigst die nächsten Straßen nach Metz verlegt werden. Zu diesem Zweck rückte die Maas-Armee und der rechte Flügel der dritten anstatt wie bisher in westlicher, nunmehr in nördlicher Richtung vor, während die Corps auf dem linken Flügel der letzteren vorläufig die Richtung auf Rheims festhielten, da die Möglichkeit einer Täuschung noch nicht ausgeschlossen war. Am 26. tauscht Moltke mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und dessen Stabschef, General von Blumenthal,

seine Ansichten über die außergewöhnliche Lage aus, und immer klarer tritt es hierbei zu Tage, daß an der Maas voraussichtlich eine Entscheidungsschlacht stattfinden werde, zu der man alle verfügbaren Kräfte heranziehen müsse. Demgemäß wird nun auch dem linken Flügel der dritten Armee die Richtung nach Norden gegeben. Daß der Marschall Mac Mahon mit seinen Streitscharen in östlicher Richtung vormarschirt war, stellt die weit vorgeschobene Kavallerie der Maasarmee schon an diesem Tage fest. Schleunigst überschreitet der Kronprinz von Sachsen die Maas, um dem Gegner in dem Gelände zwischen diesem Flusse und der belgischen Grenze die Stirn bieten zu können; zwei Corps der Metzer Umschließungsarmee werden zu gleichem Zwecke in Marsch gesetzt. Aber bereits am 27. hat die Kavallerie in ihrer unermüdlichen Aufklärungsthätigkeit es außer Zweifel gebracht, daß die Franzosen in ihrer Bewegung nach Osten noch weit ab von der Maas stehen. Gleich einem Schachspieler auf dem Schachbret legt sich General Moltke nach den eingegangenen Meldungen die Stellung des Gegners auf der Karte zurecht und macht mit unerschütterlicher Ruhe und vernichtender Sicherheit seinen Gegenzug. Er ruft jetzt die Maasarmee wieder auf das linke Maasufer zurück; an sie heran soll sich die dritte Armee ziehen und vereint mit ihr dem Gegner immer näher auf den Leib rücken. Die Argonnen müssen dabei die Kreuz und Quer durchzogen werden, ein Gebirge, von dessen Unwegsamkeit und Unwirthlichkeit gelehrte Kriegstheoretiker zu Anfang dieses Jahrhunderts nicht genug zu erzählen wußten. Es war dieselbe Gegend, in welcher vor nicht ganz achtzig Jahren die herrschende Kabinetspolitik des verflossenen Jahrhunderts durch die Kanonade bei Valmy einen so traurigen Beweis ihrer Lebensunfähigkeit gegenüber der nationalen Begeisterung abgegeben hatte.

Moltke trug keinen Augenblick Bedenken, das Gebirge durchschreiten zu lassen; mit der Genauigkeit des Mathematikers berechnete er alle Heeresbewegungen, die dann von der Truppe auf das Pünktlichste vollzogen wurden. Solche Verhältnisse tragen den Keim des Sieges in sich.

Ein grelleres Gegenbild ist gewiß nicht zu denken, als das Verhalten der Armee von Chalons in diesen Tagen. Sobald die von Rheims über Rethel auf Stenay marschirenden französischen Corps sich von der deutschen Kavallerie in ihrer rechten Flanke umschwärmt und beobachtet sehen, zögern sie im Vorrücken, den Kampf erwartend. Mac Mahon, sobald er erfährt, daß die Deutschen ihm von Süden her entgegenrücken und Bazaine noch bei Metz steht, schwankt in seinen Entschlüssen; es zieht ihn nach Paris zurück, und er läßt die entsprechende Richtung einschlagen. Aber von dort erhält er Befehl über Befehl, Bazaine Hülfe zu bringen. Endlich beschließt er, vor den Deutschen ausweichend, seine Truppen in nordöstlicher Richtung über die Maas zu führen. Darüber war viel kostbare Zeit verstrichen. Nur die nördliche Kolonne (1. und 12. Corps) erreicht den obengenannten Fluß ohne Kampf; die südliche (5. und 7. Corps) sieht sich bereits am 29. bei Nouart und an anderen Stellen durch nachtheilige Gefechte in ihrer Vorbewegung gehemmt.

Schlacht bei Beaumont. Am 30. ruhte das französische 7. Corps nach ermüdendem Nachtmarsche einige Stunden bei Beaumont, als es plötzlich gegen Mittag in seinem Lager vom preußischen IV. Corps überrumpelt wird. Alles eilt zwar sofort zu den Waffen und leistet tapfer Widerstand, aber als rechts die Sachsen, links die Bayern eingreifen, giebt es für die Franzosen bald kein Halten mehr; sie werden von Stellung zu Stellung gedrängt, bis sie bei Mouzon an die Maas gelangen und hier durch das französische 12. Corps Aufnahme finden. Nacht und Fluß trennten die Kämpfenden.

Schlacht bei Sedan. Am 31. August hatte Mac Mahon seine ganze Armee glücklich auf dem rechten Maasufer vereinigt; doch war dieselbe durch die vielfachen Kämpfe, die unausgesetzten Märsche und mangelhafte Verpflegung in einen solchen Zustand versetzt worden, daß, abgesehen von den Gegenmaßregeln der Deutschen, fürs Erste von einem Vormarsch gegen Metz nicht mehr die Rede sein konnte. Mac Mahon ließ daher seine Truppen in enger Stellung bei Sedan ruhen, in der Absicht, seine weiteren Entschließungen von dem Verhalten der Deutschen abhängig zu machen. Diese schoben

sich darauf mit ihrem rechten Flügel, der Maasarmee, wieder zwischen die Maas und die belgische Grenze, während die dritte auf dem linken Maasufer bis dicht an Sedan heranrückte. Am 1. September begann beim ersten Tagesgrauen der allseitige Vormarsch der Deutschen gegen die Stellung des Feindes. Dem General von der Tann fällt die Aufgabe zu, diesen mit dem bayerischen I. Corps festzuhalten bei Bazeilles. Begünstigt vom Nebel, überschreiten seine Bayern im Halbdunkel die Maasbrücken und überraschen das französische 12. Corps, meistens tüchtige Marinesoldaten, in Bazeilles. Hier entspinnt sich ein hartnäckiger, blutiger Häuserkampf, an dem sich selbst die Einwohner betheiligen, die wildeste Erbitterung wachrufend. Äußerst langsam dringen die Bayern vor; sie müssen ihre Geschütze bis in die Dorfstraßen vorbringen, um die Hauptvertheidigungsstätten mit diesen zu beschießen. Den Bayern zur Rechten kämpfen die Sachsen; vermittelst ihrer überlegenen Artillerie vertreiben sie den Gegner aus dem Givonnegrund und stürmen auf die jenseitigen Höhen nach. Noch weiter rechts kämpft das Gardecorps ebenfalls mit glücklichem und schnellem Erfolge; auch hier fällt der Artillerie die Hauptarbeit zu. Von Osten her umklammert dann dies Corps die Massen des Feindes und stellt die Verbindung mit dem linken Flügel der dritten Armee her. Von dieser sind in der Nacht und am Frühmorgen zwei Corps unterhalb Sedan über die Maas gegangen und haben sich, sobald festgestellt, daß der Gegner nicht im Abrücken auf Mézières begriffen, rechts gewendet, um von Norden her den Feind zu umgarnen. Dieser ist bald auf allen Seiten von einer großen Uebermacht umstellt; drüben auf dem linken Maasufer schließt das bayerische II. Corps den Eisenring. Unweit des letzteren hält auf einer weiten Umblick gestattenden Höhe König Wilhelm mit seinem Stabe und leitet von dort die Schlacht. Auf gegnerischer Seite beobachtet der Marschall Mac Mahon unweit Bazeilles die Bewegungen der Deutschen, jedoch durch einen Granatsplitter verwundet, sinkt er bald darauf vom Pferde und muß sich nach Sedan schaffen lassen. Er übergiebt dem Führer des 1. Corps, General Ducrot, den Oberbefehl, ohne diesen über die Gesammtlage oder seine gefaßten Pläne irgendwie in Kenntniß zu setzen. Ducrot erachtet die Stellung bei Sedan für unhaltbar und beschließt schleunigen Abzug nach Norden auf Mézières zu. Kaum sind die einleitenden Bewegungen hierzu gemacht, als General von Wimpffen, der Tags zuvor die Führung des 7. Corps übernommen hat, gestützt auf den Vorrang infolge des Dienstalters und mit einer Verfügung des Kriegsministers in der Hand, den Oberbefehl für sich beansprucht.

Er sieht das Heil der Armee nur in einem Durchbruch nach Süden und beginnt auch mit einigen tausend Mann diese Bewegung auf Bazeilles zu. Dort hatte das bayerische I. Corps inzwischen von dem bayerischen II. Unterstützung erhalten, und nun werden die anrückenden Massen des Feindes durch vernichtendes Feuer zurückgetrieben. Ueberall war den Franzosen der Ausweg verschlossen. Mit dem Muthe der Verzweiflung kämpften sie um Leben und Ehre, wurden aber von der Uebermacht der Deutschen, namentlich durch deren vortreffliche Artillerie, immer empfindlicher auf der besetzten Hochfläche zusammengedrängt. Dort oben bei Floing, im Norden von Sedan, wo das französische 7. Corps dem Andringen des preußischen XI. und V. weichen muß, will die Kavallerie der bedrängten Infanterie Luft schaffen. Eine ganze Reiterdivision, etwa acht Regimenter, wirft sich mit voller Wucht den Deutschen entgegen. Voll Staunen richtet König Wilhelm auf der Höhe von Frénois sein Fernrohr auf den Reitersturm, dessen Verlaufe er mit steigender Spannung folgt. Nur zu bald hat das verheerende Artillerie- und Infanteriefeuer der Deutschen die prächtigen Scharen zerschmettert. In wildem Jagen brechen einzelne Schwadronen in die Infanterie hinein, um dort vollends aus einander gesprengt zu werden. Wenige nur erreichen die Ihrigen wieder. Ehrenvoll erlagen die feindlichen Geschwader im ungleichen Kampf; das bereits besiegelte Geschick der französischen Armee hatten sie nicht mehr abzuwenden vermocht.

Unaufhaltsam dringt nun das deutsche Fußvolk von allen Seiten weiter vor, nachdem die Artillerie die Reihen des Gegners zuvor bedenklich erschüttert hat. In dem Walde

von Garenne, der letzten Zufluchtsstätte der Franzosen, so weit sie nicht nach Sedan hineingeflohen, ergeben sich Tausende ohne Kampf den preußischen Garden, während die Bayern im Süden von Bazeilles über Balan im hartnäckigen Kampfe fast bis an die Thore von Sedan vordringen.



Orientirungskarte zur Schlacht bei Sedan.

König Wilhelm, theils durch den Augenschein, theils durch die Berichte der ausgesendeten Generalstabsoffiziere von der verzweiflungsvollen Lage der Franzosen unterrichtet, ließ Nachmittags 4 Uhr die ganze auf dem linken Maasufer verfügbare Artillerie ihr Feuer gegen Sedan vereinigen, um dadurch das Zustandekommen der unvermeidlichen Kapitulation zu beschleunigen und auch dem deutschen Heere weitere Opfer zu ersparen. Bald schlagen in Sedan an mehreren Stellen die Flammen empor, und es dauert nicht lange, da erscheint auf den Wällen der Stadt die weiße Flagge. Der König schickt den Oberstleutnant von Bronsart in die Festung hinein, um den französischen Oberbefehlshaber

zur Uebergabe aufzufordern. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung führt man den preußischen Offizier vor den Kaiser Napoleon, von dessen Anwesenheit bei der Armee man deutscherseits bisher keine Ahnung hatte.

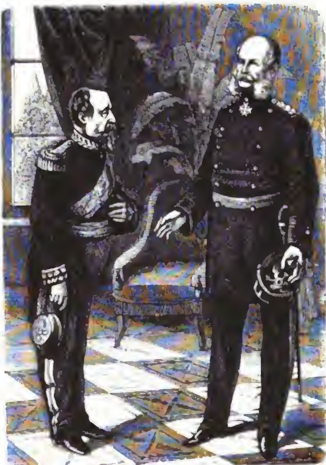
Kaiser Napoleon's III. Gefangennahme. Napoleon, der am Morgen eine Zeit lang persönlich auf dem Kampfplatz anwesend war, hatte eben in einem eigenhändigen Schreiben an den König seiner hoffnungslosen Lage Ausdruck gegeben. Er verwies wegen der Kapitulation an den General von Wimpffen, den Oberbefehlshaber der Armee. Mit diesem Bescheide kehrte der preußische Offizier zum König zurück, dem gleichzeitig ein französischer General das Schreiben des Kaisers übergab. „Nachdem es mir nicht vergönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen", lauteten die Zeilen des besiegten Napoleoniden. König Wilhelm antwortete sofort, den Degen des überwundenen Gegners annehmend, daß er der Ernennung eines Bevollmächtigten behufs Einleitung der Kapitulationsverhandlungen entgegen sehe. Der hiermit betraute General von Wimpffen begann zwar noch spät am Abend mit dem deutscherseits bevollmächtigten General von Moltke zu verhandeln, wollte jedoch die von diesem geforderten Bedingungen, Niederlegen der Waffen und Kriegsgefangenschaft der französischen Armee, nicht annehmen. Erst als am andern Morgen mit Wiederbeginn des Kampfes gedroht wurde, entschloß sich der französische Obergeneral, auf Moltke's Forderungen einzugehen, und unterzeichnete gegen 11 Uhr den Vertrag. König Wilhelm, welcher mit den deutschen Fürsten und einem zahlreichen Gefolge auf der Höhe von Frénois eingetroffen war, empfing hier die Meldung von der abgeschlossenen Kapitulation. Unter dem überwältigenden Eindrucke dieses weltgeschichtlichen Ereignisses richtete der König an die um ihn Versammelten tiefgefühlte Worte des Dankes für alle Theile des deutschen Heeres und sprach die zuversichtliche Hoffnung auf eine glückliche Zukunft aus. Dann begab sich der Monarch, vom jubelnden Zurufe der Truppen begleitet, nach dem Schloß Bellevue, wo mittlerweile auch der Kaiser Napoleon eingetroffen war. Dieser hatte bereits früh Morgens 5 Uhr zu Wagen Sedan verlassen und in Begleitung einiger höheren Offiziere die Straße nach Donchery eingeschlagen, in der Hoffnung, dort König Wilhelm zu treffen. Als er diese Hoffnung vereitelt sah, ließ er den Grafen Bismarck zu sich bitten, der mit dem Kaiser in ein Weberhäuschen eintrat und dort die Wünsche desselben entgegennahm. In längerem Gespräche, das vor der Thür fortgesetzt wurde, erklärte Napoleon III., daß Friedensverhandlungen lediglich mit der Regentschaft in Paris geführt werden könnten, er bitte nur, das harte Geschick der Armee zu erleichtern. Achselzuckend konnte der Kanzler nur auf Moltke verweisen. Herbeigerufen erklärte dieser — sonst weich von Gemüth und von solchem Wohlwollen beseelt, daß ein hartes Wort wohl nie über seine Lippen kommt — mit Festigkeit und Bestimmtheit, die Rücksicht auf die Sicherheit des Vaterlandes gestatte Zugeständnisse nach dieser Richtung nicht. Der tiefgedemüthigte Franzosenkaiser bat nun, eine Zusammenkunft mit König Wilhelm herbeizuführen, und wurde hierzu das erwähnte Schloß bezeichnet.

Im kurzen Gespräche, in welchem der König eine schonungsvolle Haltung beobachtete, nahm Letzterer dort die Wünsche seines Gefangenen entgegen und traf Bestimmungen über dessen Verbleiben. — Seit dem Tage von Pavia, an welchem bekanntlich Franz I. von Frankreich im Jahre 1525 mit der Schlacht und Freiheit Alles verloren wähnte, nur seine Ehre nicht, hatte die Welt ein solches Ereigniß nicht mehr erlebt.

Die Kapitulation von Sedan. Der herrliche, folgenschwere Sieg kostete dem deutschen Heere gegen 9000 Mann an Todten und Verwundeten, den Franzosen etwa 17,000; außerdem hatten diese 21,000 Mann als Gefangene eingebüßt. 83,000 Mann streckten alsdann infolge der Kapitulation die Waffen; über 500 Geschütze neben einer Unmenge von Waffen und Fahrzeugen fielen in die Hände der Sieger. Beispiellos stand bis dahin solch ein Erfolg in der Kriegsgeschichte da! Napoleon, der große Oheim des jetzt

bezwungenen Kaisers, hatte halb Europa siegreich durchzogen, aber niemals solche Waffenerfolge errungen. Die beiden besten Heere der Welt waren gegen einander in den Kampf getreten. Vermessen wäre es beim Ausbruche des Krieges gewesen, irgendwie vorherzusagen, auf wessen Seite der Sieg fallen werde. Und jetzt lagerte jubelnd das deutsche Heer an den grünen Ufern der Maas und theilte mitleidsvoll sein Stück Brot mit dem bezwungenen Gegner, auf dessen Seite nun namenloses Elend und Jammer ohne Ende herrschten. Tüchtige Offiziere, brave Truppen, die bis zur Erschöpfung gekämpft, sahen sich wehrlos und dem Hunger preisgegeben, die traurigen Folgen jenes Prätorianerthums, wie es mehr und mehr unter der Regierung Napoleon's III. sich ausgebildet hatte. Deutlich hat der Tag von Sedan sein „Mene tekel" gesprochen: wo die Armee nicht aus den Besten des Volkes besteht, wo die Führer des Heeres selbst nicht bestrebt sind, den Besten an Bildung und Wissen gleich zu sein, da liegt die Vertheidigung des Vaterlandes nicht in sicheren Händen.

Schlacht bei Noisseville. An demselben Tage, an welchem bei Sedan sich die Armee von Chalons vergeblich den Angriffen der Deutschen zu erwehren gesucht hatte, sahen auch die in Metz eingeschlossenen Truppen von Neuem sich besiegt. Marschall Bazaine hatte nach langem Zögern und vielem Berathschlagen endlich am 31. August versucht, in nördlicher Richtung den Eisenring der Deutschen zu durchbrechen. Die spät am Nachmittage bei Noisseville begonnene Schlacht verschaffte den Franzosen nur geringe Vortheile; am andern Morgen stürmten sie von Neuem gegen die hartnäckig vertheidigten Stellungen der Ostpreußen an, wurden jedoch mit blutigen Köpfen zurückgewiesen und auch aus dem Tags zuvor von ihnen besetzten Dorfe Noisseville vertrieben, wobei die Landwehr unter General von Kummer entscheidend eingriff. Jeder Hoffnung beraubt, sich durch eigene Kraft befreien zu können, nahmen die Franzosen wieder ihre Stellungen unter den Kanonen von Metz ein.


Unterredung zwischen König Wilhelm und Kaiser Napoleon.

Lage der französischen Grenzfestungen. So war nach kaum vierwöchigem Feldzuge von dem gesammten beim Ausbruch des Krieges ins Feld gestellten französischen Heere der eine Theil kriegsgefangen, der andere, größere, dicht an der Grenze, ohne Aussicht auf Entsatz, in eine Festung eingeschlossen. Außer einzelnen unbedeutenden festen Plätzen hatten bisher die im Waffenbereiche der Deutschen liegenden französischen Festungen den gegen sie gerichteten Unternehmungen erfolgreich Widerstand geleistet. Straßburg wurde zu dieser Zeit von der badischen Division und zwei aus der Heimat herangezogenen Divisionen (Garde-Landwehr- und 1. Reserve-Division) mit zahlreichem schwerem Geschütze belagert, Diedenhofen (Thionville) wie das am 24. August aus Feldgeschützen vergeblich beschossene Verdun von der Metzer Einschließungsarmee beobachtet. Toul widerstand an dem ebengenannten Tage gleichfalls einer Beschießung und war seitdem leicht umschlossen, während die Besatzungen von Pfalzburg und Bitsch durch kleine Beobachtungscorps der

Deutschen ihre Thätigkeit nur auf die nächste Umgebung der Festung beschränkt sahen. — Die Gefahr, welche bei dem Ausbruch des Krieges den deutschen Küstenlanden gedroht hatte, war mittlerweile fast gänzlich beseitigt. Die so überraschend schnell erfolgten Siege der Deutschen hatten bald der schwankenden Haltung Dänemarks zu Ungunsten eines etwaigen Bündnisses mit Frankreich ein Ende gemacht; zwar waren französische Flotten in der Nord- und Ostsee erschienen, vermochten dort aber nur eine so geringe Thätigkeit zu entwickeln, daß man deutscherseits es für unbedenklich hielt, die ursprünglich zur Küstenvertheidigung bereitgehaltenen vier Divisionen nach dem Kriegsschauplatze heranzuziehen und wenigen Landwehrbataillonen in Gemeinschaft mit der eigenen Kriegsmarine den Schutz der Küste anzuvertrauen.

Mit Befriedigung und Stolz durfte das Vaterland auf die bisherigen Thaten des Heeres zurückblicken. Bewegten Herzens gab der Königliche Kriegsherr seinen Empfindungen Ausdruck, als er am Abend des 2. September, nach Vendresse zurückgekehrt, bei der Mahlzeit die zahlreichen Gäste aufforderte, mit ihm auf das Wohl seiner braven Armee zu trinken. „Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft, Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf den jetzigen Höhepunkt gebracht!“ Mit diesen Worten ehrte der Monarch noch besonders die drei Paladine des Reiches!

Voll Vertrauen konnte der König und mit ihm das deutsche Volk dem weiteren Verlauf des Krieges entgegenblicken. Frankreich besaß kein geschultes Heer mehr; der Kaiser befand sich in der Gewalt des Siegers; die in Paris eingesetzte Regentschaft erwies sich machtlos gegenüber der wild aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt. Wie sich die Verhältnisse auch gestalten mochten, über eins waren König Wilhelm und seine militärischen wie politischen Rathgeber keinen Augenblick im Zweifel geblieben: der Friede konnte nur unter den Mauern von Paris geschlossen werden. Die verweichlichte und verwöhnte Zweimillionenstadt werde sich bald, glaubte man annehmen zu dürfen, dem Ernste des Krieges beugen.

Schon am Tage nach der Kapitulation von Sedan wurden vom großen Hauptquartier des deutschen Heeres die Befehle zum Vormarsch der dritten und der Maasarmee auf Paris gegeben. Am 4. September setzten sich die Kolonnen in Bewegung, und da man einen Feind im freien Felde nicht mehr vor sich hatte, so konnten die Truppen, die dritte Armee wieder links, die Maasarmee wieder rechts, der besseren Verpflegung der Mannschaft halber in breiter Front marschiren.

Mit stolzem Bewußtsein und voll Siegeszuversicht zogen die deutschen Krieger der französischen Hauptstadt zu. Die dritte Armee berührte hierbei nicht eben den schönsten Theil des Landes, die unfruchtbare Champagne, auf deren kreidigem Boden wol treffliche Weine, jedoch wenig Getreide und Kartoffeln gedeihen. Auf derselben Straße war vor 56 Jahren der alte Blücher mit der schlesischen Armee dahin gezogen. Die Stätten der unglücklichen Februartage des Jahres 1814, in denen der unerschütterliche Muth des feurigen Vorwärtsstürmers so recht zum Ausdruck gekommen, die Etappen seines Siegeszuges nach Paris erfüllten die siegreichen Enkel jener Helden noch besonders mit Stolz und Zuversicht. Wie damals, so that auch jetzt Mancher im schäumenden Rebensaft des Guten zu viel, denn:

„Ein deutscher Mann mag keinen Franzen leiden,
Doch seine Weine trinkt er gern.“

Und wenn Einer oder der Andere unter ihnen ein Nachkomme jener deutschen Reitersmänner war, die einst im heiligen Land unter Kaiser Lobesam den Trunk sich abgethan hatten, diese Tugend seiner Altvorderen hatte er nicht geerbt.

Paris rüstet sich zum Widerstande. Während die deutschen Heeressäulen sich Tag für Tag in ihrem ungestörten Vormarsch Paris näherten, vollzogen sich daselbst große

Umwälzungen. Kaum waren die ersten Nachrichten über die Kapitulation von Sedan in der Nacht zum 4. September nach Paris gelangt, als in diesem immerwährend glimmenden Revolutionsherde die Gegner der kaiserlichen Regierung kühn ihr Haupt erhoben. Unter dem Zujauchzen der Radikalen und des Straßenpöbels erklärten einige verwegene Volksführer sofort die Napoleonische Dynastie für abgesetzt und stellten sich an die Spitze einer vorläufigen „Regierung der nationalen Vertheidigung“. Der gesetzgebende Körper und die eingesetzte Regentschaft wagten nicht den geringsten Widerspruch, geschweige denn Widerstand; die Kaiserin verließ noch am 4. Abends Stadt und Land, um in England ein gastliches Obdach zu suchen. „Der Krieg bis aufs Messer“ war die Parole der über Nacht aufgetauchten neuen Regierung, welche fast ausschließlich aus früheren Advokaten bestand. „Kein Zoll französisches Gebiet, kein Stein unserer Festungen den Deutschen!“ posaunte der neue Minister des Aeußeren, Jules Favre, in die Welt hinaus.



Die Landwehr unter General Kummer bei Noisseville. Zeichnung von H. Lüders.

Léon Gambetta, ein Gascogner voll glühender Leidenschaft, ausgerüstet mit gewaltiger Rednergabe, bis dahin Advokat und nun Minister des Innern und bald auch Kriegsminister, trieb mit kühner, unbeugsamer Thatkraft das Land zum „Widerstand bis aufs Aeußerste“ und zur Bildung neuer Truppenkörper. Vor Allem aber galt es, Paris vertheidigungsfähig zu machen. Dies Bestreben einte jetzt, da es wie einst in Rom hieß: „der Feind ist vor den Thoren!“ alle Parteien, und in edlem Wetteifer leistete die Bevölkerung und Regierung zum Staunen Europa's das Außerordentlichste. Befestigt war Paris, hauptsächlich auf Veranlassung des bekannten Geschichtschreibers der Napoleonlegende und damaligen Ministerpräsidenten Thiers, der auch jetzt wieder eine Hauptrolle spielte, bereits seit den vierziger Jahren. Die 15 vorhandenen Außenforts und die Stadtumwallung sollten jetzt zur Vertheidigung ausgerüstet, vor Allem aber mußte eine Armee geschaffen werden, deren Schutz die Landeshauptstadt anvertraut werden konnte. Außerdem mußte für die Verpflegung der fast zwei Millionen betragenden Bevölkerung auf möglichst lange Zeit gesorgt werden. Der Deutschenhaß, welcher mit jeder neuen Niederlage bedeutend gewachsen war, hatte schon Ende August in der rücksichtslosesten Weise alle Deutschen aus Paris ausgewiesen — auch in dieser Beziehung steht Paris einzig da!

Für die Vertheidigungsarmee bildete das nach der Katastrophe von Sedan glücklich aus Mézières entkommene französische 13. Corps den Kern; auf 18,000 Marinesoldaten und die Truppen eines aus Marschregimentern zusammengesetzten Armeecorps beschränkten sich im Uebrigen die vorhandenen ausgebildeten Soldaten. Weiterhin lieferten 115,000 Mobilgarden und 100,000 Nationalgarden, deren Zahl sich jedoch sehr rasch verdoppelte, eine gewaltige, vorläufig zwar nicht geschulte Truppenmasse, welche aber doch hinter den schützenden Wällen der Hauptstadt ausgebildet werden konnte und in der That auch von Tag zu Tag kriegstüchtiger gemacht wurde. Auch gelang es, für die bezeichneten Festungswerke bis gegen Mitte September mehr als 2500 schwere Geschütze, unter denen mehrere hundert vortreffliche Marinegeschütze, und alles sonst zu einer hartnäckigen Vertheidigung Erforderliche herbeizuschaffen. Allerdings hatte die kaiserliche Regierung schon bei Ausbruch des Krieges im Stillen nach dieser Richtung hin für Manches gesorgt, wenngleich es nur bei bescheidenen Anfängen geblieben. Nicht minder glücklich war man in der Beschaffung von Lebensmitteln; zu der angegebenen Zeit verfügte Paris außer vielen Millionen Portionen Fleischkonserven über 30,000 Ochsen, 6000 Schweine und 180,000 Hammel. Man hatte die Verpflegung der Einwohnerschaft auf sechs Wochen sicher gestellt, indem man glaubte, hiermit Ausreichendes gethan zu haben. Der praktische und erfinderische Sinn der Franzosen bewährte sich bei dieser Gelegenheit aufs Glänzendste. Was Kunst und Wissenschaft nur irgend boten, schuf das an Mitteln unerschöpfliche Paris in kürzester Zeit. Schwimmende Batterien, eine Dampfflotille, gepanzerte Lokomotiven, ferner Luftballons, Brieftauben, elektrisches Licht, kurz Alles, was für die Vertheidigung von Vortheil sein konnte, kam zur Verwendung. Die aufregende und doch gefahrlose Thätigkeit gefiel der Bevölkerung ganz außerordentlich, und man sah der Belagerung wie einer interessanten, viel Neues bietenden Abwechselung mit reger Neugierde entgegen.

Umzingelung von Paris. General Trochu, Präsident der Regierung, hatte die militärische Oberleitung übernommen. Als tüchtiger Offizier bekannt, der bereits im Jahre 1867 freimüthig in einem Werke die Schäden der französischen Armee aufgedeckt und sich hierdurch die Ungnade des Kaisers zugezogen hatte, schaffte und förderte er jetzt mit unermüdlichem Eifer das nächst Erforderliche, vor Allem auch darauf Bedacht nehmend, den Deutschen bereits auf der im Süden von Paris für die Vertheidigung sehr günstig gelegenen Hochfläche von Chatillon mit Waffengewalt entgegentreten zu können. Kaum waren die Hauptmaßregeln in dieser Beziehung vollzogen, als schon am 19. September die vordersten Truppen der dritten Armee im Angesichte der Hauptstadt erschienen. Das preußische V. und bayerische II. Corps mußten an diesem Tage die ihnen zugewiesenen Abschnitte der Einschließungslinie bei und westlich Chevilly im heißen Kampfe erobern. Schon gleich bei Beginn des Gefechtes nahm ein Zuavenregiment Reißaus; die Mannschaften warfen ihre Gewehre fort und liefen unter wüstem Geschrei bis nach Paris hinein, wo sie Schrecken und Aufregung verbreiteten. Fürwahr ein viel versprechender Anfang der Vertheidigung! General Trochu ging zwar scharf gegen die Schuldigen vor, aber damit konnte der üble Eindruck, den dies Vorkommniß bei den Truppen und der Bevölkerung hervorgerufen hatte, nicht verwischt werden.

Im Uebrigen vollzog sich die Umzingelung der Riesenfeste ohne nennenswerthen Widerstand. Der dritten Armee fiel hierbei Süden und Westen, der Maasarmee Norden und Osten der Umgebung von Paris zu. Die letztere hatte auf dem Vormarsche die Festung Montmedy durch Feldgeschütze der Garde-Artillerie kurze Zeit und vergeblich beschießen lassen. Als am 9. September die der 6. Kavalleriedivision zugetheilte Infanterie in die übergebene Citadelle von Laon einrücken wollte, wurde letztere von einem Artillerieunteroffizier in die Luft gesprengt und hierbei den französischen wie den deutschen Truppen ein namhafter Verlust zugefügt, ohne natürlich den Lauf der Dinge irgendwie zu ändern. Die französische Nation feierte das Verbrechen wie eine altrömische Heldenthat und legte

dadurch ein trauriges Zeugniß von der bei ihr Platz greifenden Verwirrung der Begriffe über Kriegsrecht und Kriegsbrauch ab.

Da das XI. sowie das bayerische I. Corps fürs erste behufs Bewachung und Abführung der Kriegsgefangenen bei Sedan verblieben waren, standen der deutschen Heeresleitung anfänglich nur etwa 122,000 Mann Infanterie, 24,000 Mann Kavallerie mit 622 Geschützen für die Einschließung von Paris zur Verfügung, eine verhältnißmäßig sehr kleine Truppenzahl, wenn man erwägt, daß die deutsche Vorpostenlinie eine Ausdehnung von etwa 83 km erforderte. Hinter den Sicherheitstruppen suchten die einzelnen Heerestheile sofort die ihnen zugewiesenen Abschnitte zur hartnäckigsten Vertheidigung einzurichten und sich in den vorhandenen Ortschaften, so gut es eben ging, ein behagliches Unterkommen zu bereiten. Die Wohnsitze waren fast sämmtlich verlassen und unwohnlich, Lebensmittel nur wenig oder gar nicht vorhanden; nur Wein fand sich in Menge vor. So galt es denn auch deutscherseits, alle Kräfte aufzubieten, um die Armee mit Verpflegungsgegenständen, Ersatz an Mannschaften und Bekleidung und was sonst ein Heer gebraucht, zu versehen. Erstere konnten Anfangs noch durch die weit umherstreifende Kavallerie zwar einigermaßen ausreichend herbeigeschafft werden; bald jedoch mußte man Nahrungsmittel in größerer Menge aus der Heimat heranziehen und dafür wie für die anderen Zwecke die durch Sprengung von Kunstbauten nur streckenweise benutzbaren Eisenbahnverbindungen voll in Anspruch nehmen.


Leon Gambetta.

Jules Favre bei Graf Bismarck. Unterdessen hatte Jules Favre aus eigenem Antrieb, ja ohne vorheriges Befragen der anderen Minister, am 19. September und an den folgenden Tagen sich mit Graf Bismarck über die Möglichkeit eines Friedensschlusses zu verständigen versucht, hierbei aber jede Landabtretung schroff von der Hand gewiesen. Daher zerschlugen sich die Verhandlungen vollständig, und man gelangte deutscherseits an leitender Stelle darüber vollends zur Klarheit, daß Paris jedenfalls den hartnäckigsten Widerstand leisten würde, und daß die Bezwingung der französischen Hauptstadt hauptsächlich durch Aushungerung herbeigeführt werden müsse — ein langsamer, aber auch sicherer Weg. Von einer Beschießung oder einer förmlichen Belagerung dieser Riesenfestung konnte man sich keinen durchschlagenden Erfolg versprechen. Andererseits durfte nicht außer Betracht bleiben, daß die staunenswerthe Thatkraft, mit welcher der Krieg bisher geführt worden war, und die so schnelle und großartige Erfolge erzielt hatte, die übrigen Großmächte Europa's von jeder Einmischung in diesen Völkerstreit ferngehalten hatte. Sahen sie diese Thatkraft — wenn auch nur scheinbar — erlahmen und dadurch diesen den gesammten Welthandel und Verkehr in Mitleidenschaft ziehenden Krieg übermäßig verlängert, so lag das Einmischen einer oder der andern dieser Mächte in deren eigenem Interesse nicht außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit. Solche Rücksichten der Politik geboten daher, der Welt zu zeigen, daß die Thatkraft der Deutschen nicht erlahmt sei, und daß man dem feindlichen Kolosse kräftigst mit schweren Geschützen zu Leibe zu gehen Willens sei. Die nöthigen Anweisungen wurden baldigst erlassen; doch ließ sich fürs erste noch gar nicht absehen, wann mit der Beschießung begonnen werden könne. An der einzigen Bahnlinie, welche den Deutschen bis in die Gegend von Paris zur Verfügung stand, befand sich Toul noch in den Händen

des Feindes; es verbot sich somit deren Benutzung. Die Wegnahme dieser Feste war allerdings bereits eingeleitet; aber auch nach dem Fall derselben mußte man bei der Heranziehung eines Belagerungsparkes noch ungemeine Schwierigkeiten überwinden, da auf der in Betracht kommenden Bahnlinie bei Nanteuil sur Marne der große Eisenbahntunnel gründlich zerstört war, und die Weiterbeförderung der Geschütze u. s. w. von dort bis in die Stellungen von Paris — etwa 40 Kilometer — sich nur auf Wagen ermöglichen ließ. Um aber 300 schwere Geschütze nebst einer vorläufigen Munitionsausrüstung von 500 Schuß für jedes Geschütz auf bezeichnete Weise fortzuschaffen, hieß es ungefähr 4500 vierräderige Wagen und 10,000 Pferde in Feindesland auftreiben. Monate vergingen also sicherlich, bevor man zur Beschießung von Paris zu schreiten vermochte. Bis dahin, so hofften selbst die Vorsichtigeren, werde der Hunger und die Noth die Bewohner der eingeschlossenen Stadt zwingen, die Thore zu öffnen. Man sollte sich täuschen.

Die künstlich in Aufregung gehaltene Bevölkerung von Paris dünkte sich natürlich unter dem Schutze von mehreren hunderttausend Streitern und Tausenden von Feuerschlünden sicher wie in Abrahams Schooß. Victor Hugo, jener selbstbewußte poetische Freiheitsschwärmer, welcher nach dem Sturze Napoleon's von seinem Verbannungsort, der Insel Jersey, nach Paris zurückgekehrt war, posaunte mit seiner bekannten überschwenglichen Ruhmrederei in die Welt hinaus: „Paris der Mittelpunkt der Menschheit, die heilige Stadt; ein solcher Herd des Lichtes, der Geister, Herzen und Seelen, das Gehirn des allgemeinen Gedankens, könne nicht gestürmt, zerstört werden!“ Den Deutschen rief er zu, sie sollten umkehren, denn Paris gehöre ihnen ebenso wie Frankreich, es gehöre der ganzen Welt. „Athen war, Rom war, Paris ist! Deutschland würde Europa vernichten, wenn es Paris zerstörte.“ König Wilhelm und seinen Paladinen boten solche Ergüsse in dieser ernsten Zeit wohlthuende Erheiterung — doch die Pariser, durch Hugo's Ansprachen in ihrer Eigenliebe bestärkt, glaubten zum guten Theil nur um so fester an ihre Unbesiegbarkeit. Wol wagte der einsichtsvolle General Trochu den Mitgliedern der Regierung gegenüber seine Bedenken über die „Unbesiegbarkeit von Paris“ auszusprechen und auf die Vermittelung des Auslandes hinzuweisen; aber wäre man der urtheilslosen Menge mit solchen An- und Aussichten gekommen, so hätte man Mord und Todtschlag heraufbeschworen. So galt es denn, das Vertrauen der Bevölkerung durch häufige Ausfälle aufrecht zu erhalten und die Truppen selbst hierdurch in ihrer militärischen Tüchtigkeit zu fördern.

Einen andern Zweck hatte es denn auch nicht, als am 30. September eine bedeutende Truppenmacht aus den Südforts auf Chevilly und Choisy le Roi vorstürmte, die vordersten Abtheilungen des VI. Corps überrannte, dann aber den schnell herbeieilenden Verstärkungen der Deutschen den gewonnenen Bodenabschnitt wieder überlassen mußte. Am 13. und 21. Oktober wiederholten sich solche Ausfälle gegen das bayerische II. und das V. Corps (bei Chatillon und Malmaison); sie hatten jedoch denselben Verlauf wie der erstgedachte Zusammenstoß. Etwas ernster gestaltete sich der Kampf am 23. Oktober auf der Nordfront der Einschließungslinie, wo die schwache Besatzung von Le Bourget vom Feinde überfallen und verdrängt wurde, welcher sich nun in dem Orte mit starken Kräften festsetzte und ihn zur Vertheidigung einrichtete. Am 30. Oktober beschossen die Gardebatterien indessen diese Stellung der Franzosen eine Zeit lang lebhaft, dann drangen die Bataillone der 2. Gardeinfanterie-Division mit Hurrahruf und Trommelschlag in den Ort ein. Ein heißer blutiger Kampf entspann sich im Innern desselben, und nur unter großen Verlusten gelang es endlich, den Widerstand der tapferen Vertheidiger zu brechen. Hiermit erreichten die größeren Unternehmungen seitens der Besatzung von Paris vorläufig ein Ende.

Der Fall von Straßburg und Metz. — Wenige Tage nach der vollzogenen Umzingelung der französischen Hauptstadt, am 27. September, war Straßburg — leider zum Theil zerstört — den Deutschen übergeben worden. Heldenmüthig hatte General Uhrich

mit kaum noch 10,000 Liniensoldaten und ungefähr ebensoviel National- und Mobilgarden die Festung vertheidigt, die weder Außenwerke besaß, noch überhaupt nach den neuesten Grundsätzen der Befestigungskunst umgebaut worden war. Das Belagerungscorps, allmählich auf ungefähr 50,000 Mann gebracht — auch zwei Landwehrdivisionen gehörten dazu — und mit fast 250 schweren Geschützen ausgerüstet, hatte unter dem Oberbefehl des Generals von Werder sich nur langsam Schritt vor Schritt den Wällen der Festung nähern können. Viele Wochen hindurch mußten bei Tag und bei Nacht Stadt und Wall mit Bomben und Granaten beschossen werden. Die Lohe brennender Gebäude schlug hoch zum Himmel empor und erleuchtete blutig roth weithin die Umgegend. Von dem Münsterthurme mußte der Beobachtungsposten durch Artilleriefeuer vertrieben werden. Die weltberühmte Bibliothek, reich an werthvollen Werken, brannte nieder, und mit ihr gingen manche unersetzbare Schriftstücke zu Grunde. Ganze Stadtviertel fielen in Trümmer, die armen Einwohner fristeten in dumpfen Kellern ein schreckenreiches, entbehrungsvolles Dasein.



Plan der Umgebung von Paris.

Aber sie klagten nicht, und der Muth des Vertheidigers blieb ungebrochen. Nach mehr als vierwöchigem Kampfe war der Angreifer unter Erstürmung einiger Forts der zum Theil in Trümmer geschossenen Stadtumwallung so nahe gekommen, daß zu deren Erstürmung geschritten werden konnte. Neue schwere Verluste standen für beide Theile in Aussicht — da endlich fügte sich der tapfere Kommandant ins Unvermeidliche: die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes einsehend, hißte er die weiße Flagge auf! — Am 30. September zogen die Sieger in die eroberte alte deutsche Stadt ein, deren jammervoller Zustand selbst die Herzen der rauhen Krieger auf das Tiefste bewegte. Genau 189 Jahre zuvor hatte die freche französische Begehrlichkeit Straßburg ohne Weiteres besetzt und die Stadt und ihr Gebiet Frankreich einverleibt. Das an den Folgen des Dreißigjährigen Krieges schwer daniederliegende Deutschland hatte den Raub ruhig geschehen lassen!

Welch endloser Jubel aber nun im deutschen Lande! Straßburg war dem deutschen Volke werth und lieb geblieben; es hatte die ihm geraubte Stadt stets als sein geistiges Eigenthum angesehen: „Zu Straßburg auf der Schanz" und „O Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt" hatten stets mit inniger Wehmuth „des Nachts am Born die Mägde mit den Krügen" gesungen. Eng verwachsen war ja auch die Stadt durch so viele

geschichtliche Erinnerungen mit dem deutschen Vaterlande! Der herrliche, von deutscher Hand erbaute Münster! Der Große Kurfürst, der dort seinen ältesten Sohn verlor und unmuthsvoll auf dem Rückzuge über den Rhein dessen Schwert in die aufschäumenden Wogen des Stromes warf, damit es ein Hohenzoller dereinst wieder hole! Goethe in den liederreichsten Jahren seiner Jugend dort! —

Nun war mit deutschem Blute
Zurückgewonnen die Stadt,
Die einst im Uebermuthe
Der Franzmann genommen uns hat'!

Nun hieß es heilen die Wunden,
Geschlagen im blutigen Streit!
Nun konnte Alldeutschland bekunden,
Wie werth ihm Straßburg allzeit! —

Acht Tage bevor die Deutschen in Straßburg einzogen, hatte am 23. September das, wie bereits erwähnt, durch seine Lage an der Eisenbahn nach Paris sehr wichtige Toul nach kurzer Beschießung durch schweres Geschütz seine Thore der 17. Division geöffnet, welche Anfangs zum Küstenschutz verwendet, dann aber nach dem Kriegsschauplatz herangezogen worden war. Am 16. Oktober ergab sich in gleicher Weise Soissons, am 24. Schlettstadt, dessen Besatzung sich kurz vor der Uebergabe derartig berauscht hatte, daß der französische Kommandant um früheres Einrücken behufs Herstellung der Ordnung bat. Drei Tage darauf ertönte an den Ufern der Mosel im deutschen Lager schier endloses, weithin schallendes Hurrahgeschrei: Metz, seit zehn Wochen von den Deutschen unter Entbehrungen und Mühsal mannichfachster Art, unter blutigen Kämpfen fest umklammert, lag besiegt zu ihren Füßen!

Bazaine hatte nach der Schlacht bei Noisseville jede Hoffnung auf das Gelingen eines Durchbruchs aufgegeben. Auch schwand von Tag zu Tag mehr und mehr die Aussicht, durch ein anrückendes Heer endlich befreit zu werden. Nur um die Soldaten mehr zu beschäftigen und einige Lebensmittel aus den nächstgelegenen Ortschaften einzutreiben, waren wiederholt kleinere Ausfälle ausgeführt worden, unter denen das Gefecht bei Bellevue am 7. Oktober einen ernsteren Charakter trug. Nicht ohne Absicht hatte diesmal der Franzmann die durch ihre Käppis weithin erkennbaren Landwehrtruppen der Division Kummer zum Ziele genommen. Er glaubte mit den alten bärtigen Soldaten, welche Weib und Kind verlassen mußten, um für ihr bedrohtes Vaterland zu streiten, weit leichter fertig zu werden. Er wurde bald eines Besseren belehrt. Von allen Seiten erhielten die braven Landwehrmänner schnell Unterstützung. Manches Wehrmanns Herzblut hatte allerdings den Anger roth gefärbt und seine brechenden Augen hatte keine liebende Hand zugedrückt. Und mehr noch wie hier des Blutes flossen ob all der Trauernachrichten in der fernen Heimat heiße Thränen. Statt frohen Gesanges beim Erntefeste riefen diesmal die Kirchenglocken in Schlesien und Posen zur Messe für das Seelenheil der als brave Soldaten zu einem besseren Leben Abberufenen!

Die Vorräthe in der Festung nahmen mit reißender Geschwindigkeit ab; gegen Mitte Oktober war bereits die Mehrzahl der Kavallerie- und Artilleriepferde geschlachtet und schon hierdurch die eingeschlossene Armee außer Stande, im freien Felde aufzutreten. Sichtlich schwanden die Kräfte der Truppen, die Disziplin lockerte sich in bedenklicher Weise. Die Armee stand bald vor der Wahl zwischen Hungertod und Gefangenschaft, nachdem alle Versuche ihres Oberbefehlshabers, freien Abzug zu erlangen, gescheitert waren. Am 27. Oktober übergab daher Marschall Bazaine sich und seine 173,000 Mann starke Armee mit ihrem gesammten Kriegsmaterial sowie die Festung Metz und deren ganze Ausrüstung dem Prinzen Friedrich Karl. Fürwahr neben „Sedan" nochmals ein Erfolg, wie ihn die Kriegsgeschichte bisher nicht aufzuweisen hatte, für Frankreich aber ein Verlust von neuer niederschlagender Wirkung! Denn in lügenhaften Berichten hatte Gambetta zur französischen Nation von jener herrlichen Armee dort in Metz gesprochen, die unter ihrem tapfern Führer den Preußen täglich die allerempfindlichsten Verluste zufüge und der Stolz und die Hoffnung des Vaterlandes bleibe.

Große Freude herrschte ob dieses Ereignisses im deutschen Lande, noch größere womöglich aber bei den Truppen, welche Metz eingeschlossen hatten. Der schwierige Beobachtungsdienst hatte bei der meistentheils sehr schlechten Witterung selbst die gute Laune und die Gesundheit der Kräftigsten geschädigt. In dankbarer Anerkennung der Leistungen des deutschen Heeres ernannte König Wilhelm sofort nach Abschluß der Kapitulation den Prinzen Friedrich Karl und den Kronprinzen zu Feldmarschällen, seinen treuen Rathgeber Moltke zum Grafen!

Nach dem Falle des bisher unerobertеn „jungfräulichen" Metz standen der deutschen Heeresleitung die erste und zweite Armee zur gelegensten Zeit wieder zur Verfügung. Die rühmlichen Anstrengungen, welche die französische Nation, angetrieben durch die Feuer und Flamme sprühenden Veröffentlichungen des gleich einem Diktator waltenden und schaltenden Ministers Gambetta, in unermüdlicher Weise machte, um den eingedrungenen Feind vom vaterländischen Boden womöglich zu verdrängen, hatten dem Kriege bald ein ganz anderes Aeußere gegeben. Ritterlich waren das deutsche und französische Heer bisher in offenem Kampfe einander gegenüber getreten. Nach Niederlage und Entwaffnung des letzteren schrieb die zur Gewalt gelangte provisorische Regierung in Frankreich den Volkskrieg auf ihre Fahnen und erklärte jedes Mittel zur Vernichtung des Feindes für heilig. Ohne dem Heere anzugehören, durfte Jedermann die Waffen zur Vertheidigung des Vaterlandes führen. Aus Büschen und Wäldern fielen nun aus dem Hinterhalte Schüsse auf die kleinen, die einzelnen Ortschaften absuchenden Abtheilungen; wurde dann an Ort und Stelle näher nachgeforscht, so fand man entweder die sogenannten „Franctireurs" in ihren Verstecken nicht mehr vor, oder man traf dem Anscheine nach friedlich arbeitende Landbewohner, die ihre Waffen jedoch nur verborgen hatten. An einzelnen Orten vereinigten sich diese Männer des Hinterhaltes zu größeren Trupps und führten auf eigene Faust Krieg, von der Bevölkerung meist mehr gefürchtet als der Feind. Einzelne durch Fähigkeiten und Ansehen hervorragende Persönlichkeiten stellten sich an die Spitze stärkerer Freicorps und mit diesen der höheren Heeresleitung zur Verfügung. Daß bei solcher Kriegführung auch deutscherseits die Erbitterung mit der Zeit immer mehr zunehmen mußte, liegt wohl auf der Hand, und wenn trotzdem so wenig vergeltende Ausschreitungen vorkamen, so ist dies nur der eisernen Disziplin zu verdanken, welche im deutschen Heere auch jetzt gewohnheitsmäßig gehandhabt wurde. Dieser Volks- richtiger oder Buschklepperkrieg, dessen vom Standpunkt des Völkerrechts sehr bedenkliche Seite hier nicht weiter erörtert werden soll, erschwerte den Sicherheitsdienst der deutschen Soldaten zwar erheblich, auf die großen Entscheidungen und den weiteren Verlauf des Krieges blieb er jedoch ohne Einfluß.

Bis Orleans! — Den in der weiteren Umgebung von Paris aufklärenden und behufs Beitreibung von Lebensmitteln weiter ins Land hinein entsendeten Kavallerie-Abtheilungen wurde sofort noch Infanterie zugetheilt, als das erwähnte Freischaaren-Unwesen an Ausdehnung zunahm; namentlich galt dies für die in südlicher Richtung vorgegangenen Kavalleriedivisionen. Diesen gegenüber zeigten sich bereits Anfang Oktober stärkere feindliche Truppenabtheilungen aller Waffen. Am 6. Oktober wurde daher General von der Tann mit dem inzwischen vor Paris eingetroffenen bayerischen I. Corps sowie der 22. Infanteriedivision, die bisher zu dem gleichfalls wieder herangerückten XI. Corps gehörte, nebst drei Kavalleriedivisionen von Paris aus südwärts entsendet und ihm die Sicherung der Einschließungsarmee bis zur Loire hin übertragen. Beim Vorrücken auf Orleans stieß diese Heeresabtheilung am 10. Oktober unweit Artenay auf eine Division des seit längerer Zeit bei obengenannter Stadt in der Bildung begriffenen französischen 15. Corps und warf dieselbe in Unordnung auf Orleans zurück. Hier hatte der Feind eine vortheilhafte Stellung eingenommen und leistete den andern Tags angreifenden Deutschen zähen Widerstand, so daß es erst am Abend gelang, die Franzosen zu werfen und in die durch das Heldenmädchen so bekannt gewordene schöne Loire-Stadt einzudringen. Von hier

ließ General von der Tann sein bayerisches Corps und eine Kavalleriedivision den auf Bourges ausgewichenen Feind weiter beobachten, während General von Wittich mit den übrigen Heerestheilen in nordwestlicher Richtung abrückte, da dort größere Truppenabtheilungen des Feindes gleichfalls ihre Anwesenheit fühlbar gemacht hatten. Am 15. Oktober fand der genannte General Chateaudun von einem ansehnlichen Freischarencorps besetzt und konnte erst nach hartnäckigem Kampfe, der bis zum Dunkel der Nacht in den Straßen der Stadt fortgesetzt wurde und somit blutige Greuelscenen im Gefolge haben mußte, den Gegner vertreiben. Vielfach hatten die Pioniere nur durch Einreißen von Mauern Bahn machen können; aus manchem Hause wich der Vertheidiger erst den ihn umzingelnden Flammen. Alle Achtung vor solch tapferem Feinde, welcher eine Stadt so heldenmüthig vertheidigte! Wenn aber die französischen Zeitungen unter grausiger Schilderung des nächtlichen Straßenkampfes ihre heftigen Angriffe gegen die barbarische Kriegführung der Deutschen richteten, so vergaßen sie, daß lediglich das Verhalten der Freischaren solche Scenen herbeigeführt hatte.

Bei Chartres wollte man französischerseits anfänglich in gleicher Weise auftreten, im Hinblick auf das traurige Schicksal von Chateaudun aber besann man sich noch bei Zeiten eines Besseren und ließ die Stadt ungehindert von den Deutschen in Besitz nehmen, die in der nächsten Zeit gegen Tours und Le Mans streiften. Hier sowol wie auch südlich von Orleans stieß man nur auf kleinere feindliche Abtheilungen, mit denen dann einige Kugeln gewechselt wurden. Im Uebrigen trat eine verhältnißmäßig große Stille auch auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes ein.

Die „levée en masse“ in Frankreich. — Aber es war die Stille vor dem Gewitter; die kleinen Neckereien glichen den einzelnen Regentropfen, welche den Gewitterregengüssen voranzugehen pflegen. Denn Gambetta arbeitete unermüdlich und unausgesetzt an der Aufstellung neuer Heeresmassen. Die ganze männliche Bevölkerung von 21—40 Jahren wurde zur Verwendung im Felde herangezogen und in großen Lagern militärisch ausgebildet. Es entstanden schnell eine Menge neuer Marsch- Infanterie- und Kavallerieregimenter und eine noch größere Zahl von Mobilgarden-Regimentern. Aus diesen Truppen wurden dann sechs neue Armeecorps zusammengestellt, die hauptsächlich zur Bildung der Loire-Armee und der im Norden des Landes bei Lille sich sammelnden Nordarmee dienten. Gegen Ende Oktober und Anfangs November traten namentlich an der Loire die Anzeichen des losbrechenden Sturmes deutlich zu Tage. Die Franctireurtrupps zeigten zunehmende Dreistigkeit, und in den früher unbesetzten Ortschaften stießen die durchsprengenden deutschen Reiter auf starke französische Infanterie-Abtheilungen.

Schlacht bei Coulmiers. — Als nunmehr am 7. und 8. November durch die beobachtende Kavallerie festgestellt war, daß der Feind sich anschicke, mit großen Massen im Westen von Orleans vorzugehen und die in und bei jener Stadt stehenden Bayern von ihrer Verbindung mit dem Einschließungsheere vor Paris abzuschneiden, führte General von der Tann sein bayerisches Corps in der Nacht zum 9. in eine Stellung nordwestlich von Orleans. Hier griffen ihn am Morgen etwa 72,000 Franzosen mit 160 Geschützen heftig an; seine 19,000 Mann, von denen etwa der vierte Theil Kavallerie war, wiesen, unterstützt von 110 Geschützen, kräftigst die wiederholten Angriffe des Feindes ab, bis ihr Führer, in klarer Einsicht, daß es ihm nicht gelingen werde, auf die Dauer der vierfachen Uebermacht erfolgreich Widerstand zu leisten, nach siebenstündigem Kampfe das Gefecht abbrechen ließ und während der Nacht in der Richtung auf Paris abzog, ohne vom Feinde verfolgt zu werden. Man kann sich die ungestüme Freude denken, welche dieser Erfolg in Frankreich hervorrief. Den Kundgebungen Gambetta's gemäß, deren vollklingende Phrasen das leichtgläubige ungebildete Volk stets für baare Münze nahm, unterlag es nun keinem Zweifel mehr, daß die Kriegslage einem vollständigen Umschwunge entgegengehe, ja bereits einen solchen erfahren habe. Wer wollte zweifeln, daß der Feind bald vom vaterländischen

Boden vertrieben sein und der Friede vom siegreichen Frankreich vorgeschrieben werde! Der nicht mehr zu verheimlichende Fall von Metz wurde natürlich nur der Verrätherei des Marschalls Bazaine zugeschrieben und schnell vergessen; von der Hauptstadt, der Weltseele, werde, so glaubte man, in den nächsten Tagen schon der Alp weichen! —

Gambetta, in seinem Feuereifer, wäre nach dem Tage von Coulmiers am liebsten sofort auf Paris zu marschirt; daß selbst eine gewaltige Uebermacht neu formirter, jedoch aus mehr oder weniger unausgebildeten Mannschaften zusammengesetzter Truppencorps nur vorübergehende Erfolge herbeiführen könne, gar bald aber durch Kämpfe und andauernde Märsche in einen sehr bedenklichen Zustand gerathen müsse, wollte den Herren am grünen Tische wenig, der großen Menge aber gar nicht einleuchten. Daher sank sehr schnell das Vertrauen zu dem General Aurelle de Paladines, dem Führer jenes siegreich vorgedrungenen Heeres, als derselbe auf das Entschiedenste erklärte, vorläufig nicht im Stande zu sein, sich mit seinen sehr gelockerten Regimentern gegen Paris zu wenden; er erachtete es für das Beste, die bereits gegen ihn heranrückende Armee des Prinzen Friedrich Karl in einer befestigten Stellung zu empfangen. Man müsse sich daher begnügen, von Orleans Besitz zu nehmen und unter dem Schutze ausgedehnter Verschanzungen nördlich der Stadt neue Heeresmassen heranzuziehen.

Vorrücken der Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg. — Im großen Hauptquartier des Königs Wilhelm, das am 5. Oktober nach Versailles, der alten französischen Königsstadt, verlegt worden war, hatte man sich nach dem Tage von Coulmiers auf ein weiteres Vordringen des Feindes von der Loire her gefaßt gemacht. Einzelne ängstliche Gemüther sprachen schon von Kofferpacken und Aufgeben der Stellungen auf dem linken Seine-Ufer. Der große Schweiger jedoch machte unbeirrt seine strategischen Gegenzüge. Da die Einschließungsarmee inzwischen durch die von Straßburg herangerückte Gardelandwehrdivision, die zuletzt vor Toul thätig gewesene 17. Infanteriedivision, sowie durch das vor einigen Wochen erst von Metz herangezogene II. Armeecorps verstärkt worden war, so konnte man den im Süden und Westen von Paris stehenden Streitkräften ohne Bedenken die letztgenannte Infanteriedivision zutheilen. Der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin erhielt den Oberbefehl über diese, nun vier Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen starke Armee-Abtheilung, deren Aufgabe dahin ging, dem etwaigen Vordringen des Feindes auf Paris mit aller Kraft entgegen zu treten. Der bereits seit Anfang November im Vormarsche auf Orleans befindlichen zweiten Armee wurde telegraphisch eine Beschleunigung ihres Heranrückens anbefohlen. Nur wenige Tage dauerte infolge dessen die für die Deutschen augenblicklich etwas gespannte Lage.

Bereits gegen Mitte November standen die einzelnen Corps des Prinzen Friedrich Karl der großen von Orleans nach Paris führenden Heerstraße so nahe, daß wenn die Franzosen auf dieser vorgerückt wären, sie der zweiten Armee Rücken und rechte Flanke preisgegeben hätten. Die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg, welche Anfangs mit ihren Hauptkräften sich an dieser Straße befand, war inzwischen hauptsächlich aus westlicher Richtung durch feindliche Abtheilungen von Dreux her belästigt worden, so daß die Vermuthung auftauchte, die Franzosen hätten ihre Schwerkraft nach dieser örtlich sehr günstigen Anmarschstraße verlegt. Da nun durch das Herannahen der zweiten Armee der Süden von Paris täglich mehr gesichert wurde, so rückte der Großherzog auf Dreux vor und warf am 17. dort 7000 Mobilgarden, am 18. feindliche Linientruppen bei Chateauneuf nach kurzem Gefecht zurück. Beim weiteren Vormarsche über Nogent le Rotrou wurde es jedoch klar, daß der schnell zurückweichende Feind nicht der Loire-Armee, sondern einem kleineren, nicht weiter zu fürchtenden Truppenkörper angehöre. — Erstere war in der That bei Orleans verblieben und hatte sich mittlerweile auf etwa 200,000 Mann verstärkt. Dem unausgesetzten Drängen und Treiben Gambetta's und seiner Rathgeber, nun endlich auf Paris vorzudringen, setzte der erfahrene

General Aurelle de Paladines noch immer seine militärischen Bedenken entgegen. Dies erschien den Machthabern in Tours als übertriebene Aengstlichkeit, und da sich der General nicht willfährig zeigte, leitete man schließlich von Tours aus direkt die Heeresbewegungen. Für das hierauf Ende November in Scene gesetzte Vorrücken auf Paris war im französischen Kriegsministerium ein überaus feiner Plan ausgeklügelt worden. Dem zufolge sollte die aus vier Armeecorps bestehende Loire-Armee über Pithiviers vorrücken, in der Gegend von Fontainebleau die Seine überschreiten und so, zugleich die Verbindungen der Deutschen mit der Heimat unterbrechend, von Südosten her das bedrängte Paris befreien. Dem Diktator Gambetta schien dieser Plan unfehlbar; aber Strategen seiner Art rechnen nicht mit den wirklichen Verhältnissen des Krieges; sie kennen nicht die Grundgesetze für die Leitung der Massen, schätzen Raum und Zeit nicht richtig und glauben, daß das, was am grünen Tisch auf der Karte sich vortrefflich vollziehen läßt, auch in der Wirklichkeit nicht fehl schlagen könne. Sie sollten bald eines Besseren belehrt werden.

Schlacht bei Beaune la Rolande. — Am 28. begann die Vorwärtsbewegung damit, daß das französische 18. und 20. Corps östlich von Orleans auf Beaune la Rolande vorrückten; hier stießen sie auf den linken Flügel der zweiten Armee, welche seit einigen Tagen in der Gegend von Pithiviers mit drei Corps und zwei Kavalleriedivisionen, jedoch nur etwa 50,000 Mann stark, versammelt stand und das Eintreffen der, wie erwähnt, in westlicher Richtung vorgegangenen, nunmehr aber wieder nach der großen Pariser Straße heranbefohlenen Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg abwartete, um gemeinschaftlich mit derselben gegen Orleans vorzugehen. Das ungefähr 11,000 Mann starke X. Armeecorps hielt muthig den Anprall der 60,000 Franzosen aus; zwar mußten die einzelnen vorderen Abtheilungen nach und nach zurückweichen, aber das mauerumgürtete Städtchen Beaune, in dem der größte Theil der am 16. August bei Mars la Tour so todesmuthig vorgegangenen 28. Infanteriebrigade sich zur Vertheidigung eingerichtet hatte, bereitete dem Feinde einen fast unüberwindlichen Widerstand. Mit anerkennenswerther Tapferkeit stürmten die jungen französischen Soldaten gegen die verbarrikadirten Eingänge des Ortes vor; erst in nächster Nähe begrüßte sie das fest und ruhig abgegebene Gewehrfeuer der stämmigen Westfalen, und eine Salve nach der andern schmetterte die geschlossenen Reihen nieder. Einzelne Tollkühne drangen bis dicht an die Barrikaden heran und fanden hier einen schönen Soldatentod, aber die Menge war schon vorher auseinander gestäubt und zurückgeflutet. Der Feind vermag jedoch immer neue Massen einzusetzen, und mit Eintritt des Abenddunkels beginnt die Kraft der treu ausharrenden Vertheidiger zu ermatten, auch ist der Ort beinahe vollständig umfaßt. Da naht Hülfe in der höchsten Noth. Auf dem rechten Flügel wirft sich, freudig begrüßt, die herbeigeeilte 5. Infanteriedivision in den Kampf, der nun bald zu Gunsten der Deutschen umschlägt. Neu belebt geht das X. Corps gemeinschaftlich mit den Brandenburgern zum Angriff über und drängt den Feind an allen Stellen zurück. Gambetta wird durch diesen Mißerfolg nicht eingeschüchtert. Er treibt unausgesetzt zum sofortigen Vormarsch auf Pithiviers-Paris. Aber General Aurelle will immer noch nicht anfassen; er weiß, mit seiner jungen Truppe kann er nicht lange das offene Feld behaupten. Da trifft am 30. November in Tours verspätet die durch Luftballon aus Paris entsendete Nachricht ein, General Ducrot werde am 29. mit 100,000 Mann und 400 Geschützen einen Durchbruch aus Paris in südlicher Richtung versuchen und sich dann gegen die Loire wenden. Hiernach war also anzunehmen, daß jene Pariser Armee seit zwei Tagen im Kampfe stehe. Sollte ihr Hülfe gebracht werden, so lag Gefahr im Zögern. Gambetta schickt seinen ersten militärischen Rathgeber, den Ingenieur (späteren Minister) de Freycinet, sofort ins Hauptquartier der Loire-Armee und läßt unverzüglich Aufbruch in der angedeuteten Richtung verlangen; wenn aber General Aurelle jetzt wieder zögerte, so sollte sofort seine Absetzung erfolgen. Unter dem Drange der Umstände gab der französische Oberbefehlshaber nun endlich nach.

Zunächst galt es, die beiden westlich von Orleans stehenden Corps der Loire-Armee vor- und nach der großen Pariser Straße heran zu ziehen. Diese Bewegung wird am 1. Dezember begonnen. Die Franzosen stoßen hierbei auf das bayerische I. Corps, das im Verbande der Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg im Begriffe ist, sich, wie bereits erwähnt, der zweiten Armee zu nähern.

Bei Villepion entspinnt sich zwischen den bayerischen Vortruppen und den mit großer Uebermacht heranrückenden Franzosen ein ziemlich heftiges Gefecht, in welchem die Bayern mit einbrechender Dunkelheit, theilweise veranlaßt durch Munitionsmangel, unbelästigt vom Feinde eine kurze Strecke zurückgehen. Das war Wasser auf Gambetta's Mühle! Eine mißverstandene Nachricht über den Durchbruchsversuch des Generals Ducrot versetzt ihn in den Glauben, daß auch dieser General erfolgreich gekämpft habe, und sofort geht ein feuriger Aufruf ins Land hinaus. „Der Genius Frankreichs", heißt es in demselben, „einen Augenblick verhüllt, kommt wieder zum Vorschein! Dank den Anstrengungen des ganzen Landes kehrt der Sieg zu uns zurück, und gleichsam um uns die lange Reihe von Unglücksfällen vergessen zu machen, begünstigt er uns beinahe auf allen Punkten. — In der That hat unsere Loire-Armee seit drei Wochen alle Pläne der Preußen zu Schanden gemacht und alle ihre Angriffe zurückgeschlagen. Ihre Kriegskunst ist gegen die Festigkeit unserer Truppen, auf dem rechten wie auf dem linken Flügel, ohnmächtig gewesen... Unsere Truppen von Orleans sind muthig vorgegangen. Unsere beiden großen Armeen marschiren einander entgegen. In ihren Reihen weiß jeder Offizier, jeder Soldat, daß das Geschick des Vaterlandes in seinen Händen liegt; dies allein macht sie unwiderstehlich. Wer könnte noch an dem Ausgange dieses riesenhaften Kampfes zweifeln? — Die Preußen können heute den Unterschied ermessen zwischen einem Despoten, der sich schlägt, um seine Launen zu befriedigen, und einem bewaffneten Volke, welches nicht untergehen will. Es wird ewig eine Ehre für die Republik sein, daß sie Frankreich sein Selbstgefühl wiedergegeben, daß sie, nachdem sie es erniedrigt, entwaffnet, verrathen, von Fremden besetzt gefunden, ihm die Ehre, die Mannszucht, die Waffen, den Sieg wiedergebracht hat. — Der Eindringling ist jetzt auf dem Wege, auf dem ihn das Feuer der aufgestandenen Bevölkerung erwartet. Seht, Bürger, was eine große Nation vermag, welche den Ruhm ihrer Vergangenheit unbefleckt erhalten will, welche ihr Blut und das ihres Feindes nur vergießt, auf daß Recht und Gerechtigkeit in der Welt triumphiren mögen. Frankreich und die Welt werden nie vergessen, daß es Paris ist, welches dies Beispiel gegeben, diese Politik gelehrt und so seine moralische Oberherrschaft gegründet hat, indem es dem heldenmüthigen Geiste der Revolution treu geblieben ist. — Es lebe Paris! Es lebe Frankreich! Es lebe die einige und untheilbare Republik!"

Nur zu bald sollte es sich zeigen, daß Gambetta's lebhafte Gefühlsaufwallung ihm wiederum einen argen Streich gespielt hatte!

Schlacht bei Loigny — Poupry. Schon am 2. Dezember findet der linke Flügel der Loire-Armee, als er den Vormarsch fortsetzt, unweit Loigny kraftvollen Widerstand seitens der Bayern. Vergeblich setzen die Franzosen ihre bedeutende Uebermacht ein; sie kommen nicht vorwärts! Und als schließlich die Kraft der Bayern zu erlahmen beginnt, da greift auf ihrem linken Flügel die 17. Infanteriedivision so entscheidend ein, daß der Feind bald in vollem Rückzuge sich befindet. Etwas weiter links, bei Poupry, hat gleichzeitig die ebenfalls zur Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg gehörende 22. Infanteriedivision den Angriff anderer Theile der Loire-Armee in heftigem Kampfe glänzend zurückgewiesen. Mehr als 4000 Mann an Todten und Verwundeten, 2500 Mann als Gefangene, 8 Geschütze, eine Mitrailleuse und eine Fahne hat die Loire-Armee an diesem Tage eingebüßt. Der Versuch, nach Norden vorzudringen, ist vollständig gescheitert.

Vorrücken der zweiten Armee gegen Orleans. Nun ist es an den Deutschen, über den erschütterten Feind herzufallen. Sie säumen nicht einen Augenblick. Einer

Weisung des großen Hauptquartiers folgend, rückt Prinz Friedrich Karl bereits am 3. gegen Orleans vor; rechts der großen Pariser Straße die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg, links und auf derselben die zweite Armee. Der Feind versucht zwar noch Widerstand zu leisten, aber die mächtige Wirkung der deutschen Artillerie und das umfassende Vorgehen der Infanterie zwingen ihn nach kurzem Kampfe stets zum Aufgeben seiner Stellungen. So sieht er sich am 4. bis nach Orleans zurückgedrängt, das er um Mitternacht den Deutschen überläßt. 14,000 Gefangene, 77 Geschütze und 4 Kanonenboote sind die Trophäen dieser glänzenden Siegestage. Zersprengt und zersplittert suchen die einzelnen Corps der Loire-Armee in den nächsten Tagen ihr Heil in der Flucht. Die kühnen Hoffnungen Frankreichs sind mit einem Schlage zerstört, um so mehr, als in diesen Tagen auch unter den Mauern der Landeshauptstadt blutige Kämpfe den Franzosen bewiesen, daß die eisernen Adlerkrallen, die Paris umklammert hielten, nicht so leicht ihren Fang losließen.

Schlacht bei Villiers — Champigny. — Nach den blutigen Oktoberkämpfen bei Le Bourget war die Stimmung in Paris infolge der ungünstigen Nachrichten über den weiteren Verlauf des Krieges eine sehr gedrückte geworden. Zudem war Herr Thiers von einer siebenwöchigen Rundreise zu den europäischen Höfen zurückgekehrt und unterrichtete mit Genehmigung des Grafen Bismarck die Regierungsmitglieder in Paris von der gänzlichen Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, einen der größeren europäischen Staaten für Frankreichs Interesse besonders zu erwärmen. Nach der von ihm entworfenen Schilderung der Verhältnisse war weder vom Auslande noch von den Provinzen, soweit er sie jetzt durchreist, wirksame Hülfe zu erwarten. Von ihm angeknüpfte Verhandlungen mit Graf Bismarck über einen vierwöchigen Waffenstillstand zerschlugen sich gleichfalls an der deutscherseits nicht annehmbaren Forderung der Franzosen, Paris während dieser Zeit mit Lebensmitteln versehen zu dürfen. Diese Mißstimmung und Muthlosigkeit machte sich die fortwährend und fast ungestört ihr Wesen treibende Umsturzpartei zu Nutze, indem sie versuchte, die bestehende Regierung zu verdrängen, was ihr auch für einige Stunden glückte, bis es mit Hülfe mehrerer treugebliebenen Nationalgarden-Bataillone gelang, die Ordnung wieder einigermaßen herzustellen. Bald nachher drang die Kunde von dem glücklichen Ausgang des Kampfes bei Coulmiers nach Paris. Sofort erhob die wetterwendische, leicht erregbare Bevölkerung wieder hoffnungsvoll ihr Haupt und trug sich mit den kühnsten, weitausschweifenden Plänen. Zunächst wurden die in der Hauptstadt vorhandenen Streitkräfte von Neuem, und zwar in drei Armeen gegliedert, von denen die beiden von den Generalen Ducrot und Vinoy befehligten die tüchtigsten und bestausgerüsteten waren. Durch kleinere Ausfälle nach verschiedenen Seiten wurden die Deutschen einestheils in Unruhe erhalten, anderntheils die Truppe auf den großen Massenausfall vorbereitet, den die Staatslenker für durchaus nothwendig hielten, und der nichts weniger bezweckte, als den Einschließungsgürtel zu durchbrechen, der siegreich vorrückenden Loire-Armee entgegenzugehen und mit ihr vereint in das befreite Paris zurückzukehren. Nach langen Vorbereitungen und vielfachen Berathungen wurde dieses Unternehmen am 30. November ins Werk gesetzt. General Ducrot erklärte öffentlich, er kehre nur als Sieger oder als Leiche zurück. In mächtigen Massen brachen seine Truppen an jenem Morgen in östlicher Richtung aus Paris vor, überschritten die Marne auf kurz vorher erbauten Brücken und bemächtigten sich der am Flusse gelegenen Dörfer Brie und Champigny in dem Augenblicke, als die württembergische Felddivision von dort mehr nach der Seine zu sich zusammenziehen und durch Theile des XII. Corps abgelöst werden sollte. Der Versuch der Franzosen, auf der Höhe selbst sich festzusetzen, scheiterte fast durchweg an dem Eingreifen der herbeigeeilten Unterstützungen. Der verlustreiche Kampf währte bis in das Abenddunkel hinein. Einander dicht gegenüber standen hierauf die beiderseitigen Vorposten in der kalten Winternacht. Um sie herum lagen im Schnee die erstarrten Leichen der gefallenen

Kameraden, stöhnten und jammerten die ohne genügende Hülfe und Schutz daliegenden Verwundeten. Deutscherseits hatte man sich auf eine Erneuerung des Angriffes von Seiten des Gegners für den andern Tag gefaßt gemacht und Verstärkungen herangezogen. Doch die französischen Heerführer sahen ein, daß ihr Durchbruchsversuch bereits vollständig gescheitert sei, und hielten die Tags zuvor genommenen Stellungen nur noch besetzt, um mit den Truppen nicht nach Paris zurückkehren zu müssen und sich dort den Ausschreitungen des Pöbels auszusetzen. Eine von den Franzosen erbetene mehrstündige Waffenruhe wurde ihnen bewilligt und diese Zeit auf beiden Seiten zur Aufräumung des Schlachtfeldes von Verwundeten u. s. w. benutzt.



Die Loire-Armee auf der Flucht.

Am andern Tage griff dann General von Fransecky, mit dem Oberbefehl über sämmtliche zur Zeit zwischen Marne und Seine versammelten Truppen betraut, den Feind in seinen vorgeschobenen Stellungen bei Champigny und Villiers an. Unterstützt vom preußischen II. Armeecorps drangen die Sachsen und Württemberger erfolgreich vor, ohne jedoch die französischen, an Zahl weit überlegenen Truppen ganz vertreiben zu können. Erst am 3. Dezember entschloß sich General Ducrot, seine Heertheile allmählich und unbemerkt von den Deutschen im Abenddunkel auf das rechte Marne-Ufer zurückzunehmen. „Der Kampf ist nur unterbrochen", sagte er zu seinen Truppen, „um eure Schlagfähigkeit wieder vollständig herzustellen!" Paris aber gab sich von Neuem einer verzweiflungsvollen Stimmung hin. Alle Pläne zur Befreiung der Hauptstadt waren gründlich vernichtet.

Sieg der ersten Armee bei Amiens. — Des Unglücks noch nicht genug, scheiterten in diesen Tagen auch die Anstrengungen, welche im nördlichen Theile Frankreichs gemacht

worden waren, um die Einschließung von Paris zu sprengen. Wie erwähnt, sammelte sich unter dem Schutze der zahlreichen Festungen des nördlichen Frankreich die sogenannte „Nordarmee“ und schob sich gegen Mitte November bis in die Gegend von Amiens an der Somme vor, mit der Absicht, von hier aus die vor Paris lagernden Deutschen anzugreifen. Aber General von Manteuffel, an Stelle des zum Generalgouverneur der Provinz Posen ernannten Generals von Steinmetz jetzt Oberbefehlshaber der I. Armee, rückte nach dem Falle von Metz dem Feinde mit zwei Armeecorps (dem I. und VIII.) und einer Kavalleriedivision entgegen, während das gleichfalls ihm unterstellte VII. zur Besatzung von Metz und zur Wegnahme der Ardennenfestungen verwendet wurde. Am 27. November stießen die beiderseitigen Streitkräfte dicht vor Amiens auf einander. In der sich nun entspinnenden Schlacht gelangten die Rheinländer auf dem linken Flügel leichten Kaufs fast bis an die Mauern der genannten Stadt; auf dem rechten Flügel hingegen hatten die Ostpreußen einen sehr schweren Kampf durchzufechten. Hier galt es, die vom Feinde besetzten und verschanzten Anhöhen zu erstürmen. Stunden lang wogte der Kampf entscheidungslos hin und her, und nur der Feuereifer, der die nacheilenden, theils auf Protzen und Munitionswagen herangeschafften Truppen beseelte, ermöglichte es, daß diese rechtzeitig eingriffen. Mit sinkendem Tage eroberten endlich nach großen Verlusten die Ostpreußen den Stützpunkt des Feindes, Villers Bretonneux, und wendeten hierdurch auch auf diesem Flügel den Kampf zu ihren Gunsten. Noch in der Nacht verließen die Franzosen Amiens, in das die Deutschen Tags darauf einrückten; die außerhalb der Stadt liegende Citadelle ergab sich nach tapferer Gegenwehr am 30. An demselben Tage, an welchem der Sieg bei Amiens erfochten war, hatte auch die Festung La Fère, seit einiger Zeit von Theilen der ersten Armee eingeschlossen und seit zwei Tagen heftig beschossen, den Deutschen ihre Thore geöffnet.

So war Anfangs Dezember einerseits den Parisern deutlichst kund gethan, daß es ihnen wohl nicht gelingen werde, sich aus eigener Kraft zu befreien; andererseits waren die zu ihrer Unterstützung heranrückenden französischen Heere vollständig geschlagen worden. Die Deutschen hingegen besaßen nunmehr im Norden und Süden von Paris durch die Besetzung von Amiens und Orleans wichtige Stützpunkte, von denen aus sie jedem neuen Vorbrechen feindlicher Streitkräfte zeitig und kräftig entgegentreten konnten.

Von der Loire zum Loir. „Rast' ich, so rost' ich!“ Die an der Loire und Somme errungenen Erfolge wurden von der deutschen Heeresleitung baldigst weiter ausgenutzt. Nachdem Prinz Friedrich Karl der zweiten Armee zwei Ruhetage gewährt hatte, sandte er das III. Corps südostwärts auf Bourges vor, in welcher Richtung sich die rechten Flügelcorps der französischen Loire-Armee zurückgezogen hatten. Gegen die des linken Flügels hingegen, welche die Loire abwärts auf Tours den Rückzug angetreten hatten, wurde am 7. Dezember die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg entsendet (bayerisches I. Corps, 17. und 22. Infanteriedivision, 2. und 4. Kavalleriedivision); mit ihr ging in gleicher Höhe auf dem linken Loire-Ufer das IX. Corps vor. Schon am ersten Tage stießen die Truppen des Großherzogs auf ansehnliche Abtheilungen des Feindes, die sich bei Meung zur Wehr setzten, jedoch gegen Abend den Rückzug antraten.

Schlacht bei Beaugency. Am Tage darauf kam es unweit Beaugency und Cravant zu einem weit ernsteren Zusammenstoß mit den Franzosen, die nun drei Tage hindurch in hartnäckigster Weise den Deutschen das weitere Vordringen wehrten.

General Chanzy, ein hervorragend thatkräftiger und tüchtiger General, hatte mit dem einen Theile der aus Orleans zurückgedrängten Truppen sowie mit zwei neu gebildeten, aus der Gegend von Le Mans herangerückten Corps — der sogenannten zweiten Loire-Armee — nördlich Blois Stellung genommen; er erwartete hier zunächst die anderen, bei Bourges gesammelten Heertheile der ersten Loire-Armee, über welche General Bourbaki den Oberbefehl erhalten hatte, und hoffte, vereint mit diesen, von Neuem gegen Paris

vorrücken zu können. Als er sich nun am 8. von den Truppen des Großherzogs angegriffen sah, hielt er mit aller Macht die besetzte Linie fest. Während es der auf dem linken Flügel kämpfenden 17. Division ohne große Verluste gelang, sich der Stadt Beaugency zu bemächtigen, hatte weiter rechts das bayerische I. Corps bei Cravant einen sehr schweren Stand. Es mußte der Uebermacht des wiederholt zum Angriffe schreitenden Feindes gegenüber seine ganze Kraft einsetzen und wäre wohl schwerlich siegreich aus dem verlustvollen Kampf hervorgegangen, wenn nicht die auf dem äußersten rechten Flügel befindliche 22. Division, ihrer wichtigen Aufgabe sich bewußt, sich rücksichtslos eingesetzt und die Franzosen zum Weichen gebracht hätte. Da das IX. Corps am folgenden Tage auf dem linken Loire-Ufer in der Richtung auf Blois vorstoßen und dadurch den Truppen Chanzy's in den Rücken kommen sollte, so gedachte der Großherzog dem weit überlegenen Feinde gegenüber die Wirkung dieses Vorgehens abzuwarten und sodann wieder zum Angriff vorzugehen. Ehe jedoch am 9. die Bereitschaftsstellung in der angeordneten Weise eingenommen war, griff General Chanzy die Deutschen mit Heftigkeit an. Sein rechter Flügel versagte bald der 17. Division gegenüber. Besser hielt sich die Mitte; hier war der Kampf wieder am heißesten, und wieder brachte erst das Eingreifen der 22. Division die Entscheidung zu Gunsten der Deutschen. Der Feind war mit großer Umsicht geführt worden; seine sachgemäß gefaßte und ins Werk gesetzte Absicht, den rechten Flügel der Deutschen zu umfassen und auf diese Weise den Sieg zu erringen, war durch das Auftreten der 4. Kavalleriedivision und die kräftige Unterstützung seitens der Bayern gänzlich vereitelt worden. Trotzdem gab der französische Oberbefehlshaber seinen Plan, die Deutschen über den Haufen zu rennen, nicht auf und schritt am 10. von Neuem zum Angriff. Aber auch auf deutscher Seite waren inzwischen den Verhältnissen entsprechende Maßregeln ergriffen worden.

Sobald man im großen Hauptquartier zu Versailles klar darüber war, daß der Feind mit seinen Hauptkräften südwestlich von Orleans stehe, erhielt Prinz Friedrich Karl den Befehl, mit allen verfügbaren Truppen auf Tours, den Sitz der Regierung, vorzurücken. Demgemäß war auch das noch bei Orleans befindliche X. Corps in Marsch gesetzt worden und griff nun, als die Franzosen am 10. den Kampf von Neuem begannen, auf dem linken Flügel mit einigen Batterien erfolgreich ein; das auch diesmal zu Tage tretende Bestreben des Feindes, die Deutschen rechts zu umfassen, scheiterte wie Tags zuvor an dem Auftreten der 4. Kavalleriedivision gemeinschaftlich mit den Bayern. General Chanzy hatte im Laufe des Tages Nachrichten erhalten, daß das Eintreffen der bei Bourges gesammelten Streitkräfte nicht zu erwarten sei; auch hatte das IX. Corps am 9. eine französische Division bei Montlivault zurückgeworfen und eine kleine hessische Abtheilung von etwa 50 Mann das stark besetzte Schloß Chambord in kühnem Angriff erstürmt, wobei 200 Mann zu Gefangenen gemacht und 5 Geschütze nebst 12 Munitionswagen erbeutet worden waren. Tags darauf war das genannte Corps auf dem linken Loire-Ufer bis in die dortige Vorstadt von Blois vorgedrungen. Unter diesen Umständen beschloß der französische Feldherr, den weiteren Widerstand aufzugeben und den Rückzug nicht über das gefährdete Blois auf Tours, sondern in scharf westlicher Richtung auf Vendôme anzutreten. Zur Deckung desselben ließ er am Vormittage noch einige Vorstöße machen, welche jedoch nur geringe Verluste verursachten. In den viertägigen Kämpfen hatte er, außer mehreren Tausenden an Todten und Verwundeten, 5000 Mann an Gefangenen und sechs Geschütze verloren; aber auch auf Seite der Armee-Abtheilung des Großherzogs waren über 3000 Mann, hauptsächlich vom bayerischen I. Corps, eingebüßt worden.

Prinz Friedrich Karl, anfänglich noch einen ferneren hartnäckigen Widerstand des Feindes vermuthend, hatte an Stelle des durch die ununterbrochenen Kämpfe und Märsche schonungsbedürftig gewordenen und nunmehr nach Orleans zurückgesendeten bayerischen I. Corps das III. nach Beaugency in Marsch setzen lassen, welches mittlerweile bei seinem

Vorstoß Loire aufwärts bis Gien nur geringe Streitkräfte des Gegners angetroffen hatte und demnächst nach Orleans zurückgekehrt war. Nachdem alsdann im Laufe des 11. deutscherseits festgestellt war, daß der Gegner das Weite gesucht, rückten am folgenden Tage die Corps der zweiten Armee weiter vor. An Stelle der bisherigen strengen Kälte war Thauwetter und Regen eingetreten, so daß sich alle Landwege bald in kaum benutzbarem Zustande befanden. Ueberall bekundete sich deutlichst die traurige Verfassung des feindlichen Heeres. Mehrere Tausend Nachzügler wurden aufgegriffen, in den Ortschaften Tausende von Verwundeten ohne genügende Pflege vorgefunden. Die Straßen waren bedeckt mit weggeworfenen Waffen und einer Menge stehengebliebener Wagen; auf den Feldern lagen Leichen von Menschen und Pferden unbeerdigt. — Die Spuren des weichenden französischen Heeres zeigten den verfolgenden Deutschen den eingeschlagenen Weg, der allerdings nicht nach Tours, sondern nach Vendôme am Loir hinwies. General Chanzy beabsichtigte, hier am Loir von Neuem Widerstand zu leisten, aber seine Unterführer erklärten einstimmig, daß die Truppen hierzu nicht im Stande seien. So führte er denn nach leichten Gefechten mit den deutschen Vortruppen seine Armee am 16. Dezember vom Loir weiter nach Westen auf Le Mans zu. Prinz Friedrich Karl folgte nicht über Vendôme hinaus; denn nicht bis in die fernsten Gegenden hinein sollte Frankreich durchzogen und besetzt werden. Man hatte vielmehr deutscherseits nur ein Hauptziel, die Bezwingung der Hauptstadt des Feindes. Alle hierzu nicht unmittelbar erforderlichen Streitkräfte mußten diesem Zwecke mittelbar dienen, d. h. zur Sicherung der Einschließungsarmee eine Stellung nehmen, von der aus sie jedem Versuch des Feindes, auf Paris vorzudringen, rechtzeitig entgegentreten konnten. Dieser Punkt war im Süden von Paris: Orleans. Hierhin führte Prinz Friedrich Karl daher einen Theil seiner Armee zurück; nur das X. Corps sollte den Gegner von Vendôme aus durch Kavallerie verfolgen lassen und beobachtend sowie nach einzelnen wichtigen Punkten, wie Tours u. s. w., vorstoßend am Loir verbleiben, während die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg wieder bei Chartres die Sicherung in westlicher Richtung übernahm.

Vordringen der ersten Armee bis zur Meeresküste. — Kämpfe an der Hallue und bei Bapaume. Gegen Versuche des Feindes, von Norden her auf Paris vorzudringen, war, wie erwähnt, Ende November Amiens von der ersten Armee besetzt worden. Von hier aus rückte General von Manteuffel Anfang Dezember mit dem größten Theile seiner Truppen gegen die wichtige Handelsstadt Rouen vor, welche er am 5. Dezember ohne erheblichen Widerstand des Feindes besetzte. Von hier und dem festgehaltenen Amiens aus durchzog die erste Armee nunmehr in kleineren Kolonnen die Normandie und Pikardie bis zur Küste hin und hielt namentlich ansehnliche, bei Havre versammelte feindliche Streitkräfte in Schach. Im nordöstlichsten Landstriche Frankreichs, der schon seit Vauban's Zeiten mit einer Menge von Festungen wie übersäet und den Streifcorps demgemäß unzugänglich ist, konnte inzwischen jedoch der rührige General Faidherbe die französische Nordarmee ungestört wieder in bessern Zustand bringen und durch neuen Zuzug verstärken. Gegen Mitte Dezember brach er aus seinem Schlupfwinkel wieder vor und erreichte nach einigen kleineren Erfolgen am 22. Dezember die Gegend östlich Amiens, wo er an der Hallue, einem kleinen Nebenflüßchen der Somme, Stellung nahm. General von Manteuffel hatte den Gegner unausgesetzt beobachten lassen und warf sich ihm mit allen Streitkräften, die er, ohne Rouen ganz aufzugeben, mit der Eisenbahn von dort hatte heranziehen können, am 23. dem viel stärkeren Gegner entgegen. Zwar gelang es den Preußen, den Feind aus den an der Hallue gelegenen Ortschaften in hartnäckigen Dorfgefechten zu vertreiben; vergeblich waren jedoch alle Versuche, auf die stark besetzten und verschanzten Höhen vorzudringen und den rechten Flügel der Franzosen zu umgehen. Aber auch die Franzosen sahen ihre Angriffsstöße gegen die ihnen abgenommenen Halluedörfer sämmtlich scheitern. Nach einer eisigen, im Freien zugebrachten Winternacht wiederholten

sie am 24. ihre Anstrengungen, die Deutschen zu verdrängen. Aber ihr Mühen war umsonst. Gegen Abend zog dann Faidherbe mit seinen durch Kampf und Frost stark erschütterten jungen Truppen in aller Stille wieder den schützenden Festungen zu, deren Kanonen der heranstreifenden deutschen Kavallerie Halt geboten.

Eine schwere Weihnachtszeit oben im Norden Frankreichs für die deutschen Bursche, die wol allesammt sehnsuchtsvoll ihre Gedanken der Heimat zusendeten, wo in warmer Stube der Tannenbaum im Lichterglanz prangte und die Lieben sich gegenseitig beschenkten! Auch diese gedachten bewegten Herzens des fernen Sohnes oder Bruders und machten unter heißen Segenswünschen Päcklein „Liebesgaben" zurecht, die ihnen die Feldpost bringen sollte. Manches kam allerdings aus dem Felde wieder zurück, da der Herr der Heerscharen die jungen Helden, denen es zugedacht war, bereits dem irdischen Leid' und Freud' entrückt hatte.

General von Manteuffel ging nunmehr daran, seine Stellung bei Amiens und an der Somme nach Möglichkeit zu sichern und haltbar zu machen, zu welchem Zwecke er namentlich die Einschließung und Wegnahme der an genanntem Flüßchen liegenden kleinen Festung Peronne anordnete. Im Uebrigen wurde es ihm nur durch die äußerst gewandte Benutzung der Eisenbahnverbindung zwischen Amiens und Rouen möglich, seine schwierige Aufgabe, dem Feind je nach Umständen bald bei Rouen an der Seine, bald bei Amiens an der Somme entgegenzutreten, mit Erfolg durchzuführen. So war die bei Havre stehende französische Heeresmasse, als gegen Ende Dezember die Schwächung des deutschen Truppencorps bei Rouen erfolgte, sofort etwa 20,000 Mann stark aus ihren Verschanzungen gegen Rouen vorgebrochen. Aber kaum lagen dem Oberbefehlshaber der ersten Armee die ersten Anzeichen hierfür vor, als er auch ungesäumt alle nun wieder an der Somme entbehrlichen Truppen mit der Eisenbahn nach der unteren Seine warf und mit ihnen dem vorgebrochenen Feinde entgegenrückte. Am 4. Januar trafen die verschiedenen vorgehenden Kolonnen auf die Franzosen und trieben sie in lebhaften Gefechten bei Robert le Diable und Maison Brulet derartig zurück, daß denselben das Wiederkommen fürs erste verleidet war. Auch General Faidherbe hatte zu dieser Zeit seine Thätigkeit bereits wieder begonnen. Das von den Franzosen nur schwach besetzte Peronne mußte dem Angriffe der Deutschen bald erliegen, wenn ihm nicht Hülfe gebracht wurde; zu diesem Zwecke verließ die französische Nordarmee, zwei Armeecorps stark, Anfangs Januar nochmals den schützenden Festungsgürtel. General von Goeben, der Führer des VIII. Corps, konnte dem viermal stärkeren Gegner nur 10,000 Mann entgegenstellen, die in und bei Bapaume Stellung genommen hatten. Am 2. Januar gelang es den Franzosen, die deutschen Vortruppen auf deren Hauptstützpunkt zurückzudrängen. Die erneuten Angriffe am folgenden Tage hatten hauptsächlich die Wegnahme von Bapaume zum Ziel, aber hartnäckig wehrten sich dort die Rheinländer; auch die Umgehungsversuche des übermächtigen Feindes mißlangen durch rechtzeitiges und energisches Eingreifen der Reserven an den bedrohten Punkten. Nach zweitägigem tapfern Aushalten sah General Goeben schließlich ein, daß er dem Feinde nicht länger erfolgreichen Widerstand leisten könne, und leitete in der Nacht zum 4. Januar das Aufgeben der bisherigen Stellung ein. Nicht ohne Staunen fanden jedoch seine beobachtenden Truppen mit anbrechendem Morgen das Feld vom Gegner geräumt. Dessen Kraft war auch gebrochen. Nun dachte man natürlich deutscherseits nicht mehr an Rückzug, sondern schickte die Kavallerie sofort dem Feinde auf den Fersen nach. Peronne, sich selbst überlassen, mußte am 10. Januar seine Uebergabe anbieten. Zu solch schnellem Erfolge hatte namentlich die Wirkung der herangeschafften schweren Belagerungsgeschütze beigetragen. Mit diesen „Brummers" — wie der alte Fritz sie genannt haben würde — hatte seit dem Falle von Metz die 14. Infanteriedivision sich nach kurzer Beschießung am 24. November die Thore von Diedenhofen, am 14. Dezember die von Montmedy und am 1. Januar die von Mézières geöffnet.

Entscheidungsschlacht bei St. Quentin. Wieder harrte diesmal General Faidherbe nicht lange hinter den Festungen. Schon am 11. Januar brach er von Neuem vor. Zuerst wandte er sich wieder der Hallue zu, dann nahm er aber plötzlich die Richtung auf St. Quentin und hoffte, durch diesen Flankenmarsch um den rechten Flügel der Deutschen herum auf Paris vordringen zu können. Aber der beobachtenden deutschen Kavallerie, bekanntlich das Auge und Ohr des Feldherrn, entgingen die Bewegungen des Feindes nicht. An Stelle des zu anderweitiger Thätigkeit abberufenen Generals von Manteuffel war am 8. Januar General von Goeben getreten. Dieser hatte in den dreißiger Jahren im spanischen Karlistenkriege dem Tode ins Angesicht schauen gelernt und seine Nerven gestählt, und es hatten ihm danach die Feldzüge 1864 und 1866 Gelegenheit gegeben, sich als Truppenführer auszubilden und auszuzeichnen; jetzt sollte er als Oberbefehlshaber der ersten Armee Proben seines Feldherrntalentes ablegen. Mit sicheren Zügen begegnete er den Bewegungen des Gegners, der sich schließlich am 18. Januar westlich St. Quentin in einzelne kleinere Gefechte verwickelt und am 19. zur Entscheidungsschlacht bei St. Quentin gezwungen sah. Kurz, einfach und bündig lauteten Goeben's Befehle für diesen Kampf. Sie wurden pünktlichst ausgeführt, und Alles griff bestens in einander. So konnte es nicht fehlen, daß ein vollständiger Sieg von den Deutschen errungen wurde. Alle drei Waffen hatten in dem siebenstündigen heißen Kampfe, zu dem die oberste Heeresleitung sogar Truppen der Pariser Einschließungsarmee mit der Eisenbahn herangeschickt hatte, mit einander gewetteifert, und 10,000 Gefangene nebst 6 eroberten Geschützen krönten ihre Anstrengungen. 5000 Mann waren auf Seiten der Franzosen gefallen, die mehr als 50,000 Mann gegen etwa 30,000 Deutsche in den Kampf geführt hatten. „Den letzten Hauch von Roß und Mann zur Verfolgung des Feindes einsetzen" befahl Goeben für den 20., wie einst Blücher nach der Schlacht bei Belle-Alliance; aber der Feind hatte in der Nacht schon einen bedeutenden Vorsprung gewonnen, die Wege waren grundlos, die Kräfte der Truppen durch die vorhergegangenen Märsche und Kämpfe aufs Aeußerste angegriffen. So gelang es denn den Franzosen, ohne weitere erhebliche Verluste die schützenden Mauern der Festung Cambray zu erreichen. —

Vorstoß bis Tours. Gegen Mitte Dezember hatte es inzwischen den Anschein, als ob General Bourbaki, den man im Süden von Paris mit starker Heeresmacht bei Bourges vermuthete, in der Richtung auf Orleans vorzudringen beabsichtige, wodurch die von Vendôme wieder nach der Loire in Marsch gesetzten Armeecorps der zweiten Armee zu besonderer Eile angetrieben wurden. Bald zeigte sich jedoch, daß es blinder Lärm war, und es verblieb den bei Orleans versammelten Truppen nun Zeit und Muße, ihre Bekleidung und Ausrüstung nach den großen Anstrengungen der letzten Wochen wieder einigermaßen in Stand zu setzen. Auch die nach Chartres entsendete Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg sowie das bei Vendôme beobachtende X. Corps wurden, obgleich sie dem Feinde zunächst standen, sehr wenig von demselben belästigt. Die 19. Division des letzteren Corps rückte am 18. Dezember in der Richtung auf Tours vor und stieß am 20. bei Monnaie auf starke Abtheilungen des Feindes. Mit diesen entspann sich ein heftiges Gefecht, in welchem die preußische Kavallerie wiederholt zum Einhauen gelangte und die Franzosen schließlich das Feld räumten. Tags darauf erschienen die Vortruppen der Division vor Tours und fanden die Stadt zwar vom Feinde verlassen, erhielten jedoch Befehl, dieselbe nicht zu besetzen, sondern auf Blois zurückzumarschiren, wohin sich auch der übrige Theil der Division wendete.

Am Loir. In den letzten Dezembertagen regte sich der Feind lebhaft vor der Front des Großherzogs und der bei Vendôme stehenden Truppen und schien sich mit Angriffsabsichten zu tragen. Um hierüber Klarheit zu erlangen, wurde am 26. Dezember eine aus zwei Bataillonen, einer Schwadron und zwei Geschützen bestehende Kolonne in westlicher Richtung über Montoire hinaus vorgeschoben. Unweit dieses Ortes sah sich

die kleine Abtheilung am folgenden Tage von weit überlegenen Kräften vollständig umzingelt, so daß Waffenstrecken oder Vernichtung ihr Los war, falls es nicht gelang, sich durchzuschlagen. Mit hervorragender Entschlossenheit und dem Muthe der Verzweiflung stürzte sich die tapfere Schar auf die den Rückzug verlegenden Reihen des Feindes, und fast wunderbarer Weise bahnten sich sämmtliche Truppen, sogar unter Mitnahme von Gefangenen, den Weg. Aufgenommen von den zurückgelassenen Sicherungsabtheilungen, erreichten sie ohne erhebliche Verluste Vendôme wieder.

Die hierbei in den Kampf getretenen französischen Truppen gehörten einem von Le Mans vorgeschobenen stärkeren Corps an, welchem der Auftrag zutheil geworden, gegen Vendôme vorzustoßen



General von Goeben bei St. Quentin.

Der dort befehligende Divisionskommandeur, Generalleutenant von Kraatz, unterrichtet von der Nähe des Feindes, schickte am 31. eine stärkere Abtheilung zur Aufklärung vor; diese stieß bald auf den mit bedeutender Macht gleichfalls vorrückenden Gegner und ging dann allmählich wieder nach Vendôme zurück, gegen welchen Ort die Franzosen nun von allen Seiten heftig anstürmten. Aber sie fanden unüberwindlichen Widerstand und zogen sich unter dem Schutze der Dunkelheit aus dem Feuerbereiche der Deutschen, welche Tags darauf den Rückzug des Gegners noch durch Kavallerie und Artillerie belästigten. Wenig willkommene Neujahrsbesuche, die Lanzen der Ulanen und die Granaten der Artillerie! In den Straßen Vendôme's hörte man aber an diesem Tage manch lautes „Prosit Neujahr", und voll guten Muthes gingen die deutschen Krieger ins neue Jahr hinein.

Erneutes Vorrücken der II. Armee. Diese Ereignisse und die Meldungen der unausgesetzt beobachtenden Kavallerie riefen im großen Hauptquartier zu Versailles die

Ueberzeugung hervor, daß General Chanzy mit der wieder neu geordneten und gekräftigten zweiten Loire-Armee von Le Mans auf Paris vorzudringen beabsichtige. Dem mußte zuvorgekommen werden. Prinz Friedrich Karl erhielt mittels des Telegraphen die Weisung, ungesäumt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Streitkräften in westlicher Richtung vorzurücken. Sofort versammelte der Prinz-Feldmarschall die gesammte II. Armee längs des Loir und trat am 6. Januar den Vormarsch auf Le Mans an. Außer dem III., IX. und X. Corps verfügte er noch über das aus der 17. und 22. Division gebildete und dem Großherzog von Mecklenburg unterstellte XIII. Corps sowie über 4 Kavalleriedivisionen. Seine ganze Truppenmacht belief sich auf etwa 58,000 Mann Infanterie, 15,000 Mann Kavallerie und 318 Geschütze. General Chanzy vermochte ihm wenigstens 150,000 Mann entgegenzustellen. Das Gelände, welches die Deutschen zu durchschreiten hatten, war vielfach von kleinen Wasserläufen durchzogen und ziemlich stark zerklüftet; große Wälder beschränkten die an und für sich geringe Uebersichtlichkeit noch erheblich. Die Wege waren bei der nach mehrtägigem Thauwetter eingetretenen Kälte fast durchgängig mit einer Eiskruste überzogen und spiegelglatt. Im Freien konnte nicht genächtigt werden; die verhältnißmäßig in geringer Anzahl vorhandenen Ortschaften lagen weit von einander entfernt, so daß, um sie zu erreichen oder von ihnen aus sich zu größeren Kolonnen zu sammeln, bei den an sich schon kurzen Tagen viel kostbare Zeit verloren ging. Heer- wie Truppenführung hatte also mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Auf dem äußersten rechten Flügel rückte der Großherzog von Mecklenburg zunächst auf Nogent le Rotrou und dann Huisne abwärts auf Le Mans zu; in der Mitte das III. Corps, dem das IX. folgte, auf dem äußersten linken Flügel das X. Corps. Das letztere sah sich in den ersten Tagen von Süden her in seiner linken Flanke angegriffen und genöthigt, zunächst gegen den Feind Front zu machen. Nachdem es ihn in mehreren heftigen Gefechten zurückgeworfen hatte, schlug das Corps auch die Richtung auf Le Mans ein; einige Kavallerieregimenter nebst einer Infanteriebrigade blieben jedoch zur ferneren Beobachtung gegen Tours stehen.

Die auf Le Mans vorrückenden Corps fanden gleich am 6. auf allen Punkten lebhaften Widerstand und mußten sich bis in das Nachtdunkel hinein jeden Schritt vorwärts erkämpfen; namentlich hatte das III. Corps bei Azay und Mazange verlustreiche Kämpfe zu führen. In den folgenden Tagen ging es nicht besser. Jede Kolonne stieß auf feindliche Abtheilungen, die nur gezwungen ihre Stellungen räumten, um sich im nächsten Abschnitt wieder festzusetzen. In dreitägigen unausgesetzten Kämpfen waren die deutschen Truppen auf diese Weise 50—60 Kilometer vorgerückt, und es hatte sich die anfänglich gegen 90 Kilometer betragende Frontausdehnung derselben nach und nach auf etwa 20 vermindert. Die vordersten Truppen befanden sich nunmehr ungefähr 15 Kilometer von Le Mans entfernt, wo General Chanzy den größten Theil seiner Armee in einer sehr starken Stellung vereinigt hatte. Ursprünglich wollte Prinz Friedrich Karl den Feind von beiden Flügeln her umfassen und ihn in der Front nur festhalten. Da die Flügel jedoch nicht in dem Maße vorwärts gekommen waren, wie die Brandenburger in der Mitte, so beschloß er, die geschaffene Lage weiter auszunutzen und den Franzosen mit der weit vorgedrungenen Mitte ungesäumt auf den Leib zu gehen, um zu verhindern, daß sie alle ihre Kräfte bei Le Mans sammelten. Die beiden Flügel sollten dann von der Mitte aus unterstützt werden. Es entspannen sich drei Tage hindurch neue hartnäckige Gefechte, in ihrer Gesammtheit „Schlacht bei Le Mans" genannt. Die bereits geschilderten Schwierigkeiten, welche Gelände und Witterung verursachten, steigerten sich in diesen Tagen noch erheblich und nahmen die Kräfte von Menschen und Pferden ungemein in Anspruch; Schneefall und Nebel verhinderten jede Fernsicht, große Wälder erschwerten die Entwicklung selbst kleinerer Kolonnen. Eine einheitliche Leitung der Kämpfe war somit auf deutscher Seite vollständig ausgeschlossen.



Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Prinz Friedrich Karl bei Le Mans.

Aber die kampfgewohnten und tüchtig geschulten Führer, eine streng disziplinirte Truppe, bei der einer mit dem andern in Betreff Hingebung und Pflichttreue wetteiserte, waren Werkzeuge, auf welche der kriegserfahrene Oberbefehlshaber sich unbedingt verlassen konnte. Viel günstiger lagen die äußeren Verhältnisse bei den Franzosen, da sie das Gelände genau kannten und sich zur Vertheidigung vorbereitet hatten. Auch an Zahl waren sie den Deutschen weit überlegen; aber es fehlte ihnen vor Allem jener innere Halt, der in den Stunden der Noth und Gefahr nicht verzagen und Opfer wie Anstrengung freudig ertragen läßt. Unter solchen Umständen war es vorauszusehen, auf wessen Seite sich der Sieg neigen werde. Trotz aller Schwierigkeiten, Entbehrungen und Strapazen gelang es den Deutschen, wenn auch oft nur nach heftigem Kampfe und unter schweren Verlusten, den Rückzug des Gegners zu erzwingen. Am 10. Januar drangen die einzelnen Kolonnen des III. Corps auf und links der Straße von St. Calais nach Le Mans bis dicht an die Stellung des Feindes bei letzterem Orte vor; ihrem rechten Flügel gegenüber hielt der Gegner die Hochfläche von Auvours stark besetzt, zu deren Wegnahme für den nächsten Tag das Eingreifen der auf derselben Straße nachfolgenden Theile des IX. Corps erforderlich war. Rechts hatten die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg nur mäßige Fortschritte machen können, links war das X. Corps fast in gleicher Höhe herangerückt. Auch am 11. vermochte der rechte Flügel nicht erheblich vom Flecke zu kommen, indem der Gegner die einzelnen Abschnitte auf das Zäheste vertheidigte; auf dem linken Flügel fand das X. Corps anfänglich wenig Widerstand, und sahen sich erst gegen Abend seine Vortruppen in einen heftigen, aber günstig für sie verlaufenden Kampf verwickelt. Dieselben waren auf höhere Anordnung in später Stunde von Neuem vorgerückt, um dem allem Anscheine nach hart bedrängten III. Corps zu ihrer Rechten hülfreiche Hand zu bieten. Auf letzterem lastete auch heute wieder die schwerste Arbeit des Tages; südlich der Straße von St. Calais befand es sich in waldreichem Gelände starken, hochgelegenen Stellungen des Feindes gegenüber, der wiederholt mit großen Massen zum Angriff schritt. Die braven Brandenburger verzagten nicht, mußten sie hier und da für den Augenblick weichen, so nahte doch bald von rechts oder links Hülfe, und dann ging's unter Trommelschlag und Hurrahruf auf den mittlerweile durch Geschützfeuer erschütterten Feind los, der einem Zusammenstoße eiligst aus dem Wege ging. So drang das III. Corps am 11. in lebhaften Gefechten bis in das Herz der feindlichen Hauptstellung vor Le Mans. Das Eingreifen des IX. Corps zur Rechten, welches bis auf die Hochfläche von Auvours vorgedrungen war, hatte nicht wenig zu den erreichten Erfolgen beigetragen. Der folgende Tag mußte die Entscheidung bringen, und wie die Verhältnisse lagen, fiel dem nunmehr dicht an die rechte Flanke der Franzosen gelangten X. Corps die Aufgabe zu, von Süden her nach Le Mans hineinzudringen. Gegen 2 Uhr erreichten die Spitzen der 20. Division die Stadt, in welcher jedoch noch bis zum Abend ein heftiger Straßenkampf geführt wurde. In diesen griffen auch Theile des III. Corps ein, dessen Mannschaft gegen Mittag seit drei Tagen zum ersten Male wieder eine Fleischportion erhalten, schleunigst zubereitet und verzehrt hatte, dann aber von Neuem aufgebrochen war. Im Allgemeinen vertheidigte sich der Gegner an diesem Tage nicht mehr so nachhaltig wie bisher; denn General Chanzy, Anfangs gewillt, seine Stellung hartnäckig zu behaupten, mußte den sehr ungünstigen Berichten seiner Generale über die Haltung der Truppen Rechnung tragen und bereits am Morgen den allgemeinen Rückzug anordnen. Ueber 20,000 Mann ließ er als Gefangene, außerdem 17 Geschütze, 2 Fahnen und reiches Kriegsmaterial in den Händen der Deutschen. Die Zahl der Todten und Verwundeten hatte auf französischer Seite eine beträchtliche Höhe erreicht, während die Kämpfe vom 6. Januar an den Deutschen 200 Offiziere und 3200 Mann gekostet hatten. Aber auch bei diesen waren die äußersten Kräfte eingesetzt worden, um solch glänzendes Ergebniß zu erreichen. Während der letzten strengen Wintertage hatten die Truppen nach jeder Richtung hin den größten Mangel

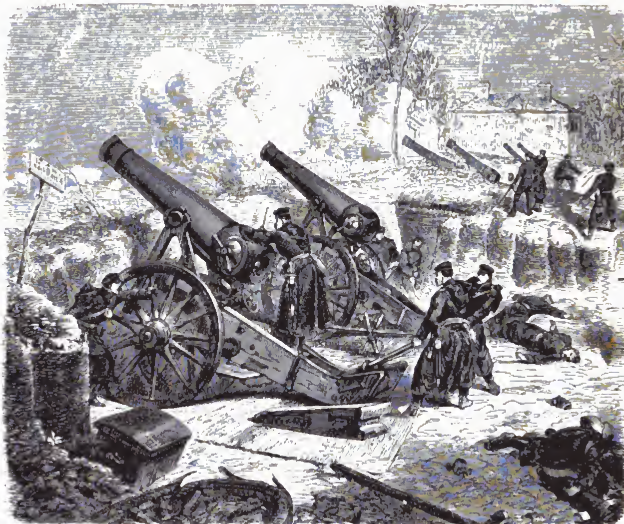
gelitten. Die Lebensmittelwagen waren auf den schlechten Wegen weit zurückgeblieben, das Gepäck fehlte den Mannschaften schon lange. Zerrissenes Schuhwerk und leinene Beinkleider waren keine seltene Erscheinung. Nur der gute Wille, die Ausdauer und Mannszucht blieben ungebrochen, und freudiges Siegesgefühl half schließlich über alle Bedrängnisse des Augenblicks hinweg. Eine unvergeßliche Zeit bleiben für alle Betheiligten die Kampfestage von Vendôme bis Le Mans. Freudig ertrugen die Soldaten alle Entbehrungen; aber ebenso freudig theilten auch ihre Führer bis zum obersten hinauf das gleiche Los mit ihnen, dabei stets helfend und erleichternd, stets sorgend, soweit es in ihrer Macht lag. Wie es drüben in den Reihen des Gegners in diesen Tagen aussah, schildert am besten eine Bericht des sehr tüchtigen und thatkräftigen Admirals Jauréguiberry, welcher als Führer des 16. Corps am 14. Januar meldete: „... Das Gewühl der Fliehenden ist unbeschreiblich. Sie rennen die Kavallerie um, welche ihre Flucht zu verhindern sucht. Die Offiziere sind machtlos; zwei Mann sind niedergeschossen, aber dies Beispiel hat keinen Eindruck auf die Anderen gemacht .... Ich finde in meiner Umgebung eine derartige Demoralisation, daß es nach Versicherung der Generale unter diesen Umständen gefährlich sein würde, hier länger zu bleiben, und ich mich in der traurigen Lage befinde, noch weiter zurückgehen zu müssen .... In den 39 Jahren, die ich im Dienst bin, habe ich mich niemals in einer solch verzweiflungsvollen Lage befunden" .... Noch trauriger stand es nach dem eigenen Geständniß des Generals Chanzy bei den anderen Corps der 2. Loire-Armee, welche für die nächsten Monate überhaupt nicht mehr in der Lage war, den Kampf mit den Deutschen aufzunehmen.

Welche reichen Lehren, weit über die Grenzen der Kriegswissenschaft hinaus, bieten diese Tage von Le Mans. Auf der einen Seite zeigen sie die außerordentliche Kraftanstrengung bei den heutigen Kriegen, die von den Nationen durchgekämpft werden, im Gegensatze zu jenen von Söldnerheeren matt geführten Kabinetskriegen, selbst unter Führern wie Prinz Eugen, Turenne oder Marlborough. Und welch ein Unterschied zwischen einer in Mannszucht aufgewachsenen Nation und einer, die nur dem leichten Erwerb und Lebensgenuß zustrebt! Welch ein Unterschied zwischen einem im Frieden, wenn auch unter erheblichen Kosten, zur Vertheidigung des Vaterlandes streng geschulten Heere und den im Augenblicke der Noth unter die Waffen gerufenen Volksmassen!

Daß gleich nach der Einnahme von Le Mans Prinz Friedrich Karl die Verfolgung des fliehenden Gegners einleitete, bedarf wohl kaum besonderer Erwähnung. Zwei Corps blieben bei Le Mans, das X. folgte dem Feinde in westlicher, das XIII. in nördlicher Richtung. Während das letztere am 15. bei Alençon noch einen glänzenden Sieg über 8000 Mann Mobil- und Nationalgarden erfocht und dem erhaltenen Befehle gemäß bis Rouen vorrückte, trieben die Kolonnen des ersteren den Feind immer weiter nach Westen zu. Hierbei trat namentlich die Kavallerie in den Vordergrund, die durch ihr Erscheinen Schrecken und Bestürzung in den Reihen der haltlosen gegnerischen Truppen hervorrief und Tausende von Gefangenen einbrachte. Die Kraft der 2. Loire-Armee war fürs erste vollständig gebrochen.

Kämpfe vor Paris. — Wegnahme des Mont Avron. Diese im Dezember und Januar sich abspielenden Ereignisse waren von der Pariser Bevölkerung und Armee, soweit es die Verbindung durch Luftballons gestattete, mit großer Spannung verfolgt worden. Man hoffte bei alledem noch immer auf Erlösung von außen her und machte sich nach der Schlacht bei Villiers wieder daran, die gelockerten Verbände einzelner Truppentheile neu zu festigen, um auf den ersten Wink von außen nach Umständen eingreifen zu können. Besonders richtete man jetzt das Augenmerk nach Nordosten, wo bekanntlich General Faidherbe sich zu dieser Zeit mit der französischen Nordarmee zu regen begann. Schon am 6. Dezember sollte ein neuer Durchbruchsversuch in der bezeichneten Richtung stattfinden, als General von Moltke Tags zuvor den Gouverneur von Paris die Wiedereinnahme von Orleans

durch die Deutschen wissen ließ. Für die nächsten Tage nahm diese Nachricht der Pariser Besatzung alle Lust zum Kampfe; dann aber raffte man sich wieder auf und begann, mit dem Eintritt milder Witterung, vom 13. Dezember ab zahlreiche Batterien und andere Erdwerke vor der Front des Garde- und XII. Armeecorps aufzuwerfen. Deutscherseits waren diese und andere Vorbereitungen zu dem geplanten Angriffe nicht unbemerkt geblieben und entsprechende Maßnahmen zur Abwehr desselben getroffen worden. Als daher am Morgen des 21., nach einem heftigen Feuer aus den erbauten Schanzen und von gepanzerten Eisenbahnwagen aus, die Franzosen sich in dichten Kolonnen gegen Le Bourget wendeten, gelang es diesen zwar, in den nur von fünf Gardecompagnien besetzten Ort von Norden her einzudringen und denselben — mit Ausnahme des südlichen Theiles — zu besetzen.



In den deutschen Batterien.

Aber die zur Unterstützung herbeieilenden Gardebataillone entrissen in sehr hartnäckigem und verlustvollem Kampfe, der an der Kirche des Ortes seinen Höhepunkt erreichte, den Franzosen wieder den eroberten Abschnitt. Auch die lebhaft in das Gefecht eingreifende Artillerie des Gardecorps erlangte bald ein entschiedenes Uebergewicht und brachte die feindlichen Feldbatterien zum Schweigen. Bei dem für die Franzosen ungünstigen Verlaufe des Kampfes ließ General Ducrot die noch zum Vorbrechen gegen das Gardecorps bereit stehenden Kolonnen gar nicht losstürmen, er befahl ihnen vielmehr, mit den aus Le Bourget vertriebenen Abtheilungen bis unter den Schutz der Forts zurückzugehen. Andere an diesem Tage mit geringeren Streitkräften unternommene Vorstöße der Franzosen hatten einen noch ungünstigeren Ausgang; nur auf dem linken Flügel des XII. Corps nistete sich der mit Uebermacht anstürmende Feind in den von den sächsischen Vorposten besetzten Ortschaften Maison blanche und Ville Evrart ein. Jedoch am Abend überfielen

die Sachsen den Gegner und trieben ihn wieder zurück. Versuche des Letzteren, am nächsten Tage von Neuem vorzudringen, mißlangen vollständig. Die vorübergehenden Erfolge den Sachsen gegenüber hatten die Franzosen namentlich der Mitwirkung der schweren Artillerie zu verdanken, welche vom Mont Avron aus in den Kampf eingegriffen hatte. Diese dicht vor der Front der Sachsen liegende Höhe war von den Franzosen seit der Schlacht bei Villiers stark besetzt gehalten und von hier aus die zu beiden Seiten der Marne gelegenen Einschließungsabschnitte der Sachsen und Württemberger fortwährend bedroht. König Wilhelm hatte daher bereits am 4. Dezember der Maas-Armee den Befehl ertheilt, den Feind von dort durch Feuer aus schwerem Geschütz zu vertreiben. Unverweilt wurden die Vorbereitungen hierzu getroffen und allmählich aus der Heimat, sowie von der eroberten Festung La Fère her, 76 schwere Geschütze herbeigeschafft. Am 27. Morgens eröffneten alsdann 13 Batterien ihr Feuer und setzten dasselbe ungeachtet des heftigen, den ganzen Tag andauernden Schneegestöbers bis zur Dämmerung fort. Der Gegner hatte sowol von der Höhe, als auch von den nächstliegenden Forts den Geschützkampf schnell und lebhaft aufgenommen, ließ hiermit aber am folgenden Tage bereits merklich nach, während die Geschosse des Angreifers bei dem inzwischen eingetretenen klaren Wetter mit sichtlich großem Erfolge einschlugen. Am 29. antworteten die Geschütze des Mont Avron nicht mehr, und als am Nachmittage Patrouillen des sächsischen Corps nach demselben vorgingen, fanden sie ihn vom Feinde verlassen. Mit großem Geschick hatte dieser, unbemerkt von den Deutschen, seinen Abzug bewerkstelligt; die Letzteren fanden dort eine große Anzahl von Geschossen, aber nur eine unbrauchbare Kanone. Die auf der Ostfront von Paris errichteten deutschen Batterien nahmen nunmehr die Forts Nogent, Rosny und Noisy, sowie die bei Bondy nachträglich hergestellten Werke zum Ziele und brachten dieselben durch ihr kräftiges Feuer bald zum Schweigen.

Beschießung von Paris. Inzwischen war es im Laufe der letzten Wochen und unter großen Anstrengungen den Deutschen gelungen, 275 schwere Geschütze nebst der zu einer Beschießung erforderlichen Munition im Geschützparke zu Villacoublay bereit zu stellen und auf den Höhen im Süden vor Paris 17 Batterien behufs Bekämpfung der dort liegenden Forts Issy, Vanves und Montrouge, sowie der anstoßenden Werke ungestört vom Feinde zu erbauen. Am 5. Tage des neuen Jahres eröffneten alsdann 98 Geschütze aus diesen Batterien auf die genannten Befestigungen und die Südseite von Paris ein lebhaftes Feuer, das die nächste Zeit hindurch je nach Umständen und Witterung mehr oder weniger heftig fortgesetzt wurde. Schon am ersten Tage zeigte sich der kräftig antwortenden französischen Artillerie gegenüber die Ueberlegenheit der deutschen Geschütze. Da wiederholt mehrere im Südabschnitte der Stadt liegende Lazarethe von den Geschossen des Angreifers getroffen wurden, so glaubte General Trochu, eine Absicht der Deutschen voraussetzend, gegen eine solche Verletzung des Völkerrechts Einspruch erheben zu müssen.

Er erhielt aber sofort vom General Moltke die bestimmte Erklärung, daß deutscherseits keine Absicht vorliege und ein Treffen der genannten Gebäude nicht mehr stattfinden werde, sobald erst die deutschen Batterien näher an die Stadt herangerückt seien. Die Bevölkerung der Hauptstadt fing nun allmählich an, die Schrecknisse einer Belagerung zu empfinden; manches Privatgebäude fiel durch die deutschen Granaten in Trümmer, auch fanden 97 Personen durch dieselben ihren Tod, 278 wurden verwundet. Dabei begann es schon im Dezember merklich an Lebensmitteln zu mangeln. Brot und Fleisch mußte aus den Beständen der Truppen geliefert werden; einzelne Bedürfnisse waren nur für fast unerschwinglich hohe Preise zu erlangen. Brennmaterial zum Schutz gegen die empfindliche Kälte fehlte durchweg, an Stelle der Gasbeleuchtung mußte man mit Petroleum aushelfen. Die treffendste Schilderung des herrschenden Elends giebt ein Leitartikel der „Defense nationale“ vom 18. Dezember, welcher unter der Ueberschrift „Gleichheit vor dem Hunger“ die entsetzliche Noth der Soldaten darstellt, die Stunden lang in der Winterkälte, gegen die sie keinen

Schutz hatten, warten mußten, um ein Stückchen Fleisch zu erhaschen. „Gestern durchwanderte ich“, sagt der Berichterstatter, „die volkreichsten Stadttheile; ich war entsetzt über die langen Reihen dürftig bekleideter Frauen und Kinder, die zitternd, vom eisigen Wind erstarrt, stundenlang bei strömendem Regen Queue machten, während der Mann auf den Wällen, mit den Füßen im Koth, Wacht fürs Vaterland hielt .... und diese Unglücklichen — ach, sie kommen nur mit erfrorenen Händen, weinenden Augen und leerem Magen zurück! Zu Hause kein Feuer, kaum ein Licht — eine schlimmere Lage als die des Bettlers auf dem Lande. Und doch, Niemand beklagt sich; mit stoischem Gleichmuth holen sich die Leute beim Metzger — 100 Gramm trockene Erbsen oder Reis oder ein Stück Fleisch, wie es zu gewöhnlichen Zeiten ein Reicher seinen Hunden nicht giebt. Man ist glücklich, nur etwas, sei es noch so wenig, zu erhalten. Vom frühen Morgen an warten Andere, mit irgend einem Gefäß versehen, auf dem Trottoir kauernd, bis eines der „wohlthätigen“ Restaurants sich öffnet ... Zwei Monate schon führen wir dieses Jammerleben; doch nur der Arme friert und hungert wirklich. Die Restaurants, in welchen die Arbeiter aßen, sind geschlossen; in den vornehmen Restaurationen dagegen ißt man nach wie vor, allerdings zu übertrieben hohen Preisen, dürftige Gerichte, indessen man ißt doch. Man sollte auch dort nicht essen .... man vertheile die noch vorhandenen Vorräthe, Alles gleichmäßig unter Alle. Denn mehr als den Angriff der Belagerer fürchten wir im Innern einen Aufstand, den der aufgeregten Bewohner.“

So sah es aus in der Hauptstadt Frankreichs, die einer der phrasenreichsten Dichter des Landes „das Herz der Welt“ zu nennen beliebte. In diesem „Herzen“ galten selbst Ratten für ausgesuchte Leckerbissen; hier fielen die lebenden Wesen des zoologischen Gartens, die theuren und seltenen Thiere des Akklimatisationsgartens dem unerbittlichen Tyrannen „Hunger“ zum Opfer. Solche Zustände mußten schließlich zu der Schreckensherrschaft der Commune führen; sie waren nur das Vorspiel zu den furchtbarsten Ausschreitungen, die bald nachher der Abschaum der Menschheit sich zu Schulden kommen ließ! —

Aber trotzdem hieß es: „Nichts von Verträgen! Nichts von Übergabe!“ Den Glauben an die eigne Unüberwindlichkeit vermochten alle diese Drangsale nicht zu erschüttern. Man verlangte von der Armee Thaten und klagte sie laut der Unthätigkeit an, ohne an die Entbehrungen zu denken, an Krankheit und Desertion, welche von Tag zu Tag die Reihen der Vertheidiger lichteten, die nur damit beschäftigt wurden, in kleineren Abtheilungen die Vorpostenlinien der Deutschen zu beunruhigen. In der Nacht zum 14. Januar erfolgten heftige Ausfälle gegen die Stellungen des Gardecorps bei Le Bourget und Drancy, sowie gegen das XI. Corps bei Meudon und das bayerische II. Corps bei Clamart. Doch alle diese Vorstöße wurden von den deutschen Truppen mit geringem Verlust so erfolgreich zurückgeschlagen, daß der Rückzug der Ausfalltruppen mehrfach in wilde Flucht ausartete. Man setzte nun alle Hoffnung auf einen Massenausfall, obgleich die höheren Offiziere dessen Nutzlosigkeit klarzustellen suchten; trotzdem sprachen sich auch die Regierungsmitglieder für einen großartigen Durchbruchsversuch aus, und so mußte er stattfinden, und es wurde endlich der 19. Januar dazu bestimmt. Die Kanonen der Franzosen riefen am frühen Morgen die Deutschen wieder zum ernsten Waffentanze. Der mit seinen mächtigen „Zuckerhüten“ die Umgegend weithin beherrschende Mont Valérien schmetterte wieder seine Granaten in die deutschen Vorpostenstellungen; dichte Kolonnen drangen dann im Morgennebel gegen den Park von Malmaison und Montretout vor. Das V. Corps hatte diesen Abschnitt besetzt und machte sich sofort zum Empfang des Feindes bereit; auch sorgte das Oberkommando der dritten Armee unverzüglich für Bereithaltung von Verstärkungen, zu welchen in erster Linie die in und bei Versailles stehende Garde-Landwehrdivision herangezogen wurde. In ungestümem Anlauf versuchten die Massen des französischen rechten Flügels, unter Befehl des Generals Ducrot, die Truppen der 10. Infanteriedivision aus ihren Stellungen zu verdrängen; aber alle Angriffe scheiterten an dem standhaften Aushalten der Infanterie, welche von der Artillerie trefflichst unterstützt wurde.

Die meisten jungen Truppen waren nicht näher als 300 Schritte an die Linien der Deutschen heranzubringen. Und als nun gar vom rechten Seine-Ufer einige Batterien des IV. Corps und der Garde-Landwehrdivision ihre Geschosse in die dichten Massen der Franzosen mit furchtbarem Erfolge schleuderten, war auf Seite der letzteren gar nicht mehr an ein Vorgehen zu denken; der Kampf gestaltete sich zu einem Schützengefecht, das mit Dunkelwerden verstummte. Auf dem linken französischen Flügel war es dem General Vinoy gelungen, einige der vorgeschobenen schwach besetzten Posten der 9. Infanteriedivision, so die Montretoutschanze und einen Theil des Parks von Buzanval, zu besetzen; vergeblich waren aber alle Anstrengungen, in die Hauptstellung der Deutschen selbst einzudringen. Am Nachmittage wurden die Franzosen aus einigen der gewonnenen Abschnitte wieder vertrieben; die Montretoutschanze und andere Punkte gelangten gegen Abend ebenfalls wieder in deutschen Besitz. In St. Cloud, auf dem äußersten rechten Flügel der Preußen, kam es zu einem verlustreichen Häuserkampf, in welchem die Franzosen bis in die letzten Häuser des Ortes zurückgedrängt wurden, während sie den Park von Buzanval fest und besetzt hielten. Da der Feind während der Nacht und am Morgen seine Massen am Fuße des Mont Valérien versammelt hielt, so bereitete man deutscherseits sich zur Erneuerung des Kampfes vor. Aber die empfindlichen Verluste sowie die Ueberzeugung, daß man die gut befestigten Stellungen der Deutschen selbst mit Uebermacht nicht zu durchbrechen vermöge, veranlaßten die französischen Generale, auf weitere Angriffsversuche zu verzichten und ihre Truppen auch von den noch vorgeschobenen Posten zurückzuziehen.

In dieser letzten großen, beiderseits tapfer durchkämpften Schlacht hatten die Franzosen gegen 100,000 Mann ins Gefecht geführt, denen jedoch nur etwa 20,000 Deutsche entgegenstanden. Die Ersteren hatten über 4000 Mann, die Deutschen nur 610 verloren.

Unter der Pariser Bevölkerung rief dieser Mißerfolg lebhafte Aufregung hervor. Von der erregten Einwohnerschaft wurde ein erneuter Ausfall gefordert. Es kam zu Zusammenrottungen, welche mit Gewalt zerstreut werden mußten; ja selbst ein Theil der Nationalgarde blieb diesen aufrührerischen Bewegungen nicht fern. Die Lage wurde von Stunde zu Stunde bedenklicher. Dazu kam, daß zwei Tage nach der Schlacht am Mont Valérien im Norden von Paris die Belagerer ihr Feuer auf die dortigen Werke und die Stadt St. Denis eröffneten. Die Wirkung dieser allmählich auf die Zahl von 80 gebrachten Geschütze war eine ganz außerordentliche; die Einwohner von St. Denis flüchteten in Scharen nach Paris und vermehrten die Noth und das Elend der Hauptstadt.

Ausrufung des deutschen Kaisers zu Versailles. Im Dezember des Jahres 1870 stand das deutsche Volk an dem bedeutsamsten Wendepunkt seiner neueren Geschichte.

Dem Munde des Königs Friedrich Wilhelm IV. entstammt der Ausspruch, es werde der deutsche Kaiser dereinst dem Schlachtfelde entsteigen, und diese Verkündigung hatte erneut Widerhall im Herzen aller Patrioten gefunden, als König Wilhelm im Sommer 1870 an der Spitze der Heere des geeinigten Deutschlands zur Niederwerfung des alten Erbfeindes ausgezogen, als dieser gegen Ende des Jahres besiegt und zu Boden geworfen worden war.

Fern von der Heimat vollzog sich das große Werk der sichtbaren Wiedergeburt unseres geliebten Vaterlandes; innerhalb der Mauern des alten Königssitzes von Versailles ging das denkwürdigste Ereigniß dieses Jahrhunderts vor sich: — Ein deutscher Kaiser trat wieder an die Spitze der Nation, der 50 Millionen Menschen angehören und welche, in der Mitte von Europa wohnend, gewissermaßen das Herz dieses alten Welttheils bildet.

Im Auftrag des Grafen Bismarck hatte schon im September der Präsident des Bundeskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, bei seiner Rückkehr von Versailles einen Aufenthalt von einer Woche in München genommen, um hier die bereits eingeleiteten Verhandlungen wegen des Eintritts von Bayern in den Norddeutschen Bund zu Ende zu führen, was dann in den Tagen vom 21.—28. September erreicht wurde. Auch der württembergische Minister Mittnacht hatte an diesen Besprechungen theilgenommen, Baden und Hessen hatten in der ersten Hälfte des Oktobers ihre Aufnahme in den Bund beantragt.

Die angeknüpften Verhandlungen wurden in der zweiten Oktoberhälfte in Versailles zu Ende geführt. Nachdem Bayern gewisse von ihm beanspruchte Reservat- (Vor-) Rechte zugestanden worden waren, konnten am 15., 23. und 25. November die Verträge mit den süddeutschen Staaten dem norddeutschen Reichstag als vollzogen verkündet werden. Am 3. Dezember traf Prinz Luitpold in Versailles mit einem Schreiben an den König Wilhelm ein, in welchem der zweitmächtigste Fürst in den deutschen Landen dem allseitig sich kundgebenden Verlangen nach Wiederherstellung des Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde im rechten Augenblicke beredten Ausdruck verlieh.

Der Entschluß des hochherzigen Königs Ludwig II., den zur „Krönung des deutschen Einigungswerkes" wichtigsten Schritt zu thun und gleichzeitig sich um die Zustimmung der deutschen Fürsten zu bemühen, fand allseitige Würdigung. Alle Patrioten Deutschlands jauchzten auf, daß in König Wilhelm, der dem Reiche als Morgengabe die beiden ihm einst entrissenen Kleinode wiederzubringen vermochte, ein neuer deutscher Kaiser erstehen sollte. — Wie die Fürsten des deutschen Vaterlandes, so beeilte sich auch der norddeutsche Reichstag, dem greisen Heldenkönige den Wunsch vorzutragen, die Kaiserkrone annehmen zu wollen. Der Reichstag entsandte eine Deputation zur Vertretung des Verlangens von Millionen, welche am 16. in Versailles eintraf und zwei Tage später von König Wilhelm empfangen ward. — Es war ein Sonntag, an welchem sich in einfach ergreifender Weise im Feindeslande jener außerordentliche weltgeschichtliche Akt, und zwar gerade an der Stelle vollzog, auf der die Raubzüge eines Ludwig XIV. einst geplant und ins Werk gesetzt worden waren.

Nachdem Simson, der Präsident des Reichstages, dessen Adresse verlesen, entgegnete der König, daß er in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und Freien Städte, sowie in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter den Ruf der Vorsehung erkenne und diesem mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen werde.

Am 18. Januar trat die lichte Erscheinung des deutschen Kaiserreichs in seiner Hoheit und Bedeutung vor die Augen der Welt. Wieder im Schlosse zu Versailles, in dem nach seiner Inschrift: „à toutes les gloires de la France" gewidmeten Saale, in der „Galerie des Glaces", fand am Morgen jenes Tages die Ausrufung des Kaisers statt. Die prachtvollen Räume hallten wieder von dem Rauschen siegbedeckter Fahnen, von den Klängen des Hohenfriedberger Marsches und der deutschen Nationalhymne. — Die Prunklosigkeit, womit jener denkwürdige Vorgang sich vollzog, sollte dafür sprechen, daß Deutschland nicht so leicht in die Fehler Frankreichs verfallen und die gefährliche Rolle des niedergeworfenen Gegners, die des Friedensstörers, spielen und durch unaufhörliche Bedrohungsgelüste ein Gegenstand der Beunruhigung für alle Nachbarn werden könnte. Das Erhebende jenes Aktes liegt für uns darin, daß das neue deutsche Kaiserthum von derjenigen Stelle aus aller Welt verkündet wurde, von welcher für uns Deutsche bisher so großes Unheil ausgegangen war — vom Sitze der gepriesensten französischen Herrscher, bis dahin Frankreichs Ruhmestempel.

Uebergabe von Paris. Die Regierung konnte sich darüber nicht täuschen, daß alle Mittel des Widerstandes erschöpft seien. Die schrecklichste Hungersnoth stand in Aussicht. General Trochu legte seine Stelle als Gouverneur nieder. Doch damit war nicht geholfen. Am 23. Januar that der Minister Jules Favre endlich den schweren Schritt, mit dem Grafen Bismarck über die Kapitulation zu verhandeln. Die schleunigste Zufuhr von Lebensmitteln in die Hauptstadt war ein so dringendes Gebot, daß man ohne langes Zögern auf die deutscherseits gestellten Forderungen einging. Alle Forts sollten den Deutschen übergeben und von der Stadtumwallung sämmtliche Geschütze entfernt werden. Am 26. Abends 12 Uhr wurden alsdann die Feindseligkeiten vor Paris eingestellt und die Zufuhren freigegeben. Am letzten Januartage trat ein allgemeiner, auf 21 Tage festgesetzter Waffenstillstand in Kraft, infolge dessen die Feindseligkeiten überall ihr Ende erreichten.

Mit gerechtem Stolz durfte Paris auf ein so langes, drangsalvolles Ausharren zurückblicken. Die Geschichte wird diese That stets an hervorragender Stelle verzeichnen. Und wie der deutsche Dichter der „Jungfrau von Orleans" einst begeistert sang:

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“, so darf mit Stolz Frankreich auch von sich sagen, daß es diese Tugendprobe ehrenvoll bestanden.

Die gesammte Besatzungsarmee war kriegsgefangen, mit Ausnahme von 12,000 Mann, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt dienen sollten. Nach 132tägiger Einschließung übergab die Pariser Besatzung dem Sieger 602 Feld- und 1362 Festungsgeschütze, 177,000 Gewehre und eine große Menge Kriegsmaterial der verschiedensten Art. Paris mußte außerdem innerhalb 14 Tagen 200 Millionen Francs zahlen.

Der Krieg im südöstlichen Frankreich. Während vor Paris die Kriegsstürme schwiegen, tobte der Kampf noch fort im südöstlichen Theile des Landes. Dort hatte sich, fast unabhängig von dem übrigen Verlauf des Krieges, ein besonderer Kampf abgespielt, und es waren bei Beginn des Waffenstillstandes wichtige, auf beiden Seiten von großen Hoffnungen begleitete Ereignisse dem Abschluß nahe, so daß man sich darüber verständigte, denselben ihren Lauf zu lassen und das fragliche Gebiet vom Waffenstillstande auszuschließen.

Nach dem Falle von Straßburg war nämlich aus den vor dieser Festung thätig gewesen Linientruppen das XIV. Armeecorps (badische Division und einige preußische Truppentheile, im Ganzen 23 Bataillone, 20 Schwadronen und 72 Geschütze) gebildet und der General von Werder zum Führer desselben ernannt worden. Dieser hatte Befehl erhalten, mit seinem Corps durch die Vogesen in der Richtung auf Chatillon und Troyes an der oberen Seine vorzurücken. Im Vormarsche sollte er in dem zu durchziehenden Landstriche die Bevölkerung entwaffnen und für die Benutzbarkeit der Eisenbahnlinien sorgen.

Schon in den ersten Tagen stießen die vordersten Truppen des Werder'schen Corps auf feindliche Abtheilungen, die am 6. Oktober bei La Bourgonce nach längerem Kampfe in die Flucht geschlagen wurden. Es waren dies Abtheilungen der in der Bildung begriffenen französischen Ostarmee, die zu zerstreuen als nächste und wichtigste Aufgabe des XIV. Corps erschien. Mit Genehmigung des großen Hauptquartiers setzte dasselbe daher fürs erste seinen Vormarsch nicht in westlicher Richtung fort, wendete sich vielmehr gegen Süden. Hier traf es den auf die Festung Besançon zurückgewichenen Feind am 22. Oktober am Ognon, drang in lebhaftem Gefechte über das kleine Flüßchen vor und zwang die Franzosen, wieder den Schutz der eben genannten Festung aufzusuchen. Es stellte sich nun aber heraus, daß sich überall bewaffnete Franktireurabtheilungen sammelten, welche die Verbindungen der Deutschen zu unterbrechen suchten. Vor Allem machte das Garibaldische Corps von sich reden.

Der um die italienischen Einheitsbestrebungen hochverdiente Held hatte auf die Nachricht, daß in Frankreich die Republik proklamirt und dieselbe den Kampf bis aufs Aeußerste fortzusetzen gewillt sei, seinen Degen den französischen Machthabern zur Verfügung gestellt. Diese waren in nicht geringer Verlegenheit, was sie mit dem eitlen, anspruchsvollen Manne machen sollten, der als ein schroffer Gegner der Geistlichkeit bekannt war. Kein höherer französischer Offizier wollte sich unter den Befehl des Abenteurers stellen, und nach vielem Hin- und Herreden kam man endlich zu dem Entschlusse, ihm den Oberbefehl über sämmtliche Freicorps in den Vogesen zu übertragen. Natürlich eilte sofort aus allen Schlupfwinkeln Europas jene bunte, vaterlandslose Gesellschaft seiner früheren Kriegszüge herbei, und schließlich hatte der alte Freischarenführer ein Corps von etwa 16,000 Mann zusammengebracht, mit dem er nun auf eigene Faust und in eigener Art den Krieg führte.

Unter den obwaltenden Umständen beschloß General von Werder, den anfänglich beabsichtigten Marsch auf Nevers nicht auszuführen, sondern sich zunächst gegen Dijon zu wenden, als ihn am 29. ein Befehl des großen Hauptquartiers vom 23. Oktober erreichte, wonach er mit dem XIV. Corps und der (fast nur aus Landwehrtruppen gebildeten) 1. und 4. Reservedivision die linke Flanke der nach dem nahe bevorstehenden Fall von Metz an die Loire rückenden II. Armee sowie das Elsaß zu decken und zugleich die Belagerung der Festungen Schlettstadt, Neu-Breisach und Belfort ins Werk zu setzen hatte. Zu ersterem Zwecke sollte das XIV. Corps seine Hauptkräfte bei Vesoul bereit halten, um gegen den Feind, wo er auch auftauche, sofort vorzugehen, und auch Dijon stark besetzen.

Während nun die beiden Reserve-Divisionen mit der Belagerung der genannten Festungen beauftragt wurden, rückte General von Werder mit den badischen Truppen auf Vesoul zu. Auf dem Marsche dorthin erhielt er die Nachricht, Dijon sei unbesetzt; General von Beyer, mit 2 Brigaden nebst Kavallerie und Artillerie dorthin entsendet, findet am 30. die Stadt in den Händen von schnell herangezogenen Truppen, wirft aber den zähen Widerstand leistenden Gegner nach mehrstündigem Gefecht zurück. Am 31. übergiebt der Magistrat dem anrückenden General die Schlüssel der Stadt, welche nunmehr von den Deutschen besetzt wird.

Ein hierauf am 12. November unternommener Versuch, die sich anscheinend bei Dôle sammelnden Streitkräfte des Gegners zu zerstreuen, gelingt nicht, weil dieselben bereits nach Süden zu abgerückt sind. General von Werder nimmt nun mit dem ganzen XIV. Corps bei Dijon Stellung. In dem waldigen, zerklüfteten Gelände hat das durch einen anstrengenden Vorpostendienst stark in Anspruch genommene Corps täglich Berührung mit kleineren feindlichen Abtheilungen, ohne ins Klare darüber zu kommen, wo die Hauptkräfte derselben stehen und was diese im Schilde führen.



Belfort.

Namentlich machte sich jetzt das Garibaldi'sche Freicorps in der Gegend von Autun fühlbar; eine Abtheilung desselben hatte am 19. November Etappentruppen der II. Armee mit Erfolg in Chatillon an der Seine, nordwestlich von Dijon, überfallen. Täglich mehrten sich seitdem die Anzeichen, daß man Dijon einen gleichen Besuch abzustatten gedenke. Aber General Werder war auf seiner Hut; er versammelte das XIV. Corps, und was er von der 4. Reservedivision heranziehen konnte, bei Dijon, um dem Feind, wenn er anrückte, auf den Leib zu gehen. Man brauchte nicht lange zu warten. Nachdem es am 24. zu leichten Berührungen gekommen war, stieß eine zur Aufklärung nach Nordwesten vorgesendete badische Truppenabtheilung am 25. bei Pasques mit den anrückenden Kolonnen Garibaldi's zusammen, vor denen sie sich fechtend von Abschnitt zu Abschnitt zurückzog. Unbelästigt vom Feinde stellt sie auf der Höhe nordwestlich Dijon, bei Daix und Talant, gegen Abend Vorposten auf. Noch ist man hiermit beschäftigt, als plötzlich im Abenddunkel bei strömendem Regen die Garibaldianer auf die vordersten Compagnien an der Chaussee losstürzen. Dieselben



Zeichnung von H. Lüders.

Proklamation des Königs Wilhelm von Preußen zum deutschen Kaiser im Schlosse zu Versailles.
18. Januar 1871.

werden aus einander gesprengt; aber Unterstützungstruppen rücken mit schlagenden Tambours heran und halten den Feind auf. Unterdessen eilt ein zweites Bataillon herbei und stellt sich 4 Glieder tief auf, bereit, den Gegner mit Salven zu empfangen. Unter lautem Geschrei, Läuten der Glocken, Geschmetter der Trompeten, Absingen der Garibaldi-Hymne stürmen die Freiheitshelden in wildem Anlauf vor. Salve auf Salve schlägt aus nächster Entfernung in die dichte Masse. Wuthheulend prallen die — der Neid muß es ihnen lassen — todesmuthigen Streiter zurück. Zwei-, dreimal wiederholt sich derselbe Auftritt. Bis dicht an die Front der Badener gelangen die Tapfersten. Dort wälzen sie sich nach wenigen Sekunden röchelnd im Blute; die Andern fliehen eiligst in die dunkle Nacht hinein! Die am andern Morgen zur Verfolgung vorgehenden Truppen trafen nur noch auf die letzten Spitzen der Garibaldianer. General Keller rückt mit seiner Brigade hinter ihnen her bis Autun; weggeworfene Waffen und Ausrüstungsstücke zeigen ihm den vom Feinde eingeschlagenen Weg. Bei Autun hatte der General sich eben in ein größeres Gefecht eingelassen, als ihm der Befehl zuging, schleunigst nach Dijon zurückzukehren. Auf dem Wege dorthin fallen ihm am 5. Dezember bei Chateauneuf unvermuthet Freischarenabtheilungen in die Flanke, werden aber durch schneidigen Angriff bald zurückgeschlagen.

In Dijon waren mittlerweile die Anzeichen, daß der Feind von anderer Seite zum Angriff schreiten werde, wieder geschwunden. Die in diesen Tagen herrschende ungewöhnlich strenge Kälte, die bis auf 18° stieg, machte nebst dem tiefen Schnee zumal im Gebirge größere Unternehmungen unmöglich; nur kleinere Streifparteien zeigten sich hier und da. Die kurze Zeit der Ruhe benutzte das Werder'sche Corps, um seine sehr schwierigen Verpflegungsverhältnisse zu ordnen und sich mit schützender Winterbekleidung zu versehen. Kaum tritt aber gegen Mitte des Monats mildere Witterung ein, da regt's sich aufs Neue in den Bergen der Côte d'Or. Wenige Meilen südlich Dijon, bei Nuits, steht der französische General Crémer mit 15,000 Mann und 30 Geschützen. Da General von Werder die langen Etappenlinien zu schützen und außerdem die nicht weit abgelegene Festung Langres zu beobachten hat, kann er diesem Feinde nur zwei badische Brigaden entgegenschicken. Die Tüchtigkeit der Truppen muß die Zahl ersetzen. Am 18. greifen dieselben, kaum 10,000 Mann stark, den Feind in seiner festen Stellung an. Nach heißem, verlustreichem Kampfe gelingt es endlich, den Sieg zu erringen. Aber fast 1000 Mann haben die Badener verloren; mehrere höhere Offiziere sind gefallen oder verwundet, unter letzteren Prinz Wilhelm von Baden. Doch sind nun die Deutschen für die nächste Zeit vor Angriffen aus südlicher Richtung sicher. Nach und nach mehrten sich aber wieder die Anzeichen, daß französischerseits umfassende Vorbereitungen zu einer großen Operation nach Osten getroffen würden. General von Werder sammelte daher am 30. Dezember seine Hauptkräfte bei Vesoul, während er nach Villersexel einen Theil der 4. Reservedivision heranzog. Diese hatte nach der Wegnahme von Schlettstadt am 10. November Neu-Breisach durch kurze Beschießung zur Uebergabe gezwungen und war nun theils zur Verstärkung der vor Belfort liegenden 1. Reservedivision, theils zur Sicherung der rückwärtigen Anmarschstraßen verwendet worden.

Vormarsch der französischen Ostarmee auf Belfort. Die auftauchenden Vermuthungen waren nicht grundlos. Wie bereits früher erwähnt, war der rechte Flügel der Loire-Armee nach der Einnahme von Orleans durch die zweite Armee auf Bourges zurückgegangen und dort unter General Bourbaki nach Heranziehung von Verstärkungen zur 1. Loire-Armee neu formirt worden. Den von Orleans Loire aufwärts vorgehenden Abtheilungen sowie den südlich Orleans in der Sologne streifenden Reitertrupps war es nicht gelungen, Sicheres über Absichten und Verbleib jener Armee zu erfahren. Mehrmals schien es, als ob dieselbe sich gegen Orleans wenden wolle.

Es kam wiederholt zu kleinen Gefechten mit den Vortruppen. Aber bald zeigte es sich, daß es mit dem Vormarsch nicht ernst gemeint war. Wie eine schwere Gewitterwolke drohte jene Armee, zu einer Heeresmasse von 150,000 Mann angewachsen, sich zu entladen.

Jetzt wurde sie für ein ganz besonders kühnes, ja großartiges Unternehmen ausersehen: Gambetta und seine ihn berathenden Stubenstrategen planten nichts Geringeres, als diese ganze Armee schleunigst mit der Eisenbahn auf den östlichen Kriegsschauplatz zu werfen.



Die Umgebung von Belfort.

Durch schnellen Vormarsch sollte sie das durch Oberst Denfert äußerst tapfer vertheidigte Belfort zu entsetzen und dann die Verbindung der im Innern Frankreichs stehenden deutschen Truppen mit der Heimat zu unterbrechen suchen.

Der Plan war kühn und großartig; wenn er gelang, konnte er von entscheidender Wirkung auf die Gesammtlage sein. Aber zum Gelingen gehörte sehr viel. Zunächst galt es, die genauesten Anordnungen und Vorbereitungen betreffs des Eisenbahntransportes einer solchen Heeresmasse zu treffen; auch die Verpflegungsrücksichten verlangten die umfassendsten Vorkehrungen. Schon im Frieden bedarf es zur Ausführung eines solchen Planes der größten Umsicht und der sorgfältigsten Thätigkeit sachkundiger Beamten sowie der durchgreifendsten Unterstützung von Seiten der Militärbehörden. Es war vorauszusehen, daß die Verhältnisse, wie sie zur Zeit obwalteten, diese Vorbedingungen nicht schaffen konnten. Und in der That kostete es große Schwierigkeiten und Ueberwindung vieler Unordnungen, bis General Bourbaki, der mit schwerem Herzen sich zu dem Unternehmen bereit erklärt hatte, seine vier bereits seit dem 20. Dezember auf dem Marsche befindlichen Corps endlich am 5. Januar aus der Gegend von Besançon auf Belfort führen konnte. Schon hatte General von Werder behufs Klärung der Lage sich gegen den Doubs in Bewegung gesetzt, als die Franzosen am genannten Tage vor seiner Front erschienen, infolge dessen er das XIV. Corps wieder bei Vesoul versammelte. — Den Franzosen war es gelungen, durch sachgemäße Anordnungen die deutsche Heeresleitung über ihre Absichten im Dunkeln zu erhalten. Sobald jedoch dem großen Hauptquartier zu Versailles der Telegraph Kunde von den Vorgängen im Osten brachte, traf man auch sofort Gegenmaßregeln. Das II. Armeecorps, schon seit einigen Wochen vom Pariser Einschließungsheer auf Bourges zu entsendet, bekam wie das VII., das mit einer von Metz herangezogenen Division bereits längere Zeit zwischen der Saône und Yonne stand, während die andere (14.), wie erwähnt, eben Mézières zu Fall gebracht hatte, Befehl, in die bedrohte Gegend zu rücken.

Den Oberbefehl über die drei zu einem Zwecke vereinten Corps (II., VII. und XIV.) erhielt General von Manteuffel. General von Werder, dem ganz besonders die Deckung der Belagerung von Belfort als Aufgabe gestellt war und der bis zum Eintreffen der in Eilmärschen heranrückenden beiden anderen Corps selbstständig handeln mußte, wurde von den Truppen Bourbaki's in seiner Stellung bei Vesoul nicht angegriffen. Letzterer marschirte vielmehr zu beiden Seiten des Ognonflusses direkt auf Belfort zu. Nun hieß es für General von Werder, eine Stellung zu gewinnen, in welcher er, Belfort deckend, dem anrückenden Gegner den Weg verlegen könne. Hierzu war der durch das kleine Lisaineflüßchen etwa 11 Kilometer südwestlich von Belfort gebildete Abschnitt vorzüglich geeignet. Um Zeit für das Einrücken in diese Stellung zu gewinnen, stieß General von Werder am 9. mit einem Theil seiner Truppen gegen Villersexel in die linke Flanke der Franzosen vor. Diese entwickelten bedeutende Kräfte in dem sich entspinnenden hartnäckigen und mörderischen Gefechte, das bis in die Nacht hinein dauerte und von den Flammen des brennenden Schlosses grell beleuchtet wurde. Die Franzosen, in dem Glauben, die Hauptkräfte Werder's vor sich zu haben, trafen auch am folgenden Tage noch Vorkehrungen zu erneutem Kampf. Aber Werder's Truppen waren schon in der Nacht nach der Lisaine abmarschirt.

So gelang es denn den Deutschen, die ausgesuchte Stellung zu erreichen und sie mit allen Mitteln der Kunst schleunigst zu verstärken; 37 schwere Geschütze wurden aus dem Belagerungspark von Belfort eiligst herbeigeschafft und in Batterien aufgestellt. Zur Vertheidigung des etwa 15 Kilometer langen, sich von Frahier bis Montbeliard hinziehenden Hauptabschnittes standen einschließlich der von den Belagerungstruppen abgegebenen und der zur Sicherung des linken Flügels verwendeten Abtheilungen 48½ Bataillone, 30 Schwadronen und 142 Feldgeschütze zur Verfügung, im Ganzen etwa 42,000 Mann. Für diese galt es nun, einem mehr als dreifach überlegenen Gegner die Stirn zu bieten. Die Lisaine vor der Front war ein schwer zu überschreitendes Wasser; aber ein unglücklicher Zufall wollte, daß gerade jetzt in den Entscheidungstagen bei der eingetretenen Kälte die Wasserflut zu Eis erstarrt war, wodurch die Annäherung an die Stellung der Deutschen auf dem linken Flußufer ungemein erleichtert wurde.

Einen Augenblick schwankte Werder, ob er unter solchen Umständen standhalten solle; eine ruhige Beurtheilung der Verhältnisse ließ ihn trotz jenes Umstandes ausharren.

Die dreitägige Schlacht an der Lisaine. Am 13. und 14. kam es nur zu unbedeutenden Vorpostengefechten; am 15. aber drangen die Franzosen in dichten Massen gegen die Stellungen bei Montbeliard, Héricourt und Frahier vor, da über diese drei Orte die Hauptstraßen führen. Bei erstgenanntem Orte kämpfen die Bataillone und Batterien der 4. Reservedivision mit voller Hingebung und ziehen sich erst Nachmittags gegen 3 Uhr auf die Höhen des linken Flußufers zurück. Die Franzosen besetzen zwar das kleine Städtchen Montbeliard, aber vergeblich sind ihre Versuche, das hochgelegene, von zwei Landwehrcompagnien und mehreren schweren Geschützen vertheidigte Schloß zu nehmen. Stolz flattert dort die preußische Fahne. Die Bemühungen, von links her die feste Stellung auf den Höhen bei Montbeliard zu umfassen, scheitern unter großen Verlusten ebenfalls vollständig. Weiter oberhalb bei Héricourt geht es nicht besser; nach längerem Gefecht ziehen sich dort die Deutschen nach dem am linken Ufer gelegenen Berg Mougnot zurück, gegen den die Gegner wiederholt mit großer Tapferkeit, aber ohne Erfolg anstürmen. Nur auf dem deutschen rechten Flügel — allerdings dem wichtigsten, weil Belfort am nächsten — müssen die deutschen Truppen dem Feinde einige besetzte Abschnitte überlassen; aber er nutzt den Vortheil nicht aus, sondern wendet sich nach Süden. Nach einer sehr kalten, im Freien ohne Holz und Stroh zugebrachten Nacht greift General Bourbaki die Stellungen Werder's von Neuem mit Heftigkeit an. Kein besserer Erfolg als am Tage zuvor. Der tapfere Kommandant des Schlosses zu Montbeliard wird zur Uebergabe aufgefordert. „Wir halten uns bis zum letzten Mann!“ — gibt er zur Antwort. Und vergeblich richtet sich nun Geschütz- und Gewehrfeuer gegen die braven Vertheidiger. Sie halten ohne Wanken Stand. Ebenso erfolglos ringen die Franzosen an den weiter aufwärts liegenden Uebergangspunkten mit den deutschen Truppen. Das Geschützfeuer der deutschen Artillerie beherrscht das gegnerische und macht ein Vordringen unmöglich. Besonders ist der Feind an diesem Tage bemüht, den äußersten rechten Flügel Werder's zurückzuwerfen. Und wieder gelingt es hier den sehr verstärkten französischen Truppen, den tapfern Vertheidiger bis über Frahier hinaus fortzudrängen. In voller Erkenntniß der drohenden Gefahr läßt General von Werder dorthin sofort Unterstützung eilen, mit deren Hülfe es noch in der Nacht gelingt, einen Theil der aufgegebenen Stellungen wieder zu gewinnen. Im Morgennebel des dritten Tages gehen die Franzosen auf der ganzen Lisainelinie mehrmals zum Angriff vor, aber sichtlich nicht mehr mit der Wucht der verflossenen Tage. Hauptsächlich führt die Artillerie den Kampf, der mit dem Dunkelwerden endet, ohne daß es dem Angreifer gelungen wäre, an einer Stelle sich den Weg nach Belfort zu öffnen. Am Abend bemerkten die Deutschen sogar auf der ganzen Linie rückgängige Bewegungen des Gegners. General Bourbaki hatte schon am Abend des 16. deutlich erkannt, daß gegenüber der hartnäckigen Vertheidigung die Kraft seiner schlecht gekleideten, schlecht verpflegten, schlecht ausgebildeten, bereits sehr mitgenommenen Soldaten völlig erschüttert sei. Auch erhielt er die erste Kunde davon, daß General von Manteuffel in Eilmärschen heranrücke und seine linke Flanke sowie den Rücken in den nächsten Tagen bedrohen werde. Noch in der Nacht zum 17. ordnete er daher den Rückzug an; die Kämpfe am 17. hatten nur den Zweck, für die Wagenkolonnen Zeit zum Abfahren zu gewinnen. So war die dem Werder'schen Corps drohende Gefahr dank dem heldenhaften Widerstand der Truppen, dem energischen und umsichtigen Eingreifen der Führer glücklich abgewendet. Nur gegen 1800 Mann hatte ihnen der dreitägige Kampf gekostet, während der Gegner gegen 7000 einbüßte.

Ein das Herz erleichternder Freudenschrei ging durch das ganze deutsche Land ob dieses neuen Erfolges; denn mancher friedliche Bürger im Schwabenlande hatte in der Angst seines Herzens die Rothhosen Bourbaki's schon in seinem Hause Vergeltung dafür üben sehen, daß die deutschen Soldaten drüben in Frankreich sich zu siegen erlaubt hatten.

Die Verfolgung der französischen Ostarmee. Nicht genug, daß das mit so kühnen Hoffnungen ins Werk gesetzte Unternehmen der französischen Ostarmee zurückgewiesen worden war — es sollte mit traurigster Katastrophe enden!

General von Manteuffel hatte am 18. Januar mit dem II. und VII. Armeecorps den Landstrich nördlich der Saone bei Champlitte erreicht und beabsichtigte den Weitermarsch in östlicher Richtung auf Vesoul anzutreten, um dort zur Unterstützung des XIV. Corps einzugreifen, als er Meldung von der vollständigen Niederlage des Feindes erhielt, den das letztgenannte Corps in der eingeschlagenen Richtung auf Besançon verfolgte. Sofort gab der Oberbefehlshaber den Entschluß, sich mit General von Werder behufs Verfolgung des Feindes zu vereinen, auf und faßte den kühnen Plan, den Franzosen den Rückzug nach dem südlichen Frankreich zu verlegen und sie gegen die Schweizer Grenze zu drängen — ein Plan, der, wenn er gelang, zu einer Katastrophe ähnlich wie bei Sedan führen mußte. General von Werder erhielt also den Befehl, dem Gegner an der Klinge zu bleiben, ihn in der Front zu beschäftigen, während die beiden anderen Corps in die Gegend südlich Besançon geführt wurden. Sie ließen dabei das von Garibaldi mit 25—30,000 Mann (Freischaren und Nationalgarden) besetzte Dijon rechts liegen; nur wurde zur Sicherung gegen diese General von Kettler mit einer schwachen Infanteriebrigade des II. Corps nebst einiger Kavallerie und Artillerie dorthin entsendet. Am 21. Januar griff diese kleine Abtheilung kühn den Gegner an und warf ihn bis auf seine stark besetzten Stellungen nördlich Dijon zurück; am 23. wurde der Angriff erneut, und drangen die Bataillone bis in die nördliche Vorstadt von Dijon vor. Umfassendes Geschütz- und heftiges Gewehrfeuer verwehrte hier den Truppen ein weiteres Vorgehen. Vergeblich stürmte eine Compagnie des 2. Bataillons Regiments Nr. 61 im Abenddunkel gegen ein stark besetztes Fabrikgebäude; sie mußte nach großen Verlusten zurückweichen. Die Fahne des Bataillons war bei dieser kleinen Abtheilung; der Fahnenunteroffizier, dann mehrere Offiziere, hatten sie im Vorstürmen hochgetragen und sie selbst im Tode nicht gelassen; unter einem Haufen von Leichen blieb sie in der Finsterniß unbemerkt liegen und wurde am andern Morgen von den Garibaldianern aufgefunden. Welch ein Jubel und Geschrei dieserhalb!

Der alte Garibaldi, der leidend dem Kampfe in einem Wagen beigewohnt hatte, rief in einer Proklamation seinen Leuten zu: „Ihr habt sie gesehen, die Fersen der furchtbaren Soldaten Wilhelm's, ihr, die jungen Soldaten der Freiheit, ihr habt die kriegsgeübtesten Truppen der Welt besiegt!" Bei Lichte besehen ließen sich aber diese 25,000 jungen Soldaten der Freiheit durch kaum 4000 bei Dijon festhalten und es ruhig geschehen, daß ihre Kampfesbrüder, deren linke Flanke sie decken sollten, vollständig umgangen wurden. Denn General von Manteuffel hatte am 23. mit seinen beiden Corps die nach Lyon führenden Straßen im Süden von Besançon erreicht und der französischen Ostarmee damit die Möglichkeit abgeschnitten, nach dem Süden des Landes zu entkommen. General Bourbaki war in einer höchst gefahrvollen Lage. Seine Truppen hatten unter großen Entbehrungen bei Besançon endlich glücklich das linke Doubs-Ufer erreicht. Nur einen Ausweg sah er noch offen: auf großen Umwegen und auf Gebirgspfaden die dicht an der Schweizer Grenze vorbeiführende Straße nach dem Süden vor den Deutschen zu erreichen. Er setzte seine Truppen zu dem Zwecke in Bewegung, machte jedoch am selben Tage in verzweiflungsvoller Stimmung über das Unglück, das ihn getroffen, einen Versuch, sich das Leben zu nehmen. An Stelle des Schwerverwundeten übernahm General Clinchant den Oberbefehl. Aber auch ihm sollte die Durchführung des begonnenen Unternehmens nicht glücken; das II. und VII. Corps drängten auf verschiedenen Straßen von Osten her auf Pontarlier, den wichtigen Straßenknoten an der Schweizer Grenze, nach. Die französischen Truppen befanden sich in dem Zustande der Auflösung; ihre dürftige Kleidung schützte sie nicht mehr vor den Unbilden des Winters; die Verpflegung war äußerst mangelhaft, die Stimmung höchst gedrückt. Der Name „Beresina" schwebte auf den Lippen der Offiziere.

Am 29. wirft das VII. Corps die französische Arrièregarde unter erheblichen Verlusten für diese nach Pontarlier hinein; Tags darauf tritt das II. Corps im Südwesten dieser Stadt den anrückenden Kolonnen entgegen und macht mehrere Tausend zu Gefangenen. Am 1. Februar erfolgt, nachdem am Tage zuvor wiederum zahlreiche Gefangene eingebracht worden waren, ein allgemeiner Angriff gegen Pontarlier, wo der Feind mit dem Rücken gegen die Schweizer Grenze zusammengedrängt steht.

Pontarlier wird nach leichtem Gefecht genommen; aber bei dem Sperrfort La Cluse röthet noch das Herzblut manches braven Pommern den Schnee. Mit dem Muthe der Verzweiflung widersetzt sich hier der Gegner dem Weitermarsch. Etwa 90,000 Mann und 10,000 Pferde führt General Clinchant dann auf den neutralen Boden der Schweiz, wo seine Soldaten — Jammergestalten, welche allgemein tiefes Mitleid erweckten — entwaffnet und bewacht wurden. Zu gleicher Zeit drangen deutsche Truppen in Dijon ein, das der tapfere Garibaldi wohlweislich vorher geräumt hatte. So endete in der traurigsten Weise der mit kühnsten Hoffnungen unternommene Zug der französischen Ostarmee.

Uebergabe von Belfort. Aber noch war für Frankreich der Kelch der Leiden nicht völlig geleert, noch konnte das Schwert nicht in die Scheide gesteckt werden. Die starke Bergfeste Belfort, von etwa 12,000 Mann besetzt und seit Anfang November von der 1. Reservedivision umzingelt, erwehrte sich noch immer der Angriffe der deutschen Artillerie. Die Besatzung hat zwar die fast unter ihren Augen stattfindende Schlacht an der Lisaine nicht zu einem Ausfall benutzt, aber sie vertheidigt hartnäckig jeden Schritt des vorliegenden Geländes. In der Nacht des 26. Januar wird ein Sturm auf die befestigten Bergkegel der beiden Perches mit großen Verlusten für die Deutschen zurückgewiesen; erst am 8. Februar gelingt es, die beiden genannten Forts zu nehmen. Aufgefordert von der Regierung des Landes, schloß dann Oberst Denfert am 16. eine Kapitulation mit dem ihm gegenüber befehligenden General von Tresckow, derzufolge die noch 11,500 Mann zählende Besatzung freien Abzug mit kriegerischen Ehren erhielt und am 18. die Deutschen einrückten.

Hiermit war der letzte Akt des großen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich beendet. Letzteres hatte in kaum acht Kriegsmonaten vier große Armeen verloren, zwei andere waren vollständig zertrümmert; über zwanzig feste Plätze, 1915 Feld-, 5526 Festungsgeschütze, 600,000 Gewehre waren in die Hände des Siegers gefallen, der jetzt mit 569,875 Mann Infanterie, 63,465 Mann Kavallerie und 1742 Feldgeschützen auf französischem Boden den kommenden Ereignissen mit Zuversicht entgegensah.

Die Friedensverhandlungen. Angesichts solcher Verhältnisse leuchtete den französischen Generalen die Unmöglichkeit ein, den Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen zu können. Im Namen der französischen Regierung begab sich Herr Thiers, der Chef der Exekutivgewalt, in Begleitung des Herrn Jules Favre nach Versailles und führte während des bis zum 26. Februar verlängerten Waffenstillstandes mit dem deutschen Bundeskanzler die Friedensverhandlungen. Am letztgenannten Tage wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet, denen zufolge Frankreich sich verpflichtete, zu Gunsten des Deutschen Reiches auf einen Theil von Lothringen und auf das Elsaß mit Ausschluß der Festung Belfort zu verzichten, sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs zu zahlen. Die Räumung der von den Deutschen besetzten Landestheile hatte unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages zu beginnen und abschnittsweise, im Verhältniß zur Tilgung der Kriegsentschädigung, fortzuschreiten. Am 1. März sollten 30,000 Mann des deutschen Heeres in Paris einrücken und bis zur Ratifikation des Präliminar-Friedensvertrages einen näher bestimmten Theil der französischen Hauptstadt besetzt halten.

Es war ein sonnenheller Früh-Frühlingstag, dieser denkwürdige 1. März 1871; nur hier und da kündeten grüne Blättchen das Wiederaufwachen der Natur an. Heiterste Stimmung herrschte im deutschen Lager. 100,000 Mann rückten nach dem Paradeplatz der Pariser Garnison, wo heute der Kaiser Heerschau über sie halten wollte. Um 11 Uhr erschien

der Monarch, umgeben von einem glänzenden Gefolge von Fürsten und Generalen, im Boulogner Wäldchen. Donnernder Jubel empfing den Heldengreis, als er die Reihen seiner tapferen Krieger entlang ritt. — Dann zogen 30,000 Mann des VI. und XI. preußischen sowie des bayerischen II. Corps unter den Klängen der Regimentsmusiken nach Paris hinein, dessen westlichen Theil bereits am Frühmorgen eine Avantgarde von 1000 Mann besetzt hatte. Eine dicht gedrängte Menge Neugieriger schaute von den Bürgersteigen aus dem Einmarsche zu und verhielt sich im großen Ganzen ruhig und maßvoll; nur hier und da ertönte Pfeifen oder lautes Schreien. Am 31. März 1813, als die Verbündeten in Paris einzogen, begrüßte sie eine jauchzende Bevölkerung, froh des beendeten Krieges und des Sturzes ihres Tyrannenkaisers! Auch jetzt hatte fremde Hülfe die Franzosen wieder von der mißliebigen Regierung eines Napoleon befreit — aber dessen waren sie sich jetzt nicht mehr bewußt und sahen in den zum Kriege gezwungenen und als Sieger in Paris einrückenden Deutschen nur Barbaren.



Einzug der Deutschen in Paris. Ankunft am Konkordienplatz.

Diese jedoch, in anerzogener strenger Disziplin, beachteten nicht die Ausschreitungen eines niedrigen Pöbels und fühlten sich nur zum Eingreifen veranlaßt, wenn einzelne Deutsche unter ihren Augen vom Straßengesindel mißhandelt wurden. Ein buntes Kriegerleben entwickelte sich in den Straßen des besetzten Stadttheils, auf dessen Plätzen ein Theil der Truppen während der Nacht bei großen Feuern lagerte. Nach drei Tagen sollten die eingerückten 30,000 Mann durch die Garde und andere Truppentheile abgelöst werden.

Doch ehe es dazu kam, hatte Herr Thiers bereits am 1. März bei der Nationalversammlung in Bordeaux, unter Hinweis auf die Schmach, die auf dem Vaterlande durch die Besetzung von Paris laste, die Annahme des Präliminarfriedens mit 546 gegen 107 Stimmen durchzusetzen gewußt, so daß am 2. März deutscherseits die Befehle zum

Verlassen der französischen Hauptstadt für den folgenden Tag gegeben wurden. Hinter den letzten abziehenden Truppen her heulte der Pöbel mit höhnendem Geschrei und gab nochmals den deutschen Soldaten Gelegenheit, sich in der ganzen Würde und Größe des für das Vaterland stumm und still Beleidigungen ertragenden Mannesmuthes zu zeigen.

Kaiser Wilhelm hatte das freudige Ereigniß des Friedensschlusses seiner erlauchten Gemahlin sofort durch folgende Depesche mitgetheilt: „Soeben habe ich den Friedensschluß ratifizirt, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der Nationalversammlung angenommen worden ist. Soweit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde, dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Theilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes. Der Herr der Heerschaaren hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen."

Die Heimkehr. Am 5. März trat der Kaiser mit seinem Stabe die Rückreise nach Deutschland an. Die Truppen hingegen wurden, mit Ausnahme der Landwehr, durch den in Paris ausbrechenden Aufstand der Communisten, welcher selbst die schlimmsten Zeiten der Schreckensregierung während der großen französischen Revolution in den Schatten stellte, vorerst noch in Frankreich festgehalten. Mit Gewehr im Arm sahen sie von den Pariser Forts auf das grausige Schauspiel des Commune-Aufstandes herab.

Da wurden Weiber zu Hyänen — Und trieben mit Entsetzen Scherz!

Im blutigen Bruderkampf mit einem aller Sitte Hohn sprechenden Gegner mußte die kaum aus der Gefangenschaft zurückgekehrte französische Armee sich zum Herrn der Hauptstadt machen. Erst dann, und nachdem inzwischen am 10. Mai zu Frankfurt am Main der definitive Frieden abgeschlossen war, kehrten unsere Regimenter vom Juni an in ihre Heimat zurück. Vom ersten Grenzdorfe bis hinein in das bescheidene Stübchen des elterlichen Wohnhauses Blumen und Kränze, Jubel und Sang! In freudig bewegter Stimmung feierte man überall voll Dankbarkeit die Heimkehr der tapferen Söhne und Brüder. Fern ab von dem rauschenden Lärm weinte freilich auch manches junge Weib mit ihren Kindern dem in fremder Erde ruhenden Gatten und Vater heiße Thränen nach. Auch manche „Lenore" schaute mit besorgtem Blick vergeblich nach ihrem „Wilhelm" aus:

„Er war mit König Wilhelm's Macht
Gezogen in die Metzer Schlacht
Und hatte nicht geschrieben,
Ob er gesund geblieben!"

Denn von den mit dem Heere Ausgezogenen kehrten 40,881 nicht wieder — sie schliefen den ewigen Schlaf. 88,543 Offiziere und Mannschaften waren außerdem verwundet, 12,879 wurden vermißt.

So groß an und für sich diese Opfer erscheinen mögen, so sind sie im Hinblick auf die Menge der ausgezogenen Streiter — es waren im Ganzen 1,146,355 Offiziere und Mannschaften — die zahlreichen blutigen Kämpfe und namentlich im Vergleich mit früheren Kriegen sehr gering zu nennen. Noch nie war ein Krieg geführt worden, in welchem, wie diesmal, die Zahl der an Krankheiten Gestorbenen weit zurückblieb hinter jener der im Kampfe Gefallenen. Ein solch günstiges Ergebniß konnte nur dank der großen Opferfreudigkeit der gesammten Nation erreicht werden, welche eingriff, wo und wie sie nur konnte, sei es, um die im Felde stehenden Brüder und Söhne mit Liebesgaben zu versehen, sei es, um Verwundeten und Kranken Hülfe und Pflege zu bringen. In letzterer Beziehung trat Preußens Königin Augusta selbst an die Spitze der sich bildenden Vereine, so daß beim Schluß des Krieges im Dienste der freiwilligen Krankenpflege 2037 Vereine mit etwa 255,000 Mitgliedern standen. Außer den zahlreichen Sendungen von Liebesgaben, welche den einzelnen Truppentheilen unmittelbar zugingen, waren der Armee an freiwilligen Gaben aus dem Vaterlande in baarem Gelde etwa 38 Millionen Mark übersandt worden, während der Werth der sonstigen Geschenke sich auf mehr als 15 Millionen Mark stellt.

Innerhalb 200 Tagen waren während dieses im großen Stil geführten Nationalkrieges 22 größere Schlachten und 5 Treffen geschlagen und gegen 750 namhafte Gefechte geliefert worden.

Sieht man von unwesentlichen Schlappen kleinerer Abtheilungen ab, so war den Deutschen überall der Sieg zutheil geworden. Es trat hierzu die erzwungene Uebergabe von 26 festen Plätzen, darunter die Einnahme von Paris, der „ersten Festung der Welt", und von drei Waffenplätzen ersten Ranges: Metz, Straßburg und Belfort. — Die Trophäen des Feldzuges bestanden aus 8057 Geschützen, 89 Fahnen und Adlern, ungerechnet eine große Anzahl bedeutungsloser Feldzeichen.

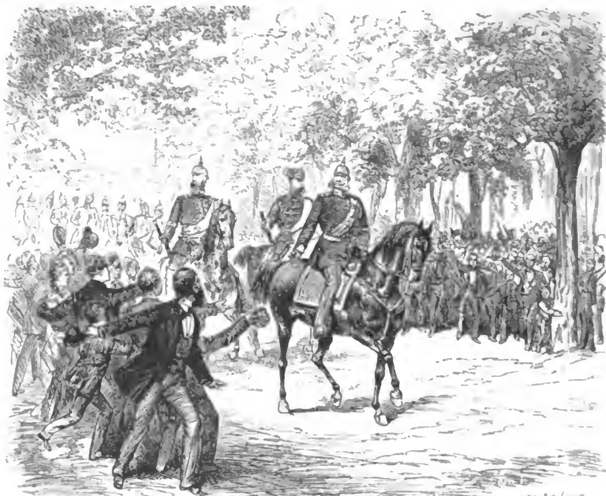
Man hat die Einbußen Frankreichs auf 14—15 Milliarden veranschlagt. — Nun haben sich nach einem der französischen Nationalversammlung vorgelegten Berichte die eigentlichen Kriegskosten auf 9288 Millionen Francs gestellt; bringt man von dieser Summe den Betrag der bezahlten Kontribution in Abzug, ferner die für die Jahre 1870—71 von der Militärverwaltung noch sonsthin verbrauchten Summen, so verbleiben nur 1912 Millionen Francs als eigentliche Kriegsauslagen — eine vergleichsweise mäßige Summe in Anbetracht der hartnäckigen Kriegführung und der zehnmonatlichen Erhaltung von Hunderttausenden deutscher Truppen.

In einer amtlichen Zusammenstellung ist der Bodenwerth der abgetretenen Provinzen auf 4 1/3 Milliarden Francs geschätzt worden, die in obiger Summe selbstredend nicht inbegriffen sind. Wollte man den obigen 9288 Millionen diese weiteren Verluste von 4333 Millionen hinzufügen und die Jahresausgaben kapitalisiren, um welche das neuere Budget die Staatshaushaltsanschläge der Regierungszeit Napoleon's III. übertrifft, so käme man freilich auf eine Wertheinbuße von über 20 Milliarden! — C'est la guerre! —

Die Kosten sind auf deutscher Seite natürlich erheblich geringer gewesen, da die Truppen in Feindesland operirten und die Verpflegung der Armee weit umsichtiger geleitet wurde als bei den Franzosen. — Der Belauf der Kriegsauslagen aller Staaten Deutschlands liegt nicht in zuverlässigen Ziffern vor. Die Auslagen des Norddeutschen Bundes als solchen hat der Reichskanzler mit etwa 1000 Millionen Mark angegeben. Soviel aber ist gewiß, daß die deutschen Staatskassen geleert waren, als der Waffenstillstand von Versailles am 15. Februar 1871 geschlossen wurde.

Wenn die Begeisterung in diesem Kriege nicht so viele und so edle Blüten getrieben hat als zur Zeit der Befreiungskriege, wenn jene Zeit viel reicher war an begeisterten patriotischen Sängen, so lag dies in den grundverschiedenen Verhältnissen. Wie die schönsten und seltensten Schätze des Meeres in der tiefsten Tiefe desselben ruhen und nur zu Tage kommen, wenn wilder Sturm es von Grund aus aufwühlt, so zeigte damals in der schweren Noth der Zeit das bis aufs Blut gepeinigte, bis zum Aeußersten getriebene Volk alle im tiefsten Herzensgrunde verschlossenen Schätze und Kräfte. Es galt damals die äußerste Anstrengung, um das eiserne Joch des fremden Tyrannen abzuschütteln.

Wie ganz anders im Jahre 1870! Da zog ein kampfbereites, in sich einiges und seiner Kraft voll bewußtes Volk ins Feld gegen einen frechen, übermüthigen Gegner. Mit dem sicheren Gange des Mannes schritt das deutsche Heer diesmal dem Ziele zu; die wild aufschäumende Begeisterung des vorwärts stürmenden Jünglings sah sich bald eingedämmt und gezügelt durch die feste Hand sicher auftretender Führer! Schon als die Heerscharen sich am Rheine sammelten, scholl es vertrauensvoll und gottergeben vom Schwarzwald bis zur Ostsee: „Lieb Vaterland kannst ruhig sein!" Ruhig sah das Vaterland seine Söhne von Sieg zu Sieg schreiten! Und als nach ehrenvoll errungenem Frieden die Kraft des Landes heimkehrte zum Pfluge, zur Werkstätte, zum grünen Tische, da konnte ruhig zu neuer Arbeit geschritten werden: zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, auszubauen und zu festigen, was sie mit dem Schwerte erworben!



Begrüßung des Kaisers durch das Volk beim Einzug der Truppen in Berlin. Zeichnung von H. Lüders.

Im neuen Deutschen Reich 1870—1880.

Ja, zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, auszubauen und zu festigen, was sie mit dem Schwerte erworben, das wurde, sobald der Friede gesichert war, von der siegreichen und durch ihren Sieg geeinigten deutschen Nation als ihre erste Pflicht und Aufgabe erkannt, und freudig vereinten sich Volk und Regierungen zu ihrer Erfüllung. Ein überaus glänzender Empfang wurde den heimkehrenden Truppen, denen auch der Kaiser in einem letzten Armeebefehl (vom 15. März) noch einmal seine volle Anerkennung und seinen und des Vaterlandes Dank ausgesprochen hatte, bereitet. Ueberall, im kleinsten Dorfe wie in den großen Städten des Landes, gestaltete sich die Rückkehr der tapferen Vaterlandsvertheidiger zu einem wahren Triumphzuge; überall wurden sie mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft; überall priesen die Festredner in beredten Worten die unvergleichliche Tüchtigkeit, die Deutschlands wackere Söhne, sie alle und jeder einzelne, der Mann in Reih und Glied ebenso wie die Führer, in dem großen Kampfe so oft und so glänzend bewährt hatten; überall wurden neben der Friedenseiche auch Ruhmesdenkmäler errichtet zur Verherrlichung des Sieges und Derer, die ihn errungen, und zum ehrenden Andenken an Diejenigen, welche den Heldentod für Kaiser und Reich auf dem Schlachtfelde gefunden hatten. Am glanzvollsten waren natürlich die Einzugsfeierlichkeiten in der Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches, in Berlin, wo am 17. März die Rückkehr

des Kaisers und am 16. Juni der Siegeseinzug der Truppen unter begeisterten patriotischen Kundgebungen gefeiert wurde.

Der Kaiser hatte, wie erwähnt, am 5. März, alsbald nach dem Abschlusse des vorläufigen Friedensvertrages, die Heimreise angetreten. Am 15. März gelangte er über Nancy und Pont-a-Mousson nach Metz, der nun Deutschland wiedergewonnenen Stadt, wo der Donner der Kanonen in den Festungswerken die Ankunft des kaiserlichen Zuges begrüßte. Millionen treuer Herzen athmeten aber erst freier auf, als die Nachricht eintraf, daß der Kaiser die Grenzen Frankreichs hinter sich habe; war doch die Besorgniß, daß das Leben des geliebten Monarchen im Feindeslande allerorten und stündlich bedroht sei, nur zu berechtigt gewesen! — In Saarbrücken, der früheren deutschen Grenzstadt, wurde der Kaiser von einer Deputation der Rheinlande unter Ueberreichung eines goldenen Lorberkranzes begrüßt, und mit freudiger Genugthuung konnte er auf die ihm dargebrachten Glückwünsche erwiedern, daß jener patriotische Ausspruch Ernst Moritz Arndt's, daß der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze, nun endlich allen feindlichen Ansprüchen zum Trotz zur Wahrheit geworden sei.

Auf seiner Weiterreise erfolgten in vielen Orten, vornehmlich in Mainz, in Frankfurt a. M., in Eisenach, Gotha und Weimar, ähnliche Huldigungen von Seiten des Volkes.

Am Nachmittag des 17. März traf, vom Kronprinzen und von Bismarck und Moltke begleitet, der Kaiser in Berlin ein, wo ihn die Kronprinzessin und die übrigen Prinzessinnen des königlichen Hauses, die Generalität, die Minister, die städtischen Behörden und eine unübersehbare Menge zujauchzenden Volkes begrüßten. Die Stadt hatte ihr Festkleid angelegt, nicht endenwollender Jubel geleitete den Kaiser bis in sein Palais. — Die städtischen Behörden Berlins überreichten dem Gefeierten am 20. März eine Adresse, die den Gefühlen, welche Angesichts so großer Errungenschaften die hauptstädtische Bevölkerung bewegten, beredten Ausdruck gab.

„Es sind mehr als vier und ein halbes Jahrhundert verflossen", heißt es darin, „seit Gottes gnädige Fürsorge das ruhmreiche Geschlecht der Hohenzollern zur Rettung sandte unserer armen, tief zerrütteten Mark. In dieser langen Zeit haben die Fürsten dieses Hauses, ohne je zu ermüden, mit väterlichem Ernst für uns gearbeitet und gesorgt; sie haben die strenge Pflichterfüllung, die feste Säule unsers Staates, durch eigenes Beispiel ihrem Volke gelehrt; sie haben sich die ersten Diener des Staates genannt und sind es gewesen. So ist erreicht durch lange harte Arbeit, nicht durch des Glückes Gunst, daß Preußen jetzt herrlich dasteht unter den Völkern der Erde.

„Und was Preußen gewonnen hat, gewonnen war es für Deutschland. Als die Fremden anstürmten von West und Nord, war der Große Kurfürst Deutschlands Schild und Schwert; als deutsche Sitte und deutsches Wesen in Verachtung lag, richtete das deutsche Volk sich empor an des Großen Königs ewig denkwürdigen Thaten; als der übermächtige Korse die Welt in Banden hielt, da war es vor Allen Friedrich Wilhelm III. mit dem preußischen Heerbann, der die Schmach tilgte und die Fesseln zerschlug.

„Deutschlands Wiedergeburt durch Preußens Größe, das ist das große Ziel, dem alle jene trefflichen Fürsten dienten, auch wenn das Ziel, welches sie sich selbst gesteckt, weit davon ablag. Dieses hohe Ziel in voller Klarheit erkannt, den Weg, der dazu führt, mit festem Schritt verfolgt, die Hemmnisse, die sich entgegenstellten, mit mächtigem Arm zertrümmert zu haben, ist Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hellstrahlendes, unsterbliches Verdienst.

„Es ist jetzt vollendet das große Werk: der Hohenstaufen ruhmreiches Scepter ruht sicher in der Hohenzollern starker Hand. — Möge es dem deutschen Volke beschieden sein, daß die Weisheit, Festigkeit und Heldenkraft, welche das Reich gegründet, noch viele Jahre über ihm walte, daß der Kaiser, der Deutschlands Grenzen ruhmvoll erweitert und Deutschlands Banner mit unverwelklichem Lorber

geschmückt hat, auch ein Mehrer des Deutschen Reiches werde auf dem Gebiete der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Der Kaiser erinnerte in seiner Antwort an die Zeit vor acht Monaten, da er bewegten Herzens Abschied genommen. „Wer damals", fuhr er fort, „die Ereignisse, die nun eingetreten sind, hätte vorhersagen wollen, der wäre wohl der Vermessenheit beschuldigt worden. Es war der Wille der Vorsehung, daß diese großen Thaten durch uns sollten vollbracht werden. Wir waren nur die Werkzeuge in des Allmächtigen Hand." Zum Schluß sagte der Kaiser: „Was die Gestaltung Deutschlands und meine persönliche Stellung zu derselben betrifft, so habe ich für mich nichts gesucht und kaum erwartet, daß wir gegenwärtig schon diesen Abschluß erreichen würden. In der kurzen Spanne Zeit, die mir noch gegeben ist, wird es mir nur vergönnt sein, die Grundlage zu legen; meine Nachfolger werden den jungen Baum weiter wachsen und grünen sehen. — Lange lag dieser Ausgang in den Herzen. Jetzt ist es an das Licht gebracht. Sorgen wir, daß es Tag bleibe!"

Am 16. Juni fand, wie bemerkt, der Siegeseinzug der Truppen in Berlin statt. Das deutsche Heer wurde durch die Garde, ein Bataillon des Königsgrenadier-Regiments, dessen Chef der König ist, und Deputationen sämmtlicher übrigen Truppentheile des deutschen Heeres, im Ganzen 42,000 Mann, vertreten. Verdiente Heerführer waren an dem Morgen des Tages durch Auszeichnungen geehrt, Graf Moltke zum Feldmarschall ernannt, der Kriegsminister von Roon in den Grafenstand erhoben worden. Die Stadt prangte im herrlichsten Festschmuck. Nachdem der Kaiser auf dem Tempelhofer Felde Heerschau über die Einzugstruppen gehalten, zog er an der Spitze derselben in Berlin ein. In seiner nächsten Begleitung befanden sich der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, Fürst Bismarck, Feldmarschall Graf Moltke und Graf Roon. Ihnen schlossen sich, mit Kränzen und Blumenschmuck bedeckt, die Führer und Helden des siegreich beendigten Feldzuges an. Vor den Garden her wurden die Trophäen, 81 Fahnen und Adler, getragen.

Wer Zeuge dieses Einzuges gewesen, vergißt den Eindruck nie. Die greise Heldengestalt des Kaisers und sein glänzendes Gefolge an der Spitze, die wettergebräunten und von freudigem Stolze sichtlich bewegten Scharen unserer tapferen Krieger in der bunten Mannichfaltigkeit ihrer blitzenden Uniformen, die vielfach arg zerrissenen und zerschossenen Feldzeichen, Zeugen so vieler Siege, die dem Feinde abgenommenen und zu beiden Seiten der langen Feststraße aufgestellten Geschütze, die schmetternden Siegesweisen der Regimentskapellen und dazu das brausende Hurrah des in den flaggen- und blumengeschmückten Straßen Kopf an Kopf sich drängenden, von patriotischer Begeisterung erfüllten Volkes, alles das vereinigte sich zu einer Gesammtwirkung ergreifendster Art.

Unmittelbar nach Beendigung des Einzuges fand im Lustgarten, dem königlichen Schlosse gegenüber, die Feier der Enthüllung und Einweihung des prächtigen Reiterstandbildes statt, welches dort auf Anordnung des Kaisers seinem Vater, dem König Friedrich Wilhelm III., errichtet worden war. Es war ein erhebender Moment, als Angesichts des aus siegreichem Feldzuge gegen den Erbfeind heimkehrenden deutschen Heeres unter Kanonendonner und Glockengeläut die Hülle von dem Denkmal fiel, auf dessen Stufen die Truppen die eroberten französischen Fahnen und Adler niedergelegt hatten.

Aber nicht nur durch Worte und äußere Ehrenbezeigungen, sondern auch in anderer Weise bethätigten das deutsche Volk und die deutschen Regierungen die Dankbarkeit des Vaterlandes gegen seine wackeren Söhne, die für die Ehre und Sicherheit desselben ihr Leben eingesetzt hatten. Ausgiebige Mittel zu Pensionen und Entschädigungen für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen wurden von der Reichsregierung gefordert und vom Reichstage einstimmig bewilligt, auch wurde die Zukunft der durch Verwundungen mehr oder minder erwerbsunfähig gewordenen Vaterlandsvertheidiger durch die Bildung eines besonderen Reichsinvalidenfonds und durch ausgedehnte Verwendung der Invaliden im staatlichen Beamtendienst nach Möglichkeit sicher gestellt. Dem Herzen des Kaisers und

Königs war es ein Bedürfniß, den hervorragenden Heerführern und Staatsmännern, die sich in erster Linie um die Einigung Deutschlands verdient gemacht hatten, eine besondere Anerkennung in Gestalt von Dotationen zutheil werden zu lassen, die allerdings weniger als Belohnung denn als Ehrengabe aufgefaßt werden sollten. Dem Reichskanzler war schon anläßlich seiner Erhebung in den Fürstenstand der ausgedehnte Landbesitz von Friedrichsruhe im Lauenburgischen verliehen worden; nun wurde auf den Wunsch des Kaisers die Gewährung von größeren Dotationen im Gesammtbetrage von fünf Millionen Thalern — die aus der französischen Kriegsentschädigung entnommen werden sollten — an die übrigen verdienten Staatsmänner und Generale beim Reichstage beantragt, und freudig gab dazu die große Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter ihre Zustimmung. — Zu lohnen die tapferen, streitbaren Söhne des Vaterlandes, diese erste Pflicht der Dankbarkeit hat also Deutschland im vollsten Maße erfüllt; sehen wir jetzt zu, wie es dem zweiten Theil seiner Aufgabe gerecht wurde: auszubauen und zu festigen, was jene mit dem Schwerte erworben.

Kaiser und Reich. In der Art und Weise, wie die Einigung Deutschlands in dem Wunsche der großen Mehrheit des Volkes begründet, durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes vorbereitet und endlich unter dem Eindruck der großen Ereignisse von 1870/71 durch freien Entschluß der deutschen Fürsten zur vollendeten Thatsache geworden war, lag von vornherein die bei der Feststellung der Verfassung des neuen Deutschen Reiches einzuschlagende Richtung vorgezeichnet. Diese Verfassung, welche dem am 21. März 1871 zusammentretenden ersten deutschen Reichstage zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt und von demselben ohne erhebliche Aenderungen am 14. April nahezu einstimmig angenommen wurde, stellte sich im Wesentlichen als eine Fortbildung und Erweiterung der Verfassung des vormaligen Norddeutschen Bundes mit den durch den Beitritt der süddeutschen Staaten nöthig gemachten Aenderungen dar.

Auf einem freien Bunde der deutschen Souveräne fußend, nähert sich das Deutsche Reich in seiner eigenthümlichen Gliederung und in seiner engeren Zusammenfassung vieler Lebensinteressen von Volk und Staat dem Charakter eines Bundesstaates, welcher als untheilbares Ganze von dem Kaiser völkerrechtlich vertreten wird. Dieser führt das Präsidium des Bundes und hat im Namen des Reiches Verträge und Bündnisse mit fremden Staaten zu schließen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen, auch gegebenen Falles, jedoch mit Zustimmung des Bundesrathes, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Die Mobilmachung des Heeres und die Ausrüstung der Flotte dagegen verfügt der Kaiser selbständig, und bei etwa erfolgenden Angriffen auf das Bundesgebiet kann er auch, ohne sich erst der Zustimmung des Bundesrathes zu versichern, ohne Weiteres Krieg erklären. Weiterhin steht dem Kaiser die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages, die Ernennung der Reichsbeamten, die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Ueberwachung ihrer Ausführung zu. Alle dahingehenden Anordnungen und Verfügungen werden im Namen des Reiches und mit der Gegenzeichnung des verantwortlichen Reichskanzlers erlassen.

Der Reichskanzler vertritt den Kaiser im Bundesrathe, dessen Mitglieder die Bundesfürsten des Deutschen Reiches repräsentiren, und zwar in dem Verhältniß, daß bei Beschlußfassungen auf Preußen 17 Stimmen, auf Bayern 6, auf Sachsen und Württemberg je 4, auf Baden und Hessen je 3, auf Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 und auf alle übrigen deutschen Staaten je 1 Stimme kommen. Im Wesentlichen hat der Bundesrath über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse zu beschließen, ferner über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist, und endlich über etwaige Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der bezüglichen Vorschriften und Einrichtungen hervortreten.



Eröffnung des Reichstags.

Mit dem Bundesrathe gemeinschaftlich übt der **Reichstag** die Reichsgesetzgebung aus. Seine Mitglieder, zur Zeit 397, sind die Vertreter des deutschen Volkes und werden im ungefähren Verhältniß von je 1 auf 100,000 Seelen der Bevölkerung auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählt. Die Sitzungsperioden des Reichstages sind **dreijährig**, seine Sitzungen **jährlich**, seine Verhandlungen **öffentlich**. Er prüft die Legitimation seiner Mitglieder, wählt seine Beamten und bestimmt seine Geschäftsordnung; er stellt den jährlichen Reichshaushaltsetat fest, prüft und genehmigt die Reichshaushaltsrechnung, hat das Bewilligungsrecht für die Anleihen; er verhandelt und beschließt über die Gesetzesvorlagen des Bundesraths und über die ihm zugehenden Petitionen; doch kann er auch aus sich selbst heraus Gesetzesvorschläge machen und die Reichsregierung interpelliren.

Verfassungsveränderungen bedürfen seiner Zustimmung, doch gelten dieselben als abgelehnt, wenn sie im Bundesrath 14 Stimmen gegen sich haben. Die Vertagung und eventuell die Auflösung des Reichstages erfolgt durch den Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths, doch müssen im Falle der Auflösung in spätestens 2 Monaten die Neuwahlen und in spätestens 3 Monaten der Zusammentritt des neuen Reichstages erfolgen.

An der Spitze der Reichsbehörden steht der **Reichskanzler**; ihm ist die Führung der Politik des Deutschen Reiches übertragen, und er ist dem Reichstage verantwortlich. Die kaiserlichen Regierungsrechte, mit Ausnahme der oben bezeichneten militärischen, werden nur unter Mitwirkung und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ausgeübt; auch ist ihm der ständige Vorsitz im Bundesrathe übertragen. Unter der unmittelbaren Leitung des Reichskanzlers stehen das **Reichskanzleramt** und das **Auswärtige Amt** nebst den von beiden ressortirenden Behörden. Auch alle übrigen Reichsbehörden mit Ausnahme des **Rechnungshofes des Deutschen Reiches** stehen unter der Kontrole beziehentlich oberen Leitung des Reichskanzlers.

Entsprechend dem Charakter des Deutschen Reiches als eines „zum Schutz des Reichsgebietes und des innerhalb desselben giltigen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes errichteten unauflöslichen Bundes" erstreckt sich die Kompetenz des Reiches in erster Linie auf das **Militärwesen**, dessen oberste Leitung ganz und gar in den Händen des Kaisers ruht, ferner auf die gesammte **auswärtige Politik** und endlich auf alle Angelegenheiten des **Handels und Verkehrs**, sowie auf Alles, was damit in näherer oder entfernterer Verbindung steht, wie **Zölle** und **indirekte Steuern, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen** u. s. w. Im Großen und Ganzen sind hierbei die preußischen Einrichtungen, beziehentlich diejenigen des Norddeutschen Bundes, auf das Reich übertragen worden. — Die größeren Mittelstaaten, namentlich Bayern und Württemberg, haben sich dabei zwar eine Anzahl sogenannter „Reservatrechte" vorbehalten, die zumeist noch heute bestehen; aber so lästig diese in einzelnen Fällen sein mögen, die völlig einheitliche Oberleitung auf den genannten Gebieten sollen und können sie nicht in Frage stellen, und es steht zu hoffen, daß sie unter der freien Zustimmung der Betheiligten mit der Zeit verschwinden und der vollen und unbedingten Einheit Platz machen werden. Ein Anfang in dieser Hinsicht ist in jüngster Zeit bei den Hansestädten, zunächst bei Hamburg, gemacht worden, wenn anders man, was freilich vielfach bestritten wird, die diesen bei der Errichtung des Deutschen Reiches belassene Freihafenstellung mit den den genannten Mittelstaaten zugestandenen Reservatrechten in Vergleich bringen darf.

Der Umstand, daß unter dem Eindruck der großen Ereignisse von 1870 und 1871 die Reichstagswahlen im Jahre 1871 und im Jahre 1874 in entschieden nationalem Sinne ausfielen und dadurch der **nationalliberalen Partei** als der eifrigsten Vertreterin des nationalen Gedankens ein entscheidendes Uebergewicht in den beiden ersten Sitzungsperioden des Reichstages gesichert ward, erleichterte und förderte die innere Festigung und die Weiterentwicklung der Reichsinstitutionen auf der Grundlage der Verfassung und

selbst darüber hinaus in der erfreulichsten Weise; außerdem hatte jener Umstand die Folge, daß die Reichsregierung, indem sie sich zur Erreichung ihrer nationalen Ziele vorzugsweise auf die nationalliberale Partei stützte, den liberalen Wünschen und Bestrebungen derselben vielfach entgegenkam. So wurde, bald in einmüthigem Zusammenarbeiten der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung, bald unter größeren oder geringeren wechselseitigen Zugeständnissen in schneller Folge eine große Reihe wichtiger Gesetze zu Stande gebracht, von denen hier nur das Reichsmilitärgesetz, das Münzgesetz (Einführung der Goldwährung und der Markrechnung), das Gesetz über die obligatorische Civilehe und Beurkundung des Personenstandes und endlich die drei großen Justizgesetze besonders erwähnt werden mögen.

Der Sieg Deutschlands über Frankreich, die maßgebende Stellung, welche Deutschland dadurch im Herzen Europa's errungen hatte, die sichere Aussicht, in absehbarer Zeit mit dem revanchelustigen Franzosenvolke einen neuen Entscheidungskampf ausfechten zu müssen, und endlich das ausgesprochene Streben der deutschen Reichsregierung, den europäischen Frieden nachdrücklich zu wahren, Alles das machte die Erhaltung einer starken und imponirenden Militärmacht für Deutschland zur Nothwendigkeit. Der Erkenntniß dieser Nothwendigkeit verschloß sich auch die nationalgesinnte Mehrheit des deutschen Reichstages nicht, welche im Jahre 1871 die Reichsregierung ermächtigte, ein stehendes Heer von ca. 400,000 Mann zu unterhalten, und dazu ein jährliches Pauschquantum von 225 Thaler pro Mann zunächst auf drei Jahre bewilligte. Als nun aber nach Ablauf dieser Frist die Reichsregierung ein Militärgesetz vorlegte, nach welchem die Präsenzziffer des stehenden Heeres ein für alle Male (bis auf anderweitige gesetzliche Regelung) auf ca. 400,000 Mann festgesetzt werden sollte, erhoben außer der regierungsfeindlichen Opposition auch die liberalen Parteien heftigen Widerspruch, weil der Reichstag das Recht haben müsse, mit Rücksicht auf den von ihm zu bewilligenden Militäretat auch die jedesmalige Präsenzziffer des Heeres jährlich festzustellen. Die Regierung dagegen bestand mit Festigkeit auf ihrem Verlangen, für dessen volle Berechtigung im Interesse der Wehrkraft des Reiches namentlich Graf Moltke eintrat. Um einen Konflikt zu vermeiden, entschloß sich die nationalliberale Partei zu einem Kompromiß, durch welchen die Forderung der Regierung zunächst auf 7 Jahre — bis 1881 — bewilligt wurde. Die fortgesetzten großartigen Anstrengungen Frankreichs auf militärischem Gebiet haben seitdem die Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Militärgesetzes um abermals 7 Jahre — bis 1888 — unter gleichzeitiger beträchtlicher Erhöhung der Präsenzziffer des stehenden Heeres nöthig gemacht. Bei einer Friedensstärke des stehenden Heeres von ca. 425,000 Mann kann danach das Deutsche Reich im Kriegsfalle nahezu $1\frac{1}{2}$ Million waffengeübte Soldaten — ohne den Landsturm — ins Feld stellen.

Auch für die nothwendige Wehrhaftmachung des Deutschen Reiches zur See wurde durch den von der Reichsregierung vorgelegten und vom Reichstage mit großer Mehrheit genehmigten Flottengründungsplan vom Jahre 1872 in ausgiebigster Weise Sorge getragen. Mit Aufwendung sehr bedeutender Mittel und unter der hingebenden Thätigkeit der mit der Ausführung des Flottengründungsplanes betrauten Männer hat sich Deutschland in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine achtunggebietende Kriegsflotte und in Wilhelmshafen und Kiel zwei Kriegshäfen ersten Ranges geschaffen. Mit Ruhe darf Deutschland jetzt schon Angriffen auf seine nordischen Küsten entgegensehen; die deutsche Marine hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens auch an ihrem Theile dazu beizutragen, die Achtung vor dem deutschen Namen im Auslande zu erhöhen.

Das Münzgesetz. — Für den Norddeutschen Bund war bereits durch Gesetz vom Jahre 1869 die Einführung des metrischen Systems in Maß und Gewicht beschlossen und als Einführungstermin der 1. Januar 1872 festgesetzt worden. Nach der Errichtung des Deutschen Reiches wurde dieses Bundesgesetz zum Reichsgesetz erhoben und gleichzeitig

unter Einführung der Goldwährung ein einheitliches decimales Münzsystem geschaffen, das, auf der Mark = 100 Pfennigen als Münzeinheit beruhend, dem trotz mancher früheren Besserungs-Versuche immer noch fortdauernden, argen Wirrwarr auf dem Gebiet des deutschen Münzwesens endlich für immer ein Ende machte. Daß der Uebergang von der früheren Silberwährung zur Goldwährung sich nicht ohne beträchtliche Opfer durchführen ließ, war vorauszusehen gewesen; aber diese Opfer werden reichlich aufgewogen durch die großen Vorzüge der Goldwährung, welche in den weitesten Kreisen des Volkes lebhaft empfunden werden.

Das Gesetz über die obligatorische Civilehe und Beurkundung des Personenstandes erfüllte einen Wunsch, dessen Verwirklichung die liberalen Parteien in Deutschland schon längst erstrebt hatten, und der in der That in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung vollauf berechtigt war. Die beständige Zunahme der Fälle, in denen die katholische und, wenngleich seltener, auch die protestantische Geistlichkeit die kirchliche Einsegnung von Ehen, denen gesetzliche Gründe nicht im Wege standen, verweigerte, hatte in Preußen und den meisten anderen Staaten schon früher zu der Einführung der fakultativen oder sogenannten Nothcivilehe Anlaß gegeben. Nach Errichtung des Deutschen Reiches machte sich naturgemäß das Bedürfniß einheitlicher gesetzlicher Bestimmungen auch auf diesem Gebiet täglich dringender fühlbar, und nachdem Preußen unter der Einwirkung des später zu besprechenden Kulturkampfes mit der Einführung der obligatorischen Civilehe vorangegangen war (in Baden bestand dieselbe bereits seit dem Jahre 1870), verstand sich ihre Einführung für das ganze Deutsche Reich beinahe von selbst. Im Januar 1875 wurde das bezügliche Gesetz trotz des heftigen Widerspruches der katholisch-ultramontanen Centrumspartei und zum Theil auch der orthodoxen protestantischen Geistlichkeit vom Reichstage angenommen, um bereits am 1. Januar 1876 in Kraft zu treten. Die von der Geistlichkeit gehegte Befürchtung, daß das in die kirchlichen Rechtsverhältnisse allerdings tief eingreifende Civilstandsgesetz das kirchliche Leben und das religiöse Empfinden des Volkes beeinträchtigen werde, hat sich für die katholische Kirche gar nicht, für die protestantische nur zum geringsten Theile erfüllt. Die nur in den ersten Jahren und zwar hauptsächlich in den größeren Städten einigermaßen beträchtliche Zahl derjenigen bürgerlichen Ehen, für welche die nachträgliche kirchliche Einsegnung nicht nachgesucht wurde (bez. die Zahl der nicht kirchlich getauften Kinder), hat sich seitdem stetig vermindert, und mehr und mehr hat auch bei den kirchlich Freisinnigen oder Gleichgiltigen die richtige Ansicht Boden gefaßt, daß die bürgerliche Eheschließung eine im Interesse des Staates und der Gesammtheit seiner Bürger gebotene Formalität ist, welche die kirchliche Trauung zwar vor dem Gesetz, aber keineswegs auch vor dem eigenen religiösen Gewissen überflüssig macht. Daß auch der Staat als solcher diese Auffassung der Civilehe theilt und, soweit es mit dem Gesetz vereinbar ist, die nachträgliche kirchliche Einsegnung der civiliter geschlossenen Ehen begünstigt, ist durchaus gerechtfertigt; der unter den obwaltenden Umständen dringend gebotene, auch gesetzlich vorgesehene, aber leider noch nicht überall gleichmäßig durchgeführte Verzicht der Geistlichkeit auf die für die kirchlichen Handlungen bisher erhobenen sogenannten „Stolgebühren" wird endlich auch das letzte Hinderniß beseitigen, welches der regelmäßigen Verbindung der kirchlichen mit der bürgerlichen Eheschließung respektive Taufe jetzt noch vielfach im Wege steht. —

Die Justizgesetze. Noch ungleich wichtiger als dieses Civilstandsgesetz waren für Deutschland die sogenannten drei großen Justizgesetze, welche in der zweiten Session des zweiten deutschen Reichstages von der Reichsregierung vorgelegt wurden. Das Zustandekommen dieser Gesetze darf sich die nationalliberale Partei mit Recht zum hervorragenden Verdienste anrechnen. Bei der Errichtung des Deutschen Reiches war für dasselbe zunächst nur eine sehr beschränkte Rechtsgemeinschaft in Aussicht genommen, die sich im Wesentlichen

nur auf das Handels- und Verkehrsrecht (Errichtung des Reichsoberhandelsgerichtes in Leipzig), auf die wechselseitige Vollziehung rechtskräftiger Erkenntnisse und ähnliches mehr erstrecken sollte. Eine so eng begrenzte Gemeinschaft auf einem so wichtigen Gebiet wie das der Rechtspflege konnte natürlich der nach möglichst vollständiger Verwirklichung des Einheitsgedankens strebenden Mehrheit des deutschen Volkes nicht genügen, und bereits in der zweiten Session des ersten deutschen Reichstages (November 1871) stellte deshalb die nationalliberale Partei als die entschiedenste Vertreterin dieser Mehrheit den Antrag, die Kompetenz des Reiches auf das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsorganisation auszudehnen, also ein einheitliches deutsches Recht und eine einheitliche deutsche Rechtsprechung zu schaffen.

Trotz der leidenschaftlichen Opposition der ultramontanen Partei und der extremen Partikularisten gelangte dieser Antrag im Reichstage zur Annahme. Allein im Bundesrathe waren vorerst die sonderstaatlichen Neigungen namentlich der Mittelstaaten noch kräftig genug, um trotz des eifrigen Eintretens der preußischen Regierung für den genannten Antrag die Ablehnung desselben herbeizuführen. In der nächsten Session des Reichstages wurde der nationalliberale Antrag wiederum gestellt und wiederum angenommen, vom Bundesrathe aber wiederum, wenngleich bereits weniger entschieden, verworfen, und als in der nächstfolgenden Session der Antrag im Reichstage zum dritten Male zur Annahme gelangte, war es inzwischen gelungen, die partikularistischen Bedenken im Bundesrath soweit zu beschwichtigen, daß Fürst Bismarck im Namen der Reichsregierung die Anerkennung und Verwirklichung des Reichstagsbeschlusses in sichere Aussicht stellen konnte. Beides ließ denn auch nicht lange auf sich warten, und bereits im Herbst 1874 vermochte die Reichsregierung die drei großen Justizgesetze (über Gerichtsorganisation, Civilprozeßordnung und Strafprozeßordnung nebst den Einführungsgesetzen) zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen. Diese Regierungsvorlagen enthielten nun freilich sehr viele Bestimmungen, welche der liberalen Mehrheit des Reichstages mehr oder weniger unannehmbar erschienen, daher die mit ihrer Vorberathung beauftragte Kommission dieselben einer durchgreifenden Aenderung unterzog. Da indessen der Bundesrath sich zur Annahme dieser Aenderungen durchaus nicht geneigt zeigte, vielmehr bezüglich der wichtigsten Punkte mit Entschiedenheit auf der Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage bestand, drohte eine Zeit lang das ganze Gesetz zu scheitern. Erst nach langen Verhandlungen gelang es, auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse die sämmtlichen Justizgesetze am 21. Dezember 1876 im Reichstage zur Annahme zu bringen, worauf sie am 1. Oktober 1879 in Kraft traten. Auf die Einzelheiten der neuen Gerichtsorganisation, nach welcher die Gerichte in Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte eingetheilt werden, über denen als höchste Instanz das Reichsgericht, mit dem Sitz in Leipzig, steht, können wir uns an dieser Stelle nicht näher einlassen; erwähnt sei nur noch, daß als Reichsstrafgesetzbuch das im Laufe der Jahre durch eine Anzahl von Zusatzparagraphen erweiterte respektive abgeänderte Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes eingeführt, und daß mit der Ausarbeitung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich eine aus den hervorragendsten deutschen Juristen zusammengesetzte Kommission beauftragt wurde, deren schwierige und mühevolle Arbeit zur Zeit noch nicht beendigt ist.

Wie in dieser Weise auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens das durch die Errichtung des Deutschen Reiches Errungene in der erfreulichsten Weise gefestigt und weiter ausgebaut wurde, so geschah ein Gleiches auch auf den verschiedensten Gebieten des Erwerbs- und Verkehrslebens.

Unter der gemäßigt freihändlerischen Handels- und Verkehrspolitik des Zollvereins, später des Norddeutschen Bundes und endlich — wenigstens in den ersten Jahren — auch

des Deutschen Reiches hatten sich Handel und Industrie in Deutschland in der erfreulichsten Weise gehoben. Denn indem die durch den Freihandel ermöglichte größere Freiheit der Bewegung einerseits dem Handel zugute kam, wurde andererseits durch die verstärkte Konkurrenz des Auslandes die deutsche Industrie dazu angespornt, mit allen Mitteln nach der größtmöglichen Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit zu streben, um gleich gute und preiswerthe Produkte wie die vielfach bedeutend älteren Industrien des Auslandes, namentlich Englands und Frankreichs, liefern zu können. Und dieses Bestreben wurde vom besten Erfolge gekrönt. Schon zur Zeit des Zollvereins hatten sich einzelne Zweige der deutschen Industrie soweit entwickelt, daß sie nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande der fremden Konkurrenz völlig gewachsen waren und eine mit jedem Jahre steigende Menge ihrer Erzeugnisse nach überseeischen Ländern exportiren konnten, und diese Entwicklung machte nach der Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches immer weitere Fortschritte. Mehr und mehr sahen sich die ausländischen Fabrikate von den deutschen Märkten verdrängt, und mehr und mehr eroberten sich zahlreiche deutsche Industrie-Erzeugnisse den Weltmarkt, zumal nachdem ihnen dort durch die vom Norddeutschen Bunde, bez. vom Deutschen Reich mit vielen fremden Staaten nach dem Grundsatz der meistbegünstigten Nation abgeschlossenen Handelsverträge der Eingang erleichtert worden war.

Daß außerdem auch durch den politischen Aufschwung Deutschlands dieser wirthschaftliche Aufschwung in hohem Maße begünstigt wurde, bedarf kaum der Erwähnung. Hatte man früher die deutsche Nation in ihrer Zerrissenheit vielfach mißachtet, so war jetzt infolge der großen politischen und militärischen Erfolge von 1866 und 1870/71 an Stelle der Mißachtung die volle und begründete Achtung vor dem von fester Hand geleiteten einigen Deutschen Reiche getreten und damit zugleich auch der Glaube an die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes außerordentlich gestiegen. Die kräftige und einheitliche Wahrnehmung der deutschen Interessen im Auslande, die Schaffung einer achtunggebietenden deutschen Seemacht und so vieles Andere was damit zusammenhing, alles dies hat die wirthschaftliche Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber von Grund aus geändert; und da, wie gesagt, der deutsche Handel und die deutsche Industrie unter der Gunst der Umstände auch ihrerseits nicht müßig blieben und die errungene Achtung stetig zu erweitern und fester zu begründen bemüht waren, so konnte ein guter Erfolg nicht wol ausbleiben.

Und dieser Erfolg ist auch durch die schwere Krisis, welche bald nach 1871 nach einer kurzen Periode übermäßig und unnatürlich gesteigerter Entwicklung über das Geschäftsleben — nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Staaten — hereinbrach, auf die Dauer nicht ernstlich beeinträchtigt worden. Man ist in Deutschland vielfach geneigt gewesen, diese als die „Gründerzeit" bezeichnete Periode übermäßigen und unnatürlichen geschäftlichen Aufschwungs und die unter dem Namen des „großen Krachs" bekannte Krisis, welche sie jäh abschloß, ausschließlich als Folge der sich plötzlich in außerordentlichem Maße steigernden Geldzirkulation zu betrachten, welche infolge der beschleunigten Zahlung der französischen Milliarden und ihrer nicht minder beschleunigten theilweisen Verausgabung durch den Staat in Deutschland eingetreten war. In ihrem vollen Umfange kann diese Ansicht nicht als die richtige gelten, schon deshalb nicht, weil das „Gründungsfieber" sich gleichsam epidemisch über die ganze Welt verbreitete und auch fast überall zu einem „Krach" führte, von dem andere Länder, namentlich Oesterreich, noch empfindlicher als Deutschland getroffen wurden.

Ein solcher Entscheidungskampf, wie es der Deutsch-französische Krieg gewesen ist, konnte in seinen Rückwirkungen nicht auf die beiden zunächst betheiligten Länder beschränkt bleiben. Nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in ganz Europa und selbst darüber hinaus war während des Krieges eine gewisse Stockung in Handel und Verkehr

eingetreten; nichts war deshalb natürlicher, als daß sich alsbald nach dem Friedensschluß das geschäftliche Leben und damit zugleich die geschäftliche Spekulation überall in verstärktem Maße zu regen begann, um möglichst schnell das während der langen Kriegsmonate Versäumte nachzuholen. Die ersten großen Unternehmungen hatten, wie unter solchen Umständen nicht anders zu erwarten, zunächst glänzenden Erfolg; die nächstfolgenden ebenfalls. Das reizte zur Nachfolge. Immer neue, immer größere, immer gewagtere Unternehmungen wurden ins Leben gerufen, immer blinder wurde das Vertrauen auf die Gedeihlichkeit derselben und auf die Dauer eines Zustandes, den jeder bei ruhiger Ueberlegung von vornherein als unhaltbar hätte erkennen müssen. Aber eine leidenschaftliche Spekulationswuth war an die Stelle der ruhigen Ueberlegung getreten; immer höher wurden die oft nahezu werthlosen Papiere der zahllosen Gründungen getrieben; Viele waren über Nacht reich geworden, hundert Andere wollten es noch werden; selbst sonst sehr besonnene und vorsichtige Leute verfielen dem Gründungsfieber, und nur Wenige merkten es zu rechter Zeit, daß sie dabei mehr und mehr dem üppig aufwuchernden Gründungsschwindel in die Hände geriethen, der bald in der rücksichtslosesten Weise und oft mit den unsaubersten Mitteln die Leichtgläubigkeit und das blinde Vertrauen der Menge auszubeuten begann. Dabei stieg, da das leicht Gewonnene ebenso leicht wieder ausgegeben wurde, der Luxus ins Ungemessene, und selbst die weniger Wohlhabenden trieben mit den etwas reichlicher fließenden Einnahmen unverhältnißmäßigen Aufwand, während zugleich die Wohnungen, die Lebensmittel und alle anderen Bedürfnisse mit jedem Tage sich vertheuerten und zuletzt, namentlich für den auf sein schmales Einkommen angewiesenen Beamten, nahezu unerschwinglich wurden. Die Warnungsrufe, die diesem leichtsinnigen Treiben gegenüber endlich vereinzelt laut wurden, verhallten fast ungehört; das allgemeine Vertrauen war noch unerschüttert, die Kourse der oft nur sogenannten Werthpapiere behaupteten sich noch auf ihrer höchsten Höhe, und noch Hunderte von neuen Plänen und Projekten waren in Ausführung oder Vorbereitung, als plötzlich, den Meisten unerwartet, das Unvermeidliche eintrat — der Krach!

Zuerst kam derselbe in Wien zum Ausbruch, und mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Kunde davon durch Europa, um überall, namentlich auch in Berlin, das leichtsinnig errichtete Luftgebäude der Spekulation mit einem Schlage über den Haufen zu werfen und zugleich mit dem kurzen Glückstraum leider auch die gesammte materielle Existenz vieler Tausende unter seinen Trümmern zu begraben.

Aber nicht nur auf die augenblickliche Katastrophe blieben die Wirkungen des Krachs beschränkt; derselbe hatte vielmehr, namentlich für die Industrie, eine lange und schwere Krisis zur weiteren Folge. Die Produktionsfähigkeit der ungeheuren Zahl der im Laufe weniger Jahre — zum Theil im großartigsten Maßstabe — neu errichteten industriellen Etablissements überstieg bei weitem das gleichfalls nur vorübergehend so außerordentlich gesteigerte, nach dem Krach aber schnell auf das gewöhnliche Niveau zurücksinkende Bedürfniß, selbst nachdem viele der zum Theil künstlich hervorgerufenen Anstalten aus Mangel an Betriebskapital die Arbeit hatten einstellen müssen. Auch der Absatz nach dem Auslande stockte, weil ja in anderen Ländern ebenfalls eine bedeutende Vermehrung der Produktion stattgefunden hatte; dabei boten die unter der verschärften ausländischen Konkurrenz beständig sinkenden Preise nur einen sehr geringen oder gar keinen Gewinn — kurz, die Lage der gesammten deutschen Industrie ward eine überaus traurige, um so trauriger, weil auch die während der Gründerzeit in Scharen zur Fabrikarbeit übergegangene und nun zum großen Theil beschäftigungslose Arbeiterbevölkerung dadurch auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Unter solchen Umständen war es begreiflich, daß aus vielen industriellen Kreisen erst leise, dann lauter und lauter der Ruf nach staatlicher Hülfe erhoben wurde. „Schutz der nationalen Arbeit, Fernhaltung der ausländischen Industrie-Erzeugnisse von den deutschen

Märkten" — so lautete die Parole, welche von der jetzt in den Vordergrund tretenden und unter dem Einfluß der offenkundigen wirthschaftlichen Nothlage täglich neue Anhänger gewinnenden Schutzzollpartei ausgegeben wurde. Zu gleicher Zeit vollzog sich auch in den Regierungskreisen in gleichem Sinne eine Wandlung der Ansichten; auch hier fanden die schutzzöllnerischen Bestrebungen unter der gleichzeitigen Mitwirkung verschiedener anderer Umstände immer mehr Anklang und Billigung, und nach einigen vorbereitenden Versuchen trat endlich die Reichsregierung mit jenen umfangreichen Zoll- und Steuervorlagen hervor, welche die sogenannte große Wirthschaftsreform einzuleiten bestimmt waren.

Es wurde oben von den besonderen Umständen gesprochen, welche den wirthschaftlichen Umschwung und die Verwirklichung der schutzzöllnerischen Bestrebungen in Deutschland begünstigten. In erster Linie dürfte dies von Folgendem gelten.

Das eifrige Bestreben des deutschen Reichskanzlers war von Anfang an darauf gerichtet gewesen, das Deutsche Reich finanziell möglichst selbständig und von den baaren Zuschüssen der Einzelstaaten möglichst unabhängig zu machen, ein Bestreben, das sich bei der auf dem Prinzip des gemäßigten Freihandels fußenden Zoll- und Steuergesetzgebung, welche von dem Norddeutschen Bunde auf das Deutsche Reich übertragen worden war, allerdings nur in sehr beschränktem Maße verwirklichen ließ. Denn diese freihändlerische Zoll- und Steuerpolitik legte naturgemäß das Hauptgewicht auf die direkte Besteuerung, während das Reich verfassungsmäßig gerade auf die indirekten Steuern und Zölle (nebst den Ueberschüssen aus der Post- und Telegraphenverwaltung und einigen anderen weniger bedeutenden Einnahmen) zur Bestreitung seiner Ausgaben angewiesen war und das Fehlende in Gestalt baarer Zuschüsse (sogenannter „Matrikularbeiträge") von den Einzelstaaten zu erheben hatte. Diese Matrikularbeiträge erreichten natürlich, namentlich infolge des dem Reiche zur Last fallenden hohen Militäretats, eine sehr beträchtliche Höhe. Ein erster im Jahre 1875 unternommener Versuch der Reichsregierung, zur Verminderung der Matrikularbeiträge oder wenigstens zur Verminderung einer ferneren Steigerung derselben eine Vermehrung der Steuereinnahmen des Reichstages durchzusetzen, scheiterte an der damals noch fest geschlossenen liberalen Mehrheit des Reichstages, und ein zweites Projekt des Reichskanzlers, durch Uebernahme aller deutschen Eisenbahnen auf das Reich diesem eine selbständige reichere Einnahmequelle zu eröffnen und zugleich das deutsche Eisenbahnwesen einheitlich zu regeln, wurde aus partikularistischen Bedenken bereits im Bundesrathe abgelehnt. (Die Verstaatlichung des Eisenbahnswesens hat sich inzwischen in den Einzelstaaten vollzogen.)

Um so lieber ergriff deshalb der Reichskanzler die günstige Gelegenheit, mit Hülfe der mehr und mehr erstarkenden Schutzzollpartei der Verwirklichung seines Lieblingswunsches näher zu treten; einige mit der starken Ausnutzung der direkten Besteuerung in der That verbundene Mißstände hatten überdies, namentlich in Preußen, auch in nicht industriellen Kreisen eine der Erhöhung der indirekten Steuern günstige Stimmung erzeugt, und auch der zumeist in der konservativen Partei vertretene Großgrundbesitz zeigte sich nicht abgeneigt, in die schutzzöllnerische Bewegung einzutreten, um als Gegenleistung die Einführung von Getreidezöllen zu erlangen, die dem durch die außerordentliche Vermehrung des russischen und amerikanischen Getreide-Imports bedingten Sinken der Getreidepreise Einhalt thun und dadurch den verhältnißmäßig unlohnend gewordenen Landwirthschaftsbetrieb wieder etwas lohnender machen sollten.

Unter diesen Vorgängen begann sich das Verhältniß zwischen der nationalliberalen Partei und dem Reichskanzler, der sich bis dahin hauptsächlich auf jene gestützt und auch in allen wichtigen Fragen ihre bereitwillige Unterstützung gefunden hatte, allmählich zu lockern, während sich gleichzeitig die bis dahin völlig machtlose konservative Partei fester zu organisiren begann. Bereits bei den Reichstagswahlen im Jahre 1877 gewann dieselbe eine beträchtliche Verstärkung, ohne indessen der noch immer starken liberalen Majorität gegenüber das vom Reichskanzler Anfang 1878 vorgelegte Gesetz über die Erhöhung der

Tabaksteuer, welches als Vorläufer für die geplante Einführung des Tabaksmonopols dienen sollte, durchsetzen zu können. Als nun aber nach den beiden an anderer Stelle näher zu besprechenden sozial-demokratischen Attentaten vom 11. Mai und 2. Juni 1878 der Reichstag aufgelöst wurde, verschob sich bei den Neuwahlen das bisherige Parteiverhältniß des Reichstages so sehr zu Gunsten der konservativ-schutzzöllnerischen Richtung, daß der Reichskanzler nunmehr mit Hülfe dieser letzteren sein Ziel glaubte erreichen und die große Zoll- und Steuerreform thatsächlich ins Werk setzen zu können. Ohne die wenigstens theilweise Unterstützung der nationalliberalen Partei wäre dies freilich auch jetzt noch nicht möglich gewesen. Allein die von dem Reichskanzler in den Vordergrund gestellte Begründung der Zollreform durch die Nothwendigkeit, dem Deutschen Reiche zu seiner inneren Befestigung eine ausreichende selbständige Einnahmequelle zu eröffnen, mußte die nationalliberale Partei nach ihrer politischen Stellung als berechtigt anerkennen, und diese Ueberzeugung war trotz der entgegenstehenden freihändlerischen und parlamentarischen Bedenken bei vielen Mitgliedern der Partei stark genug, um sie zur Unterstützung des vorgelegten Gesetzes zu bewegen, das in einer zwar wesentlich abgeänderten, aber immerhin noch in die bisherigen wirthschaftlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse tief eingreifenden Gestalt am 12. Juli 1879 vom Reichstage angenommen wurde.

Gegen den Uebergang vom gemäßigten Freihandel zum Schutzzoll hatten sich die entschieden liberalen Parteien, vor Allem die Fortschrittspartei, aus volkswirthschaftlichen und parlamentarischen Gründen heftig gestemmt, und auch der linke Flügel der nationalliberalen Partei hatte sich aus den gleichen Gründen der Opposition angeschlossen. Die dadurch bedingte Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei prägte sich gegenüber der mehr und mehr in konservative Bahnen einlenkenden Regierungspolitik immer schärfer aus und führte schon im folgenden Jahre zum vollständigen Bruch. Die entschiedenen Anhänger der Wirthschaftsreform gingen zur freikonservativen Partei über, und der linke, entschieden freihändlerische Flügel vereinigte sich unter dem Namen der „Sezession" zu einer besonderen Parteigruppe, während der verbleibende Rest der nationalliberalen Partei, um nicht alle Fühlung mit der Regierung zu verlieren, dieselbe in ihrer neuen Politik halb widerstrebend und unter häufigen Schwankungen unterstützte.

Infolge dieses Verhältnisses konnte die Zoll- und Steuerreform im Laufe der nächsten Jahre in gemäßigt schutzzöllnerischem Sinne allmählich noch weiter ausgedehnt werden, während andererseits die liberalen Parteien den äußersten Konsequenzen der neuen Wirthschaftspolitik, namentlich der Einführung des Tabaksmonopols, der Erhöhung der eingeführten Getreidezölle und Aehnlichem mehr durch festes Zusammenstehen bisher erfolgreichen Widerstand zu leisten vermocht haben.

Das Urtheil über die Wirthschaftsreform ist, wie diese selbst, zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Der vollberechtigte Wunsch des deutschen Reichskanzlers, das Reich finanziell auf eigene Füße gestellt zu sehen, ist durch dieselbe seiner Verwirklichung einen großen Schritt näher geführt, und auch eine erfreuliche und beständig fortschreitende Hebung und Wiederbelebung der nothleidenden deutschen Industrie ist seitdem zur Thatsache geworden. Ob nun diese letztere, wie die Anhänger der Wirthschaftsreform behaupten, mit dieser in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, oder ob sie, wie die Gegner meinen, als eine natürliche Reaktion gegen den mehrjährigen Stillstand zu betrachten ist und auch ohne die Wirthschaftsreform eingetreten wäre — diese Frage wird erst die Zukunft entscheiden.

Hand in Hand mit der Fürsorge für die Hebung des Verkehrs gingen die Bemühungen der Reichsregierung und ihrer Organe für die Erweiterung und Vervollkommnung der dem Verkehr dienenden Hülfsmittel. Das Reichseisenbahnprojekt des deutschen Reichskanzlers ist allerdings, wie schon oben gesagt, vorläufig an den partikularistischen Bedenken der deutschen Mittelstaaten gescheitert; aber immerhin ist durch die Errichtung des Reichseisenbahnamtes und durch die einheitliche Regelung wenigstens der dringendsten

Fragen auf diesem Gebiete Vieles geschehen; und daß der Reichskanzler trotz des augenblicklichen Mißerfolges sein Reichseisenbahnprojekt noch keineswegs aufgegeben hat, das bezeugt die unter seiner thatkräftigen Initiative betriebene und zur Zeit beinahe durchgeführte Verstaatlichung aller preußischen Bahnen, die ausgesprochenermaßen der späteren Verwirklichung des Reichseisenbahnprojektes vorarbeiten soll. Es mag übrigens bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß von beachtenswerther Seite aus volkswirthschaftlichen und politischen Gründen doch auch gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen mancherlei Einwendungen erhoben worden sind.

Völlig unbestritten und allgemein als segensreich anerkannt sind dagegen die großartigen Fortschritte auf dem Gebiet des Reichspost- und Telegraphenwesens, das sich unter der genialen Leitung seines derzeitigen Chefs, des Staatssekretärs Stephan, zu einer Musteranstalt ersten Ranges emporgeschwungen und einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Post- und Telegraphenwesens aller übrigen Länder nicht nur Europa's, sondern der ganzen civilisirten Welt ausgeübt hat. Durch die Schaffung des Weltpostvereins, den wir ausschließlich den umsichtigen und unermüdlichen Bemühungen unserer deutschen Reichspostverwaltung verdanken und dem zur Zeit beinahe alle für den internationalen Verkehr in Betracht kommenden europäischen und außereuropäischen Staaten beigetreten sind, ist allen sonstigen Fortschritten und Erleichterungen auf diesem wichtigen Verkehrsgebiete die Krone aufgesetzt worden.

Daß der Gesetzgebung, durch welche nach der Errichtung des Deutschen Reiches dieses im Innern gefestigt und weiter ausgebaut wurde, von verschiedenen Seiten heftiger und bisweilen sogar leidenschaftlicher Widerstand entgegentrat, haben wir bereits mehrfach zu erwähnen Anlaß gehabt, und dieser Widerstand war nach Lage der Dinge leicht erklärlich. Denn jene Gesetzgebung, so sehr sie in der Hauptsache den Bedürfnissen des neuen Deutschen Reiches in den ersten Jahren nach seiner Begründung entsprechen mochte, war doch im Grunde eine Parteigesetzgebung, welche, indem sie sich fast ausschließlich auf den Prinzipien einer Partei, des Liberalismus, aufbaute und diese mit möglichster Konsequenz auf allen Gebieten zur Geltung zu bringen suchte, die übrigen Parteirichtungen naturgemäß zur Opposition drängen mußte.

Als die Vertreter des nationalen Liberalismus, d. h. als die entschiedensten Vorkämpfer für die möglichst vollständige Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens, hatten die liberalen Parteien unstreitig die große Mehrheit des deutschen Volkes für sich, und dieser nationale Liberalismus war es auch, der ihre Herrschaft im deutschen Reichstage und ihren weitgehenden und zeitweilig fast ausschließlichen Einfluß auf die Gesetzgebung zunächst begründete, indem einerseits die Wähler vor Allem darauf bedacht waren, entschieden national gesinnte Männer als ihre Vertreter in den Reichstag zu entsenden, und indem andererseits auch die Reichsregierung ein Interesse daran hatte, auf eine möglichst große national gesinnte Mehrheit sich stützen zu können, um mit ihrer Hülfe die zur inneren Festigung des neu gegründeten Reiches nothwendigen Maßregeln durchzuführen. Die Opposition gegen den nationalen Liberalismus war denn auch im deutschen Reichstage eine verschwindend geringe, wenn anders man zu den Gegnern desselben nicht auch die katholisch-ultramontane Centrumspartei rechnen will, bei welcher allerdings die politische Opposition von der kirchlichen oft nicht zu trennen ist. Die Schleswig-Holsteiner, die Hannoveraner, die Hessen und Nassauer hatten sich zum guten Theil schon vor 1870 in die neuen Verhältnisse gefunden, und die Ereignisse von 1870 und 1871, die Errichtung eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes, hatten diese Wandlung noch entschieden begünstigt. Der Partikularismus der süd- und mitteldeutschen Staaten machte sich im Reichstage wenig bemerkbar, und so standen als grundsätzliche und entschiedene Gegner der deutschen Reichseinheit, wie sie aus den Kämpfen von 1864—1871 hervorgegangen war, eigentlich nur die Polen, die nordschleswigschen Dänen sowie einige Anhänger des entthronten

Welfenhauses aus Hannover und — seit 1874 — die Elsaß-Lothringer der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit gegenüber.

Auch dem politischen Liberalismus der liberalen Parteien, soweit er auf die Bewahrung und Sicherung und — bei der entschiedeneren Fortschrittspartei — auf die allmähliche Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes der Regierungswalt gegenüber gerichtet war, trat im Reichstage, wenigstens während der ersten beiden Legislaturperioden, ein nennenswerther Widerstand nicht entgegen; denn die Konservativen bildeten zunächst eine verschwindende Minderheit, und die übrigen Parteien, namentlich die ultramontane Centrumspartei, schlossen sich im wohlverstandenen Partei-Interesse auf diesem Gebiet in der Regel den liberalen Parteien an, die sie auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem kirchlichen, leidenschaftlich bekämpften. Hier war es vielmehr die Regierung, welche dem Liberalismus, soweit er als politischer Liberalismus in die Erscheinung trat, entschiedenen Widerstand entgegensetzte oder ihm wenigstens die Erfüllung und Verwirklichung aller irgendwie weitergehenden Wünsche und Bestrebungen versagte.

Als besonders bezeichnend in dieser Beziehung mag hier nur erwähnt werden, daß die Regierung dem wiederholt mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Reichstages, den Reichstagsmitgliedern Diäten zu gewähren, um jedem, auch dem Unbemittelten, die Uebernahme eines Mandats möglich zu machen, aus politischen Bedenken jedesmal ihre Zustimmung verweigerte. Auch bei der gelegentlich der Berathung der Justizgesetze zur Erörterung kommenden Frage, ob Vergehen gegen die Vereins- und Preßgesetze vor den Geschworenen, wie die Liberalen wollten, oder vor den ordentlichen Gerichten, wie die Regierung wollte, zur Aburtheilung kommen sollten, trat dieser Gegensatz zwischen der Regierung und den liberalen Parteien hervor, ja er steigerte sich gerade bei dieser letzteren Frage zu solcher Schärfe, daß zeitweilig die ganzen Justizgesetze daran zu scheitern drohten und ein Konflikt schließlich nur durch die Nachgiebigkeit der nationalliberalen Partei vermieden werden konnte.

Natürlich zeigte sich in ähnlichen Fällen die liberale Reichstagsmehrheit auch den von der Regierung ausgehenden Vorschlägen gegenüber nicht eben sehr willfährig, und als die letztere im Jahre 1876 eine Reihe von verschärfenden Zusatzparagraphen zum Reichsstrafgesetzbuch vorlegte, wurden die wegen ihrer unbestimmten Fassung sogenannten „Kautschukparagraphen“ trotz der eifrigsten Befürwortung durch die Regierungsvertreter von den in der Mehrheit befindlichen liberalen Parteien abgelehnt.

Daß die Regierung, so gern sie sich in den ersten Jahren in ihrer nationalen Politi auf die liberalen Parteien stützte und diesen auch auf anderen Gebieten den Willen ließ, in Fragen der inneren Politik und der Verwaltung schon damals viel lieber mit den Konservativen gegangen wäre, das trat nach dem bereits erwähnten Umschwung im Jahre 1878, welcher den liberalen Parteien die Führung im Reichstage entriß, deutlich zu Tage. Durch die mit Hülfe einer konservativ-schutzzöllnerischen Reichstagsmehrheit durchgeführte neuere Gesetzgebung ist seitdem, wie auf dem wirthschaftlichen Gebiet, so auch auf dem der inneren Politik und Verwaltung, zum gutem Theil auf eigene Anregung der Regierung Vieles rückgängig gemacht worden, und zur Zeit scheint diese rückläufige Bewegung ihren Abschluß noch nicht erreicht zu haben.

Wesentlich anders war das Verhältniß der Regierung zu dem Liberalismus in seinen beiden anderen Erscheinungsformen als wirthschaftlicher und kirchlicher Liberalismus. Hier war es die Regierung, welche die liberalen Parteien unterstützte oder ihnen wenigstens zur Durchführung ihrer Grundsätze und zur Verwirklichung ihre Wünsche und Bestrebungen den weitesten Spielraum ließ; denn auf kirchenpolitischem Gebiet bekämpften die Regierung und die liberalen Parteien, wenn auch nicht überall aus den gleichen Gründen und mit den gleichen Zielen, vor Allem einen gemeinsamen Feind, den Ultramontanismus, und auf wirthschaftlichem Gebiet huldigte die Regierung selbst, wenigstens bis 1876, in einigen

ihrer hervorragendsten Organe den liberalen Grundsätzen des freien internationalen Waarenaustausches und der unbeschränkten Konkurrenz im Erwerbsleben. Aber der zielbewußten Konsequenz, mit welcher der Liberalismus unter der Gunst der Umstände seine Grundsätze auf den genannten Gebieten zur Durchführung zu bringen bestrebt war, entsprach auch die Hartnäckigkeit und Leidenschaftlichkeit der Opposition von Seiten der gegnerischen Parteien. Auf dem kirchenpolitischen Gebiet spitzte sich diese Opposition zu dem erbitterten und trotz zwölfjähriger Dauer auch heute noch nicht beigelegten Parteistreite zu, welchen man mit einem kurzen, wenn auch nicht recht zutreffenden Worte als Kulturkampf bezeichnet, während der Widerstand gegen den wirthschaftlichen Liberalismus oder vielmehr gegen seine wirklichen oder vermeintlichen üblen Folgen für die Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Klassen sich zunächst in der Sozialdemokratie organisirte.

Der Kulturkampf. — Mit der Encyclica und dem berüchtigten Syllabus vom Jahre 1864 hatte sich die innerhalb der katholischen Kirche zur Herrschaft gelangte jesuitisch-ultramontane Partei in schroffen Gegensatz zum modernen Kulturleben und seinen unaufhaltsam weiterdrängenden Fortschritten gestellt. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma vom Jahre 1870 hatte sie das Gleiche auch der modernen Staatsanschauung gegenüber gethan, welche es nicht anerkennen will und kann, daß die Kirche als solche über dem Staate stehen und daß die Gesetze des Staates für die Kirche und ihre Diener nur nach dem Belieben des jeweiligen unfehlbaren Papstes Giltigkeit haben sollen. Der früher unter günstigeren Verhältnissen einmal unternommene, aber leider nicht energisch genug durchgeführte und deshalb erfolglose Versuch, auch die katholische Kirche in Deutschland zu einer nationalen zu machen und sie von der bedingungslosen Abhängigkeit von Rom loszulösen, war damit endgiltig gescheitert. Die kleine, auf nationaler Grundlage stehende altkatholische Partei hatte, trotz aller staatlichen Begünstigung, den außerordentlichen kirchlichen Machtmitteln der römischen Kurie gegenüber von vornherein keine Aussicht auf längeres Bestehen oder gar auf weitere Ausbreitung, und dem Staate lag deshalb die Aufgabe ob, zwischen seinen eigenen Machtbefugnissen und denen der von der römischen Kurie als von einer auswärtigen Macht abhängigen katholischen Geistlichkeit gesetzlich die durch das Staatsinteresse gebotene Grenze zu ziehen. Für Deutschland und besonders für Preußen war dies doppelt nothwendig, einmal wegen der konfessionell stark gemischten Bevölkerung und sodann, weil der Ultramontanismus den preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber von Anbeginn her eine offen feindliche Stellung eingenommen hatte und auch nach der Errichtung des neuen Deutschen Reiches aus seiner tiefen Abneigung gegen das protestantische preußisch-deutsche Kaiserthum durchaus kein Hehl machte. Die unter diesen Umständen naheliegende Befürchtung, daß der Ultramontanismus die ihm zu Gebote stehenden kirchlichen Machtmittel zum Schaden der schwer errungenen Einheit des deutschen Vaterlandes gebrauchen könnte, erwies sich nur zu bald als völlig gerechtfertigt; überall trat die ultramontane Partei in Verbindung mit dem extremen Partikularismus und sonstigen reichsfeindlichen Elementen, und vorbeugende gesetzliche Maßregeln schienen deshalb im nationalen Interesse des Deutschen Reiches dringend geboten.

Von diesem nationalen Gesichtspunkte aus glaubte deshalb die Regierung den Kampf gegen den Ultramontanismus aufnehmen zu müssen, und dieser nationale Gesichtspunkt vor Allem bestimmte auch die liberalen Parteien, dabei fast ausnahmslos auf die Seite der Regierung zu treten, obgleich im Grunde die kirchenpolitischen Ziele und Bestrebungen der Regierung mit den Grundsätzen des Liberalismus auf diesem Gebiet wenig übereinstimmten. Der Liberalismus konnte sich eben nicht verhehlen, daß bei dem strengen Festhalten der Reichsregierung wie der Einzelregierungen an dem Gedanken des Staatskirchenthums an die Anwendung des namentlich von der Fortschrittspartei befürworteten und von dem Ultramontanismus selbst am meisten gefürchteten Radikalmittels der völligen Trennung von Staat und Kirche vorerst nicht zu denken sei. Wenn nun aber einmal

der Kirche durch den Staat Gesetze vorgeschrieben werden mußten, so lag es jedenfalls im Interesse des Liberalismus, daß dies, da er augenblicklich die Macht in Händen hatte, unter seiner Mitwirkung und nach seinen Grundsätzen geschah. Diese Erwägung veranlaßte denn auch, nächst dem erwähnten nationalen Gesichtspunkt, für die Folge das feste Zusammengehen der Regierung und der liberalen Parteien in allen kirchenpolitischen Fragen, indem die Regierung, um in dem Kampfe gegen den Ultramontanismus der Unterstützung der liberalen Parteien sicher zu sein, sich auch ihrerseits dazu entschloß, dem Liberalismus auf dem gesammten Gebiet des Kirchen- und des damit eng zusammenhängenden Schulwesens freie Hand zu lassen.

Denn darüber konnte von vornherein kaum ein Zweifel bestehen, daß die beginnende kirchliche Bewegung sich nicht blos auf den Kampf gegen den Ultramontanismus und seine reichsfeindlichen Bestrebungen beschränken, sondern daß sie auf die gesammte öffentliche Stellung und Wirksamkeit der Kirche überhaupt, und zwar nicht nur der katholischen, sondern auch der protestantischen Kirche, sich erstrecken würde. Die orthodoxe protestantische Geistlichkeit, die von jeher eine stärkere und unabhängigere Machtstellung auch für die evangelische Kirche erstrebt hatte, stand deshalb dem Kulturkampfe keineswegs sympathisch gegenüber. Denn was sie dabei durch den wirksameren Schutz gegen die Uebergriffe des nach beständiger Ausbreitung strebenden Katholizismus auf der einen Seite gewinnen konnte, das mußte sie auf der andern Seite durch die nothwendige gleichzeitige Beschränkung ihrer eigenen Machtstellung und ihres eigenen Einflusses doppelt verlieren, und mehrmals im Verlaufe des Kulturkampfes kämpften deshalb die katholisch-ultramontane Partei und die Vertreter der protestantischen Orthodoxie Schulter an Schulter gegen die liberale kirchenpolitische Gesetzgebung. Namentlich im Herrenhause des preußischen Landtages machte sich der Widerstand gegen diese Gesetzgebung in solcher Stärke geltend, daß die Regierung sich hier erst durch einen sogenannten „Pairsschub“ eine gefügige Mehrheit schaffen mußte.

Wir können uns nach dieser einleitenden Betrachtung über die Ursachen und das Wesen des Kulturkampfes bei der Schilderung der verschiedenen Phasen desselben auf das Nothwendigste beschränken. Der Kampf, der den Verhältnissen entsprechend theils im deutschen Reichstage, theils — wo es sich um Verwaltungsmaßregeln handelte — im preußischen Abgeordnetenhause und in den Einzellandtagen anderer deutschen Staaten sich abspielte, begann mit dem Erlaß des Gesetzes vom 10. Dezember 1871, welches einen neuen Paragraphen, den sogenannten „Kanzelparagraphen“, in das deutsche Reichsstrafgesetzbuch einfügte und durch diesen den Mißbrauch der Kanzel zur Aufreizung gegen die bestehende Staatsgewalt mit Strafe bedrohte. In Preußen war bereits vorher durch königliche Verfügung die bisher bestandene besondere katholische Ministerialabtheilung für Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten aufgehoben und ein Gesetzentwurf vorbereitet worden, durch welchen die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens den Geistlichen beider Konfessionen entzogen und vom Staate angestellten Schulinspektoren übertragen werden sollte. Da der noch aus der Konfliktszeit her im Amte befindliche preußische Kultusminister von Mühler zur Durchführung der neuen kirchenpolitischen Gesetzgebung nicht geeignet erschien, wurde an seiner Stelle der bisherige Ministerialdirektor und Bevollmächtigte der preußischen Regierung im Bundesrath, Adalbert Falk, in das preußische Kultusministerium berufen (22. Januar 1872), und trotz der leidenschaftlichen Opposition der katholischen Centrumspartei und der protestantischen Orthodoxie brachte dieser das Schulaufsichtsgesetz im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause zur Annahme.

Die Heftigkeit, mit welcher die katholische Geistlichkeit sich den neuen Gesetzen widersetzte, denen sie aus Gewissensbedenken sich nicht fügen zu können erklärte, bedingte nun die weiteren Maßnahmen. Der preußische Gesandtschaftsposten beim päpstlichen Stuhl wurde abgeschafft, weil Pius IX. unter einem nichtigen Vorwande sich weigerte, den von der preußischen Regierung vorgeschlagenen Gesandten als solchen zu empfangen; durch Reichs-

gesetz vom 4. Juli 1872 wurde ferner den Jesuiten, als den gefährlichsten Gegnern der deutschen Einheit, der Aufenthalt im Reichsgebiet untersagt, und zu Anfang des Jahres 1873 wurden dann dem preußischen Abgeordnetenhause die vielgenannten vier Gesetze vorgelegt, welche ein für alle Male das Verhältniß zwischen dem Staat und der Kirche — namentlich der katholischen Kirche — und zwischen den Machtbefugnissen beider regeln sollten. Diese Gesetze vom 12., 13., 14. und 15. Mai 1873, die sogenannten Maigesetze, welche die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, die Anwendung der kirchlichen Disziplinargewalt und der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel der Beaufsichtigung durch den Staat unterstellten, ferner einen besonderen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten mit weitgehenden Befugnissen schufen und endlich über den Austritt aus der Kirche zu Gunsten der Altkatholiken besondere Bestimmungen trafen, riefen auf ultramontaner Seite einen Sturm der Entrüstung hervor. Die katholischen Bischöfe und Erzbischöfe kündigten dem Staate offen den Gehorsam auf, der Papst erklärte die gesammte Maigesetzgebung für null und nichtig, die erledigten Pfarrstellen blieben unbesetzt, die kirchlichen Oberen mußten wegen Zuwiderhandelns gegen die Maigesetze einmal über das andere zur Strafe gezogen werden. Nun mochte man freilich zugeben, daß einzelne Bestimmungen der Maigesetze in der That so weit gingen, daß sie eben nur als vorübergehende Kampfmittel zur Durchführung der berechtigten Ansprüche des Staates der Kirche gegenüber gelten konnten. Aber wie dem auch sein mochte, der Staat konnte und mußte die unbedingte Achtung vor seinen Gesetzen verlangen und nöthigenfalls erzwingen, und Sache der katholischen Geistlichkeit wäre es gewesen, durch Erfüllung der berechtigten Forderungen des Staates die sogenannten Kampfgesetze überflüssig zu machen und ihre Wiederaufhebung herbeizuführen. Aber die herrschende Partei innerhalb der katholischen Kirche und vor Allem der unter dem Einflusse der Jesuiten stehende Papst selbst zeigten sich zu dieser nothwendigen Nachgiebigkeit durchaus nicht geneigt. „Alles oder Nichts" blieb hier die Losung, und so mußte denn der Kampf weiter geführt werden, theils mit Zwangsmitteln, theils mit auf die Dauer berechneten Gesetzen. Zu letzteren war insbesondere das bereits an anderer Stelle erwähnte Gesetz über die obligatorische Civilehe und die amtliche Beurkundung des Personenstandes zu zählen, ebenso das Gesetz über die Aufhebung der klösterlichen Orden und Kongregationen in Preußen und verschiedene andere.

Von den Kampfgesetzen seien hier das Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, das Gesetz zur Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern und endlich das Gesetz über die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, das sogenannte „Sperrgesetz", besonders erwähnt. Mit diesen Gesetzen war der Kulturkampf auf seinem Höhepunkt gelangt; der eigentliche Zweck, die katholische Geistlichkeit zur unbedingten Unterwerfung unter die Staatsgesetze zu zwingen, ward jedoch nicht erreicht. Hier stand eben Forderung gegen Forderung, Prinzip gegen Prinzip. Ob sich durch noch weitergehende Zwangsmaßregeln der Widerstand des Ultramontanismus schließlich doch hätte brechen lassen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls vermochte sich Angesichts der offenbaren Schäden, welche der jahrelange und von der katholischer Partei mit rücksichtsloser Konsequenz geführte Kampf im Gefolge hatte, die oberste Regierungsgewalt zur Anwendung weiterer Zwangsmaßregeln nicht zu entschließen.

Die katholische Kirche hatte bei dem Kulturkampfe ausschließlich nur die Machtfrage im Auge und ließ darüber das religiöse und seelsorgerische Interesse völlig in den Hintergrund treten; sie that nichts, um durch entgegenkommende Schritte ihrerseits die wachsende kirchliche Nothlage zu mildern, deren Folgen in blindem Fanatismus einerseits (Attentat Kullmann's auf den Fürsten Bismarck im Jahre 1874) und in zunehmender Verrohung und Verwilderung andererseits bald erschreckend zu Tage traten. Die Regierung glaubte deshalb ihrerseits andere Wege einschlagen zu müssen. Die eigentliche Kulturkampf-Gesetzgebung kam zum Stillstand, und das Bestreben war zunächst darauf gerichtet, durch

strenge Handhabung der vorhandenen Gesetze die katholische Geistlichkeit allmählich zur Nachgiebigkeit zu bewegen und auf diese Weise zu einem Ausgleich, einem sogenannten modus vivendi zu gelangen. Aber auch dieses Bestreben scheiterte an der Hartnäckigkeit des Widerstandes auf Seiten der ultramontanen Partei, und mehr und mehr zeigte es sich, daß der Staat, wenn er dem immer unerträglicher werdenden Zustande ein Ende machen wollte, entweder Gewalt gegen Gewalt setzen und rücksichtslos mit allen Mitteln den Kampf zu Ende führen, oder selbst den ersten Schritt zurück thun müsse.

Daß schließlich das Letztere geschah, das hatte seinen Grund vor Allem in dem persönlichen Verlangen des greisen Monarchen, den religiösen Frieden im Lande möglichst bald wiederhergestellt zu sehen; auch im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause waren gar Manche des jahrelangen aufreibenden Kampfes bereits herzlich müde geworden; weiterhin trugen verschiedene andere Umstände gleichfalls dazu bei, eine Wandlung in friedlicherem Sinne vorzubereiten.

Am 2. Februar 1878 starb der unversöhnliche Papst Pius IX., und Papst Leo XIII., dem eine größere persönliche Friedensliebe nachgerühmt wurde, trat an seine Stelle; die beiden frevelhaften Attentate, welche wenige Monate später gegen den Kaiser verübt wurden, bestärkten die an höchster Stelle allmählich zur Herrschaft gelangte Ansicht, daß die gesammte liberale Kirchen- und Schulgesetzgebung für die zunehmende Verwilderung gewisser Volksschichten und das beunruhigende Anwachsen der Socialdemokratie mit verantwortlich und daß deshalb eine Umkehr auf diesem Gebiete geboten sei; und endlich fiel auch der gleichzeitig beginnende wirthschaftliche Umschwung und die durch denselben bedingte völlige Verschiebung der bisherigen Parteiverhältnisse im deutschen Reichstage für die fernerweite Stellung der Reichsregierung der ultramontanen Centrumspartei gegenüber entschieden ins Gewicht.

Wir können die auf dem Gebiet der Kirchenpolitik seitdem eingetretenen Veränderungen im Einzelnen hier nicht weiter verfolgen, da dieselben zu einem endgiltigen Abschluß auch jetzt noch nicht geführt haben. Erwähnt sei nur, daß, nachdem der Kultusminister Falk im Jahre 1879 die erbetene Entlassung erhalten hatte und an dessen Stelle der Minister von Puttkamer und bald darauf von Goßler getreten war, es die Regierung an ernstlichen Bemühungen, zunächst durch weitgehende Nachgiebigkeit den kirchlichen Frieden wiederherzustellen, in keiner Weise hat fehlen lassen. Daß der Ultramontanismus dieses Entgegenkommen auch seinerseits durch entsprechende Zugeständnisse vergolten habe, läßt sich leider nicht sagen. Er nahm, was ihm geboten wurde, und zeigte sich dafür auch wol in anderer Weise der Regierung gefällig, aber auf dem eigentlichen kirchlichen Gebiet stehen sich die alten Gegensätze auch heute noch ziemlich unvermittelt gegenüber.

Und doch ist der Staat zur Zeit bereits fast an der äußersten Grenze Desjenigen angelangt, was er, ohne sich für besiegt zu erklären, dem Ultramontanismus zugestehen kann. Denn den Grundsatz, welcher den eigentlichen Kern des Kulturkampfes bildet — daß nämlich in allen Dingen, welche nicht allein und ausschließlich die Kirche, sondern zugleich auch den Staat angehen, die Autorität des Staates über der Autorität der Kirche steht — diesen Grundsatz kann und wird wol keine preußische oder deutsche Regierung wieder aufgeben wollen, und der Ultramontanismus hätte es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn es dahin kommen sollte, daß durch sein allzustarres Festhalten an dem Unerreichbaren auch das bereits Erreichte wieder in Frage gestellt würde.

Wie hier in dem Wechsel der Ansichten der berechtigte Kern des Kulturkampfes bestehen blieb und bestehen bleiben wird, so auch da, wo der Kulturkampf in weiterem Sinne auf das Gebiet der evangelischen Kirche und des Schulwesens hinübergriff. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, ob die neue Synodal- und Gemeindeverfassung in der Art, wie sie durch Gesetz vom Jahre 1874 für die evangelische Kirche in Preußen eingeführt wurde, den eigenen Interessen dieser Kirche entspricht, und ob konfessionelle oder

konfessionslose Schulen den Bedürfnissen unserer Zeit angemessener sind. Aber nur die Wenigsten werden bestreiten, daß auch auf diesen Gebieten durch die liberale Gesetzgebung viele heilsame Aenderungen geschaffen worden, und daß vor Allem die großen Fortschritte auf dem Gebiete des Volksschulwesens, die strenge Durchführung des allgemeinen Schulzwanges, die erfolgreich angestrebte geistige und materielle Hebung des Volksschullehrerstandes über jede Anfeindung erhaben sind.

Wesentlich anders geartet und deshalb auch mit anderen Mitteln zu bekämpfen als die Opposition der ultramontanen Partei gegen den kirchlichen Liberalismus war der in den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu Tage tretende Widerstand gegen die liberale wirthschaftliche Gesetzgebung.

Die Sozialdemokratie. — Sozialismus und Liberalismus sind ihrer Natur nach Gegner und waren als solche sich auch bereits in einer früheren Periode der preußischen Geschichte gegenüber getreten; denn während der Liberalismus die freie und unbeschränkte Konkurrenz auf allen Gebieten des Erwerbslebens grundsätzlich begünstigt, sucht der Sozialismus diese Konkurrenz zu Gunsten einer gleichmäßigeren Vertheilung des Arbeitsgewinnes möglichst zu beschränken. Es liegt nun freilich in den natürlichen Verhältnissen begründet, daß eine solche Beschränkung heutzutage nur innerhalb sehr enger Grenzen möglich und darüber hinaus nicht einmal wünschenswerth ist — die Beseitigung der aus der wachsenden Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit sich ergebenden sozialen Mißstände muß eben mit anderen, hier nicht näher zu erörternden Mitteln angestrebt werden. Immerhin liegt, nach dem Urtheil hervorragender Staatsmänner, auch des Fürsten Bismarck, dem Sozialismus als solchem, insoweit er auf nationalem Boden und mit gesetzlichen Mitteln seine Ziele zu verwirklichen strebt, ein berechtigter Kern zu Grunde, ja die neuere wirthschaftliche Gesetzgebung in Deutschland zeigt in mehr als einer Hinsicht sogar eine gewisse Anlehnung an sozialistische Grundsätze.

Aber mit diesem Sozialismus, auch „Kathedersozialismus" genannt, ist die Sozialdemokratie nicht zu verwechseln. Diese, die zum Schrecken der Welt zum ersten Male in der Pariser Kommune vorübergehend zur Herrschaft gelangte, ist nicht wie jener eine berechtigte politische Parteirichtung; ihr Wirkungskreis ist international, ihr Ziel der völlige Umsturz alles Bestehenden, das Mittel ihres Wirkens die rohe Gewalt. Erst nach dem Tode Lassalle's (1864), der in Deutschland die Arbeiterpartei für den Sozialismus gewonnnen hatte, hat sich aus den sozialistischen Arbeiterverbänden die eigentliche Sozialdemokratie entwickelt, die unter dem Einfluß gewissenloser Agitatoren ihre Ziele und Bestrebungen bald völlig mit denen der französischen Kommunisten identificirte, sich von allen göttlichen und menschlichen Ordnungen lossagte und auch ihrerseits an der Verbrüderung der Sozialdemokraten aller Länder zu der sogenannten großen Internationale mit ausgesprochen revolutionären Grundsätzen mitwirkte.

Das Beispiel der Pariser Kommune-Aufstandes im Jahre 1871 konnte unter solchen Umständen auch auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nicht einflußlos bleiben.

Doch wurden die Folgen dieses Einflusses zunächst durch den großartigen wirthschaftlichen Aufschwung während der sogenannten Gründerzeit zurückgedrängt, indem durch die große Anzahl von neugegründeten industriellen Unternehmungen die Nachfrage nach Arbeitskräften und infolge dessen auch der Preis der Arbeit so außerordentlich gesteigert wurde, daß die deutsche Arbeiterbevölkerung in dieser Zeit schlechterdings keinen Grund hatte, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein. Als nun aber der „Krach" diesem kurzen Glückstraum ein Ende machte, die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden entlassen werden mußten, die Löhne infolge der geschäftlichen Krisis auf und selbst unter ihr gewöhnliches Niveau herabgingen, da brach die Unzufriedenheit im Arbeiterstande mächtig hervor, und die revolutionäre Propaganda fand den günstigsten Boden.

Zunächst war es natürlich der Liberalismus oder, wie es in diesem Falle hieß, die „Bourgeoisie“, welche für die wirthschaftliche Krisis verantwortlich gemacht, der eine einseitige Interessenpolitik und die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zum Vorwurf gemacht wurde. Den maßlos heftigen Angriffen gegenüber, welche in zahlreichen sozialdemokratischen Zeitschriften und Flugblättern tagtäglich gegen „die Selbstsucht der bürgerlichen Kreise und die Ausbeutung des Arbeiters durch dieselben“ und bald auch gegen alle staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, ja selbst gegen Kirche und Religion gerichtet wurden, war eine ruhige Widerlegung durch die Presse überhaupt unmöglich; in den zahlreichen sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen kamen nur die ärgsten Schreier und radikalsten Agitatoren zum Wort; mit den verwerflichsten und anstößigsten Mitteln wurde der Klassenhaß geschürt, und in allen Tonarten wurde offen und versteckt die Revolution und der völlige Umsturz alles Bestehenden gepredigt.

Die Attentate zu Berlin. Die gefährlichste Einwirkung einer so wüsten Agitation auf die urtheilslose Menge konnte nicht ausbleiben. Zunehmend griffen Roheit und Verwilderung unter den niederen Volksschichten um sich, die thätlichen Ausschreitungen mehrten sich in erschreckender Weise und gipfelten endlich in den beiden frevelhaften Attentaten, welche am 11. Mai 1878 durch Hödel und am 2. Juni desselben Jahres durch Nobiling gegen die Person des Kaisers verübt wurden.

Die Reichsregierung hatte bisher mit den bestehenden Gesetzen den sozialdemokratischen Umtrieben entgegenzuarbeiten und dieselben in Schranken zu halten gesucht; aber trotz strengster Handhabung hatten sich diese Gesetze vielfach als unzureichend erwiesen. Jetzt, als es sich zeigte, daß die Sozialdemokratie oder wenigstens einzelne ihrer fanatischen Anhänger selbst vor dem Aeußersten nicht zurückschreckten, glaubte deshalb die Regierung ein besonders sogen. Ausnahmegesetz gegen eine so staatsfeindliche Partei im Reichstage beantragen zu müssen. Nun konnte es freilich der damals im Reichstage noch maßgebenden liberalen Partei als der entschiedensten Gegnerin des Sozialismus überhaupt und der Sozialdemokratie insbesondere nur erwünscht sein, wenn die Regierung gegen letztere noch energischer als bisher vorzugehen beschloß; aber einerseits glaubte sich die entschiedenere liberale Richtung grundsätzlich gegen jedes Ausnahmegesetz erklären zu müssen, und andererseits war der von der Regierung vorgelegte ursprüngliche Gesetzentwurf so unbestimmt gehalten, daß auch viele gemäßigtere Liberale nicht für denselben eintreten mochten.

Das Gesetz wurde also abgelehnt, und da die Regierung gleichwol an ihrem Verlangen festhielt, so wurde bald darauf durch den Kronprinzen, den der bei dem zweiten Attentat ernstlich verwundete Kaiser mit seiner Stellvertretung betraut hatte, mit Zustimmung des Bundesrathes die Auflösung des Reichstages verfügt. Aus den Neuwahlen ging, wie schon an anderer Stelle erwähnt, die liberale Partei sehr geschwächt, die konservative beträchtlich gestärkt hervor, und da sich jetzt auch die Regierung zu einigen Aenderungen in Bezug auf die Fassung des Sozialistengesetzes geneigt zeigte, so gelangte dasselbe nunmehr im Reichstage zur Annahme und trat, zunächst für die Zeit vom 21. Oktober 1878 bis 31. März 1881, alsbald in Kraft. Nach Ablauf dieser Frist ist, wie gleich hier bemerkt werden möge, seine Giltigkeitsdauer bis 30. September 1884 verlängert worden.

Das Sozialistengesetz verlieh der Regierung ausgedehnte Befugnisse in Bezug auf Ueberwachung resp. Verbot sozialdemokratischer Vereine und Versammlungen sowie aller Erzeugnisse der sozialdemokratischen Presse; auch durfte die Regierung über Orte, in denen die Sozialdemokratie notorisch ihre Hauptsitze hatte, den sogen. kleinen Belagerungszustand verhängen und diejenigen Personen, von welchen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten stand, von dort ausweisen. Die energische Handhabung dieser Bestimmungen hat nun zwar die sozialdemokratische Aufwiegelung, soweit sie offen zu Tage trat, fast vollständig unterdrückt, aber den Anhängerkreis der Sozialdemokratie wesentlich zu mindern oder auch nur die innere Organisation derselben zu erschüttern, ist bisher in dem

erwünschten Maße nicht gelungen, ja die Zahl der in den Reichstag gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten ist seit dem Jahre 1878 nicht unerheblich gewachsen.

Die Regierung ist deshalb jetzt, vor Allem auf den persönlichen Wunsch des Kaisers, dem Versuche näher getreten, durch praktische Maßnahmen einige unverkennbare soziale Mißstände zu beseitigen oder wenigstens zu lindern und dadurch der sozialdemokratischen Agitation für die Zukunft den Boden zu entziehen. Allein der Durchführung der bezüglichen Gesetze, von welchen hier nur das Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter und über die zwangsweise Unfallversicherung genannt sein mögen, haben sich bisher sehr erhebliche praktische Schwierigkeiten entgegengestellt; ebenso hat auch der von konservativ-schutzzöllnerischer Seite gemachte Versuch, die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit und andere Schöpfungen der liberalen Gesetzgebung, welche nach dem Urtheil einiger Sozialpolitiker jener Richtung zu der Vermehrung des sozialen Elends beigetragen haben sollen, zu beschränken oder aufzuheben und namentlich die Gewerbefreiheit durch das frühere System der obligatorischen Innungen zu ersetzen, zu irgendwie nennenswerthen Ergebnissen noch nicht geführt.

Wie und in welcher Weise unter den gegenwärtigen in rastloser Weiterentwicklung begriffenen Verhältnissen die soziale Frage am besten zu lösen ist, das ist eben zur Zeit noch eine offene Frage; doch fehlt es ja — abgesehen von den oben angeführten — auch nicht an zahlreichen anderen Vorschlägen, und die Zeit und unbefangene, unparteiische Prüfung werden wol früher oder später die richtigen Mittel und Wege finden lassen. —

Noch haben wir der nach zweihundertjähriger Entfremdung dem deutschen Vaterlande glücklich wiedergewonnenen Reichslande Elsaß und Lothringen in Kürze zu gedenken.

Elsaß und Lothringen. — Als nach den ersten glücklichen Erfolgen im Kriege von 1870—1871 der siegreiche Ausgang des Feldzuges sich mit einiger Sicherheit vorhersehen ließ, da herrschte nicht nur im Hauptquartier des siegreichen deutschen Heeres, sondern auch im gesammten deutschen Vaterlande nur eine Stimme darüber, daß der Preis des Sieges für Deutschland die ihm in einer unglücklichen Periode seiner Geschichte entrissenen Reichslande Elsaß und Lothringen sein müßten. Noch während des Krieges wurde deshalb derjenige die Bezirke von Saarburg, Chateau-Salins, Saargemünd, Metz und Thionville (Diedenhofen) umfassende Theil Lothringens, welchen wir jetzt als Deutsch-Lothringen bezeichnen, mit dem Elsaß zu einem besonderen Verwaltungsbezirk vereinigt, und es wurden Maßregeln getroffen, um unverweilt die dauernde Vereinigung dieser Lande mit Deutschland vorzubereiten. Nachdem nun durch den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 der Uebergang von Elsaß-Lothringen an das Reich thatsächlich erfolgt war, erhob sich vor Allem die Frage nach der staatsrechtlichen Form, unter welcher die neuen Reichslande fortan zu bestehen hätten. Die national-preußische Partei hätte natürlich die völlige Einverleibung derselben in Preußen am liebsten gesehen; aber den gewichtigen Gründen, welche für eine solche Maßregel sprachen, standen nicht minder gewichtige Gründe gegenüber, welche es angemessener erscheinen ließen, Elsaß-Lothringen als ein besonderes, dem ganzen deutschen Vaterlande gleichmäßig zugehöriges Reichsgebiet unter der unmittelbaren Oberhoheit des Kaisers bestehen zu lassen, und in dieser Form wurde durch Gesetz vom 9. Juni 1871 die Vereinigung des neugewonnenen Gebietes mit dem Deutschen Reiche vollzogen.

Daß die Mehrzahl der Bewohner der Reichslande, obgleich zumeist deutschen Stammes und deutscher Sprache, sich in die neuen Verhältnisse nicht ohne Weiteres zu finden vermochten, war begreiflich. Durch die zweihundertjährige Zugehörigkeit zu Frankreich war in Elsaß-Lothringen das Gefühl der deutschen Stammesgemeinschaft fast völlig erloschen; der unter dem französischen Regimente gestiegene Wohlstand, so manche gemeinsame ruhmvolle Erinnerungen, zahlreiche verwandtschaftliche Beziehungen und geschäftliche Interessen knüpften jene einst gut deutschen Gebiete mit tausend Fäden an Frankreich, und naturgemäß empfand deshalb der Elsaß-Lothringer den staatlichen Anschluß an Deutschland mehr als

eine Usurpation denn als eine freudig zu begrüßende Wiedervereinigung mit dem angestammten Vaterlande — mit einem Worte, es herrschte in Elsaß-Lothringen eine entschieden deutschfeindliche Stimmung vor.

Unter solchen Umständen erschien es geboten, von der Ausdehnung der deutschen Reichsverfassung auf die neuen Reichslande vorläufig Abstand zu nehmen. Die Einführung derselben wurde auf den 1. Januar 1873, später auf den 1. Januar 1874 festgesetzt und auch die Errichtung ständischer Vertretungen zur Mitwirkung bei der Verwaltung der inneren Angelegenheiten des Landes bis zu diesem Zeitpunkt verschoben. Der mit der obersten Leitung der reichsländischen Angelegenheiten betraute kaiserliche Statthalter (jetzt Generalfeldmarschall Freiherr von Manteuffel) übte also in den ersten Jahren eine Art Diktatur aus, die namentlich der die öffentliche Meinung beeinflussenden Presse und dem Vereinswesen gegenüber nothwendig war, im Uebrigen aber mit großer Nachsicht und Milde und im versöhnlichsten Geiste gehandhabt wurde. Diese Milde, die freilich oft genug hart auf die Probe gestellt wurde, hatte denn auch den Erfolg, daß die Germanisirung der Reichslande und die Aussöhnung ihrer Bewohner mit den neuen Verhältnissen bald ersichtliche Fortschritte machte. Auch die bei aller Schonung berechtigter Interessen doch energisch in Angriff genommene Reorganisation der Verwaltung, der Justizpflege, der Schule, des Verkehrswesens u. s. w. nach deutschem Muster trug dazu bei. Denn die früheren einheimischen Beamten und Lehrer konnten bei Einführung der deutschen Gerichtspflege und der deutschen Zoll- und Steuergesetzgebung, bei Errichtung der zahlreichen deutschen Schulen und selbst der deutschen Universität zu Straßburg, bei den vom Deutschen Reiche übernommenen Eisenbahnen und Verkehrsanstalten zum guten Theil in den Dienst des Reiches übernommen werden und traten dadurch in nähere, mit jedem Tage freundschaftlichere Beziehungen zu ihren deutschen Kollegen. Viele der neuen Einrichtungen, die unparteiische Gerichtspflege, die Abschaffung drückender Monopole, die erhöhte Leistungsfähigkeit der Verkehrsanstalten und Anderes wurden als Erleichterungen und Verbesserungen empfunden, und die gegen früher außerordentlich gesteigerten Ergebnisse des nach deutschem Muster umgebildeten höheren und niederen Unterrichts nöthigten selbst den grundsätzlichsten Gegnern des Deutschthums Achtung und Anerkennung ab.

Als ein erfreuliches äußeres Zeichen der fortschreitenden Germanisirung der Reichslande konnte die Bildung der „Autonomisten-Partei" gelten, welche im Gegensatz zu den sogenannten „Protestlern" und den mit ihnen in der Hauptsache gemeinsame Sache machenden Klerikalen die Thatsache der Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland anerkannte und ihr Bestreben vor Allem darauf richtete, daß den Reichsländern möglichst bald eine einheimische, selbständige Regierung unter Mitwirkung einer Volksvertretung gegeben werde.

Die Reichsregierung gab diesem Wunsche, soweit es die Umstände gestatteten, bereitwillig nach und ordnete im Jahre 1873 zunächst die Wahlen zu drei sogenannten Bezirkstagen — für Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen — an, welche in den Verwaltungsangelegenheiten des Landes den kaiserlichen Behörden mit berathender Stimme zur Seite stehen sollten. Diese ersten Wahlen fielen nun freilich entschieden zu Gunsten der Protestmänner aus, und die Bezirkstage konnten deshalb in diesem Jahre noch nicht in Thätigkeit treten; aber bereits im nächsten Jahre (1874) gelangten die Autonomisten überall zur Mehrzahl, so daß jetzt auch durch kaiserliche Verfügung die Bildung eines berathenden Landesausschusses für die gemeinsamen Angelegenheiten der Reichslande angeordnet wurde. Durch Gesetz vom Jahre 1877 erhielt dieser, wie hier gleich erwähnt werden möge, die Stellung und Bedeutung eines wirklichen Landtages, dem die Berathung und Genehmigung des Budgets und die beschließende Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung zugestanden wurde.

Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage, welche, wie erwähnt, in Elsaß-Lothringen zum ersten Male im Jahre 1874 stattfanden, wiederholte sich Aehnliches; das allgemeine Stimmrecht begünstigte hier die klerikale und deutschfeindliche Agitation, und von den 15 reichs-

ländischen Abgeordneten, welche im Jahre 1874 in den deutschen Reichstag eintraten, waren 10 Ultramontane und 5 Protestler. Dieselben zeigten sich anfänglich ziemlich ungeberdig; sie stellten unter Anderm den Antrag, daß die reichsländische Bevölkerung durch ein Plebiszit befragt werde, ob sie den Anschluß an Deutschland gutheißen wolle, und sie zogen sich dadurch manche wohlverdiente herbe Zurechtweisung vom Regierungstisch und aus der Mitte des Hauses zu. Aber bereits bei den Neuwahlen im Jahre 1877 wurden neben 6 Klerikalen und 4 Protestlern 5 Autonomisten gewählt, und wenn sich auch seitdem das Verhältniß zu Gunsten dieser letzteren Partei nicht wesentlich geändert hat, so zeigte sich doch mehr und mehr, daß die deutschfeindliche Stimmung in Elsaß-Lothringen hauptsächlich nur durch eine zielbewußte Agitation genährt und erhalten wurde, und daß die Bewohner der Reichslande, namentlich des Elsaß, auf dem besten Wege sind, wieder so gute Deutsche zu werden, wie ihre Väter es waren. Bei den Reisen, welche den Kaiser in den Jahren 1876, 1877 und 1879 in die Reichslande führten, zeigte sich die Stimmung der Bevölkerung mit jedem Male deutschfreundlicher, der Jubel beim Empfang mit jedem Male größer und allgemeiner. Die deutsche Sprache, den meisten Elsaß-Lothringern von jeher geläufiger als das Französische, aber in den ersten Jahren nach der Annexion vielfach verleugnet und geflissentlich vermieden, gelangte im öffentlichen Leben mehr und mehr zum Gebrauch, und wenn auch noch Jahre und Jahrzehnte vergehen werden, ehe alle Gegensätze und Abneigungen sich ausgleichen, so ist doch schon heute begründete Hoffnung vorhanden, daß die Elsaß-Lothringer, die in zweihundert Jahren gute Franzosen geworden sind, nach hundert Jahren noch bessere Deutsche geworden sein werden. Denn im Herzen und im Charakter sind die wirklichen Elsaß-Lothringer, selbst diejenigen, welche es gern leugnen möchten, stets Deutsche geblieben; vor Allem haben sich die Meisten zwei echt deutsche Eigenthümlichkeiten, die tiefe, innige Anhänglichkeit an den heimatlichen Boden und die Lust und Freude am Waffendienst und Soldatenleben, treulich bewahrt.

Von den 150,000 Elsaß-Lothringern, welche sich bei der sogenannten Option im Jahre 1872 für Frankreich erklärt, d. h. ihren Entschluß, sich der deutschen Staatsangehörigkeit zu entziehen und nach Frankreich auszuwandern, ausgesprochen hatten, mag kaum der dritte Theil diesen Entschluß ausgeführt haben; die Anderen brachten es nicht über sich, ihre Heimat grollend zu verlassen, und selbst von den Ausgewanderten haben Viele dem Heimweh nicht widerstanden und sind an die liebgewordenen Orte zurückgekehrt, wo ihre und ihrer Väter Wiege gestanden. — Auch die zweite der genannten deutschen Eigenthümlichkeiten hat sich bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Elsaß-Lothringen nicht zu verleugnen vermocht. Die waffenfähige elsaß-lothringische Jugend, die von jeher den besten Kern des französischen Heeres gestellt hatte, tritt alljährlich in großer Zahl in die deutsche Armee ein; mit fröhlicher Ausdauer erträgt die große Mehrzahl der jungen Leute den immerhin nicht leichten Dienst, und mit Eifer und Hingebung erfüllt sie auch ihrem neuen Vaterlande gegenüber ihre soldatische Pflicht.

Daß die deutsche Reichsregierung und namentlich die Militärbehörden nichts unterließen, um jedem etwaigen Einfall unseres revanchelustigen linksrheinischen Nachbars auf dem Boden der Deutschland zurückgewonnenen Reichslande erfolgreich zurückweisen zu können, das bedarf kaum der Erwähnung. Die Festung Metz ist bedeutend erweitert und verstärkt, die Umwallung Straßburgs ist nach den neuesten Grundsätzen der Befestigungskunst zum großen Theil erneuert und weit hinausgerückt worden, und wenn es uns Deutschen nicht leicht geworden ist, diese alten deutschen Grenzfestungen zurückzuerobern — den Franzosen soll es jetzt für alle Zeit unmöglich sein, sie uns von Neuem zu entreißen. —

Eine Geschichte Preußens seit 1870 kann und soll zwar in der Hauptsache nur eine Geschichte des neu erstandenen Deutschen Reiches sein; doch gebietet es die hervorragende Stellung, welche der preußische Staat in dem durch ihn geeinigten deutschen Vaterlande naturgemäß einnimmt, daß wir auch auf die besonderen inneren Angelegenheiten und Verhältnisse Preußens noch einen Blick werfen.

Der preußische Staat. — Innere Angelegenheiten und Verwaltungsreform. — Die innere Geschichte Preußens seit Errichtung des Deutschen Reiches fällt naturgemäß mit der inneren Geschichte dieses letzteren in der Hauptsache zusammen, und wir haben deshalb bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, bei unserer kurzen Uebersicht über die im letzten Jahrzehnt der deutschen Geschichte auf die Tagesordnung getretenen Zeit- und Streitfragen auch einen Blick auf die besonderen preußischen Verhältnisse zu werfen: so beim Kulturkampf, so bei den Reformen im Kirchen- und Schulwesen, so auch in wirthschaftlichen und verkehrspolitischen Fragen. Was sonst in den Jahren 1870 bis 1880 auf dem Gebiet der preußischen inneren Politik Wichtiges geschehen ist, das beschränkt sich, soweit es hier noch zur Erörterung kommen kann, im Wesentlichen auf die Reform der inneren Verwaltung, die bald nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges von der Regierung, zunächst im vollen Einverständniß mit der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, in Angriff genommen wurde. Die Regierung kam damit dem von allen liberalen Parteien längst gehegten Wunsche entgegen, daß im bürgerlichen Gemeindeleben des preußischen Staates das Prinzip der Selbstverwaltung in möglichst weitem Umfange zur Geltung gebracht und der Schwerpunkt der inneren Verwaltung aus der bureaukratischen und ständischen Geschäftsführung mehr in die einzelnen Gemeinden und ihre Vertreterschaften verlegt werden möchte. Das zu diesem Zwecke dem preußischen Landtage schon 1872 vorgelegte Gesetz ging weit über die Grenzen dessen hinaus, was man insgemein unter Kreisordnung zu verstehen pflegt, und erstreckte sich auf den ganzen Staat, dessen Wesen in seinen innersten Bestandtheilen und im weitesten Umfang berührend.

Die Verwaltung, bisher auf dem Boden des absoluten Staates stehend, hatte ihr altes Gefüge behalten, obgleich der Staat inzwischen ein konstitutioneller geworden war. Diesem Zustande machte die zunächst freilich nur für die fünf östlichen sogenannten „alten" Provinzen bestimmte Kreisordnung ein Ende, indem sie — gewissermaßen ein Ergänzungsgesetz zur Verfassung — den Grundsatz der Selbstverwaltung zur Geltung brachte. Das Gemeindewesen wurde reformirt, namentlich in den Dörfern die gutsherrliche und die Erbpolizeigewalt (Patrimonialgerichte) beseitigt; sie hatten fortan einen Amtsbezirk, eine Gemeinschaft zu bestimmten Zwecken, zu bilden. Ueber den Amtsbezirken steht der Kreistag, zu welchem Vertreter von Stadt und Land, von Groß- und Kleinwirthschaftsbetrieb gewählt werden. Aus dem Kreistage geht ein Kreisausschuß hervor, der sich an die noch bestehenden Kreiskommissionen anlehnt und dieselben auf gesetzlicher Grundlage fortsetzt. — Die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten wurde den Kreisen anheimgegeben und durch Einrichtung von Ehrenämtern ein Theil der berufsmäßigen Beamten beseitigt. In diesem Punkte enthielt das Gesetz einen Fortschritt noch über die Städteordnung hinaus und erreichte durch die Einführung des Ehrenamtes die moralische Wirkung der Selbstverwaltung.

Daß ein so weitgreifendes Gesetz nicht ohne mancherlei Schwierigkeiten und Abänderungen zu Stande kommen konnte, ist begreiflich; insbesondere bedurfte es (durch den an anderer Stelle bereits erwähnten Pairsschub) zuvor einer Reform des Herrenhauses, weil die feudal-konservative Mehrheit desselben sich von der altüberlieferten Anschauung der ständischen Vorherrschaft, welche eben durch die neue Kreisordnung beseitigt werden sollte, nicht loszumachen vermochte. Erst hiernach war es möglich, durch die Zustimmung des Herrenhauses der neuen Ordnung Gesetzeskraft zu verleihen. Die heftigen Kämpfe, welche die Durchbringung der Kreisordnung kostete, und mancherlei andere „Friktionen", denen sich Fürst Bismarck in seiner gleichzeitigen Stellung als Reichskanzler und Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums ausgesetzt sah, hatten am 21. Dezember 1872 seinen zeitweiligen Rücktritt aus letzterer Stellung zu Folge. Nachdem hierauf verschiedene Veränderungen in der Besetzung und in den Ressortverhältnissen des preußischen Ministeriums vor sich gegangen waren, übernahm Fürst Bismarck, am 9. November 1873, aufs Neue

das Präsidium desselben; etwas später wurde durch die Schaffung ständiger Stellvertretungen auf ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers für die Erleichterung seiner allerdings außerordentlich großen Arbeitslast Sorge getragen.

Zur Fortsetzung des Ausbaues einer rationell durchgeführten Selbstverwaltung schloß sich im Jahre 1875 an die vollzogene Kreisordnung die Provinzialordnung an (zunächst gleichfalls für die fünf östlichen Provinzen), welcher unmittelbar darauf die Gesetze über die Dotation der Provinzen und über die Verwaltungsgerichte folgten. Bei der Provinzialordnung sind als wesentlichste Punkte vorgesehen die Schaffung eines alle zwei Jahre zusammentretenden Provinziallandtages, der über alle inneren Verwaltungsangelegenheiten der Provinz Berathung pflegt und vor Allem auch über die Verwendung des Provinzialfonds verfügt; ferner eines Provinzialrathes, der, aus dem Oberpräsidenten, einem höheren Verwaltungsbeamten und fünf Mitgliedern zusammengesetzt, bei allen Beaufsichtigungs-Angelegenheiten mitwirkt, und endlich eines ihm mit ähnlichen Befugnissen zur Seite stehenden sogenannten Bezirksrathes. Die laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung versieht ein Landesdirektor. In jedem einzelnen Kreise besteht ein Verwaltungsgericht, während für sämmtliche Landesgebiete ein Oberverwaltungsgericht in Berlin eingesetzt ist. — Die den Provinzen gewährten Dotationen im Gesammtbetrage von 36 Millionen Mark sollten zur Erhaltung und Aufbesserung der Staatsstraßen, zur Unterstützung von Heil- nnd Wohlthätigkeitsanstalten, sowie zu landwirthschaftlichen Verbesserungen und dergleichen dienen.

Ein weiterer Schritt auf der mit dem Erlaß der Kreis- und Provinzialordnung betretenen Bahn war die bestimmte und klare Regelung der Zuständigkeit der neugeschaffenen staatlichen Behörden auf den verschiedenen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung und in streitigen Verwaltungssachen, sowie die gleichzeitige Feststellung derjenigen Kompetenzen, welche auf die neuen Organe noch weiter zu übertragen sein möchten, um eine harmonische Fortentwicklung der inneren Staatsverwaltung zu erzielen. Die diesbezüglichen von der Regierung vorgelegten Gesetze wurden auch vom Landtage ohne wesentliche Aenderungen angenommen, dagegen traten bei den gleichzeitigen Gesetzentwürfen (vom Jahre 1876) über die Revision der Städteordnung und über die Trennung Berlins, das eine eigene Provinzialverfassung erhalten sollte, von der Provinz Brandenburg bereits so ernstliche Meinungsverschiedenheiten im Schoße der Regierung selbst und zwischen Regierung und Landtag hervor, daß jene Gesetze vorerst unerledigt bleiben mußten.

Ueberhaupt begann sich jetzt, im Anschluß an die gleichzeitigen Vorgänge in der Reichsregierung und zumeist durch diese bedingt, auch in den preußischen Regierungskreisen eine ähnliche Wandlung, wie sie in jener stattgefunden, zu vollziehen. Das bisherige Einvernehmen der Regierung mit der nationalliberalen Partei begann sich zu lockern, die Stellung der Minister, welche dieses Einvernehmen noch aufrecht zu erhalten suchten, wurde täglich schwieriger, und bereits im nächsten Jahre sah sich der Minister des Inneren, Graf Eulenburg, der eigentliche Träger der Verwaltungsreform, genöthigt, um seine Entlassung zu ersuchen, da seine weitergehenden Pläne in Bezug auf eine neue Städteordnung und ein Gesetz über die Ausdehnung der Kreis- und Provinzialordnung auch auf die westlichen Provinzen im Ministerrathe nicht die gewünschte Anerkennung und die nöthige Zustimmung gefunden hatten.

Sein Rücktritt, welcher definitiv am 30. März 1878 stattfand, blieb nicht vereinzelt. Neue wichtige Veränderungen, welche Fürst Bismarck in den Ressortverhältnissen des preußischen Ministeriums für nothwendig hielt, hatten den Rücktritt auch der Minister des Handels und der Finanzen, von Achenbach und Camphausen, zur Folge, und da bald darauf aus den an anderer Stelle erwähnten Gründen auch der Kultusminister Falk seine Entlassung nahm, so war in kurzer Zeit der Gesammtcharakter des Ministeriums zu Gunsten einer konservativen Strömung verändert.

Da sich im Laufe der nächsten Jahre durch verschiedene Neubesetzungen dieser konservative Charakter des Ministeriums noch schärfer ausprägte und im Landtage inzwischen eine vollständige Verschiebung des bisherigen Parteiverhältnisses zum Vortheil der Konservativen stattgefunden hatte, so konnte von einer Fortführung der Verwaltungsreform in dem Sinne, wie sie begonnen worden war, natürlich nicht mehr die Rede sein. Was seitdem auf diesem Gebiete Neues geschaffen wurde, ist zumeist gegen den entschiedenen Widerstand der liberalen Parteien durchgesetzt worden, und auch die bereits eingeführten Verwaltungsgesetze haben durch verschiedene Revisionen zum Theil in ihren wichtigsten Bestimmungen eine durchgreifende Umgestaltung zu Gunsten einer größeren Stärkung der bureaukratischen und polizeilichen Gewalt erfahren. Doch ist auch hier in keiner Weise ein Abschluß erreicht worden. Die Konservativen, die bisher nur mit Hülfe des Centrums oder des ihnen nahe stehenden Theiles der Nationalliberalen ihre Bestrebungen zu verwirklichen vermocht haben, hoffen auf das fernere Anwachsen der konservativen Strömung im Lande, die ihnen dann eine noch weitergehende Umgestaltung der liberalen Verwaltungsgesetzgebung ermöglichen soll; aber die liberalen Parteien haben gleichfalls die Hoffnung keineswegs aufgegeben, daß ein erneuter Umschwung auch ihre Grundsätze wieder zur Geltung bringen und dann die volle Durchführung derselben ermöglichen werde. —

Während wir uns wie in diesem so auch in den meisten der vorangehenden Abschnitte vorwiegend mit solchen Fragen zu beschäftigen hatten, welche der Gegenstand eines mehr oder minder heftigen Parteistreites theils von vornherein gewesen, theils im Laufe der Jahre geworden sind, haben wir uns jetzt in dem nachfolgenden kurzen Schlußkapitel einem Gegenstande zuzuwenden, der glücklicher und, wie wir aus vollem Herzen hinzufügen können, verdienter Weise allezeit über jedem Parteistreit erhaben gewesen ist: wir meinen die politische Stellung des neuen Deutschen Reiches in Europa und die Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten seit dem Tage seiner Errichtung.

Das Deutsche Reich als Hort des europäischen Friedens. „Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen!" — so sprach der Kaiser, als er am 21. März 1871 den ersten Deutschen Reichstag eröffnete, und er fügte hinzu: „Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbtheil zu bewahren."

Und in jeder Weise hat sich dieses Friedenswort des Kaisers zum Wohle Deutschlands und zum Wohle Europa's bisher erfüllt. Mit der Begründung der deutschen Einheit und mit der Wiedergewinnung der deutschen Grenzlande im Westen waren die nationalen Wünsche und Bestrebungen des deutschen Volkes in der Hauptsache verwirklicht; die abenteuerlichen Vergrößerungs- und Eroberungspläne, welche namentlich von französischer Seite dem Deutschen Reiche und seinen Staatslenkern bei jeder Gelegenheit untergeschoben wurden, um das Mißtrauen anderer Mächte gegen Deutschland rege zu machen und ihm auf jede Weise Verlegenheit zu bereiten, bedurften kaum einer ernstlichen Widerlegung. Die Aufgabe der deutschen Reichsregierung konnte fortan nur die sein, dem Deutschen Reiche möglichst lange die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, um ihm die volle Entwicklung seiner inneren

Kräfte zu ermöglichen, die durch die Ungunst der Zeiten und Verhältnisse, vor Allem aber auch durch die eigene innere Zerrissenheit und Zersplitterung nur zu lange hintangehalten worden war.

Wenn aber Deutschland sich selbst erfolgreich den Frieden erhalten wollte, dann mußte es auch auf die Erhaltung des gesammten europäischen Friedens entscheidenden Einfluß zu gewinnen suchen, da sonst seine centrale Lage im Herzen Europa's es der Gefahr aussetzte, bei jedem unter den europäischen Großmächten ausbrechenden Kriege in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Der Ausbruch des von nachbarlicher Seite geradezu vom Zaune gebrochenen Deutsch-französischen Krieges hatte gezeigt, wessen man sich von Frankreich zu versehen hat, sobald dieses Land stark genug ist oder zu sein glaubt, um mit seinen Nachbarn anzubinden, oder sobald seinen Staatslenkern die inneren Verlegenheiten über den Kopf wachsen: jetzt kam noch das natürliche Racheverlangen des tief gedemüthigten Franzosenvolkes hinzu, und es galt deshalb, dessen Kriegsgelüsten gegenüber einen festen europäischen Friedensbund aufzurichten, der es durchzusetzen vermag, daß ohne seinen Willen kein Krieg in Europa geführt werden kann.

Darauf waren also die Bemühungen des Deutschen Kaisers und seines ersten Rathgebers, des Reichskanzlers Fürst Bismark, gerichtet — einen Friedensbund der drei großen Ostmächte zu Stande zu bringen, dahin ging zunächst das Ziel ihres Strebens.

Die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung dieses Planes im Wege standen, waren nicht gering. Am leichtesten war zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland das Einvernehmen herzustellen. Eine langjährige Interessengemeinschaft hatte Deutschland oder wenigstens das in Deutschlands auswärtiger Politik jetzt maßgebende Königreich Preußen mit dem russischen Reiche innig verknüpft. Preußen hatte Rußland durch seine Haltung während des Krimkrieges und bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes vom Jahre 1863 die wesentlichsten Dienste geleistet, und Rußland hatte durch seine zuverlässige freundschaftliche Neutralität während der schweren Jahre 1866, 1870 und 1871 diese Dienste reichlich vergolten. Das gleiche Friedensinteresse vereinigte jetzt beide Länder, und eine aufrichtige persönliche Freundschaft verband überdies seit Jahren ihre beiden mächtigen Monarchen.

Auch in dem Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich, welch letzteres freilich beim Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges nahe daran gewesen war, auf Frankreichs Seite zu treten, hatte sich bereits während des Krieges eine erfreuliche Wandlung vollzogen. Die Deutsch-Oesterreicher, so schwer sie als gute Patrioten die Niederlage von 1866 empfanden, hatten 1870 mit ihren Sympathien von vornherein auf Deutschlands Seite gestanden; die leitenden Staatsmänner Ungarns waren einem Bündniß mit Frankreich gegen Deutschland gleichfalls nicht geneigt gewesen, und Angesichts der großartigen Erfolge Deutschlands im Kriege gegen Frankreich war nun auch in den österreichischen Regierungskreisen die Ansicht durchgedrungen, daß das eigene Interesse nicht minder wie das Gesammtinteresse Europa's eine feste Anschließung Oesterreichs an Deutschland gebiete. Die rücksichtsvolle Schonung, mit welcher im Jahre 1866 der Sieger dem Besiegten gegenübergetreten war, erleichterte diesen Schritt; die damals befolgte Politik trug jetzt ihre Früchte.

Der schwierigste Theil der Aufgabe, deren Durchführung sich die deutsche Reichsregierung zum Ziel gesetzt hatte, war die Ausgleichung der tiefen Gegensätze und Abneigungen, welche seit Jahren zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und Rußland herrschten. Die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch Rußland im Jahre 1849 hatte Ungarn und die rücksichtslose Ausbeutung dieses Erfolges auch Oesterreich aufs Tiefste mit Rußland verfeindet, und durch die feindselige Haltung Oesterreichs während des Krimkrieges war andererseits auch Rußland gegen den Kaiserstaat schwer gereizt worden. Dazu kam, daß die Interessen beider Staaten in der orientalischen Politik sich vielfach kreuzten und zu Mißhelligkeiten und beständigem Argwohn reichlichen Anlaß boten. Und doch mußten alle diese Gegensätze und Abneigungen ausgeglichen werden, wenn anders der von

Deutschland erstrebte Friedensbund wirklich zu Stande kommen sollte; denn ein einseitiges Bündniß Deutschlands mit Rußland oder Oesterreich hätte seinen Zweck nicht nur nicht erfüllt, sondern nur den Argwohn der einen oder der andern Macht wachgerufen und dieselbe möglichenfalls einem deutschfeindlichen Bündniß mit Frankreich geneigt gemacht.

Und es gelang. Am 4. September 1872 fand in Berlin jene vielgenannte Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland, Rußland und Oesterreich statt, die hier den unter dem Namen des „Dreikaiserbündnisses" bekannten Friedensbund schlossen. Für die nächste Zeit war dadurch der europäische Frieden gesichert, denn die drei Kaiserreiche mit den gewaltigen ihnen zur Verfügung stehenden Heeresmassen hatten es in der Hand, jeden Krieg in Europa zu verbieten oder wenigstens zu lokalisiren, und bereitwillig von den Einen und grollend von den Anderen wurde diese Thatsache von allen Mächten Europa's anerkannt.

Während nun Frankreich seine Revanchegelüste unterdrückte, beeilten sich England und Italien, zu dem Dreikaiserbündniß in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten. Für Italien war dabei namentlich das enge Bündniß maßgebend, welches die bald nach 1871 in Frankreich mächtig emporkommende kirchliche und politische Reaktion mit dem erbittertsten Feinde der italienischen Einheit, mit dem Papstthum, schloß; selbst die tief eingewurzelte Abneigung des italienischen Volkes gegen Oesterreich mußte Angesichts der Möglichkeit, daß Frankreich dereinst die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes versuchen könnte, in den Hintergrund treten, und im vollen Einverständniß mit der Mehrheit des italienischen Volkes stattete deshalb König Viktor Emanuel im September 1873 den Kaisern von Oesterreich und Deutschland einen Besuch ab, der den späteren Anschluß Italiens an das Bündniß dieser Mächte vorzubereiten bestimmt war.

Die fürstlichen Besuche am Berliner Hofe wurden durch Gegenbesuche Kaiser Wilhelm's in den Hauptstädten Oesterreichs und Rußlands sowie beim Könige von Italien in Mailand erwiedert, und wiederholte Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner bekräftigten von Zeit zu Zeit vor Europa das Fortbestehen des Friedensbundes, um dessen Zustandekommen sich, wie allgemein anerkannt wurde, in erster Linie der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck hoch verdient gemacht hatte.

Bis zum Jahre 1877 hat das Dreikaiserbündniß in voller und segensreicher Wirksamkeit bestanden, und erst seit diesem Jahre ist, zunächst infolge von Ereignissen im Osten Europa's, eine nicht unwesentliche Veränderung der politischen Lage eingetreten. Im Jahre 1877 begann nämlich Rußland, angeblich im Interesse der hart bedrückten christlichen Bevölkerung in der Türkei und deshalb zunächst im Einverständniß mit den übrigen Mächten Europa's, den orientalischen Krieg, der nach anfänglichen Schwierigkeiten und ernsten Niederlagen zu einem vollständigen Siege der russischen Waffen führte. Im Besitze der Macht überschritt nun aber Rußland in der Ausbeutung seines Erfolges und in der Verfolgung seiner eigenen Interessen die durch das europäische Gesammtinteresse gezogenen Grenzen, und der russisch-türkische Friedensvertrag von San Stefano machte namentlich bei den zunächst betheiligten Mächten, Oesterreich und England, böses Blut. Um es nicht zu ernsteren Verwicklungen kommen zu lassen, wurde deshalb zur endgiltigen Regelung der orientalischen Frage ein Kongreß der europäischen Großmächte in Anregung gebracht. Dieser Vorschlag fand allseitige Zustimmung, und das allgemeine Vertrauen der Mächte wählte Berlin zum Sitz des Kongresses und den deutschen Reichskanzler Fürst Bismarck zu seinem Vorsitzenden und Leiter.

Auf diesem Berliner Kongreß (vom 10. Juni bis 13. Juli 1878) wurden, was nach Lage der Dinge nicht zu vermeiden war, die Waffenerfolge Rußlands wesentlich geschmälert und die Bestimmungen des Friedens von San Stefano in vielen Punkten zu Rußlands Ungunsten abgeändert. Die russische Nationalpartei, die dem Deutschthum ohnehin nicht freundlich gesinnt war, nahm nun dieses ungünstige Resultat des Berliner Kongresses zum Anlaß, um eine heftige deutschfeindliche und panslavistische Agitation zu entfalten; die

russische Regierung, sei es, weil sie selbst mit den Ergebnissen der Kongreßverhandlungen unzufrieden war, sei es, weil ihr die von der revolutionären Partei der Nihilisten bereiteten inneren Schwierigkeiten mehr und mehr über den Kopf wuchsen, trat dieser Agitation nicht mit der in Deutschland und Oesterreich wünschenswerth erscheinenden Energie entgegen, und in dem Verhältniß zwischen Rußland einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits trat infolge dessen eine merkliche Erkältung ein. Daß es darüber nicht zum völligen Bruche kam, das verhinderte vor Allem die nach wie vor fortbestehende persönliche Freundschaft der beiden Monarchen von Deutschland und Rußland; aber auch eine völlige Ausgleichung war nicht mehr möglich. Nicht lange darauf, 13. März 1881, fiel Kaiser Alexander II. einem ruchlosen nihilistischen Attentate zum Opfer, und sein Sohn und Nachfolger Alexander III. vermochte Angesichts der inneren Schwierigkeiten und Verlegenheiten nicht sogleich offen und entschieden zu den auswärtigen Fragen Stellung zu nehmen. Allein mit der stillschweigend vollzogenen Auflösung des Dreikaiserbündnisses knüpfte sich das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich nur um so fester, und Italien ist diesem Bündniß nunmehr offen beigetreten.

Nach wie vor steht so das Deutsche Reich an der Spitze eines Friedensbundes, der allen kriegerischen Gelüsten ein energisches Halt entgegenzusetzen vermag. Frankreich fühlt sich eingestandenermaßen isolirt und hat sich deshalb unter Vertagung seiner Revanchepläne vorläufig auf mehr oder weniger abenteuerliche auswärtige Unternehmungen geworfen, und Rußland, zur Zeit von einer deutsch-feindlichen Strömung beherrscht, scheint mit der Lösung seiner inneren Verwicklungen vollauf beschäftigt. Deutschland aber vermag im Bewußtsein seines Rechtes und seiner Stärke dem Thun und Lassen seiner Nachbarn im Osten wie im Westen mit Ruhe entgegenzusehen, und im Bunde mit Oesterreich und Italien braucht es selbst die — wenigsten nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegende — Eventualität nicht zu fürchten, daß einmal der Ausbruch eines Angriffskrieges im Westen zugleich das Signal zum Ausbruch eines Angriffkrieges im Osten, oder umgekehrt, sein könnte.

Aber wenn nun auch die deutsche Reichsregierung nach dem bewährten Grundsatze des „si vis pacem para bellum" mit unablässigem Eifer bestrebt gewesen ist, die inneren Kräfte Deutschlands so zu entwickeln und seine auswärtigen Beziehungen so zu gestalten, daß wir jeden Krieg, falls uns ein solcher aufgedrungen werden sollte, mit voller Zuversicht aufnehmen können, so hat doch deshalb das Deutsche Reich in keinem Augenblick aufgehört, ein Friedensreich in des Wortes höchster Bedeutung zu sein. Von Frankreich und Rußland vielleicht abgesehen ist auch heute noch ganz Europa einig in dem Urtheil, daß wir in erster Linie dem Deutschen Reiche und seinen Staatslenkern die Erhaltung des europäischen Friedens verdanken — und nicht minder einig in dem Wunsche, daß dies zum Wohle unseres Welttheils noch recht lange so bleiben möge.

Der Nestor unter den Fürsten des Erdenrundes, der hochbetagte sieg- und tugendreiche Held, Kaiser Wilhelm, steht nicht nur als Kriegsherr obenan unter allen Heerführern unserer Zeit, er gilt auch für einen der weisesten und hochherzigsten Monarchen Europa's; auf ihn als den Hort des Friedens blickt die ganze Welt mit Verehrung und Bewunderung. In ihm, dem wahrhaften Landesvater seines Königreiches Preußen, sieht unser Gesammtvaterland einen Mehrer des Reiches an Kraft, Ansehen und Macht; es ehrt in ihm ein Reichsoberhaupt, wie Deutschland ein würdigeres seit den stolzen Tagen der Hohenstaufen-Zeit nicht wieder an seiner Spitze gesehen hat.

Wilhelm

Chronologischer Überblick

Die Regierung der elf Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern nimmt einen Zeitraum von 273 Jahren ein (1415—1688).

Lassen wir die hauptsächlichsten Vorkommnisse dieses Zeitraums in aller Kürze vor uns vorübergehen.

Brandenburg war durch Mißregierung der bayerischen Markgrafen (1323—1373) sowie der Luxemburger (1373—1415) zum kränksten Gliede des deutschen Reichskörpers herabgesunken; es war seiner Auflösung nahe, so elend, „daß es Niemand hat haben mögen." — Da erschien als Retter aus dem Elende

Kurfürst Friedrich I. (1415—1440).

1415. Friedrich VI., Burggraf von Nürnberg (seit vier Jahren Statthalter in der Mark Brandenburg, in welcher Zeit er den aufständischen Adel niederwarf), erhält vom Kaiser Sigismund das Land nebst der Kur- und Erzkämmererwürde; vereinigt die fränkische Burggrafschaft, welche in die Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth zerfällt, mit dem Kurfürstenthum.
1417. Belehnung in Konstanz.
1418. Friedrich wird Reichshauptmann.
1419—1427. Streitigkeiten mit Pommern und Mecklenburg.
1420. Eroberung einiger Theile der Uckermark.
1425. Eroberung einiger Theile der Priegnitz.
1427. Friedrich wird Lehnsherr über Mecklenburg-Stargard.
1432. Die Hussiten vor Bernau.
1436. Den Hussiten werden durch Friedrich's Vermittlung billige Forderungen zugestanden.
1438. Krieg gegen die Herzöge von Mecklenburg.

Friedrich II., der Eiserne (1440—1470).

Die fränkischen Stammlande regiert sein Bruder Albrecht.
1442. Friedrich II. wird die Erbfolge über Mecklenburg zugesichert.
1442—1448. Erbauung der Burg zu Cöln an der Spree.
1443. Stiftung des Schwanenordens.
1448. Bricht die Selbständigkeit v. Berlin-Cöln.
1449. Mittels Vergleichs entsagt der Erzbischof von Magdeburg der Lehnshoheit über die Altmark.
1454. Friedrich erwirbt für 40,000 Gulden die Neumark als Pfand von dem Deutschen Orden. (Siehe 1517.)
1462. Er erwirbt als böhmisches Lehen die Herrschaften Kottbus, Peitz und Teupitz und erhält die Anwartschaft auf Beeskow und Storkow. (Siehe 1575).
1469. Pommern leistet Erbhuldigung.

Albrecht Achilles (1470—1486).

Wiedervereinigung aller Besitzungen seines Hauses.
1470—1479. Kämpfe mit Pommern-Wolgast.
1472. Vergleich zu Prenzlau. Verzichtleistung auf Pommern-Stettin, dagegen Zusicherung der Erbfolge über ganz Pommern und Anfall von Löcknitz und Vierraden.
1473. Feststellung der Hausordnung.
1482. Vergleich zu Kamenz. Albrecht erhält als Pfand Krossen, Züllichau, Sommerfeld und Bobersberg. (Siehe 1537.)

Johann Cicero (1486—1499).

Die fränkischen Besitzungen fallen an seine jüngeren Brüder.
1488. Er legt zur Tilgung der Landesschulden eine Abgabe auf das Bier (Bierziese).
1490. Kauf der Herrschaft Zossen.

Joachim I., Nestor (1499—1535).

Einschreiten gegen den räuberischen Adel.
1506. Gründung der Universität zu Frankfurt a. O.
1516. Gründung des Kammergerichts.
1517. Die Neumark kommt völlig an Brandenburg. (Siehe 1454.)
1524. Die Grafschaft Ruppin fällt an Brandenburg und wird mit der Mittelmark vereinigt.
1529. Vertrag von Grimnitz. Der Kaiser ertheilt die Mitbelehnung über Pommern.

Joachim II., Hektor (1535—1571).

Markgraf Johann in der Neumark.
1537. Erbverbrüderung mit Friedrich II., dem Herzoge von Liegnitz, Brieg und Wohlau.
1537. Krossen fällt ganz an Brandenburg. (Siehe 1482.)
1539. Uebertritt zum evangelischen Glaubensbekenntniß.
1569. Joachim erlangt von Polen die Mitbelehnung über das Herzogthum Preußen.

Johann Georg (1571—1598).

1574. Gründung des Berliner Gymnasiums zum Grauen Kloster.
1575. Erwerbung von Beeskow und Storkow.

Joachim Friedrich (1598—1608).

1598. Hausvertrag zu Gera.
1603. Es fallen ihm als Erbschaft zu: Ansbach, Bayreuth und Jägerndorf.
Jägerndorf erhält Johann Georg, der zweite Sohn des Kurfürsten.
1605. Uebernahme der vormundschaftlichen Regierung über den kranken Herzog Albrecht Friedrich von Preußen. (S. 1569 u. 1618.)
1605. Verbesserung der Staatsverwaltung durch Einführung des Geheimen Staatsraths.

Johann Sigismund (1608—1619).

1609. Er übernimmt die vormundschaftliche Regierung über seinen kranken Schwiegervater, den Herzog Albrecht Friedrich von Preußen.
1609. Nimmt bei dem Tode des Herzogs Wilhelm von Kleve vorläufig Besitz von dem Lande.
1613. Nimmt das reformirte Glaubensbekenntniß an.
1614. Vergleich von Xanten. Brandenburg erhält Kleve, Mark und Ravensberg.
1618. Johann Sigismund empfängt nach dem Tode Albrecht's von Brandenburg das Herzogthum Preußen als polnisches Lehen.

Georg Wilhelm (1619—1640).

1619. Neutrales Verhalten Brandenburgs bei Beginn des Dreißigjährigen Krieges.
1625—1629. Ganz Norddeutschland durch Tilly und Wallenstein dem Kaiser unterworfen.
1630—1635. Gustav Adolf's Landung 1630.
Schwedens Uebergewicht in Deutschland.
Fall von Magdeburg 1631.
Brandenburg verbündet mit Schweden 1631.
Gustav Adolf's Tod bei Lützen 1632.
Wallenstein's Ermordung zu Eger 1634.
Friede zwischen Sachsen und dem Kaiser zu Prag 1635; Beitritt Brandenburgs zu demselben.
1635—1643. Schwedisch-französische Periode des Dreißigjährigen Krieges.
1637. Tod Bogislav's XIV., des letzten Herzogs von Pommern.
Pommern wird von Schweden besetzt gehalten.

Friedrich Wilhelm (1640—1688).

1640. Regierungsantritt des Großen Kurfürsten.
1643. Beginn der Friedensverhandlungen zu Münster und zu Osnabrück.
1648. Abschluß des Westfälischen Friedens.
Vorpommern gelangt an Schweden, Hinterpommern an Brandenburg.
Die Stifter Magdeburg, Halberstadt, Minden und Kamin fallen an Brandenburg.
1655—1660. Schwedisch-polnischer Krieg.
Schlacht von Warschau 1656.
Durch den Vertrag von Wehlau 1657 erlangt der Kurfürst die Souveränetät des Herzogthums Preußen.
Friede von Oliva. Bestätigung dess. 1660.
1672—1679. Krieg gegen Frankreich u. Schweden.
Friede von Vossem 1673.
Die Franzosen in den westl. Besitzungen des Kurfürsten. Einfall der Schweden in die Marken.
Ueberfall von Rathenow, 15. Juni 1675.
Schlacht bei Fehrbellin, 18. Juni 1675.
Einnahme von Stettin.
Eroberung von Schwedisch-Pommern und Rügen 1678.
Winterfeldzug über das Frische Haff 1679.
1675. Erlöschen des schlesischen herzogl. Hauses von Liegnitz-Brieg-Wohlau.
(Der Kaiser zog Schlesien ein und entschädigte Brandenburg durch den Schwiebuser Kreis 1686.)
1679. Frieden zu St. Germain en Laye, 29. Juni.
1681. Errichtung des Forts Friedrichsburg an der westafrikanischen Küste.
Besetzung der Stadt Halle.
1685. Einwanderung der flüchtigen Hugenotten in die Mark.
1688. Tod des Großen Kurfürsten.

Der Besitzstand des Landes war während der Regierung der ersten zehn Kurfürsten von 536 □M. auf 1472 □M., also fast um das Dreifache gestiegen, und durch den Großen Kurfürsten auf 2013 □M. gebracht worden.

Der Große Kurfürst hatte dem brandenburg-preußischen Staate durch seine thatkräftige Regententhätigkeit nach innen und nach außen die Kraft und die Bedeutung eines selbstständigen Staates errungen; ihm folgte mit dem Willen und der Kraft, das Errungene nicht nur festzuhalten und zu erweitern, sondern auch äußerlich zur Anerkennung zu bringen, sein Sohn Friedrich

als **Kurfürst Friedrich III.** (1688—1701),
als **König Friedrich I.** (1701—1713).

1688. Kurfürst Friedrich III. erklärt bei seinem Regierungsantritt entgegen dem Testament des Großen Kurfürsten das ganze Land als sein alleiniges Erbe und sichert durch Verhandlungen und durch gütliche Einigung mit seinen Brüdern das Fortbestehen des brandenburg-preußischen Staates als eines Einheitsstaates.

Theilnahme des Kurfürsten am Reichskriege gegen Ludwig XIV. (Pfälzischer Erbfolgekrieg).

1689. Einnahme der Festungen Kaiserswerth, Mainz und Bonn durch die Brandenburger.

1697. Friede zu Ryswick. Das Reichsstift Quedlinburg, die Reichsstadt Nordhausen und das Amt Petersberg bei Halle gehen durch Kauf an Brandenburg über.

1698. Besetzung der im Vertrag von Wehlau dem Großen Kurfürsten verpfändeten Stadt Elbing; dieselbe fällt im J. 1702 endgiltig an Brandenburg.

1699. Unterhandlungen wegen der Erwerbung der Königskrone, die

1700 zum sog. Kronvertrag führen.

1701. Am 18. Januar Königskrönung des Kurfürsten, der sich fortan als König Friedrich I. nennt. Stiftung des schwarzen Adlerordens (Suum cuique).

Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges. Die preußischen Truppen nehmen rühmlich Theil an den Kämpfen

1704 bei Höchstädt,

1706 bei Turin,

1709 bei Malplaquet.

1707. Besitzergreifung der aus der oranischen Erbschaft ihm zustehenden Gebiete von Neufchatel und Valengin in der Schweiz durch Friedrich I. Die Herrschaft Tecklenburg und die Stadt Rheda gehen durch Kauf an Preußen über.

1713. Am 25. Februar Tod Friedrich's I.; ihm folgt in der Regierung sein Sohn

Friedrich Wilhelm I. (1713—1740).

Sparsames und strenges soldatisches Regiment des Königs. Einführung einer geordneten Verwaltung. Friede nach außen, aber beständige Fürsorge für die Erhöhung der Wehrkraft des Landes.

1713. Abschluß des spanischen Erbfolgekrieges durch den Frieden zu Utrecht. Preußen erlangt von Frankreich Anerkennung des Königstitels und des Besitzes von Neufchatel, dazu das bisher spanische Oberquartier von Geldern.

1715. Erzwungene Kriegserklärung des Königs an Karl XII. von Schweden. Einnahme Stralsunds und der Insel Rügen durch die Preußen und vollständige Verdrängung der Schweden aus Deutschland.

1720. Friede mit Schweden. Stettin nebst dem Gebiete zwischen Oder und Peene und den Inseln Usedom und Wollin werden an Preußen abgetreten.

1728. Traktat zu Berlin. Friedrich Wilhelm erkennt das vom Kaiser Karl VI. zu Gunsten seiner Tochter Maria Theresia erlassene Hausgesetz, die Pragmatische Sanktion, an, schließt ein Schutzbündniß mit dem Kaiser und erhält dafür die Zusage der Mitwirkung Oesterreichs bei der Geltendmachung seiner Erbansprüche auf Jülich und Berg.

1730. Schwere Zerwürfnisse zwischen dem Könige und dem Kronprinzen Friedrich. Fluchtversuch des Kronprinzen. Strenge Haft in Küstrin. Erst im folgenden Jahre

1731 erfolgt seine Aussöhnung mit dem Vater, und nach Berlin zurückgekehrt, vermählt er sich

1732 mit der Prinzessin Elisabeth von Braunschweig-Bevern.

Einwanderung der vertriebenen Salzburger in Preußen und Ansiedelung derselben in den östlichen Provinzen des Landes.

1740. Am 31. Mai Tod des Königs. Sein Sohn

Friedrich II. (1740—1786) übernimmt die Regierung. Der in demselben Jahre erfolgte Tod des Kaisers Karl VI. veranlaßt den König, zum Zweck der Geltendmachung der altbegründeten Ansprüche des brandenburgischen Hauses auf Schlesien, diese Provinz zu besetzen. Da gleichzeitige Verhandlungen in Wien keinen Erfolg haben, so beginnt

1740—1742 der erste Schlesische Krieg, der nach den Siegen der Preußen

1741 bei Mollwitz und

1742 bei Chotusitz durch den im Juli

1742 geschlossenen Frieden von Breslau beendigt wird. Ober- und Niederschlesien und die Grafschaft Glatz werden an Preußen abgetreten. Die drohende Haltung Oesterreichs nöthigt Friedrich II.

1744—1745 den zweiten Schlesischen Krieg zu führen. Die Oesterreicher werden in zwei Schlachten

1745 am 4. Juni bei Hohenfriedberg und am 30. September bei Soor besiegt, und bald darauf macht im Dezember des Jahres

1745 der Friede von Dresden, der die Bedingungen des Breslauer Friedens bestätigt, dem Kriege ein Ende. Erneute Umtriebe Oesterreichs gegen Preußen führen

1756—1763 den dritten Schlesischen (Siebenjährigen) Krieg herbei. Im Bunde mit Oesterreich steht fast das halbe Europa gegen Preußen unter den Waffen.

1756 im August Einfall Friedrich's in Sachsen; Dresden wird eingenommen und das sächsische Heer bei Pirna eingeschlossen. Sieg der Preußen über die Oesterreicher bei Lowositz am 1. Oktober. Kapitulation der eingeschlossenen Sachsen am 16. Oktober.

1757. Nachdem der Reichskrieg gegen Preußen erklärt ist, rücken die preußischen Truppen in Böhmen ein. Bereits am 6. Mai besiegt Friedrich die Oesterreicher bei Prag, erleidet aber am 18. Juni bei Kolin eine schwere Niederlage. Am 30. August Sieg der Russen über die Preußen bei Großjägerndorf. Das Kriegsjahr schließt mit den beiden großen Siegen der Preußen bei Roßbach am 5. Nov. über Franzosen und Reichsarmee und bei Leuthen am 5. Dezember über die Oesterreicher.

1758. Friedrich dringt nach Mähren vor. Vergebliche Belagerung von Olmütz. Vordringen der Russen im Osten und der Franzosen im Westen. Erstere werden am 25. August von Friedrich bei Zorndorf, letztere am 23. Juni bei Krefeld vom Herzog Ferdinand von Braunschweig entscheidend geschlagen. Dagegen erleidet Friedrich durch die Oesterreicher bei Hochkirch am 14. Okt. eine empfindliche Niederlage, behauptet indeß sowol Sachsen als Schlesien.

1759. Ein Unglücksjahr für die preußischen Waffen. Nur die Franzosen werden in der Schlacht bei Minden am 1. August geschlagen, dagegen erleiden auf dem östlichen Kriegsschauplatz die preußischen Truppen drei schwere Niederlagen bei Kay, am 23. Juli, bei Kunersdorf am 12. August und bei Maxen am 20. November.

1760. Nach der Niederlage eines preußischen Corps unter Fouqué bei Landshut am 23. Juni erringt Friedrich zwei glänzende Siege bei Liegnitz am 15. August über die Oesterreicher unter Laudon und bei Torgau am 3. November über eine österreichische Armee unter Daun.

1761. Friedrich bezieht ein befestigtes Lager bei Bunzelwitz. Die ihm gegenüberstehenden Russen und Oesterreicher wagen keinen Angriff, und das Jahr geht ohne einen entscheidenden Kampf vorüber. Doch wird die Festung Schweidnitz von den Oesterreichern und Kolberg von den Russen genommen.

1762. Nach dem am 5. Januar erfolgten Tode der Kaiserin Elisabeth von Rußland schließt ihr Nachfolger Peter III. mit Friedrich am 5. Mai den Frieden von Petersburg und führt dadurch im Augenblick der höchsten Gefahr einen Umschwung zu Gunsten Preußens herbei. Das dem Abschluß nahe Bündniß zwischen Rußland und Preußen kommt infolge der Entthronung Peter's III. nicht zu Stande; seine Nachfolgerin Katharina II. bricht die Unterhandlungen ab, doch hilft die unthätige Gegenwart der Russen den Sieg Friedrich's über die Oesterreicher bei Burkersdorf am 21. Juli herbeiführen. Mit dem Siege der Preußen über die Oesterreicher bei Freiberg am 29. Okt. erreichen die Feindseligkeiten infolge der allseitigen Erschöpfung ihr Ende.

1763. Friede zu Hubertusburg am 15. Februar. Die Bedingungen des Breslauer und des Dresdener Friedens werden endgiltig bestätigt. Schlesien ist fortan eine preußische Provinz.

Die letzten dreiundzwanzig Regierungsjahre des großen Königs sind im Wesentlichen friedliche und vor Allem der Hebung der Landeswohlfahrt gewidmet. Großartige und von seltenem Erfolge gekrönte Anstrengungen des Königs auf diesem Gebiet. Dazwischen fällt

1772 die erste Theilung Polens. Das polnische Preußen (Westpreußen mit Ausnahme von Danzig und Thorn) dazu der Netzedistrikt, kommen in preußischen Besitz.

Infolge der unberechtigten Ansprüche Österreichs auf Theile von Bayern nach dem Aussterben des bayerischen Herrscherhauses kommt es im Jahre

1778 zum bayerischen Erbfolgekriege. Die Preußen, mit den Sachsen verbündet, rücken in Böhmen ein, doch ehe noch eine entscheidende Schlacht geschlagen ist, kommt
1779 der Friede zu Teschen zu Stande. Oesterreich willigt in demselben in die künftige Vereinigung der Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth mit der preußischen Monarchie. Dieselbe erfolgt im J. 1791.
1786. Am 17. August Tod des großen Königs. Da derselbe keine direkten Nachkommen hinterläßt, folgt ihm in der Regierung sein Neffe als

Friedrich Wilhelm II. (1786—1797).

Das wohlmeinende, aber fremdem Einfluß leicht zugängliche Regiment des Königs erweist sich als zu schwach, die Errungenschaften seines großen Vorgängers zu festigen und zu behaupten. Trotz mehrfacher Gebietserweiterungen ersichtlicher Niedergang des Staates.
1787. Unruhen in Holland veranlassen Friedrich Wilhelm, dem bedrängten Statthalter, seinem Schwager, ein preußisches Heer zu Hülfe zu senden, welches denselben, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, in seine Residenz zurückführt und die Ruhe im Lande wiederherstellt. Ernstlicher sind die Verwicklungen, in welche Preußen im Jahre
1789 der Ausbruch der französischen Revolution hineinzieht. Friedrich Wilhelm schließt sich dem Kriegszuge an, welchen Oesterreich zum Schutze der französischen Königsfamilie unternimmt, und im August
1792 überschreitet ein preußisches Heer die französische Grenze. Ungünstiger Verlauf des Feldzuges; nutzlose Kanonade von Valmy am 19. September. Rückzug über den Rhein.
1793. Theilnahme Preußens am großen Koalitionskriege gegen die französische Republik. Unglücklicher Verlauf des Krieges. Rücktritt Preußens von der Koalition und
1795 Friede zu Basel zwischen Frankreich und Preußen. Letzteres tritt seine linksrheinischen Besitzungen an die französische Republik ab und erhält dafür die anfänglich geheim gehaltene Zusicherung anderweitiger Entschädigung in Deutschland. Inzwischen war im Jahre
1793 die zweite Theilung Polens erfolgt, durch welche Preußen in den Besitz von Danzig und Thorn und Großpolens gelangte. Aufstand der Polen. Ein preußisches Heer rückt
1794 in das Land ein, schlägt eine polnische Armee unter Kosciuszko, nimmt Krakau ein und belagert vergeblich Warschau. Nach der gänzlichen Niederwerfung der Polen durch Rußland erfolgt
1795 die dritte und letzte Theilung Polens. Der preußische Antheil umfaßt das Land bis zur Weichsel, außerdem das Gebiet zwischen Weichsel, Bug und Niemen (Neuostpreußen) und einen Theil von Krakau, zusammen 2700 □M. mit $2^1/_2$ Millionen Bewohnern.
1797. Am 16. November Tod des Königs. Sein Sohn und Nachfolger ist

Friedrich Wilhelm III. (1797—1840).

Friedenspolitik des Königs; strenge Neutralität Preußens während des zweiten Koalitionskrieges gegen die französische Republik. Die nach dem unglücklichen Verlaufe desselben zusammengetretene Reichsdeputation spricht Preußen im Jahre
1803 durch den Reichsdeputations-Hauptschluß für seine verlorenen linksrheinischen Besitzungen überreichliche Entschädigungen zu. Die Hochstifter Paderborn und Hildesheim, Theile von Thüringen und die Münster'schen Abteien Herford, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden und Goslar kommen in preußischen Besitz.
1806. Das drohende und anmaßende Verhalten Napoleon's nach der im J. 1805 erfolgten Niederwerfung Oesterreichs führt zum Kriege zwischen Frankreich und Preußen. Ueber alle Erwartung ungünstiger Verlauf desselben. Schwere Niederlage der Preußen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt am 14. Oktober. Schmachvolle Uebergabe der meisten preußischen Festungen. Rückzug nach der russischen Grenze. Nach erfolgter Vereinigung der Russen und Preußen wird
1807 am 7. und 8. Februar die unentschiedene Schlacht bei Preußisch-Eylau geschlagen. Ihr folgt am 14. Juni die schwere Niederlage der Preußen und Russen bei Friedberg, und diese führt
1807 am 7. Juli den Frieden von Tilsit herbei. Schmachvolle Bedingungen für Preußen; der Staat verliert nahezu die Hälfte seines Gebiets, seine Westgrenze ist die Elbe.
1807 — 1812. Allmähliche Wiederaufrichtung Preußens durch zeitgemäße Reformen und Heranziehung des ganzen Volkes zum Waffendienst.
1812. Erzwungene Betheiligung Preußens am Feldzuge Napoleon's gegen Rußland. Das gänzliche Scheitern desselben und die völlige Vernichtung der Großen Armee veranlassen den General York, den Befehlshaber des preußischen Corps, auf eigene Verantwortung
1812 am 30. Dez. den Neutralitätsvertrag von Tauroggen mit den Russen abzuschließen.
1813. Am 28. Februar Bündniß zu Kalisch zwischen Preußen und Rußland. Aufruf

des Königs: „An mein Volk"; Kriegserklärung an Frankreich. Nach mehreren kleineren Gefechten die beiden unentschiedenen Schlachten bei Großgörschen am 2. Mai und bei Bautzen am 21. Mai; darauf Waffenstillstand zu Poischwitz am 4. Juni. Während desselben Beitritt Oesterreichs zum russisch-preußischen Bündniß. Wiederbeginn des Kampfes am 10. August. Siege der Verbündeten bei Großbeeren am 23. August und an der Katzbach am 26. August. Das verbündete Hauptheer wird am 26. und 27. Aug. bei Dresden geschlagen, doch wendet der Sieg bei Kulm am 30. Aug. die drohende Gefahr der Einschließung und Vernichtung von ihm ab. Nach dem Siege bei Dennewitz am 6. Sept. allseitiges Vorrücken der Verbündeten gegen Napoleon, der sich auf Leipzig zurückzieht und dort in der großen Völkerschlacht am 16., 18. und 19. Okt. entscheidend geschlagen wird. Rückzug der Franzosen über den Rhein.

1814. Blücher überschreitet den Rhein am 1. Jan., gleichzeitig auch die Hauptarmee. Die Verbündeten sind siegreich in der ersten größeren Schlacht bei La Rothière am 1. Februar, doch folgen diesem Siege die Niederlagen bei Montmirail am 16. Febr., bei Nangis am 17. und bei Montéreau am 18. Febr. Durch die siegreichen Schlachten bei Bar sur Aube am 25. Febr., bei Laon am 10. und 11. März und bei Arcis-sur-Aube am 20. und 21. März wetzen die Verbündeten die erlittenen Scharten wieder aus. Der Sieg bei la Fère Champenoise am 25. März öffnet ihnen den Weg nach Paris, in das sie nach der am 30. März erfolgten Erstürmung des Montmartre am 31. März ihren Einzug halten. Absetzung Napoleon's. Der erste Pariser Friede vom 30. Mai gewährt Frankreich außerordentlich günstige Bedingungen. Die Neuregelung der deutschen Verhältnisse sucht der vom 1. Nov. 1814 bis 25. Mai

1815 tagende Wiener Kongreß herbeizuführen. Ungenügende Entschädigung Preußens, dessen Gebiet an Umfang hinter dem von 1805 zurückbleibt. Es verliert einen Theil seiner früheren polnischen Besitzungen, außerdem Lauenburg, Ostfriesland, Ansbach und Bayreuth, und erhält als Entschädigung Vorpommern nebst Rügen, ein ansehnliches Gebiet am Niederrhein und die größere Hälfte des Königreichs Sachsen. Inzwischen ist

1815 am 1. März die Rückkehr Napoleon's nach Frankreich erfolgt, und der Krieg gegen ihn beginnt von Neuem. Der Schauplatz desselben ist hauptsächlich Belgien. In der ersten Schlacht bei Ligny am 16. Juni wird Blücher geschlagen, doch unterliegt an demselben Tage ein französisches Heer unter Ney bei Quatrebras.

1815. Am 18. Juni Entscheidungsschlacht bei Waterloo und Belle-Allianee. Großer Sieg der Preußen und Engländer; Vernichtung des französischen Heeres. Marsch der Verbündeten auf Paris, Siegeseinzug daselbst am 7. Juli. Napoleon nach St. Helena verbannt.

1815. Am 26. Sept. Stiftung des Friedensbundes der heiligen Allianz. Zweiter Friede zu Paris am 20. Nov. Strengere Behandlung Frankreichs. Bestätigung der Beschlüsse des Wiener Kongresses. Deutschland geht als ein machtloser Staatenbund aus den Kämpfen der großen Jahre hervor.

Zum Schluß möge hier eine kurze vergleichende Uebersicht über die Größenverhältnisse des preußischen Staaten in den Hauptperioden seiner Entwicklung ihre Stelle finden.

	Größe		Einwohnerzahl	
Unter Friedrich I.	2055	□Meilen	1,730,000	Bewohner
„ Friedrich Wilhelm I.	2275	„	2,240,000	„
„ Friedrich II.	3500	„	5,380,000	„
„ Friedrich Wilhelm II.	5552	„	9,000,000	„
Nach dem Reichsdeputationshauptschluß i. J. 1803	5700	„	10,000,000	„
„ „ Frieden von Tilsit im Jahre 1807 .	2900	„	5,000,000	„
„ „ zweiten Pariser Frieden im J. 1815	5096	„	10,000,000	„

Die den langen Zeitraum von 1790—1815 umfassende Periode der großen Kriege gegen die französische Revolution und das aus ihr hervorgegangene Napoleonische Kaiserthum hat mit dem zweiten Pariser Frieden ihr Ende erreicht; ihr folgt für die meisten europäischen Staaten eine längere Periode des Friedens, wenigstens des Friedens nach außen, die für den preußischen Staat zusammenfällt mit dem zweiten Theil der

Regierungszeit Friedrich Wilhelm's III.
1815—1840.

Die Regierung benutzt die Friedenszeit zur Hebung und Belebung der inneren Kräfte des Staates, zur Reorganisation des Heerwesens und des Beamtenthums, zur Regelung wichtiger Fragen auf dem Gebiet der Kirche und der Schule, zur Förderung des Handels und des Verkehrswesens u. s. w.; dagegen glaubt sie, von den auf dem Wiener Kongreß zum vollen Siege gelangten Ideen des Legitimitätsprinzips und des staatlichen Absolutismus beherrscht, den auf Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, Einführung verfassungsmäßiger Institutionen und bessere Ordnung der deutschen Bundesverhältnisse gerichteten Wünschen des Volkes die Erfüllung versagen zu müssen. Im Einverständniß mit Oesterreich bekämpft sie deshalb auf Grund der Karlsbader Beschlüsse vom Jahre
1819 und der Wiener Schlußakte vom Jahre
1820 die freiheitlichen Regungen im Volke und auf den Universitäten und beschränkt ihre Zugeständnisse an die konstitutionellen Bestrebungen des Volkes auf die im Jahre
1824 erfolgende Einführung der Provinzialverfassungen mit ständischer Vertretung. Dagegen thut die Regierung auf handelspolitischem Gebiet einen auch politisch für die spätere Einigung Deutschlands höchst bedeutsamen Schritt durch die im Jahre
1828 begonnene Schaffung eines preußisch-deutschen Zollvereins, der trotz heftiger Gegenbestrebungen zu Stande kommt und bereits im Jahre
1834 mit dem Beitritt der meisten deutschen Staaten zum vorläufigen Abschluß gelangt.

Auf kirchlichem Gebiet wird durch die Begründung der Union im Jahre
1817 die Eintracht unter den beiden protestantischen Bekenntnissen gefördert, wenn auch nicht völlig hergestellt, denn die im Jahre
1825 verfügte Einführung einer neuen Agende stößt bei zahlreichen altlutherischen Geistlichen auf heftigen Widerstand. — Aus Anlaß der Mischehenfrage entsteht im Jahre
1835 ein Zerwürfniß zwischen der preußischen Regierung und der katholischen Kirche, das sich
1837 zum offenen Konflikt verschärft, der erst nach dem im Jahre
1840 erfolgten Tode König Friedrich Wilhelm's III. unter der Regierung seines Sohnes und Nachfolgers

Friedrich Wilhelm IV. (1840—1861).

beigelegt wird.

Das immer heftiger werdende Drängen des Volkes nach Einführung einer Verfassung sucht der von tiefeingewurzelter Vorliebe für das Ständewesen erfüllte König durch die im Jahre
1842 erfolgende Berufung der Ausschüsse der Provinziallandtage und
1847 durch die Berufung des Vereinigten (ständischen) Landtages zu beschwichtigen. Dies gelingt jedoch nicht; vielmehr kommt es unter dem Einfluß der französischen Februarrevolution im Jahre
1848 zu Unruhen und Aufständen in verschiedenen Landestheilen und am 18. März zu einem heftigen Straßenkampf in Berlin, infolge dessen sich der König zur Einsetzung eines liberalen Ministeriums und zur Berufung eines konstituirenden Landtages entschließt und sich zugleich für die festere Einigung Deutschlands unter preußischer Führung erklärt. Allein die heftige Parteileidenschaft in dem zur Berathung der Verfassung berufenen Landtage und wiederholte Excesse in Berlin drängen den

König auf den Weg der Reaktion. Am 9. November wird der konstituirende Landtag nach Brandenburg verlegt, am 12. November der Belagerungszustand über Berlin verhängt und am 5. Dezember unter gleichzeitiger Oktroyirung einer Verfassung der Landtag aufgelöst.

Der am 26. Februar
1849 zusammentretende Landtag erkennt zwar die Rechtsbeständigkeit der oktroyirten Verfassung an, geräth jedoch in Widerspruch mit der Regierung wegen ihrer Haltung in der deutschen Frage, wegen Verwerfung der vom deutschen Parlament aufgestellten Reichsverfassung und wegen Ablehnung der ebenfalls vom deutschen Parlament dem Könige von Preußen angebotenen deutschen Kaiserwürde. 27. April Auflösung des Landtages. Preußen schreitet gegen die zur Durchführung der Reichsverfassung in Sachsen und Süddeutschland ausgebrochenen Aufstände erfolgreich ein, thut jedoch gleichzeitig (26. Mai) durch Abschluß des Drei- resp. Vierkönigsbündnisses den ersten Schritt zur Errichtung eines besonderen norddeutschen Bundes. Die reaktionäre Mehrheit des am 7. August eröffneten neuen Landtages nimmt eine durchgreifende Revision der Verfassung vor, welche letztere in vielfach veränderter Gestalt am 31. Jan.
1850 zur Einführung gelangt. Die im März eröffneten Verhandlungen des norddeutschen Unionsparlaments zu Erfurt haben wegen der österreichischen Gegenbestrebungen und wegen des allmählichen Abfalls der betheiligten Staaten von Preußen keinen Erfolg. Die Union löst sich auf, Preußen geräth vollständig unter den reaktionären Einfluß Oesterreichs, zieht seine Truppen aus Dänemark, gegen das es aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage eingeschritten war, zurück, versucht zwar aus Anlaß des Verfassungsstreites in Kurhessen daselbst einzuschreiten, unterwirft sich aber im entscheidenden Augenblick (Zusammenstoß bei Bronzell) den reaktionären Beschlüssen Oesterreichs und Rußlands und schließt mit beiden Staaten am 15. Nov. zu Warschau und am 29. Nov. zu Olmütz eine demüthigende Konvention. Die reaktionäre Partei (Ministerium Manteuffel-Raumer-Westphalen) gelangt im Jahre
1851 in Preußen zur vollständigen Herrschaft. Im Jahre
1852 unterzeichnet Preußen das erste Londoner Protokoll wegen der dänischen Erbfolge. In demselben Jahre erfolgt Erwerbung eines Theiles der aufgelösten deutschen Flotte und Anlegung eines preußischen Kriegshafens im Jahdebusen. In der inneren Politik Fortsetzung der Reaktion und Aufhebung der Kreis- und Kommunalordnung vom Jahre 1850. Auch in den nächsten Jahren
1853—1854 weitere Reaktion, namentlich auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens; Erlaß der Regulative; Umgestaltung der ersten Kammer des Landtages zu dem sogen. „Herrenhause“. In der auswärtigen Politik neutrale Haltung Preußens in dem Kriege der Westmächte gegen Rußland. Der diesen Krieg (Krimkrieg) abschließende Pariser Frieden vom Jahre
1856 wird von Preußen mit unterzeichnet; ein in demselben Jahre ausbrechender Konflikt mit der Schweiz wegen der Neuenburger Angelegenheit wird im Jahre
1857 durch den freiwilligen Verzicht Preußens auf Neuenburg friedlich beigelegt.

Eine schwere Erkrankung nöthigt den König, am 23. Oktober desselben Jahres seinen Bruder und Thronerben Prinz Wilhelm von Preußen mit seiner Stellvertretung zu betrauen und ihm am 7. Okt.
1858 die Regentschaft zu übertragen.

Die nächste Folge ist ein völliger Umschwung in der inneren preußischen Politik, Entlassung des reaktionären Ministeriums und Berufung des liberalen Ministeriums der „neuen Aera“. In der auswärtigen Politik erfolgt kräftigeres Eingreifen Preußens, namentlich aus Anlaß des österreichisch-französischen Krieges in Italien vom Jahre
1859 und theilweise Mobilmachung des preußischen Heeres. Die bei dieser Mobilmachung gemachten Erfahrungen veranlassen die preußische Regierung, zunächst im Jahre
1860 eine Reform der Bundeskriegsverfassung beim Bundesrathe zu beantragen und, da dieselbe abgelehnt wird, die Reorganisation des preußischen Heeres in Angriff zu nehmen. Inzwischen verschlimmert sich die Krankheit des Königs; am 2. Januar
1861 erliegt er seinen Leiden, und der Prinzregent besteigt als

Wilhelm I. (seit 1861)

den preußischen Königsthron.

Obgleich der preußische Landtag die Nothwendigkeit der Heeresreorganisation als einer dauernden Einrichtung nicht anerkennen und deshalb die erforderlichen Mehrkosten nur vorübergehend bewilligen will, wird die Reorganisation energisch durchgeführt. Zwei neue Parteibildungen, der entschieden liberalen Fortschrittspartei und des konservativen preußischen Volksvereins, bezeichnen den Beginn des darüber ausbrechenden Konflikts. Derselbe entwickelt sich, nachdem inzwischen am 1. Okt. die feierliche Krönung des Königs in Königsberg

stattgefunden hat, bereits Anfang des Jahres
1862 in voller Schärfe. Der Auflösung des Abgeordnetenhauses am 11. März folgt am 18. März die Berufung eines konservativen Ministeriums, an dessen Spitze nach dem regierungsfeindlichen Ausfall der Neuwahlen am 23. Sept. der bisherige preußische Bundestagsgesandte Otto v. Bismarck-Schönhausen tritt. Die wiederholte Verweigerung der für die Heeresreorganisation geforderten Kosten und die dadurch bedingte Ablehnung des gesammten Etats steigert den ursprünglich auf die Heeresreorganisation beschränkten Konflikt zu einem Verfassungskonflikt. Infolge dessen am 22. Mai
1863 abermalige Auflösung des Abgeordnetenhauses und reaktionäre Maßnahmen der Regierung, namentlich Erlaß einer verfassungswidrigen Preßordonnanz und Unterstellung der Presse unter die Aufsicht der Regierungs- und Polizeibehörden. Die auswärtige Politik der Regierung, ihre russenfreundliche Haltung bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes, ihre Nichtbetheiligung an dem von Oesterreich veranstalteten Frankfurter Fürstenkongreß und die Veröffentlichung des Bismarck'schen Programms in der deutschen Frage finden unter dem Eindruck des Verfassungskonflikts nicht die Zustimmung der Volksvertretung. Das Abgeordnetenhaus verweigert sogar die Kosten zu dem infolge des Todes Friedrich's VII. von Dänemark und vertragswidriger Verfügungen seines Nachfolgers Christian's IX. ausbrechenden Kriege, welcher im Jahre
1864 von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich behufs endgiltiger Regelung der schleswig-holsteinischen Frage geführt wird. Nach wenigen entscheidenden Siegen der Verbündeten, namentlich bei Düppel und Alsen, sieht sich Dänemark zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen und im Wiener Frieden (30. Okt.) zum Verzicht auf Schleswig-Holstein und Lauenburg genöthigt, die nun zunächst von den Siegern gemeinschaftlich verwaltet werden.

Der Verfassungskonflikt wird indessen auch durch diesen Erfolg der preußischen Regierungspolitik nicht beigelegt. Das Abgeordnetenhaus verwirft auch für die Jahre 1864 und
1865 das von der Regierung vorgelegte Budget und verlangt wiederholt die Entlassung des Ministeriums. Inzwischen haben sich bei der gemeinsamen Verwaltung der schleswig-holsteinischen Herzogthümer mehrfache Unzuträglichkeiten herausgestellt, da Oesterreich die Erbansprüche des Prinzen Friedrich VIII. von Augustenburg begünstigt, während Preußen dieselben nur gegen weitgehende Garantien anerkennen will und, da diese verweigert werden, auf die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen hinarbeitet. Die dadurch bedingte Spannung zwischen Oesterreich und Preußen wird durch die Gasteiner Konvention (Abtretung Lauenburgs an Preußen für eine Entschädigung von $2^1/_2$ Mill. dän. Thaler, getrennte Verwaltung Schleswigs durch Preußen und Holsteins durch Oesterreich) beigelegt; sie tritt indessen bald aufs Neue auf und verschärft sich bereits zu Anfang des Jahres
1866 zum Konflikt, der endlich durch die gleichzeitige Hineinziehung der deutschen Frage und durch den Bruch des Gasteiner Vertrages von Seiten Oesterreichs den Krieg unvermeidlich macht. Preußen schließt infolge dessen ein Bündniß mit Italien, während die süd- und mitteldeutschen Staaten nebst Hannover auf Oesterreichs Seite treten. Der Ende Juni beginnende Feldzug wird von Preußen schnell zu siegreichem Ende geführt. Gleichzeitige Niederlagen der Hannoveraner bei Langensalza und der Oesterreicher bei Podol, Münchengrätz, Skalitz, Gitschin, Trautenau und Königinhof. Entscheidender Sieg der Preußen über die Oesterreicher bei Königgrätz (3. Juli) und Vormarsch auf Wien. Inzwischen im Juli siegreicher Feldzug der preußischen Mainarmee gegen Oesterreichs süddeutsche Verbündete; Gefechte bei Kissingen, Hammelburg und Aschaffenburg, Besetzung von Frankfurt a. M. (16. Juli), Kämpfe bei Tauberbischofsheim, Helmstadt, Roßbrunn und Würzburg. Vermittlung Napoleon's zwischen Oesterreich und Preußen, Abtretung Venetiens an Italien, Waffenstillstand zu Nikolsburg (26. Juli) und mit den süddeutschen Staaten (1.—3. August). Friede zu Prag: Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Bunde, Einverleibung von Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. in den preußischen Staat. Errichtung des Norddeutschen Bundes; geheime Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Im preußischen Landtage volle Anerkennung der nationalen Politik der Regierung, Beendigung des Konflikts, Bewilligung des vorgelegten Indemnitätsgesuches. Der neu errichtete Norddeutsche Bund bildet bereits im nächsten Jahre
1867 die Grundlage für eine vollständige Reorganisation des deutschen Zollvereins (Zollbundesrath und Zollparlament), während Angesichts der Annexionsgelüste Napoleon's und seiner deutschfeindlichen Intriguen die süddeutschen Staaten auch in politischer und

militärischer Hinsicht engeren Anschluß an Preußen suchen. Der vorsichtigen Politik der preußischen Regierung gelingt es, den drohenden Ausbruch des Krieges mit Frankreich noch einige Jahre hintanzuhalten; auch die von französischer Seite aufgegriffene Luxemburger Streitfrage wird durch einige Zugeständnisse Preußens in friedlichem Sinne beigelegt. Lediglich wachsende innere Verlegenheiten und der Chauvinismus des französischen Volkes lassen den Kaiser Napoleon gegen Ende des Jahres
1869 den entscheidenden Entschluß zum Kriege fassen, und die zu Anfang des Jahres
1870 bekannt werdende spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern, die von der französischen Kriegspartei als von deutscher Seite absichtlich gegen Frankreich gerichtet dargestellt wird, muß als Vorwand zum Kriege dienen. Da König Wilhelm die in rücksichtslosester Form an ihn gestellten Zumuthungen des französischen Kabinets mit würdevoller Entschiedenheit ablehnt, so erfolgt am 19. Juli die französische Kriegserklärung, die ganz Deutschland in patriotischer Begeisterung gegen Frankreich in die Waffen ruft. Die Ueberlegenheit der deutschen Heeresleitung über die französische tritt schon bei dem Aufmarsch der beiderseitigen Streitkräfte zu Tage, und der Verlauf des ausschließlich auf französischem Boden ausgefochtenen Kampfes ist eine fast ununterbrochene Kette von Siegen der deutschen Armee. Nachdem die an die Grenze vorgeschobene französische Armee durch die Siege der Deutschen bei Weißenburg, Wörth und Spicheren (4.—6. August) zum Rückzuge genöthigt ist, wird das an der Mosel stehende Corps Bazaine's durch die Kämpfe vom 14., 16. und 18. August (Rezonville, Mars-la-Tour, Gravelotte) nach Metz gedrängt und die Einschließung dieser Festung bewirkt. Die zum Entsatz heranrückende Mac Mahon'sche Armee wird umgangen und bei Sedan (2. Sept.) zur Kapitulation genöthigt, wobei Kaiser Napoleon in Kriegsgefangenschaft geräth, infolge dessen er vom französischen Volke für abgesetzt erklärt und die Republik proklamirt wird. Da die Staatslenker der neuen Republik sich zu irgend welchen Verhandlungen nicht geneigt zeigen, muß der Krieg fortgesetzt werden. Sein Hauptziel ist jetzt Paris, das am 19. Sept. von den Deutschen eingeschlossen und nach dem Fall von Straßburg, Metz und der meisten übrigen Festungen beschossen wird, während im Süden durch die Kämpfe bei Le Mans, Orleans, Beaune la Rolande und im Norden durch die Schlachten bei Bapaume, St. Quentin u. s. w. die zum Entsatz der Hauptstadt heranrückenden französischen Streitkräfte erfolgreich zurückgewiesen und größtentheils aufgerieben oder zerstreut werden. Inmitten dieser Kämpfe vollzieht sich am 18. Januar
1871 zu Versailles die vollständige politische Einigung Deutschlands, und König Wilhelm von Preußen wird von den versammelten deutschen Fürsten als Deutscher Kaiser proklamirt.

Da Paris sich aus Mangel an Lebensmitteln nicht länger zu halten vermag, schließt die provisorische Regierung Frankreichs am 28. Januar einen Waffenstillstand, infolge dessen die Pariser Forts von den Deuschen besetzt, die Verproviantirung der Hauptstadt gestattet und die Feindseligkeiten auf dem ganzen Kriegsschauplatz mit Ausnahme des südöstlichen Frankreich eingestellt werden. Nachdem dann wenige Tage später auch dort die um die Belagerung von Belfort sich konzentrirenden Kämpfe, namentlich um Dijon und an der Lisaine, mit dem Uebertritt der gesammten französischen Ostarmee auf Schweizer Gebiet ihren Abschluß gefunden, wird zu Versailles der Präliminarfrieden (Abtretung des Elsaß und Deutsch-Lothringens an Deutschland und Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden) vollzogen und nach kurzer Besetzung von Paris durch deutsche Truppen am 3. März von der französischen Nationalversammlung ratifizirt, worauf am 10. Mai zu Frankfurt a. M. die Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages erfolgt.

Von da an fällt die Geschichte des preußischen Staates mit der Geschichte des neuen Deutschen Reiches in der Hauptsache zusammen und sei deshalb der Leser auf den kurzen, die Ereignisse von 1871 bis zur Gegenwart behandelnden Schlußabschnitt dieses Werkes verwiesen. —

Die hier beigefügten sechs Karten veranschaulichen uns den Umfang und die geographische Gestaltung des preußischen Staates in verschiedenen besonders wichtigen Perioden seiner Geschichte. Zur Erleichterung der Uebersicht über Größe, Einwohnerzahl und Zeit der Erwerbung der einzelnen Gebiete, aus welchen sich der preußische Staat unter dem ruhmreichen Herrschergeschlecht der Hohenzollern entwickelte, möge noch die folgende Tabelle hier ihre Stelle finden.

Name des Regenten	Erwerbungen	Jahr	Gesammtgröße des Staates in Q.-Meilen	Gesammteinwohnerzahl des Staates
Kurfürst Friedrich I. (1415 bis 1440)	Altmark, Mittelmark, Priegnitz, Lebus Ukermark	1415 1420	400	?
Kurfürst Friedrich II. (1440 bis 1470)	Kottbus Wernigerode Neumark	1445 1449 1455	620	?
Kurfürst Albrecht Achilles (1470 bis 1486)	Krossen, Züllichau, Sommerfeld	1482	650	?
Kurfürst Johann Sigismund (1608—1619)	Kleve, Mark, Ravensberg Ostpreußen	1614 1619	1470	900,000
Kurfürst Friedrich Wilhelm (der Große Kurfürst; 1640 bis 1688)	Minden, Magdeburg, Halberstadt, Hinterpommern, Kammin Schwiebus	1648 1686	2000	1,500,000
Kurfürst Friedrich III. (König Friedrich I.; 1688—1713)	Quedlinburg Mörs † Neuenburg (Neufchatel)	1697 1702 1707	2055	1,750,000
König Friedrich Wilhelm I. (1713—1740)	Geldern Vorpommern	1713 1720	2275	2,240,000
Friedrich II. (der Große; 1740 bis 1786)	Schlesien, Glatz Ostfriesland Westpreußen, Ermeland	1742 1744 1773	3500	5,380,000
Friedrich Wilhelm II. (1786 bis 1797)	† Ansbach-Baireuth Posen † Neuostpreußen, † Südpreußen	1791 1793 1795	5552	9,000,000
Friedrich Wilhelm III. (1797 bis 1840)	Nordhausen, Eichsfeld, Erfurt, Mühlhausen, Münster, Paderborn Schwedisch-Pommern, Sachsen (Provinz), Lausitz, Köln, Aachen, Jülich, Berg, Trier	1801 1815	5096	10,500,000 (1815) 15,000,000 (1840)
Friedrich Wilhelm IV. (1840 bis 1861)	Hohenzollern Jahdegebiet	1849 1853	5104	17,500,000
Wilhelm I. (1861—*)	Lauenburg Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Frankfurt a. M.	1865 1866	6325	23,600,000 (1866)

Anmerkung: Die mit † bezeichneten Gebiete sind wieder abgetreten worden, und zwar Neuostpreußen, Südpreußen und Ansbach-Baireuth im Jahre 1807, Neuenburg im Jahre 1857.

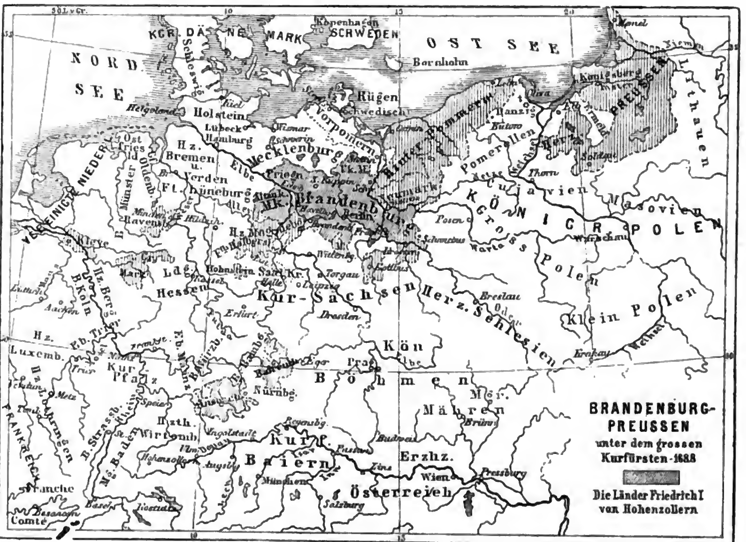
Gegenwärtig (1884) beträgt die Größe und Einwohnerzahl
des Königreichs Preußen: 6325 Q.-M. ca. 29,000,000,
„ Deutschen Reiches: 9802 „ ca. 45,000,000.

1



Brandenburg unter den Askaniern

2



Preußen unter dem Großen Kurfürsten

3



Preußens Aufstieg unter Friedrich dem Großen

4

Das Königreich PREUSSEN nach dem Frieden von Tilsit 1807 - 1813.

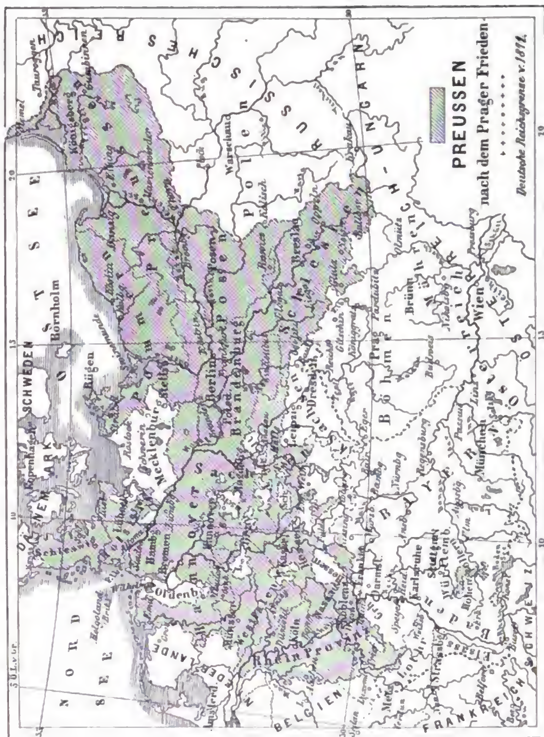
Der RHEINBUND nach seiner vollen Ausbildung 1810-1813.

Preußens Niedergang in napoleonischer Zeit

5



Preußen nach dem Wiener Kongreß



Preußen und das Deutsche Reich

Ergänzungen und Berichtigungen

Nach Seite 125 des dritten Bandes ist folgende Passage zu ergänzen

Friedrich begab sich nun selbst nach dem Niederrhein und übernahm den Oberbefehl über das bis dahin von dem General von Schöning geführte Heer. Kaiserswerth, seit zwei Tagen beschossen, ward unter der Leitung des Kurfürsten stärker bedrängt und öffnete zwei Tage später seine Thore. Nun ging es an die Belagerung des stark befestigten Bonn, das von dem tapfern Asfeld mit 8000 Franzosen besetzt war. Das Belagerungsheer, aus Brandenburgern, Holländern und Münsterländern bestehend, zählte 30,000 Mann. Nachdem die Belagerungsarbeiten vollendet waren, erfolgte eine vier Tage und vier Nächte ununterbrochen anhaltende Beschießung. Bereits glich die Stadt einem Trümmerhaufen, dennoch verweigerte der französische Kommandant die Uebergabe.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß dem Kurfürsten die Kraft fehlte, aufkeimende Parteiungen unter den Würdenträgern seines Staates und den hohen Offizieren seiner Armee rechtzeitig zu unterdrücken, und daß daraus manches Unheil erwuchs. So auch hier. Unter den brandenburgischen Generalen Schöning, Barfuß und Schomburg herrschten in Bezug auf die zweckentsprechendste Art der Fortsetzung des Kampfes Meinungsverschiedenheiten; ein Jeder suchte seine Ansicht in rücksichtslosester Weise zur Geltung zu bringen, wobei es unter den Streitenden, selbst in Gegenwart des Kurfürsten, zu den heftigsten Erörterungen kam.

Der Kurfürst beschloß nun, sich von der Lage des Platzes durch eigene Anschauung zu unterrichten. Begleitet von Schöning, Dankelmann und einer kleinen Feldwache, näherte er sich der Festung bis auf 500 Schritt. Plötzlich wurde auf ihn ein lebhaftes Feuer eröffnet, Kugel auf Kugel zischte vorüber. Dankelmann bat den Kurfürsten inständig, sein Leben nicht so nutzlos aufs Spiel zu setzen. Friedrich aber ritt, ohne das geringste Zeichen von Besorgniß blicken zu lassen, ruhig des Weges weiter. Da brach aus einer Hecke ein Hinterhalt hervor. Der Kurfürst und die Seinen sahen sich plötzlich von Feinden umringt, doch schlugen sie sich tapfer durch. — Die Belagerungsarbeiten wurden nun nach den Anordnungen des Kurfürsten fortgesetzt, die Festungswerke enger eingeschlossen.

Da gelangte die Nachricht ins Lager, daß französische Entsatztruppen sich der Festung näherten. Der Kurfürst sandte dem Feinde 10,000 Mann unter Schöning entgegen, worauf sich die Franzosen eilig über die Mosel zurückzogen. Nun kam von den Kaiserlichen, die Mainz belagerten, ein dringendes Gesuch um Unterstützung. Der Kurfürst befahl Barfuß, mit 6000 Mann nach Mainz aufzubrechen. Barfuß versäumte es, dem inzwischen zurückgekehrten Obergeneral von Schöning, der sich bei sämmtlichen Oberoffizieren durch sein stolzes, hochfahrendes Wesen verhaßt gemacht hatte, davon Anzeige zu machen. Beide Generale trafen im Vorzimmer des Kurfürsten zusammen, und es kam zu einem heftigen Wortwechsel, der damit endete, daß, obgleich der Kurfürst dazwischen trat, auf beiden Seiten der Degen gezogen wurde. Dieses unehrerbietige Benehmen gegen den Landesherrn und diese Verletzung der Kriegsordnung durfte nicht ungeahndet hingehen. Der Kurfürst befahl, Schöning zu verhaften, dem General Barfuß dagegen nur den Degen abzunehmen, Beide aber vor ein Kriegsgericht zu stellen. Nach Anhörung desselben wurde Schöning zur Verbannung auf seine Güter, Barfuß zu einer Haftstrafe vom Kurfürsten verurtheilt. Auf diese Art büßte die Armee ein paar tapfere Kriegsmänner ein.

Die nach Mainz gesandten Brandenburger kehrten nach Uebergabe der Festung zurück, und der Kurfürst betrieb nun um so eifriger die Belagerung Bonns. Er selbst besuchte täglich die Laufgräben. Bei einem unter seinen Augen unternommenen Hauptsturme gelang es den Verbündeten, bis zum Hauptwalle vorzudringen und sich dort festzusetzen. Die Zahl der Belagerten war bereits von 8000 bis auf 1500 Mann Dienstfähige zusammengeschmolzen; dennoch wollte der Kommandant Asfeld sich zur Uebergabe der Festung nur unter der Bedingung entschließen, daß ihm ein ehrenvoller Abzug gestattet würde. Der Kurfürst genehmigte dies, ja er sandte dem tapfern Kriegsmanne, der tödlich verwundet worden war, sogar seinen Leibarzt. Nun ward Bonn (12. Oktober 1689) übergeben.

Weniger günstig verliefen die weiteren Kriegsoperationen. Der Kurfürst hatte bald Veranlassung, unzufrieden sowol mit dem Kaiser als auch mit Wilhelm von Oranien zu sein. Wilhelm III., dessen kühnes Unternehmen mit Erfolg gekrönt war, und der sich von den Engländern als Befreier begrüßt und zum König von England erhoben sah, zeigte sich zwar als solcher sogar in noch höherem Grade als bisher als unversöhnlicher Gegner Ludwig's XIV., aber er unterstützte doch den Kurfürsten nicht in gleich rückhaltsloser Weise, wie dieser bei dem kühnen und gefahrvollen Unternehmen des Oraniers es gethan hatte.

Desgleichen war von Seiten der kaiserlichen Heerführer bei Vertheilung der Winterquartiere am schlechtesten für die tapferen Brandenburger gesorgt worden, woraus dem Kurfürsten große Kosten erwuchsen. — Ludwig, der von der Verstimmung Friedrich's gegen seine Verbündeten Kenntniß erhielt, beschloß sofort, diesen Umstand für sich auszubeuten. Er ließ den Kurfürsten einladen, mit ihm ein Bündniß einzugehen, wobei er ihm überaus günstige Bedingungen zusicherte. Friedrich, treu seiner deutschen Gesinnung, erklärte jedoch dem Botschafter, er werde Denjenigen, der ihm noch einmal mit Anerbietungen solcher Art komme, aufhängen lassen.

Der Krieg gegen die Franzosen wurde von Seiten des Kaisers, der gerade zu derselben Zeit glückliche Erfolge über die Türken errungen hatte und diese Erfolge möglichst auszubeuten bestrebt war, nur äußerst lässig fortgesetzt. Was dem Deutschen Reiche im Westen verloren zu gehen drohte, wog bei ihm nicht Dasjenige auf, was er im Osten für seine Hausmacht zu gewinnen hoffte. Damals erklärte der spanische Gesandte: der Kaiser habe Räthe, die wenig danach fragten, ob ganz Deutschland zu Grunde gehe, wenn in Ungarn auch nur eine elende Hütte erobert werde!

In Wien tröstete man sich damit, daß man sagte, die Fürsten, die angegriffen würden, möchten sich ihrer Haut wehren, und es sei schon alles Mögliche von Oesterreich gethan, wenn es Hülfstruppen sende. Dessenungeachtet aber wollte der Kaiser auf das Recht, die Oberbefehlshaber zu erwählen, nicht verzichten. Der Kurfürst, offenkundig von dem besten Willen beseelt, für Deutschlands Recht mit dem Schwerte kraftvoll einzustehen, mußte es gleichwol geschehen lassen, daß der Kaiser dem Herzoge von Lothringen den Oberbefehl über das verbündete Heer übergab. Als dieser bald darauf starb, wählte die Mehrzahl der Verbündeten den Kurfürsten Friedrich zum Oberbefehlshaber. Nun aber erklärte der Landgraf von Hessen, ihm nicht gehorchen zu wollen, die Jülicher und Lütticher wollten nur ihr Land besetzt halten, die Reichsstädte weigerten sich, Geschütze nach dem Rhein zu schaffen! — Was konnte unter so heillosen Zuständen auch bei der tüchtigsten Kriegführung gegen einen einigen, entschlossenen Feind herauskommen? Wol kein Land in der Welt hat von der ältesten bis in die neueste Zeit unter ähnlichen Umständen so viel Unbill über sich ergehen lassen müssen, als Deutschland, und wenn man dies erwägt, kann man sich des Staunens nicht erwehren, daß es nicht längst vollständig die Beute der ringsum wohnenden Völker geworden ist.

Im folgenden Jahre übernahm König Wilhelm von England den Oberbefehl über das verbündete Heer. In einem Schreiben an den Kurfürsten sagte er über die Brandenburger, „daß es angenehm sei, die Schönheit der Truppen zu betrachten, noch mehr aber, ihre Tapferkeit zu bewundern.“

Die Kriegführung war aber auf Seiten der Verbündeten, trotz der Tüchtigkeit des königlichen Feldherrn, nicht vom Glücke begünstigt. Allgemach begann der Eifer der Verbündeten zu erkalten, und Ludwig suchte durch geschickte Verhandlungen mit einzelnen derselben sich die bisher errungenen Vortheile zu sichern. Wären alle Betheiligten von gleich deutscher Gesinnung wie der Kurfürst beseelt gewesen, so würde der Krieg mit verstärkter Kraft fortgeführt worden sein. Friedrich ließ durch seinen Gesandten im Haag erklären: „Es sei nicht genug, daß Frankreich sich erbiete, Dasjenige zurückzugeben, was es nach dem Frieden von Nymwegen an sich gerissen habe, man müsse fest bestehen auf der Wiedergabe

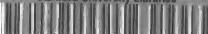
Namen- und Sachregister

zu

Preußens Geschichte in Wort und Bild

Von der Vorzeit bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

1.–8.: bedeutet Erster bis Achter Band; A. Abbildung


Stanford University Libraries
3 6105 112 430 215